C 21734 D

Breite Kämpfe der Studentenschaft Seite 24/25



Arbeiterkampf

Jg. 6 Nr. 94 29. Nov. 1976
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 1,–

StrauSS läuft Amok

Nur sechs Wochen nach der Bundestagswahl ist es zum großen Krach in der Verlierer-„Union" von CDU und CSU gekommen. Auf einer sorgfältig abgeschirmten Klausurtagung der CSU-Bundestagsabgeordneten in Wildbad Kreuth entschieden 30 StrauSS-Gefolgsleute gegen den Rest der Fraktion (18 Nein-Stimmen, zwei Enthaltungen, drei Fehlende), in Zukunft im Bundestag eigenständig aufzutreten und die bisherige Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufzukündigen. Dieser Beschluß hat nicht nur „die Öffentlichkeit", sondern mehr noch die CSU-Mitgliedschaft, die „Schwester"-Partei CDU insgesamt und deren Führungsriege im besonderen überrascht. CSU-Mitglieder und auch Funktionäre haben mehr oder weniger stark gegen den Putsch der StrauSS-Clique protestiert und eine Revision der Entscheidung von Wildbad Kreuth verlangt. Mehrere CSU-Ortsgruppen und bisher zwei Bezirksverbände haben die Einberufung eines Sonderparteitages gefordert. In einigen Orten Bayerns soll es bereits die ersten Austritte aus der Partei gegeben haben.

Die CDU fühlt sich brüskiert, besonders Kohl fühlt sich „menschlich enttäuscht", ist aber doch sehr froh, endlich einmal selbst „an der Spitze der Partei" in voller „Souveränität" entscheiden zu können. Selbst die treuesten StrauSS-Freunde in der CDU, Dregger und Filbinger von der „Südschiene" der Union, haben erklärt, daß sie bei eventuellen „Veränderungen der Parteienlandschaft" (d.h. CSU auf Bundesebene) nicht mitmachen würden.

F.J. StrauSS selbst erschien am Abend dieses Beschlußtages ungewohnt mickrig und stotternd auf den Fernsehbildschirmen, um zu erklären, daß er zwar selbst für die Trennung gesprochen habe, aber er sei doch „überrascht", daß die so neu zusammengesetzte Fraktion zu diesem Beschluß gekommen sei.

Inzwischen – so läßt StrauSS vernehmen, denke er an Rücktritt, sollte der Beschluß rückgängig gemacht werden . . . Offensichtlich hat da einer diesmal zu hoch gepokert, haben es da einige Herren diesmal zu eilig gehabt und müssen bereits mit Rücktrittsdrohungen arbeiten!

Tatsächlich wurde der Trennungsbeschluß offenbar in Superhektik durchgezogen. Ohne den Mitgliederstamm der CSU (und auch CDU) genügend ideologisch vorbereitet zu haben, ohne die CDU und Kohl zu informieren, ja selbst ohne die Parteigremien der CSU (!) zu informieren, wurde der Beschluß durchgezogen.

„Jetzt wird gestorben" – so soll StrauSS schon in der Wahlnacht rumgepöbelt haben und offenbar wurde nun der Beschluß nach einer der bei Klausurtagungen üblichen Brandreden von StrauSS (man erinnere sich nur an die Sonthofener Rede) gefaßt (siehe dazu auch den nebenstehenden Kasten).

In die Putschvorbereitungen einbezogen sollen nach Angaben von „Quick", die ja über CSU-Kreise in der Regel gut informiert ist, nur sechs Personen gewesen sein:

– StrauSS selbst;
– Gerold Tandler, StrauSS' rechte Hand und Generalsekretär der CSU;
– Richard Stücklen, ehemaliger Vorsitzender der CSU-Landesgruppe in Bonn (die heute eigenständige Fraktion);
– Friedrich Zimmermann, neuer CSU-Bundestagsfraktions-Geschäftsführer, der (als „Old Schwurhand") in diversen StrauSS-Skandalen die Unschuld seines Herrn „beschwor";
– Dr. Reinhard Kreile, CSU-Präsidiumsmitglied und als Präsidiumsmitglied des „Wirtschaftsrates der Union" der Mann mit dem Geld.

Das Vorgehen der StrauSS-Mafia erinnert deutlich an die sogenannte „Spiegel-Affäre" von 1961, als StrauSS als damaliger „Verteidigungs"-Minister den Widerstand

Fortsetzung Seite 2

Wolf Biermann
'Warte nicht auf bess're Zeiten!'



Die DDR-Behörden haben dem Liedermacher und Sänger Wolf Biermann die Staatsbürgerschaft der DDR aberkannt. *„Die Tore zur DDR werden für ihn in Zukunft verschlossen sein"*, heißt es dazu in einem Kommentar der SED-Zeitung „Neues Deutschland".

Zu rechtfertigen versucht die Ausbürgerung Biermanns hierzulande nur die DKP, die sich selbst für die einzige antikapitalistische Kraft der Bundesrepublik hält. Die DKP kann sich dieses Verhalten zweifellos leisten, denn an Sympathie in der arbeitenden Bevölkerung hat sie ohnehin kaum noch etwas zu verlieren.

Es liegt zweifellos nicht nur am Antikommunismus, daß in diesem Land kaum jemand den Wunsch verspürt, die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse gegen diese spezielle Version von „realem Sozialismus" einzutauschen. DDR-Behörden und DKP-Führung tun somit genau das, was sie Wolf Biermann vorwerfen: Sie stärken die herrschenden reaktionären Kräfte und den in diesem Land ohnehin weitverbreiteten Antikommunismus. Indem sie mit ihrem Vorgehen den arbeitenden Menschen den Blick auf eine sozialistische Zukunft trüben, tragen sie zur Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse bei.

Wohl zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik geschah es, daß ein volles vierstündiges Programm eines linken Liedermachers und Sängers ungekürzt im Fernsehen gezeigt wurde. Wahrscheinlich war es für Biermann auch das letzte Mal, falls er nicht die Absicht haben sollte – Angebote dafür liegen schon

Fortsetzung Seite 3

Atom Alarm

„Katastropheneinsatzpläne" beweisen: Millionen Tote eingeplant

Der westdeutsche Staat und seine Bundesregierung, sowie alle Bürgerlichen Parteien, sind – bei manchmal gegenteiligen Verlautbarungen – fest entschlossen, ihr ehrgeiziges und menschenfeindliches „Atom-Programm" durchzuziehen, und nur der massenhafte und militante Kampf der westdeutschen werktätigen Bevölkerung dagegen wird dies verhindern oder zumindest verzögern können.

Der westdeutsche Staat will in dieser Planperiode mehrere Dutzend Kernkraftwerke in der BRD bauen lassen – und zwar in bestehenden und neu geplanten industriellen Ballungszentren, die naturgemäß auch die Wohn-Ballungszentren der Bevölkerung sind oder werden sollen. Neben den unvorstellbaren Kosten, die dieses ehrgeizige Projekt des westdeutschen Imperialismus verschlingen wird und die – wie üblich – dem „Steuerzahler" aufgesackt werden sollen, sickern zunehmend Details über die immensen Gefahren für Gesundheit und Leben der westdeutschen Bevölkerung – trotz der erheblichen Geheimhaltungs-Bemühungen der zuständigen Behörden – an die Öffentlichkeit. Obgleich hier erst ein Zipfel der Wahrheit erkennbar ist, zeigt sich bereits jetzt ein Bild möglicher – und vorhersehbarer ! – Katastrophen, deren ganzes Ausmaß ein normal funktionierendes Gehirn sich weigert auszudenken.

Allgemeine wissenschafliche Erkenntnis ist, daß die bisherigen und im Bau befindlichen Kernkraftwerke nicht sicher sind, auch wenn die bürgerlichen Politiker das Gegenteil behaupten. „Kleinere" Unfälle in den in Betrieb befindlichen KKW's sind gang und gebe – das ständige „Abschalten" und „Herunterschalten" der KKW's bezeugen dies ebenso anschaulich, wie die Tatsache, daß aus Furcht vor der „großen Katastrophe" schon ganze KKW's wieder endgültig aus dem Verkehr gezogen wurden.

Daß die „verantwortlichen" Politiker – entgegen ihren eigenen öffentlichen Verlautbarungen – selbst von der Möglichkeit einer solchen „großen Katastrophe" ausgehen, beweist die Existenz der dafür vorgesehenen sog. „Katastropheneinsatzpläne", die für die Ballungszentren der BRD ausgearbeitet wurden und – streng geheim gehalten – in irgendwelchen Schubladen „für den Notfall" liegen. Die Existenz dieser Katastropheneinsatzpläne hat u.a. der Innenminister Baden-Württembergs in einem Brief an die „Arbeitsgemeinschaft Naturschutz Bodensee" schon am 29. Juni 1973 bestätigt. In diesem Brief lehnt er mit durchsichtigen „Begründungen" die geforderte Veröffentlichung dieser Pläne, bzw. eine Einsichtnahme der „Arbeitsgemeinschaft" ab. Es heißt in dem Brief des Innenministers u.a.:

„Die Katastropheneinsatzpläne enthalten Alarmierungsregelungen für die Einheiten des Polizeivollzugsdienstes und des Katastrophenschutzes. Sie legen dazu Informationswege fest und sie können bestimmen, wie einzelne Einheiten heranzuführen sind. Diese und ähnliche (?) vorbereitete Maßnahmen zur Katastrophenbekämpfung können nur wirksam durchgeführt werden, wenn sie ungestört ablaufen. Wenn z.B. ein Telefonanschluß durch fremde Anrufer blockiert (!!) oder eine Straße durch private Fahrzeuge für die Einheiten des Katastrophenschutzes versperrt (!!!) wird, ist die Katastrophenbekämpfung empfindlich gestört (!). Aus diesen Gründen kann das Innenministerium in Übereinstimmung mit dem Ministerium für Arbeit, Gesund-

Fortsetzung Seite 2

aus dem Inhalt

StrauSS läuft Amok

Fortsetzung von Seite 1

gegen seine Atombewaffnungspläne durch einen Staatsstreich brechen wollte. Sichtbarster Ausdruck war die Verhaftung von „Spiegel"-Redakteuren in Spanien, die StrauSS unter Umgehung seiner Kompetenzen und der internationalen Polizei-Gesetze veranlaßt hat!

Der Putschversuch von 1961 scheiterte. StrauSS mußte von der politischen Bühne abtreten. Aber „zäh wie Leder" absolvierte StrauSS in der Provinz ein Zweitstudium und baute sich in Bayern seine Hausmacht für ein Comeback auf. Als „Wirtschaftswissenschaftler" kehrte er nach Bonn zurück und es blieb der SPD in der „Großen Koalition" vorbehalten, den Putsch-Minister wieder regierungsfähig zu machen.

StrauSS war 1961 und ist heute Sprachrohr der aggressivsten Pläne der BRD-Imperialisten nach außen und innen. Von der jetzigen Wahl versprach sich die StrauSS-Linie der CSU offenbar einen politischen Durchbruch für eine wesentlich schärfere Gangart der Faschisierung.

Mit dem Hetzslogan „Freiheit statt Sozialismus" war die ganze Wahlpropaganda der StrauSS-Clique offen darauf abgestellt, selbst die Wahlparolen der NPD rechts zu überholen und sämtliches rechte Wählerpotential auf sich zu vereinigen – und gleichzeitig über das Konzept „CDU als bürgerliche Mitte" die mittelständisch-konservativen Kreise anzusprechen.

Der Wahlausgang hat gezeigt, daß die StrauSS-Erwartungen für dieses Mal noch zu hoch gespannt waren. Die CDU/CSU als Wahlunion ging zwar mit der Parole „Freiheit statt Sozialismus" los – durchgesetzt hat sie aber die andere Seite: nämlich die Konzentration auf Stimmen der „bürgerlichen Mitte". Offen rechtsradikale Wahlwerbung seitens der CDU/CSU mußte offenbar, in richtiger Einschätzung der politischen Lage, ersetzt werden durch die Werbung für eine „bürgerliche Mitte". Die offen rechtsradikale Wendung der CSU/CDU in der Wahlparole „Freiheit statt Sozialismus" ist weder national auf breite Gegenliebe gestoßen, insbesondere aber international auf politische Proteste; wesentlich ist aber auch, daß die offene Hetze von StrauSS ruhende antifaschistische Erfahrungen in der Bevölkerung wecken kann und geweckt hat.

Auch der Testballon einer von StrauSS während der Wahlvorbereitungen vorgeschickten "Vierten Partei" der Bahner & Co. wurde von seinen Konstrukteuren wieder kläglich abgeseilt.

Auch für die Bourgeoisie sind die Wahlen natürlich ein Barometer des politischen Entwicklungsstandes. StrauSS und seine Mannschaft konnten sich nach der Wahl ausrechnen, daß ihre „Doppeltaktik" („bürgerliche Mitte" einerseits und offen rechtsradikal andererseits) nicht hinhaut. Außer in Bayern konnte die CSU mit ihren Sprüchen nicht landen. Offensichtlich will die StrauSS-Mannschaft das von ihr gewünschte Tempo der Faschisierung jetzt im Alleingang durchsetzen mit dem Hintergrund einer CSU als Hauptpartei in Bayern.

StrauSS scheint in seinem fortgeschrittenen Alter jetzt bereit zu sein, alles auf eine Karte zu setzen.

Hierzu gehören auch die Pläne zur Gründung einer „Vierten Partei", einer „CSU auf Bundesebene", die zur Zeit bundesweit gehandelt werden. Offen erscheint nur noch der Zeitpunkt, an dem sich StrauSS und die CSU offen an die Spitze eines solchen Unternehmens stellen werden.

In Wirklichkeit fällt das Ausspielen dieser Karte, die StrauSS bislang nur als Joker im Ärmel hatte, um die CDU zu erpressen, in eine Situation, in der der politisch-ideologische Boden für ein solches Unternehmen noch nicht bereitet ist. So hat sich bislang auch nur der ganze rechte Schrott zu diesen Plänen bekannt: die AVP will ihren Apparat als organisatorische Stütze zur Verfügung stellen, ein abgehalfterter ehemaliger Hamburger CDU-Bürgerschaftsabgeordneter will einen Landesverband der CSU gründen und die StrauSS-Mafia in Bremen steht „Gewehr bei Fuß". Demgegenüber steht das Abwinken von Dregger und Filbinger, den besten Verbündeten von StrauSS in der CDU (die „Südschiene").

Der Beschluß von Kreuth ist Ausdruck einer Situation der Schwäche, in der sich StrauSS und seine Mannen befinden.

Für StrauSS könnte dieser Putschversuch der letzte seiner Karriere gewesen sein – für die CSU zunächst der Weg ins Abseits.

Die Antifaschisten in diesem Lande müssen die breite Empörung und Abscheu über die gangsterhaften Praktiken des F.J.S. auszunutzen, um über dessen erzreaktionäre, faschistische Ziele und die vom Staat betriebene Faschisierung aufzuklären und den Kampf dagegen voranzutreiben.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Arabische Regimes
Wettlauf der Verräter

Im arabischen Raum ist nun nach der vorläufigen Beendigung des libanesischen Bürgerkriegs und der Ausschaltung der Gefahr eines fortschrittlichen Libanon das Wettrennen im Gange, wer am meisten von der kommenden Verhandlungsrunde profitieren kann. Die palästinensische und libanesische Linke war offensichtlich noch zu schwach, um den „konventionellen" Bürgerkrieg unmittelbar in einen allgemeinen Volkskrieg umzuwandeln.

Nicht nur, daß der ägyptische Regimechef Sadat ständige Friedensangebote an Israel macht, so daß die zionistischen Politiker richtig in Verlegenheit kommen, wie sie das noch ablehnen können. Vor allem die PLO-Führung versucht an die Spitze zu sprinten und ihrem Ziel näher zu kommen, solange die Lage noch ruhig und die Linke geschwächt ist.

Bei den Abkommen von Riad und Kairo am 18. und 26. Oktober 1976 hatte Arafat für Libanon einen Rückzug auf die Lager und Südlibanon versprochen, sowie die *„Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten irgendeines arabischen Landes"* und insbesondere Libanons. Das heißt, er hatte die libanesische und palästinensische Linke im Stich gelassen.

Syrien versicherte den USA und den Zionisten, daß die palästinensischen Kämpfer in Zukunft auch in Südlibanon unter Kontrolle stünden („Hannoversche Allgemeine Zeitung", 6.11.76). Auch das trifft vor allem die Linke und entlarvt, daß das Abkommen von Riad und Kairo eine Kapitulation der PLO-Führung darstellt. Um das palästinensische Volk von dieser Tatsache abzulenken, wurde die Illusion verbreitet, daß die Schaffung eines palästinensischen Staates nun in greifbare Nähe gerückt sei. Die PLO erzielte einen wertlosen „diplomatischen Erfolg" nach dem anderen:

– Schon vor einiger Zeit trafen in Paris einige „unabhängige palästinensische Persönlichkeiten" und ebensolche Zionisten zusammen, um Israel die Nachricht zu übermitteln, *„die PLO könne sich mit einem palästinensischen Pufferstaat zu frieden geben"*, wenn Israel mit der PLO zu Verhandlungen bereit wäre (HAZ, 6.1176).

– PLO-Führer Kaddumi wurde am 9. November im Vatikan empfangen. Er beschwerte sich dort über die „christlichen Extremisten" in Libanon. Er erhielt dafür einen Appell des Papstes, in dem die Palästinenser aufgefordert wurden auf Waffengewalt zu verzichten und mit dem libanesischen Regime zusammenzuarbeiten („Neue Zürcher Zeitung", 11.11.76).

– Für Dezember wurde eine Sitzung des palästinensischen Nationalrats nach Kairo einberufen. Der Rat ist eine Art Exilparlament der Palästinenser. Es verlautete, *„daß führende Vertreter der PLO einschließlich Arafats auf Grund der Entwicklung in Libanon der Auffassung sind, daß die bisherige Zielsetzung, Palästina durch militärische Aktionen zu befreien, keine Erfolgschancen mehr bietet."* Dem Nationalrat soll der Vorschlag vorgelegt werden, *„eine politische Lösung anzustreben, in deren Mittelpunkt die Bildung eines palästinensischen Ministaates stehen soll"* („Süddeutsche Zeitung", 13.11.76).

– Passend zu diesem Zeitpunkt legte ein UNO-Sonderausschuß einen Plan zur Bildung eines palästinensischen Ministaates vor.

Bei der Debatte in der UN-Vollversammlung begrüßte Kaddumi diesen Plan. Er wiederholte auch nicht die Forderung nach einem demokratischen Staat in ganz Palästina für Juden und Araber, die noch Arafat in seiner UNO-Rede so theatralisch aufgestellt hatte („Neue Hannoversche Presse" – „NHP", 18.11.76). Kaddumi lehnte es ab, zu erklären, ob die PLO Israel anerkennen werde. *„Das ist die letzte Karte, die ich in der Hand habe, erklärte er. Ein anderer PLO-Sprecher ließ aber durchblicken, daß eine Anerkennung in einer politischen Lösung eingeschlossen sei."* („SZ", 19.11.76).

– Am 23.11. versuchte Kaddumi in New York vergeblich, ein PLO-Büro zu eröffnen und erklärte, der palästinensische Nationalrat werde im Dezember oder Januar die *„Bildung einer palästinensischen Exilregierung oder die Proklamation eines Palästinenserstaates in Westjordanien und Gaza"* beraten („Frankfurter Rundschau", – „FR", 25.11.76).

Man muß diese Äußerungen mit der Tatsache vergleichen, daß der palästinensische Nationalrat noch im Jahre 1973 ein Programm der PLO unterstützt hat, in dem ausdrücklich jede andere Lösung als die Schaffung eines demokratischen Staates in ganz Palästina ausdrücklich abgelehnt wurde.

Damit wird deutlich, daß die PLO-Führung seitdem die ganze Zeit daraufhin gearbeitet hat, dieses Programm zu „korrigieren". Ihr Ziel war es, die Linke, insbesondere die Ablehnungsfront, auszuschalten, die keine Kapitulationslösungen zulassen wollte. Diesem Ziel hat auch die Beteiligung der PLO-Führung am libanisischen Bürgerkrieg gedient. Die PLO-Führung hat sich dort an die Spitze der palästinensischen Kräfte gesetzt, um eine Führung durch die Linken zu verhindern. Sie hat mit ihrer kompromißlerischen Politik einen konsequenten Kampf für die Ziele des Volkes verhindert. Nun muß die angeblich „unabwendbare Niederlage" in Libanon dazu herhalten, die Kapitulation zu begründen.

Genosse Habasch (PFLP) erklärte dazu, *„zum ersten Mal in der Geschichte des palästinensischen Widerstandskampfes gegen Israel sei die von Arafat geführte PLO zu Verhandlungen mit Israel bereit, um sich am Westufer des Jordans und im Gazastreifen einen palästinensischen Kleinstaat zu sichern"* („HAZ", 6.11.76).

Natürlich kann von einer tatsächlichen Schaffung eines solchen Ministaates gerade bei der heutigen Schwäche des palästinensischen Widerstandskampfes keine Rede sein. Es ist eine Illusion, anzunehmen, daß die Imperialisten an Frieden im Nahen Osten interessiert seien, solange der gegenwärtige Zustand ihren Interessen so gut dient. Gerade die Tatsache, daß die libanesische „Linksgefahr" ohne direkte Einmischung der USA – zumindest vorübergehend – beseitigt werden konnte, zeigt doch, daß die Imperialisten keine weiteren Zugeständnisse an Palästinenser oder fortschrittliche arabische Regimes zu machen brauchen. Und am Waffenhandel verdient man am meisten, wenn man, wie die USA im Nahen Osten, latente Krisenherde bestehen läßt und an beide Seiten liefert.

Ebenso ist klar, daß die Zionisten nur dann einem Ministaat zustimmen würden, wenn es keine andere Lösung geben würde, um den Untergang des israelischen Staates im Ansturm der Palästinenser zu verhindern. Es bieten sich aber viele andere Lösungen an, auch einfach die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes. Der UN-Plan sah z.B. Entschädigungen für Palästinenser vor, die nicht zurückkehren können („NHP", 18.11.). Da ist noch vieles offen.

Schließlich haben auch die arabischen Staaten kein Interesse daran, einen palästinensischen Ministaat gegen Israel durchzudrücken. Sie werden sich vielmehr andersherum entscheiden: Statt Israel Zugeständnisse zu machen, um einen Ministaat zu schaffen, werden sie von Israel Zugeständnisse verlangen dafür, daß er nicht geschaffen wird.

„Israelische Analytiker weisen schon seit langem darauf hin, daß ein palästinensischer Staat auf dem Jordanwestufer logischerweise weder im Interesse Syriens noch Jordaniens liegen könne. In Ägyptens Eintreten dafür sieht man eher eine momentane Taktik, um die PLO zu besänftigen". („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 17.11.76).

Die arabischen Staaten haben von der Anwesenheit der Flüchtlinge in ihren Ländern glänzend profitiert. Sie hatten in ihnen rechtlose und billige Arbeitskräftemassen zur Verfügung. Der Aufruhr der Palästinenser in Jordanien wurde 1970 blutig niedergeschlagen und seitdem herrscht bei den dortigen 800.000 Palästinensern relative Ruhe. Die arabischen Staaten haben sich in den Kriegen von 1948, 1967 und 1973 nicht für die Palästinenser in Unkosten gestürzt, und es ist nicht einzusehen, warum sie es ausgerechnet jetzt tun sollten.

Andererseits hat Israel mehrfach erklärt, daß es für einen Vertrag, der den Kriegszustand beenden würde, zu Zugeständnissen an die arabischen Staaten bereit sei („NZZ", 17.11.76). Es ist deshalb nur logisch, daß die Karte Ministaat von den arabischen Regimes jetzt ausgespielt wird, nicht um ihn zu schaffen, sondern um einerseits die Palästinenser zu beruhigen und andererseits Israels Zugeständnisse in die Höhe zu treiben.

Die PLO-Führung hat zur Sitzung des Nationalrates vor kurzem zwei israelische Journalisten als Beobachter eingeladen. Die Klasseninteressen, die hinter der PLO-Politik stehen, wurden in diesem Fall schlaglichtartig daran deutlich, daß die Einladung von dem palästinensischen US-Kapitalisten und Zeitungsbesitzer Ailuni überbracht wurde.

Nahost-Kommission

Atomalarm . . .

Fortsetzung von Seite 1

heit und Sozialordnung nicht gestatten, daß Katastropheneinsatzpläne zum Schutz von Kernkraftanlagen Personen oder Vereinigungen, die nicht bei der Katastrophenbekämpfung mitwirken (sondern die Opfer dieser Katastrophe sind ? – Anm. AK), *bekanntgemacht werden"* (zitiert nach H. Strohm, „Friedlich in die Katastrophe", S. 278).

Der krasse Widersinn, daß die potentiellen Opfer der möglichen Katastrophe nicht in die Schutzmaßnahmen eingeführt werden – was das „natürlichste von der Welt" und erste Maßnahme eines verantwortungsvollen Politikers überhaupt wäre, springt ins Auge. Der von den Politikern behauptete „Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen" setzt doch geradezu voraus, daß die betroffenen Menschen überhaupt zu erfahren bekommen, wie sich „im Fall X" zu verhalten, was zu tun ist! – Warum also diese „Verschwiegenheit", wo es doch um den „Schutz der Bevölkerung" geht?

Eine Erklärung hierzu ist recht einfach: Erstens würde eine Veröffentlichung der „Katastropheneinsatzpläne" der Bevölkerung das ganze Ausmaß der Gefahr und des Risikos im Zusammenhang mit den KKW's zeigen und zweifellos den Kampf gegen diese Pläne des BRD-Imperialismus enorm verschärfen.

Zweitens würde die Offenlegung dieser Pläne der werktätigen Bevölkerung beweisen, daß es hierbei gar nicht um ihren Schutz, sondern um eine „Isolierung der Gefahrenherde" und Vernichtung möglicherweise verstrahlter Bevölkerungsteile geht!

Verschiedene Details dieser „Katastrophenpläne" sind inzwischen durchgesickert, so daß sich ein grobes Bild zeichnen läßt: Danach gehen die staatlichen Katastrophen-„schützer" von der Möglichkeit einer „großen Katastrophe", nämlich „einer Totalzerstörung eines Reaktors" (H. Strohm, „Kernenergie", S. 4) aus, was bedeutet, daß etwa die Hälfte des radioaktiven Inventars, nämlich der Anteil der Gase und der halbflüchtigen Substanzen, entweicht und die Bildung einer „kalten radioaktiven Wolke" erfolgt, die dann je nach Windrichtung und -stärke, sowie nach Stärke der Niederschläge irgendwo heruntergeht. Die Vernichtungskraft einer solchen „Wolke" reicht nach einhelliger Wissenschaftler-Meinung in jedem Fall dafür aus, eine Großstadt wie Hamburg oder Westberlin „auszuschalten". Andere Wissenschaftler schätzen, daß ein einziger großer Reaktorunfall die Vernichtung z.B. der gesamten Schweiz zur Folge hätte (Angaben nach H. Strohm, a.a.O.).

Die offizielle Version von Behörden und Regierungen lautet, daß in einem solchen Fall (und auch schon bei „kleineren" Unfällen) „die Bevölkerung sofort evakuiert" werden würde. Diese Version ist totaler Unfug und dient ausschließlich der Beruhigung der Menschen, wie zahlreiche namhafte Wissenschaftler belegt haben: Beispielsweise Hamburg, das schon jetzt im Einzugsbereich mehrerer KKW's liegt (und weitere sollen dazukommen!), müßte mit seinen knapp 1,8 Mio. Einwohnern in einer Stunde (nach dem Reaktorunfall) evakuiert sein, wozu u.a. allein 100.000 Busse (neben vielem anderen) vonnöten wären. *„Das ist vollkommen unmöglich und daher sprechen die wenig bekanntgewordenen Evakuierungspläne folgerichtig davon, die verseuchte Bevölkerung in dem betroffenen Gebiet einzuschließen und wichtige Personen mit Hubschraubern rechtzeitig zu evakuieren. Da die verseuchte, zum Tode verurteilte Bevölkerung aber kaum freiwillig in dem für sie tödlichen Gebiet bleiben wird, ist zwangsläufig Schußwaffengebrauch notwendig"* (H. Strohm, „Kernenergie", S. 5 und „Spiegel", Nr. 38/1972, S. 65 und 67 in einem bezeichnenden Artikel: „Alle Öffnungen verschließen"). Konkret ist geplant, Ausbruchversuche der eingeschlossenen Bevölkerung mit Artillerie und Leopard-Panzern zusammenzuschießen und niederzuwalzen (a.a.O.).

Diese, mit normaler Vorstellungskraft nicht mehr faßbare Menschenverachtung der herrschenden Klasse der BRD wird nur noch durch zwei Dinge überboten: Einmal durch die wissenschaftlich erwiesene Tatsache, daß ein solcher Reaktor-Zusammenbruch nicht nur möglich, sondern sogar höchstwahrscheinlich, gewissermaßen unausweichbar ist! Und zum zweiten, daß die Gefahren im Zusammenhang mit der geplanten Atommüll-Deponie und Wiederaufbereitung, sowie dem Transport des Atommülls aus allen Himmelsrichtungen zur Deponie, weitaus gefährlicher und risikoreicher sind, als alle nur denkbaren Unfälle an den KKW's selber.

Es zeigt sich hier dasselbe Ausmaß an Brutalität und Menschenverachtung der (west)deutschen Bourgeoisie, wie sie es schon während des 2. Weltkrieges und während der Nazi-Diktatur demonstrierte und wie es in der „Sicherung" der BRD-Ostgrenze zum Ausdruck kommt, die bekanntlich durch einen Atom-Minengürtel „geschützt" wird und der im Falle einer Zündung dieser Atom-Minen große Teile der westdeutschen Bevölkerung in den Tod ißen würde.

Presseerklärung

In der Zeitung „Arbeiterkampf", Nr. 88 vom 6.9.76 erschien auf Seite 37 ein Bericht über den zu lebenslänglicher Haft verurteilten NS-Verbrecher Wilhelm Rosenbaum und dessen Haftbedingungen im Gefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel. In dem Bericht wurde behauptet, daß Rosenbaum anderen Strafgefangenen gegenüber bevorzugt werde. Rosenbaum erwirkte daraufhin beim Landgericht Hamburg eine Einstweilige Verfügung auf Unterlassung

1. der (tatsächlich falschen) Behauptung, er sei zu dreimal lebenslänglicher Haft verurteilt worden;
2. der Behauptung, er werde anderen Häftlingen gegenüber bevorzugt behandelt.

Er trug dagegen vor, daß er im Rahmen der Richtlinien für alle Gefangenen Urlaub erhalte.

Tatsache ist jedoch:

1. Urlaub für Gefangene, die eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßen, ist bisher von der Strafanstalt Fuhlsbüttel nicht gewährt worden. Erst das am 1.1.1977 inkrafttretende Strafvollzugsgesetz eröffnet diese Möglichkeit.

2. Wilhelm Rosenbaum ist 1975 eine Strafunterbrechung anläßlich der Feier seiner goldenen Hochzeit gewährt worden. Dagegen dürfen in der Regel Gefangene, die eine lebenslange Strafe verbüßen, nicht einmal anläßlich einer Eheschliessung die Anstalt verlassen, sondern müssen im Gefängnis heiraten.

Die angeführten Tatsachen bestärken uns in der Ansicht, daß wir Versuche, mit juristischen Mitteln unsere Berichterstattung zu behindern, nicht hinnehmen dürfen. Insbesondere die Behandlung faschistischer Verbrecher durch die Justiz, ob im Gerichtssaal oder im Gefängnis, muß mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Die häufig geäußerte These, die Justiz begünstige alte und neue Faschisten, muß weiterhin Gegenstand der öffentlichen Diskussion bleiben können.

Die auf den Widerspruch des „Arbeiterkampf" hin anberaumte mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Hamburg findet statt am:

3. Dezember 1976, 10 Uhr 45
Hamburg, Ziviljustizgebäude, Zi. 633

IKAH Hamburg

Wolf Biermann

Fortsetzung von Seite 1

vor! – sich den Herrscheden als Hampelmann zu verkaufen.

Denn die „Konjunktur" in der Bundesrepublik für linke Liedermacher und „kritische Sozialisten" ist nicht gut. Sie ist sogar ausgesprochen schlecht. Hunderte von Berufsverboten (und dahinter zigtausende „Überprüfungen", Bespitzelungen, Verhöre und andere Einschüchterungsversuche) geben ein kleines Bild, wie hierzulande mit „kritischen Sozialisten" umgesprungen wird. Und keine Statistik weist die tausende von Arbeitern und Angestellten aus, die kurzerhand gefeuert wurden, weil sie als „Linksextremisten" verdächtig waren, weil sie sich zu sehr für die Interessen der Arbeitenden eingesetzt hatten, weil sie gegen Mißstände im Betrieb angekämpft hatten. Ergänzt wird diese Praxis durch Gewerkschaftsausschlüsse gegen unbequeme Kritiker und aktive Gewerkschafter, durch massive Einschüchterung von „kritischen Sozialisten" in der SPD.

Es ist überhaupt nicht zu übersehen, daß gerade d i e j e n i g e n, die diese Rechtsentwicklung vorantreiben, die Ausbürgerung Biermanns für eine massiv angelegte und gesteuerte antikommunistische Kampagne auszunutzen versuchen. Die Empörung über Unrechtsmaßnahmen in der DDR soll den Blick ablenken von dem Abbau demokratischer Rechte, mit dem wir in diesem Land konfrontiert sind; Stimmung soll gemacht werden gegen Kommunisten und Sozialisten und gegen den Sozialismus. Diese Kampagne der Bourgeoisie wurde freilich derart hysterisch überdreht, daß sich Springer-Presse, CDU/CSU und andere Reaktionäre schon nach wenigen Tagen darauf besannen, daß Biermann eben doch nur ein ***„Kommunist"*** ist, der ***„auf die Demokratie in der Bundesrepublik spuckt"*** („Bild", 20.11.76). Schon hat Wolf Biermann eine Prozeßdrohung von Alt-Nazi Filbinger (CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg) am Hals, weil er bei seinem Konzert in Stuttgart bemerkte, *„er habe schon in der DDR gewußt, daß Filbinger als Marinerichter ein Todesurteil gefällt habe"* und *„ein alter Nazi war"* („SZ", 24.11.).

Es haben viele demokratische Organisationen und Persönlichkeiten

Es haben viele demokratische Organisationen und Persönlichkeiten dieses Landes ihren Protest gegen die Ausbürgerung Biermanns aus der DDR erklärt. Solidarisch erklärt haben sich zahlreiche Künstler und Werktätige der DDR und sogar einzelne Mitglieder der DKP und des MSB. In vielen Gremien und Versammlungen der Studenten und der Arbeiterjugend wurden Solidaritätsresolutionen verabschiedet. Das ist eine ausgezeichnete Sache. **Um sie in der r i c h t i g e n Weise fortzuführen, ist es jetzt notwendig, unsere Empörung über das Vorgehen gegen Biermann umzuwandeln in Energie im Kampf gegen d e n Feind, mit dem wir es hier in allererster Linie zu tun haben – die Kapitalisten und ihren Staat!**

Wolf Biermann selbst hat sich, so scheint es, noch nicht so recht an den Gedanken gewöhnt, daß d i e s, die kapitalistische Wirklichkeit der BRD, von jetzt an sein Kampffeld sein muß. Er spricht davon, schon „zu alt" zu sein (mit 40!) auch sei er „schon ziemlich fest" in seiner politischen und künstlerischen Entwicklung. Er könne sich über die Zustände in den kapitalistischen Ländern noch gar nicht mit der nötigen „Erschütterung des Gemüts" erregen usw. – Dem Liedermacher Wolf Biermann rufen wir mit einem seiner eigenen Texte zu: ***„Warte nicht auf bess're Zeiten!"***

Mit vielen grundsätzlichen Positionen Biermanns können wir nicht einverstanden sein. Aber darüber hinaus hat er bei seinen Konzerten auch so manche Seltsamkeit und sogar manche Dummheit gesagt, was konkret den Kampf h i e r angeht. Das k a n n Unsicherheit und Zögern aufgrund fehlender Informationen sein, das k a n n aber auch der Beginn eines opportunistischen Weges in den Schoß der SPD- und Gewerkschaftsführung sein. **Unsere Solidarität mit Wolf Biermann hängt nicht davon ab, ob er – wie er sagt – Kommunist ist oder nicht. Auch wenn er k e i n Kommunist ist, steht seine Ausbürgerung in völligem Widerspruch zu unseren Vorstellungen über die Identität von Freiheit und Sozialismus. Und w e n n Biermann der Revolutionär und Kommunist ist und bleibt, der er sein will, und sich also in den antikapitalistischen Kampf einreiht – und das schließt den Kampf gegen die „Agenten der Bourgeoisie" in den Reihen der Arbeiterbewegung ein – nun, umso besser. Dann werden wir Wolf Biermann als Genossen willkommen heißen.**

DDR und DKP:

„Den spucken wir aus!"

„Unser sozialistischer Staat hat mit diesem Treiben viel Geduld gehabt, eher zuviel als zuwenig", so heißt es im ersten Kommentar des „Neuen Deutschland" nach der Ausbürgerung Biermanns („ND", 17.11., „Angemessene Antwort auf feindseliges Auftreten gegen die DDR"). Der Verfasser des Artikels ist, so konnte man lesen, ein alter Nazi und SA-Mann. Nicht abgewöhnt hat dieser Mensch sich die kalte, zynische Sprache der Mächtigen, die ihrem seit langem schikanierten Opfer auch noch vorhöhnen, man sei im Grunde viel zu geduldig mit ihm gewesen.

„Er befindet sich in der Front derer, die ihre Hetzkampagne, ihre psychologische Kriegsführung gegen die DDR wieder auf eine Höhe getrieben haben, die hinter der Zeit des kalten Krieges kaum noch zurücksteht. In dieser Front ist er einer unter vielen, ganz konform und kaum zu unterscheiden. Er verschwindet in der dunklen Masse der antikommunistischen Krakeeler", so heißt es in dem Artikel weiter. Auch das ist Goebbels-Schule: Jede politische Differenzierung würde den Leser nur „verwirren", der Angegriffene muß als „ganz konformer" Teil einer feindlichen Masse dargestellt werden, ob das nun der Wahrheit entspricht oder nicht.

Diesem Kommentar antwortete dann in den folgenden Tagen „Volkes Stimme" als Stimme seines Herrn. *„Haben eigentlich solche Gestalten wie Biermann schon einmal überlegt, was die Arbeiterklasse bei uns in drei Jahrzehnten geleistet hat, um so ein blühendes Land zu schaffen. Ganz sicher nicht. Wir brauchen einen solchen ‚Künstler' nicht. Deshalb fort mit ihm!"*, meint laut „ND" die Textil-Arbeiterin Anita Müller. *„Unsere Regierung hat in dieser Frage verdammt lange Geduld gehabt. Jetzt wurde es höchste Zeit, ihn dorthin zu schicken, von wo er bezahlt wird"*, sollen *„tief empört"* die *„Berliner Bauarbeiter"* gesagt haben, und auch dies: *„Wer uns als Diebe bezeichnet, wie dieser Biermann, den spucken wir aus"*. – *„Ein Mann, der jahrelang in der DDR eine*
mann, den spucken wir aus". – „Ein Mann, der jahrelang in der DDR eine
gesicherte Heimat hatte und hier lebte ohne zu arbeiten, maßt sich an, unsere Bürger lächerlich zu machen... Ich verurteile die Handlungsweise dieses Mannes auf das Schärfste und kann die Aberkennung der Staatsbürgerschaft für diesen gewissenlosen Menschen nur befürworten", soll der Schlosser Peter Engler gesagt haben (Zitate nach „UZ" vom 23.11.).

Die „Volkes Stimme", die sich die SED hier bastelt, unterscheidet sich in den Grundstrukturen kaum von der entsprechenden „Volkes Stimme" der „Bild-Zeitung" gegen hiesige Linke: „Die sollen doch erst mal arbeiten", „Geh doch rüber, wenn's Dir hier nicht paßt", „Nestbeschmutzer" etc.

DKP: Jeder blamiert sich, so gut er kann

Offiziell stellt sich die DKP erneut als Mini-Abklatsch der SED dar. Die DKP-Prominenz ist sichtlich bemüht, in der „UZ" möglichst ähnlich den arroganten Ton und die perfiden Unterstellungen der DDR-Presse nachzuäffen.

Das hört sich dann in der DKP-Version z.B. so an: *„Der Export der Konterrevolution, der auch mit Biermanns Hilfe und Unterstützung betrieben werden soll, hat eine Niederlage erlitten."* Es wird gejubelt, daß *„durch diese Ausbürgerung ein ideologischer Brückenkopf verlorengegangen ist – ein Quartier der fünften Kolonne für ideologische Kriegführung gegen Entspannung, Demokratie und Sozialismus"* (Erklärung der Zeitschrift „kürbiskern", in der „UZ" v.25.11.). Der Protest gegen die Ausbürgerung Biermanns sei *„Bestandteil der Strategie des BRD-Imperialismus, die auf die Spaltung der fortschrittlichen Kräfte und die Isolierung der Kommunisten gerichtet ist. Fortschrittliche Kräfte sollten dieser Kampagne jegliche Unterstützung verweigern"* (Erklärung des MSB-Bundesvorstands, in der „UZ" vom 24.11.). Biermann habe *„den Aufbau des Sozialismus in der DDR verspottet und die Erbauer beleidigt. Er hat sich das von den Antikommunisten in der Bundesrepublik gut bezahlen lassen. Jetzt wurde ihm die Rechnung präsentiert"* (Fritz Noll in der „UZ" vom 19.11.). Wer grundsätzliche Kritik an den Verhältnissen in der DDR übt, *„fördert absichtlich oder aus egozentrischer Borniertheit die imperialistische Konterrevolution"* R.St. „UZ" vom 22.11.). Auch die Wochenzeitung „Deutsche Volkszeitung" und „die tat", die formal unabhängig sind, aber vom Geld der DKP bzw. SED abhängen, mußten voll mitziehen: *„Wolf Biermann schweigt zur Diskussion über ‚Radikalenerlaß', ‚Berufsverbote' und andere politische Repressionen in der Bundesrepublik"*, log z.B. die „DVZ" (25.11.). Mit gewohnter Dümmlichkeit „argumentierte" der DKP-„Dichter Peter Schütt: *„Vor die Wahl gestellt, mich zwischen der Solidarität mit Biermann oder der Solidarität mit den Opfern der Berufsverbote zu entscheiden, fällt mir die Entscheidung nicht schwer"* (in der „UZ", vom 25.11.). Man fragt sich doch, wer denn den Peter Schütt vor diese seltsame Wahl gestellt haben könnte? Etwa der DKP-Parteivorstand? Immerhin hatte am 23.11. der Westberliner „Extra-Dienst" den Schütt noch als Mitunterzeichner einer Protest-Erklärung gegen die Ausbürgerung Biermanns gemeldet!...

Bei der Lektüre der „UZ" fällt auch auf, daß sich die offizielle DKP in keinem Moment ernsthaft mit den Argumenten der demokratischen Kritiker der Ausbürgerung Biermanns auseinandersetzte. Diese Menschen wurden einfach als zwar aufrichtig, aber ansonsten völlig blöd hingestellt. Es wird beispielsweise keinen der Kritiker vom Hocker gerissen haben, wenn ihm x-mal sehr gewichtig erklärt wurde, daß CDU/CSU und SPD in der BRD für die Berufsverbote etc. verantwortlich sind und daß die Ausbürgerung Biermanns von der Reaktion benützt wird. Unbeantwortet blieb die entscheidende Frage, ob daß tatsächlich die Schuld Biermanns ist, oder nicht vielmehr der DDR-Behörden selbst. Den dummen Kritikern wurde aber immerhin gönnerhaft bescheinigt, daß *„Verwirrspiel"* der Bourgeoisie sei ja auch wirklich *„nicht leicht zu durchschauen"* (Fritz Noll, „UZ" v. 19.11.). *„Emotionaler Druck"* und mangelnde Erfahrung der Jugend, (der immerhin *„beste Gefühle"* bescheinigt wurden)
Erfahrung der Jugend, (der immerhin *„beste Gefühle"* bescheinigt wurden)
wurden ebenso angeführt -zugleich aber hart ins Gericht gegangen *„mit jenen unseren Lesern, die im Eifer nicht mehr hinhören, was wir sagen"*, und schließlich gar ein grimmiger Bannfluch geschleudert gegen alle, die sich mit Biermann solidarisiert haben: *„Er und seine hiesigen Freunde betreiben jetzt objektiv und auch subjektiv (!) die Spaltung der demokratischen Bewegung"* (Redaktionskollegium der „DVZ" in der „DVZ" vom 25.11.).

Für sehr überzeugend muß es die DKP auch gehalten haben, daß sie in M a r b u r g an mehreren Tagen hintereinander verschiedene als persönliche Erklärung aufgemachte Flugblätter verteilen ließ: *„Warum ich gerade jetzt in die DKP eintrete."* Die Tendenz war wohlabgewogen: Im Flugblatt vom 22.11. berichtete ein gewisser Rüdiger Schulz: *„Um es gleich vorwegzusagen: Ich stimme noch nicht völlig mit der Maßnahme der DDR-Regierung überein..."* was ihn nicht hinderte, abschließend zu verkünden, *„daß die DKP, die am konsequentesten die Interessen der Studenten und des ganzen arbeitenden Volkes vertritt, gegen die Antikommunismus gestärkt werden muß"*. Einen Tag zuvor hatte die DKP den „Offenen Brief" eines Claus Skrobanek verteilen lassen, der ohne die leisen Skrupel des anderen verkündete, gerade *„w e g e n der antikommunistischen Kampagne, die Sie* (Biermann) *mit sich veranstalten lassen"*, wolle er nun der DKP beitreten. Als weiteren Grund gab dieser Spaßvogel an, *„weil die DKP ... mit ihrer Verankerung in den Betrieben eine Arbeiterpartei ist, die ihr sozialistisches Ziel erreichen wird."*

Die DKP-Führung hat wieder einmal „übersehen", daß dieses Land eben n i c h t die DDR ist. Die SED hat die M a c h t, die einem arroganten, autoritären Ton erst den ernsthaften Hintergrund verleiht. Die SED kann es sich auch leisten, in ihrer Presse Dummheiten und Unwahrheiten freiweg zu schreiben, weil sie – kraft ihrer Macht – kaum darauf angewiesen ist, die Menschen auch zu ü b e r z e u g e n. Mit der DKP verhält es sich aber anders. Nichts verstellt den Blick auf die Tatsache, daß ihr bei den letzten Bundestagswahlen nur gerade 0,3% der Wähler die Stimme gegeben haben – von denen überdies wahrscheinlich noch nicht einmal die Hälfte mit der Ausbürgerung Biermanns einverstanden sind. Wenn die DKP also im naßforschem Ton die Ausbürgerung Biermanns rechtfertigt, alle Kritiker dieser Maßnahme bestenfalls für „verwirrt" erklärt und überhaupt all ihren ansonsten umworbenen „Bündnispartnern" voll mit dem Arsch ins Gesicht springt, dann flößt das – mangels realer Macht – keine Furcht ein, sondern ist nur lächerlich und abstoßend.

Die DKP hat allen potentiellen „Bündnispartnern" klargemacht, wie sie mit ihnen umspringen würde, wenn sie dazu die Macht hätte. Das begünstigt die Position der Böswilligen, die eh schon immer gegen eine Zusammenarbeit mit der DKP waren, wirft aber auch für die Gutwilligen viele Fragen auf. Die DKP wird es zukünftig schwerer haben, noch „Bündnispartner" zu finden. In typischer Sekten-Manier hat die DKP-Führung auch noch ihre gesamten „fortschrittlichen Künstler, Wissenschaftler und andere Persönlichkeiten" an die Biermann-Front geworfen – einschließlich von Leuten wie den Sängern Süverkrüpp und Degenhardt, die bisher dem Anschein nach noch einen Rest Unabhängigkeit gegenüber der DKP gewahrt hatten. Das große Aufgebot der DKP-Prominenz dürfte keinen Kritiker der Ausbürgerung Biermanns überzeugt haben, sondern nur zur Isolierung und Diskreditierung der Ausbürgerungs-Verteidiger gegenüber anderen demokratischen Kräften geführt haben.

Die DKP folgt – zumindest zur Zeit – der Sekten-Logik, wonach die zunehmende Selbstisolierung zu einer noch größeren Irrationalität der Standpunkte führt, also auch zu noch größerer Isolierung.

Diese Entwicklung ist gut und nicht schlecht. Man muß jetzt als Kommunist, wie der chinesische Schriftsteller Lu Hsün es ausdrückte, *„dem ins Wasser gefallenen Hund auf die Schnauze hauen"* und die erweiterten Möglichkeiten für den Aufbei der Kommunistischen Partei gut nutzen.

Opposition gegen die Ausbürgerung in der DKP

Die Ausbürgerung Biermanns hat in der DKP und bei ihren Sympathisanten breite Diskussionen ausgelöst. So war eine im Westberliner „Extra-Dienst" (23.11.76) veröffentlichte Protest-Erklärung nach Angaben des „ED" unterschrieben ua. von den DKP-Mitgliedern Adler (Hörspielautor und Regisseur), Fuchs (Schriftsteller), Herburger (Schriftsteller), Rauter (Journalist), Schütt, Siegert („UZ"-Zeichner). Ferner von DKP-freundlichen Personen wie Lerryn (Liedermacher), Gremliza („Konkret"-Redakteur), Hübotter, Prof Holzer und der Musikgruppe „Floh de Cologne". Die DKP behauptete später, Schütt, Siegert und Floh de Cologne hätten den Aufruf in Wirklichkeit gar nicht unterschrieben („UZ", 26.11.76). Prof. Holzer wurde, wie schon im „ED" vom 23.11. zu lesen war, von der DKP intensiv „bearbeitet", bis er sich schließlich *„gezwungen"* sah, *„mich von den in der . . . Resolution enthaltenen ‚Verniedlichungen' des Wolf Biermann zu distanzieren"* („UZ", 24.11.).

Der „ED" vom 23.11. behauptete, DKP-Mitglieder, u.a. aus Bochum, seien mit Ausschluß bedroht worden, nachdem sie kritische Leserbriefe an die „UZ" geschrieben hätten. In Wiesbaden sei einem DKP-Kreissekretär „nahegelegt" worden, seine Unterschrift unter eine Protestresolution zurückzuziehen. In Hamburg habe es Austritte aus der DKP gegeben.

Diese Geschichten, eher Gerüchte, sind für uns vorerst nicht nachprüfbar. Sicher ist aber, daß Kritiker in den Reihen der DKP massiv eingeschüchtert und psychologisch unter Druck gesetzt wurden und werden („Wer die Ausbürgerung Biermanns kritisiert, arbeitet, gewollt oder ungewollt, für die Reaktion und fällt der Partei in den Rücken").

In Marburg unterschrieben dennoch 29 Mitglieder der DKP eine Erklärung, in der es u.a. heißt: *„ . . . Die sozialistische Gesellschaft in der DDR muß aber in der Lage sein, auch solche Positionen für ihre gesellschaftliche Entwicklung nutzbar zu machen. Aus diesem Grunde verurteilen wir die Ausbürgerung Wolf Biermanns als eine unangemessene und ungerechtfertigte Maßnahme. Wir erwarten, daß unsere Partei sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Aufhebung der Ausbürgerung Wolf Biermanns einsetzt"* („ED", 23.11.).

Außerdem unterstützten MSB-Mitglieder in einer Reihe von Universitäten auf verschiedenen Ebenen Resolutionen gegen die Ausbürgerung Biermanns.

Insgesamt haben bisher alle derartigen Abgrenzungen einzelner DKP/MSB-Mitglieder den Charakter einer mehr oder weniger starken Kritik an den DDR-Behörden wegen der „unangemessenen" Ausbürgerung, aber keineswegs einer Solidarität mit den von Biermann vertretenen Positionen zur DDR und anderen Fragen.

Trotzdem wäre es falsch, diese Opposition zu unterschätzen, die sich weiter entwickeln wird. Es handelt sich dabei nicht um jene von manchen Tagträumern beschworenen „revolutionären Genossen in der DKP", die sich angeblich über den „Verrat an der Diktatur des Proletariats" etc. empören – **an d i e s e r Front ist in der DKP nichts zu holen.** In ihren ganzen Vorstellungen neigt diese Strömung viel eher dazu, sich am „italienischen Modell", am „Euro"-Revisionismus zu orientieren. Die handgreiflichen politischen Mißerfolge der DKP, die nicht zuletzt ihrem verbissenden Sektierertum in Sachen DDR geschuldet sind, rufen diese Opposition immer wieder hervor. Den Einsichtigen in der DKP wird immer klarer, daß sich politische Erfolge auf dieser Linie nicht organisieren lassen, sondern die DKP sich mit dieser Politik immer stärker ins politische Abseits manövriert. An dieser Frage kann sich eine umfassende Polarisierung in der DKP entwickeln.

Solidarität mit Wolf Biermann in der DDR

In der DDR unterschrieben eine Reihe von Kunstschaffenden einen Brief an die SED, in dem es u. a. heißt:
he von Kunstschaffenden einen Brief an die SED, in dem es u. a. heißt:
„Wolf Biermann war und ist ein unbequemer Dichter – das hat er mit vielen Dichtern der Vergangenheit gemein. Unser sozialistischer Staat, eingedenk des Wortes aus Marxens ‚18. Brumaire', demzufolge die proletarische Revolution sich unablässig selber kritisiert, müßte im Gegensatz zu anachronistischen Gesellschaftsformen eine solche Unbequemlichkeit gelassen nachdenkend ertragen können ... Wir bitten darum, die beschlossene Maßnahme zu überdenken". **Unterschrieben wurde der Brief u. a. von Volker Braun, Günther Kunert, Christa Wolf, Jurek Becker, Franz Führmann, Ulrich Plenzdorf und Klaus Schlesinger (laut „die tat", 26.11.), ferner Sarah Kirsch, Stephan Hermlin, Stefan Heym, Heiner Müller, Rolf Schneider, Gerhard Wolf, dem Bildhauer Fritz Cremer (laut „Frankfurter Rundschau" vom 18.11.). Volker Braun erklärte später zu dieser Stellungnahme: *„In Erwägung, daß die Ausbürgerung Wolf Biermanns bei vielen fortschrittlichen Kräften in der Welt auf Unverständnis stoßen würde, haben wir die Partei gebeten, die Maßnahme zu überdenken. Ich sehe jetzt, wie unsere Stellungnahme dazu benutzt wird, eine Kluft zwischen uns und unserer Partei zu konstruieren. Diese Versuche weise ich entschieden zurück"* (laut „UZ" vom 26.11.). Fritz Cremer erklärte nachträglich, bei der Unterschrift sei er *„überfahren"* worden („Welt" vom 24.11.).**

Der DDR-Schriftsteller Bernd Jentzsch, der sich zur Zeit in der Schweiz aufhält, protestierte von dort aus gegen die Ausbürgerung Biermanns. U. a. schrieb er auch: *„Ich besitze Informationen über Haussuchungen bei Schriftstellern, über anschließende stundenlange Verhöre durch Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, über die Beschlagnahme von Manuskripten, Aufzeichnungen, Tagebüchern, Briefen und Büchern ... Zwei musikalisch-literarische Veranstaltungsreihen wurden verboten ... eine immer größer werdende Anzahl von Manuskripten wird nicht zum Druck zugelassen. Andere Kollegen sind mit regionalem Auftrittsverbot belegt worden ..."* (laut „Frankfurter Rundschau", 25.11.).**

Gegen die Ausbürgerung Biermanns sprachen sich übrigens auch die „euro"-revisionistischen Parteien Italiens, Spaniens und Frankreichs aus.

Lehrreiche Veranstaltung – nicht nur für Biermann

Bis auf den letzten Platz besetzt waren die Konzerte, die der Sänger und Liedermacher Wolf Biermann in den letzten Tagen in der BRD gegeben hat. Vor der Tür standen meist mehrere hundert Menschen, die aufgrund der mauscheligen Kartenverteilungspraxis der IGM-Führung leer ausgegangen waren. Drinnen saßen dafür hohe Gewerkschafts- und SPD-Funktionäre, die einen Abend auf „links" machten.

Für den „ordnungsgemäßen" Ablauf der Veranstaltung sorgten neben den reichlich vorhandenen IGM-Ordnern starke Polizeieinheiten. Beim Biermann-Konzert am 21.11. in Stuttgart versuchten zahlreiche Biermann-Fans, noch in die Schwabenhalle reinzukommen, nachdem die IGM-Ordner alle Eingänge dicht gemacht hatten. Zur Unterstützung der Ordner waren sofort mehrere Bullen zur Stelle, die sich Wartende willkürlich herausgriffen und sofort ihre Schlagstöcke und das Giftgas „Chemical mace" einsetzten. Eine Kollegin bekam das Giftgas aus 80 cm Entfernung voll ins Gesicht. Als der Vorfall durch eine Glastür in die Veranstaltung gemeldet wurde, gab Biermann den Kommentar ab: *„Tränengas – ein sehr lehrreicher Aufenthalt für mich"*. Er weigerte sich anzufangen, bevor nicht alle Wartenden Einlaß gefunden hatten, was dann auch geschah. Sie bekamen einen „Ehrenplatz" auf der Bühne ...

Anders war Biermanns Reaktion in Hamburg, wo er am 27.11. sein letztes Konzert (im Rahmen der geplanten Tournee) gab. In Hamburg standen ca. 500 Menschen vor dem Congress-Centrum (CCH), das die Polizei weiträumig mit spanischen Reitern abgeriegelt hatte. An einer Stelle gelang den Demonstranten ein Durchbruch und sie gelangten bis zum Haupteingang, wo von den Bullen wieder sofort Schlagstöcke und Chemical mace eingesetzt wurden. Auch diesmal wurde der Vorfall und die manipulierte Kartenverteilung der IGM in der Veranstaltung angesprochen. Diesmal reagierte Biermann zunächst ausgesprochen arrogant. Einen der Zuhörer machte er z. B. an: „Die ‚Verteilungsstrategie' der IG Metall hat immerhin dazu geführt, daß du eine Karte hast und hier sitzt". Und einen anderen: „Stell dich mal hin, ich will dich mal sehen, du Held, deinen revolutionären Heroismus kannst du dir für etwas besseres aufsparen". Reicher Beifall der SPD- und DGB-Funktionäre lohnte es ihm. Der Eindruck dieser Entgleisungen beim fortschrittlicheren Teil des Publikums war dagegen sehr negativ. Der Biermann scheint, wenn er verunsichert ist, zur Arroganz zu neigen. Das schafft keine Freunde! – Später besann er sich doch eines Besseren: Er ging nach draußen zu den Wartenden, war durch den freundlichen Empfang, der ihm dort bereitet wurde, sichtbar gerührt, und sang draußen ein Lied. Danach, zu einer Zugabe aufgefordert, stimmte er die Internationale an, die gemeinsam gesungen wurde. Biermann versprach auch, in Hamburg noch ein Konzert zu geben ...

Proteste und Veranstaltungen

Am 24.11. fand im Audimax der „Freien" Universität Westberlin eine Biermann-Solidaritätsveranstaltung mit ca. 3.000 bis 4.000 Teilnehmern statt. Das Audimax war hoffnungslos überfüllt, so daß die Veranstaltung noch in benachbarte Hörsäle übertragen werden mußte. Dies war seit langer Zeit die größte politische Veranstaltung in Westberlin. Durchgeführt wurde sie von der Redaktion der Westberliner Zeitung „Langer Marsch" und dem Westberliner Landesverband des Schriftstellerverbandes VS. Den Hauptteil der Veranstaltung bildete eine Podiumsdiskussion zwischen dem Journalisten Heinz Brandt, den Schriftstellern Yaak Karsunke und Gerhard Zwerenz, dem früheren FU-Vizepräsidenten Wesel, Ex-SDS-Mitglied Bernd Rabehl und einem Redakteur des „Langer Marsch".

Die Redner versuchten, Biermann voll auf den „Euro"-Revisionismus festzulegen. Bis auf Wesel bemühte sich keiner der Redner, die Diskussion um Biermanns Ausweisung mit der Anklage der politischen Unterdrückung in der BRD zu verbinden, was der Veranstaltung insgesamt eine falsche Stoßrichtung gab. Von den Zuhörern wurde der notwendige Kampf gegen die Repression in der BRD allerdings in zahlreichen Zwischenrufen immer wieder eingebracht. Auf der Veranstaltung wurde beschlossen, sie bald fortzusetzen. Unter anderem soll die Forderung des „Langer Marsch" weiter diskutiert werden, solange keine Aktionseinheit mit DKP/SEW mehr einzugehen, wie sich diese nicht aufraffen können, gegen Biermanns Ausweisung zu protestieren. Noch auf der Veranstaltung brachte ein Vertreter der ADS, die eng mit den SEW-Hochschulgruppen verbunden sind, eine Solidaritätsresolution für Biermann ein, die von den Teilnehmern sehr begrüßt wurde.

Protestresolutionen gegen Biermanns Ausbürgerung wurden u. a. auch in Marburg verfaßt, der traditionellen „Hochburg" der DKP. Noch am Tage, als die Entscheidung bekannt wurde, schickten 200 Studenten, die sich in der ESG versammelt hatten, Biermann ein Solidaritätstelegramm. Von Seiten einiger im MSB organisierten DKP-Studenten kamen kritische Stellungnahmen, so z. B. Wandzeitungen an mehreren Fachbereichen, die von MSB'lern verfaßt wurden. Neun MSB'ler unterzeichneten z. B. eine Wandzeitung am Fachbereich Jura, in der gegen die Ausbürgerung protestiert wurde. Schließlich faßte auch die Uni-Vollversammlung eine Solidaritätsresolution für Biermann.

So sehen's die anderen ...

Das „Sozialistische Büro" Offenbach (SB) schreibt in einem Vorabdruck aus der Dezember-Nummer seiner Zeitschrift „links": *„Mit Wolf Biermann hat der reale Sozialismus ein Stück wirklicher kommunistischer Identität zerstören wollen, die in Deutschland tatsächlich nur als widersprüchliche erfahren und erkämpft werden kann". – „Die Unteilbarkeit von Freiheit und Sozialismus hat er uns vorgelebt, wenn er sich später im Land seiner Wahl die Freiheit der Kritik genommen hat. Mit berechtigtem Zweifel hat er nach Westen geschaut, auf unseren Versuch, ohne Verbindung und in kritischer Ablehnung der DDR für den Sozialismus hier zu kämpfen ... Seine Weigerung, im Westen den linken Clown zu spielen, hat uns zu denken gegeben, unser Verhältnis zur kommunistischen Vergangenheit und zur Gegenwart des realen Sozialismus konkreter zu begreifen"*!

Über die DKP heißt es mit beim SB ganz ungewohnter Schroffheit: *„Diese Nullkommadreiprozentkommunisten müssen ihren Verstand verloren haben ..."*. Jedoch auch: *„Wir werden weiter in Zukunft DKP-Mitglieder, die von Berufsverboten oder Repression betroffen sind, verteidigen, auch wenn sie nichts über die DDR zu sagen wissen. Denn der Kampf um republikanische Freiheiten wird nicht nur für sympathische Leute geführt, sondern ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit, wenn wir nicht noch die Reste bürgerlicher Freiheiten verlieren wollen". – „Wir müssen den unheroischen Kampf für republikanische Freiheiten in der BRD und der DDR führen – einen Kampf, nach der Theorie von Marx und Engels, um die Vorbedingungen des Sozialismus."*

Zu keinerlei Stellungnahme konnte sich der **KBW** in der ersten nach der Ausbürgerung Biermanns erschienenen Nummer der „KVZ" durchringen (25.11.), nicht einmal einfache Sachinformationen wurden gegeben, der Vorgang war für den KBW offensichtlich noch gar nicht existent. Ratlosigkeit und/oder „Kampf zweier Linien" scheint da noch zu herrschen. Einzige „Reaktion", sozusagen im Vorwege, ist ein Artikelchen in der „Kommunistischen Hochschulzeitung" Heidelberg des KBW vom 25.10., also noch vor Biermanns Reise in die BRD. Biermann wurde dort als *„linksbürgerlicher Musiker"* bezeichnet, und über die Initiative der Jusos zu seiner Reise hieß es, sie diene dazu, *„die Massen für imperialistische Ziele zu gewinnen. Dem muß man entgegentreten"*.

Wahrscheinlich ist Biermann in den Augen des KBW sowieso ein Kandidat für die beliebte Alternative „Fischmehlfabrik oder gleich aufhängen"? Anscheinend haben sich die KBW-Fürsten aber noch nicht endgültig entschlossen, ob es nicht aus taktischen Gründen vielleicht besser sein könnte, sich doch noch an die Solidaritätsbewegung für Biermann anzuhängen? ...

Gleich auf den Zug gesprungen ist die vaterländische **„KPD"**, die Biermann während seines Kölner Konzerts noch massiv durch Zwischenrufe unterbrochen und als „Wasserträger des Sozialimperialismus" angegiftet hatte.

„Trotz aller politischen Differenzen erklärt die KPD Wolf Biermann ihre Solidarität und verurteilt aufs Schärfste diesen neuen Akt politischer Unterdrückung der faschistischen Diktatur in der DDR" („Rote Fahne", 17.11.). Kritik mochte die „KPD" freilich dem Biermann auch jetzt nicht ersparen: Er leugne nämlich *„den Zusammenhang von faschistischer Unterdrückung und russischer Fremdherrschaft in der DDR"* („Rote Fahne", 24.11.). Die „KPD" weiß aber auch, warum Biermann trotz seiner „Verharmlosung des Sozialfaschismus und Sozialimperialismus" ausgebürgert wurde: „ ... *Sicherlich vor allem deshalb, weil Wolf Biermann die Frage nach der nationalen Einheit, nach dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, stellte ... Wer heute die nationale Frage in Deutschland aufwirft, der versetzt der Kriegspolitik der Sowjetunion, dem Vordringen des Sozialimperialismus in Europa einen Schlag"* („Rote Fahne", 17.11.). – Biermann als Vaterlandsverteidiger, das fehlte gerade noch ...

Die **„KPD/ML"** hat bisher schon v e r s t e c k t den Revisionismus unterstützt – durch einen zur Karikatur verzerrten „Anti-Revisionismus". Im Falle Biermanns hat die „KPD/ML" den Revisionismus o f f e n unterstützt. Ihre „Argumente" gegen Biermann hätten wörtlich in der „UZ" oder in der Zeitung „Neues Deutschland" gestanden haben können: „ *‚Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht' – diese Feststellung des Genossen Mao Tse-tung läßt den Schluß zu, daß es schon ziemlich schlecht um einen angeblichen Kommunisten stehen muß, wenn er von der Bourgeoisie in Westdeutschland so über den grünen Klee gelobt wird wie Biermann. Die bürgerliche Presse in Westdeutschland, einschließlich der von ihm doch so attackierten Springerpresse, mag über diesen angeblichen Kommunisten kein böses Wort fallen lassen, sondern stilisiert ihn unermüdlich zum aufrechten Helden, zum ‚wahren Kommunisten' hoch. Das Fernsehen übertrug Biermanns vierstündigen Kölner Auftritt gleich zweimal, erst im 3. Programm des WDR und dann im 1. Programm. Die Begeisterung der Bourgeoisie für den ‚Kommunismus' des Wolf Biermann ist offensichtlich maßlos, und das sollte zumindest ein Grund zum Nachdenken sein"*. Biermann sei ein *„Konterrevolutionär"* und *„Antikommunist"*, mit dem es keine Solidarität geben dürfe („Roter Morgen", 26.11.). Von der „KPD" handelte sich die „KPD/ML" dafür den Vorwurf ein, sie leiste einen *„Beitrag zur DKP-Politik"*. Das ist einer der wenigen Fälle, wo wir der „KPD" voll zustimmen können.

Rechts, zwo, drei, ...

Die SPD nach der Wahl

Nach den Bundestagswahlen legten die Jusos eine Analyse des Wahlkampfes der SPD vor, in der Kritik an der Wahlkampfführung geübt wurde. Die Kritik gipfelte in dem Satz: *„Insgesamt blieb der offizielle Wahlkampf der SPD weit hinter dem Problembewußtsein und den Beschlüssen der SPD zurück"* (zit. nach „ED", 22.10.76).

K e i n Wort der Kritik aber an der arbeiterfeindichen und reaktionären Politik der „sozialliberalen" Koalition, kein Wort der Kritik an der reaktionären Ausrichtung der SPD selbst!

Die ganze „Kritik" geht davon aus, daß die SPD schon die richtige Programmatik hat, aber *„unter dem Druck konservativer Gruppen und ihrer reaktionären Forderungen"* geraten sei („ED", 22.10.76). Anstelle von Argumenten für diese Behauptung wird eine neue, bemerkenswerte These ausgegeben: *„Eine sozialliberale Koalition hält die Chance für eine grundlegende (!?) Veränderung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung offen"* (ebenda).

Schon während des Wahlkampfes wurde von den Juso-Führern der Unsinn vertreten, daß „nur die Wahl der SPD" die „Freiheitsrechte", „Reformen", „Entspannungspolitik" sichert und gar „sozialistische Perspektiven in der BRD offen" hält („ED", 1.10.76).

Doch dieses Wohlverhalten der Juso-Führer wurde von den Partei-Oberen ebensowenig honoriert wie die jetzige lasche Kritik:

Die SPD-Führer nahmen die Juso-Wahlanalyse zum Anlaß, um öffentliche Erklärungen der Jusos insgesamt in Frage zu stellen! Sie erklärten, der Parteirat hätte ohnehin im November zum Ausgang der Wahlen Stellung nehmen wollen. Bis dahin könnten die Jusos gefälligst warten. Und wenn ihnen an der offiziellen Erklärung was nicht passe, dann könnten sie ja kritisieren!...

Schmidt zieht Bilanz

Unmittelbar nach dem knappen Ausgang der Bundestagswahl haben die SPD-Führer erklärt, daß sie den Rechtskurs „in und mit der SPD" noch weiter forcieren wollen. Wie sonst soll man das auffassen, wenn der Bundeskanzler und stellvertretende Parteivorsitzende Schmidt erklärt, links von der SPD sei *„überhaupt nichts"*, was *„eine Beschäftigung"* lohne („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 14.10.76). *„Links von der SPD gibt es nur noch ein Potential von 0,5%, rechts davon hingegen ein Reservoir von 56%, das es auszuschöpfen"* gelte, schlußfolgerte Schmidt auf einer SPD-Fraktionssitzung am 6.10.76. Diese „Wahlanalyse" ist umso bemerkenswerter, als die SPD-Politik nicht nur mittelbar zu den Stimmengewinnen von CDU/CSU beigetragen hat, indem sie Wähler in die Arme von CDU/CSU getrieben, sondern auch selbst aktiv eine chauvinistische und reaktionäre Verhetzung der Menschen betrieben hat. Inbegriff dieser Politik ist das „Modell Deutschland". Ganz offensichtlich nehmen jetzt die SPD-Führer die Ergebnisse ihrer Politik als Rechtfertigung einer noch schärferen Rechtsausrichtung in Partei und Regierung. Schon haben Brandt, Schmidt und Co. die Partei zu noch mehr „Disziplin" und „Geschlossenheit" aufgefordert, und das obwohl seit geraumer Zeit nichts mehr geht in der SPD – außer Wahlwerbung für Helmut Schmidt. Auf alle Fälle bedeuten solche Ankündigungen, daß der Handlungsspielraum (sofern man überhaupt noch davon reden kann) der SPD-Linken noch weiter eingeschränkt wird als bisher. Schon während des Wahlkampfes sind die wenigen eigenständigen Aktivitäten der Jusos mit administrativen Maßnahmen eingeschränkt worden, so daß *„einzelne Materialien nicht mehr zum Einsatz kamen"* (zit. aus dem „Beschluß des Bundesausschusses der Jungsozialisten zum Bundestagswahlkampf der SPD", nach „Extra-Dienst", 22.10.76). Selbst die Juso-Vorsitzende Wieczorek-Zeul durfte in der Stadt Fürth auf Anordnung des SPD-Bundestagsabgeordneten Haase hin nicht auftreten.

Es soll aber noch schlimmer kommen. Der Westberliner „Extra-Dienst" berichtete, daß *„die gesamte rechte SPD-Vorstands-Majorität die Wahl von Juso-Vorständen überhaupt abgeschafft sehen (will). Die Partei-Arbeitsgemeinschaften sollen nur noch in Gestalt von Facharbeitszirkeln (und -tagungen) weiterbestehen, deren Tätigkeiten in Bonn von einem hauptamtlichen Sekretär geleitet würde. Praktisch liefe diese ‚Reform' auf die Abschaffung der SPD-Jugendorganisation mit ihrem relativ souveränen gewählten Vorstandsgremium hinaus"* (26.10.76).

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Partei – ausschlußverfahren in Salzgitter

Die SPD Salzgitter hat ihr zweites Parteiausschlußverfahren.

Am 16.10. schrieb die hier marktbeherrschende „Salzgitter-Zeitung" in einem Artikel auf der ersten Seite über ein Parteiausschlußverfahren gegen einen Juso. Er hatte die Vorschlagsliste des KBW zu den Bundestagswahlen unterschrieben. – Woher die SPD-Oberen das wohl wußten?! Das allein reichte aus, um gegen ihn ein Verfahren einzuleiten. Er hat auch mit dem Radikalenerlaß zu rechnen, da er im öffentlichen Dienst arbeitet.

Dieser Fall sollte allen fortschrittlichen Juso's am Ort die Augen öffnen.

Ein AK-Leser aus Salzgitter

Die Diener Schmidt's

Der vorübergehend amtierende Bundesgeschäftsführer der SPD, Wilhelm Dröscher, forderte die SPD-Mitglieder auf, „nicht nur zum Mitreden, sondern auch zum ‚Mitdienen' bereit zu sein" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 2.11.76) ...

Mieterhöhungen ohne Ende!

Hamburg/München: Die Hamburger und Münchner Altbaubewohner müssen Anfang nächsten Jahres mit drastischen Mieterhöhungen rechnen.

Grund ist die endgültige Freigabe der Altbaumieten auch in diesen Städten – die Hausbesitzer jubeln über das Ende der „Wohnraumbewirtschaftung", die seit dem Kriegsende „nur" gesetzlich festgelegte Mieterhöhungen zuließ. Diese Bindung fällt jetzt.

Folge: *„Jeder dritte muß in Hamburg mehr Miete zahlen – in Einzelfällen Verteuerung um 100 %"* („Hamburger Morgenpost", 19.5.76). Mieterhöhungen von ca. DM 3,–/qm auf bis zu DM 5,50/qm hält auch die Hamburger Baubehörde noch für „vertretbar". Das ist eine unheimliche Sauerei! Schon heute sind Hamburg und München die Städte mit dem höchsten Miet- und Preisniveau in der BRD.

Viele Familien werden ins Lager müssen, weil sie die hohen Mieten einfach nicht mehr bezahlen können, so wie in Köln, wo sich nach der Aufhebung der Mietpreisbindung vor einigen Jahren die Anzahl der Obdachlosen und Lagerbewohner verdreifachte! Betroffen sind nicht nur die Mieter von Altbauwohnungen. Auch den „Sozial"baumietern wird ständig die Miete erhöht.

Das betrifft natürlich nicht nur die Hamburger und Münchner. Die Hausbesitzer werden auch in den anderen Städten ohne Zweifel die Mieten dem höchsten Stand „anzugleichen" versuchen.

Ein Ausweichen auf billigere Wohnungen ist jetzt auch kaum noch möglich.

Auf zum Mietkampf!

Wir halten es aufgrund dieser unverschämten Angriffe auf das Lebensniveau der Werktätigen für notwendig, daß der bislang sehr schwach entwickelte Mietkampf konkrete Formen annimmt!

Die Mieter sollten sich in den einzelnen Häusern über Schritte gegen Mieterhöhungen etc. beraten, sollten g e m e i n s a m den Hauskapitalisten gegenübertreten, sollten sich in Bürger- bzw. Mieterinitiativen organisieren. Nur so kann es gelingen, sich wirksam gegen Willkür und Ausplünderung durch die Hausbesitzer zur Wehr zu setzen.

Konkret kommt es erstmal darauf an, die heutigen Mieten zu verteidigen, d. h. die „Vergleichbarkeit" mit anderen Wohnungen und damit verbundene Mieterhöhungen unter Hinweis auf den oft miserablen Zustand der Wohnungen abzulehnen.

Wohnungskommission

Prozeß gegen Neonazis

Anfang November fand in **Lüneburg** der Prozeß gegen die Neo-Nazis Willi Wegner und Ralf Ollmann statt (siehe die kurze Notiz in AK 93). Das Ausmaß ihrer Verbrechen macht erst deutlich, daß die beiden noch (wie üblich, wenn es sich um Faschisten handelt) verdammt glimpflich davon gekommen sind.

Dazu schreibt die Lüneburger Landeszeitung: *„Die beiden Angeklagten waren weitgehend geständig, allein bzw. gemeinsam acht Maschinenpistolen aus einer Zollbaracke bei Helmstedt gestohlen, etwa 100 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Göttingen umgerissen, die Inschriften auf einem Mahnmal in Bergen-Belsen mit Farbe beschmiert („Juda verrecke" etc.) und Kränze fortgeworfen zu haben. In Berlin gingen die Fensterscheiben und Schaukästen linker und sozialdemokratischer Geschäfte oder Büros zu Bruch, und der Brand im Lager eines linksorientierten „Politischen Buchladens" in Göttingen verursachte einen Schaden von rund 30.000 Mark"* („Lüneburger Landeszeitung", 7.11.76).

Ferner gab Wegner zu, daß die Ermordung des Leiters der Jüdischen Dokumentationszentrale für nationalsozialistische Verbrechen in Wien, Simon Wiesenthal, geplant war – „am Biertisch", beschwichtigte die „Lüneburger Landeszeitung".

Während Ollmann den reuevollen Mitläufer spielte, wollte Wegner seine Verbrechen als Antwort auf einen drohenden „kommunistischen Umsturzversuch" und den „Einfluß des Judentums in Deutschland" verstanden wissen. Und in Rechtsanwalt v. Randow (Hamburg) hatte Wegner einen echten Gesinnungsfreund: Die Studentenrevolte müsse ja in der Tat als kommunistische Bedrohung verstanden werden und die Frage, ob wirklich sechs Millionen Juden von den Nazis vergast wurden, sei überhaupt noch nicht geklärt, meinte v. Randow.

Das reaktionäre Lokalblatt „Landeszeitung" versuchte die Nazis, die angeblich „äußerlich einen denkbar guten Eindruck" machten, in ein freundliches Licht zu stellen: *„Die Antworten von Wegner kommen schnell, präzise, er scheint sich um nichts herumzudrücken"* („LZ", 7.11.).

Trotz der obengenannten organisierten Nazi-Verbrechen wurde den beiden Faschisten die Bildung einer „kriminellen Vereinigung" n i c h t zur Last gelegt – der Paragraph ist für Linke reserviert!

Die Strafen sind deshalb vergleichsweise gering:

- Drei Jahre, drei Monate für Wegner, ohne Bewährung;
- ein Jahr, neun Monate auf Bewährung für Ollmann.

Der Richter: *„Eine große Ausnahme* (!), *daß Strafen zwischen einem Jahr und zwei Jahren zur Bewährung ausgesetzt werden.*

Voraussetzungen dazu müssen eine günstige Prognose für die Zukunft des Angeklagten und besondere Umstände sein. Bei Ollmann trifft das zu!".

KB/Gruppe Lüneburg



Faschistische Gesinnung als Milderungsgrund

Im AK 93 wurde über die Verurteilung des Frankfurter „Journalisten" Wolf-Dieter Rothe zu lediglich DM 450,– berichtet. Rothe war wegen Beleidigung des Leiters des Jüdischen Dokumentationszentrums über NS-Verbrechen, Simon Wiesenthal, angeklagt, weil er diesen u.a. als den „zweitgrößten Verbrecher, der auf deutschem Boden sein Unwesen treibt", bezeichnet hatte.

In diesem Zusammenhang sind einige weitere Details nicht uninteressant. Hatte Oberstaatsanwalt Klein gegen Rothe immerhin noch DM 1.350,– Geldstrafe beantragt, so begründete Richter Schwalbe seine Milde damit, daß *„der Angeklagte mit Sicherheit von Rechtsradikalen ausgenutzt worden* (sei). *Diese Tatsache müsse als Milderungsgrund betrachtet werden"* („Frankfurter Neue Presse", 2.11.76). Folglich ist allein die Tatsache, daß Rothe ein Faschist ist, für Richter Schwalbe ein Milderungsgrund. Denn was den politischen Standort und den Grad der Aktivitäten Rothes betrifft, ist man keineswegs auf Vermutungen angewiesen. So schrieb Rothe 1974 die Hetzschrift „Die Endlösung der Judenfrage" und ließ sie vom faschistischen „Bierbaum-Verlag" in Frankfurt veröffentlichen, der eng mit dem „Kampfbund deutscher Soldaten" und dessen Vorsitzenden Erwin Schönborn verflochten ist. Ebenfalls im „Bierbaum-Verlag" ist das Buch „Unser Kampf gegen die größte Lüge der Weltgeschichte" erschienen (Autor: Erwin Schönborn), in dem u.a. als Kapitel die Hetzschrift Rothes „Wiesenthals wundersames Wirken" abgedruckt ist.

Daß diese Fakten für Richter Schwalbe – der dafür bekannt ist, daß er gegen Linke die härtesten Urteile fällt – ein „Milderungsgrund" sind, kann nicht weiter verwundern, wenn man dessen eigene pro-faschistische Gesinnung kennt. So erklärte er 1972: *„Er könne nachts nicht mehr schlafen, weil er darüber grüble, ob die Dinge, die heute allgemein als national-sozialistische Gewaltverbrechen dem Hitler-Regime zur Last gelegt werden, im Einzelfall als Unrecht angesehen werden dürfen"*, und *„er zweifle stark daran, ob die Zeit reif sei, um über Hitler und den Wert oder Unwert der während des Hitler-Regimes betriebenen Politik ein abschließendes Urteil zu bilden"* („FR", 20.10.72).

Antifa-Kommission des KB/Gruppe Frankfurt

Neuer Skandal um Nazi-Roeder!

Dem berühmt-berüchtigten Nazi-Rechtsanwalt Manfred Roeder („Ich bekenne mich stolz zum Dritten Reich") sind auch die obersten Richter unseres „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates" nicht ganz abhold. Das bewiesen jetzt die Richter des Bundesgerichtshofes (BGH).

„Der Zweite Senat des Karlsruher Bundesgerichtshofes (BGH) hat am Donnerstag (11.11.1976 – Anm. AK) *das Urteil gegen den Darmstädter Rechtsanwalt Manfred Roeder wegen Volksverhetzung aufgehoben und die Strafsache an ein Frankfurter Gericht zurückverwiesen (Aktenzeichen 2 StE 508/76)"* („Frankfurter Rundschau", 12.11.76).

Es handelt sich dabei um den von Roeder selbst so titulierten „Auschwitz-Prozeß", dessen Geschichte nun schon über drei Jahre währt.

Im Januar 1973 veröffentlichte Roeders engster Freund, der Altnazi Thies Christophersen, die Hetzbroschüre „Die Auschwitz-Lüge" (Auflage: 100.000 deutschsprachige, 30.000 englische, ebenso spanische und französische – in Vorbereitung – Exemplare!). Christophersen war nach eigenen Angaben vom Januar bis Dezember 1944 in dem Auschwitz-Nebenlager Raisko tätig, *„um dort als Wehrmachtsangehöriger im Range eines Sonderführers Z* (= Leutnant – Anm. AK) *Forschungsaufgaben"* zu erfüllen („Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", 13.3.73). In seiner Broschüre stellt er das Lagerleben der KZ-Häftlinge als halbe Idylle dar: *„Es hinterließ... bei mir den Eindruck, daß die Häftlinge ihre Forschungsarbeit mit Eifer und Freude verrichteten"* (Seite 20), und: *„mir fiel es auf, wie elegant unsere Häftlinge gekleidet waren... Lippenstift, Puder und Schminke gehörten mit zu den Utensilien der weiblichen Häftlinge"* (Seite 22) – *„Ich habe während meiner Zeit in Auschwitz nicht die geringsten Anzeichen von Massenvergasungen bemerkt. Auch der Geruch von verbranntem Fleisch, der oft über dem Lager gelegen haben soll, ist eine glatte Lüge. In der Nähe des Hauptlagers war eine große Beschlagschmiede. Der Geruch von dem Einbrennen der Hufeisen war natürlich nicht angenehm"* (Seite 27). – Roeder schrieb seinerseits das Vorwort zu dieser Hetzschrift: *„Es gibt kein ernstzunehmendes Dokument, das die Gesamtverluste der jüdischen Bevölkerung im letzten Krieg höher als mit 200.000 beziffert .... Und in den jüdischen Gesamtverlusten sind sogar die natürlichen Todesfälle mit*
jüdischen Gesamtverlusten sind sogar die natürlichen Todesfälle mit
enthalten" (Seite 9) – *„Hitler wollte gar nicht die Juden umbringen und hat niemals einen Befehl zur Ausrottung gegeben, auch nicht zur Ausrottung anderer Völker. Es gab keine Vergasungsanlagen"* (Seite 11).

Während Christophersen für seine faschistische Hetze bis heute noch nicht vor Gericht kam, wurde gegen Roeder Strafanzeige wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) erstattet. Und nun spielte sich ein Schauspiel besonderer Art vor und in bundesdeutschen Gerichten ab:

1. Akt: Geschichtsverfälschung nicht strafbar

Nach über einjähriger Verzögerung wurde gegen Roeder vor der 4. Grossen Strafkammer des Landgerichtes Darmstadt verhandelt. Diese lehnte jedoch schon die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen Roeder ab! Die Strafkammer des Gerichts, bei dem Roeder damals noch als Rechtsanwalt zugelassen war, befand kurzerhand: *„Die Darstellung des Angeschuldigten ist nämlich so offensichtlich falsch, daß kaum ein ernstzunehmender Mensch ihr Glauben schenken und, durch sie veranlaßt, Stellung gegen die Juden beziehen wird"* („tat", 14/74). Also eine höchst richterliche Erlaubnis, noch dreister zu lügen und zu hetzen. Roeder jubelte bei soviel „Meinungsfreiheit" auch dementsprechend: *„Dieser Gerichtsbeschluß ist ein Ruhmesblatt für die deutsche Nachkriegsjustiz, die es bisher leider nur allzuoft an der nötigen Objektivität hat fehlen lassen, wenn jüdische Belange mit im Spiel standen. Hier aber ist endlich einmal ein Gericht mit der nötigen Klarheit und Nüchternheit für das Recht auf Meinungsäußerung auch da eingetreten, wo es ‚nur' um deutsche Belange und deutsche Ehre geht"* („Bürstedter Zeitung", 16.3.1974).

2. Akt: Roeder darf sich „bewähren"

Erst fast zwei Jahre später, am 23.2.1976, fand die Berufsverhandlung, von dem Oberlandesgericht Frankfurt an das Landgericht Darmstadt zurückverwiesen, statt. Diese Verhandlung nutzte Roeder, um seinen braunen Sud erneut zu verschleudern, und sprach vom *„Märchen mit den sechs Millionen vergasten Juden"*. Er bezeichnete es als Schande, *„daß man hier vor Gericht stehen muß, weil man Geschichtsforschung betreibt"* („FR", 20.2.76). Die Richter dankten es mit einer „Strafe" von sieben Monaten Haft auf Bewährung und DM 3.000,– Geldstrafe (auf Volksverhetzung stehen Strafen von drei Monaten bis fünf Jahre Haft)!

„Die Kammer begründet ihr mildes Urteil damit, der öffentliche Friede sei nicht gravierend gestört, vielmehr erhebe sich die Frage, ob Roeders ‚Auschwitz-Lüge' überhaupt ernstgenommen werde" („FR", 25.2.76).

Roeders „Bewährung" ist allein schon deswegen blanker Zynismus, weil er seit langem kein Unbekannter bei der Justiz ist. Hier nur einige Beispiele:

- Am 24.11.73 randalierte Roeder mit seinem Haufen in Mannheim auf einer Ausstellung über das KZ Auschwitz. Die Klage gegen
auf einer Ausstellung über das KZ Auschwitz. Die Klage gegen
ihn wurde abgewiesen.
- Am 26.4.75 verwüsteten Roeder und seine Bande dieselbe Ausstellung in Westberlin. Roeder wurde zu DM 3.000,– Geldstrafe verurteilt.
- Am 13.10.74 versuchte er das Gleiche in Calw/Neckar, wurde aber von Antifaschisten vertrieben.
- Am 20.1.75 organisierten Roeder und Schönborn, Chef des „Kampfbundes Deutscher Soldaten", eine Hetzkundgebung unter den Parolen „Raus mit dem zionistischen Judenpack aus Europa" vor der Frankfurter Wohnung von Robert Kempner, dem Assistenten des US-Hauptanklägers in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen.
- Am 23.5.75 organisierten Roeder und Christophersen den Faschisten-Treff „Reichstag zu Flensburg".

3. Akt: „Berufsverbot" für Roeder

Schon seit 1973 läuft ein Ehrengerichtsverfahren gegen Roeder aufgrund des Vorworts zur „Auschwitz-Lüge". Das Verfahren wurde immer wieder vertagt, zuletzt im September 1975, obwohl dem Ehrengericht Roeders Umtriebe bestens bekannt waren.

Im April 1976 mochte man nun glauben, daß Roeders Stunde geschlagen habe: *„Wegen antidemokratischen Verhaltens ist über den mit zahlreichen neofaschistischen Äußerungen und Aktivitäten bekannt gewordenen Bensheimer Rechtsanwalt Manfred Roeder ein vorläufiges Berufsverbot verhängt worden"* („FR", 6.4.76) und *„...Roeder darf von sofort an den Anwaltsberuf nicht mehr ausüben"* („Flensburger Tageblatt", 7.4.1976).

Doch dann kam der Haken: *„Es stellte sich aber noch etwas anderes heraus: Aufgrund der zahlreichen antisemitischen und faschistischen Exzesse des Roeders hatte das Ehrengericht der Anwaltskammer Frankfurt nach jahrelanger Verschleppung ihm die Rechtsanwaltstätigkeit untersagt; in Heilbronn aber konnte Roeder triumphierend dem Gericht (er stand dort wegen einer anderen Sache vor Gericht) verkünden, er sei weiter Rechtsanwalt – denn das Berufsverbot gegen ihn ist ‚nicht rechtskräftig'"* („tat", 6.8.76).

4. Akt: Tip vom Bundesgerichtshof

Der BGH hob nun das zweite Urteil der Darmstädter Richter in Sachen „Auschwitz-Lüge" mit einer recht zweideutigen Begründung auf: *„Die Bundesrichter halten in ihrem Urteil daran fest, daß in der Schrift deutlich antisemitische Tendenzen sichtbar seien. Roeder benutzte den Wortschatz aus der Judenhetze der Nationalsozialisten. Das Darmstädter Gericht habe völlig offengelassen, ob Roeder mit seinen Behauptungen recht hatte oder nicht* (!!). Der BGH hält es für unbedingt *erforderlich, diese Frage zu klären, bevor über die Straftat Volksverhetzung geurteilt werden könne"* („FR", 12.11.76). Wenn das kein Wink mit dem Zaunpfahl ist! Da nützt es dann auch herzlich wenig, wenn die Bundesrichter weiter meinen: *„Daß der Angeklagte unrecht habe, sei übrigens durch um-*
meinen: *„Daß der Angeklagte unrecht habe, sei übrigens durch um-*
fangreiche Dokumente eindeutig und unzweifelhaft nachgewiesen; Massenvergasungen hätten unter der Hitler-Diktatur stattgefunden" („FR", 12.11.76). Stimmt soweit, aber dann werden sich die BGH-Richter die Frage gefallen lassen müssen, warum sie selbst nicht gleich zu einem schärferen Urteil gegen Roeder gegriffen haben! Soll etwa den Darmstädter Richtern die Möglichkeit gegeben werden, durch „Überprüfung" der Roederschen Lügen festzustellen, daß er doch nicht so ganz unrecht gehabt habe?

Man darf gespannt sein, was bei der nächsten Gerichtsverhandlung für Roeder rausspringt.

Antifa-Kommission KB/Flensburg

NS-Prozeß in Gießen: Milde für Massenmörder

Gegen acht frühere Gestapo-Leute wurden Ende November nach über einjährigem Prozeß in Gießen die Urteile verkündet.

Durch über 15.000 Dokumente, die von der polnischen Regierung vorgelegt wurden, wurde die Beteiligung und Verantwortung der Nazi-Verbrecher an mehr als 300 Morden in Polen bewiesen. Die Verteidiger der Angeklagten, insbesondere der aus anderen NS-Prozessen einschlägig bekannte Hermann Stolting, versuchten provokativ, die Nazi-Verbrechen zu leugnen oder zu verharmlosen.

Das Gericht bewies wieder einmal, daß die BRD-Justiz gegenüber Faschisten eine „menschliche Seite" hat: Es blieb noch unter den Anträgen des Staatsanwalts! Sechs Angeklagte erhielten Strafen zwischen vier und sechs Jahren, zwei wurden freigesprochen (nach „UZ", 25.11.76).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

„Zungenkuß" zensiert!



In einer Examensarbeit an der Gesamthochschule Kassel hat ein Student oben abgedrucktes Bild („Der Zungenkuß") als künstlerische Arbeit vorgelegt. Nicht ohne Folgen! Der Student U.M. wurde wegen Verstoß gegen den § 90 a StGB: „Verunglimpfung des Wappens der BRD" (Höchststrafe bis zu drei Jahren) vom Kasseler Polizeipräsidium vorgeladen!

Die sich hier ankündigende Unterdrückungsmaßnahme bestätigt auf traurige Weise genau die Aussage des Künstlers, der mit dieser – inzwischen auch als Plakat veröffentlichten Arbeit – vor der wachsenden Rechtsentwicklung und der engen Verknüpfung der Faschisten mit dem Staatsapparat warnen wollte.

KB / Gruppe Kassel

Kriegsverbrecher Kappler „bedingt" freigelassen

1944 wurden als „Vergeltung" für eine gelungene Partisanen-Aktion 335 Menschen, viele von ihnen jüdischer Abstammung, von den deutschen Faschisten in den Fosse Ardeatine (Steinbruch bei Rom) erschossen. Das Kommando hatte der damalige SS-Obersturmbannführer und Gestapo-Chef von Rom, Herbert Kappler.

1947 wurde Kappler von einem italienischen Militärgericht zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Nicht wegen der 335 Ermordeten insgesamt, sondern nur, weil er noch 15 Menschen mehr erschießen ließ, als angeordnet waren.

Jetzt wurde Kappler aus der Festung Gaeta, wo er eine recht komfortable Haft genossen hatte, „bedingt" freigelassen. Offiziell wird dies damit gerechtfertigt, daß er unheilbar krank sei (Krebs). Daß dies nur ein Vorwand ist, wird u.a. auch von der „Neuen Zürcher Zeitung" bestätigt, die dazu schreibt: *„Von deutscher Seite trat man, insbesondere seit Heinemann und Brandt, für eine Begnadigung Kapplers ein. Da der Druck der italienischen Linken auf die jeweilige Regierung und den Präsidenten Leone stark war, behalf man sich schließlich mit dem komplizierten Verfahren eines militärischen Spruchs, der wiederum nur dadurch möglich wurde, daß der Häftling Anzeichen schwerer Erkrankung zeigte"* („NZZ", 16.11.76).

Die westdeutsche Regierung hatte starken Druck zur Freilassung Kapplers ausgeübt, und die italienische bürgerliche Presse spricht offen davon, daß wohl auch mit direkter finanzieller Erpressung gearbeitet wurde. Man fragt sich, warum die SPD/FDP-Regierung so starken „menschlichen" Anteil an dem Schicksal eines alternden Kriegsverbrechers nimmt. Die Antwort ist, daß dieses Drängen im Rahmen der Versuche zu sehen ist, die ungeheuren Verbrechen des deutschen Imperialismus zu relativieren. Zugleich soll den Völkern Europas wieder gezeigt werden, wer der „Herr im Haus" ist.

Entsprechend wurde Kappler im Fernsehen als ein über Schuld und Sühne philosophierender Opa vorgestellt, der in der Haft „geläutert" worden sei. Dafür wurde dann gegen die italienischen Partisanen gehetzt: Immerhin sei es eine Tatsache, daß die Partisanen nach dem Massaker von den Fosse Ardeatine keine größeren Aktionen mehr unternommen hätten, und außerdem hätte das Massaker ja vermieden werden können, wenn sich die Partisanen den deutschen Faschisten nach ihrem Anschlag „gestellt" hätten. Alte Partisanen-Kämpfer mußten sich von westdeutschen Fernseh-Leuten die rotzige Frage anhören, warum sie sich damals nicht „gestellt" hätten!

Zwar ist Kappler vorerst nur „bedingt" freigelassen, könnte also theoretisch auch wieder eingesperrt werden. Um dies zu verhindern, versuchen die BRD-Behörden, eine Ausreise Kapplers in die BRD zu erzwingen Hier wäre er dann sicher und könnte beispielsweise auf Bundeswehr-„Traditionstreffen" der neue Star werden. Vorerst wird daraus aber noch nichts, weil der Staatsanwalt beim Obersten Militärgericht gegen die „bedingte" Freilassung Kapplers Berufung eingelegt hat.

Gegen die „bedingte" Freilassung Kapplers haben zahlreiche Demonstrationen und andere Aktionen stattgefunden, organisiert von den linken Parteien, Gewerkschaften, Organisationen der revolutionären Linken sowie jüdischen und antifaschistischen Vereinigungen.



AntiFa-Kurzmeldungen aus Hessen

Am 15.11. fand in Frankfurt der Bundesparteitag der NPD statt. Trotz der Proteste von 15 Organisationen, darunter die DGB-Jugend, Falken, VdJ, VVN, Stadtjugendring usw., verweigerte der Frankfurter SPD-Magistrat das Verbot dieser Nazi-Zusammenrottung. Erwin Schönborn, Vorsitzender des „Kampfbundes Deutscher Soldaten" und der „Bürgerinitiative wählt NPD", dankte es der SPD, indem er auf dem NPD-Parteitag erklärte, der eigentliche Skandal an der ‚Generalsaffaire' sei es gewesen, *„Hans-Ulrich Rudel, den größten Helden des Zweiten Weltkrieges, mit dem Sowjetspion und einem der größten Verbrecher in unserem Land, Herbert Wehner, in einem Atemzug zu nennen."* („FR", 15.11.76).

****

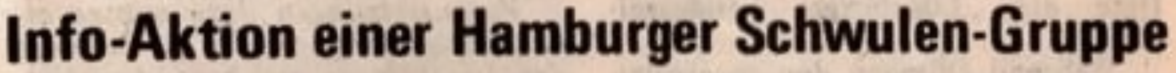
Die „NSDAP-AO" ist in letzter Zeit in Frankfurt unangenehm aufgefallen. So wurde in der Nacht vom 9. auf den 10.11. am Schornstein des Heizwerkes des Instituts für Leibesübungen eine große Hakenkreuzfahne gehißt und Plakate der „NSDAP-AO" geklebt. Am darauffolgenden Tag ermittelte die Polizei einen 47-jährigen Faschisten. In seiner Wohnung wurde u.a. die Matrize des Flugblatts, das an der Turmtür des Heizwerkes klebte, und die dazugehörige Schreibmaschine gefunden. Die Geschwindigkeit, mit der der Faschist ermittelt wurde, läßt darauf schließen, daß die Bullen sehr genau wissen, an wen sie sich halten müssen, wenn es um Aktionen der „NSDAP-AO" geht. Trotzdem wird gegen diese Faschisten-Bande nichts unternommen. Auch in diesem Fall wurde der 47-jährige nicht einmal festgenommen.

Darüberhinaus wurden in letzter Zeit zahlreiche schwarz-weiß-rote Hakenkreuz-Aufkleber der „NSDAP-AO" angebracht mit Parolen wie „Wir sind wieder da", „Deutschland erwache" und „Rotfront verrecke. Kauft nicht bei Juden ein".

***

In der Wiesbadener Rhein-Main-Halle veranstaltete am 20.11. die faschistische „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess" eine Kundgebung zur Freilassung des Hitler-Stellvertreters, zu der sich knapp 2000 Faschisten zusammengerottet hatten. Hauptredner der „Hilfsgemeinschaft" war der frühere Bundesjustizminister Bucher. Trotz zahlreicher Verbots-Forderungen, u.a. von der Vertreterversammlung der IG Metall und der Vertrauensleutekonferenz der IG Druck und Papier, konnten die Faschisten ihre Hetztiraden ungehindert vom Stapel lassen.

Antifa-Kommission des KB / Gruppe Frankfurt



Info-Aktion einer Hamburger Schwulen-Gruppe

Unter den Parolen „Weg mit dem § 175" und „Kampf der Schwulen-Hatz" führte die „Homosexuelle Aktion Hamburg"(HAH) im Rahmen eines nationalen Treffens homosexueller Aktionsgruppen auf der Hamburger Mönckebergstraße eine Flugblattaktion mit Info-Tisch durch. Auf dem Flugblatt wurde die Aufhebung aller „Sondergesetze für Schwule" gefordert und die Öffentlichkeit über das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster informiert (siehe AK 93), wonach Aktionen wie diese in Zukunft verboten werden können.

Die Aktion verlief ohne ernste Zwischenfälle. Lediglich einzelne Faschisten provozierten mit Schnacks wie: „Vergasen sollte man euch" oder „Schwule Säue ins KZ stecken" usw. Vor dem Hintergrund dieser Provokationen ließen sich die „Rosa-Winkel"-Abzeichen besonders gut verkaufen. Den „Rosa-Winkel" mußten die homosexuellen KZ-Häftlinge im Faschismus tragen. Die Schwulenbewegung nicht nur in der BRD, sondern auch in Teilen des Auslandes, hat dieses Zeichen als Symbol ihres Kampfes gewählt.

Neben den Faschisten ärgerte sich besonders der Geschäftsführer (oder eine ähnliche Figur) von „Schuh-Elsner" über die Aktion der HAH. Dieser Raffzahn, der bei der NPD-Provokation im Sommer dieses Jahres bereits schutzsuchende Antifaschisten aus dem Laden geworfen hatte, holte die Bullen, weil er „Geschäftsschädigung" witterte.

Am folgenden Tag fand in der Uni-Mensa eine Schwulen-Fete statt, an der etwa 3.000 Menschen teilnahmen.

Einige schwule Genossen KB / Gruppe Hamburg

Nazis werden im Elsaß aktiv

Im Elsaß-Lothringen rührt sich die faschistische Organisation „Elsa", die die Loslösung Elsaß-Lothringens von Frankreich und den Kampf „gegen das Pariser Jakobinertum" propagiert (alle Zitate und Informationen aus „PDI-Hintergrunddienst", 2-IV/76). „Stolz erklärte der ‚Sekretär für das deutschsprachige Europa' der Autonomistenbewegung ‚Elsa', Henry R. Wilkens-Weyland, ‚wir haben uns radikalisiert' ". Dies stellen die Faschisten in echter Goebbels-Manier auch voll unter Beweis: ***„Wir sind mehr und mehr die Leidtragenden der hohen Geburtenraten Afrikas und Asiens. Wir schränken unsere Kinderzahl ein, während die rückständigen Völker mit ihrer hohen Geburtenwelle unseren Wohlstand wegknabbern...".*** An anderer Stelle heißt es: „Ein Volk ist ein sprachlich und dem Herkommen der Rasse nach ein geschlossenes Gemeinwesen. Dieser Begriff ist nur im nordischen Sprachraum gegeben. ***Alles andere sind Staatengebilde, geschaffen in der Neuzeit durch die Revolution der Juden und ihrer Lakaien... Die Ziele des Weltjudentums und seiner Lakaienbrut sind die Schaffung einer hirn- und konturenlosen Konsumentenmasse...".***

Seit kurzem erscheint das interne Mitteilungsblatt „Neue Stimme" einer „Elsaß-Lothringischen Bewegung", deren „Sekretär für das deutschsprachige Europa" wiederum jener Wilkens-Weyland – ansässig im bayrischen Starnberg! – ist. Diese „Bewegung" hatte für den 31. Oktober nach Straßburg zur Gründung einer „Liga der Europäischen Volksparteien" gerufen. Man darf gespannt sein, welche westdeutschen Nazis daran teilgenommen haben. Die „Wiking-Jugend" jedenfalls plante vom 12. bis 14. November eine **„Besuchsfahrt zu volkstreuen Elsässern"**!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Flensburg

CDU-Faschisten-Freundeskreis

In Hamburg und Umgebung ist der „Buchhändler" Otto Reuter (24 Willinghusen, Bei den Tannen 14) in rechtsradikalen Kreisen kein Unbekannter. Sein „Buchdienst" vertreibt seit Jahrzehnten faschistische Schriften aller Schattierungen. Daneben organisierte Reuter diverse faschistische Veranstaltungen

Das neueste Buchangebot Reuters besteht – neben NPD-nahen Machwerken – u.a. aus der berüchtigten „Auschwitz-Lüge" des Roeder-Freundes Christophersen.

Im September '76 brachte der von Reuter organisierte „Alster-Gesprächskreis" eine Broschüre „Der Willinghüser Bote" heraus. Darin dokumentiert Reuter stolz die Kumpanei seines Faschistenkreises mit CDU-Bundestagsabgeordneten. Von der Werbung Reuters für den Umweltschutz-CDU'ler Gruhl und dem regen Briefverkehr mit CDU-Größen wie v. Hassel und v. Wrangel einmal abgesehen (wobei zumindest v. Hassel sich auf lange Diskussionen mit Reuter einläßt): Am 31.8.76 schreibt der Bundestagsabgeordnete Willi-Peter Sick (224 Heide) an Reuter. Da heißt es: *„Da Sie ein Mensch sind, der von seiner Anlage her auch immer auf das Absolute zielt, möchte ich Ihnen ein gewisses Maß an Skepsis und Zurückhaltung anraten. (...) Ich sage es Ihnen (...) aus einer wohlwollenden Fürsorge, weil es der Sache überhaupt nichts nützt, wenn Sie daran zugrunde gehen. (...) Ich wünsche mir, daß Sie nach wie vor so eindeutig für Ihre Überzeugung eintreten (...) ".*

Die Übereinstimmung dieses Sick mit dem Faschisten Reuter – die so weit geht, daß Sick taktische Ratschläge erteilt, wie „die Sache" am besten verkauft werden kann – wird auch dadurch deutlich, daß Sick am 4.4.76 in Reuters „Gesprächskreis" (durchgeführt in den Räumen des Ruder-Clubs Allemannia) mit dem Vortrag „Adolf Hitler in der Kausalität zwischen Person und Zeit" aufgetreten ist.

Aber Sick ist nicht der einzige. Am 8.September 76 schrieb der CDU-MdB Rolf Brenner an Reuter: *„Lassen Sie mich über die bereits festgestellten Gemeinsamkeiten hinaus nur meine Hoffnung hinzufügen, daß wir uns dennoch einig in der Zielsetzung hinsichtlich des 3. Oktober sind ".* Und weiter ist Brenner *„überzeugt, daß wir nach dem Wahltag auf kritische Köpfe wie Sie nicht verzichten können".*

Antifa-Kommission KB / Gruppe Hamburg

Nazi-„Großkundgebung" in München geplant

Nach dem unter Polizeischutz veranstalteten Aufmarsch der „Deutschen Volksunion" des Dr. Frey am 7. November in Mannheim (siehe Bericht in diesem AK) will die DVU nun nachsetzen: *„Am 7. November traten wir in Mannheim mit der Forderung nach ‚Gerechtigkeit für Deutschlands Helden' an die Öffentlichkeit. Die Resonanz war überwältigend. Am 4. Dezember heißt es nun in München folgerichtig: ‚Generalamnestie für alle Kriegsverbrecher'! Beide Großveranstaltungen stehen in direktem Zusammenhang. (...) (Der 4. Dezember) muß ein weiteres Fanal werden, auf dem Weg zu einem deutschen Deutschland in einem geeinten Europa freier Völker".*

Soweit die „National-Zeitung" Freys (26.11.76). Stattfinden soll der Aufmarsch im Bürgerbräukeller; außer Frey sollen wieder „führende europäische Antikommunisten" reden. Der „Wiking-Jugend"-Führer Rohwer aus Schleswig-Holstein (der in seinem inzwischen abgebrannten, Hof militärische Übungen durchgeführt hatte) soll einen „Ehrenpreis der National-Zeitung für politische Verfolgung" erhalten!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Frankfurt – Hochburg der Polizei-Willkür
52 Seiten DIN A 4 – 2,50 DM (plus Porto: -,70 DM)

Die Broschüre enthält eine chronologische Dokumentation der Polizeiwillkür in Frankfurt in den vergangenen drei Jahren. Sie beweist erneut am konkreten Beispiel einer Stadt, daß es keine überzogene Propagandabehauptung der Kommunisten ist, wenn wir von einer polizeistaatlichen Entwicklung und von einer wachsenden Faschisierung des bürgerlichen Staates in unserem Land sprechen. Allein in den vergangenen drei Jahren hat es in Frankfurt z.B. bei Demonstrationen usw. rund 1.000 politische Festnahmen gegeben – geht man die letzten fünf Jahre zurück, reicht die Zahl der politischen Festnahmen nur in Frankfurt sogar an 1.500 heran! Frankfurt ist in vieler Hinsicht ein Schrittmacher für die Polizeiwillkür im gesamten Bundesgebiet.

Die Broschüre ist zu bestellen bei: ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro, Kurfürstenstraße 8, 6000 Frankfurt/Main 90

Frey-Provokation in Mannheim

Nachdem in Köln der Versuch der „Deutschen Volksunion" (DVU) des „National-Zeitungs"-Herausgebers Frey gescheitert war, eine „Gedenkfeier" für den SS-Verbrecher Peiper abzuhalten, war sie für den 7. November in Mannheim angekündigt.

Zunächst von der Stadt verboten, ließ das Verwaltungsgericht Karlsruhe die Nazi-Veranstaltung dann doch zu. Frey und Konsorten marschierten (umrahmt von mit Stiefeln und Lederjacken uniformierten „Ordnern" und Fanfarenbläsern der „Wiking Jugend") im Kulturhaus in Mannheim-Käfertal auf. Vor etwa 800 Faschisten (darunter „alte Kämpfer" aus Belgien) verherrlichten Frey und andere DVU-Redner die SS-Taten à la Peiper und propagierten ein „Deutschland in gerechten Grenzen", nämlich: „Auch Mittel- und Ostdeutschland sind und bleiben deutsch".

Wo so viele Nazis versammelt waren, durfte der „geläuterte" SS-Oberst Rudel natürlich nicht fehlen: Er schickte der Versammlung ein Grußtelegramm! Die Aufstellung einer Peiper-„Gedenktafel" („Unsere Helden leben in unseren Herzen") wurde von der Polizei verhindert. Das war aber auch der einzige Wermutstropfen in der ansonsten ungetrübten Faschisten-Freude. Zum Schutz des Faschisten-Aufmarsches waren mehrere Hundertschaften Polizei, mit Pferden und zwei in Reserve gehaltenen Wasserwerfern, angetreten. Das Kulturhaus war völlig abgesperrt, so daß für antifaschistische Demonstranten keine Möglichkeit bestand, das Faschisten-Treffen zu verhindern. Allerdings kam es zu einigen Rempeleien zwischen Nazi-Helden-Verehrern und Antifaschisten. Die aufmarschierten Bullen nutzten das als Anlaß, massiv gegen die Antifaschisten vorzugehen. Immer wieder griff die Polizei sich einzelne Antifaschisten aus der Menge heraus; insgesamt wurden etwa zehn verhaftet.

Gegen die DVU-Provokation hatte es zahlreiche Proteste und Gegenaufrufe gegeben, u.a. von KBW, „KPD", GIM, Jugendzentrum und Stadtjugendring. Eine Gegenkundgebung – getragen von DGB, SPD, FDP, DKP und VVN, brachte – zehn Kilometer vom Faschistentreff entfernt – etwa 300 Menschen zusammen. Der FDP-Sprecher Dillberger brachte es fertig, dies als „gutes Zeichen für den Abwehrwillen unserer Demokratie" („die tat", 12.11.76) herauszustellen, während gleichzeitig die Polizei den Anmarsch der Faschisten schützte. Der KBW rief dazu auf, anschließend nach Käfertal zu ziehen, um die DVU-Veranstaltung zu „verhindern"! Vor den Polizeiabsperrungen versammelten sich dann etwa 100 Antifaschisten; sie wurden jedoch abgedrängt, wobei es zu den Verhaftungen kam.

Alles in allem dürfte der Tag für die Faschisten eine Ermunterung bedeuten. Tatsächlich kündigt Frey inzwischen in der „National-Zeitung" (19.11.) weitere „Großveranstaltungen" im Mannheimer Stil an.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg (Nach Berichten aus Mannheim)



Massiver Polizeischutz für die DVU-Faschisten in Mannheim



Antifaschisten gegen DVU

AK im Knast generell verboten?

Schon früher ist es verschiedentlich zum Einzug einzelner AK-Sendungen in den Knast gekommen. Begründet wurde dies jeweils mit bestimmten Textpassagen der betreffenden Ausgabe. Jetzt hat das Landgericht Hamburg am 5.11.76 eine Einzugsbegründung geliefert, die praktisch auf das generelle Verbot sämtlicher linker Zeitungen im Knast hinausläuft:

„Die aufgeführte Sendung (der AK 92) ist von der weiteren Beförderung auszuschließen. Die Schrift ist geeignet, den Angeklagten zur Störung der Anstaltsordnung aufzureizen (§ 119 III StPO). Der Inhalt der Schrift dient offensichtlich der Agitation. In ihr wird in einseitiger, unsachlicher, polemischer und beleidigender Weise dem Leser der Eindruck von angeblichen rechtswidrigen Übergriffen staatlicher Ordnungsorgane vermittelt. So wird u.a. von Polizeiterror, Bullenterror, Schläger-Polizei und Willkürpolizei gesprochen.

Durch diese Darstellungsweise kann in dem Angeklagten die Bereitschaft erzeugt und bestärkt werden, gegen die Ordnung in der Anstalt als Teil der geltenden Rechtsordnung zu wirken. Darüber hinaus besteht die Gefahr der Weitergabe in der Vollzugsanstalt . . ."

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Mit Polizeihund und Gas gegen besetztes Haus

Frankfurt. In der Nacht vom 6. auf den 7. November gingen die Bullen gegen 200 Gäste des besetzten Hauses in der Bockenheimer Landstraße 93 vor. Angeblich hatten Nachbarn sich über Ruhestörung beschwert.

Gegen drei Uhr morgens stürmte eine Einsatzstaffel des Überfallkommandos mit Kampfanzug, Helmen, Schilden und Schlagstöcken sowie einem scharfen Polizeihund den Keller des besetzten Hauses, in dem ein Solidaritätsfest zugunsten des „Murray-Defense-Commitees" (gegen die irischen Freiheitskämpfer Noel und Mary Murray wurden in Irland Todesurteile verhängt) stattfand.

Das Hauskollektiv beschreibt den Bulleneinsatz in seiner Erklärung vom 9.11.: *„Die Bereitschaftspolizisten knüppelten am Kellereingang mit Schlagstöcken auf die Gäste ein und versprühten verbotenerweise (in Räumen) die ‚chemische Keule' Chemical Mace. Daraufhin flippte der Hund aus und biß wie wild um sich. Einer Frau biß er tief ins Bein, einer anderen in die Brust. Beide mußten mit dem Notarztwagen ins Krankenhaus gebracht werden. Das derart gereizte Tier (blutrot unterlaufene Augen) machte auch nicht vor zwei Polizeibeamten halt – einer davon in Zivil – und biß sie ebenfalls. Nur dem entschlossenen Einsatz einiger Hausbewohner war es zu verdanken, daß keine Panik ausbrach. Ein Hausbewohner, der nach dem Grund des Einsatzes und dem Einsatzleiter fragte, wurde hin und hergeschickt und schließlich mit Schlagstöcken geprügelt.*

Die Polizei präsentierte weder einen Hausdurchsuchungsbefehl noch erklärte sie ‚Gefahr im Verzuge'. Anschließend nötigten die Polizisten die Anwesenden, den Keller zu räumen. Während etwa die Hälfte der Besucher sich durch den Ausgang an den Polizisten und dem scharfen Hund vorbeidrängten, gelang es einem beherzten Genossen, die Polizisten mit dem Hinweis auf unser Hausrecht aus dem Keller zu verweisen." (Zitiert nach ID 151).

Die Bullen nahmen zu den Vorwürfen in üblicher zynischer und verlogener Manier „Stellung". Die Bullen seien in einer Notwehrsituation gewesen, sodaß der Gaseinsatz gerechtfertigt gewesen sei. Von den Bißverletzungen der beiden Frauen wußten die Bullen natürlich nichts.

Antifa-Kommission des KB / Gruppe Frankfurt

Zunehmende Polizeiübergriffe gegen Linke in Mönchengladbach

Am Samstag, dem 13. November, hatten wir ein Stellschild zu den Kämpfen gegen das KKW Brokdorf in der Innenstadt aufgestellt. Nachdem erst beim KBW demonstrativ Genehmigung und Personalien von den Bullen kontrolliert worden waren, versuchten sie das gleiche auch bei uns. Obwohl unser Stellschild angemeldet war (was die Bullen wußten und sogar zugaben), verlangten sie die Vorlage der Genehmigung. Die Zusendung dieser schriftlichen Genehmigung war uns verbindlich für diesen Tag zugesichert worden, wurde aber offensichtlich gezielt von der zuständigen Behörde verzögert. Die Polizisten drohten uns mit einer Anzeige.

Vorfälle dieser Art häufen sich in letzter Zeit in Mönchen-Gladbach. Gegen einen KBW'ler wurde bereits ein Bußgeld erlassen.

Sympathisanten des KB Mönchengladbach

Ludek Pachmann in Göttingen abgeblitzt

Waren die Burschenschaften in Göttingen in diesem Semester vor allem mit Plakaten wie „Gemütliches Beisammensein" oder „Wir saufen wie die Stiere" in Erscheinung getreten, so wartete die „schlagende" Verbindung „Corps Hannoverana" jetzt mit einer Veranstaltung zum Thema „Marxismus in Theorie und Praxis" auf. Als Einpeitscher war geladen: Ludek Pachmann, rechtsradikaler „Emigrant" aus der CSSR.

Dem Aufruf waren ca. 350 Reaktionäre gefolgt (vor allem Burschenschaftler, aber auch der CDU-Bürgermeisterkandidat Kummer). Pachmann – Springer-Freund – ist bekannt als Redner auf CDU-Veranstaltungen und auf Veranstaltungen reaktionärer Sammlungsbewegungen („Konzentration demokratischer Kräfte", „Bund freies Deutschland"), oftmals gemeinsam mit ZDF-Löwenthal. Pachmann fällt dabei die Aufgabe zu, durch Schauerstories über „persönliche Erfahrungen mit dem Kommunismus" die Munition für revanchistische und militaristische Hetze zu liefern. Höhepunkt seiner Ausführungen: „Stalin hat mehr Menschen auf dem Gewissen als Hitler".

Der AStA der Universität, sowie der KHB/KB, die GIM und die Hochschulgruppe des SB hatten in einem Flugblatt zu der Veranstaltung erklärt: „Keine Veranstaltung von Burschenschaften an der Uni", „Faschisten raus aus der Uni"! Der KSB/KBW war wegen wichtiger Aufgaben „verhindert" – er führte gerade wieder Bafög-Kampf. Es erschienen ca. 100 Antifaschisten (es waren wohl auch deshalb nicht mehr, da die Veranstaltung bewußt nur einen Tag vorher öffentlich bekannt gemacht wurde) – darunter auch Jusos und MSB'ler. Sie protestierten mit Sprechchören und Zwischenrufen gegen Pachmanns reaktionäre Tiraden. Nach Ende seiner Rede ergriff ein Antifaschist das Mikrofon und stellte klar, daß mit Leuten wie Pachmann an der Uni nicht diskutiert wird. Als daraufhin Burschenschaftler versuchten, den Redner vom Mikrofon zu drängen, besetzten die Antifaschisten das Podium, sodaß etwa zehn bis fünfzehn Minuten die Positionen von Pachmann entlarvt werden konnten. Daraufhin erklärten die Burschenschaftler endlich die Veranstaltung für beendet.

Es war immerhin schon der zweite Versuch dieser Reaktionäre, öffentlich politisch aktiv zu werden. Vor ca. einem halben Jahr hatten RCDS und Burschenschaftler gemeinsam auf einer Veranstaltung mit Biedenkopf und von Oertzen Schlägertrupps gegen die Linken gebildet und machten u.a. auch Taschenkontrollen! Das Treiben dieser Reaktionäre kann nicht ungehindert hingenommen werden!

KB/Gruppe Göttingen

Portugal: Hitler ganz oben auf der „Hit-Liste"

Auf einer von der portugiesischen Wochenzeitung „Opcao" veröffentlichten „Bestsellerliste" steht Hitlers „Mein Kampf" ganz weit oben, auf Platz zwei. Vor ihm liegt nur noch ein Buch des PCP-Vorsitzenden Cunhal. Hitler hält außerdem noch den Platz 8 dieser Bestsellerliste, mit dem Schmöker „Das kleine Schwarzbuch – Gedanken von Adolf Hitler (lt. „Süddeutsche Zeitung", 24.11.).

Die makabre Plazierung Hitlers ist Ausdruck des Auflebens der Faschisten in Portugal. Zweieinhalb Jahre nach dem Sturz des faschistischen Regimes regen sich die Faschisten ganz offen und weitgehend ungestört. Nachdem sie in den letzten anderthalb Jahren vor allem durch Dutzende von Bombenanschlägen und mehrere politische Morde auftraten, verstärken sie jetzt auch ihre „Öffentlichkeitsarbeit" wobei sie sich offen zum Vorbild des deutschen Faschismus und dessen Verbrechen bekennen. Hierzu gehört beispielsweise auch der – nicht immer erfolglose – Versuch, insbesondere an nordportugiesischen Schulen eine „Hitler-Jugend" aufzubauen. Die „sozialistische" Regierung von SPD-Freund Soares macht gute Miene zum bösen Spiel. Wie der Herr, so das Gescherr! ...

Noch ein faschistisches „Mahnmal"

Am 30. April wurde der Hamburger Michael Gartenschläger von DDR-Grenzern beim Versuch erschossen, an der DDR-Grenze einen „Selbstschuß-Automaten" zu stehlen. Gartenschläger gehörte zu einer rechtsradikalen Bande, die zuvor schon eine Reihe ähnlicher Grenzprovokationen organisiert hatte, teilweise vom „Spiegel", von Revanchisten-Verbänden u.a. dafür honoriert.

Am 15.11. war „Bild" voll dabei, als zwei Kumpane von Gartenschläger an der DDR-Grenze ein *„schlichtes Mahnmal"* („Bild") aufbauten – ein 2,50 m hohes Kreuz aus, versteht sich, „deutscher" Eiche. („Bild", 16.11.)

Und wahrscheinlich weil es so schön war, wurde das ganze sechs Tage später noch einmal in größerer Besetzung wiederholt. Diesmal handelte es sich um eine *„schlichte Gedenkstätte"* (immer noch dasselbe Kreuz) und es gab eine, zweifellos gleichfalls „schlichte" kleine *„Feier"* mit etwa 30 Teilnehmern. **„Mahnmal für ‚DDR'-Opfer eingeweiht"** berichtete „Bild" wieder direkt vor Ort („Bild", 22.11.).

Am 23.11. begann übrigens vor dem Oberlandesgericht ein Prozeß gegen Gerd-Peter Riediger, auch ein ehemaliger Kumpan der Gartenschläger-Bande. Ihm wird – anscheinend ohne irgendwelche Beweise – in die Schuhe geschoben, er habe Gartenschläger an die DDR verraten. Offensichtlich will es der Bourgeoisie nicht in den Kopf, daß die DDR-Grenzer es a l l e i n geschafft haben könnten, den Provokateur zu stellen. Immerhin: Wenn derartige Prozesse dazu führen, daß doch mal der eine oder andere rechtsradikale Provokateur und Terrorist hinter Gitter kommt (als „DDR-Agent"), hat die Sache auch ihre positive Seite.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Klassenjustiz

Prozeß gegen antifaschistische Enthüllung

Kiel. Demnächst stehen in Kiel wiedermal zwei Studenten vor Gericht. Das ist hier durchaus keine Seltenheit: Bereits in den letzten Semestern wurden über 20 Studenten verurteilt, teilweise selbst dann, wenn kein einziger Zeuge in der Hauptverhandlung ihre Anwesenheit am „Tatort" bestätigen konnte. War bisher überwiegend „Störung" von Lehrveranstaltungen auf Betreiben von „sich genötigt fühlenden" Professoren das „Delikt", so fühlt sich diesmal der Professor Steigleder durch die ehemaligen AStA-Mitglieder „beleidigt".

Die Ehre des Herrn Steigleder

Als dieser Herr im Mai 1975 für die Vizepräsidentschaft der Universität kandidierte, schrieben die Angeklagten im „AStA-extra" zutreffend: *„Steigleder ist bekannt aus Nazi-Prozessen, in denen er SS-Leute raushaut."* Diese Enthüllung hatte immerhin den Erfolg, daß Steigleder seine Kandidatur zurückzog.

Die Grundlage war ein Gutachten des Gerichtsmediziners Steigleder im sogenannten Moghilew-Prozeß. Einige NS-Verbrecher waren angeklagt, in der belorussischen Ortschaft Moghilew sowjetische Zivilpersonen ermordet zu haben. So wurde dem Kriminalhauptkommissar i.R. Riedel nachgewiesen, daß er in eigens dafür hergerichteten Wagen mindestens vier Personen vergast hatte. Riedel bestreitet die Tat auch gar nicht, im Gegenteil. Er bekundete vor Gericht unverschämt, ihm fehle nach wie vor jegliches „Unrechtsbewußtsein".

Es ist jedoch in makabrer Weise typisch für Nazi-Prozesse in der BRD, daß die Ermordung selbst gar nicht zur Verhandlung stand, sondern lediglich die „heimtückische und grausame" Ausführung. So war dem Mann mit Hilfe von Steigleders Gutachten relativ leicht aus der Patsche zu helfen. Er bestätigte, sozusagen „wissenschaftlich", daß Vergasung *„nicht besonders grausam"* sei. In einer bestimmten Phase der Vergasung stelle sich sogar ein „euphorischer Zustand" ein. Ferner bezeichnete er die Opfer des Mordterrors in seinem Gutachten als „Delinquenten". Deutlicher konnte er seine Sympathie mit den Nazi-Mördern nicht offenbaren.

Da die Opfer auch gewußt hätten, was sie erwartet, hätte auch die „Heimtücke" gefehlt! Also Freispruch! Riedel war übrigens nach dem Krieg Abteilungsleiter im Landeskriminalamt in Schleswig-Holstein, wohl aufgrund seiner unentbehrlichen Erfahrungen. Als seine Verbrechen öffentlich bekannt wurden, wurde er zur „Strafe" nicht weiter befördert.

Steigleder ist kein Einzelfall

In letzter Zeit haben eine Reihe weiterer Professoren in ähnlicher Weise ihre braune Gesinnung demonstriert:

- Der Anthropologie-Professor **Jürgensen** beklagte im Februar 1976 in Anlehnung an den nationalsozialistischen Rassenwahn, daß „die Deutschen" vom Aussterben bedroht seien. Das wäre eine „Katastrophe auf der Welt".
- Der Zoologie-Professor **Langlet** ist Mitglied der rassistischen „Deutsch-Südafrikanischen-Gesellschaft" und organisiert als verlängerter Arm der südafrikanischen Rassistenregierung deren Propagandaveranstaltungen. Einem Rassisten dankte er im Oktober 1974 *„im Namen aller, die biologisch denken"*, für seinen Vortrag.
- Zentrale Figur der rechten Szene an der Uni ist der frühere Kiesinger-Assistent und jetzige CDU-Berater **Werner Kaltefleiter.** Von der Professorenschaft wegen „mangelnder wissenschaftlicher Qualifikation" abgelehnt, wurde er vom Kultusminister in die Professorenstelle und als Vizepräsident ins Präsidium gehievt. Anfang 1974 traf er sich mit dem chilenischen Faschisten Claudio Arrego auf seine Einladung am politologischen Instutut zu einem „Erfahrungsaustausch". In einem Vortrag entwickelte er folgende extrem arbeiterfeindlichen Vorstellungen zur Lösung der Haushaltskrise: *„Kindergärten,Schulen, Schwimmhallen aus privaten Mitteln finanzieren. ...Streichung der Arbeitslosenversicherung (zur) Hebung der Mobilität innerhalb der Arbeitnehmerschaft"*... Weitere Einschränkung des Streikrechts, da durch Streiks den Kapitalisten zu hohe „Nebenkosten" entstehen würden.
- Kaltefleiter hat es verstanden, um sich herum eine rechte Assistentenschaft aufzubauen: **Bernhardt, Nissen** und **Matthee** sind schon mehr als einmal als Denunzianten in Prozessen und Ordnungsverfahren bzw. als Schläger gegen fortschrittliche Studenten bei Lehrveranstaltungen aufgetreten. An diesen Typen wird die Funktion solcher rechten Professoren besonders deutlich.

Der Prozeß gegen die beiden AStA-Mitglieder wurde von Kultusminister Braun (wie der Name schon sagt!) höchstpersönlich angestrengt. Er könne es nicht dulden, daß Professoren, die „ihre Pflicht tun", in derart ehrverletzender Weise öffentlich angegriffen würden. Angesichts der Tatsachen ein von vornherein untauglicher Versuch, die Ehre seiner Schützlinge zu retten.

Der Prozeß dient wohl auch mehr dazu, fortschrittlichen Studenten grundsätzlich den Mund zu verbieten. Für diese Strategie spricht auch, daß schon ein weiterer Prozeß feststeht. Darin geht es um die Proteste gegen die Durchführung von Ordnungsverfahren.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Klassenjustiz-Nachrichten

Stuttgart. Nach einwöchiger Verhandlung ging am 12.11. in Stuttgart der Feuerbacher Prozeß gegen 11 Angeklagte zu Ende. Die 11 Angeklagten waren am 28.2. nach einem Überfall der Polizei in Stuttgart-Feuerbach auf einer „KPD"-Wahlveranstaltung festgenommen worden. Sie hatten danach Strafbefehle von insgesamt 24.900DM wegen „Körperverletzung", „Widerstand", „Beleidigung" etc. erhalten.

Nach einer Woche Prozeßdauer mußten 5 angeklagte Künstler (alle Mitglieder des VSK – („Verband Sozialistischer Kulturschaffender" – der „KPD" nahestehend) freigesprochen werden. 6 weitere Angeklagte wurden wegen „Beleidigung" und „übler Nachrede" zu jeweils 250 - 350 DM Geldstrafe verurteilt. Der Prozeß hatte unter Künstlern einiges Interesse gefunden. So überreichten Schauspieler des Stuttgarter Staatstheaters Richter und Staatsanwalt eine Solidaritätsadresse, die von 44 Schauspielern des Theaters unterschrieben war. Auf einer Veranstaltung der VSK waren 200 Kulturschaffende anwesend und protestierten gegen die Polizeiwillkür und politische Unterdrückung und forderten Freispruch für alle Angeklagten (nach „Roter Fahne", 24.11.76, S.6).

Dortmund. Zu 10 Monaten Gefängnis ohne Bewährung wurde der presserechtlich Verantwortliche der Zeitung „Roten Hilfe Deutschlands" (der „KPD/ML" nahestehend) verurteilt. Die 10 Monate Gefängnis wurden wegen „Beleidigung" und „Verächtlichmachung des Staates" ausgesprochen. Die „Rote Hilfe Deutschlands" hatte in ihrer Zeitung die BRD einen „Ausbeuterstaat" genannt („Rote Fahne", 24.11.76, S.6).

Nürnberg. Zu insgesamt 3.200DM wurden 4 Mitglieder und Sympathisanten des KSV (Studentenorganisation der „KPD") verurteilt. Sie hatten sich im April dieses Jahres in der Mensa der Fachhochschule Nürnberg an einer Kundgebung beteiligt, die sich gegen das Verbot politischer Agitation und Propaganda richtete. Diese Kundgebung wurde von der Polizei überfallen und die 4 Studenten festgenommen. In der Urteilsbegründung rechtfertigte der Richter das Urteil mit der Begründung, daß durch die Aussagen der Polizei die Schuld der Angeklagten bewiesen sei. Andere Zeugen, die die Angeklagten entlastet hatten seien *„Gesinnungsgenossen und daher nicht glaubwürdig"*, („Rote Fahne", 24.11.76).

Köln. Wegen „Beleidigung" wurde die presserechtlich Verantwortliche der „KPD" in Köln am 19.11.76 von einem Kölner Amtgericht zu 1.350DM Geldstrafe verurteilt. Das Urteil muß auf Kosten der Genossin in allen Kölner Tageszeitungen veröffentlicht werden. „Beleidigt" fühlte sich das Gericht durch ein Flugblatt der „Roten Hilfe", das gegen die Prozeßführung des berühmt-berüchtigten Richters Somoskoey gegen vier türkische Antifaschisten protestiert hatte („Rote Fahne", ebenda).

Köln. Zu 4.500 DM wurde in einem Schnellverfahren in Köln der „KPD"-Presseverantwortliche Jasper verurteilt. Ihm wurde „Verunglimpfung" der BRD und ihrer Polizeiorgane vorgeworfen. Jasper hatte für Berichte über einen Routhier-Prozeß und den Feuerbacher Polizeiüberfall auf einer angemeldete „KPD"-Wahlveranstaltung am 28.2.76 verantwortlich gezeichnet.

Der Prozeß war ein Musterbeispiel für die „Rechtsstaatlichkeit": Kein einziger Beweisantrag der Verteidigung wurde zugelassen, kein einziger Zeuge vernommen. Die 4.500 DM hielten Richter Welsch und der Staatsanwalt schon deshalb für gerechtfertigt, da *„der Angeklagte die jetzige Staatsform bekämpft"*, d.h. hier wurde wiedermal ein reines Gesinnungsurteil gefällt (nach „Rote Fahne", 24.11.76).

Westberlin. In Westberlin wurde vor kurzem das Büro der KPD/ML beschossen. Die selbstangefertigten Geschosse – von denen welche schon einmal vor einem halben Jahr in dieser Art abgefeuert worden waren – drangen durch Scheibe und Jalousie in das Büro. Wie der „Rote Morgen" vom 6.11. berichtet, ist das der 5. Anschlag innerhalb von 2 Jahren auf das Büro.

München. Zu 10 Monaten ohne Bewährung (!) wurde ein Genosse in München wegen „schwerem Landfriedensbruch" anläßlich des „Roten Antikriegstages" der KPD/ML im Jahre 1972, verurteilt. Der Prozeß wurde erst jetzt geführt, weil inzwischen ein Foto gefunden worden war, das angeblich den Genossen bei dieser Demonstration zeigt. Zwar konnten mehrere Personen die Identität der Person auf dem Foto mit dem Genossen nicht bestätigen, einer widerrief sogar eine frühere Aussage vor der Polizei – doch der Richter erklärte die Zeugen für unglaubwürdig, weil sie von der Roten Hilfe unter Druck gesetzt worden seien. (nach „Roter Morgen", 6.11.76).

Dortmund. Je vier Monate ohne Bewährung erhielten Gernot Schubert und Dieter Stoll, ehemaliger Verleger bzw. Redakteur des „Roten Morgen". Gegenstand des Prozesses waren die Ausgaben Nr. 25 und 26 des „Roten Morgen" aus dem Jahr 1974, in denen über den Tod von Günther Routhier und den Polizeiüberfall auf den Trauerzug berichtet wurde.

Im ersten Prozeß waren Schubert und Stoll zu 700DM bzw. 750DM Geldstrafe verurteilt worden. Ein Jahr später wurde jetzt wegen der gleichen Artikel 4 Monate Gefängnis ohne Bewährung verhängt. Begründung: „Beleidigung", „Verächtlichmachung des Staates" und „Volksverhetzung". Gleichzeitig verfügte das Gericht die Einziehung der beiden Ausgaben des „Roten Morgen" und eines Extrablattes zum gleichen Vorfall.

Der ehemalige Verleger des „Roten Morgen", Gernot Schubert, ist damit bereits zu insgesamt 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung wegen Pressedelikten verurteilt worden. Ein weiterer Prozeß, bei dem eine ähnlich hohe Gefängnisstrafe zu erwarten ist, steht noch aus („Roter Morgen", 26.11.76). An diesem Urteil des Dortmunder Landgerichts wird deutlich, daß mit einer noch schärferen Verfolgung der linken Presse in der BRD zu rechnen ist.

Düsseldorf. Als letztes Jahr 5 Todesurteile gegen spanische Antifaschisten vollstreckt wurden, bildete sich in Düsseldorf eine spontane Demonstration durch die Innenstadt, die von der Polizei überfallen und zusammengeknüppelt wurde. Von den ca. 10 Festgenommenen standen jetzt 4 Mitglieder und Sympathisanten der „KPD" vor Gericht wegen „Widerstand", „Körperverletzung", „Verleumdung" und „Beleidigung". Die Urteile: Zweimal 1.800DM einmal 900DM und eine Woche Jugendarrest („Roter Morgen", ebenda).

Osnabrück. Das Amtgericht Osnabrück hat jetzt Jockel Detjen, Mitglied des ZK des KBW zu 3000DM Geldstrafe verurteilt. Detjen zeichnete für einen Artikel der Osnabrücker Ortsbeilage der „Kommunistischen Volkszeitung" verantwortlich, in dem die Justiz als „Hure der herrschenden Klasse" bezeichnet wurde. Außerdem hatte er sich zusammen mit anderen gegen einen Polizeiüberfall auf einen Infostand des „KBW" zur Wehr gesetzt. Am vorletzten Verhandlungstag wurde Detjen zu 5 Tagen Ordnungshaft zur sofortigen Vollstreckung verurteilt, weil er die von der Justiz verfolgte „Beleidigung" nochmal wiederholt hatte (nach „Kommunistische Volkszeitung", 25.11.76 S.9).

Westberlin. Strafbefehle von insgesamt 23.000DM liegen gegen Mitglieder des von der „KPD" initiierten Westberliner Arbeitslosenkomitees vor. Darüberhinaus werden mindestens 6 Prozesse in dieser Sache stattfinden. In den Prozessen wird den Mitgliedern des Arbeitslosenkomitees das Verteilen von Flugblättern, der Verkauf der Zeitung „Krisenkämpfer" und Aktionen vor und innerhalb des Arbeitsamts vorgeworfen. Zwei Prozesse von den 6 geplanten haben bereits stattgefunden. Anklagepunkte waren: „Hausfriedensbruch", „Beleidigung" und „Herabwürdigung einer Behörde". 5 von 6 Angeklagten wurden freigesprochen („Rote Fahne", ebenda).

IKAH Hamburg

Mildes Urteil für faschistischen Überfall!

Buxtehude. Am 4.11. stand der Faschist Wolfgang Behrend, Mitglied der „Jungen Nationaldemokraten" als Angeklagter vor dem Buxtehuder Amtsrichter. Er hatte sich gegenüber der Anklage auf Körperverletzung und Freiheitsberaubung zu verantworten.

Der Tatvorfall liegt etwa ein Jahr zurück: Im Oktober '75 sagte die NPD eine Demonstration durch die Buxtehuder Innenstadt zum Jahrestag des „Ungarnaufstandes" an. AK-Verkäufer verteilten Flugblätter gegen diese Nazi-Provokation vor dem Kaufhaus Stackmann. Plötzlich tauchten ca. sechs Jungfaschisten in schwarzer Schlägermontur auf und griffen AK-Verkäufer und eine Verkäuferin der Zeitung „Roter Morgen" an. Unter wüsten Pöbeleien versuchten sie, den Verkäufern Zeitungen und Flugblätter zu entreißen und sie zu schlagen. Dabei tat sich der Faschist Behrend besonders hervor. Das Mädchen wußte sich schließlich nicht anders zu wehren, als mit einer Gaspistole mehrere Male auf die Bande zu schießen. Daraufhin flüchtete sie in das Kaufhaus. Die ganze Bande rannte hinterher. Behrend fesselte das Mädchen mit Handschellen an sich und zerrte es quer durch das Kaufhaus.

Dieser Tatbestand wurde eindeutig durch mehrere Zeugenaussagen vor Gericht bestätigt. Aussagen verschiedener Faschisten widersprachen sich und waren unglaubwürdig.

Der Richter „mißbilligte" das militante Vorgehen und die Selbstjustiz der Faschisten. Er wies auf Parallelen hin, die letztendlich zur Machtergreifung der Faschisten in Deutschland geführt haben. Ein solches Vorgehen sei in einem freiheitlichen Staat wie diesem nicht duldbar: „Darum wehret den Anfängen!" – 800,– Mark Geldstrafe.

Das an sich geringe Strafmaß hielt der Richter noch für sehr hoch und versprach sich eine „abschreckende Wirkung" davon. Das zeigt eindringlich, daß die Faschisten – wenn sie überhaupt mal vor Gericht landen – mit ‚blauem Auge' davon kommen.

Bezirksgruppe Harburg
KB/Gruppe Hamburg

Nur ein „normaler" Diebstahl?

Frankfurt. Zu 2 1/2 Jahren Gefängnis wegen Diebstahl und Urkundenfälschung wurde im Frankfurter V-Mann-Prozeß der Spitzel Adolf Schlosser verurteilt („FR", 4.11.76).

Mit diesem Urteil wird versucht, wieder alles zuzudecken, was Adolf Schlosser im Verlauf des Prozesses enthüllt hatte.

Schlosser hatte behauptet, ihm sei das gestohlene Auto mit den gefälschten Kennzeichen „untergeschoben" worden, um eine Handhabe gegen ihn zu haben. Er hatte *„aussteigen wollen"*, weil es ihm *„zu heiß geworden"* war, eine dem Polizeipräsidenten Müller gestohlene Pistole und „Dokumente" aus der Unterwelt wiederzubeschaffen. Angeblich sollten diese „Dokumente" Anlaß gewesen sein, Müller wegen einer „Liebesaffäre" zu erpressen.

Spitzelanwerber Schmidt hatte als Zeuge im Prozeß ausgesagt, Müller habe ihm gegenüber die Sache mit der Erpressung als *„reinen Blödsinn"* bezeichnet, ihn aber aufgefordert, *„weiter dranzubleiben"* (Vgl. AK 92).

Um was es bei dem Diebstahl in Müllers Villa eigentlich ging, welchen Inhalt diese „Dokumente" hatten und wie Polizeipräsident Müller dazu kommt, hierfür V-Männer einzusetzen, wurde vor Gericht wortgewaltig und nichtssagend vernebelt.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Polizei droht erneut mit Verkaufsbeschränkung

Bremerhaven. In den vergangenen Jahren hat die Polizei immer wieder versucht, die Öffentlichkeitsarbeit unserer Organisation zu behindern. Insgesamt über zehnmal hat die Polizei versucht, den Verkauf des ARBEITERKAMPFES mit dem Verschicken von Bußgeldbescheiden an die Genossen zu verhindern. Keiner dieser Bußgeldbescheide hatte den von den Bullen erwünschten Erfolg. Sämtliche Verfahren, die wir per Einspruch vors Gericht brachten, endeten mit der Einstellung des Verfahrens.

Nachdem wir so im letzten Sommer unter publizistischer Schützenhilfe der „Nordsee-Zeitung" dauernd von Polizisten beim Verkauf belästigt worden waren, herrschte dann für einige Zeit Ruhe an der „Verkaufsfront". Damit scheint es jetzt vorbei zu sein. In einem Schreiben an einen Genossen stellt Bremerhavens Polizeichef zwar fest:

„Für die Verteilung von Flugblättern, Handzetteln und Zeitungen im öffentlichen Verkehrsraum bedarf es – wie durch mehrere höchstrichterliche Entscheidungen unter Hinweis auf Art. 5 GG (freie Meinungsäußerung) festgestellt – keiner besonderen Erlaubnis, es sei denn daß hierdurch schutzwürdige Interessen der Allgemeinheit berührt werden!" Diese Selbstverständlichkeiten setzt er dann allerdings ein paar Sätze später wieder dreist außer Kraft. Er weist darauf hin, *„daß der Verantwortliche immer dann mit entsprechenden Konsequenzen zu rechnen hat, wenn von Ihrer Organisation Informationsstände eingerichtet, Megaphone oder ähnliche Geräte eingesetzt und – soweit es sich um den Gehwegraum vor dem Kaufhaus Karstadt handelt – Informationsmaterial verteilt wird, ohne daß eine Genehmigung vorliegt."*

Erneut setzt die Polizei somit das Recht auf freie Meinungsäußerung für Bremerhaven voll außer Kraft und setzt sich sogar über die bestehende Rechtssprechung hinweg, die ausdrücklich Verkauf und Verteilen als hochwertige Rechtsgüter vor derartigen Angriffen in Schutz nimmt.

Das Schreiben der Polizei wird uns nicht hindern, weiter vom Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch zu machen und wir werden uns gegen diesen dreisten Angriff zur Wehr setzen.

KB/Gruppe Bremerhaven

Revisionsverfahren gegen „Arbeiter und Soldat"

Flensburg. Am 8. Dezember findet vor dem 3. Senat des Bundesgerichtshofes (BGH) in Karlsruhe das Revisionsverfahren gegen den Verantwortlichen der anti-militaristischen Soldatenzeitung „Arbeiter und Soldat", P.Petersen statt. Genosse P. war im Juni dieses Jahres vom Flensburger Landgericht von der Anklage der „sicherheitsgefährdenden Propaganda gegen die Bundeswehr" (§ 89 StGB) freigesprochen worden (s.AK 84). Die Staatsanwaltschaft hatte gegen das Urteil Revision eingelegt, die, weil es sich um eine „Staatsschutzsache" handelt, gleich in Karlsruhe verhandelt wird.

Werden in der Regel 95% aller Revisionen abgelehnt, ist es in diesem Fall nicht unwahrscheinlich, daß ihr stattgegeben und das Urteil des Landgerichts aufgehoben wird. Dafür sprechen folgende Anzeichen:

1. Die Revisionsverhandlung findet bereits 5 Monate nach der Flensburger Hauptverhandlung statt (in der Regel dauert so etwas bis zu 3 Jahre).
2. Der 3. Senat des BGH ist just jener, der auch alle Beschwerden der Stammheimer RAF-Verteidiger bisher zurückgewiesen hat, d.h. er ist voll auf der Höhe der Faschisierung im Justizbereich.

Zwar hält die Revisionsbegründung der Flensburger Staatsanwaltschaft nicht einmal den billigsten juristischen Anforderungen stand. Jedoch ist zu erwarten, daß die Bundesanwaltschaft diesen Mangel wohl zur Genüge ausbügeln wird.

Es ist aus diesen Gründen nicht auszuschließen, daß mit diesem Revisionsverfahren die Verfolgung antimilitaristischer Kräfte in der BRD noch weiter verschärft werden soll. Wird der Revision stattgegeben, kommt es zu einer Neuauflage des Prozesses vor einem Landgericht. Dieses Gericht muß sich dann an die vorgegebenen Beschlüsse und Begründungen des BGH halten. Ein Freispruch dürfte dann kaum noch drin sein.

Die Verhandlung findet am 8.12. um 9.00 Uhr im Saal 441 des BGH in Karlsruhe statt.

KB/Gruppe Flensburg

Klassenjustiz verteidigt Ausbeuter

Wie wir bereits in AK 92 berichteten hat der Mönchengladbacher Kapitalist Seifen Kamp eine einstweilige Verfügung gegen zwei KBW-Mitglieder erlassen, die seine Ausbeutungsmethoden an die Öffentlichkeit gebracht hatten.

Das Gericht gab dem Kapitalisten Recht, obwohl Zeugen für die schweinischen Zustände bei Seifen Kamp vorhanden waren. In der Begründung des Urteils der Klassenjustiz heißt es unter anderem:

„Der Aufruf des KBW beinhaltet eine Beeinträchtigung sowie einen Angriff auf Ansehen und Ehre des Klägers (die Kapitalisten, Anm. AK) *als Kaufmann und Gewerbetreibender. Der einzige Zeuge, ein Arbeiter, mag in seinen Aussagen glaubhaft erscheinen, wegen jedoch erst 7-wöchiger Beschäftigung in dem Betrieb kann er nur Aussagen über Zustände in dem Betrieb für einen kurzen Zeitraum (!) machen.*

(!) machen.

Der Zeuge kann also nicht behaupten, daß die negativen Verhältnisse auf Dauer in dem Betrieb geherrscht hätten (!). Der Kläger mag hin und wieder arbeitsrechtliche Vorschriften nicht ganz beachtet haben."

An diesem Urteil entlarvt sich die herrschende Klassenjustiz wieder einmal sehr deutlich.

Auf die richtigen und bewiesenen Behauptungen der KBW'ler wird inhaltlich erst überhaupt nicht eingegangen.

Obwohl zugegeben werden muß, daß die Aussagen des Zeugen glaubhaft sind, wird seine Aussage mit der Begründung vom Tisch gewischt, er wäre nur sieben Wochen in dem Betrieb beschäftigt gewesen.

Sympathisanten des KB/ Mönchengladbach

Weitere Bußgeldbescheide für Kleber

Bremerhaven. Bereits im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir über einen Bußgeldbescheid, den ein Bremerhavener Genosse für einen ihm angelasteten Aufkleber erhalten hat, der ohne Impressum auf die Funktion der Jusos hinweist. Einziges Indiz der Polizei für seine Verantwortlichkeit: Er platzte zufällig in eine Durchsuchungsaktion, in der (bei der „Suche nach gefälschten Rezeptblocks") die Druckplatten für diesen und andere Aufkleber sichergestellt wurden. Die Polizei gibt dazu Zeugen an – nämlich den Drucker und dessen Teilhaber – die sich genau daran erinnern, der Polizei niemals diesbezügliche Angaben gemacht zu haben.

Und eben diesen Drucker und seine Ehefrau, die Besitzerin der Firma, hat es nun auch noch getroffen. Sie bekamen jeweils einen Bußgeldbescheid – die Inhaberin einen über 200,– DM, ihr Mann, der Drucker, über 100,– DM – und zwar, wegen angeblichem „Impressum-Vergehen".

Allein schon juristisch ist das Ganze unmöglich: Impressumvergehen könnten nur dem Auftraggeber und/oder Verbreiter einer Schrift angehängt werden, nicht aber dem Hersteller. Da aber liegt der Hase für den Staat im Pfeffer. Handelt es sich nämlich um linke Druckerzeugnisse soll sich der Drucker genau überlegen, was damit geschieht – und sie deshalb besser gar nicht erst drucken.

Das ganze Vorgehen der Polizei zielt so auf Einschüchterung, um der Verbreitung fortschrittlicher Gedanken einen weiteren Riegel vorzuschieben.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Bremerhaven

Staeckausstellung erneut verboten!

Eutin. Dies teilte der Eutiner Magistrat, von der CDU mehrheitlich besetzt, dem „Ostholsteiner Anzeiger" am 10.11.76 mit. Bürgermeister Knutzen, ebenfalls CDU, ließ weiter verlauten, daß eine Ausstellung mit Plakaten *„des linksengagierten Grafikers Klaus Staeck im Eutiner Haus des Kurgastes nicht mit der Satzung vereinbar ist. Danach müßten Veranstaltungen im Haus des Kurgastes entweder kulturell, gemeinnützig oder repräsentativ sein. Das sei hier nicht der Fall."*

Soweit Bürgermeister Knutzen.

Bereits am 6.8.76 war ein Antrag gestellt worden, der Ende August vom Magistrat mit der „Begründung" abgelehnt wurde, *„daß insbesondere während des Bundestagswahlkampfes keine Veranstaltung im Haus des Kurgastes stattfinden sollen, die in Zusammenhang mit dem Wahlkampf gebracht werden können."*

Eine darauf von der Vollversammlung des Jungendzentrums (JZ) genehmigte Staeckausstellung im JZ vor der Bundestagswahl, wußten „Stadtjugendpfleger" Petters, CDU und Eutiner Stadtverwaltung per Polizeiaktion zu verhindern. Über Nacht wurden im JZ die Türschlösser ausgewechselt und für mehrere Tage geschlossen gehalten. Am Tag der Veranstaltung fuhr die Polizei mehrmals vor dem JZ auf.

Auf einer Vollversammlung im JZ wurde jetzt am 9.11. erneut beschlossen, diese Ausstellung noch in diesem Monat im JZ durchzuführen.

Dieses erneute Ausstellungsverbot werden wir nicht kampflos hinnehmen und Rechtsmittel einlegen.

KB/Gruppe Eutin



Düsseldorf. Aus dem Brief eines Gefangenen der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf zum Gefängnisalltag: *„Nachdem die Bediensteten der JVA Düsseldorf an 3 aufeinanderfolgenden Freitagen den wohlverdienten, jährlichen Betriebsausflug mit starker Beteiligung durchführten, folgen im Anschluß 5 (fünf) „Schießtage", pro Woche einer. (2-mal Freitag und nun auch Donnerstag 3-mal). In diese Zeit fallen außerdem noch zwei Wochenfeiertage, am 1.11. und 17.11.. Das bedeutet für den Dienstbetrieb sechs Wochen eine Feierschicht (Personelle Unterbesetzung und Streichung sämtlicher Freizeit- und Bildungsprogramme)für weitere zwei Wochen bedeutet es zwei zusätzliche „Sonntagsschichten". Für die Gefangenen bedeutet das in der Woche noch drei Tage normaler Dienst und Ablauf und vier Tage fast Dauerverschluß (wenn man von der Freistunde absieht, aber vielleicht wird das Wetter entsprechend schlecht, dann fällt wegen Mangel an Beteiligung auch dieses Übel noch weg)!"* –

Der Gefangene schreibt weiter, mit welcher „Begründung" Gefangenen keine Schreibmaschinen ausgehändigt werden: *„Eine Schreibmaschine bietet gute Versteckmöglichkeiten für verbotene Gegenstände (z.B. Engelhaar, Rauschgift, Kassiber, Geld). Mit ihrer Hilfe können zudem amtliche Schriftstücke und Bescheinigungen ausgestellt werden."*

Westberlin. An die Veranstaltung „Grundrechte in Haft" am 5.11. schrieben 323 von 610 Gefangenen des Hauses II der JVA Tegel einen offenen Brief an die Teilnehmer und im Besonderen an den ebenfalls teilnehmenden Justizsenator Baumann.

Sie stellten die Auswirkungen der katastrophalen Überbelegung des Hauses II dar, das für nur 385 Gefangene gebaut wurde.

„In Zellen, die normalerweise schon für einen Gefangenen zu klein sind, werden wahllos zwei Gefangene eingepfercht, wobei auf die unterschiedlichen Charaktere und das Alter der zusammengelegten Gefangenen keine Rücksicht genommen wird. Das heißt, daß zwei Menschen den größten Teil des Tages auf engstem Raum miteinander leben und auskommen müssen. Sie schlafen in übereinandergestellten Betten, können nur abwechselnd am Zellentisch schreiben oder essen und müssen ihre Notdurft vor den Augen bzw. unter der Nase des Zellenkollegen verrichten. Eine auch Gefangenen zustehende Intimsphäre ist unter solchen Bedingungen in keiner Weise vorhanden."

Weiterhin wurden Fälle aus der jüngsten Vergangenheit geschildert: zwei Gefangene hatten eine Einzelzelle gefordert und sie für 5 Tage auch bekommen, allerdings in Form einer sog. „Beruhigungszelle"! Ein weiterer Gefangener, der seine Zelleneinrichtung in Brand gesteckt hatte, weil er „es nicht mehr aushielt", mußte mit schweren Rauchvergiftungen ins Krankenhaus.

Die Gefangenen forderten vom Justizsenator als Einlösung seines Reformgeredes:

„1. langfristig die Schaffung von mehr Haftraum vorantreiben und
2. kurzfristig ein Mehr an Kommunikation und Freizeit im Haus II."

Noch besser: eine allgemeine Amnestie statt mehr Haftraum. Allerdings geben sie Reformen in ihrem Knast keine große Chance, wenn der erzreaktionäre Beamtenapparat mit den Herren Jetschmann und Zander an der Spitze der alte bleibt.

Aschaffenburg. Folter ist für den Vorstand der JVA Aschaffenburg eine parteipolitische Problematik! Ein Gefangener, der sich durch „Amnesty international" über die Lage in Chile hatte informieren lassen, wollte in seinem Knast dazu eine Informationsveranstaltung machen. Mit der Begründung, das sei parteipolitische Betätigung, wurde das verboten. In einem Brief an den Petitionsausschuß des bayrischen Landtages schrieb der Gefangene u.a.: *„Gerade in Deutschland nicht zuletzt im Hinblick auf die hoffentlich vergangenen „tausend Jahre" mit all ihren Implikationen, sollte man Entwicklungen wie in Chile beobachten und daraus seine Lehren ziehen. Einer großen Anzahl von Menschen konnte während des dritten Reiches das Leben gerettet werden, eben weil es andere Länder gab, die die Ereignisse in Deutschland nicht einfach totschwiegen."*

IKAH Hamburg

Fahrpreisgegner = Gewohnheitsverbrecher?

Lübeck. Wie nicht anders zu erwarten, hat die Lübecker Fahrpreisdemonstration vom 7.8.76 juristische Nachspiele.

Zur Erinnerung: Polizei war ohne Vorwarnung während einer Kundgebung in eine Menschenmenge, darunter auch Frauen mit ihren Kindern, geritten. Durch diesen Knüppeleinsatz der Schläger in Uniform wurden mehrere Personen verletzt.

Es wird jedoch nicht gegen die Verantwortlichen dieses brutalen Einsatzes vorgegangen. Vielmehr ermittelt der bekannte Lübecker Staatsanwalt Wirsich gegen zwei Demonstranten wegen angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Einer von ihnen hatte lediglich sein Auto als Lautsprecherwagen zur Verfügung gestellt. Damit nicht genug, versuchte Wirsich die beiden sogar erkennungsdienstlich behandeln zu lassen. Er berief sich hierbei auf den § 81 b der Strafprozeßordnung. Seit der „Reform" des Strafverfahrensrechts ist der Staatsanwalt ermächtigt, eigenmächtig und relativ beliebig ohne den früher üblichen Ermittlungsrichter derartige Maßnahmen anzuordnen.

Der genannte Paragraf hat zudem folgenden bezeichnenden Hintergrund: Er wurde wörtlich aus dem „Gesetz vom 24.11.1933 (!) über die Behandlung gefährlicher Gewohnheitsverbrecher" übernommen... Der Polizeifotograf soll heute einfacher und besser erledigen, was früher der Verfassungsschutz mühsam machte, wenn er Demonstranten herausfotografierte.

Unter Hinweis auf die Unverhältnismäßigkeit der Mittel haben die beiden Betroffenen Beschwerde vor dem Verwaltungsgericht eingelegt. Erster Erfolg: die eigentliche sofort vollziehbare Maßnahme wurde bis zum Urteil ausgesetzt. Darüberhinaus sind durch die beiden von der Justiz Verfolgten Anzeige und Dienstaufsichtsbeschwerden wegen Strafvereitelung im Amt (Wirsich ermittelt nicht gegen die Verantwortlichen des Polizeieinsatzes), Verfolgung Unschuldiger u.a.m. gestellt worden.

Für Öffentlichkeit sorgten die Fahrpreisinitiativen durch Flugblätter und Infostände.

KB/Gruppe Lübeck

Lübecker Fahrpreisdemonstration – Juristische Nachspiele

Lübeck. Mehrere Fahrpreisgegner hatten aus Empörung über den brutalen Polizeieinsatz Anzeige erstattet. Ergebnis: Oberstaatsanwalt Hannemann ermittelt ... und hat die Anzeigenden gleichzeitig als Zeugen und Angeklagte geladen!

Beschuldigt werden sie völlig willkürlich wegen angeblicher Nötigung, weil es im Verlauf der Demonstration zu einer Kreuzungsblockade gekommen war, ohne daß es irgendeinen Anhalt gäbe, daß die Anzeigenden beteiligt waren. Durch dieses Vorgehen soll erreicht werden, daß sie die Aussage verweigern und dem Staatsanwalt damit einen Vorwand zur Einstellung seiner Ermittlungen gegen die Polizei geben. Gleichzeitig wird versucht, sie zu kriminalisieren und damit jedes Vorgehen gegen Polizeiwillkür im Keim zu ersticken. Wieweit die Rechnung des Staatsanwalts aufgeht, muß sich zeigen.

KB/ Gruppe Lübeck

Juristen diskutieren Streikbeschränkungen

Der 51. Deutsche Juristentag hatte das Thema „Streikgesetze". Solche Gesetze gibt es bislang nicht, nur die generelle Erlaubnis zum Streik und andererseits die in letzter Zeit wachsende Einschränkung dieser Erlaubnis durch Gerichtsurteile. So zum Beispiel das Urteil des Bundesarbeitsgerichts zu „wilden" Streiks: *„Der große Senat des Bundesarbeitsgerichtes hat bereits betont, daß Arbeitskämpfe im allgemeinen unerwünscht sind (!). Daraus ergibt sich, – und das ist die vor allem entscheidende und für sich allein durchschlagende Erwägung gegenüber einer rechtlichen Anerkennung oder auch nur Tolerierung des wilden Streiks – daß die Zulässigkeit von Arbeitskämpfen nur in einem bestimmten Rahmen verantwortet werden kann."!* Schon häufiger ist es den Kapitalisten gelungen, nach dieser Formel Schadensersatz in z.T. nicht unbeträchtlicher Höhe einzuklagen.

Nun steht also zur Debatte eine direkte „Streikgesetzgebung", deren Inhalt letztendlich nichts anderes sein kann als die Aufzählung von Umständen, unter denen ein Streik verboten sein soll. Auf dem Juristentreff war dabei im Gespräch: Zum einen das generelle Verbot spontaner Streiks; weiter sollen nicht nur die Beamten, sondern möglichst auch die Arbeiter und Angestellten im öffentlichten Dienst nicht streiken dürfen; dann „Funktionseliten" wie Fluglotsen u.ä. auch grundsätzlich nicht. Einige Juristen traten dafür ein, in „lebenswichtigen Versorgungsbetrieben" und bei „wirtschaftlichem Notstand" Streikverbot auszusprechen. Mit diesen Gummibegriffen wäre einem völligen Streikverbot Tor und Tür geöffnet.

Dieser Juristentag hat eine wichtige Funktion als Vorschlagsgremium für Gesetze für den Bundestag. Bedenken muß man auch, daß die dort vertretenen Herrschaften Richter, Staatsanwälte und ähnliches sind und ihre Auffassungen zu diesen Fragen nicht nur bei solchen Diskussionen eine Rolle spielen. Die Tendenz der herrschenden Rechtsprechung zeigt dies auch deutlich. Natürlich wird ein solches Gesetz nicht plötzlich zur Abstimmung stehen, aber durch die Hintertür und Schritt für Schritt (verbunden mit der nötigen Propaganda) wird es jetzt schon eingeführt.

Initiative gegen Zensur

Während der Frankfurter Buchmesse haben sich Verleger, Verlagsmitarbeiter und Journalisten zu einer „Initiative gegen Zensur und Beschlagnahmung" zusammengeschlossen.

Als erster Schritt wurde eine Sammelstelle eingerichtet, die die Aufgabe haben soll, *„alle Fälle von innerer und äußerer Zensur und von staatlichen Aktionen gegen Buchhandlungen und Verlage zu erfassen und für deren Veröffentlichungen zu sorgen."*

Die Kontaktadresse lautet:
Hans-Martin Lohmann
Beethovenstraße 22
6000 Frankfurt 1
Telefon 0611/746996

(alle Angaben nach „Konkret" Nr. 11/76)

Roter Kaktus Flensburg



Berufsverbotsfälle

Mainz: Der Kältemechaniker Franz-Josef Grünen ist von der Uniklinik gekündigt worden, weil er Mitglied in einer kommunistischen Organisation sein soll. Dagegen legte er Berufung beim Arbeitsgericht Ludwigshaven ein und konnte erstmal damit die Aufhebung seiner Kündigung erreichen. Das Land hat daraufhin Berufung eingelegt.

Frau Herr-Beck, Rechtsanwältin und CDU-Mitglied des Rheinland-pfälzischen Landtags begründet es so: *„Der Kläger hat als Kältetechniker in der Uniklinik eine besonders verantwortungsvolle technische Funktion. Er hat (...) Zugang zu allen technischen Betriebsräumen und Anlagen der Universitätsklinik. (...) Im einzelnen bestehen für Störmöglichkeiten folgende Gefahren: Bei den Wasserbehandlungsanlagen befinden sich offene Wasserbehälter, in die gefährliche Fremdstoffe eingebracht werden können (!!). Bei den Lüftungsanlagen können gefährliche Fremdsotffe eingebracht werden. (...) Kälteanlagen können (...) verändert werden... Hierbei kann insbesondere Blutplasma verändert werden. Falls die Unbrauchbarkeit nicht erkannt wird, kostet es Menschenleben (...) Bei den Druckluftanlagen (...) können künstliche Beatmungsgeräte betroffen werden (...) Durch Unterbrechung in den Elektroanlagen. Der Ausfall von Licht kann zur lebensgefährlichen Unterbrechung der Operation führen. Beatmungsgeräte im Operationssaal können außer Betrieb gesetzt werden. Die Überwachung der Narkose wird durch den Stromausfall unmöglich. Durch Verschaltung der Aufzugssteuerung kann bewirkt werden, daß sich Schachttüren öffnen, ohne daß dahinter der Fahrkorb steht, hierdurch besteht Absturzgefahr in den Fahrschacht (...)".*

Eins hat Frau Herr-Beck noch vergessen: daß Kommunisten außerdem noch sehr gefräßig sind, und daß dadurch gerade für die Säuglinge in der Uniklinik eine erhöhte Gefahr besteht.

(Informationen nach der Zeitung „Provinz" Nr. 7, „Zeitung für Wiesbaden und Mainz)

Unigruppe
KB/Gruppe Frankfurt

Heidelberg: Weil die chemisch-technische Assistentin Tamara Kasten die Radikalenjagd kritisierte und zumindest die Mitwirkung des Personalrats bei Anhörungen forderte, wurde ihr die Kündigung nahegelegt. Da sich die Vorsitzende der Heidelberger Jungsozialisten nicht an den nahegelegten „Rat" hielt, wurde sie mit (für ihre Berufsausbildung) unqualifizierten Arbeiten beauftragt. Als Tamara Kasten daraufhin immer noch nicht kündigte, wurde sie gefeuert.

Die Mutter Tamara Kastens, polnische Staatsangehörige, wurde von den Nazis verfolgt und erlitt im Konzentrationslager schwere körperliche und seelische Schäden.

• • •

Westberlin: Michael Jäger, Diplom-Psychologe und Teilzeitassistent am Fachbereich 11 der „Freien" Universität Westberlin droht Berufsverbot, weil er 1975 einen Wahlaufruf zugunsten der SEW unterzeichnete („DVZ", 18.11.76).

Stuttgart: In AK 91 schrieben wir, daß das Berufsverbot gegen den Stuttgarter Wissenschaftler Bernd Weyergraf aufgehoben sei. Dies ist nur insofern richtig, als zwar das Verfahren gegen ihn eingestellt wurde, jetzt allerdings seine bisherige Stelle neu ausgeschrieben werden soll. Bernd Weyergraf stand auf dem zweiten Platz einer Berufungsliste am Germanischen Seminar. Platz eins nahm die Hamburger Dozentin Inge Stephan ein, die dann allerdings verhindert war. Weyergraf wurde angestellt, sollte dann aber wegen einer Unterschrift für die Kandidatur der „KPD" in Westberlin entlassen werden. Als Inge Stephan hiervon hörte, verzichtete sie ganz auf ihren Anspruch, denn *„ich bin nicht bereit, eine Stelle anzutreten, die mit einer derart schweren politischen Hypothek belastet worden ist, und indirekt dazu beizutragen, daß einem Kollegen aus politischen Gründen die Existenzgrundlage entzogen wird."* (Brief an die Uni Stuttgart, zitiert nach dem Info Nr. 2 der Basisgruppe Germanistik.) Diese vorbildliche Haltung nahm die Fachbereichsleitung jetzt zum Anlaß, die Stelle neu auszuschreiben, womit Weyergraf entlassen werden soll.

• • •

Friedberg: Die Leiterin der Volkshochschule der Stadt Friedberg (Wetteraukreis) erhielt Berufsverbot. Grund: Mitgliedschaft in der DKP. („Extra-Dienst", 16.11.76)

Berufsverbotekommission
KB / Gruppe Hamburg

• • •

Heidelberg: Der Lehrer Dieter Roth kandidierte auf einer Studentenliste für den MSB. Deswegen erhielt Roth ein Ausbildungsverbot. Er kann seine Ausbildung nicht beenden. Die erste Prüfung für das Lehramt bestand er mit der Note „gut".

• • •

Nürnberg: Die beiden Junglehrer, Heinrich Häberlein und Manfred Lehner, wurden bisher nicht in den Schuldienst eingestellt. Beide sind Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft/Verband der Kriegsdienstverweigerer (DFG/VK), deren Präsident Pastor Niemöller ist. Diese Mitgliedschaft wurde für ein „Anhörungsverfahren" zum Anlaß genommen. Zum Vorwurf wurde ihnen gemacht, daß die DFG/VK „marxistisch unterwandert" sei und die Gefahr bestände, daß sie in der Schule gegen die Bundeswehr agitieren würden. Heinrich Häberlein wurde darüber hinaus noch eine Reise in die DDR, die er auf Einladung des Friedensrates der DDR unternommen hatte, vorgeworfen.

• • •

Schenefeld: Nachdem der Physik- und Chemielehrer Klaus Kuhl nicht einmal eine Woche am Gymnasium unterrichtet hatte, teilte ihm das Landesschulamt mit, daß es die Absicht habe, ihn zu entlassen. Als Begründung wurden Aktivitäten gegen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" angegeben, die nicht näher erläutert wurden. Kuhl informierte die Schüler seiner Klasse über seine bevorstehende Entlassung, worauf sich eine Diskussion entwickelte. Um die Diskussion im Unterricht abzukürzen, schlug er den Schülern vor, sich außerhalb des Unterrichts zu informieren und stellte ihnen als Informationsmaterial u.a. den „Roten Morgen" zur Verfügung, wobei zwei Schüler darauf bestanden, diesen zu bezahlen. Hieraus machte das Landesschulamt Verkauf und Verteilen des „Roten Morgen" im Unterricht. Damit wird Kuhl unterstellt, daß die Angelegenheit geplant war und von ihm ausging.

Die Schulleitung verhörte daraufhin die Klassensprecher. Von diesem Verhör wurde ein verfälschtes Gedächtnisprotokoll erstellt. Von den Schülern wurde dies Protokoll angefochten und die Unterschrift verweigert. Ebenso wurde von einem Gespräch mit Kuhl ein verfälschtes Gedächtnisprotokoll erstellt.

Am 30. August erfolgte die Suspendierung von Klaus Kuhl, mit der Begründung: *„Ihre sofortige Entbindung von der Unterrichtserteilung wird umso dringender, als andernfalls nunmehr berechtigte Elternproteste und in Folge eine erhebliche Beeinträchtigung des Schulfriedens zu erwarten wären."*

Bei einem Gespräch im Landesschulamt stellte sich heraus, daß sich die Vorwürfe des LSA nicht mehr, wie früher angedeutet, auf eine Verfassungsschutzakte stützten. Neben dem Vorwurf des Plakatierens (während des Referendariats 1974) wurden jetzt nur noch Vorwürfe aus den vorangegangenen Verhören erhoben! Offensichtlich dienten diese „Anhörungen" nur dazu, neues „Beweismaterial" zusammenzustellen.

Berufsverbotekommission
KB / Gruppe Kiel



Der Halter eines Fahrzeuges, der sich diese Plakette auf die Windschutzscheibe geklebt hatte, wurde von der Politischen Polizei wegen „des Verdachts der Beamtenbeleidigung" vorgeladen. Sie beschlagnahmten das Plakat; auf Nachfrage wurde mitgeteilt, falls er Widerstand leisten wolle, würde das ganze Fahrzeug beschlagnahmt werden. Seit dem 11.11. (!!) läuft nun ein Verfahren gegen den Halter des Wagens.



Weil sie anläßlich des Besuchs einer Delegation der französischen Sozialisten vor dem Bonner Bundeshaus demonstrierte, wurde die Lehrerin Angelika Lehndorff-Felsko (die schon Berufsverbot hat) zu 100 DM Geldstrafe verurteilt. Ihr wurde zur Last gelegt, sie habe mit mindestens neun anderen Personen eine vorbotene öffentliche Versammlung unter freiem Himmel veranstaltet.

Mannheim: Wegen Mitgliedschaft in der DKP wurde die Realschullehrerin Agnete Bauer-Ratzel mit Berufsverbot belegt (keine Revisionsmöglichkeit). Der Vorsitzende Richter des Verfahrens, Dr. Walter Hailer, war Kreisredner der NSDAP und während der faschistischen Besetzung Belgiens und Frankreichs aktiver Repräsentant der Nazitruppen („Deutsche Volkszeitung", 18.11.76)

• • •

Bochum: In Bochum wurde der nebenamtlichen Lehrkraft Jutta Klockenbrock-Netz, tätig bisher am privaten (!) Studienkolleg für afro-asiatische und südamerikanische Studenten, die Lehrerlaubnis entzogen. Vorgeworfen wurde ihr *„ausschließlich die Mitgliedschaft in zugelassenen politischen Organisationen"*. („DVZ", 18.11.76). Dieser Fall zeigt die Verschärfung der Berufsverbote-Praxis, da jetzt auch nebenamtliche Lehrkräfte an privaten (!) Schulen mit staatlicher Anerkennung der Überprüfung durch den Verfassungsschutz unterzogen werden.

• • •

Bayreuth: Der Staat Bayern muß laut Beschluß des Verwaltungsgerichts Bayreuth Barbara Stark, SPD, (siehe AK 92) zum Vorbereitungsdienst als Volksschullehrerin zulassen. Der Lehramtskandidatin war von der CSU-Regierung in Oberfranken „Verfassungsfeindlichkeit" vorgeworfen worden, weil sie auf der Liste des SHB (ehemaliger Studentenverband der SPD, der dann von dieser „verstoßen" wurde) kandidiert hatte. Sie war nicht Mitglied dieser Studentengruppe („DVZ", 18.11.76).

Neumünster: Der Deutsch- und Politiklehrer am Technischen Gymnasium (TG), von Petersdorff, wurde am 2.11. mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert. Angedroht wurde ihm diese Entlassung schon Ende Mai. Bis zu seinem Rausschmiß war ihm keine Begründung mitgeteilt worden. Hinterher hieß es, er hätte sich aktiv für die „KPD/ML" eingesetzt. Die Beweise: er hätte mehrere öffentliche Veranstaltungen der „KPD/ML" und „Roten Hilfe" besucht. Die Entlassung muß von langer Hand vorbereitet worden sein: obwohl am TG starker Fachlehrermangel herrschte, waren jetzt auf einmal zwei Deutschlehrer zur Stelle. Doch die Schüler durchkreuzten diese Pläne: sie boykottierten den Unterricht der Ersatzlehrer, sie verteilten an 12 Schulen Flugblätter mit der Forderung nach Wiedereinstellung. Trotz massiver Einschüchterung durch den Direktor (Drohung, den Deutsch-Unterricht bis zum Abitur ausfallen zu lassen; Androhung der Benachrichtigung der Eltern der boykottierenden Schüler), beteiligte sich die Mehrheit des Berufsbildungsjahres 2 an dem Boykott. Der Kampf der Schüler wird aber nicht nur auf die Forderung: „von Petersdorff muß Lehrer bleiben" beschränkt, sondern er wendet sich gleichzeitig gegen Berufsverbote und politische Unterdrückung insgesamt.

Berufsverbotekommission
KB / Gruppe Kiel

Demonstration und Aktionstage

Westberlin: Am 1. Dezember wird im Rahmen von Aktionstagen gegen die politische Unterdrückung und den Abbau der sozialen Rechte eine Demonstration durchgeführt. Dazu heißt es im Aufruf: *„Trotz zahlloser Proteste aus dem In- und Ausland wird die staatliche Gesinnungsschnüffelei immer bedrohlicher, auch wenn Politiker in ihren Festreden von ‚Liberalisierung' sprechen."* Es werden dann Beispiele für die zunehmende Gesinnungsschnüffelei gegeben, darauf hingewiesen, daß *„staatliche Unterdrückung sich jedoch nicht nur durch Berufsverbote äußert"*, sondern ebenso durch die Niederknüppelung der Demonstranten in Brokdorf, durch die neuen Polizeigesetze, die Zensurparagraphen 88a und 130, die Einschränkung der Verteidigerrechte usw. Es heißt dann weiter: *„Dies alles geschieht vor dem Hintergrund von immer noch einer Million Arbeitsloser, Entlassungen und Stellenstreichungen... Mit den Aktionstagen und der Demonstration protestieren wir gegen den Abbau politischer und sozialer Rechte. Wir wollen damit die Vereinzelung überwinden und uns wehren, bevor es zu spät ist."*

Die Aktionstage werden veranstaltet bzw. unterstützt von:

Aktionskomitee gegen Berufsverbote FU; Aktionskomitee TU; Fachhochschule-Sozialarbeit und Sozialpädagogik (FHSS)-Komitee gegen Berufsverbote und politische Unterdrückung; Initiative gegen Berufsverbote der evangl. FHSS; Komitee zur Verteidigung der demokratischen Grundrechte; Arbeitsgruppe Berufsverbote der Gerichtsreferendare; Hörer-Vertretung Zweiter Bildungsweg; Initiative gegen die BaFöG-Misere; Aktion Sühnezeichen/Friedensdienst; Humanistische Union LV Westberlin; AStA der Pädagogischen Hochschule; Unabhängige Studentenausschuß-Initiativen; Kirche in der Verantwortung; Initiative der studentischen Beschäftigten an der FU; Arbeitsgemeinschaft sozial-politischer Arbeitskreise; Aktionsgemeinschaft Demokraten und Sozialisten (ADSen, SEW-nahe Studenten), Bund Deutscher Pfadfinder/Bund demokratischer Jugend; Gruppe Internationaler Marxisten (GIM); Jungdemokraten; Kommunistischer Bund; Naturfreunde-Jugend; SJD-die Falken, LV Westberlin; Sozialistischer Hochschulbund (SHB); Sozialistisches Schülerkollektiv.

Berufsverbote:

Das Aktionskomitee gegen Berufsverbote und das Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte haben neu herausgegeben: Stimmen der internationalen Presse, 80 S. 4.- und Dokumente von Berufsverbotsfällen IV, 112 S. 3.-. Außerdem sind lieferbar: Dokumente I, 2.-; Dokumente II, 3.-; Dokumente III, 4.-; Jens A. Brückner, Wie verhalte ich mich bei Berufsverbot, 2.-; Materialien zum Film "Vera Romeyke ist nicht tragbar", 4.-. Alle Broschüren sind vom "Kirschkern" Buchversand GmbH durch Voreinzahlung des jeweiligen Betrages (plus Porto: 1 Expl. -.70, 2 Expl. 1.20, ab 3 Expl. 2.-) auf das Postscheckkto. Berlin-W. 410561-101 zu beziehen.

Berufsverboteopfer soll selbst seine „Verfassungstreue" beweisen

Auch die Kollegen der Bundespost sind von Berufsverboten bedroht. So berichteten wir in AK 89 von den Fällen eines Zustellers, einer Verwaltungsangestellten und eines Fernmeldeingenieurs. Ein anderer Fall ereignet sich gegenwärtig in Hamburg.

Ende September fand im Verfassungsschutzreferat (Referat 17) der Oberpostdirektion Hamburg eine Anhörung des Fernmeldehandwerkers H.-J B. statt. Der Kollege wollte in das Beamtenverhältnis übernommen werden. Dies nahm die OPD Hamburg zum Anlaß einer Überprüfung, *„ob die Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis insgesamt in seiner Person gegeben sind. Gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 2 des Bundesbeamtengesetzes darf nur in das Beamtenverhältnis berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Die OPD darf also aufgrund dieser Gesetzesvorschrift dem Antrag des Herrn B. auf Übernahme in das Beamtenverhältnis nur dann zustimmen, wenn die Überzeugung besteht, daß er jederzeit die oben angesprochene Gewähr bietet."*

Demnach kann im Prinzip jeder Postkollege , der Beamter werden will, einem Anhörungsverfahren unterworfen werden. Denn nur damit kann sich die OPD *„die Möglichkeit verschaffen, sich einen Eindruck über die politische Einstellung (des Bewerbers) zu seinen künftigen Beamtenpflichten zu verschaffen"*. Und diese Verpflichtung besteht für die OPD in jedem Falle!

Bei dem Kollegen B. allerdings hatte man darüber hinaus Zweifel an seiner „Verfassungstreue". Er sei nämlich angeblich Mitglied der DKP. Die OPD verfüge über eine entsprechende Information, deren Quelle sie jedoch nicht nennen wollte. Eine Klärung dieser Frage sei deshalb notwendig, *„um Ihnen den Eintritt in das Beamtenverhältnis zu ermöglichen. Es liegt in Ihrem Interesse, wenn wir Ihnen die Möglichkeit geben, diese Zweifel auszuräumen"*. Die Zweifel an der Verfassungstreue stützen *„sich allein auf die Tatsache (?) seiner DKP-Mitgliedschaft"*, wurde festgestellt. Die OPD hatte dafür nicht den Schimmer eines Beweises, verlangte aber trotzdem, daß der Kollege sich ausdrücklich von dieser Organisation distanziert. Wenn er das nicht tut, dann *„ist es fraglich, ob Sie überhaupt oder zum gewünschten Zeitpunkt...* (in das Beamtenverhältnis) *übernommen werden können"*.

Diese Methode der politischen Einschüchterung ist gegen jeden beliebigen Kollegen völlig willkürlich anwendbar, da der Staat demnach seine Zweifel an der Verfassungstreue überhaupt aus der Luft greifen kann. So können Zweifel produziert werden zum Zwecke der Disziplinierung und Unterdrückung eines jeden fortschrittlichen Kollegen.

Der Kollege blieb jedoch standhaft und verweigerte die Beantwortung der Frage nach seiner Mitgliedschaft in der DKP mit der Begründung, *„daß der Frage nach der einen Partei Fragestellungen nach sämtlichen anderen Parteien folgen müßten"*. Diese Haltung wurde ihm wiederum angelastet: Sie *„bestärkt mich nur noch in meinen Zweifeln, daß Sie in Ihrer Gesamtpersönlichkeit – aufgrund des Verschweigens Ihrer außerdienstlichen politischen Aktivitäten – zu diesem Zeitpunkt alle Voraussetzungen für die Übernahme in das Beamtenverhältnis erfüllen"*, erklärte der die Untersuchung führende Postrat Lamprecht.

Da dem Kollegen konkret überhaupt nichts vorgeworfen werden konnte, wurde der Spieß einfach umgedreht. Der Kollege wurde aufgefordert, Tatsachen (?!) zu nennen, die seine *„Einstellung zur Verfassungstreue darlegen"*, und die den Schluß rechtfertigen, daß er sich zukünftig (!) „loyal" gegenüber seinen „politischen Beamtenpflichten" und gegenüber dem Dienstherrn, der Deutschen Bundespost, verhalten werde!!

Der Gesinnungsterror treibt wahre Blüten. Da werden gegen irgendjemanden x-beliebige, aus der Luft gegriffene Anschuldigungen erhoben und kommt man damit nicht durch, muß der Betroffene selbst beweisen, daß die Verdächtigungen und Anschuldigungen nicht zutreffen!

(Alle Zitate aus dem von der OPD angefertigten Protokoll der Anhörung.)

Solidarität mit allen von Berufsverboten bedrohten Kollegen!

Kampf der Faschisierung!

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg

wenn wir Ihnen die Möglichkeit geben, diese Zweifel auszuräumen". Die Zweifel an der Verfassungstreue stützen *„sich allein auf die Tatsache (?) seiner DKP-Mitgliedschaft"*, wurde festgestellt. Die OPD hatte dafür nicht den Schimmer eines Beweises, verlangte aber trotzdem, daß der Kollege sich ausdrücklich von dieser Organisation distanziert. Wenn er

schuldigungen nicht zutreffen!

(Alle Zitate aus dem von der OPD angefertigten Protokoll der Anhörung.)

Solidarität mit allen von Berufsverboten bedrohten Kollegen!

Kampf der Faschisierung!

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg

FDP-Parteitag: Scheinliberalität in der „Radikalenfrage"

Das *„progressivste Konzept, daß es jemals in einer Partei gab"* nannte Maihofer die Ergebnisse der FDP-Parteitagsdebatte um die Berufsverbotepraxis. Für die CDU war es *„eine wichtige Teilkapitulation vor den Linken"* („Rechtsexperte" Vogel, laut „Welt", 23.11.), was *„mit dem geltenden Recht und auch mit der Verfassungsordnung völlig unvereinbar"* sei (ebenda). Wieder einmal hatten die „Liberalen" in der „Radikalenfrage" für Furore gesorgt. Allerdings beim heutigen Stand der Berufsverbotepraxis die Stirn zu haben, vom progressivsten Konzept zu sprechen, daß *„es jemals (!) in einer Partei gab"*, da gehört schon eine gehörige Portion Zynismus zu.

Denn von Anbeginn war klar, daß auf diesem Parteitag keineswegs an den Grundfesten der Berufsverbote, der verlangten „Verfassungstreue" für Angestellte und Beamte im Öffentlichen Dienst gerüttelt werden sollte. Alle Anträge, die in diese Richtung gingen (von einzelnen „Hochburgen" fortschrittlicher Jungdemokraten gestellt) wurden gar nicht erst behandelt. Ein Antrag, in dem die Aufgabe der „Treuepflicht der Beamten" als entscheidende Voraussetzung verlangt wurde, verfiel ebenfalls der Ablehnung.

Entschieden wurde dagegen über „rechtsstaatliche" Praktiken bei der Einstellung in den Öffentlichen Dienst, die sehr viel Ähnlichkeit mit Koalitionsvereinbarungen in Hamburg haben (siehe AK 93). Danach soll die „Verfassungstreue" nur noch dann „näher erforscht" werden, *„wenn sie als letzte Einstellungsvoraussetzung angezweifelt wird"* („Welt", 15.11.). D. h. also weiterhin: sollte die „Verfassungstreue" auch nur angezweifelt werden, wird eine Überprüfung vorgenommen. Da in allen Bundesländern zu der Praxis übergegangen worden ist, a l l e Einstellungen in den Öffentlichen Dienst dem Verfassungsschutz zu melden, werden sich diese Zweifel sicher weiterhin ebensoschnell einstellen wie bisher. Dies gilt insbesondere dann, wenn man sich die enorme Verschärfung der Gründe für „Zweifel an der Verfassungstreue" in den letzten Jahren ansieht. So reichen heute in vielen Fällen allein schon Proteste gegen Berufsverbote, um diese „Zweifel" zu rechtfertigen. Weiterhin sollen „Erkenntnisse", die vor dem 18. Lebensjahr gesammelt worden sind oder die länger als fünf Jahre zurückliegen, nicht berücksichtigt werden. Ausnahmen sollen hier „rechtskräftige Urteile", die im Bundeszentralregister eingetragen sind, bilden. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß der Bewerber sich fünf (!) Jahre lang nichts zu „Schulden" kommen lassen hat.

Um dies zu beurteilen, müssen allerdings auch in diesem Zeitraum Beobachtungen getätigt worden sein – oder wie sonst?!

Als letztes „Kernstück" der neuentdeckten „Liberalität" bietet der Parteitag an, daß Anfragen beim Verfassungsschutz zukünftig nur noch bei denjenigen, *„die nach ihrer Art ein aktives Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung erfordern"* („Welt", 15.11.) geleistet werden soll.

Nun gilt, daß auch bisher nicht in jedem Fall eine Überprüfung vorgenommen wurde. Es reicht allein schon, daß alle Bewerber dem Verfassungsschutz gemeldet werden, so daß dieser letztlich allein entscheiden kann, ob er seine Zweifel den einstellenden Behörden weitermeldet, wenn diese nicht direkt einen Bericht anfordern.

Somit ändert auch dieser Parteitagsbeschluß nichts an dem wichtigsten Teil der Berufsverbotepraxis: daß hunderttausende von Menschen beim Verfassungsschutz registriert werden, daß dort „Erkenntnisse" über sie gesammelt werden und daß diese im gegebenen Fall gegen sie verwendet werden können. Es bleibt deshalb die Angst und die Unsicherheit. Es bleibt damit auch das angestrebte Ziel, mit der Berufsverbotepraxis große Teile der Bevölkerung von einer konsequent linken Politik abzuhalten und mit den Berufsverboten die Kommunisten zu isolieren. Daß die FDP sich überhaupt dieser Frage noch einmal angenommen hat und sogar den Anschein zu erwecken versucht; sie würde sich für liberale Grundsätze einsetzen, liegt vor allem in der massiven Kritik an den Berufsverboten begründet. So mußte die FDP-Führung *„ein verbreitetes Unbehagen im In- und Ausland gegen gewisse Übertreibungen ... unserer Extremistenpraxis"* konstatieren („Welt", 22.11.), die *„den Anschein von Unfreiheit auf unser Land"* fallen lassen. Und insbesondere die massiver werdende Kritik im Inland, auch unter den Parteigängern der FDP, ließ Innenminister Maihofer davor „warnen", *„sich nicht an die Berufsverbotekampagne anzuhängen, die von Kräften gesteuert wird, die Unruhe als politisches Ziel wollen"* („Süddeutsche Zeitung", 22.11.).

Gerade um die Verbindung zwischen den Berufsverbotegegnern im linken und kommunistischen Lager und denen im liberalen und sozialdemokratischen Lager zu verhindern, wird sowohl von der FDP als auch von der SPD diese Frage immer wieder (verbal) in der Schwebe gehalten. Die Praxis des letzten halben Jahres spricht allerdings gegen sie; denn bisher hat es eher eine weitere Verschärfung als eine „Liberalisierung" gegeben (siehe dazu z. B. die in diesem AK aufgeführten Fälle).

Und solange die Berufsverbotepraxis bleibt, d. h. solang die Gesinnungsschnüffelei bleibt, solange kann es auch keine Liberalisierung geben; daran ändern auch „rechtsstaatliche Prinzipien'. nichts.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

GEW-Hamburg: Nur halbherzig gegen Berufsverbote

Aus Anlaß des 5. Jahrestages des Hamburger Senatserlasses (Vorläufer des Extremistenbeschlusses der Ministerpräsidenten) wurde von der GEW Hamburg am 23.11.76 zu einer Berufsverboteveranstaltung eingeladen. Es kamen ca. 150 Kolle-

wiesen, daß es innerhalb der GEW und des DGB unterschiedliche Positionen zu den Berufsverboten gibt. Deutlich wird dies an einem Zitat aus der Stellungnahme des Hauptvorstandes der GEW zum Bericht der „Fünfer Kommission" (Gre-

muß alles zugehen!

Recht unangenehm wurde es dann für die anwesenden DKP'ler, als eine Kollegin in einem Beitrag die Ausweisung Biermanns aus der DDR verurteilte, die einem Berufsverbot gleichkäme. Sie forderte die anwesenden

GEW-Hamburg: Nur halbherzig gegen Berufsverbote

Aus Anlaß des 5. Jahrestages des Hamburger Senatserlasses (Vorläufer des Extremistenbeschlusses der Ministerpräsidenten) wurde von der GEW Hamburg am 23.11.76 zu einer Berufsverboteveranstaltung eingeladen. Es kamen ca. 150 Kollegen, unter ihnen auch einige, die selbst vom Berufsverbot betroffen sind.

Nachdem die Anwesenden sich etwa anderthalb Stunden Referate hatten anhören müssen, kam es zum Schluß der Veranstaltung noch zu einer kurzen Diskussion. Diese Gelegenheit nahmen sowohl einige vom Berufsverbot betroffene (darunter ein Postler) als auch andere Kollegen wahr, um ihre Position zu den Berufsverboten darzustellen. Es wurde deutlich, daß die Kollegen die Initiative zu dieser Veranstaltung begrüßen. Es wurde jedoch darauf verwiesen, daß es innerhalb der GEW und des DGB unterschiedliche Positionen zu den Berufsverboten gibt. Deutlich wird dies an einem Zitat aus der Stellungnahme des Hauptvorstandes der GEW zum Bericht der „Fünfer Kommission" (Gremium zur Überprüfung von Ausschlußverfahren) des LV Hamburg vom 20.3.76. *„Die GEW bejaht die Notwendigkeit, Gegner der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aus dem Staatsdienst fernzuhalten."*

Der Hamburger GEW-Vorsitzende Lemke betonte seine Übereinstimmung mit der Haltung der GEW Bund in dieser Frage. Er wandte sich lediglich gegen das Verfahren, mit dem heute Berufsverbote verhängt werden. Dies ist die gleiche halbherzige Haltung, die er auch gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse einnimmt. Nur „rechtsstaatlich" muß alles zugehen!

Recht unangenehm wurde es dann für die anwesenden DKP'ler, als eine Kollegin in einem Beitrag die Ausweisung Biermanns aus der DDR verurteilte, die einem Berufsverbot gleichkäme. Sie forderte die anwesenden DKP'ler auf, hierzu Stellung zu nehmen. Die Kollegin betonte, daß die Solidarität mit allen fortschrittlichen Leuten, die vom Berufsverbot betroffen sind, unteilbar ist und es ihr schwerfallen würde, weiterhin an die Ernsthaftigkeit des Protestes der DKP gegen Berufsverbote zu glauben, wenn diese die Ausweisung Biermanns unterstütze. Von den anwesenden DKP'lern (die ansonsten offen auftreten) hörte man nichts mehr!

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbote mit dem Radikalenerlaß abschaffen?

Die Pazifistisch-Sozialistische Partei – PSP – stellte in einem Antrag zu den Berufsverboten in der BRD fest, daß diese in Widerspruch stünden zur universalen Erklärung der Menschenrechte, der internationalen Verträge über Bürgerrechte und politische Rechte und zur Schlußakte von Helsinki. Die PSP forderte die Regierung, in der die sozialdemokratische Partei der Arbeit – PvdA – die stärkste Fraktion stellt, auf, gegen die Berufsverbote bei der Regierung der BRD scharfen Protest einzulegen.

Die PvdA distanzierte sich daraufhin von der *„unbesonnenen Art und Weise"*, in der die linken Parteien in der Zweiten Kammer (außer der PSP die revisionistische KP – CPN – aus der Opposition, die Politische Partei der Radikalen – PPR – und die Demokraten '66 – D'66 – von der Regierungskoalition) sich über die Berufsverbote geäußert hätten. Relus ter Beek (PvdA) drohte dunkel, *„die etwaige Annahme des Antrages durch eine Mehrheit der Kammer würde nur das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung zur Folge haben"*. Die PvdA sei ja auch *„sehr besorgt"*, zöge es ansonsten aber vor, andere Wege zu beschreiten, *„um eine Abschaffung der Praxis* (der Berufsverbote – Anm.AK) *a u f g r u n d des Radikalenerlasses und nachfolgender Richtlinien zu erreichen"* (alle Zitate „Frankfurter Rundschau", 20.11. – Hervorhebung AK).

Das müssen uns die Sozialdemokraten erst noch vormachen – wie man den Teufel mit dem Beelzebub austreibt ...

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Ministerpräsident Joop den Uyl (PvdA): „Verdammt, jetzt fangen die Linken schon wieder mit den Berufsverboten an!"

„Radikalenerlaß" in der Evangelischen Kirche Hessen und Nassau

Am 3.11. diskutierte die fünfte Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) den Entwurf eines neuen Kirchengesetzes, mit dem sogenannte „Lehrzuchtverfahren" eingeführt werden sollen; zu deutsch: die EKHN will ebenfalls einen „Radikalenerlaß" einführen. Unbequeme Pfarrer sollen entlassen werden können, wenn *„die Verkündigung eines Pfarrers vom Bekenntnis der Kirche derart abweicht, daß seine öffentliche kirchliche Wirksamkeit nicht mehr möglich"* ist. Obwohl das „Lehrzuchtverfahren" noch nicht als neues Gesetz verabschiedet worden ist, rechnen Kirchenleitung und der Synoden-Präses mit seiner Annahme. Die Kirchenleitung versucht, die vielen Kritiker, die während der Diskussion um das geplante Gesetz ihre Bedenken vortrugen, über die Funktion des kirchlichen „Radikalenerlasses" zu täuschen. Die Handhabung soll relativ „brüderlich" und „liberal" gehalten werden; entlassene Pfarrer sollen ihre Pensionsansprüche behalten können oder eine neue Berufsausbildung finanziert bekommen ...

Diese innerkirchlichen Radikalenerlasse gibt es jetzt bis auf vier evangelische Landeskirchen schon überall.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag 43 53 06
Redaktion 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 4

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertl

Kappeln
Dagmar Schneider
234 Kappeln
Postlagernd

Kiel
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
24 Lübeck 1
Mühlenstr. 39

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022 864
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
208 Pinneberg
Postlagerkarte A 022 926

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
285 Bremerhaven
über Arbeiterbuch
Sonnenstr. 8
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr Karstadt

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
28 Bremen
Fedelhören 77
Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr
Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Braunschweig
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081 378

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr vor Karstadt Nordersteinstraße

Emden
2970 Emden
Postlagerkarte 067452 A

Göttingen
Buchladen Rote Straße
34 Göttingen
Rote Straße 10

Hannover
Arbeiterbuch, z.Hd. KB
3 Hannover
Rehbockstr. 3

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr Fußgängerzone/ Hoher Weg

Lüneburg
314 Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
Sonnabend Bäckerstr. 11.00 – 13.00 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
29 Oldenburg 1
Postlagerkarte 070 178 A

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
6748 Bad Bergzabern
Postfach 22

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Uhr Bahnhofstraße

Bochum
463 Bochum
Postlagerkarte A 056 028

Duisburg
41 Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
jeden Samstag 11-13 Uhr vor Karstadt (Stadtmitte)

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Samstag 11 - 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
61 Darmstadt
Am Eichbaumeck 52

Frankfurt
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
Mi. von 16.30 bis 19.30 Uhr

Kassel
Floria Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend 10.30 – 13.00 Uhr Königsplatz
Jeden Do., 20.00 Uhr Gaststätte Störtebeker, Kohlenstr. 40

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
78 Freiburg
Wilhelmstraße 15
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Jeden Mi. alte Mensa/Marstallhof
jeden Do. neue Mensa/Neuenheimer Feld

Karlsruhe/Pforzheim
Heidi Zorn
75 Karlsruhe
Humboldtstr. 13

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Samstag 11.00 - 12.30 Uhr Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch 12.00 - 13.30 Uni-Mensa Langemarck-Platz 4

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 84
83 Landshut
Verkauf jeden Samstag 10.00 - 12.00 Uhr Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg/Fürth
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis Mittwochs 19.00 Uhr im Komm
Verkauf jeden Samstag 10.30 - 12.30 Uhr Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag 11.30 - 13.30 Uhr/ Uni-Mensa
16.00 - 18.00 Uhr Fußgängerzone Königstr.

Westberlin
A. Radtke
1 Westberlin 21
Thomasiusstr. 2
Fr. von 16 bis 19 Uhr



Zensur bei der „Frankfurter Neuen Presse"

Auf Anweisung der Chefredaktion wurde am 1. Oktober die gesamte Auflage des „Taunus-Report", einer Beilage der „Frankfurter Neuen Presse" („FNP") eingestampft. Eine Journalistin hatte die Beilage zusammengestellt und für die Ausgabe am 30. September den Themenbereich „Frauen" festgelegt. Darunter waren Artikel zur Abtreibung, zur Frauenbewegung und zur Lage der Frauen nach der Scheidung.

Chefredakteur R. Schmelzer verweigerte den Druck, da die in den Artikeln zum Ausdruck gebrachte Meinung unvereinbar sei mit den Grundsätzen der „FNP". Anstelle der zensierten Seite ließ dieser Vogel dann seine frauenfeindlichen Grundsätze ihre Blüten treiben. „Mit Parfümduft locken die Frauen zu allen Zeiten" war dann zu lesen statt der „unvereinbaren Artikel" zu den Problemen der Abtreibung, Pro Familia-Beratung, Informationen über das Frankfurter Frauenzentrum und einer § 218-Moritat von F.J. Degenhardt (nach „ID" Nr. 151, 13.11.76).

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

StrauSS droht Zeitungen und Journalisten mit dem Gericht

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung in der bürgerlichen Presse über das mysteriöse Verschwinden von Akten aus dem Bundesverteidigungsministerium (Lockheed-Papiere) und der Rolle von F.J. Strauß in dieser Angelegenheit kündigte die CSU die Einleitung „eines Bündels presserechtlicher Maßnahmen" an.

Gegen den Bonner Korrespondenten der „Hamburger Morgenpost", Frank Sommer, stellte die CSU-Landesleitung in diesem Zusammenhang Strafantrag wegen Beleidigung und politisch übler Nachrede...

Neben dem Versuch, Journalisten durch die Androhung gerichtlicher Schritte einzuschüchtern, starteten Strauß und seinesgleichen eine Beschimpfungskampagne gegen einzelne Journalisten: So wurde von dem Journalisten H. Palmer von der „Süddeutschen Zeitung" behauptet, er habe mit einem Artikel über die Strauß-Lockheed-Affäre „Gangsterjournalismus" praktiziert ... (nach „Druck und Papier", 11.10.).

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

BDI droht Journalist mit Repression!

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) drohte dem Journalisten W. Frielingsdorf berufliche Repressionen an, weil dieser auf einer Pressekonferenz am 15.6.1976 in Madrid dem BDI-Fürsten Sohl eine Frage gestellt hatte.

Auf einer internationalen Pressekonferenz hatte Sohl erklärt, die Wirtschaftsphilosophie Spaniens sei identisch mit der freien Marktwirtschaft. Frielingsdorf stellte daraufhin an Sohl die vorsichtige Frage, ob nicht vielmehr eine Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien in die Überlegungen einzubeziehen seien, da fast alle Parteien links von der Mitte starke Verstaatlichungsbestrebungen vertreten.

Die Pressekonferenz war kaum beendet, da stürzte sich der BDI-Sekretär Goksch auf den Journalisten und beschimpfte ihn im Beisein der noch anwesenden Kollegen wegen seiner Frage. Außerdem drohte er ihm, sein Auftreten auf der Pressekonferenz „könne ihm teuer zu stehen kommen" und Goksch würde sich sofort über ihn beschweren. Neben den in Spanien tätigen deutschen Journalisten protestierte auch die Deutsche Journalisten Union (dju) gegen den BDI.

Selbst bürgerliche Journalisten müssen sich künftig genau überlegen wem sie wann welche Frage stellen, wollen sie nicht riskieren, ihre Arbeits- und Informationsmöglichkeiten einzuschränken.(nach „Druck und Papier", 16.8.76).

Medien-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

KB/ Gruppe Hamburg

Kritische Journalisten auf Druck der CDU entlassen

Der Lokalredakteur der „Wetzlaer Neuen Zeitung" (WNZ) Winfried Rohloff war während des Druckerstreiks dem Aufruf zum Sympathiestreik gefolgt. Während er früher vom Chefredakteur, dem ehemaligen Chef der Frankfurter „Bild", Janos Bardi, akzeptiert wurde, nutzte das die CDU zum Angriff auf Journalisten aus, die nicht der CDU-Linie entsprechen.

Die Deutsche Journalisten Union (DJU) enthüllte, daß *„führende Funktionäre des mittelhessischen CDU-Kreisverbandes Lahn-Dill mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Christian Lenzer an der Spitze ... politischen Druck auf die Verlagsleitung und Chefredaktion der WNZ"* ausübten und so *„die Beendigung des Arbeitsverhältnisses des bisherigen WNZ-Lokalredakteurs Winfried Rohloff"* durchsetzten („Druck und Papier" Nr. 23 vom 8.11.76).

Gegen den hessischen DJU-Vorsitzenden Eilrich hatte die WNZ, vertreten durch Bardi und Ernst Simon (Verleger und Chefredakteur der „Dillzeitung" und Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Dillenburg) eine „Einstweilige Verfügung" durchgesetzt.

Ihm wurde untersagt bei einer angedrohten Strafe von 500000DM die Enthüllung über den CDU-Angriff auf Rohloff, sowie die Behauptung zu berichten, daß das Konkurrenzverhältnis zwischen dem Lokalteil der „Dill-Post" und der Lokalzeitung „Dill-Zeitung" aufgeweicht wird. Am 27. Oktober entschied das Frankfurter Landgericht zugunsten der DJU. Die DJU konnte ihre Behauptungen untermauern.

Das ist aber nur die eine Seite. Auf der anderen Seite ist neben Winfried Rohloff noch seine Frau und in Marburg der Korrespondent Eble gekündigt worden.

Medienkommission
KB/ Gruppe Hamburg

PLO kritisiert BRD-Medien

Die Bonner Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO beschwerte sich über die Berichterstattung der bundesdeutschen Medien über den Krieg im Libanon.

Im Mittelpunkt der Kritik stand das ZDF und dessen „Nahost-Experte" Heinz Medlitzky. Das ZDF hätte *„versucht, vor Beginn der Konfrontation die PLO als politischen Faktor im Nahen Osten zu eliminieren. In jedem seiner Berichte fiel auf, daß er den Standpunkt der syrischen Regierung vollständig eingenommen hat. Regelmäßig berichtete er über ‚erfolgreiche Aktionen' der syrischen Armee und der Falangisten und vom ‚winzigen Widerstand' der Palästinenser. So behauptete er beispielsweise, daß die Palästinenser in Tal El Zaatar kaum Widerstand geleistet haben, daß es keine Massaker an Palästinensern gegeben habe, daß die Palästinenser aus dem Libanon-Gebirge widerstandslos abgezogen seien."*

Auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" wurde kritisiert.

Auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" wurde kritisiert.

Ihr Berichterstatter Harald Vocke *„versucht wie ein moderner Kreuzritter für die Christen im Nahen Osten aufzutreten. Von Beginn an hat er aus dem Krieg einen Krieg zwischen Christen und Moslems gemacht, obwohl er genau weiß, daß dies keinesfalls so ist, daß die Palästinenser in Tal El Zaatar und Dbayei größtenteils Christen waren und obwohl die Evangelische Kirche Deutschlands die Massenmedien aufgefordert hat, genaue Bezeichnungen für den Krieg im Libanon zu verwenden"*. (nach „Extra-Dienst", 85/X).

Medien-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Leserbrief zu „CSU-Rundfunkpraxis" (AK 91)

Liebe Genossen,

Das „Spiel", Quizfragen zu vorangegangenen Werbesendungen zu stellen, gibt es nicht nur im Bayrischen Rundfunk, sondern wird in ähnlicher Art auch im Südfunk (Stuttgart) gesendet.

Hier werden zunächst zwei „normale" Quizfragen gestellt. Die dritte bezieht sich dann auf den vorhergegangenen Werbeblock. Aus diesem muß dann ein Produktnamen oder

gangenen Werbeblock. Aus diesem muß dann ein Produktnamen oder

ähnliches „erraten" werden. Das Ganze nennt sich „die Reise ins Glück" und wird zweimal wöchentlich gesendet und etliche mal am Tag darauf hingewiesen.

Ein AK-Leser aus Bad Bergzabern

Das 79. Blatt auf Index gesetzt und beschlagnahmt

Das 79. Blatt auf Index gesetzt und beschlagnahmt

Schon wiederholt war die Münchner Alternativ-Zeitung „Blatt" den Zensurmaßnahmen des Staatsapparates ausgesetzt und mit empfindlichen Geldstrafen belegt. (Wir berichteten im AK darüber). Waren die bisherigen Aktionen des Staatsschutzes wegen „politischer Diffamierung" erfolgt, ging der letzte Angriff einen Schritt weiter:

Ein Artikel der 79. Ausgabe, der sich mit der Sexualität beschäftigt, wurde auf den Index der „jugendgefährdenden Schriften" gesetzt. Diesmal räumten die Bullen nicht die Redaktionsräume um, sondern die Kneipen, Kioske, Kinos und Theater, die das „Blatt" vertreiben, waren die Zielscheibe des Angriffs. Unter Androhung von Anzeigen und Ladenschließung im Wiederholungsfall bei „Verbreitung jugendgefährdender Schriften" wurden die noch vorhandenen Exemplare des „Blatt" eingezogen.

40 Vertriebsstellen wurden von den Bullen angelaufen, bei 25 haben sie insgesamt 350 Ausgaben vom 79. „Blatt" beschlagnahmt, ohne etwas Schriftliches vorzulegen. Ein Kioskbesitzer wurde genötigt zu unterschreiben, daß er das „Blatt" nicht mehr verkauft. Elf Vertriebsstellen haben sich von dieser Polizeiaktion einschüchtern lassen und verkaufen das „Blatt" nicht mehr („ID" 149, 30.10.76).

Kampf der Pressezensur!
Solidarität mit der „Blatt"-Redaktion und seinen Vertriebsstellen!

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Bundesverband deutscher Schriftsteller: Ein Klima geistiger Restriktion droht!

Auf der letzten Sitzung des Bundesvorstandes des Bundesverbands deutscher Schriftsteller (VS) beschäftigte sich dieses Gremium mit der umsichgreifenden Repression gegen Verlage und Buchhandlungen in der letzten Zeit.

Im einzelnen wurde erwähnt:

Die Durchsuchung mehrerer linker Buchläden am 18. August, die zur Beschlagnahmung von Material und zur Festnahme von Personen führten und deren Grundlage der Paragraf 88 a war. Es wurde festgestellt, daß zur Begründung der Maßnahmen gefundenes Material nachträglich benutzt wurde.

Der zweite erwähnte Fall betraf die von der Staatsanwaltschaft Landshut beschlagnahmte historische Darstellung der Haymarket-Ereignisse im 19. Jahrhundert in Amerika. Hier wurde die Begründung abgeleitet aus der *„positive(n) Erwähnung der Möglichkeit des Dynamits, die in einem historischen Zitat enthalten war"*.

Einige Passagen in einem Buch von R. Debray, die sich ebenfalls auf die Herstellung von Sprengstoff beziehen, waren der Grund für das Streichen eben dieser Stellen durch den Verlag ohne Wissen des Autors. Der VS erinnert noch einmal daran, daß er in mehreren Resolutionen vor der Annahme des Paragrafen 88a gewarnt habe, daß eine Repression allerdings auch unter anderen Paragrafen, wie beispielsweise dem § 111 STGB möglich sei.

„Der VS gibt zu bedenken, ob es im Sinne einer demokratischen Weiterentwicklung der Gesellschaft sein kann, wenn zwar von rechts jede Form der Darstellung kriegerischer Ereignisse, auch eine glorifizierende Form, ungeahndet gelassen wird, andererseits aber jede linke radikale Systemkritk von vornherein mit dem Verdacht des Umsturzes behaftet wird. In einem solchen Klima ist schwer zu arbeiten" (nach „Druck und Papier", Nr. 21).

Medien-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

RFFU gegen Abbau demokratischer Rechte

Auf dem Gewerkschaftstag der Rundfunk-, Film-, Fernseh-Union (RFFU) haben sich die anwesenden Journalisten *„klar gegen alle Versuche gewandt, die Meinungsfreiheit einzuschränken"*. Alle Kollegen wurden aufgefordert *„an ihren Arbeitsplätzen der Unterdrückung kritischer Betrachtung und aggressiver Meinung entgegenzutreten"*. Der RFFU-Hauptvorstand wurde aufgefordert, *„gegen alle Auslegungen des Begriffs Ausgewogenheit schärfstens zu protestieren, die darauf hinauslaufen die grundgesetzlich garantierte Pressefreiheit einzuschränken"*. Weiterhin verlangte der Kongreß die ersatzlose Streichung des Maulkorbparagrafen 88 a, *„weil dieser dem Staat die Möglichkeit eröffne, die freiheitlich-demokratischen Grundrechte ... drastisch einzuschränken"*.

Gleichzeitig wurde beschlossen Aktionen durchzuführen, die über diesen Paragrafen aufklären sollen, und zu seiner Abschaffung beitragen sollen (nach „Frankfurter Rundschau" vom 9.11.76).

Um die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung durchzusetzen sind die Journalisten der RFFU auch zum Streik bereit.

Den fortschrittlichen Journalisten geht es darum die Sicherung der Unabhängigkeit und die Meinungsvielfalt der Medien zu sichern. Der Hörer und Zuschauer müsse *„über eine bloße Konsumhaltung hinaus zu freier Urteilsbildung"* angeregt werden („Frankfurter Rundschau", ebenda).

Angesichts der wachsenden reaktionären Angriffe vor allem der CDU umd CSU, gegen demokratische und kritische Journalisten ist diese Initiative sehr zu begrüßen.

Es wird sich allerdings zeigen müssen, ob diesen Absichtserklärungen auch entsprechende Taten folgen werden!

Medienkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Kartellamt zur Pressekonzentration „Lassen Sie sich beraten"

Einen denkwürdigen Vortrag hielt Kartellamtspräsident Wolfgang Kartte auf der Generalversammlung des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger in Bonn. Er forderte die Verleger auf, sie sollten nicht so ängstlich sein, falls Entscheidungen der Kartellbehörden gegen sie ergingen. Vielmehr sollten sie dann die Gerichte anrufen, da mit der 1976 in Kraft getretenen Kartellnovelle zur Presse-Fusionskontrolle kartellamtliches Neuland betreten worden sei. *„Nur so* (durch Verlegerklagen gegen Kartellbehördenentscheidungen) *kommen wir im Grunde weiter"*, meinte Kartte gegenüber den Verlegern. Aussserdem riet er ihnen im Falle beabsichtigter Kooperationen vorher mit den Kartellbehörden zu sprechen, wahrscheinlich um eventuelle Klagen von vornherein auszuschalten und den Verlegern Schützenhilfe zu leisten. An Presse-Fusionen hat es laut Kartte zwischen August 1974 und Oktober 1976 46 Fälle gegeben (26 Tageszeitungen, 1 Wochenzeitung, 16 Publikums- und Fachzeitschriften, 3 vertikale Fusionen).

Die größten „Sorgen" bereiteten Kartte Sanierungsfusionen, da die darin liegende Hilfe für die Kleinen durch den Großen leicht zu einer Gefahr für die übrigen Mitbewerber werden könnte (wie vornehm ausgedrückt). *„Wenn wir nicht den Bankrott der Fusionskontrolle vor dem Sanierungsargument wollen, müssen wir uns einiges einfallen lassen"*, schilderte Kartte den Verlegern seine Sorgen. Doch gleich darauf wußte er sie wieder zu beruhigen: davon, daß jemand an die Preisbindung für Verlagserzeugnisse herangehen wolle, hätte er nichts gehört und an das Problem der hohen Anzeigenpreise bei niedrigen Abo-Preisen werde man erst herangehen, wenn praktische Fälle zur Entscheidung stünden. Er könne sich schlecht vorstellen, daß vom Kartellamt Auflagen der Art gemacht würden, die Preise zu erhöhen (Informationen nach „Welt", 12.11.76). Diese Aussagen werden untermalt z.B. durch das Kartellamturteil, das im Streit „Tagesspiegel" gegen „Springer" in Westberlin ergangen ist.

Dem „Tagesspiegel" ging es darum, das Wiedererscheinen der „Welt" in Westberlin zu verhindern, vor dem Hintergrund, daß Springer 76% des Zeitungsmarktes und 75% des Anzeigenmarktes beherrscht. Dazu sollte und wird inzwischen auch die „Welt" in Westberlin billiger verkauft als in der BRD und es sollte eine Anzeigenkombination zwischen „Welt" und anderen Westberliner Springer-Blättern geben, die einen weiteren Ausbau des Monopols bedeutet hätte. Der einzige Punkt, in dem der „Tagesspiegel" Recht bekam, war der der Anzeigenkombination, die dadurch zumindest vorerst untersagt wurde. Aber die „Welt" erscheint inzwischen wieder in Westberlin, billiger als in der BRD, und in Bezug auf die Anzeigenkombination wurde Berufung zugelassen, die Springer inzwischen auch eingelegt hat. Wie hieß es doch: *„Nur so kommen wir im Grunde weiter"*.

Druckkomitee KB/ Gruppe Hamburg



Auftakt der Tarifrunden:

Kapitalisten provozieren mit 5 %-„Angebot"

Am 25. November legten die Kapitalisten der Stahlindustrie ihr erstes „Angebot" in der dritten Verhandlungsrunde mit der IG Metall vor:

- 5% mehr Lohn und Gehalt,
- 1 Tag mehr Jahresurlaub,
- Erhöhung der „vermögenswirksamen Leistungen" von 312 DM auf 468 DM.

Wie üblich wird das Ganze zu einer Prozentzahl zusammengezogen: 6,25 %, „*eine Zahl, die nicht durch die wirtschaftliche Lage, sondern allein durch soziale Überlegungen zu rechtfertigen sei*" („FAZ", 25.11.), wie die kapitalistischen Zyniker kommentieren.

Die Forderungen der IG Metall für die 220.000 Beschäftigten der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens und der Bremer Klöckner-Hütte dagegen betragen:

- 8,5 % mehr Lohn und Gehalt,
- 2 Tage mehr Urlaub,
- „vermögenswirksame Leistungen" identisch,
- Erhöhung der sogenannten stahltypischen Zuschläge (die Kapitalisten wollen, daß diese bis zum 30.6.77 unverändert bleiben).

Die Tarifkommission der IGM hat das Kapitalistenangebot abgelehnt.



Weitere Tarifforderungen

Mitte November legte der ÖTV-Vorstand den Mitgliedern seinen Forderungsvorschlag zur Diskussion vor. „Demokratisch" soll darüber in der Mitgliedschaft diskutiert und entschieden werden; am 19.1.77 soll dann in der Tarifkommission die endgültige Forderung aufgestellt werden.

Die ÖTV-Führer schlagen für die Diskussion vor:

- 8 % mehr Lohn und Gehalt,
- 300 DM Urlaubsgeld mindestens für alle Beschäftigten, 50 DM Urlaubsgeldzuschlag für jedes Kind,
- Abschaffung der Bindung der Urlaubshöhe an den Verdienst.

Diesen Forderungen haben sich, mit kleinen Abwandlungen, auch die Deutsche Postgewerkschaft und die Eisenbahnergewerkschaft angeschlossen. Die Deutsche Angestelltengewerkschaft kündigte eine Lohnforderung zwischen 7 und 8,5 % an.

Für die 118.000 Beschäftigten der Papierindustrie hat vor wenigen Tagen die Führung der IG Druck und Papier eine Forderung von 9 % mehr Lohn aufgestellt.

Alle diese Forderungen bewegen sich in etwa in der gleichen Höhe. Legt man als Maßstab für die Abschlüsse die bisherige Tarifpolitik zugrunde, so werden von den Gewerkschaftsführern Abschlüsse zwischen 5 und 6 % angesteuert. Angesichts erneuter Lohnsteuersteigerungen, erhöhter Sozialversicherungsabzüge und der Preissteigerungen (die zur Zeit offiziell unter 4 % liegen), ist damit bereits in den Forderungen, die die Gewerkschaftsführer überall jetzt propagieren, die reale Senkung des Lohns enthalten. Netto wird danach auch 1977 weniger Geld im Portemonnaie sein!

Kapitalisten: noch mehr Gewinne – Löhne von 1970

Zufrieden äußern sich die Kapitalisten über die Gewinnentwicklung im ersten Halbjahr 1976:

- plus 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr, während gleichzeitig die Einkommen aus „unselbständiger Arbei" um 6,3 % stiegen (wir beziehen uns mit den folgenden Angaben und Zitaten auf einen Artikel von Diplom-Politologen Bretschneider in der „arbeitgeber", vom 5.11.76, Zeitschrift der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände).

Notwendig sei eine „Korrektur der Einkommensentwicklung". Für dieses Jahr wird erwartet, daß sie sich auf das Niveau von 1973 „einpendelt" – nötig sei es aber, daß der Stand von 1970 erreicht werde, da nur so ausreichend Investitionen der Kapitalisten möglich seien. Die „Kritik" der Gewerkschaftsführer, daß auch nach der zurückliegenden Gewinnentwicklung keine Steigerung der Investitionen zu verzeichnen sei, beantwortet Bretschneider folgendermaßen:

„*Eine langjährige strukturelle Fehlentwicklung, wie sie die Investitionskrise darstellt, läßt sich nun einmal nicht kurzfristig in einem einzigen Jahr des konjunkturellen Aufschwungs heilen. Ihre Korrektur ist vielmehr ein mittelfristiges Problem, das über mehrere Jahre hinweg überdurchschnittliche Investitionen und damit eine konjunkturgerechte Lohnpolitik erfordert*".

Ins gleiche Horn stoßen auch die sogenannten „sachverständigen" Herren Professoren mit ihrem jüngsten „Gutachten": unter dem Titel „Zeit zum Investieren", fordern sie Geldspritzen für die Wirtschaft: 3 Milliarden DM in Form von zinsgünstigen Krediten und sogenannten Arbeitsbeschaffungsprogrammen.

Außerdem: „*Eine entscheidende Weichenstellung für investitionsfreundliche Rahmenbedingungen wird übereinstimmend von der künftigen Lohnrunde erwartet. . . Für die künftigen Tarifabschlüsse empfehlen die Gutachter, den ‚Kontakt mit denen dieses Jahres' zu halten. (Die Lohnruden dieses Jahres gingen überwiegend mit knapp 6 Prozent zu Ende). Die Einkommensverbesserungen sollten nach der Empfehlung des Rates teilweise nicht in bar, sondern als Gewinnbeteiligung ausgezahlt werden*" („Welt", 25.11.).

Auf einen Nenner gebracht: die Kapitalisten sehen zufrieden großen Gewinnsteigerungen entgegen, der seit Jahren betriebene Abbau des Reallohns zeigt spürbare Folgen, diese Entwicklung soll auch die nächsten Jahre gesichert werden.

Gewerkschaftliche Tarifpolitik muß daran gemessen werden, inwieweit sie sich diesen Zielen anpaßt oder die Arbeiterinteressen gegenüber den Lohnraubzielen der Kapitalisten vertritt.

„Wirtschaftliches Augenmaß und soziales Verantwortungsbewußtsein"

ÖTV-Chef Kluncker, der sich verzweifelt gegen den zu Unrecht erhobenen Vorwurf wehrt, er sei „Lohnbrecher", behauptet, mit seiner 8-Prozent-Forderung „soziale Akzente" zu setzen („FAZ", 16.11.). Kluncker hat leider nicht veraten, worin denn dieser „soziale Aspekt" besteht... Eine Festgeldforderung wie in der zurückliegenden Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes wollen die Gewerkschaftsführer diesmal nicht aufstellen, da angeblich „*die unteren Einkommensgruppen durch die Tarifpolitik der Gewerkschaften bessergestellt worden*" seien („Welt", 16.11.). Aus welchem Grunde in diesem Jahr eine Festgeld-Forderung (letztes Jahr 135 DM für alle) nicht ansteht, wo in der letzten Tarifrunde bei 5 P r o z e n t abgeschlossen wurde, das bleibt eines der vielen Tarifgeheimnisse der Gewerkschaftsführer.

Auch bei der IG Metall-Führung halten starke Worte (Eugen Loderer: „Wir werden keinen Verzicht üben", Kommentar in „Metall" 23/76) nicht im Entferntesten mit den Taten schritt. So stellt beispielsweise Tarifexperte Mayr fest, daß die „Bruttolohn- und -Gehaltssumme je Beschäftigten in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres nur um 2,2 Prozent höher gelegen (hat) als im Vorjahr" („Metall" 22/76) – wohlgemerkt: brutto! Konsequenz daraus ist für ihn aber nicht, dieser Entwicklung entgegenzutreten, sondern die 8,5 %-Lohnforderung in der Stahlindustrie gegen Kritiken einiger Kapitalisten – wie sie in jeder Tarifrunde bei jeder noch so niedrigen Tarifforderung üblich ist – zu verteidigen. Mayr: „*Mit dieser Forderung sind wirtschaftliches Augenmaß und soziales Verantwortungsbewußtsein zu einer Tarifkonzeption zusammengefügt worden, für die es sich einzusetzen lohnt.*"

Dieses (den Arbeiterinteressen gegenüber blinde) Augenmaß für die kapitalistischen Wirtschaftsinteressen beherrscht heute noch die gewerkschaftliche Tarifpolitik und ermöglicht den Kapitalisten die Verwirklichung ihrer Lohnraubziele.

Vereinzelte schärfere Auseinandersetzungen in den Betrieben und in der Gewerkschaft um die Tarifforderungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Widerstand gegen diese Lohnpolitik in der Krise weitgehend gebrochen ist, und daß es darauf ankommt, die Abwehrfront, die Durchsetzung einer oppositionellen Gewerkschaftspolitik gegen den Anpassungskurs der Gewerkschaftsführer aufzubauen. Den Erfolg allein an der Forderung oder gar den vorprogrammierten Lohnabschlüssen zu messen und nicht an selbständigen Aktivitäten der Belegschaften und der Entlarvung der sozialpartnerschaftlichen Politik der Gewerkschaftsführer hieße, Niederlagen zu organisieren.

KB/Gruppe Bremen

Forderungen in der Metallindustrie

Vulkan-Werft, Bremen:
210 DM – aufgestellt vom Vertrauenskörper
Roentgenmüller, Hamburg:
180 DM aufgestellt vom Vertrauenskörper in einer Kampfabstimmung gegenüber der Forderung nach 10 % oder 120 DM
Opel, Bochum:
220 DM – aufgestellt vom Vertrauenskörper

12 % mehr forderten:

- **Schalker Eisenhütte (VK und Betriebsrat)**
- **Küppersbusch, Gelsenkirchen**
- **IGM Stadtteilversammlung Gelsenkirchen**
- **Teves, Frankfurt: 12 %, mindestens 120 DM (Vertrauensleutevollversammlung)**

Thyssen-Henschel, Kassel:
13 % mehr
Opel, Rüsselsheim:
6 % + 120 DM

In ihrer Resolution protestieren die Vertrauensleute von Opel-Rüsselsheim dagegen, daß IGM-Chef Loderer kürzlich angab, daß in der Metallindustrie sicher nicht weniger als bei Stahl gefordert werde. Loderer wird aufgefordert, „die Richtlinien der IG Metall zu beachten und mit Äußerungen dieser Art zu warten, bis sich die Basis ihre Meinung gebildet hat. Außerdem beabsichtigen die Gewerkschaftsmitglieder nicht, sich auf eine solche Forderung festlegen zu lassen"
(nach UZ, 18.11).

ÖTV-Führer lassen ihre Forderung „beraten"

Hamburg: Daß der 8%-Forderungs-„Vorschlag" der Gewerkschaftsführung eine für die Mitglieder unumstößliche Tatsache bleiben soll, machte der u.a. für die Universität zuständige Gewerkschaftssekretär P. Gericke deutlich. Die Mitgliederversammlung an der Uni soll „rechtzeitig zur Tarifrunde", Anfang Januar 77, stattfinden, früher habe er keine Zeit.

Die „Ergebnisse der Diskussionen" sollen aber laut Schreiben der Bezirksverwaltung Hamburg bereits am 4.1. beim Abteilungsgeschäftsführer vorliegen, was bedeutet, daß es den Vertrauensleuten überlassen bleibt, ob sie in ihrem Bereich eine Versammlung der Mitglieder einberufen oder nicht.

Es heißt in diesem Schreiben: „. . .*Dabei ist anzugeben, wieviel Mitglieder sich an der Meinungsbildung beteiligt haben. . . Die Bezirkstarifkommission faßt die Ergebnisse der Diskussion zusammen und wertet sie unter Berücksichtigung der Mitgliederzahlen der Einzelbereiche, des Organisationsgrades und der Kampfbereitschaft (!) der Mitglieder aus.*"

Erst wird demobilisiert und anschließend hieraus ein Bild gezimmert, wie die Kampfbereitschaft der Kollegen aussieht!

Die Aufstellung der Forderungen war in den letzten Jahren ähnlich gelaufen: Vor zwei Jahren hatte in letzter Minute, einen Tag vor der Sitzung der Großen Tarifkommission eine Uni-Mitgliederversammlung stattgefunden. Die dort beschlossenen Forderungen hatten in keiner Weise irgendeinen Einfluß mehr auf die Forderungen der ÖTV und sollten sie auch nicht haben.

Diese Methode soll nun zu dieser Tarifrunde erneut durchgeführt werden, was bei einer Reihe von ÖTV-Kolleginnen und -Kollegen jedoch auf Widerstand gestoßen ist. Auf einer Versammlung von ÖTV-Mitgliedern an den Chemischen Instituten wurde gefordert, bis Mitte Dezember eine Mitgliederversammlung durchzuführen, ob nun mit oder ohne Gericke!

Die Diskussion unter den Mitgliedern muß dabei nicht nur über die Forderungen, sondern auch über das Zustandekommen von Forderur und die Möglichkeiten ihrer Durchsetzbarkeit geführt werden.

ÖTV-Genossen
KB/Gruppe Hamburg

METALL

Der Kampf geht weiter!



SIEMENS-Kollegenschaft demonstriert

SIEMENS/Bruchsal (Korrespondentenbericht). Nach den spontanen Streiks vom 11. und 12. November ist die Stimmung im Betrieb so kämpferisch, daß bei einer weiteren Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen Geschäftsleitung und Kollegenschaft zu Aktionen gegriffen werden soll, die in gewissem Sinne an Formen des studentischen Protestes erinnern. Sitzstreiks einzelner Abteilungen (die damit den ganzen Betrieb lahmlegen), „Go ins" etc. werden diskutiert.

Am Mittwoch, den 24.11., fand dann der erste Sitzstreik von etwa 800 Kollegen aus den Abteilungen Werkzeugbau, Dreherei und Schlosserei statt. Diese Aktion dauerte etwa eine Stunde (von 9.30 bis 10.30 Uhr). Die streikenden Kollegen wollten damit vor allem die Verhandlungsposition ihres Betriebsrates auf einem Treffen aller SIEMENS-Betriebsräte aus der BRD moralisch unterstützen. Diese Versammlung solidarisierte sich dann auch mit den Aktionen der Bruchsaler Kolleginnen und Kollegen.

Der tatkräftigen Unterstützung vor allem auch aus dem SIEMENS-Konzern-Bereich selbst werden in Zukunft nicht nur die Bruchsaler selbst bedürfen, sondern beispielsweise auch die Kollegenschaft im Fernsprechgerätebau, wo dem Vernehmen nach Entlassungen ins Haus stehen ...

Genosse A.W.

CHEMIE

Beiersdorf: Betriebliche Altersversorgung soll halbiert werden!

Nachdem in den letzten beiden Jahren verstärkt betriebliche Sozialleistungen abgebaut wurden, wie Streichung der Treue-Prämie und des Waschgeldes, andere betriebliche Sozialleistungen, wie Jahressonderzahlung und mehr Urlaubstage längst von tariflichen Bestimmungen überholt wurden, plant die Geschäftsleitung einen Angriff größeren Ausmaßes: Die betriebliche Altersversorgung soll um die Hälfte gekürzt werden!

Wie die linke Betriebszeitung „Alternative" in ihrer neuesten Ausgabe berichtet, wurden bisher pro Beschäftigungsjahr ein Prozent des letzten Bruttolohns als Betriebsrente gezahlt, dieser Satz soll auf 0,5% pro Beschäftigungsjahr gesenkt werden. Daß diese Streichung gerade zum jetzigen Zeitpunkt vorgenommen werden soll, hat offenbar auch damit zu tun, daß bisher Vorbedingung war, mindestens 15 Jahre bei Beiersdorf gearbeitet zu haben und auch bis zur Erreichung des Rentenalters im Betrieb beschäftigt zu sein und diese Regelung durch das neue bundeseinheitliche Betriebsrentengesetz aufgehoben wurde. Jetzt beträgt die Mindestbeschäftigungszeitspanne nur noch zehn Jahre und der Rentenanspruch bleibt erhalten, auch wenn der Arbeiter oder Angestellte vor Erreichung des Rentenalters den Betrieb wechselt. Die Mehrausgaben, die dadurch auch auf Beiersdorf sicherlich zukommen werden, sind vom Staat allerdings mit Steuervorteilen teilweise aufgefangen.

So war die Begründung der Geschäftsleitung gegenüber den Betriebsräten (lt „Alternative"), daß die Ausgaben der Altersversorgung die Einnahmen übersteigen würden,

Ausgaben der Altersversorgung die Einnahmen übersteigen würden,

kaum glaubhaft bei einer Beteiligung der Altersversorgung, die in einer Stiftung angelegt ist, von zwölf Prozent am Aktienkapital der Firma, das 144.000.000 DM beträgt. Die Umsatzsteigerungen bei Beiersdorf betrugen im übrigen in den letzten drei Jahren elf bis 17%.

Die „Alternative" konfrontiert das „Argument" der leeren Kassen mit Zahlen aus dem letzten „Stern", die besagen, daß der Vorstandsvorsitzende der Beiersdorf AG an 32. Stelle einer Tabelle mit den höchsten Manager-Gehältern in der BRD liegt. Er kassiert allein für seinen Posten als Vorstandsvorsitzender pro Jahr 508.000 DM, dabei sind weder die Spesen, sonstige Vergütungen und Gelder für andere Aufsichtsratsposten enthalten. Außerdem ist die Familie des Vorstandsvorsitzenden mit einem runden Drittel am Aktienbesitz von Beiersdorf beteiligt.

1975 zahlte die AG pro Aktie im Nennwert von 50 DM eine Dividende an die Aktionäre von sechs Mark. Damit dürfte die Frage einiger Betriebsräte, wie Beiersdorf gedenke, die Pensionskassen aufzufüllen, an sich leicht zu beantworten sein! Ein Argument mehr ist, daß die Pensionen für die früheren Vorstandsmitglieder bzw. ihrer direkten Erben 1975 lt. Geschäftsbericht 484.282 DM betrug, und hierbei handelt es sich nur um eine Handvoll von Leuten!

Die Angriffe auf die betrieblichen Sozialleistungen zeigen deutlich, daß Beiersdorf bei der sich mehr und mehr verschlechternden Lage der Arbeiterklasse insgesamt heute nicht mehr die Notwendigkeit sieht, die besonders von diesem Betrieb aufgebaute und gepflegte „Familienideologie" durch zusätzliche Sozialleistungen zu fördern.

Erfahrungsgemäß ist nicht zu erwarten, daß die Gewerkschaftsführer und der Betriebsrat als Gesamtgremium gegen den neuen Angriff massiv vorgehen werden. Obwohl dem Betriebsrat die beabsichtigte Kürzung der Altersrente schon seit Wochen bekannt ist, hat er nicht die Kollegen informiert, geschweige denn alarmiert.

Die IG Chemie-Gewerkschaftsführer im Betrieb haben zwar in ihrer neuesten Zeitung „Gestern, heute, morgen" einen Artikel zur Betriebsrente veröffentlicht, den kann man allerdings mehr als Wegbereiter für die Halbierung der Betriebsrente verstehen, denn als Information für die Kollegen. Über die Kürzung der Rente wird nichts gesagt, es gibt nur seitenlange Ausführungen über das neue Gesetz und vorfühlend wird gefragt: *„Wie können die steigenden Lasten langfristig finanziert werden"* – *„Kann der jetzige Satz von einem Prozent pro Dienstjahr gehalten werden!"*.

Der Artikelschreiber Max Ganschow (Betriebsratsvorsitzender und IG Chemie-Funktionär) ist sich im Artikel allerdings schon darin mit der Geschäftsleitung einig, daß eine „Überversorgung" der Rentner abgebaut werden muß. Einige Rentner, die jahrzehntelang bei Beiersdorf gearbeitet haben, bekommen wohl ein paar Mark mehr, wenn man staatliche Rente und Betriebsrente zusammenzählt, als sie vorher als Lohn/Gehalt hatten. Demagogisch meint Max Ganschow dazu: *„Es kann den im Arbeitsprozeß Stehenden nicht weiter (!) zugemutet werden, trotz größerer Belastung und Verpflichtungen, weniger Einkommen als ein Rentner zu erhalten"*.

Leitung der Betriebszellen Beiersdorf

Dunlop-Werke, Hanau: Streik abgebrochen

In der Reifenproduktion bei den Hanauer Dunlop-Werken haben 60 Kollegen, überwiegend Türken und

Hanauer Dunlop-Werken haben 60 Kollegen, überwiegend Türken und

Spanier, gegen neue Vorgabezeiten im Akkord gestreikt. Diese Vorgabezeiten waren von Geschäftsleitung, Betriebsrat und Gewerkschaftsführung ausgehandelt worden. Die IG Chemie hat diesen Streik – natürlich – nicht gebilligt. Der Streik mußte abgebrochen werden, als der türkische Konsul (!) intervenierte und einen Teil der Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen konnte. Ein Sprecher des Streikkomitees erklärte, daß es voraussichtlich auch in anderen Abteilungen zu Streiks kommen wird, falls dort ebenfalls neue Vorgabezeiten eingeführt werden sollten. Einen kleinen Erfolg hatte der Streik doch noch: Für eine Übergangszeit erhalten die Kollegen einen Ausgleichsbetrag, bis sie sich an die neuen Vorgabezeiten „gewöhnt" haben. Außerdem wird voraussichtlich niemand entlassen, nachdem zuvor mit acht Kündigungen gedroht wurde („Frankfurter Rundschau", 20. 11.76).

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Rekordgewinne bei Bayer und BASF

Die Ergebnisse der beiden Chemiekonzerne Bayer und BASF in den er-

Die Ergebnisse der beiden Chemiekonzerne Bayer und BASF in den er-

sten neun Monaten dieses Jahres zeigen deutlich, welche Profite die chemische Industrie heute macht. Die BASF erzielte weltweit in diesem Zeitraum einen Profit (vor Steuern), der mit 1.073 Mio. DM genau doppelt so hoch lag, wie der Vorjahresumsatz im gleichen Zeitraum. Dieser Profit wurde ermöglicht durch eine scharfe Rationalisierung auf Kosten der Belegschaft. Obwohl seit dem Frühjahr dieses Jahres der Einstellungsstopp aufgehoben ist und Monat für Monat 250 Arbeiter eingestellt wurden, liegt die Belegschaft immer noch ein Prozent unter der des Jahres 1974. So ist es auch möglich, daß die BASF die Dividende wieder um zwei Prozent auf 16% erhöhen kann.

Bayer konnte den weltweiten Profit sogar um 153,2% (!) auf 904 Mio. DM steigern. Auch dieses Ergebnis war nur durch Rationalisierungen möglich. Auch bei Bayer wird die Dividende 1976 voraussichtlich wieder von 14% auf 16% erhöht.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

6.000 sollen entlassen werden

Beim Stahlwerk Röchling-Burbach (SRB) in Völklingen/Saar sollen 6.000 Arbeitsplätze vernichtet werden! Der Betrieb soll sich von 21.000 auf 15.000 Arbeitsplätze „gesundschrumpfen".

Das ist der Höhepunkt der Rationalisierungswelle der Stahl-Hütten im Saarland. Bei Investitionen von über 2,4 Mrd. DM zwischen 1960 und 1970 ist die Belegschaftszahl der Saarhütten im gleichen Zeitraum von 47.000 auf 43.000 und bis 1975 nochmals auf 38.000 gesunken. Und die SRB haben, zum Teil mit staatlichen Investitionsprämien, die Belegschaftszahl von 23.500 im Jahre 1970 auf 21.741 Ende des ersten Halbjahres 1975 herunterrationalisiert.

Der Personalabbau wurde bisher mit den üblichen Mitteln betrieben. Durch vorwiegend „strikte Einhaltung der Einstellungssperre und Pensionierung älterer Mitarbeiter" war die Belegschaft im Geschäftsjahr 1975 wieder einmal um 838 Personen verringert worden.

Die SRB-Kapitalisten bereiten die Rechtfertigung für künftige Entlassungen schon heute vor. So werden Kollegen in Abteilungen versetzt, in denen es für sie keine richtige Beschäftigung gibt. Auch die 70 Lehrlinge, die im Sommer die Prüfung bestanden, werden nicht in den gelernten Berufen übernommen, sondern an andere Arbeitsplätze gestellt, wo sie leichter „überflüssig" zu machen sind.

Mit raffinierten Methoden wird bei den Hüttenarbeitern der Lohn gesenkt. Seit der schrittweisen Einführung der „Analytischen Arbeitsplatzbewertung" gibt es sogenannte „Klammerlöhne". Wird ein Arbeitsplatz mittels der „Analytischen Arbeitsplatzbewertung" gegenüber dem bezahlten Lohn minderbewertet, so wird dem Betroffenen nicht direkt der Lohn gekürzt. Aber künftige Lohnerhöhungen erhält er nur auf den niedrigeren Lohn, der in Klammern gesetzt wird.

Um die Profitoffensive der SRB-Kapitalisten noch weiter zu verstärken, hat der SRB-Boß Dr. Krackow ein neues Projekt ausgetüftelt. Nach seinen Vorstellungen soll ein neues Stahlwerk gebaut werden, das in der ersten Baustufe 450 Millionen DM Investitionen schlukken und eine Jahreskapazität von 2,8 Millionen Tonnen Rohstahl haben soll. Das neue Werk soll eine wirtschaftliche „Sogwirkung" ausüben und die „Szene an der Saar" in Bewegung bringen. An der Spitzenposition des Saarlandes in der Arbeitslosenstatistik ändert sich natürlich nichts.

Kumpanei der IGM-Führer

IGM-Vorstandsmitglied Rudolf Judith steckt selbst in dieser Rationalisierungswelle mit drin. Am 11.12. 74 soll er im Aufsichtsrat erklärt haben: *„15.000 Arbeitsplätze in einem qualifizierten Unternehmen mit gesicherter Zukunft sind uns lieber als 20.000 in einem pausenlos dahintreibenden"*. („UZ", 19.11.). Solche Unterstützung der Kapitalisten durch IGM-Aufsichtsräte ist nichts ungewöhnliches. Um die Kollegenschaft zu beschwichtigen, versichert er ein Jahr später (im Dezember '75) den Vertrauensleuten, daß durch die Ausgliederung weiterverarbeitender Betriebe keine Entlassungen erfolgen würden. Da diese Sprüche angesichts der realen Vorgänge im Betrieb reichlich unglaubwürdig sind, gibt der Betriebsrat Schützenhilfe. Er warnt vor dem Versuch, *„den Eindruck zu erwecken, daß die IGM-Vertreter, an ihrer Spitze der Kollege Judith, mit der Unternehmensleitung Kumpanei betreiben könnten"* („UZ", 19.11.).

Für eine konsequente Klassenpolitik der Gewerkschaften!
Gegen die Rationalisierungen bei Röchling-Burbach!

Meldungen

Singer-Alemania Creussen/Oberfranken. Zum 30. November stellt die amerikanische Firma ihre Produktion von Flachstrickmaschinen ein. Dadurch verlieren 220 Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz, das sind 35% der gesamten Arbeitsplätze der Stadt Creussen.

Hoesch-Siegerlandwerke/Wuppertal. Am 23.11. streikten die Arbeiter des Hoesch-Werkes eine halbe Stunde. Sie protestierten damit gegen die drohende Schließung des Werkes und den Verlust von 230 Arbeitsplätzen. Nachdem die Konzernleitung dem Betriebsrat Gespräche über die Frage der Sicherung der Arbeitsplätze zugesagt hatte, wurde die Arbeit um zehn Uhr wieder aufgenommen.

Remswerke Stuttgart: Kündigung abgewehrt. Die vom Rems-Werk in Waiblingen beantragte außerordentliche Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden Josef Gantner wurde am 18.11. vom Stuttgarter Arbeitsgericht abgewiesen. Über eine darüberhinaus beantragte ordentliche Kündigung will das Gericht in Kürze entscheiden. Am 16.11. demonstrierten etwa 1.000 Kollegen aus Waiblinger Betrieben gegen die Entlassung Gantners. Der BR-Vorsitzende soll gekündigt werden, weil er sich für die Einhaltung der Tarifverträge eingesetzt hatte.

HBV

Neckermann/Karstadt

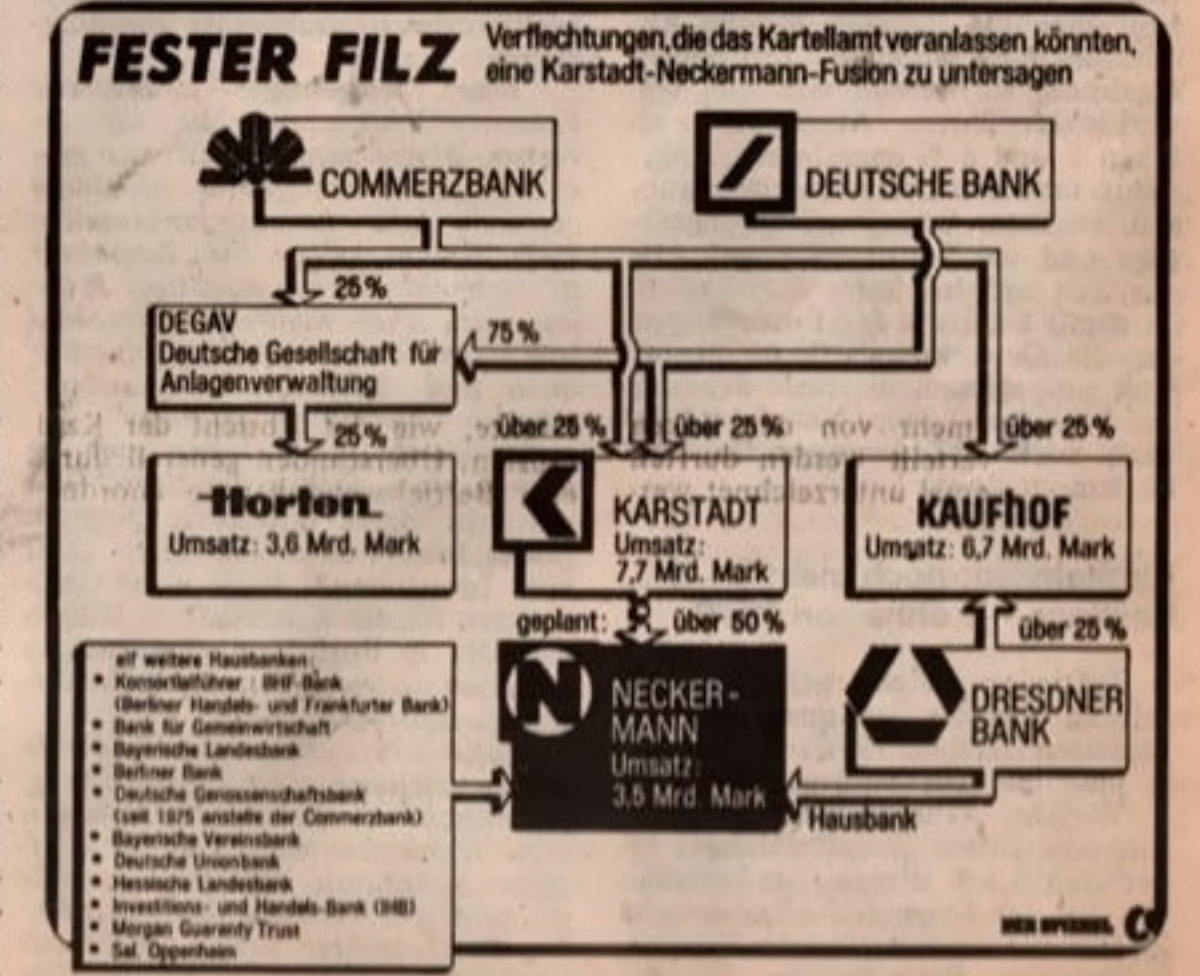
Kartellamt stimmt Fusion zu

Das Bundeskartellamt hat dem Zusammenschluß bzw. dem „Schlucken" von Neckermann durch Karstadt zugestimmt. Diese Zustimmung kam zehn Tage vor Ablauf der gesetzlichen Entscheidungsfrist, die am 29. November abgelaufen wäre. Vorausgegangen war dieser Entscheidung eine Reihe von Konferenzen zuständiger Minister und Bankvertreter. Besonders herausgestellt wurde immer wieder die angebliche Sorge um die Arbeitsplätze der bei Neckermann beschäftigten Kollegen.

Der Kauf Neckermanns betrifft mehrere Bereiche, so einmal die Kette der Warenhäuser, den Versandhandel, wo als Konkurrenten nur Quelle und Otto dominieren sowie das Touristik-Geschäft, wo die einzige Auflage des Bundeskartellamtest besteht, nämlich, daß Karstadt die Reisebeteiligung an der Touristik International (TUI) von 12,5% verkauft. Karstadt erhält von Neckermann den Reisedienst (NUR) mit 20 Millionen DM Gewinn.

Durch die Fusion wird ein Marktanteil am gesamten Einzelhandel von vier Prozent erreicht. Dabei steuert Neckermann mit seinen 132 Neckermann-Kaufhäusern und -Ladengeschäften sowie dem Versandgeschäft ca. vier Milliarden Mark hinzu. Karstadt hat dagegen 175 Warenhäuser, Kepa-Filialen und SB-Märkte mit einem für 1976 erwarteten Umsatz von acht Milliarden Mark.

Obwohl das Kartellamt in seinen Überlegungen die starke Beteiligung der Banken im Kaufhausbereich be-



Die graue Eminenz im Hintergrund

achtete, waren diese jedoch nicht so groß, einer Fusion nicht zuzustimmen.

Tatsache aber ist, daß die Banken im Hintergrund der Warenhauskonzerne die graue Eminenz bilden und Monopolist der größten Konzerne sind.

So sind die vier größten Konzerne Karstadt (7,72 Mrd. Umsatz 1975), Kaufhof (6,7 Mrd.), Hertie (sechs Mrd.) und Horten (3,6 Mrd.) über die drei Großbanken kapitalmäßig und personell miteinander verflochten. Neckermann kommt jetzt auch noch hinzu.

Der Beschluß des Kartellamtes kam just in dem Augenblick zustande, als die Hausbanken (zwölf) bereit waren, mit einem Opfer – Verzicht auf mindestens 100 Mio. der 500 Mio. DM Schulden – die Übernahme Karstadt zu erleichtern.

Ein wesentliches Argument der letzten Verhandlungen mit Bankvertretern und Ministern wie Friedrichs und Karry, hessischer Wirtschaftsminister, war die Erhaltung der 20.000 Arbeitsplätze. *„Ein Fusionsverbot hätte zu einem sofortigen Zusammenbruch der Firma Neckermann geführt"*. Und so weist auch die Behörde darauf hin, daß im Schlußstadium eine Sanierung *„nur noch unter Beteiligung der Karstadt AG möglich erschien"* („Frankfurter Rundschau", 22.11.76).

So wurde aus den einstmals normalen kapitalistischen Bestrebungen, Konkurrenten aufzukaufen, um die Marktbeherrschung zu vergrößern, plötzlich der „Gönner" Karstadt, der durch die Beteiligung von 25% – in den nächsten vier Jahren soll die Beteiligung auf 51% erhöht werden – die Arbeitsplätze rettet. Und so profiliert sich Karstadt auch im ersten Kommunique, wonach endlich die *„Verunsicherung von Mitarbeitern und Kunden"* beendet sei („FR", 22.11.76). So sei im Hause Neckermann nun auch wieder Ruhe eingekehrt („FR", 23.11.76).

Allerdings steht schon heute fest, daß die Karstadt AG sich das Recht vorbehält, ein neues Konzept vorzulegen. *„Fast dringender als Kapital braucht das Unternehmen dazu ein waches und schlagkräftiges Management"* („Welt", 22.11.76). Für die Kollegen wird jetzt erst die Unruhe kommen, denn mit der Fusion wird es auch Entlassungen geben. Auf der anderen Seite haben Fusionen und neue Konzepte auch eine stärkere Ausbeutung der vielen Kollegen zur Folge. Das Argument der Sicherung der Arbeitsplätze diente nur dazu, die Monopolisierung im Einzelhandel auch populär zu verkaufen. Sonst sähe das Bundeskartellamt auch schlecht aus. *„Genehmigt das Amt ..., wären die Beamten zumindest den Verdacht los, sie setzten aus ordnungspolitischen Gründen 20.000 Arbeitsplätze auf's Spiel"* („Spiegel", 48/76).

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

H. Vietheer will auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig bleiben.

HBV-Boß Vietheer: „Wenn alle Welt rationalisiert ..."

Der auf dem letzten Gewerkschaftstag in Saarbrücken wieder gewählte HBV-Chef Vietheer bekannte sich zu einem sehr eigenartigen Standpunkt bei der Frage, wie die Antwort von HBV auf die „entscheidene Herausforderung" der Konzentration und Rationalisierung sei.

„Wir sind selbstverständlich keine Maschinenstürmer. Wir wissen schon, daß Rationalisierung notwendig ist, auch um auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig zu bleiben. Wenn alle Welt rationalisiert, können wir nicht daran vorbei. Auf der anderen Seite muß aufgepaßt werden, daß gerade im Dienstleistungsbetrieb nicht zu schnell und nicht zu unüberlegt rationalisiert wird. Wenn Rationalisierung nur betrieben wird, um Arbeitskräfte freizustellen, müssen wir uns mit ganzer Entschiedenheit dagegen wehren.

Auch wenn H. Vietheer noch gezwungen war, gegen „unüberlegte Rationalisierungen" Stellung zu nehmen, so macht der Ausspruch „wir sind keine Maschinenstürmer" und „wenn alle Welt rationalisiert, können wir nicht daran vorbei" deutlich, welchen Schuh sich hier Vietheer anzieht.

Diese Standpunkte können die Kollegen auf jeder Betriebsversammlung hören, wenn die Rationalisierungsmaßnahmen kritisiert werden. Allerdings vom Kapitalisten, der die Kollegen als konservativ und als Maschinenstürmer hinstellen will.

Wir können den Boss Vietheer nur fragen, wer ist denn „wir" und wer ist „alle Welt". Die Arbeiter und Angestellten oder die Kapitalisten. Soweit ist das Klassenbewußtsein dieser Herren schon verschwunden, daß sie sich mit den Sorgen der Kapitalisten identifizieren.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kapitalisten und rechte Betriebsräte immer unglaubwürdiger

Iduna/Hamburg. Der zunehmende Druck der Kapitalisten auf die Kollegen und dessen Duldung durch die rechte Mehrheit im Betriebsrat brachte auf der Betriebsversammlung der Hamburger Iduna am 23.11.76 das Faß zum Überlaufen.

Ca 700 Kolleginnen und Kollegen zeigten „ihrem" Betriebsratsvorsitzenden Fechner gleich zu Beginn während seines Rechenschaftsberichtes, was sie von ihm halten:

Deutlich sichtbar versanken Kollegen im Saal in ein kleines Nickerchen. Nicht viel besser erging es den nachfolgenden Rednern aus der rechten BR-Ecke und dem Generalsdirektor Becker selber, bei dem größere Teile der Kollegen den Raum verließen, um in der Vorhalle auf das Ende seiner Rede zu warten.

Nichtssagende Berichte, Bejubelung des hausinternen Beurteilungssystems, langatmige Reden über die „Probleme der Altersversorgung" führten schließlich dazu, daß nicht einmal mehr der „Höflichkeitsapplaus" kam.

Stimmung kam erst auf, als eine fortschrittliche Betriebsrätin ohne Beschönigungen auf den Tisch legte, in welchem Umfang die Kapitalisten auf Kosten der Kollegen rationalisieren:

1975 sollten nach offizieller Planung 3 % an Personalkosten gespart werden, 4,84 % erreichten die Kapitalisten; 1976 wurden 4 % als Ziel angegeben, bis jetzt sind es bereits 6 %. Mehr als rumstottern konnte der „General" nicht, als er darauf antwortete. Im Eifer des Gefechts ließ er sogar fallen, daß man voraussichtlich 8 % erreichen werden.

Lautstarke Empörung löste die Feststellung eines Kollegen aus, daß durch die beabsichtigte Ergänzung einer Betriebsvereinbarung mit dem Passus eines „allgemeinen Verbots politischer Betätigung im Betrieb" in Zukunft (nach der Kündigungswelle von 1975 gegen linke Gewerkschafter) eine totale Disziplinierung jeglicher gewerkschaftlicher Arbeit erreicht werden soll. Sinngemäß sagte er, daß in Zukunft wohl solche Stellungnahmen auf Betriebsversammlungen schon verboten seien und er dann mit einer Kündigung rechnen müsse.

Die besondere Sauerei bei dieser Geschichte ist, daß der anwesende Boß des Gesamtbetriebsrates Bentin schon seit Monaten die Unterlagen in seinem Schreibtisch verschlossen bei sich hält mit dem Argument, daß andernfalls „Unruhe" im Betrieb entstehen würde. Die Dimension des Vorhabens der Kapitalisten wird schon daran deutlich.

Insgesamt hat die Betriebsversammlung gezeigt, daß der Widerstand gegen die Kapitalistenwillkür wächst, und sich auch nicht durch Kündigungen und andere Repressalien auf Dauer unterdrücken läßt.

Auch die erste konkrete Reaktion der Kollegen auf die bekanntgewordenen Schweinereien der Iduna-Kapitalisten weist in die richtige Richtung: Einsparung von Gehaltskosten und Überstunden in Mengen (vom Betriebsrat immer blind genehmigt!) führte zu einer geschlossenen Weigerung einer Großraumabteilung, Arbeit abends und am Wochenende mit nach Hause zu nehmen und dabei nicht einmal die normalen erhöhten Überstundenzuschläge zu erhalten. Leiter dieser Großraumabteilung ist nebenbei bemerkt ein Mitglied des Betriebsrates!

Iduna Zelle
KB/Gruppe Hamburg

„Vorbildliche" Gemeinwirtschaft

Hamburg. Die gewerkschaftseigene „Bank für Gemeinwirtschaft" (BfG) – bisher immer von der HBV als Muster für „soziale" Tarife und Arbeitsbedingungen im Bankenbereich hingestellt, (die Kollegen, die dort arbeiten, wissen das allerdings besser), will offenbar, was Disziplinierung, Rationalisierung und „rationeller Personalpolitik" angeht, den normalen kapitalistischen Banken den Rang ablaufen!

So will die Gesamt-Personalleitung in künftige Übernahmeverträge der Auszubildenden ins Angestelltenverhältnis eine sogenannte „Mobilisierungsklausel" oder „Versetzungsklausel" einbauen. Das heißt, im Anstellungsvertrag wird festgelegt, daß der übernommene Kollege für die Dauer von fünf Jahren – entsprechend den Notwendigkeiten der Bank – in jede beliebige Niederlassung in der BRD versetzt werden kann, ohne daß es einer Änderungskündigung bedarf. Stimmt er nicht zu, fliegt er 'raus! Lediglich eine schwammige Schönheitskorrektur ist noch eingebaut worden: Es sollen dabei die „persönlichen Umstände" des Kollegen „berücksichtigt" werden. Möglich wurde diese Erpressung auch dadurch, daß vor ca. zwei Jahren die bis dahin in der BfG übliche „Übernahmegarantie" von Auszubildenden ins Angestelltenverhältnis – mit Zustimmung des Betriebsrates – gestrichen wurde.

Andrerseits wurden mit Hinweis auf die „wirtschaftliche Lage" und „allgemeine Konjunktur" überhaupt nur noch die Hälfte von Ausbildungsplätzen zur Verfügung gestellt.

Hinzu kommt: Einstellungsstop, Nichtwiederbesetzung von durch Entlassung und-Kündigung freigewordener Arbeitsplätzen. Aber für die Ausgelernten ist da natürlich kein fester Arbeitsplatz „frei" geworden!

Das Ergebnis dieser „Personalpolitik" zeigt sich für die Geschäftsleitung zum Beispiel in DM 18.000 erwirtschaftetem Gewinn pro BfG-Kollege. Vergleich: Die Kollegen des privaten Bankgewerbes erwirtschafteten „nur" je DM 8.000.

Mit einer „nationalen Betriebsreserve" ist die BfG den anderen Kapitalisten auch hier ein Vorbild. Eine Methode, die sich sicherlich hervorragend – und dezent – gegen unliebsame Kollegen anwenden läßt!

Bankenzelle
KB/Gruppe Hamburg

„Milliardending"

„1975 war ein absolutes Spitzenjahr" schwärmt die Deutsche Bundesbank über das vergangene Bankenjahr. Abkassiert hatten die Banken wie noch nie!

Der Jahrsüberschuß (vor Berechnung der Steuern) aller Banken zusammengerechnet stieg von 4,4 auf 9,5 Milliarden Mark, d.h. um 166 Prozent!!!

Allein der Zinsüberschuß (schneller Abbau der Habenzinsen bei schleppendem Senken der Kreditzinsen) stieg um 19o % (in Worten einhundertneunzig!), die Provisions-

weisungszeiten werden angeprangert:

„An den langen Überweisungszeiten verdienen die Banken gleich zweimal.....Einmal, weil sie mit den eingezahlten Geldern unverzinst Geschäfte machen können, zum andern, weil die Kunden, denen ihr Geld nicht fristgerecht gutgeschrieben wird, ihre Konten nicht selten mit hohen Zinsen überziehen müssen."

Und auch dies ist in den Banken nicht schlicht „Schlamperei", sondern häufig „Arbeitsanweisung": Geldeingänge dürfen erst einen Tag nach Eingang dem Kunden gutge-

Beschwerde gegen Ausschluß soll nicht behandelt werden

Hamburg. In einer vierseitigen Erklärung hat der ehemalige Vorsitzende der Fachgruppe Großhandel Beschwerde beim Kontrollausschuß der HBV gegen seinen Ausschluß einge-

rungsklausel" oder „Versetzungsklausel" einbauen. Das heißt, im Anstellungsvertrag wird festgelegt, daß der übernommene Kollege für die Dauer von fünf Jahren – entsprechend den Notwendigkeiten der Bank – in jede beliebige Niederlassung in der BRD versetzt werden kann, ohne daß es einer Änderungskündigung bedarf. Stimmt er nicht zu, fliegt er 'raus! Lediglich eine schwammige Schönheitskorrektur ist noch eingebaut worden: Es sollen dabei die „persönlichen Umstände" des Kollegen „berücksichtigt" werden. Möglich wurde diese Erpressung auch dadurch, daß

Das Ergebnis dieser „Personalpolitik" zeigt sich für die Geschäftsleitung zum Beispiel in DM 18.000 erwirtschaftetem Gewinn pro BfG-Kollege. Vergleich: Die Kollegen des privaten Bankgewerbes erwirtschafteten „nur" je DM 8.000.

Mit einer „nationalen Betriebsreserve" ist die BfG den anderen Kapitalisten auch hier ein Vorbild. Eine Methode, die sich sicherlich hervorragend – und dezent – gegen unliebsame Kollegen anwenden läßt!

Bankenzelle
KB/Gruppe Hamburg

Iduna-Versicherungen

Putsch in der Betriebsgruppe

Hamburg: Die rechte Fraktion der HBV-Betriebsgruppe in der Iduna beging das einjährige Jubiläum der 1. großen Kündigungswelle gegen 1o Betriebsräte und Gewerkschafter aus der HBV ganz im Sinne der Kapitalisten. Mit einer Reihe von neugeworbenen Mitgliedern und rechter Stimmungsmache gegen die „linken Chaoten" zuzüglich alter inaktiver HBV'ler erreichte die Gruppe um die Betriebsrätin Müller-Weymann auf der letzten Betriebsgruppensitzung am 18.11.1976 eine knappe Stimmenmehrheit von 12 zu 1o, um den linken Vorstand der Betriebsgruppe abzuwählen und sich selber einzusetzen.

Vorbereitet wurde der Coup damit, daß verstärkt in den Wochen vorher Mitgliederlisten nicht mehr an die Linken ausgegeben wurden, Flugblätter - auf der letzten Betriebsgruppenversammlung beschlossen - nicht mehr von der linken „Fraktion" verteilt werden durften etc. Nicht einmal unterzeichnet werden durften Flugblätter mit der „Betriebsgruppe", nur der Fachgruppenvorstand kann auf höchste Anweisung hin darunterstehen.

Der alte Vorstand legte eine Resolution gegen diese Art von „Aberkennung innergewerkschaftlicher Rechte ohne jegliches Verfahren" vor und forderte Vertagung von Neuwahlen auf den Zeitpunkt, wo allen HBV-Mitgliedern die normalen satzungsgemäßen Rechte zugestanden werden. In diesem Sinne äußerte sich auch der Betriebsgruppendelegierte für den Fachgruppenvorstand, der sein Mandat niederlegt. Mit Hilfe der zusammengekauften Mehrheit (einer las z.B. ständig in einem Roman und hob nur die Hand) wurde die Vertagung abgelehnt, die Linken verließen daraufhin für den Tagesordnungspunkt Neuwahl den Raum.

Wie unsicher und wacklig aber die „Mehrheit" der rechten Fraktion ist, wurde schon an den nächsten Diskussionspunkten deutlich. Besonders klar wurde es bei der Diskussion um die Ereignisse um das Kernkraftwerk in Brokdorf. Eine von dem alten Vorstand vorgelegte Resolution gegen den brutalen Polizeiüberfall und das Verhalten der ÖTV-Führer wurde nach längerer Diskussion und Teilabstimmungen über verschiedene Aussagen mit wenigen Änderungen angenommen. Ebenso setzten sich die Vorschläge zum Vorgehen auf der Betriebsversammlung der Iduna (s. Artikel in diesem AK) durch. Besondere Punkte, wie die Absicht der Kapitalisten, Überstunden generell durch eine Betriebsvereinbarung anordnen zu lassen, die Verankerung eines allgemeinen politischen Betätigungsverbots im Betrieb ebenfalls in einer Betriebsvereinbarung und ähnliches wurden diskutiert und als Diskussionsbeiträge festgelegt.

Insgesamt aber steht die Iduna-Linke vor der Situation, daß die Gewerkschaftsführung ihr jegliche Bewegungsfreiheit nehmen möchte und sich die Frage gestellt werden muß, wie man sinnvoll weiterarbeiten kann.

Iduna-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

„Milliardending"

„1975 war ein absolutes Spitzenjahr" schwärmt die Deutsche Bundesbank über das vergangene Bankenjahr. Abkassiert hatten die Banken wie noch nie!

Der Jahrsüberschuß (vor Berechnung der Steuern) aller Banken zusammengerechnet stieg von 4,4 auf 9,5 Milliarden Mark, d.h. um 166 Prozent!!!

Allein der Zinsüberschuß (schneller Abbau der Habenzinsen bei schleppendem Senken der Kreditzinsen) stieg um 19o % (in Worten einhundertneunzig!), die Provisionsüberschüsse um 173%.

Klar ist dabei, daß die Banken die „allgemeine wirtschaftliche Lage" und die zunehmende Arbeitslosigkeit unter den Angestellten weidlich zum Rationalisieren und Lohndrücken ausgenutzt haben.

Aber nicht nur den Bankenkollegen wurde tief in die Tasche gegriffen. Die Verbraucherzentrale hat ein „Schwarzbuch" über die „unseriösen Praktiken" sowohl der „seriösen" als auch der „unseriösen" Banken herausgebracht.

"Im Schwarzbuch wird vorgerechnet, daß zum Beispiel eine sparsame Lohnempfängerfamilie mit nur 25 Buchungsvorgängen pro Monat im Jahr unter Umständen 146 Mark allein für Bankgebühren zahlen muß. Bei 22 Millionen Lohn- und Gehaltskonten in der Bundesrepublik wären das Bankeinnahmen von 2,2 Milliarden (!) Mark allein für Gebühren".

Doch nicht nur die hohen Gebühren, sondern auch die langen Überweisungszeiten werden angeprangert:

„An den langen Überweisungszeiten verdienen die Banken gleich zweimal.....Einmal, weil sie mit den eingezahlten Geldern unverzinst Geschäfte machen können, zum andern, weil die Kunden, denen ihr Geld nicht fristgerecht gutgeschrieben wird, ihre Konten nicht selten mit hohen Zinsen überziehen müssen."

Und auch dies ist in den Banken nicht schlicht „Schlamperei", sondern häufig „Arbeitsanweisung": Geldeingänge dürfen erst einen Tag nach Eingang dem Kunden gutgeschrieben werden, ausgehende Überweisungen werden zwar den Kundenkonto sofort belastet, schmoren aber mindestens noch ein bis zwei Tage im „Hause".

Viele Kollegen mußten die Einführung der „bargeldlosen Lohnzahlung" widerwillig über sich ergehen lassen. Sie müssen mehrfach dafür bezahlen:

Hohe Gebühren, Hetze zur Bank am langen Donnerstag, und noch die Demütigung, eine Überziehung zu beantragen, nur weil der Gehaltseingang noch nicht verbucht ist.

Für die Banken ist jedoch das Geschäft mit der bargeldlosen Lohnzahlung „das Milliardending" (Bezeichnung aus dem Schwarzbuch) geworden.

(Zitate aus der „Frankfurter Rundschau" vom 1o.11.1976)

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Beschwerde gegen Ausschluß soll nicht behandelt werden

Hamburg. In einer vierseitigen Erklärung hat der ehemalige Vorsitzende der Fachgruppe Großhandel Beschwerde beim Kontrollausschuß der HBV gegen seinen Ausschluß eingelegt. Um die Kollegen in seinem Betrieb und der HBV zu informieren, hat er diese Erklärung in einer Auflage von 1.000 Stück drucken lassen. Der Kontrollausschuß nahm dies nun zum Anlaß, das Ausschlußverfahren nicht zu überprüfen. In der Antwort an den Kollegen heißt es: *„Eine so geartete Publikation, die als Druckstück und nicht mit Original-Unterschrift vorliegt, erfüllt nicht die Mindestanforderungen einer satzungsgemäßen Beschwerde. Der Kontrollausschuß hat daher die Befassung mit diesem Vorgang abgelehnt."*

In der Satzung steht allerdings nichts davon, daß bei einer Beschwerde die Unterschrift im Original vorliegen muß. Man sollte prüfen, ob gegen diesen erneuten Willkürakt der HBV-Führung juristische Schritte möglich sind.

Betriebszelle Edeka
KB/Gruppe Hamburg

Kaufhof-Kapitalisten immer profitgieriger

Sechs neue „Kaufhöfe" und „Kaufhallen" hat der Kaufhof-Konzern in diesem Jahr eröffnet, zwei weitere sollen folgen. Eine „unrentable" Kaufhalle in Frankfurt wurde im gleichen Jahr geschlossen.

In den zynischen Zahlen der Wirtschaftsspalten liest sich das so:

„6,2 % Steigerung der Verkaufsfläche, 3,8 % Steigerung des Umsatzes"

jedoch nur

„1,2 % Erhöhung des Verkaufspersonals und nur 5,9 % Lohnerhöhung". (Nach „Frankfurter Rundschau" v. 1o.11.1976).

Wenn der Kaufhof nun auch noch jammert, daß das Jahresergebnis wohl etwas unter dem des Vorjahres liegt, wird deutlich, was diese Herrschaften wollten:

– Sechs bis acht neue Kaufhäuser sollten „nur mal eben" aus der zunehmenden Auspressung der Arbeitskraft der Kollegen innerhalb eines Jahres finanziert werden!

Und dafür müssen zum Beispiel die Kolleginnen und Kollegen bei der Kaufhalle in Hamburg bei tausend Mark brutto im Dezember allein vier lange Samstage arbeiten, ungerechnet die „übliche" unbezahlte (!) Mehrarbeit von mindestens einer halben Stunde täglich vor und nach Ladenschluß!

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Betriebsrat ist 330.000 DM wert

33o.ooo DM ist der Betriebsrat der Edeka Zentrale im Jahr wert, erklärte die Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung. Dieses Geld zahle man aber gern, denn man wisse ja, was der Betriebsrat wert sei.

Dem Betriebsrat war es nun gar nicht lieb, daß diese Zahlen genannt wurde und so beteuerte er denn auch gleich, daß davon nichts in die eigene Tasche fließe. Wofür dieses Geld ausgegeben wurde, blieb allerdings offen. Bisher hörte man vom Vorstand und Betriebsrat nur, daß alle den Gürtel enger schnallen müßten.

Edeka-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

„Marktsicherung im Paketdienst"

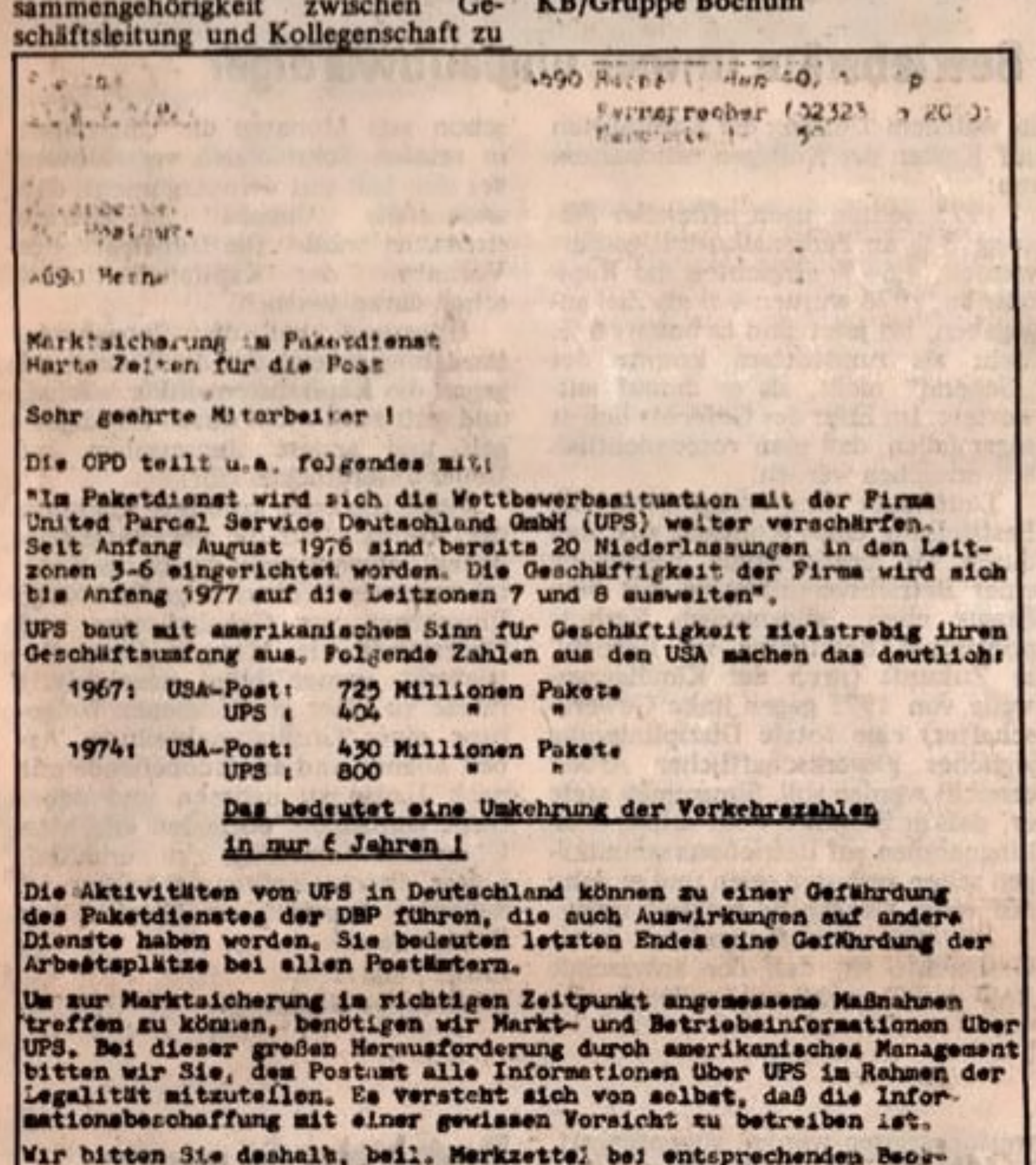
... eine Aufgabe der Kollegenschaft?

Das nebenstehend abgedruckte Mitteilungsblatt des Herner Postamtes an die „Mitarbeiter" ist ein bemerkenswertes Produkt kapitalistischer Skrupellosigkeit und Demagogie.

Die Tatsache, daß seit Anfang August '76 der „United Parcel Service Deutschland" (UPS) damit begonnen hat, einen privaten Paketdienst in Konkurrenz zur Deutschen Bundespost aufzuziehen, wird von den Postbossen zum Vorwand genommen, die Kollegenschaft für „die gemeinsame Sache" an die (Spionage-)Front zu schicken. Hauptaspekt bei dieser – zu „strafbaren Handlungen" – animierenden Aktion dürfte wohl sein, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Geschäftsleitung und Kollegenschaft zu stärken (angesichts der äußeren Bedrohung), denn es ist kaum anzunehmen, daß bei derartigen Schnüffeldiensten im Auftrage der Oberpostdirektion wirklich verwertbare Fakten herauskommen.

Die Post-Kolleginnen und -Kollegen werden hier ganz gezielt auf eine falsche Fährte gesetzt. Denn der UPS ist für die Bosse der Bundespost doch nur ein willkommener Vorwand, um ihre s e i t l a n g e m geplanten und ja auch bereits eingeleiteten Rationalisierungs-Entlassungen durchzuziehen (siehe dazu auch den nebenstehenden Artikel)!).

Postgenosse
KB/Gruppe Bochum



4690 Herne

Marktsicherung im Paketdienst
Harte Zeiten für die Post

Sehr geehrte Mitarbeiter !

Die OPD teilt u.a. folgendes mit:

"Im Paketdienst wird sich die Wettbewerbssituation mit der Firma United Parcel Service Deutschland GmbH (UPS) weiter verschärfen. Seit Anfang August 1976 sind bereits 20 Niederlassungen in den Leitzonen 3-6 eingerichtet worden. Die Geschäftigkeit der Firma wird sich bis Anfang 1977 auf die Leitzonen 7 und 8 ausweiten".

UPS baut mit amerikanischem Sinn für Geschäftigkeit zielstrebig ihren Geschäftsumfang aus. Folgende Zahlen aus den USA machen das deutlich:

1967:	USA-Post:	725	Millionen Pakete
	UPS :	404	" "
1974:	USA-Post:	430	Millionen Pakete
	UPS :	800	" "

Das bedeutet eine Umkehrung der Verkehrszahlen in nur 6 Jahren !

Die Aktivitäten von UPS in Deutschland können zu einer Gefährdung des Paketdienstes der DBP führen, die auch Auswirkungen auf andere Dienste haben werden. Sie bedeuten letzten Endes eine Gefährdung der Arbeitsplätze bei allen Postämtern.

Um zur Marktsicherung im richtigen Zeitpunkt angemessene Maßnahmen treffen zu können, benötigen wir Markt- und Betriebsinformationen über UPS. Bei dieser großen Herausforderung durch amerikanisches Management bitten wir Sie, dem Postamt alle Informationen über UPS im Rahmen der Legalität mitzuteilen. Es versteht sich von selbst, daß die Informationsbeschaffung mit einer gewissen Vorsicht zu betreiben ist.

Wir bitten Sie deshalb, beil. Merkzettel bei entsprechenden Beobachtungen auszufüllen und Ihrem StV oder dem Abtl. II zu übergeben.

Für die Mitarbeit bei der Informationsbeschaffung danken wir

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Postamt

1 Anlage

Gewerkschaftsführer „besorgt"

Die „Deutsche Postgewerkschaft" (DPG) schlägt Alarm: „45.000 Arbeitsplätze in Gefahr!" So lautet die knallige Riesenüberschrift eines Plakates, das von der Bezirksverwaltung Hamburg der DPG verbreitet worden ist. Es scheint, als ob sich die Bezirksverwaltung um die Arbeitsplätze der Kollegen ernstlich „sorgt". Der Schein trügt jedoch.

Worum geht es? Vor einiger Zeit hat die Bundespost Konkurrenz bekommen auf dem Sektor der Paketbeförderung. Zwei private Unternehmen sind in das Geschäft eingestiegen und werben der Post nicht ohne Erfolg gerade die Großkunden (Versandhäuser etc.) ab.

Dabei spezialisieren sich diese beiden Unternehmen hauptsächlich auf die besonders lukrativen Bereiche der Paketbeförderung und überlassen der Post das Geschäft dort, wo es wenig Profit einbringt oder sogar ein Zuschußgeschäft ist. Dies ist deshalb möglich, weil die Bundespost einem gesetzlichen Beförderungszwang unterliegt, die privaten Unternehmen jedoch nicht (siehe dazu AK 87). Damit kommt die Post in eine Situation, in der sie auf dem Sektor der Paketbeförderung nicht mehr kostendeckend arbeiten kann. Die kapitalistische Logik verlangt nun, daß bei den Personalkosten der Rotstift angesetzt werden muß. Demnach soll die Zahl der Arbeitsplätze im Paketdienst der Bundespost verringert werden. Nach Auffassung der DPG ist das eine Folge der Konkurrenz, die der Post durch die beiden Unternehmen entstanden ist: *„Die Rosinenpickerei privater Unternehmen, die einen Profit im Paketdienst erwirtschaften wollen, führt dazu, daß der Paketdienst der Post noch tiefer in die roten Zahlen rutscht ... Für die Beschäftigten der Deutschen Bundespost sind 45.000 Arbeitsplätze in Gefahr"* („Deutsche Post", Mitgliederzeitschrift der DPG, 16/76).

Tatsächlich ist dies eine sehr scheinheilige Argumentation. Denn unabhängig von der Existenz der beiden Konkurrenzunternehmen verfolgt die Bundespost schon seit Jahren beharrlich und erfolgreich ihre Rationalisierungsabsichten. So sollen in dem Zeitraum zwischen 1972 und 1977 insgesamt 49.000 Arbeitsplätze durch Rationalisierungen „eingespart" worden sein und noch werden! Allein im Paketdienst sollen nach neuesten Berechnungen von den dort noch bestehenden 45.000 Arbeitsplätzen durch neue „Bemessungen" 10.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert werden! Doch dagegen erhebt die DPG-Führung keinen Protest, sie gibt dem Bundespostministerium den *„Hinweis, das Heil des Paketdienstes nicht allein in einer Rationalisierung zu suchen"* („Deutsche Post", 20/76), und fordert das Bundespostministerium dazu noch auf, *„der neuen Konkurrenz offensiv zu begegnen, das heißt vor allem, das Leistungsangebot und die Dienstgüte im Paketdienst zu verbessern"* („Deutsche Post, 12/76). Dies jedoch läuft für die Kollegen im Paketdienst letzten Endes auf Mehrarbeit hinaus: Weniger Kollegen sollen für ein verbessertes Leistungsangebot sorgen.

Die DPG-Führer, die grundsätzlich n i c h t s gegen Rationalisierungen einzuwenden haben, reden bei ihrer „Sorge" um die Arbeitsplätze mit gespaltener Zunge. Im K a m p f gegen kapitalistische Rationalisierung sind die DPG-Mitglieder auf ihre eigene Kraft angewiesen!

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg

Bundesbahn:
In 17 Jahren 136.000 Arbeitsplätze rausrationalisiert!

Nach den letzten Zahlen arbeiten derzeit noch ganze 380.000 Kollegen bei der Deutschen Bundesbahn („Frankfurter Neue Presse", 14.7.), das sind über 14.000 weniger als vor einem Jahr. Damit wurden in den letzten 17 Jahren 136.000 Arbeitsplätze gestrichen. Ein trauriger Rekord. Und die neuesten Rationalisierungen liefen praktisch auch ohne große Öffentlichkeit über die Bühne.

Bereits mit dem letzten Sommerfahrplan wurden wieder Dutzende von kleinen Bahnhöfen geschlossen, mehrere hundert wurden für Güter- und Gepäckannahme dichtgemacht. Daneben werden ganze DB-Betriebe stillgelegt, wie etwa das Braunschweiger Ausbesserungswerk, oder kürzlich das in Göttingen. Selbst GdED-Gewerkschaftsführer sprachen davon, daß die „Aussichten für den Einzelnen nicht rosig" sind. In der Tat werden zwar nur wenig Kollegen entlassen, die DB-Führung spekuliert jedoch meist sehr erfolgreich darauf, daß Kollegen, die etwa 100 km von ihrem Wohnort stationiert werden, freiwillig kündigen.

In den nächsten zweieinhalb Jahren sollen weitere 60.000 Kollegen rausfliegen („UZ", 2.6.76). 5.000 km Streckennetz wurden bereits für den Personenverkehr stillgelegt, weitere 14.000 km sollen in den nächsten Jahren folgen.

Die „Erfolge" der bisherigen Vorstandspolitik sind, daß die stillgelegten Strecken *„zum Teil mit Omnibussen bedient"* werden („FAZ", 18.10.). Kurzum, daß man in abgelegenen Regionen schon echte Schwierigkeiten hat, in die Metropolen zu gelangen, und daß auf der anderen Seite die Züge im Umland der Großstädte vor allem in den Stoßzeiten maßlos überfüllt sind. Trotz all dieser Sauereien, die in allen Belangen auf Kosten der Werktätigen geschehen, behaupten die Propagandisten in den DB-Vorstandsetagen frech, daß der Personennahverkehr nach wie vor zu unrentabel sei und auch die Lohnkosten vor allem in diesem Bereich zu hoch sind.

Woher allerdings ein Teil des Jahresverlustes der DB von derzeit 4,4 Milliarden („FAZ", 18.10.) rührt, erklärt der Vorstandsboß Vaerst in einem Interview mit der „FAZ" (12.4.76) selbst: Die Bevölkerung müsse erkennen, daß Industriestammgleise *„nicht einfach stillgelegt werden können, nur weil sie betriebswirtschaftlich unrentabel"* seien! Vaerst und seinesgleichen – zum Großteil nebenbei Manager in der Privatwirtschaft – geben unumwunden zu, daß sie die Industriestammgleise subventionieren, und daß hier die Steuergelder hinfließen. Die DB erfüllt also die Aufgabe eines Staatsunternehmens im Kapitalismus.

Daß für die Kollegen die Arbeitshetze gestiegen ist, zeigt die nach wie vor enorm hohe Unfallquote bei der DB, vor allem im Gleisbau, im Rangierdienst und jetzt sogar im Paket- und Gepäckdienst, wo manchmal für einen Bahnhof ein einziger Kollege für Gepäckannahme, Expreßgutannahme, sowie Be- und Entladung der Züge zuständig ist. 100 bis 150 Tote pro Jahr (nach DB-Heften „Ursachen tödlicher Personalunfälle") ist ein Teil des stolzen Preises, den die DB-Kollegen für die brutale Politik ihrer Vorstandsbosse zahlen müssen.

Kampf den Streckenstillegungen, den Personaleinsparungen und der Arbeitshetze bei der DB!

KB/Gruppe Frankfurt
mit Unterstützung von DB-Kollegen

Zwei kleine Anmerkungen

Durch ein Versehen ist die Quellenangabe aus dem Artikel „Das Säubern ist der ÖTV-Führer Lust! ..." in AK 93, Seite 27 herausgefallen. Der Artikel ist abgedruckt aus der „stadtzeitung für freiburg", November '76.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit ÖTV-Kollegengruppen, die ein Interesse an einer Auseinandersetzung um fortschrittliche Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit haben, ermuntern, uns ihre Veröffentlichungen zuzuschicken.

gen zuzuschicken.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die Kirche – ein (a)sozialer Betrieb

Daß die Kirchen im wesentlichen aus Pfaffen und Meßdienern bestehen, ist eine weitverbreitete Auffassung. Dieser Eindruck stimmt aber nur insofern, als die Pfaffen in der Kirche das Sagen haben. Tatsächlich ist der nach wie vor große Einfluß der Kirchen vor allem darauf zurückzuführen, daß dort mehr als 500.000 Menschen besonders im sozialen Bereich tätig sind. Heime, Kindergärten, Krankenhäuser, Friedhöfe, Tagungsstätten usw. – hier hat die Macht der Kirche eine wichtige Grundlage, soll doch neben der sozialen Betreuung gleich immer noch ein bißchen religiöse Ideologie mitverkauft werden.

Mit Hilfe des „Subsidiaritätsprinzips" und des Tendenzschutzparagraphen im BVG sichert der Staat diesen grossen Einfluß der Kirchen ab. Das „Subsidiaritätsprinzip" besagt, daß bei der Schaffung von sozialen Einrichtungen die Kirche als freier Träger immer Vorrang vor dem Staat hat, auch wenn der Staat, das heißt in diesem Fall der Steuerzahler, die wesentlichen Kosten zu tragen hat. Andererseits stellt es der Tendenzschutzparagraph in das völlige Belieben der Kirchen, welche Bezahlung und welche Mitwirkungsrechte sie den bei ihr beschäftigten Kollegen gnädigerweise zukommen läßt. „Dank" dieser staatlichen Absicherung haben es die Kirchen bis heute nicht für nötig befunden, sich auf Tarifverträge einzulassen. Ohne Tarifverträge, dafür aber stets den von den Pfaffen gespendeten Dank Gottes im Nacken – diese Zustände erinnern fast an das Mittelalter.

Die evangelische Kirche in Hamburg brüstet sich damit, *„daß bislang keinem kirchlichen Mitarbeiter aus Gründen der Finanzverknappung hätte gekündigt werden müssen"*.

Vor ca. zwei Jahren begann die Kirchenführung die Sparpolitik mit einer breiten Verunsicherungskampagne einzuleiten. Unlängst wurde hinter viele Planstellen der Vermerk „künftig wegfallend" (kw) gesetzt. Wenn also eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter auf „natürlichem Wege" (Erreichung des Rentenalters, Tod, Stellenwechsel) ausscheidet, soll seine Stelle nicht mehr besetzt werden. Da diese Regelung nicht unmittelbar zu den gewünschten Personaleinsparungen führte, beschloß die Kirchenleitung, die Kolleginnen und Kollegen, die auf einer Stelle mit kw-Vermerk sitzen, auf noch freie Stellen zu versetzen, so daß kw-Stellen auch sofort wegfallen können. Offensichtlich haben sich manche Kolleginnen und Kollegen geweigert, sich auf diese Weise zwangsversetzen zu lassen.

Jetzt soll das *„Gesetz zur Sicherung der Arbeitsplätze von Angestellten und Lohnempfängern"* dahingehend geändert werden, daß eine *„Versetzung ohne Einverständnis der Beteiligten"* möglich wird! Wenn also sich Kollegen mal frei für eine bestimmte Stelle beworben haben, so kann in Zukunft keine Gewähr mehr bestehen, daß sie wirklich längere Zeit dort arbeiten können und daß es nicht schon bald auf einer anderen Stelle weiterzugehen hat. Die einzige „Freiheit" die noch besteht, ist die, zu kündigen. Allerdings muß man wissen, daß die Kirche auf viele Bereiche der sozialen Arbeit fast ein Monopol hat, so daß es nicht so einfach ist, irgendwo wieder eine Anstellung zu finden. Für ältere Kollegen und vor allem Kolleginnen besteht die zusätzliche Schwierigkeit, daß sie lediglich eine kirchliche Ausbildung genossen haben, die eine Anstellung bei anderen Trägern nahezu ausschließt. So sind sehr viele gezwungen, sich der „Arbeitsplatzsicherung" der Kirchenführung zu fügen.

Eine weitere Möglichkeit, die Personalkosten zu reduzieren, besteht darin, die Gehälter zu kürzen. Die Tariferhöhung des Öffentlichen Dienstes (5%), die bislang von den Kirchen immer mitvollzogen wurde, verschob man vor einem Jahr in der evangelischen Kirche Hamburg um drei Monate (statt Februar wurde erst ab Mai gezahlt) und außerdem wurde erwogen, das Weihnachtsgeld um 25% zu kürzen. Beide Maßnahmen wurden inzwischen allerdings rückgängig gemacht. Als Testversuch war diese Maßnahme im Sinne der Kirchenführung durchaus geeignet und wird sie zu erneuten Maßnahmen ermutigen, denn der Protest dagegen war nur sehr mäßig.

Besonders übel spielt die Kirche dem Raumpflegepersonal mit

Die Kolleginnen – meist halbtags beschäftigt – hatten bislang eine stündliche Leistung von 75 qm Bodenflächenreinigung zu erbringen. Jetzt soll die Leistung auf 100 qm hochgeschraubt werden. Die Kolleginnen müssen die Arbeit in kürzerer Zeit schaffen, so daß sie durchaus unter die notwendigen 21 Wochenstunden kommen, die ihnen den Arbeitgeberanteil für die Sozialversicherung sichern.

Die Kirche nimmt ganz offen die verstärkte Auspressung der Kolleginnen vor. Sie übernimmt die staatlichen Richtlinien – 100 qm pro Stunde, ohne allerdings neuartige Reinigungsgeräte bereitzustellen.

Die Führung der ÖTV verhält sich, dem Charakter des kirchlichen Arbeitsbereiches entsprechend, ausgesprochen zurückhaltend. Der Hamburger Gewerkschaftssekretär Bartnicki garantiert offensichtlich dem „Arbeitgeber Kirche" Ruhe unter der Kollegenschaft. Alle Ansätze zur Information und solidarischem Vorgehen sind bisher von ihm schärfstens mit Gewerkschaftsaussschlüssen und Bedrohung einzelner Kollegen und ganzer Arbeitskreise bedacht worden. So gibt es außer in einem größeren kirchlichen Heim (dort gibt es eine Betriebsgruppe und gewerkschaftliche Vertrauensleute) keinen Ort, wo sich Mitglieder der ÖTV gewerkschaftlich betätigen können.

Es ist dringend nötig, daß die Mitglieder der ÖTV in der „Abteilung Religionsgemeinschaften" sich die Einrichtung von Betriebsgruppen und die Wahl von Vertrauensleuten erkämpfen.

Genossen aus dem ÖTV-Bereich
KB/Gruppe Hamburg

Kündigung wegen Widerstand gegen Arbeitshetze

Frankfurt. Ein besonders schweinisches Beispiel für die Durchsetzung verschärfter Arbeitshetze im öffentlichen Dienst lieferten jüngst die Frankfurter Stadtwerke. Sie kündigtem dem Straßenbahnfahrer Dieter Coy, weil er auf seinem – sogar amtlich verbrieften – Recht auf Arbeitspausen bestand („Frankfurter Rundschau" vom 26.11.76). Anlaß war sein „unberechtigtes Verlangen", so die Stadtwerke, nach einer ununterbrochenen Fahrdauer von vier Stunden zu Verkehrsspitzenzeiten die ihm zustehende Pause von 30 Minuten einzulegen.

Gemeinsam mit zwei anderen Straßenbahnfahrern hatte Coy schon früher darauf hingewiesen, daß mehrere Stunden am Führerstand einer Straßenbahn in unverantwortlicher Weise die Sicherheit der Fahrgäste gefährdet. Doch das interessiert die Frankfurter Stadtwerke herzlich wenig. Wenn es zu einem Unfall kommt werden ja bekanntlich immer die Fahrer belangt.

Weil die drei Kollegen es nicht bei der schriftlichen Beschwerde beließen, sondern sich die Pausen nahmen, die ihnen zustehen, sind jetzt neben Coy auch die beiden anderen mit einer Kündigung bedroht worden. Gemeinsam haben sie Klage gegen die Stadtwerke erhoben, im eigenen Interesse und in dem der Fahrgäste.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Ein Kompromiß – aber noch lange kein Ende

Auf der Vertreterversammlung (VV) der GEW-Westberlin wurde zum vierten Mal über die Übernahme der Bundessatzung abgestimmt (und zugestimmt), nachdem dies dem Bundes- und dem Landesvorstand in drei vorhergegangenen Anläufen trotz massiver Drohungen nicht gelungen war (siehe hierzu die Berichterstattung in den vorhergehenden Ausgaben des ARBEITERKAMPFs).

Nach dem rechtswidrigen Ausschluß der GEW-Westberlin aus dem DGB (siehe AK 93) stand diesmal ein Antrag zur Abstimmung, der die Übernahme der Bundessatzung mit bestimmten Einschränkungen vorsieht. Diese sind: a) die Mitgliederrechte bleiben beim Westberliner Landesverband; b) der Landesverband bestimmt über die eigenen Finanzen selbst; c) nur der Landesverband kann über eine Auflösung entscheiden.

Nicht enthalten ist in diesem Antrag eine eindeutige Absage gegenüber den Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Insofern fällt dieser „Kompromiß" hinter den Hamburger zurück, denn der Hamburger Landesverband hat sich vorbehalten, über Ausschlüsse selbst zu entscheiden. Über den Hamburger Kompromiß hinaus geht er allerdings darin, daß die Mitgliederrechte allein beim Landesverband Westberlin liegen, was auch noch Möglichkeiten bei der Ausschlußpraxis des Bundesvorstandes offenläßt.

Abgestimmt wurde zuerst über die Änderung einzelner Paragraphen. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß bei der Abstimmung über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse wiederum 97 Kolleginnen und Kollegen dagegenstimmten, 6 enthielten sich und 273 sprachen sich dafür aus. Damit hat sich in dieser Frage die linke Opposition der VV vom 25.8. (damals stimmten 109 gegen die Bundessatzung) gehalten, allerdings auch nicht ausgeweitet. Insbesondere Kujawa sprach sich gegen eine Ablehnung aus, da dies sozusagen das „Herzstück" aller „Bemühungen" des Bundesvor-
sprach sich gegen eine Ablehnung aus, da dies sozusagen das „Herzstück" aller „Bemühungen" des Bundesvor-
standes ist. In diesem Fall handelte die linke Opposition einheitlich, auch die Klägergruppe war unter den Nein-Stimmen.

Als es dann allerdings um die generelle Übernahme der Bundessatzung ging (mit den oben aufgeführten Einschränkungen) votierte besonders die Klägergruppe dafür, dieser zuzustimmen, um, wie sie argumentierte, sich nicht selbst aus dem DGB zu werfen, sondern bei den weiteren Auseinandersetzungen mit Frister einen Fuß in der Tür zu haben. Einerseits weist diese Argumentation Ähnlichkeit mit der früheren von Kujawa auf, die sich verbal gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Bundessatzung stellte, andererseits aber „im Interesse der Einheit der GEW" die Durchsetzung mit allen Mitteln (selbst des Rechtsbruchs wie gerichtlich festgestellt wurde) versuchte voranzutreiben. Andererseits muß auch festgestellt werden, daß selbst dieser Beschluß den Forderungen von Frister noch nicht nachkommt, der eine vollständige Unterwerfung, ohne jede Einschränkung, des Westberliner Verbandes forderte. Auch die Zustimmung von Kujawa zu diesem „Kompromiß", die nach der VV vom 25.8. eindeutig auf die Auflösung des Verbandes hinarbeitete, kann als Erfolg gewertet werden.

Enttäuschend ist dieser Beschluß insofern, als damit die noch bestehende Chance, einen Landesverband ohne Übernahme der Bundessatzung zu erhalten, vergeben wurde, ohne daß hierfür ein zwingender Grund vorlag. Denn die Positionen , die sich die Linken, nicht zuletzt vor Gericht, gegen Frister erkämpft hatten, liegen unserer Meinung nach über den jetzt erreichten. Dieser Antrag wurde dann mit 292 Ja- und 66 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen (das entspricht 79,6% Ja-Stimmen, also die erforderliche 3/4 Mehrheit).

Provokatorisch ist es allerdings, wenn der KBW diese Abstimmung als „Sieg der Staatsfraktion" diffamiert. Dabei hat es der KBW zusammen mit der SEW auch noch gewagt, gegen einen Antrag zu stimmen, der vorsah, daß der Westberliner Landesverband die Kosten aus dem Gerichtsverfahren übernimmt, falls die Klägergruppe (wider Erwarten) verlieren sollte.

Der Antrag wurde dann trotzdem mit 152:99 Stimmen angenommen, wozu der KBW in der „KVZ" vom 25.11. schreibt: *„Der Streitwert beläuft sich auf einige Hunderttausend Mark (die Gerichtskosten werden dementsprechend einige Zehntausend Mark ausmachen, Anm. AK). Erwogen wurde, diese aus dem Kampffonds zu ziehen. Wer kann jetzt noch denken, daß diese Wichte im ‚linken' Gewande etwas anderes als Verbrecher (!) sind gegen die Arbei-*
noch denken, daß diese Wichte im ‚linken' Gewande etwas anderes als Verbrecher (!) sind gegen die Arbei-
terbewegung?" Diejenigen Kollegen, die der Durchsetzung der Bundessatzung die zu dem Zeitpunkt einzig wirksame Möglichkeit entgegengesetzt haben, werden vom KBW als Verbrecher beschimpft - von einer Organisation also, die sich nicht scheut, ähnliche Methoden wie Frister anzuwenden, wenn es um die Erhaltung ihrer Mehrheiten geht (siehe Putschpolitik in den Afrikakomitees). Über diese „Wertung" lassen wir jeden Leser sein eigenes Urteil bilden. Ähnlich die SEW, die diesem Antrag ebenfalls nicht zustimmte, obwohl sie auch verbal gegen die Bundessatzung antritt . Diese Praxis zeigt allerdings die wahren Absichten auf. Diese Abstimmung kann durchaus als Stimmungsbarometer in der Mitgliedschaft betrachtet werden. Denn obwohl sich Kujawa in scharfer Form gegen die Übernahme der Kosten aussprach, SEW und KBW dagegenstimmten, erhielt der Antrag eine eindeutige Mehrheit. Das zeigt, daß die Klage gegen die Machenschaften Fristers durchaus auf Zustimmung stößt, auch wenn sich dies noch nicht in einer Ablehnung der Bundessatzung umsetzt. Hieran weiterzuarbeiten wird die nächste Aufgabe der Linken sein.

Deutlich geworden ist gerade an dieser VV, daß es den Linken während der gesamten Zeit, seit der entscheidenden VV am 25. 8., nicht gelungen ist, die Empörung und den Protest gegen die Machenschaften des Bundesvorsitzenden Frister in eine bewußte politische Ablehnung der Bundessatzung umzuwandeln. Dies zeigt sich zum einen darin, daß von den 458 Delegierten nur 366 auf der VV anwesend waren und es diesmal trotzdem zu einer Dreiviertelmehrheit gereicht hat. Dies liegt unserer Meinung darin begründet, daß gerade die Klägergruppe, die sicherlich noch die größte Basis in der Mitgliederschaft gefunden hätte, keine offensive Politik zwischen den VVs betrieben hat. Zum anderen darin, daß die übrige linke Opposition, die sich um den Koordinationsausschuß gruppiert sich den sektiererischen Kurs der „KPD" aufzwingen ließ, so daß sie in breiten Teilen der Mitgliederschaft keinen Boden gewinnen konnte. Hinzu kommt, daß die Auseinandersetzung um den Ausschluß des Westberliner Verbandes in den anderen Landesverbänden nur langsam anläuft, so daß sich die Linken in Westberlin nur bedingt auf diese Solidarität stützen konnten. Aber auch hier muß gesagt werden, daß sowohl von der Klägergruppe als auch vom Koordinationsausschuß kein offensives Vorgehen praktiziert wurde, daß sie es vielmehr dem Zufall überließen, ob es in den Landesverbänden zu dieser Diskussion kam oder nicht.
mehr dem Zufall überließen, ob es in den Landesverbänden zu dieser Diskussion kam oder nicht.

Beendet ist die Auseinandersetzung im Landesverband Westberlin mit dieser Abstimmung allerdings noch lange nicht. Denn bisher hat sich Frister noch mit keinem Wort zu diesem „Kompromiß" geäußert. Im Gegenteil hat er bisher alle Kompromißversuche radikal abgelehnt, weshalb seine Zustimmung höchst zweifelhaft ist. Dann wird vor den Westberliner Kolleginnen und Kollegen wiederum die Frage stehen, ob sie Frister einen Schritt weiter entgegenkommen wollen oder ob für sie dies der letzte Kompromiß ist, der Frister angeboten wird.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Kollegen erzwingen a.o. Mitgliederversammlung

München: Auf der ordentlichen Mitgliederversammlung (MV) am 14.10. hatten Kollegen aus der Fachgruppe (FG) Grund-, Haupt- und Sonderschulen und aus der FG Sozialpädagogik den Antrag eingebracht, zu der Auseinandersetzung im LV Westberlin eine a.o. MV einzuberufen.

Der Kreisvorstand – im wesentlichen besetzt von SPD- und DKP-Kollegen – und auch der Landesvorstand versuchten von vornherein, diese a.o. MV zu verhindern, da es viel wichtiger sei, sich mit „aktuellen gewerkschaftspolitischen Fragen" (ist der Ausschluß von 13.000 Mitgliedern keine wichtige Frage?) auseinanderzusetzen. Immer dann, wenn fortschrittliche Mitglieder sich gegen den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie zur Wehr setzen, wird von Sozialdemokraten und Revisionisten diese üble Taktik angewandt, sogenannte „gewerkschaftliche Sacharbeit" gegen die leidigen „innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen" auszuspielen.

Nachdem die a.o. MV gegen den Willen des Vorstandes beschlossen wurde, verhinderte dieser mit Erfolg die Herausgabe von Informationen über Westberlin als GEW-Info, veröffentlichte jedoch „Materialien", die bis auf einen Text nur ablehnende Aussagen (u.a. von Kujawa) zum Vorgehen der Westberliner GEW-Opposition enthielten.

Fortschrittliche Kollegen gaben deshalb eine „Materialsammlung zur Berliner Situation" heraus, in der auch der Standpunkt der linken Westberliner Mitglieder dargestellt wurde.

Auf der a.o. MV am 11.11., die mit 300 anwesenden Kollegen die am stärksten besuchte seit Jahren war, wurde vom Kreisvorstand dann in bekannter Weise gegen die Westberliner Linken losgezogen. Man finde das Vorgehen des Hauptvorstandes ja auch nicht gut, man sei ja auch gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse – aber doch nicht jetzt! Allerdings, eine Solidarisierung mit den Westberliner Linken gegen die Übernahme der Bundessatzung sei eine „Schwächung der Gewerkschaft".

Um den Zynismus und die hemmungslose Anpassung „nach oben" an den Hauptvorstand ganz zu begreifen, muß man sich vor Augen halten, daß die bayrischen Delegierten auf der Vertreterversammlung in Mainz nahezu geschlossen gegen die Bundessatzung gestimmt hatten!

Ganz dieser Politik entsprach auch der Antrag des Kreisvorstands, in dem in einigen vorsichtigen Worten der Kritik am Hauptvorstand eine massive Anklage gegen die Westberliner Linken gegenübergestellt wurde.

Durch einen Gegenantrag der fortschrittlichen Kollegen konnte der Vorstandsantrag in einigen Punkten geändert werden.

Den größten Hammer brachte der auf der Sitzung anwesende bayrische Landesvorsitzende Eckart dann aber nach der Abstimmung ein. Als Adressaten des Antrags waren von vornherein neben dem bayrischen Landesvorstand der Hauptausschuß (Bund) und der Hauptvorstand (Bund) sowie der LV Westberlin angegeben worden. Außerdem sollte der Antrag in der „Demokratischen Schule", Zeitung der bayrischen GEW, veröffentlicht werden. Nach der Abstimmung stellte nun Eckart den Antrag, den Beschluß nur an den bayrischen Landesausschuß und den Landesvorstand sowie an die Kreisverbände zu richten.

Die Schmierenkomödie ging weiter: der Kreisvorstand zog seine Adressaten zurück und schloß sich dem Antrag Eckarts an!

Und auch bei diesem üblen Schwenk zogen die „Einheitsgewerkschafter" der DKP im Vorstand mit! Gerade, daß es bei einigen noch zu einer Enthaltung langte!

Die a.o. MV des Münchner Kreisverbandes ist ein Schritt in die richtige Richtung! Genauso, wie sie aber erst auf Initiative der fortschrittlichen Kollegen und gegen den Vorstand durchgesetzt werden konnte, liegt es auch jetzt an diesen Kollegen, dafür zu sorgen, daß der Antrag der MV nicht in der Schublade verschwindet und daß die Solidarisierung mit den Westberliner GEW-Linken weiter vorangebracht wird!

Ein Lehrergenosse aus Eimsbüttel nach dem Bericht eines Sympathisanten aus München

Fachgruppenvorstand läßt sich Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufnötigen

Hamburg: Wie in AK 92 berichtet, hatte sich die Fachgruppe Hochschulen auf ihrer Sitzung am 18.10. erfolgreich gegen den Versuch gewehrt, die Anerkennung und Durchsetzung der UVB's zu erzwingen, indem die ca. 70 anwesenden Kollegen bei nur sechs Gegenstimmen beschlossen hatten, die Fachgruppensitzung trotz Anwesenheit des ausgeschlossenen Kollegen Köhler durchzuführen.

Dies wollte einigen Leuten im Hamburger Landesvorstand gar nicht gefallen, und prompt erschien auf der nächsten Sitzung der 1. Vorsitzende Lembke (der selbst mehrfach gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse Stellung genommen hat) höchstpersönlich.

Für diese Fachgruppensitzung (am 15.11.) hatte der Fachgruppenvorstand den Punkt „Teilnahme ausgeschlossener Mitglieder an den Mitgliederversammlungen" regulär auf die Tagesordnung gesetzt und dazu eine Beschlußvorlage vorbereitet, die die Haltung von der letzten Sitzung bekräftigte und gleichzeitig die ausgeschlossenen Kollegen aufforderte, einen Aufnahmeantrag beim Landesverband Hamburg zu stellen, ohne damit ihren rechtswidrigen Ausschluß anzuerkennen.

Das Erscheinen des 1. Vorsitzenden tat allerdings seine Wirkung. Er trug einen Beschluß des Landesvorstandes vor, wonach der Hauptvorstandsbeschluß, daß ausgeschlossenen Mitgliedern kein Gastrecht gewährt werden dürfe, auch für Hamburg gelten solle. Danach rückte der Fachgruppenvorstand (2:1) von seinen ursprünglichen Positionen ab und meinte (selbstverständlich zähneknirschend), es sei wohl besser, wenn Köhler einen Antrag auf Neuaufnahme stelle, aber für dieses Mal lieber „ein Bier trinken gehe".

Gut eineinhalb Stunden wurde hierüber diskutiert (natürlich nicht als Fachgruppe, sondern als „zufällig zusammengekommene Kollegengruppe", wie der Spezialist in Sachen Ausschlußanträge Jürgen Petersen mit Bedauern zur Kenntnis nehmen mußte – hätte er doch zu gerne einen Ausschlußantrag auch gegen den Vorsitzenden Schmitz gestellt). Ein Kollege wies richtig darauf hin, daß es überhaupt ein Unding sei, ehemaligen Mitgliedern Rechte verweigern zu wollen, die man jedem beliebigen Nicht-Mitglied einräumen kann (weshalb ja auch von Gastrecht gesprochen wird). Andere Kollegen fragten besorgt, wem sich der Fachgruppen-Vorstand, der sich so gerne darauf beruft, daß Beschlüsse nun einmal eingehalten werden müssen, eigentlich mehr verpflichtet fühlt: irgendwelchen übergeordneten Gremien oder den Kollegen, die ihn gewählt haben. Zumal sowohl auf Fachgruppensitzungen als auch auf anderen gewerkschaftlichen Gremien mehr als einmal erklärt wurde, daß sie gegen die UVB's sind.

Das anschließend erhobene Meinungsbild ergab 15:8 Stimmen für die Aufforderung an Kollegen Köhler diese Sitzung zu verlassen und einen Aufnahmeantrag an den Landesverband Hamburg zu stellen. Dazu muß noch gesagt werden, daß die Abstimmung praktisch so dargestellt wurde, als müsse man sich zwischen einer Solidarisierung mit Köhler oder mit Schmitz (als Verhandlungsleiter) entscheiden, da eine Entscheidung für die Anwesenheit Köhlers automatisch Schmitz in Gefahr bringe..

Damit wurde wieder einmal vor dem Druck des Hauptvorstandes zurückgewichen, obwohl gerade von den linken Sozialdemokraten (Lembke) immer wieder behauptet wird, daß der „Hamburger Kompromiß" vor solchen Erpressungen schütze. Das würde allerdings voraussetzen, daß man sich dem auch offensiv widersetzt.

Lehrerkomitee
KB / Gruppe Hamburg

GEW Schleswig-Holstein

Landesvertreterversammlung für Übernahme der Bundessatzung

Vom 26. bis 28.11. fand in Kiel die Vertreterversammlung der GEW Schleswig-Holstein statt. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Übernahme der GEW-Bundessatzung.

Die GEW-Führer hatten von vornherein für eine rechte Zusammensetzung der Delegierten gesorgt: 76 der 226 abstimmungsberechtigten Delegierten waren als Mitglieder des Landeshauptausschusses automatisch delegiert. Die 100 Vertreter der Kreisverbände wurden in der Regel von den Kreisvorständen selbst gestellt oder von ihnen ausgewählt.

Eine echte Wahl der Delegierten gab es fast nirgends. Ebensowenig eine Diskussion unter den Mitgliedern über die Bundessatzung und die Haltung der Delegierten dazu. Die restlichen 50 Vertreter stellten die Fachgruppen, der AjLE und die Arbeitsgruppe der Studentengruppen. Allerdings wurde sogar der AjLE-Landesvorsitzenden M. Gosch von der LVV ihr Mandat verweigert, da ein Ausschlußverfahren gegen sie eingeleitet worden ist. Bei dieser Zusammensetzung der Delegierten wundert es wohl kaum, daß die Bundessatzung mit einer eindeutigen Mehrheit von 170 (das entspricht 80,9%) zu 35 Stimmen bei fünf Enthaltungen „übernommen" wurde und dies fast ohne Diskussion!

Angesichts des Zustandekommens dieser LVV und der Durchführung (s.u.) ist das Ergebnis allerdings als durchaus respektabel zu bezeichnen und zeigt die Möglichkeiten auf, die auch in diesem Landesverband an dieser Frage zu entwickeln sind. Nachdem zu Beginn der Debatte die Redezeit schon auf maximal drei Minuten begrenzt worden war, kam bereits nach einer Stunde (!) der Antrag auf Schluß der Debatte, der auch durchkam. Bei diesen klaren Verhältnissen brauchte die anwesende Bundesprominenz (Frister, Vergin) gar nicht erst in die Debatte einzugreifen.

Mit dieser Abstimmung ist die Auseinandersetzung um die Bundessatzung aber noch lange nicht beendet. Nach der bisherigen Landessatzung ist hier eine Urabstimmung der Mitglieder mit Zwei-Drittel-Mehrheit das für eine Auflösung vorgesehene Verfahren (§ 35), das – entsprechend dem Westberliner Gerichtsurteil – auch bei der Übernahme der Bundessatzung angewandt werden müßte, da dies einer Auflösung des Landesverbandes gleichkommt. Da diese Tatsache auch den GEW-Führern bekannt ist (immerhin hat Frister gerade in Westberlin einen Prozeß verloren), wird hier wiederum bewußt ein rechtswidriger Weg beschritten, um die Bundessatzung mit allen Mitteln durchzusetzen. Dieses Vorgehen zeigt die Skrupellosigkeit, mit der vom Vorstand die Mitgliederrechte gebrochen werden. Dies sollte insbesondere denjenigen zu denken geben, die (selbst nach dieser Abstimmung noch) „Skrupel" haben, die Mitgliederrechte auch vor dem bürgerlichen Gericht zu verteidigen. Es sollte auf jeden Fall nicht ausgeschlossen werden, daß, ähnlich wie in Westberlin, auch in Schleswig-Holstein GEW-Mitglieder gegen das illegale Übernahmeverfahren klagen.

Am Freitag, den 10. Dezember findet in Neumünster (16 Uhr, DGB-Haus) eine für alle GEW-Mitglieder öffentliche AjLE-Landestagung statt, auf der über die Lage nach der LVV und eventuell zu unternehmende Schritte gegen die illegale Übernahme der Bundessatzung beraten werden soll.

KB/Gruppe Flensburg

„päd. extra" warnt vor Illusionen

Vor einer Überbewertung des Gerichtsurteils vom 8.10., das dem Bundesvorstand den Ausschluß der GEW Westberlin untersagt, warnt die Zeitschrift „päd. extra" (Nr. 21/22; 15.11.76). Frister sei juristisch durchaus noch nicht am Ende seiner Möglichkeiten. So lautet eine Passage in dem Gerichtsurteil, daß es der GEW-Führung *„auch heute noch möglich wäre, zu diesem Ziel in satzungsgemäß und rechtlich einwandfreier Weise zu gelangen. Daß die Beklagte ihr Ziel auch in rechtlich einwandfreier Weise erreichen könnte, nimmt ihrem dagegen gewählten Vorgehen nicht den Charakter der Rechtswidrigkeit"*.

Dies wurde bislang oberflächlich meist so interpretiert, daß unter „Ziel der GEW-Führung" die Übernahme der Bundessatzung durch die GEW Westberlin verstanden wurde und unter „rechtlich einwandfreier Weise" der sog. „Hamburger Kompromiß", d.h. eine eingeschränkte Übernahme der Bundessatzung, die keine Auflösung der Landesverbände beinhaltet.

„Päd. extra" weist jedoch zu Recht darauf hin, daß diese Aussage im Zusammenhang mit einer anderen Stelle aus dem Urteil in einem völlig anderen Licht erscheint. Dort heißt es nämlich: *„Es mag sein, daß gemäß früheren Satzungen Mitglieder der GEW-Bundesorganisation die einzelnen Landesverbände waren, und daß insoweit für die Beendigung dieser Mitgliedschaft Satzungsvorschriften vorgesehen waren.* ***Hierauf bezieht sich aber die Beklagte nicht.*** *Um bereits jetzt Fehlzitaten vorzubeugen, sei ausdrüchlich vermerkt, daß die Frage der Gültigkeit oder Ungültigkeit der gegenwärtigen Satzung der Beklagten* (d.h. der Bundessatzung – Anm. AK) *weder Gegenstand des Verfahrens ist noch gegenwärtig überhaupt aus dem Akteninhalt beurteilt werden könnte ..."* Das Gericht sei nur deshalb von der jetzigen Bundessatzung ausgegangen, weil sich auch der GEW-Bundesvorstand darauf berufen habe.

Dies interpretiert „päd. extra" als deutlichen Hinweis des Gerichts an Frister, sich in dem Verfahren nicht auf die Mainzer und Kölner Bundessatzung zu berufen (die ja von der GEW Westberlin zum Zeitpunkt des Ausschlusses noch gar nicht anerkannt worden war), sondern mit der früheren Bundessatzung zu argumentieren. „päd. extra" hält es für nicht unwahrscheinlich, daß dies der nächste Versuch des Bundesvorstands sein könnte, sein „Ziel" (den Ausschluß der GEW Westberlin und den Aufbau eines Spalterverbandes!) in „rechtlich einwandfreier Weise" zu erreichen.

Tatsächlich gibt die frühere Bundessatzung dem Bundesvorstand die Möglichkeit, neue Landesverbände in die GEW aufzunehmen – allerdings nur bei nachträglicher Zustimmung durch die Bundesvertreterversammlung. Es ist möglich, daß man versuchen wird, diesen Passus auf den geplanten Spalterverband in Westberlin anzuwenden, bzw. daraus ein ähnliches „Recht" auf den Ausschluß eines Landesverbands zu konstruieren.

(Für den KBW und seine angeblich „revolutionäre" Forderung nach einer a.o. BVV bestehen also durchaus noch Chancen...).

„Päd. extra" will diese Warnung allerdings nicht als Stellungnahme gegen die Westberliner Klägergruppe oder gegen ein juristisches Vorgehen überhaupt verstanden wissen, sondern als Beitrag für eine realistische Einschätzung des bürgerlichen Gerichts und entsprechende Vorbereitung auf die Revisionsverhandlung.

BERGBAU

BERGBAU

Antrag zum Gewerkschaftskongreß „verschwunden"!

Ende Juni verabschiedete die Ortsgruppe Gelsenkirchen-Ückendorf 2 der IGBE einen Antrag zum Erhalt der alten Zechensiedlungen. In diesem Antrag wurde u.a. gefordert:

- Die Abriß- und Verkaufspolitik der Wohnstätten soll verurteilt werden;
- der Hauptvorstand soll Pläne für den Erhalt der Bergarbeitersiedlungen ausarbeiten;
- die IGBE-Kollegen in den Wohnungsgesellschaften, Aufsichtsräten und in den Stadträten sollen zusammen mit den Mieterinitiativen für den Erhalt der Siedlungen kämpfen.

Dieser Antrag war von Mitgliedern der Mieterinitiative der Zechensiedlung „Flöz Dickebank" eingebracht worden. Da „Dickebank" im Bereich der Ortsgruppe liegt und fast alle IGBE-Kollegen von ähnlichen Problemen betroffen sind, wurde der Antrag auch einstimmig (bei zwei Enthaltungen) verabschiedet.

Der Antrag war Ausdruck, daß die Kollegen der Mieterinitiative mit „ihren" hauptamtlichen Funktionären nur schlechte Erfahrungen gemacht hatten. Diese Funktionäre arbeiteten entweder offen mit den kapitalistischen Wohnungsbaugesellschaften zusammen oder drückten sich vor jeder konkreten Forderung herum. Mit ihrem Antrag wollten die Kollegen nun die Problematik der Zechensiedlungen in der gesamten IGBE diskutieren und ihr „Dampf" machen.

Das erwies sich jedoch sehr schnell als Illusion. In der „einheit" (Zeitung der IGBE) Nr. 20, in der die Anträge zum Gewerkschaftskongreß abgedruckt wurden, war von ihrem Antrag keine Spur in Sicht. Stattdessen wurden nur Anträge abgedruckt, die die grundlegende Modernisierung der Siedlungen und die Sicherstellung von „modernen preisgünstigen Wohnungen" forderten...

Eine Antragszusammenfassung, wie sie von den Antragsberatungskommissionen bei gleichlautenden Anträgen vorgenommen wird, kann ebenfalls nicht vorliegen, da dann nämlich die Namen der OG's vor dem Antrag abgedruckt werden.

Zudem: Es gab (jedenfalls nach den Abdrucken der „einheit") überhaupt keinen gleichlautenden Antrag mit Ückendorf 2! (Informationen nach „Ruhr-Volksblatt", 11/76).

Dieses Beispiel zeigt, zu welchen kriminellen Praktiken die Gewerkschaftsführer greifen, um oppositionelle Stimmen zu unterdrücken. Hier werden oppositionelle Antrage nicht mehr nur im Eilzugverfahren und mit bürokratischen Tricks abgeschmettert, sondern der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit schlichtweg verheimlicht.

Dabei dürfte dieses Beispiel krimineller Methoden nur die Spitze des Eisberges sein. Wieviele gewerkschaftliche Gremien werden wohl die Unterdrückung ihrer Anträge gar nicht erst publik gemacht haben?

Ein Genosse des KB/Gruppe Bochum

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 26.000
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents
In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag ARBEITERKAMPF enthalten.



ausländische Arbeiter in der BRD

Der „Fall" der Türkin Gülter Yagci

Westberlin. Ein Musterbeispiel für die frauen-, kinder- und ausländerfeindlichen Gesetze in unserem „Rechts"-staat:

Am 12.2.1976 wurde die Türkin Gülter Yagci, die seit Juli 1973 mit gültigen Arbeits- und Aufenthaltspapieren in Westberlin lebt und arbeitet, vom Polizeipräsidenten mit sofortiger Wirkung wegen Annahme von Sozialhilfe (!) ausgewiesen. Seitdem droht ihr täglich die polizeiliche Abschiebung in die Türkei, wo sie um ihr Leben fürchten muß, aufgrund der mehrfachen Morddrohungen ihres Ehemannes, den sie verlassen hat.

Am 9.11.76 erhielt Frau Yagci eine gerichtliche Vorladung auf Freiheitsentzug, zu der sie jedoch nicht erschienen war. Dies hätte bedeutet, daß sie innerhalb von 48 Stunden abgeschoben worden wäre. Sie wagt sich im Moment auch nicht mehr in ihre Wohnung, da sie dort ca. zweimal pro Woche „Besuch" von Bullen bekommt. Trotzdem läuft sie ständig Gefahr, direkt an ihrem Arbeitsplatz verhaftet und dann abgeschoben zu werden.

Die Ausweisung eines Ausländers wegen Annahme von Sozialhilfe ist eine allgemein übliche Verwaltungspraxis in der BRD und Westberlin, gestützt auf §10, Abs.1, Nr.10 des Ausländergesetzes. Sie steht in direktem Gegensatz zum §120 des Bundessozialhilfegesetzes, in dem ausdrücklich auch Ausländern Anspruch auf Sozialhilfe gewährt wird. Dies entlarvt eindeutig die „Sozial"-staatlichkeit der BRD: Einerseits haben ausländische Kollegen das „Recht", genauso vom Finanzamt geschröpft zu werden wie ihre deutschen Kollegen, andererseits – wenn sie die sozialstaatlichen Leistungen in Anspruch nehmen müssen – werden sie mit der Ausweisung bestraft.

schen Kollegen, andererseits – wenn sie die sozialstaatlichen Leistungen in Anspruch nehmen müssen – werden sie mit der Ausweisung bestraft.

Die Ausweisung wurde auch nicht zurückgenommen, nachdem die bisher angefallenen Sozialhilfekosten (insgesamt DM 8.000) von Frau Yagci teilweise zurückgezahlt wurden und sie bereit ist, die restlichen DM 3.000 noch zu zahlen. Der für sie berechnete Kostenanteil für den Heimaufenthalt der Kinder über DM 480.-/Monat wird durch Gehaltspfändung gedeckt (ihr amoklaufender Ehemann hatte ohne ihr Wissen die Kinder aus der Türkei nach Westberlin gebracht). Die restliche Summe wird sie monatlich mit DM 300.- zurückerstatten, womit der Ausweisungsgrund, nämlich Empfang von Sozialhilfe und damit Belastung des öffentlichen Haushalts, hinfällig wird.

Nun holte der Polizeipräsident zum erneuten Schlag aus: Er lastete der türkischen Kollegin den gesamten Kostenbetrag für die Heimunterbringung der Kinder von DM 210.- täglich an, d.h. Frau Yagci hätte insgesamt DM 10.000 zu zahlen! In dieser Wahnsinnssumme wurden Grundstücksmiete, Hausmiete etc. angerechnet. Demnach könnten alle Ausländer, die vom Staat bezuschußte Kindertagesstätten oder auch nur Verkehrsmittel benutzen, ausgewiesen werden, wegen nicht vorhandenen Anspruchs auf staatliche Sozialleistungen.

Der inzwischen schon berüchtigte Chef der Ausländerpolizei Hollenberg drückte es so aus: *„Leider (!) muß ich mich auch nach Gesetzen richten (?!). Wenn's nach mir ginge, würde ich mit denen ganz anders verfahren!"*

Der Initiativausschuß Ausländerkomitee Westberlin, der es sich zum Ziel gesetzt hat, *„alle demokratischen und sozialistischen Ausländerorganisationen Westberlins auf der Basis eines Minimalkonsenses der Verbesserung der Rechtsstellung von Ausländern zu vereinen"* hat sich des „Falls" der Frau Yagci angenommen. Ebenso die „Humanistische Union", die die Bürgschaft über die restlichen DM 3.000 übernommen hat. Auf diese Weise, und durch massiven öffentlichen Druck, soll erreicht werden, daß Frau Yagci bis zum Hauptverfahren (dies kann bis zu drei Jahren dauern) nicht ausgewiesen wird.

- **Sofortige Rücknahme der Ausweisungsverfügung oder zumindest der Anordnung der sofortigen Vollziehung!**
- **Gleiches Recht auf Sozialhilfe für alle ausländischen Kolleginnen und Kollegen!**

(Angaben nach Unterlagen der „Humanistischen Union" und des „Initiativausschusses Ausländerkomitee")

KB/Gruppe Westberlin

Politisches Asyl für Ilhan Karlibel

Der Vorsitzende des „Bundes Türkischer Sozialisten in Europa", Ilhan Karlibel, wurde am 12.11. in seinem Zimmer im Münchner Studentenviertel von westdeutscher Polizei verhaftet.

Die Begründung für die Verhaftung: Ilhan wird von der faschistischen Regierung in der Türkei der Paß nicht verlängert und bekommt daher auch keine Aufenthaltsgenehmigung für die BRD. Nachdem sein Paß abgelaufen war, hatte er eine „Aufenthaltsduldung" bis zum 15.1. 76 erhalten.

migung für die BRD. Nachdem sein Paß abgelaufen war, hatte er eine „Aufenthaltsduldung" bis zum 15.1. 76 erhalten.

Die Nicht-Verlängerung von Pässen und die darauf folgende zwangsweise Ausweisung aus dem „Gastland" ist ein häufig von reaktionären Regierungen angewandtes Mittel, um ihre fortschrittlichen und politisch aktiven Landsleute nach den faschistischen Gesetzen des Landes ins Gefängnis zu werfen. Ilhan erwartet in der Türkei eine hohe Gefängnisstrafe, falls es zu einer Abschiebung kommen sollte.

Vor einigen Monaten wurde bekannt, daß die Bundesregierung der rechtsradikalen türkischen Regierung eine Verfassungsschutzliste mit Namen und Aktivitäten linker Türken in der BRD überreicht hat. Seitdem hat die türkische Regierung zahlreiche Haftbefehle gegen in der BRD lebende fortschrittliche Türken erlassen. Auch die Nicht-Verlängerung des Passes für Ilhan Karlibel muß als ein abgekartetes Spiel zwischen SPD/FDP-Regierung und den Demirel-Faschisten angesehen werden!

Gegen die Abschiebung haben in München – so gut wie alle dort ansässigen linken und demokratischen Organisationen öffentlich protestiert von Amnesty International über kirchliche Gruppen, verschiedenste Asten, GIM, AELA, CISNU, MSB, verschiedene türkische Gruppen.

Organisationen öffentlich protestiert von Amnesty International über kirchliche Gruppen, verschiedenste Asten, GIM, AELA, CISNU, MSB, verschiedene türkische Gruppen.

Nicht zuletzt wegen dieser Proteste wurde Ilhan wieder aus der Abschiebehaft entlassen und sein Aufenthalt wurde für weitere sechs Monate verlängert. In diesem Zeitraum muß über seinen Antrag auf politisches Asyl entschieden werden, den Ilhan schon vor über zehn Monaten gestellt hat und für den bisher noch nicht einmal ein Verhandlungstermin anberaumt worden war.

- politisches Asyl für Ilhan Karlibel!
- freie politische Betätigung für Ausländer in der BRD!

Emigrantenzelle

Hannover: „Graue Wölfe" ermorden türkischen Arbeiter

Am späten Abend des 24.11. kam es in Hannover-Linden (Charlottenstr.) zu einer „Schlägerei", bei der „zahlreiche Schüsse" fielen: ein türkischer Arbeiter starb sofort, einer wurde schwer verletzt!

Der Wirt der Gaststätte Charlottenstr./Ecke Allerweg, Ahmet A., soll nach einem Streit mit über 20 seiner türkischen Gäste, der auf der Straße weiterging, seinem Neffen Marduf Erdal eine Pistole (Kaliber 7,65, Walther pp) zugesteckt haben, mit der dieser sofort wie wild zu schießen begann. M. Erdal ist seitdem „spurlos verschwunden".

Der Kripo Hannover ist natürlich von politischen Motiven „nichts bekannt".

Die „Neue Hannoversche Presse" weiß jedoch immerhin von seit einigen Monaten *„schwelenden Spannungen zwischen der türkischen faschistischen Organisation ‚Ülkü Ocaklari', auch unter ihrem Namen ‚Graue Wölfe' bekannt, die in der Herschelstraße (gegenüber dem Polizeirevier) (!) und der Charlottenstraße Büros und Versammlungsräume unterhält, sowie linken maoistischen türkischen Gruppen und demokratisch gesinnten Arbeitern.*

Rund 1.000 Mitglieder sollen die türkischen Faschisten in Hannover teilweise mit Zwang um sich geschart haben, deren Prügeltrupps – so eingeweihte Experten – sich meist schwer bewaffnet (!!) *in den Straßen der Landeshauptstadt bewegen"* (NHP, 25.11.76).

Nachdem die MHP-Filialen, die fortschrittliche Türken in vielen Städten der BRD terrorisieren, offiziell „aufgelöst" waren, arbeiten sie als „Sozial"-, „Kultur"- oder „Idealistenvereine" getarnt ungehindert weiter.

Der Vorsitzende der MHP-Gruppen in der BRD ‚Enver Altayli', soll sich nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau" *„glänzender Beziehungen zu Behörden und Polizei in der Bundesrepublik"* rühmen.

„Er kann Unterlagen des Verfassungsschutzes vorlegen, die mit ‚VS-vertraulich, dienstlich geheim' versehen sind und offenbar aus dem türkischen Ministerium seines Vorsitzenden Tuerkesch stammen" (FR, 9.10.1976).

Somit ist mehr als klar, daß der Terror faschistischer Kommandos gegen demokratische türkische Landsleute von den westdeutschen Behörden nicht nur geduldet, sondern aktiv unterstützt wird.

- Schluß mit dem Terror der „Grauen Wölfe"!
- Auflösung der Tarnorganisation der MHP!

Emigrantenzelle

Bundesbahn streicht Billigfahrten für Ausländer!

Eine besondere Weihnachtsüberraschung bereitet die Bundesbahn-Direktion abertausenden unserer ausländischen Kollegen und ihren Familien in diesem Jahr, wenn sie über die Feiertage zu ihren Angehörigen in ihre Heimat fahren wollen.

Für diese Fahrten gab es in den vergangenen Jahren immer erhebliche Preisnachlässe. In diesem Jahr sind die Ermäßigungen gestrichen worden! – Das gilt ausgerechnet für die Zeit vom 10.-24.12. für Reisen nach Spanien, Portugal, Marokko, Italien, Jugoslawien, Osteuropa und Vorderasien. Für Reisegruppen ist der Hellas-Express sogar über die gesamte Laufzeit des Winterfahrplans für verbilligte Fahrten gestrichen worden, was für unsere türkischen, griechischen und jugoslawischen Kollegen zu einer starken Verteuerung der Reisen führt. Eine griechische Familie z.B., bestehend aus Frau, Mann und einem Kind unter 12 Jahren muß auf diese Weise für Hin- und Rückfahrt Hamburg–Athen einen vollen Monatslohn von 1311,10 DM (oder 1573,20 wenn das Kind über 12 ist) auf den Bundesbahnschalter legen, um ihre Eltern oder Freunde zu besuchen.

Möge den Sparschweinen der Weihnachtskarpfen im Halse stekkenbleiben!

Übrigens ist von einem Protest von Seiten der Gewerkschaftsführung nichts bekannt geworden.

ÖTV-Kommission



Frauen



Kampf der Frauen gegen „Psychotest"



– *„Es ist unangenehm, wenn sich Leute in der Öffentlichkeit küssen",*
– *„Die Schwangerschaft macht eine Frau sehr häßlich",*
– *„Es ist ekelerregend, wenn sich Tiere auf der Straße sexuell betätigen".*

Drei Beispiele – ein kleiner Auszug aus einem Fragebogen, den in Lübeck alle Frauen, die eine legale Abtreibung nach §218 vornehmen lassen wollen, mit Kriterien von „völlig unzutreffend" bis „völlig zutreffend" beantworten müssen. Dieser „SSG"-Fragebogen, ein Psychotest zur Einstellung der Frauen gegenüber der Sexualität, der Schwangerschaft und der Geburt, wird den Frauen – zusammen mit einem „Persönlichkeitstest" – vorgelegt, nachdem sie schon außerhalb der Klinik ein Gutachten für eine „soziale Indikation" erhalten haben!... Der Chef der Frauenklinik an der Medizinischen Hochschule Lübeck (MHL), Prof. Oberheuser, war schon immer als besonders hartnäckiger Gegner abtreibungswilliger Frauen bekannt; im letzten Sommer lamentierte er darüber, daß keiner entscheiden könne, wo der „soziale Notstand" anfinge, ob „beim Verzicht auf den Zweitwagen oder beim Farbfernseher". Durch den Fragebogen sollen die Möglichkeiten einer Abtreibung noch weiter eingeschränkt werden.

Ein konkreter Fall wurde den Lübecker Frauengruppen bekannt:

Eine arbeitslose türkische Kollegin (Entlassung „aus eigenem Verschulden"), die schon zwei Kinder hat, geschieden ist und jetzt in der achten Woche schwanger war, hatte Angst, bei erneuter Schwangerschaft keine Arbeitsstelle zu erhalten und in die Türkei abgeschoben zu werden; sie erhielt ein Gutachten für eine legale Abtreibung nach der „sozialen Indikation". – In der MHL wurde ihr der Fragebogen vorgelegt – sie habe sich bezüglich der schweinischen Fragen „sehr geschämt", sagt die Frau dazu. Die „Auswertung" des Fragebogens ergab: Eine Abtreibung sei nicht zu befürworten.

Mit Stellwänden und Flugblättern zogen Frauen aus fünf verschiedenen Frauengruppen daraufhin in die Innenstadt und enthüllten die Abtreibungspraktiken an der MHL. Etwa 100 Unterschriften gegen solche Machenschaften konnten an einem Vormittag gesammelt werden.

Im Anschluß an diese kleine Aktion weitete sich der Protest schnell aus: Enthüllungsartikel in den „Lübecker Nachrichten", der „Zeit" und natürlich im ARBEITERKAMPF sorgten dafür, daß diese konkrete Sauerei vielen bekannt wurde. Die „Humanistische Union", von der einige Frauen sehr aktiv an der Kampagne teilnahmen, und die „Arbeiterwohlfahrt" distanzierten sich in Erklärungen von solchen frauenfeindlichen Praktiken. Der Autor des „SSG"-Fragebogens, ein Dr. Lukesch aus Konstanz, meldete sich zu Wort: „Bei Zwangssituationen ... schmilzt natürlich die Gültigkeit solcher Testwerte"; der Test sei deshalb „zur Rechtfertigung einer sozialen Indikation unangebracht" („Lübecker Nachrichten", 11.11.).

Die Landesgruppe Schleswig-Holstein im Berufsverband Deutscher Psychologen (BDP) erklärte ebenfalls, daß „die Verwendung bzw. der Mißbrauch dieser Tests eine Verzerrung des Gesetzes" sei („LN", 14.11.76).

Und schließlich tauchte sogar das Fernsehen im Frauenzentrum auf: In der Magazinsendung „extra drei" wurde ein Filmbericht über den „Psychotest" und die Meinung der Lübecker Frauengruppen gebracht. Diese breite Berichterstattung und die große Empörung bei sehr vielen Frauen und Männern über den Prof. Oberheuser werteten die Lübecker Frauengruppen auf einer Plenumssitzung als einen Erfolg ihrer eigenen Aktivitäten. Jetzt wollen sie nicht locker lassen: Eine Veranstaltung und eine Dokumentation sollen die nächsten Schritte sein – der „Psyschotest" muß weg!

Frauenkommission des KB/ Gruppe Lübeck

Legale Schwangerschaftsabbrüche: Anzeigenpflicht für Ärzte

Kurz nach der „Neuregelung" des § 218 schneite den Ärzten eine neue Rechtsverordnung ins Haus, die die Anzahl der Ärzte, die zur Durchführung legaler Abtreibungen bereit sind, weiter verringern wird: die Anzeigepflicht für „abbrechende Ärzte".

Der Inhalt der neuen Vorschrift ist, laut offizieller Zeitung der Berliner Ärztekammer, folgender:

– Anzeigepflicht für Ärzte, die einen Schwangerschaftsabbruch machen, gegenüber dem Statistischen Bundesamt.
– Jeder Arzt ist gesetzlich verpflichtet, einen eigens dafür entworfenen Fragebogen auszufüllen mit Angaben zur sozialen Situation der schwangeren Frau und mit zusätzlichen medizinischen Daten.
– Das „Zählblatt für Schwangerschaftsabbrüche" muß in „vertraulichen Rücksendeumschlägen" an das Statistische Bundesamt geschickt werden.

Ausgewertet wird die Statistik von einer Sachverständigenkommission beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, die dann für die Frauen entscheidet, ob „gesundheitspolitische Maßnahmen zum Wohlergehen der Frau" nötig sind.

Erstes Ziel der Rechtsverordnung ist es laut Angaben des Statistischen Bundesamtes, *„auf die Dauer die Zahl der Abtreibungen überhaupt einzudämmen".*

Das spricht wohl eine deutliche Sprache! In Zukunft, wenn die Karteikarten des Statistischen Bundesamtes gefüllt sein werden, wird wohl wieder eine neue „Rechts"verordnung in Kraft treten, die es den Frauen, die nach der heutigen „Neuregelung" nach langen Such- und Bittgängen durch die Beratunsstellen doch noch eine „soziale" bzw. „sozialmedizinische" Indikation bescheinigt bekommen, generell unmöglich machen soll, einen legalen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen.

In der erwähnten Statistik werden die vollständigen Personalangaben des behandelnden Arztes verlangt. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, auf einen Schlag alle „abbrechenden Ärzte" karteimäßig zu erfassen. Von hier bis zur Strafverfolgung ist nur ein kleiner Schritt.

Die ohnehin geringe Anzahl der Ärzte, die zur Abtreibung bereit sind, wird sich durch diese neue „Rechts"-verordnung noch weiter verringern, gehen sie dadurch doch ein erhebliches Risiko ein. Die Leidtragenden sind wieder einmal die Frauen!

Ein weiterer Punkt ist, daß dieses zusätzliche Ausfüllen eines Fragebogens zusätzliche Arbeit für die Ärzte bedeutet, die sich in keiner Weise auf den Geldbeutel niederschlägt. Zum Vergleich:

– Für eine Abtreibung erhält der Arzt von der Krankenkasse DM 35,–;
– für das Einsetzen einer Spirale (ohne bürokratischen Aufwand) ca. DM 120,–.

Welcher Arzt wird schon bereit sein, bei mehr Arbeit und zusätzlichem politischen Risiko auch noch weniger zu verdienen? Mit dieser neuen „Anzeigepflicht" schlägt der Staatsapparat zwei Fliegen auf einen Schlag:

Die Anzahl der legalen Abtreibungen wird sich weiterhin verringern, langfristig vielleicht sogar unmöglich gemacht werden, und die Kontrolle der „abbrechenden" Ärzte ist vollauf gewährleistet..

Frauen, die aus einer sozialen Notlage abtreiben wollen und müssen, sollen dadurch verstärkt kriminalisiert werden.

(Informationen nach „Courage" 3).

Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Hamburg

„pro-familia"-Beratungsstelle in Münster geschlossen

Anfang November wurde die „pro-familia"-Beratungsstelle in Münster geschlossen. Der Grund: Die „pro-familia"-Mitarbeiter, die bisher alle ehrenamtlich tätig waren, hatten bei der Stadt die Einrichtung einer Sozialarbeiterstelle gefordert, um den zunehmenden Andrang (seit Inkrafttreten des neuen § 218) noch bewältigen zu können. Der Stadtrat (CDU-Mehrheit!) lehnte die Bewilligung der Stelle (Kostenpunkt: 28.000 DM im Jahr) ab.

Die „pro-familia"-Mitarbeiter sahen sich daher gezwungen, die Beratungsstelle zu schließen. Die Stadt begründete ihre Ablehnung damit, daß es außer „pro-familia" noch andere Beratungsstellen gäbe, offiziell zwölf. Darunter sind allerdings nur zwei (!), die überhaupt Schwangerschaftsberatungen, und zwar ohne Ärzte und Psychologen, durchführen. Alle anderen zehn angeblichen Beratungsstellen haben Abtreibungswillige bisher an „pro-familia" verwiesen. Zudem war „pro-familia" die einzige Stelle, die Beratungen über Verhütungsmaßnahmen leistete.

(Informationen nach WDR II, 12.11.76)

KB/Gruppe Bochum

Wer gehört auf die Anklagebank?

Eine Strafe von einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung verhängte am 8.11. die Dritte Große Strafkammer des Landgerichtes Frankfurt gegen die 22jährige Krankenschwester Charlotte D., die 1973 ihr neugeborenes Kind nach der Entbindung aus Verzweiflung getötet hatte. Diese Strafe lag damit höher als die von der Staatsanwaltschaft geforderte Freiheitsstrafe von einem Jahr.

Dieses harte Urteil wurde gefällt, obwohl durch einen Sachverständigen aufgezeigt worden war, daß die aussichtslose Situation Frau D. zu ihrer Tat getrieben hat. C.D. fürchtete, als Mutter ihre Stelle als Schwesternschülerin zu verlieren. Ihr Freund, der Vater des Kindes, tte sich von ihr abgewandt, und sie mußte zudem befürchten, nicht ins Elternhaus zurückkehren zu können. Ihr erzreaktionärer Vater hatte ihr gedroht: „Mit allem kannst Du kommen, aber komme nicht mit einem unehelichen Kind!"

Ein starkes Stück ist es allerdings, daß derselbe Sachverständige der Angeklagten bescheinigte, nach der Geburt „wie eine Schwachsinnige" reagiert zu haben und daß zur Tatzeit bei ihr „seelische Abartigkeit" bestanden habe. „Schwachsinnig und abartig" ist die Situation, in die eine ledige Mutter in der BRD kommen kann!

Eine Sympathisantin des KB/Gruppe Frankfurt

Familie wegen Beihilfe zur Abtreibung verurteilt!

Bayern. Seit dem 22.9.76 besteht im Landkreis Landhut der Beschluß, *„in den Krankenanstalten des Landkreises Schwangerschaftsabbrüche nur bei Vorliegen einer begründeten, medizinischen Indikation zu gestatten. Dabei wurde unterstrichen, daß keineswegs Schwangerschaftsabbrüche in dem Rahmen möglich sein sollen, wie sie nun durch die Neufassung des § 218 StGB straffrei sind"* („Landshuter Zeitung", 3.11.76). Konkret ist die Schwangerschaftsunterbrechung verboten:

– *„bei Vergewaltigung";*
– *„bei sexuellem Mißbrauch von Kindern und Widerstandsunfähigen";*
– *„bei gesundheitlicher Gefährdung des Kindes";*
– *„Bei allgemeiner Notlage der Familie"* (Alle Zitate „Landhuter Zeitung", 3.11.76).

Mit zunehmender Härte wird auch die illegale Abtreibung bestraft. So stand vor einigen Wochen in Landshut eine ganze Familie vor Gericht. Ein 16jähriges Mädchen hatte in Holland abgetrieben und wurde von ihrer Familie unterstützt, indem die Eltern dem Bruder das Auto gaben, um nach Holland zu fahren. Für diese Vergehen wurden alle, bis auf den Vater, zu relativ hohen Geldstrafen, zusätzlich aller Prozeßkosten, verurteilt. Für diese Arbeiterfamilie, wo der Vater schwerkrank ist, die Mutter als Näherin arbeitet und das Mädchen noch in die Lehre geht, war die Abtreibung doch offensichtlich dringend notwendig. Ganz anders sah das allerdings der Richter, der in seiner Urteilsbegründung sagte (laut „LZ" vom 7.10.76): *„Wenn auch der Schwangerschaftsabbruch weitgehend liberalisiert sei, so gehe es jedoch nicht an, daß jeder nach Holland fahre, um sich die Leibesfrucht abtreiben zu lassen. Das auch dann nicht, wenn der Vater nicht der ‚Wunschvater' sei, so daß die Kindesmutter dann in einen schweren Konflikt komme. Auch solche Kinder müßten zur Welt gebracht werden, schließlich könne man nicht alles vorausbestimmen, sonst wäre es um die Welt schlecht bestellt".*

KB / Gruppe Landshut

Der „reformierte" 218: einige Beispiele aus Frankfurt

Fall 1:
Eine Frau mit drei Kindern wurde von ihrem Frauenarzt zu „Pro Familia" geschickt. Dort wurde ihr gesagt, daß eine Abtreibung nur möglich sei, wenn sie sich gleichzeitig sterilisieren läßt.

Fall 2:
In der Frankfurter Uni-Klinik wurde eine Frau abgewiesen, obwohl sie eine medizinische Indikation hatte, da sie unter einer Hüft- und Schilddrüsenkrankheit leidet.

Fall 3:
Eine andere Frau, die eine „soziale" Indikation hatte, wurde ebenso in der Uniklinik abgelehnt. Genauer lief das so: Zunächst wurde die Abtreibung bewilligt, und sie bekam ein Bett für den nächsten Tag. Als sie dann erschien, wurde ihr mitgeteilt, daß der zuständige Arzt, ein Dr. Lepin, sich das „anders überlegt" habe.

Frauenkommission KB/Gruppe Frankfurt

BILD wärmt die „lesbischen Mörderinnen" wieder auf

„Judy liebt Marion Ihns – es hat sich da nichts geändert. Ganz verrückt ist die kleine lesbische Mörderin vor Liebe. Sie schenkt Marion Schokolade, Nescafé, selbstgebastelte Blümchen, schreibt Briefe mit Herzchen drauf und Kußmund".

So beginnt ein Artikel der neuen „Bild"-Zeitungs-Serie „Was ist aus ihnen geworden?" über die „lesbischen Mörderinnen" Judy Andersen und Marion Ihns. Im weiteren Verlauf des Artikels gewinnt der Leser einen umfassenden Einblick in das „Leben der Marion Ihns" im Frauengefängnis Lübeck-Lauerhof.

Der Tag beginnt für sie um sechs Uhr. „*Eine Stunde darf sie sich waschen, anziehen und ein bißchen tändeln*". Beneidenswert – welche arbeitende Frau kann sich so etwas sonst leisten? ... „*Die Anstaltsleitung hat nichts dagegen, daß die weiblichen Gefangenen private Unterwäsche tragen. Marion tut's*". Dann setzt sie sich vor den Spiegel – „*Creme, Lippenstift – das alles hat Marion*" – und macht sich schön, während sie Musik vom NDR II hört. Nach dem Frühstück „*wird Marion zu ihrer Arbeitsstelle geführt, darf nähen, flikken und bügeln*". Sogar Geld kriegt sie dafür! „*200 Mark im Monat*". Während 100 Mark für Schminksachen draufgehen, „*spart die Gefängnisleitung die anderen 100 Mark für sie*". Bis mittags hat sie nun reichlich zu tun. „*Die Gefängnisleitung lobt sie, weil sie die Fleißigste ist und weil sie sich sehr geschickt anstellt*".

Nach dem Mittagessen – „*Mohrrüben, Frikadellen, viel Soße und neue Kartoffeln*" – hat sie schon wieder eine Freistunde. Meist läßt sie sich aus dem Lesesaal „Frauenzeitungen" wie „Die Freundin" oder „Für Sie" bringen. Richtig gemütlich ist ihre kleine Zelle. „*Ihre Pritsche hat sie in eine Couch verwandelt*". Sogar einen Teppich „*hat sie sich geknüpft*".

Bis 19 Uhr muß sie dann wieder arbeiten. „*Aber sie arbeitet ja gern. Die Arbeit lenkt sie ab*".

Nach dem Abendessen hat sie frei – heissa! „*Sie kann jetzt in den Fernsehraum gehen. Kann mit 80 anderen Frauen das erste, das zweite oder das dritte Programm anschauen*". – „*Sie kann aber auch in den Gymnastikraum gehen oder in den Lesesaal. Sie hat da viele Möglichkeiten*".

Wie schön könnte das Leben im Knast sein – wenn nur Judy nicht wäre, die ihr doch tatsächlich weiterhin mit ihrer Liebe nachstellt! Ihretwegen traut sie sich weder in den Fernsehraum, noch in den Lesesaal oder in den Gymnastikraum, denn sie will Judy nicht sehen. „*Von der lesbischen Liebe habe ich die Nase voll*", meint sie.

Eine „quälende Frage" beschäftigt Marion Ihns Tag und Nacht: „*Wie lange liebt mich mein Oberkellner?*" Bei der Versteigerung ihrer Wohnungseinrichtung hat nämlich ein Oberkellner „*am meisten geboten – und sich gleich in die Besitzerin verliebt*". Am Besuchstag „*läßt man sie oft mit dem Oberkellner allein*". Dann dreht sich alles darum, ob er sie noch lieben wird, wenn sie 53 ist und aus dem Knast kommt. „Bild" meint: „*Daß dieser Mann zu ihr kommt, ist eine Gnade für sie*". – „*Aus mit Judy und vorbei die Leidenschaft von Frau zu Frau. So schnell kann's gehen. Herr Ihns hätte gar nicht zu sterben brauchen*".

Dementsprechend sind auch die „*Nächte der Marion Ihns schlimmer als die Tage. Oft stöhnt, schreit und schluchzt sie in ihren Träumen. Eigentlich eine Erlösung, daß früh um sechs die Wecksirene im Gefängnis schrillt*" (alle Zitate aus „Bild", 15.11.76).

In diesem Schweinsartikel wird das Frauengefängnis als ein paradiesischer Ort dargestellt, wo es den Frauen ja so gut geht, wenn sie nur still und fleißig sind. Marion Ihns „hat ihr Urteil akzeptiert" – das wird von der Gefängnisleitung damit belohnt, daß sie ihre private Unterwäsche tragen darf! Sie wird als „geheilt" = glücklich hingestellt, weil sie wieder einen Mann liebt!

Verschwiegen wird in dem Artikel, wie es denjenigen Frauen ergeht, die gegen die Zustände im Knast aufbegehren und sich nicht bereitwillig der stumpfsinnigen Arbeit unterwerfen, wie z.B. Judy Andersen, die weiterhin zu ihrem Lesbischsein steht und sich nicht von der „Gnade" eines Oberkellners oder irgendeines sonstigen Mannes abhängig macht.

Die Tatsache, daß es für sie – wie auch für jeden anderen Gefangenen – eine untragbare Zumutung darstellt, jahrelang ohne Zärtlichkeit und freundschaftliche Beziehungen auskommen zu müssen, wird von der Lumpenpresse auf die widerlichste Weise ausgeschlachtet und lächerlich gemacht – sie sei „ganz verrückt vor Liebe" etc.

Während Marion Ihns mit „ihrem Oberkellner" allein sein darf, hat man Judy Andersen verboten, zusammen mit den anderen Gefangenen zu duschen oder auf den Hof zu gehen (sie könnte sie sonst wohl vergewaltigen?). Selbst ihre Arbeit verrichtet sie meistens allein in ihrer Zelle (nach: „Lesbenpresse" Nr. 4).

Weiterhin wird sie gezwungen, die Anstalts-Frauenkleidung zu tragen, obwohl sie Frauenkleidung seit ihrer Jugend ablehnt. Mit der fadenscheinigen Begründung, das Tragen von Hosen würde die Anstaltsordnung gefährden (!), versucht man, sie in die ihr verhaßte Frauenrolle zu zwingen. Statt medizinischer Behandlung, die sie aufgrund einer Geschwulst dringendst benötigt, wird sie mit Psychopharmaka vollgestopft und in Isolationshaft gehalten (siehe AK 92).

Durch derartige psychische und physische Quälereien werden Gefangene zu Selbstmordversuchen getrieben, die dann als Rechtfertigung für eine noch schärfere Überwachung dienen. Zudem ist eine tote Gefangene der Gefängnisleitung immer noch lieber als eine, die durch ihr „abweichendes" Verhalten die „Ordnung gefährdet".

Keine Schikanen und Isolationshaft gegen lesbische Gefangene!

Gegen die Lügenkampagnen der bürgerlichen Lumpenpresse!

Eine lesbische Genossin der
BO Barmbek
KB/Gruppe Hamburg

ihre kleine Zelle. „*Ihre Pritsche hat sie in eine Couch verwandelt*". Sogar einen Teppich „*hat sie sich geknüpft*".
Bis 19 Uhr muß sie dann wieder arbeiten. „*Aber sie arbeitet ja gern. Die Arbeit lenkt sie ab*".
Nach dem Abendessen hat sie frei – heissa! „*Sie kann jetzt in den Fernsehraum gehen. Kann mit 80 anderen Frauen das erste, das zweite*
belohnt, daß sie ihre private Unterwäsche tragen darf! Sie wird als „geheilt" = glücklich hingestellt, weil sie wieder einen Mann liebt!
Verschwiegen wird in dem Artikel, wie es denjenigen Frauen ergeht, die gegen die Zustände im Knast aufbegehren und sich nicht bereitwillig der stumpfsinnigen Arbeit unterwerfen, wie z.B. Judy Andersen, die weiter-
Keine Schikanen und Isolationshaft gegen lesbische Gefangene!
Gegen die Lügenkampagnen der bürgerlichen Lumpenpresse!
Eine lesbische Genossin der BO Barmbek KB/Gruppe Hamburg

Grupp 8 – Schwedische Frauen organisieren sich

1970 im Sommer gründeten acht Frauen die Grupp 8. Sie veranstalteten ein Treffen und hatten bald großen Zulauf.

Nach einer Reihe von organisatorischen Debatten gibt es jetzt viele einzelne Gruppen auf lokaler Basis. Ein absolut einheitliches Programm gibt es nicht.

Die Grupp 8 in Stockholm gibt eine Zeitung, das „Kvinno Bulletinen" heraus, das aber die Göteborger Frauen nicht als ihre Zeitung ansehen. Sie werfen den Stockholmerinnen Hang zum Feminismus vor.

In der Grupp 8 sind Frauen mit den verschiedensten Anschauungen vertreten, sozialistische Frauen, Frauen der lesbischen Front, „unpolitische" Frauen. Der beruflich größte Anteil wird von Kontorangestellten gestellt, einen großen Teil machen auch die intellektuellen Frauen aus. Hausfrauen und Arbeiterfrauen sind in der Minderzahl.

In Göteborg unterhalten die „Achter" zusammen mit anderen Frauen ein Frauencafe Bröd & Rosor (Brot und Rosen). Zur Zeit beschäftigen sie sich wie fast alle Frauenorganisationen mit einer Untersuchung der Regierung über Sexualverbrechen, die von allen Frauen abgelehnt wird. Darin steht z.B., daß eine Frau nicht als „vergewaltigt" angesehen werden kann, wenn sie „sexuell provokativ" ist.

Weitere Arbeitsgebiete sind in Göteborg Arbeitsgruppen zu Kindergärten, zur Arbeitsmarktsituation und zu sexuellen Fragen, die über die Untersuchung der schwedischen Regierung hinausgehen.

Am Internationalen Frauentag hat 1976 in Göteborg eine Demonstration mit ca. 600 Frauen stattgefunden. Nach den Auskünften der Frauen der Grupp 8 soll das eine hohe Zahl für Göteborg sein, denn dort gibt es viele kleine Gruppen, die nicht zu gemeinsamen Aktionen aufrufen. Am Nachmittag des 8. März ist ein Fest organisiert worden. Teilgenommen haben außer der Grupp 8 die Lesbische Front, der Kvinnor Förbund (dort sind linksfortschrittliche, meist ältere Frauen organisiert) und Unorganisierte.

Außer der Grupp 8 macht keine andere Organisation Frauenarbeit. KFML (r) wirft der Grupp 8 allgemein Feminismus vor, der KAF (Kommunistiska Arbetarförbundet) hat sozusagen eine „eigene" Frauenorganisation, die „Rödhättan", die aber mehr theoretisch arbeiten.

Im Gegensatz zur KPD/ML propagiert die schwedische Bruderpartei SKP eine Mitarbeit in allen fortschrittlichen Frauengruppen, natürlich mit der Perspektive, dort die eigene bornierte Parteiladenpolitik in den Vordergrund zu schieben. Somit ist es nicht erstaunlich, daß wenn die SKP auch nur erwähnt wird, die Göteborger Frauen „an die Decke gehen".

Im Herbst 76 sollte von den Gruppen der Grupp 8 ein nationaler Kongreß veranstaltet werden. Forderungen, die dort diskutiert werden sollen, sind z.B.: 6-Stunden-Tag für alle bei vollem Lohnausgleich. Über dies Problem, das nach Vorstellungen der schwedischen Regierung nur für die Eltern kleiner Kinder gelöst werden sollte, hatten wir schon in den vorherigen AK's geschrieben. Sobald Material von diesem Kongreß vorliegt, werden wir davon berichten.

Skandinavienkommission

Jährlich 11.000 tödliche Unfälle im Haushalt
„Bohnert nicht zu viel und zieht flache Schuhe an!". Das und ähnliches sind die tollen Tips, die Hausfrauen immer wieder gegeben werden, damit sie in „ihrem eigenen Un-
um Stürze von Leiter und Fensterbrett, sondern vom Schuh. „Es müßte eine Gehschule für Erwachsene eingerichtet werden. Frauen, die mit gefährlichen, hohen Schuhabsätzen

Jährlich 11.000 tödliche Unfälle im Haushalt

„Bohnert nicht zu viel und zieht flache Schuhe an!". Das und ähnliches sind die tollen Tips, die Hausfrauen immer wieder gegeben werden, damit sie in „ihrem eigenen Unternehmen", dem Haushalt, nicht verunglücken.

Denn nach dem jüngsten Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung wird die Zahl der Unfälle im Haushalt und in der Freizeit auf rund zwei Millionen jährlich geschätzt. Davon endeten über 11.000 Unfälle tödlich! In 84% dieser Fälle waren die verunglückten Menschen über 60 Jahre. („Hamburger Abendblatt", 17.12.75).

Die Unfalltoten im Haushalt liegen an zweiter Stelle nach den Toten im Straßenverkehr. Die meisten Unfälle passieren angeblich nicht etwa wegen defekter Geräte oder Haushaltseinrichtungen, sondern die Frauen seien selbst schuld („Frankfurter Rundschau", 16.6.73). Rund 84% der tödlichen Unfälle 1974 waren Stürze. Besondere Zyniker haben denn auch gleich eine plausible Erklärung, es handele sich hier nicht um Stürze von Leiter und Fensterbrett, sondern vom Schuh. „Es müßte eine Gehschule für Erwachsene eingerichtet werden. Frauen, die mit gefährlichen, hohen Schuhabsätzen auf rutschigen Böden stolzieren, wissen oft gar nicht, wie gefährlich das werden kann", gab der zuständige Ministerialreferent für Arbeitsschutz, Hans Ibels, von sich („dpa", 25.11.75).

Daß sich so viele Frauen im Haushalt das Genick brechen, liegt an der Hektik, mit der oft Haushalt und Familie versorgt werden müssen, gerade wenn Frauen so „nebenbei" noch berufstätig sind. Hinzu kommt der durch die Belastung schlechte Gesundheitszustand. Und so „privat" sind Familie und Haushalt eben, daß es für Hausfrauen nicht einmal eine Unfallversicherung gibt. Das sei eben die „Lücke im sozialen Netz" („Hannoversche Allgemeine Zeitung", 19.10.76) – einem sehr weitmaschigen Netz, angesichts der zwei Millionen Verletzten jährlich!

KB/Gruppe Hannover

Wenn das man gutgeht ...

„*Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: Entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei*" – mit diesem einleitenden Zitat und unter der Überschrift „Sozialismus oder Barbarei" brachte die „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen" der SPD Baden-Württembergs ein Flugblatt heraus. Ein Flugblatt, mit dem sich die SPD-Frauen gegen die „Freiheits-Anmaßung" der CDU wenden und gleichzeitig daran erinnern, daß „*die sozialistische Frauenbewegung ... seit über 100 Jahren zusammen mit der SPD um Freiheit und Demokratie gekämpft*" hat. Wir wollen an dieser Stelle nicht darüber schreiben, daß die Geschichte der SPD einige dunkle Punkte aufweist, was den Kampf um Demokratie und Freiheit betrifft, und daß dieser Kampf seit geraumer Zeit völlig eingestellt worden ist. Nein, wir finden es gut u n d gewagt, daß die SPD-Frauen sich mal daran erinnern, wer in der deutschen Geschichte gegen die Unfreiheit geschrieben und gekämpft hat – die Kommunisten wie z.B. Rosa Luxemburg. Allerdings begeben sich die Frauen der SPD damit auf's Glatteis, und wenn sie ins Eis einbrechen, so wäre es nicht das erste Mal, daß die Verbreitung der Wahrheit durch Parteiausschluß aus der SPD geahndet werden würde.

Denn immerhin würde Rosa Luxemburg heute unter den Extremistenerlaß fallen, und für die Verbreitung ihrer Schriften steht immerhin der Knüppel des § 88 a in der Ecke. Auch an anderer Stelle begeben sich die baden-württemberger SPD-Frauen in Gefahr. Es heißt im Flugblatt: „*Die deutsche Sozialdemokratie hat sich in ihrem Godesberger Programm dazu verpflichtet, die Macht der Großwirtschaft zu bändigen und die Vorrechte der herrschenden Klasse zu beseitigen*". Na, wenn das kein Aufruf zur Gewalt ist ...

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Aktuelles für Frauen

Sozialismus oder Barbarei

"Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: Entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei."
An diese Worte Rosa Luxemburgs erinnern wir Frauen uns heute wieder - da die CDU/CSU mit ihrer Freiheits-Anmassung Unfrieden ins Land zu tragen sucht.

Wir erinnern daran:

Die sozialistische Frauenbewegung hat seit über 100 Jahren zusammen mit der SPD um Freiheit und Demokratie gekämpft.

Die bürgerlichen Parteien, in deren Nachfolge CDU und CSU heute stehen, haben dagegen an der historischen Aufgabe versagt, Freiheit und Demokratie zu erstreiten und zu bewahren: 1848, 1918, 1933.

Von Freiheit
verstehen wir mehr

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen



Frauentreffen ohne „K–Frauen"

Am 20./21. November fand in Mannheim ein Treffen statt, das der Vorbereitung eines für Frühjahr 1977 geplanten Tribunals gegen den §218 dienen sollte.

Leider können wir derzeit noch nicht über das Treffen berichten, da auf Drängen einiger Frauen beschlossen wurde, daß Frauen aus „K-Gruppen" nicht teilnehmen dürften. Unsere Genossinnen mußten also wieder abziehen, konnten aber eine Reihe interessanter Gespräche am Rande des Kongresses führen. Die Tendenz, Frauen aus „K-Gruppen" generell von der Frauenbewegung ausschliessen zu wollen, ist in letzter Zeit schon häufiger aufgetreten. Nach unseren bisherigen Eindrücken stößt dieses Vorgehen auch in der Frauenbewegung selbst auf Kritik und wird sich nicht halten lassen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg



Kinder

Babyhandel – ein Geschäft am Rande des Kapitalismus

Zu einem zunehmend einträglichen Geschäft entwickelt sich in letzter Zeit insbesondere in den USA und Italien der Handel mit Neugeborenen. Für Preise bis zu 40.000 DM verschachern „Anwälte" und andere Vermittler Säuglinge, die von ihrer Mutter (bzw. Eltern) nicht großgezogen werden können, an kinderlose Ehepaare.

Für dieses Geschäft wird die Not vieler, insbesondere jugendlicher Mütter, die durch Abtreibungsgesetze oder schlichte Unkenntnis gezwungen werden, gegen ihren Willen ein Kind zu gebähren, skrupellos ausgenutzt.

Angeschissen sind aber sehr oft auch die kinderlosen Eltern, die ein solches Baby „kaufen", da sie damit rechnen müssen, wegen Verstoßes gegen die Adoptionsgesetze verknackt zu werden, oder – wie Fälle aus Italien zeigen – nach einigen Jahren das „gekaufte" Baby zurückgeben zu müssen.

In den USA gibt es eine große Zahl von Säuglingen, die zur Adoption freigegeben werden. Allerdings haben diese Babies einen „Nachteil": sie sind farbig! Weiße Babies dagegen können kaum adoptiert werden. Dieser Umstand wird von „Anwälten" genutzt. Für Preise zwischen 20.000 und 40.000 DM („Frankfurter Rundschau", 17.8.76) werden Babies amerikanischer, aber auch westdeutscher und italienischer Mütter angeboten.

Die „Beschaffung" dieser Babies geschieht auf unterschiedliche Weise:

– Mütter aus der BRD, die nicht die Kraft oder Möglichkeit haben, gegen den § 218 zu verstoßen, bekommen von Ärzten den „Tip", sich an Vermittler in den USA zu wenden. Diese bezahlen der Mutter den Flug in die USA und die Unterbringung in einer Klinik, wo sie das Baby zur Welt bringt. Unmittelbar nach der Geburt wird das Baby verschachert. Den Profit macht der Babyhändler („Hamburger Morgenpost", 17.8.76).

In den USA selbst existieren regelrechte Karteien von Eltern, die bereit sind, ein Kind zu zeugen, das dann verschachert wird. Die „Käufer" der Babies können sich Fotos der möglichen Eltern ansehen und sich dann ein Baby sozusagen „bestellen".

17.8.76).

In den USA selbst existieren regelrechte Karteien von Eltern, die bereit sind, ein Kind zu zeugen, das dann verschachert wird. Die „Käufer" der Babies können sich Fotos der möglichen Eltern ansehen und sich dann ein Baby sozusagen „bestellen".

An Universitäten zahlen die Baby-Händler hohe Prämien an Studenten, die Namen von schwangeren, nichtverheirateten Kommilitoninnen weitergeben, denen dann „großzügige" Angebote für die „Abgabe" ihres Neugeborenen gemacht werden („Bild", 27.4.76).

Gefüllt wird der „Babymarkt" darüber hinaus mit Babies aus Italien. Nach Schätzungen einer italienischen Illustrierten werden jährlich 100.000 Babies aus Italien nach Nord- und Südamerika „exportiert".

Das italienische Beispiel zeigt besonders, wie eng scharfe Abtreibungsgesetze und „Babyhandel" miteinander zu tun haben. Insbesondere in Süditalien, wo der Einfluß der katholischen Kirche sehr groß ist, die Möglichkeiten zur Abtreibung außerordentlich beschränkt, geraten viele Mütter in die Fänge des gutorganisierten Geschäftes mit Säuglingen.

Schon die Hebamme macht großzügige Angebote. Hat sie eine Mutter überredet, ihr Kind wegzugeben, schiebt sie es weiter zu einem „Vermittler", der es zum Preis von 3.000 bis 6.000 DM im Inland „verkauft" oder ins Ausland bringt („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25.9.76). Erklärt sich die Mutter nicht bereit, ihr Neugeborenes zu verkaufen, kann es ihr passieren, daß die Hebamme ihr eine Totgeburt vorgaukelt und so das Kind „verschwinden" läßt („FAZ", 25.9.76).

Das „Aufblühen" des Babyhandels in der letzten Zeit ist nicht nur zu werten als die Entdeckung eines neuen „Geschäftszweiges" durch irgendwelche skrupellosen imperialistischen Sumpfblüten.

Es war ja der Chef des US-Imperialismus persönlich, der US-Präsident Ford, der in den letzten Monaten des vietnamesischen Befreiungskrieges Babies in Vietnam klauen ließ, um sie kinderlosen Eltern in den USA zu geben.

Von diesem, in den imperialistischen Staaten millionenfach bejubelten Babyklau ist es nur ein kleiner Schritt zur geschäftsmäßigen Praxis irgendwelcher „Vermittler".

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Von diesem, in den imperialistischen Staaten millionenfach bejubelten Babyklau ist es nur ein kleiner Schritt zur geschäftsmäßigen Praxis irgendwelcher „Vermittler".

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

AK – im höchsten Grade kinderfeindlich?

Hamburger Schüler-Genossen haben im China-Artikel von AK 92 den Satz kritisiert: „ ... *Ein zweiter Faktor ist die Tatsache, daß nach den Berichten (...) überdurchschnittlich viel Soldaten und Schulkinder die Reihen der Demonstranten füllten – also Menschen, die entweder abkommandiert waren oder die gar nicht begriffen, um was es eigentlich ging.*" Diese Aussage sei, so schreiben die Genossen, „im höchsten Grade kinderfeindlich".

Nun, Kinder sind durchaus in der Lage – erst recht unter sozialistischen Bedingungen – beispielsweise das Verhalten ihrer Eltern oder ihrer Lehrer recht gut zu beurteilen, und überhaupt über Dinge, die sie sinnlich erfahren, ein gutes Urteil abzugeben. Ein chinesisches Kind hätte es aber ganz sicher ziemlich schwer, sich z.B. über F.J. Strauß oder über den Krieg in Angola ein auch nur halbwegs zutreffendes Urteil selbst zu bilden, und zwar auch vergleichsweise schwerer als ein Erwachsener. Auf dieser Ebene den Unterschied in der Urteilsfähigkeit zwischen Kindern und Erwachsenen oder auch zwischen Kindern verschiedener Altersstufen zu leugnen, halten wir für eine idealistische Verirrung. So meinen wir auch, daß angesichts der gegenwärtigen Kampagne gegen die ‚Viererbande' die Kinder Chinas der Propaganda der Hua-Gruppe erheblich stärker ausgeliefert sind als Erwachsene. Wenn man sich in die Situation der chinesischen Kinder einmal hineinversetzt, so ist doch klar, welchen Zorn bei ihnen Behauptungen hervorrufen müssen, wie etwa: die „Viererbande" habe den Vorsitzenden Mao in den Tagen seiner Krankheit „gequält", habe seine ‚Weisungen' gefälscht usw., d.h. Behauptungen, die gar nicht nachprüfbar sind und mit dem politischen Wesen der Auseinandersetzung wenig zu tun haben.

AK-Redaktion

sungen' gefälscht usw., d.h. Behauptungen, die gar nicht nachprüfbar sind und mit dem politischen Wesen der Auseinandersetzung wenig zu tun haben.

AK-Redaktion

Griechenland

Lehrerstreik in Griechenland

Nachdem es in Zusammenhang mit dem im Mai '76 verabschiedeten faschistischen Antistreikgesetz und dem darauf abgestimmten Entlassungsterror gegen klassenbewußte Arbeiter und Gewerkschafter, dem inzwischen rund 700 Kämpfer zum Opfer gefallen sind, der Regierung und den Kapitalisten recht gut gelungen war, die gewaltigste Streikwelle in der neueren griechischen Geschichte abzuwürgen, scheint sich die arbeitende Bevölkerung langsam von dem Schlag zu erholen und erste Schritte zum Gegenangriff zu unternehmen, „damit die Gesetze ein Fetzen Papier bleiben".

Als hinderlich erweisen sich dabei die Spaltungs- und Knebelungspraktiken der Revisionisten (KKE/ESAK) in den Gewerkschaften. Hatten sie selbst den Gesetzentwurf noch als „faschistische Ausgeburt" bezeichnet, so war nach dessen Verabschiedung ihre Generallinie: „Immer hübsch legal, Kollegen. Wer mit dem Gesetz in Konflikt gerät, schadet dem Kampf der Arbeiterklasse, den Gewerkschaften usw.". So würgten sie von innen heraus alle wirksamen Kampfaktionen ab, indem sie ihren recht großen Einfluß in den traditionellen Massengewerkschaften (Bauarbeiter, Werften usw.) dazu benutzten, die kämpferischen Kollegen mit Hinweis auf die Gefängnisstrafen als „verantwortungslos" zu isolieren und die übrigen einzuschüchtern.

Dagegen zeigt der vor kurzem erfolgreich beendete Streik der Privatschullehrer, daß bei guter Mobilisierung die Paragraphen des 330 (so wird das Antistreikgesetz genannt) verstaubte Papiertiger bleiben, die man getrost – wie die Griechen sagen – „auf seine alten Schuhe schreiben" kann.

Wegen der katastrophalen Situation im gesamten Bildungssektor blüht in Griechenland das Privatschulunwesen jeder Art, für Hunderttausende die einzige Möglichkeit, entweder eine Chance zum Hochschulstudium oder überhaupt die Grundzüge einer Berufsausbildung zu erlangen. Die Schüler werden dabei ganz kräftig ausgenommen und die Lehrer müssen erhebliche soziale Einbußen und Willkürakte der Schulbesitzer hinnehmen. Deshalb verfügen gerade die Privatschullehrer über eine recht gute Kampferfahrung.

Dies, und die nach Aussagen der führenden Gewerkschafter, sorgfältige und kontinuierliche Informations- und Basisarbeit erklären den großen Erfolg des jetzt gelaufenen Streiks: Nicht so sehr in der Erfüllung ihrer Forderungen, (daß da so schnell keine großen Erfolge zu erwarten sind, ist allen klar), sondern in der Stärkung der Kampffront.

Streik der Privaterzieher

„Mit einer Erfolgsquote von 98 % wurde der Streik der Privaterzieher durchgeführt, der die erste Phase des Kampfes für berufliche Sicherung bildet.

Während des Streiks funktionierten die Wachgruppen (Streikposten – Anm. AK), *die gewöhnlich die Kontrolle des Streiks übernehmen. Vielleicht zum ersten Mal seit dem Mai, wo das neue Gesetz 330 von Laskaris* (Arbeitsminister – Anm. AK) *verabschiedet wurde, funktionierten Wachgruppen, die in Gegensatz zum Gesetz sind. Zudem wurde die Arbeitgeberschaft nicht zwei Tage vorher benachrichtigt, wie es nach dem Gesetz 330 zwingend war. So gehen die Werktätigen mit den Privaterziehern als Vorhut zum Gegenangriff über, damit das arbeiterfeindliche Gesetz niemals angewendet wird.*

Am ersten Streiktag verhaftete die Sicherheitspolizei unbegründeterweise zwei Erzieher, mit der Absicht, die Branche zu terrorisieren. Sie ließ sie jedoch sofort frei, nach Vermittlung der Föderation der Privaterzieher (Gewerkschaft OIEPE).

In einer Bekanntmachung erklärt die Föderation, daß sie mit Kaltblütigkeit und Mut, ohne die Drohungen und Erpressungen zu beachten, ihren Kampf fortsetzen wird, bis sie erreicht, daß der Privaterzieher als Erziehungsbeamter anerkannt wird ..." (aus: „Sosialistikji Poria", Nr. 69).

Griechenland/Türkei-Kommission

Mitglied der Panaghoulis-Familie zusammengeschlagen

Griechenland. Statis Panaghoulis, der jüngste und letzte lebende Sohn der antifaschistischen Familie Panaghoulis, (sein Bruder Alekos ist am 1. Mai dieses Jahres unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommen, der andere Bruder ist als demokratischer

dem Omonia-Platz in Athen gezielt niedergehauen worden. Diese Übergriffe stehen im Zusammenhang mit diversen Morddrohungen gegen Statis und seine heldenhafte Mutter, die trotz aller Schläge, die dieser antifaschistischen Familie in der Vergan-

Mitglied der Panaghoulis-Familie zusammengeschlagen

Griechenland. Statis Panaghoulis, der jüngste und letzte lebende Sohn der antifaschistischen Familie Panaghoulis, (sein Bruder Alekos ist am 1. Mai dieses Jahres unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommen, der andere Bruder ist als demokratischer Armeeoffizier nach seiner Flucht aus Griechenland von den Israelis an die Obristen ausgeliefert worden und seitdem „verschollen"!), ist im Anschluß an die Massendemonstration vom 17. November von einer Horde aufgeputschter Bullen brutal zusammengeschlagen worden, erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und mußte eine Woche im Krankenhaus liegen.

Dieser Anschlag auf Statis war bereits der zweite innerhalb kurzer Zeit. Erst vor einigen Wochen ist er auf dem Omonia-Platz in Athen gezielt niedergehauen worden. Diese Übergriffe stehen im Zusammenhang mit diversen Morddrohungen gegen Statis und seine heldenhafte Mutter, die trotz aller Schläge, die dieser antifaschistischen Familie in der Vergangenheit zugefügt wurden, weiter unnachgiebig die wirklichen Hergänge untersuchen, die zum Tode des Widerstandskämpfers und Abgeordneten Alekos Panaghoulis am 1. Mai 1976 geführt haben. Die Parole „Panaghoulis lebt" durchzieht heute ganz Griechenland, kaum ein Berg, eine Wand, ein Haus, wo nicht dieser Ruf des Volkes zu lesen ist. Diese Parole steht heute für den Haß des griechischen Volkes gegen Reaktion, Faschismus und Imperialismus!

Griechenland/Türkei-Kommission

Eltern und Erzieher demonstrieren in Frankfurt

Das „Kitaprojekt 2000", mit dem die SPD vor der Kommunalwahl 1972 auf Stimmenfang ging, soll kaputt gemacht werden. Unabhängig von den Besonderheiten einer jeden Kita (Kindertagesstätte), sollen 80 Kinder in jeder Kita sein, und zwar ab sofort. Wer nicht mitmacht, was befohlen wird, fliegt raus.

Die Ansprüche des Kitaprojektes waren fortschrittliche Kinderarbeit mit folgenden Erziehungszielen:

– Erziehung zu sozialem Verhalten;
– Abbau sozialbedingter Ungleichheit;
– Selbstbestimmung für das eigene und Mitbestimmung für das gemeinsame Leben.

Zur Verwirklichung dieser Erziehungsziele sollten bessere Arbeitsbedingungen als in den traditionellen Kindergärten geschaffen werden. So z.B.:

– Kleinere Kindergruppen.
– 6-wöchige Einführung neuer Mitarbeiter bei vollem Gehalt.
– Teamarbeit (zum Abbau hierarchischer Gruppenstrukturen).

Und laut Werbung der Stadt (hört, hört!): Überdurchschnittliche Bezahlung der Erzieher!...

Und was ist daraus geworden? Sinngemäß sagte die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Frolinde Balser, zu Eltern der Kita 103 (Lenaustr./Nordendstr.): Das Kitaprojekt ist für uns kein Stimmenfang mehr und deshalb auch nicht mehr interessant für die SPD. Als das Kita-Team sich gegen die Anweisung des Stadtschulamtes wehrte, 30 Kinder in der Kita aufzunehmen, wurden das Team und die Eltern der Kita 103 von den Behörden als „unsozial" diffamiert. Als das Team und die Eltern sich auch durch diese Diffamierung nicht einschüchtern ließen, wurde den Erziehern mit Kündigung gedroht. Mit solchen üblen Einschüchterungen versucht die Stadt, die Mißstände, für die sie selber verantwortlich ist, auf Kosten von Eltern, Kindern und Erziehern zu vertuschen und ihnen den „Schwarzen Peter" für die sozialen Mißstände dieses Stadtteils zuzuschieben.

In Frankfurt's kinderreichstem Stadtteil, Nordend, sieht es nämlich so aus:

– Keine Schwimmbäder;
– Kaum Grünflächen;
– Keine ausreichenden Spielplätze;
– Kaum Einrichtungen für Kinder;
– Keine Einrichtungen für Jugendliche.

Und das in einem Stadtteil mit über 70.000 Einwohnern!

Gegen den Angriff der Behörden organisierten die Eltern und Erzieher der Kita verschiedene Aktionen und eine Demonstration, an der sich über 500 Eltern, Kinder und Erzieher beteiligten.

Es wurden folgende Forderungen aufgestellt:

– Errichtung eines offenen Spielhauses im Nordend für alle Kinder!
– Zurücknahme der Kündigungsandrohung!
– Maximal 60 Kinder in der Kita 103!

Bis jetzt hat die Stadt noch auf keine der Forderungen reagiert und auch nicht die Kündigungsandrohungen zurückgezogen.

Genosse des KB/Frankfurt

Kurzmeldungen

Auf einer Station des Krankenhauses in Bünde sind fünf Säuglinge an einer Salmonellen-Infektion erkrankt. Ein Säugling starb. Überträger der Salmonellen soll angeblich die Mutter des verstorbenen Säuglings sein („Welt", 12.11.76). Nach dem Skandal um die Salmonellen in der Baby-„Heilnahrung" Humana ein weiterer Beweis, wie schlampig in der BRD an den hygienischen Schutz der besonders gefährdeten Säuglinge herangegangen wird. Wer wundert sich da über die vergleichsweise sehr hohe Rate der Säuglingssterblichkeit in der BRD?

•

Auf Grund breiter Elternproteste will das bayrische Kultusministerium die Regelung abschaffen, derzufolge erst Schüler mit einem Schulweg von mehr als drei Kilometern mit Schulbussen transportiert werden.

Erst vor einem Jahr war die „Kilometergrenze" für den Einsatz von Schulbussen von zwei auf drei Kilometer heraufgesetzt worden. Grund: Auch in Bayern wird gespart. Die Folge: mehr Kinder wurden in unsichere Verkehrssituationen getrieben, die Unfallgefahr gesteigert. Offenbar will sich „Kumi" Hans Maier (bayrischer Kultusminister) nicht dem Vorwurf aussetzen, trotz aller demagogischen Sprüche über Unfallverhütung auf dem Schulweg, dort selbst die Unfallgefahr zu erhöhen (nach „Süddeutsche Zeitung", 14.11.76).

Verbannungsgesetz in Vorbereitung

Griechenland. Nach dem „Antistreikgesetz" plant die Karamanlis-Regierung jetzt einen weiteren schweren Angriff auf die demokratischen Rechte: Ein Gesetz, auf dessen Grundlage jedem Griechen ein bestimmter Wohnort vorgeschrieben werden kann, den er ohne Polizeigenehmigung nicht verlassen darf („ektopisi"). Ein derartiges Gesetz fand vor allem unter der faschistischen Junta reichhaltige Anwendung, vor allem gegen mehr oder weniger rechte bürgerliche Oppositionelle, die massenweise in einsame Dörfer oder abgelegene Provinzstädte verbannt wurden. (Die Linken kamen gleich in die Folterkammern der „ESA" oder „Asfalia", bzw. in die Konzentrationslager auf unbewohnten, vegetationslosen Inseln.)

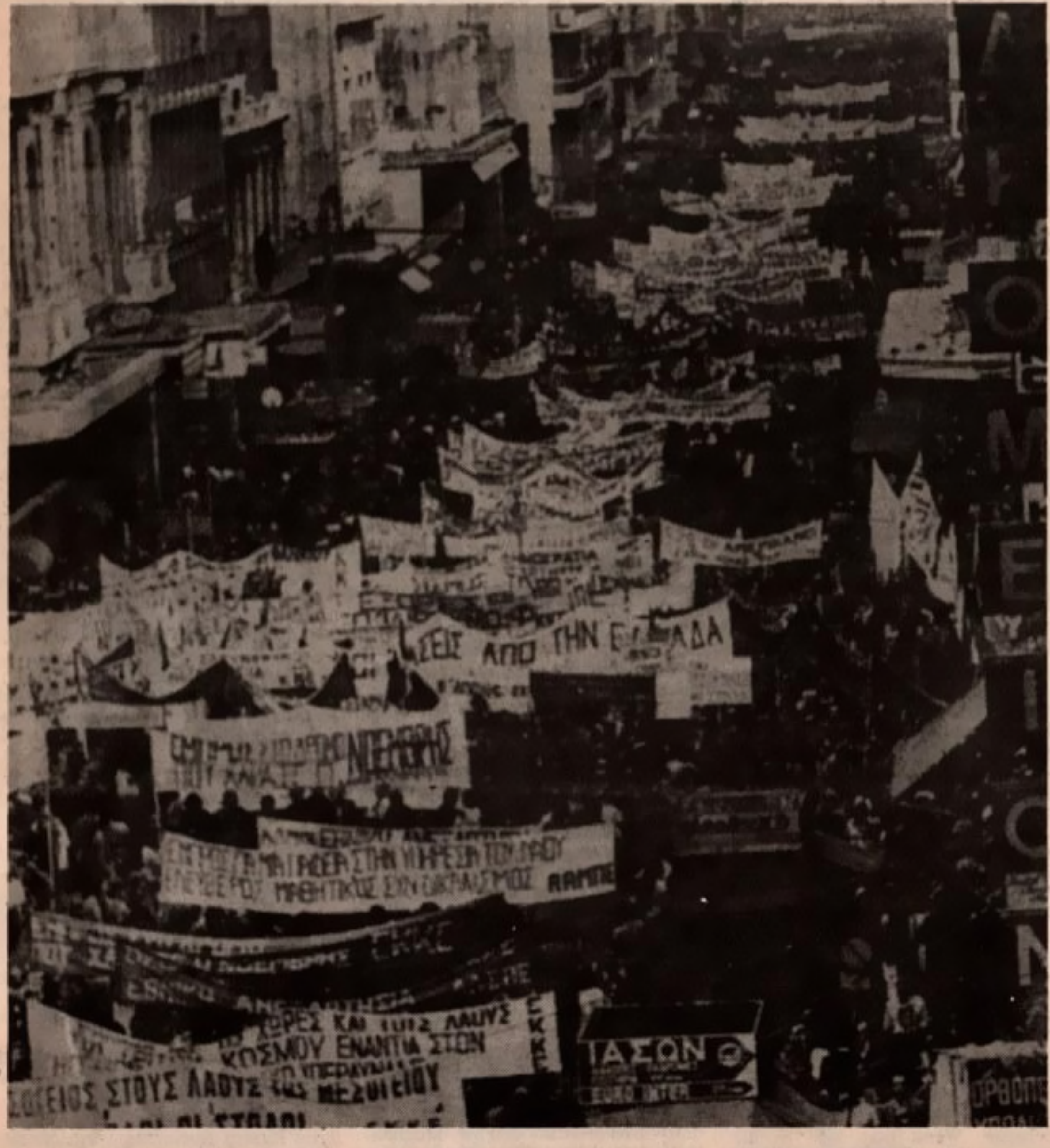
Anwendungsvorwand soll einzig und allein sein, „strafbaren Handlungen vorzubeugen". „Strafbar" sind z. B. nach geltender griechischer Rechtssprechung Teilnahme an verbotenen Demonstrationen, „Widerstand gegen die Behörde", „Amtsbeleidigung" usw. usf. So mußte der Chefredakteur der „Christianikji" (Zeitung der „Christianikji Dhimokratia" – „Christdemokratie", christlich-linkssozialistische Bewegung), Nikolaos Psaroudhakjis, für vier Monate in den Knast, weil er den Beschluß des Obersten Gerichtshofes, die Verbrechen der Junta als „verjährt" zu erklären, in einem Artikel als „nicht verjährbares Verbrechen" bezeichnet hatte: „Beleidigung der griechischen Justiz". Solche Demokraten können nach einem derartigen „Verbannungs"- oder „Deportationsgesetz" also ohne weiteres ihres Grundrechts auf Freizügigkeit beraubt werden.

Konkret sieht der Entwurf vor: Verbot des Betretens bestimmter Regionen (etwa Athen, Thessaloniki), Zwangsansiedlung an bestimmten Orten, Verbot des Verlassens bestimmter Regionen, regelmäßige Meldepflicht bei der örtlichen Polizei, Aus- und Einreiseverbot (für Griechen!) von und nach Griechenland. Griechischen Oppositionellen kann also die Einreise in ihre eigene Heimat verwehrt werden!

Sämtliche Oppositionsparteien haben Massenproteste angekündigt, wenn dieser Gesetzentwurf tatsächlich dem Parlament vorgelegt werden sollte. (Angaben nach „Eleftherotipia", 9.11.76).

Griechenland/Türkei-Kommission

Massendemonstration in Athen: „Das Polytechnikum lebt!"



Zum 3. Jahrestag des Athener Novemberaufstands im Polytechnikum monstration auf dem Sindaghma-Platz vor dem Parlament enden zu zur US-Botschaft doch zur Botschaft der Sowjetunion zu ziehen, „da doch

Zum 3. Jahrestag des Athener Novemberaufstands im Polytechnikum 1973 demonstrierten am 17. 11. zwischen 800.000 bis 1.000.000 Griechen durch das Athener Stadtzentrum.

Der Arbeiter- und Studentenaufstand im Polytechnikum 1973 gehörte zu den kämpferischten Widerstandsaktionen gegen die Obristenclique und führte einige Monate später zum Sturz der Faschisten.

Das äußere Bild der diesjährigen Demonstration war ein gutes Stück radikaler als früher: wesentlich mehr rote als griechische Fahnen, große Dominanz der revisionistischen KKE und der linkssozialistischen PASOK, aber auch KKE/Inland und die außerparlamentarische Linke traten in Erscheinung. Die wesentlichsten Parolen waren, wie auch in den vergangenen Jahren, gegen den US-Imperialismus gerichtet. Sehr viele Parolen und Transparente gegen Karamanlis.

Der Demonstrationszug war so groß, daß nach über fünf Stunden, als die Abschlußkundgebung bereits beendet war, das Demonstrationsende immer noch nicht vom Polytechnikum losmarschieren konnte.

Die Regierung verbietet die Demonstration

Kurz vor dem 17. November verbot die rechtskonservative Regierung Karamanlis kurzerhand mit der Begründung, „man erwarte Provokationen", die Demonstration. *„Außerdem"*, so die Regierung, *„sei eine Demonstration heute nicht mehr nötig, denn sie würde den Beziehungen zur neuen amerikanischen Regierung, die doch schließlich griechenlandfreundlich und demokratisch sein, schweren Schaden zufügen."*

Nach Protesten aller Oppositionsparteien bot die Regierung den Vorschlag an, doch eine Demonstration vom Polytechnikum zur Universität zu erlauben.

Dieser Weg reicht nicht einmal aus, um ein Zehntel der Demonstrationsteilnehmer aufzunehmen!

Teile der linken Jugendorganisationen gingen nun den kompromißlerischen Weg und machten Abstriche von dem traditionellen Weg zur US-Botschaft, wo es letztes Jahr noch erhebliche Auseinandersetzungen gab (Sachschaden mehrere Hunderttausend Mark).

Der Führer der „sozialliberalen" EDIK, Mavros, schlug vor, die Demonstration auf dem Sindaghma-Platz vor dem Parlament enden zu lassen. Diesem „Kompromiß" stimmten die Studentenorganisationen von KKE/Inland, EDIK, EDA und schließlich auch die revisionistische KKE zu.

Die Vertreter der PASOK, Sosialistikji Poria und Echon (Jugendorganisation der „Christdemokratie", linkssozialistische christliche Bewegung, Positionen ähnlich der der PASOK) sowie die ML'er der EKKE und PPSP (OMLE) lehnten ab. Im Dachverband der Studenten, EFEE, setzten sich schließlich die Kompromißler durch. Die PASOK-Studenten gaben eine Erklärung ab, in der sie den „Kompromiß" als „schweren Rückzug" kritisierten, aber „um die Einheit nicht zu gefährden" sich der Mehrheit beugen würden.

Für ein Kuriosum am Rande sorgte mal wieder die nun total auf ML-Kurs gegangene EKKE („herzliche" Verbindungen zur sog. „KPD"). Ihr „Kompromiß"-Vorschlag war, statt zur US-Botschaft doch zur Botschaft der Sowjetunion zu ziehen, *„da doch beide Supermächte die Unabhängigkeit (?) Griechenlands bedrohen."* (!)

Daß trotz dieser und weiterer diverser Täuschungs- und Verunsicherungsmanöver der rechten Regierung als auch der kompromißlerischen Opposition die Demonstrationszahl dieses Jahr eher höher als niedriger zu den vergangenen Jahren lag, ist nur wieder einmal mehr Ausdruck der Breite der antiimperialistischen und antikapitalistischen Massenbewegung im griechischen Volk. Tatsache ist allerdings z. Zt., daß die Führer dieser Bewegung weit rückständiger als der Wille der Massen sind. Daß ein Funken zum Steppenbrand werden kann, gilt, zumindest für solcher Art Ereignisse, heute in Griechenland. Die Imperialisten müssen sich in Acht nehmen! (Sämtliche Angaben aus „Eleftherotipia" und „Ta Nea" vom 10. – 20.11.76).

Griechenland/Türkei-Kommission

„Sozialistikji Poria" zum 17. November 1976

Die „Sosialistikji Poria" ist eine kleine linksintellektuelle Abspaltung der PASOK. Wir drucken im folgenden eine Stellungnahme dieser Organisation aus ihrer gleichnamigen Wochenzeitung zum 17. November nach.

„Die Regierung bot das ganze Waffenarsenal der direkten und indirekten Gewalt auf. Schließlich spielten die Informations-Manipulationsmedien vor und während des Marsches ihre bekannte Rolle: Ständige Wiedergabe terrorisierender Warnungen darüber, was passiert, wenn der Marsch stattfindet; irreführende Wiedergabe am Mittwoch-Mittag, daß der Marsch bis zum Univorplatz gehen würde, während die Regierung bereits seit dem vorangegangenen Abend mit dem Sindaghma-Platz einverstanden war; Wiedergabe eines Fußballspiels zu der Zeit, wo das Volk seine Toten ehrte; eine Nachricht um 5.30 Uhr, daß der Marsch beendet sei (dasselbe auch um 7 Uhr) usw. usf.

Angesichts dieser Praktiken wies die Opposition, die seit dem Machtwechsel stetigen Schwächemerkmale auf. Nachdem sie am Anfang – heuchlerisch – das Gewicht der Verantwortung der Entscheidung den Jugendorganisationen überlassen hatte, gelangte sie von der Verständigung zur Verhandlung und vom Ausverkauf zum vollen Rückzug. Und das mit dem Wissen, daß der Preis (Gegenwert) des Zusammenstoßes viel breiter und natürlich wesentlicher war, als die paar Meter Asphalt ...

Jedoch nicht in ihrer Gesamtheit. Das Volk ging zu Hunderttausenden auf die Straßen und bekräftigte, daß die politische Erinnerung ans Polytechnikum nicht aus seinem Verstand und aus seinem Herzen gelöscht ist.

Es wurde außerdem deutlich, daß, trotz der Kompromisse und Rückzüge, die sich in gleichem Maße und offen dieser Mal alle Strömungen der Opposition teilten – „kompromißlerische", „harte" und „unnachgiebige" – die Mobilisierungsbereitschaft des Volkes gegen den Faschismus und Imperialismus unversehrt bleibt. Die Massenmobilisierung hat gezeigt, daß der neue Terrorismus nicht leicht durchkommen wird. Und daß das Material für das Zurückschlagen der volksfeindlichen Vorhaben und Taten der Regierung Karamanlis vorhanden ist." („S.P.", 20. – 26.11.76, Nr. 69).

Solidarität mit der Zeitschrift „Anti"!

Griechenland. Am 29.11.75 veröffentlichte die griechische Zeitschrift „Anti" eine geheime Akte des griechischen Stabsbüros, in der es heißt:

„Von der KKE werden heimlich Waffen aus dem Ausland eingeführt, welche zum gegebenen Zeitpunkt verwendet werden. Die importierten Waffen sind in speziellen Kisten verpackt, die aufgrund trockener Unterteilungen die Möglichkeit haben, in einer Tiefe von ungefähr zehn Metern unter dem Meer zu lagern ... Gemäß unbestätigter Informationen sind die Hauptquelle der Waffenlieferungen an die KKE die palästinensischen Partisanen."

Dieses Produkt eines offensichtlich kranken Gehirns führte nach seiner Veröffentlichung sofort zu Anfragen mehrerer Parlamentsabgeordneter der Opposition, die darin einen gefährlichen Angriff auf alle demokratischen Kräfte erkannten, denn auch der Putsch von 1967 wurde ja mit ähnlichen phantastischen Geschichtchen propagandistisch vorbereitet – vor allem zur inneren Ausrichtung des Militärs.

„Verteidigungs"minister Averof spielte damals die Sache herunter, bezeichnete sie als „lächerliche Angelegenheit", solchem Quatsch dürfe man keine Aufmerksamkeit schenken. Währenddessen gab es innerhalb der Armee fieberhafte Untersuchungen und Verhöre, wo denn die „undichte Stelle" gewesen sei.

Am 17.6.76 stellte der Beisitzer des ständigen Militärgerichts Thessaloniki Antrag auf strafrechtliche Verfolgung des Herausgebers der Zeitschrift bei der zuständigen Athener Staatsanwaltschaft: Wegen „Spionage"!!! Den Vorwand dazu bietet ein Gesetz von 1936 (faschistische Metaxas-Diktatur)! Danach sind drakonische Strafen möglich.

Diese Affäre zeigt nur allzu deutlich, daß große Teile des griechischen Staatsapparates wie eh und je vom „Geist" des Faschismus und der Nazikollaboration durchweht wird.

Die heftige Reaktion des Militärapparates läßt darauf schließen, daß zumindest die Vermutung nicht „lächerlich" ist, daß durch derartige „Akten" eine Verhetzung des Militärs, Putschvorbereitungen etc. schon wieder ideologisch vorbereitet werden.

Griechenland/Türkei-Kommission

Mit Volldampf zurück in die Nato?

Obwohl Griechenland niemals wirklich aus dem militärischen Verband der NATO ausgetreten ist und der Entzug der griechischen Truppen dem Oberbefehl der NATO-Führung nur ein formaler Akt war, um die antiimperialistische Bewegung nach dem Sturz der Junta zu „beruhigen", steuert die Karamanlis-Regierung jetzt voll auf die totale Wiedereingliederung zu. Den Vorwand dafür bietet der angebliche „Machtwechsel" in Washington, die „Neuorientierung" der amerikanischen Politik, d. h. die tönernen Versprechungen Carter's, „Schluß zu machen mit der unmoralischen Politik Kissinger's und Ford's", eine *„gerechte Lösung des Zypernproblems auf der Grundlage der Menschlichkeit"* und des Ägäis-Streits *„auf der Grundlage des internationalen Rechts"* anzustreben.

und Ford's", eine „gerechte Lösung des Zypernproblems auf der Grundlage der Menschlichkeit" und des

Den besten Schauspieler für dieses Schmierentheater bot der US-Senator Edward Kennedy, der bei seinem „halboffiziellen" Besuch in Griechenland Karamanlis zu wahren Begeisterumgsstürmen hinriß, jetzt sei der *„Weg geebnet für eine vollständige Neuregelung der griechisch-amerikanischen Beziehungen"*, jetzt könne an eine „Rückkehr in die NATO" gedacht werden, usw. Vor allem für die neu anstehenden Stützpunktverträge für die 6. US-Flotte und die US-Air-Force sowie die damit verbundenen Spionageradaranlagen dürften sich ganz neue Perspektiven eröffnen, was skandalöse Privilegien für den US-Imperialismus anbelangt.

Carter will erfolgreicher die Politik Kissinger's fortsetzen, die „Verteidigungslinie" Griechenland-Türkei-Zypern-Israel-Iran aufzubauen und zu festigen, die sich in erster Linie gegen die arabische Revolution richtet.

In Griechenland selbst scheint das Schmierentheater trotz der Euphorie vieler Journalisten bei der Bevölkerung nicht so gut anzukommen: Sehr charakteristisch bei Blitzumfragen war der Satz: *„Positiv ist, daß jetzt Kissinger uns nicht mehr belästigen wird, aber das einzige, was mich an der amerikanischen Außenpolitik interessiert ist, ob die US-Stützpunkte aus Griechenland verschwinden oder nicht."*

charakteristisch bei Blitzumfragen war der Satz: „Positiv ist, daß jetzt Kissinger uns nicht mehr belästigen

Die „Berichte" der amerikanischen Presse, daß das antiamerikanische Klima in Griechenland seit der Wahl Carter's wie weggeblasen sei, sind vollständig aus den Fingern gesogen. Letztlich zeigen dies auch die Ereignisse am 17. November (siehe Artikel in diesem AK).

Griechenland/Türkei-Kommission

StrauSS-Abgesandte in Athen abgeblitzt

Was für einen gewaltige Druck eine gutinformierte und demokratische Öffentlichkeit selbst auf eine noch so stockkonservative Regierung ausüben kann, machte dieser Tage die griechische Regierung unter Karamanlis die Erfahrung. Während noch die letzten Enthüllungen über die Faschistenzusammenarbeit zwischen Juntakreisen in Athen und der bayerischen CSU durch die griechische Presse gehen, kommt StrauSS plötzlich auf die Idee, „brüderliche Beziehungen" zur „Nea Dhimokratia" herstellen zu wollen. Dazu schickte er dieser Tage zwei hohe CSU-Kader nach Athen: Einen gewissen Dr. Gebhard, „Studiendirektor" der Parteiakademie der CSU, und Dr. Karl Berg, einen engen Freund des heutigen Gefängnis-Insassen Makarezos (einer der drei Häuptlinge des ersten Putschs).

Den beiden Herren aus Bayern wurde allerdings kein großes Glück zuteil: Selbst wenn Karamanlis es im Rahmen der „schwarz-braunen Solidarität" wünschenswert erscheinen sollte, engere Bande zu knüpfen, – was nicht unbedingt der Fall sein muß –, so muß er doch ein Mindestmaß an Rücksicht auf „Image" und „politisches Takt(ik)gefühl" nehmen. Zumal die griechische Presse den Besuch gleich ans Licht der Öffentlichkeit brachte!

So gelang es den beiden Herren nicht, offiziell von der „Neuen Demokratie" oder einem griechischen „Offiziellen" empfangen zu werden. Sie müssen jetzt wohl zumindest als politische Klinkenputzer durch die Gegend dackeln. Angenehme Reise! (Angaben nach „Eleftherotipia" und „Ta Nea" vom 18.11.76).

Griechenland/Türkei-Kommission

Attentatsversuch auf Makarios aufgedeckt

Zypern. In letzter Zeit verstärkt die faschistische Terrororganisation EOKA B' ihre Aktivitäten und hat offenbar begonnen, sich neu zu organisieren.

So wurden am 10.11.76 in der Gegend von Larnaka drei mutmaßliche Angehörige dieser Organisation verhaftet, die für den nächsten Tag einen Anschlag auf das Auto von Makarios im Waldbezirk zwischen den Dörfern Chirokjitia und Vavla planten. Die Polizei stellte sie nach einstündiger Jagd mit einer Autofalle: Arjiros Kjiriakou, der zu den juntatreuen griechischen Offizieren auf Zypern Verbindungen hat, Andonakjis Kouloumas, „Informant" des 2. Büros („Antispionageabteilung") des griechischen Geheimdienstes KYP unter der Junta, der damals aus dem zyprischen Staatsdienst aus „Staatsinteresse" entlassen und später wieder eingestellt wurde, sowie Jorjios Charalambou („Eleftherotipia", 11.11.76).

Griechenland/Türkei-Kommission

Entsteht eine Volksfront gegen Karamanlis?

Angesichts der Verschärfung des politischen Klimas in Griechenland durch die diktatorische Gesetzgebung der Regierung Karamanlis erschallt in den letzten Monaten zunehmend der Ruf nach der „Einheit aller Oppositions- und Linksparteien" gegen die Rechte.

So zuletzt vom Führer der christlich links-sozialistischen „Christianikji Dhimokratia", Nikos Psaroudhakjis, der in einer viel beachteten Rede ein gemeinsames Regierungsprogramm aller Oppositionsparteien forderte als einzige Alternative, „damit die Rechte endlich von der Macht verschwindet."

Kurz darauf startete Andreas Papandréou (PASOK) eine großangelegte Initiative in diese Richtung. Er schlug eine „koordinierte Zusammenarbeit" auf Grundlage einer allen gemeinsamen Minimalplattform aller Oppositionsparteien vor, wobei allerdings die Selbständigkeit der einzelnen Parteien, was „die ausschließlich eigenen Standpunkte" anbelangt, in keiner Weise angetastet werden soll. Die vorgeschlagene Plattform soll u.a. aus folgenden Komplexen bestehen:

- „Verteidigung der demokratischen Rechte", d.h. Ablehnung des gesamten reaktionären Gesetzesmachwerks der „Neuen Demokratie" (Antistreikgesetz 330, „idhiónymo", immer noch geplantes Pressegesetz, Verbannungsgesetz, Schulverfassungsgesetz u.a.); Revision der Verfassung.
- „Säuberung" (des Militärs, der Polizei, des Geheimdienstes, der Justiz, des Ausbildungsbereichs und des übrigen Staatsapparates von Junta-Anhängern, Bekämpfung und Zerschlagung des „Nebenstaates").
- „Stärkung des Parlaments" (Abschaffung der diskriminierenden Geschäftsordnungsregelungen, die es z.B. KKE und KKE/Inland unmöglich machen, zu den meisten wesentlichen Fragen von der Rednertribüne aus Stellung zu beziehen; Stärkung bzw. Schaffung von Kontrollmöglichkeiten).
- „Nationale Themen" (Fortführung der gemeinsamen Linie zum Zypernproblem, gegen den „Ausverkauf nationaler Rechte" in der Ägäis, wobei allerdings in der Beurteilung der Karamanlisschen praktischen Politik die total unterschiedlichsten Standpunkte bestehen, Ablehnung der NATO und der US-Stützpunkte).

Erfolg hatte Papandréou mit seiner Initiative bisher allerdings nur bei der EDIK (Mávros). Wenn auch die Antworten der anderen Parteien „positiv" waren, so hatten sie doch ihre „Bedenken": Die EDA (Ilías Iliou) und die KKE/Inland bemängelten, daß der Vorschlag die „demokratischen Kräfte", „die antidiktatorischen Kräfte" usw. innerhalb der „Neuen Demokratie" ausschließt. Diese Leute sind offenbar nicht zu belehren. Papandréou wies später noch einmal ein Ansinnen in diese Richtung kategorisch zurück. Sauber! Die KKE brachte keine konkreten Gründe ihrer Ablehnung hervor. Dahinter dürfte stehen, daß sich die KKE generell nicht mehr mit der rechtsrevisionistischen/sozialdemokratischen KKE/Inland an einen Tisch setzen will, die sie weniger politisch als mit den Mitteln der Parteiladen- und Machtpolitik bekämpft. („Es gibt nur eine KKE"!)

So blieb schließlich nur noch Mávros übrig, der inzwischen – die Zeichen der Zeit und das Abbröckeln seines Einflusses wohl erkennend – durch einige „radikale" anti-Karamanlis-Schnacks ein wenig den „gemäßigten, aber in der Sache radikalen" Linken spielen will. Er konnte es sich nicht verkneifen, Papandréou öffentlich zu fragen, ob sie nicht gemeinsam die alte „Zentrumsunion" wieder aufmachen sollten, die doch schließlich '64 sogar an der Regierung war ...

Die Anspielungen von Mávros wies Papandréou sofort mit Hinweis auf die „Selbständigkeit in den ausschließlich eigenen Standpunkten" zurück.

Trotzdem konnte Mávros bei den Verhandlungen eine Reihe Vorteile für sich verbuchen: Die scharfe Polemik gegen die Sozialdemokratie, die die PASOK vor allem in Zusammenhang mit der BRD, aber auch mit Portugal führt, dürfte in Zukunft die griechische Zweigstelle EDIK „schonen" oder sogar ganz ausklammern.

Umgangen fühlte sich bei der ganzen Angelegenheit die Gruppe der „4" aus der EDIK ausgetretenen, die mittlerweile die „Initiative für Demokratie und Sozialismus" (G.A. Mangakjis, Minis, Protopappas und Tsatsos) gegründet haben, die sich ziemlich offen an der „PS" von Soares orientieren.

Papandréou antwortete auf die in diesem Sinne hervorgebrachte Kritik lediglich, er habe eben bewußt nur die offiziellen, im Parlament vertretenen Parteien angesprochen.

Dahinter scheint die Absicht zu stehen, dieser Strömung, die zwischen dem linken Flügel der EDIK und dem rechten der PASOK steht, das Wasser abzugraben. Papandréou möchte seine Rechten eben nicht an diese Richtung verlieren, vor allem, wenn diese – gestärkt durch Unzufriedene aus der EDIK – an Attraktivität gewinnen sollte („Eleftherotipia" – Ausgaben Anfang November).

Griechenland/Türkei-Kommission

Weltkonferenz für Solidarität mit Zypern

Frankfurt. Vom 29.-30.10.76 fand auf Einladung des „Ausschuß Zypern-Solidarität" eine „Weltkonferenz für Solidarität mit Zypern und zur Durchführung der UN-Beschlüsse über Zypern" in Frankfurt statt. Teilgenommen haben 400 Delegierte aus 45 Ländern. Es waren durchweg reformistische und revisionistische Organisationen vertreten. Aus der BRD waren u.a. folgende Organisationen und Persönlichkeiten anwesend: Deutsche Friedens-Union, DKP, Jusos, MSB-Spartakus, SdAJ, VDS, Evangelische Studentengemeinde sowie Abendroth und Bloch („FAZ", 30.10.76). Aus dem Ausland haben u. a. teilgenommen: Papandreou von der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok), Vertreter der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE), der zypriotische Botschafter in der BRD, einige griechische Parlamentsabgeordnete sowie Vertreter aus der DDR und der Sowjetunion.

Grußbotschaften schickten Präsident Makarios, Kaunda aus Sambia sowie Frau Bandaranaike aus Sri Lanka. Eingeladene Vertreter der Bundesregierung schickten Absageschreiben, auf die wir später noch eingehen werden. Auch der DGB sagte seine Teilnahme ab.

Auf der dreitägigen Konferenz wurden neben einem Kulturprogramm mit griechischen, türkischen, zypriotischen und deutschen Künstlern etliche Reden gehalten, Resolutionen verabschiedet (u.a. an die UNO, Europarat, Menschenrechtskommission etc.) und Beiträge über die konkrete Situation der zypriotischen Bevölkerung gehalten.

Grundlage der Konferenz waren die Beschlüsse der Vollversammlung der Vereinten Nationen von 1974:

- *Abzug aller ausländischen Armeen vom Inselgebiet*
- *Rückkehr aller Flüchtlinge an ihre*

- *Abzug aller ausländischen Armeen vom Inselgebiet*

- *Rückkehr aller Flüchtlinge an ihre Wohnorte*
- *Wiederanerkennung und Achtung der Unabhängigkeit, territorialen Integrität und der staatlichen Hoheitsrechte der Republik Zypern.*

Die Konferenz fand 27 Monate nach dem Putsch durch die faschistische griechische Junta statt, die im Auftrag des US-Imperialismus gehandelt hat. Ziel war, durch die Tötung Präsident Makarios' und die Ausrottung der breiten antiimperialistischen Bewegung besonders unter den Zyperngriechen, Zypern zum unversenkbaren Flugzeugträger der US-Imperialisten zu machen. Dieser Putsch schlug durch die gelungene Flucht Makarios fehl. Die griechischen Putschisten verübten grausame Massaker unter den Antiimperialisten und besonders unter der türkischen Minderheit. Für kurze Zeit wurde Sampson, der heute als einziger wegen des Putsches verurteilt wurde, Präsident auf Zypern. Sampson ist als Türkenschlächter auf der Insel bekannt.

Die US-Imperialisten setzen nach der mißlungenen Aktion nunmehr auf das türkische Pferd, deren Armee unter Berufung auf einen Friedensauftrag 40 % Zyperns besetzten und bis heute widerrechtlich besetzt halten. Die Besetzung durch die Türkei war der wesentliche Gegenstand der Auseinandersetzung auf der Konferenz.

Die Bilanz der imperialistischen Manöver auf Zypern faßte der Vizepräsident des zypriotischen Gerichtshofes G. Lucaides zusammen:

- Ungefähr 200.000 griechische Zyprioten, fast die Hälfte der griechischen Bevölkerung der Insel, sind immer noch Flüchtlinge im eigenen Land und haben alles, was sie besaßen, verloren;
- ungefähr 61.000 der Flüchtlinge sind Kinder unter 14 Jahren und 28.000 Menschen sind über 60;
- es gibt einen natürlichen Zuwachs an Flüchtlingen durch ca. 4.500 Geburten pro Jahr;
- 50.000 Heime wurden zerstört;
- 5.000 Familien haben keine Arbeit mehr;
- 1 von 125 Kindern ist Waise geworden;
- ca. 5.000 Menschen jedes Alters leben in den türkisch besetzten Gebieten unter unmenschlichen Bedingungen und unter der täglichen Bedrohung einer sofortigen Verurteilung;
- 1,4 % der griechisch-zypriotischen Bevölkerung wurde getötet oder wird vermißt;
- ca. 2.000 griechische Zyprioten, die noch kürzlich in den türkisch besetzten Gebieten lebend gesehen wurden, werden noch vermißt;
- die griechischen Zyprioten sind aus 142 Dörfern und aus den Städten Famagusta, Kyrenia und Merphon vertrieben worden;
- über 40.000 Menschen siedelten die Türken in den besetzten Gebieten neu an (siehe hierzu Artikel im AK 93);
- ca. 40.000 türkische Soldaten befinden sich noch in den besetzten Gebieten.

Laue Kritik am Imperialismus

Auffallend war für die Konferenz, daß über die Aktivitäten der griechischen Faschisten auf Zypern, für deren Aktionen die türkische Besetzung Wasser auf ihren Mühlen ist, nichts berichtet wurde. Auch wird die Rolle der heutigen Karamanlis-Regierung nicht kritisiert, unter deren Regierung bis heute noch nicht die Verantwortlichen für den Zypernputsch – bis auf den Schlächter Sampson, der aber politisch nur eine Nebenrolle spielte – verurteilt wurden. Auch der BRD-Imperialismus konnte ungeschoren davonkommen, obwohl er ein Hauptwaffenlieferant der Türkei ist. Der Bundestagsabge-

konnte ungeschoren davonkommen, obwohl er ein Hauptwaffenlieferant der Türkei ist. Der Bundestagsabge-

ordnete Mattik stellte sich in einem Schreiben an die Konferenz dumm und „bedauerte" die „isolierte Einflußnahme der BRD". Zugleich riet er davon ab *„zu hoffen, daß durch Einstellung der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe für die Türkei"* durch die BRD oder EG zur Lösung beigetragen werden könnte. Die „isolierte Einflußnahme" will der BRD-Imperialismus sich nicht nehmen lassen.

In der Schlußerklärung wird unverständlicherweise nur vorsichtig die Rolle der US- und EG-, im wesentlichen hier der BRD-Imperialisten, behandelt:

„Eine Teilung Zyperns würde den Interessen der Völker Zyperns, der Türkei und Griechenlands zuwiderlaufen und lediglich den Interessen des Imperialismus dienen" (Kommunique). Im weiteren wurde dann an den Europarat, die Vereinten Nationen, die Staatschefs der nichtpaktgebundenen Nationen appelliert, sich für die Beschlüsse der Vereinten Nationen einzusetzen.

Die westdeutsche nicht-revisionistische Linke selber hat bisher der imperialistischen Aggression auf Zypern keine große Beachtung geschenkt und im wesentlichen bürgerlichen und reformistischen Organisationen die Initiative überlassen. Hier muß angesetzt werden, um die Rolle des Hauptkriegstriebers USA und auch der BRD deutlich zu machen, um die Solidarität mit den Völkern auf Zypern zu erhöhen.

Für ein freies unabhängiges sozialistisches Zypern!

Kampf den faschistischen griechischen als auch türkischen Agenten der Imperialisten!

Für den Abzug aller imperialistischer Truppen!

Weg mit den Nato-Stützpunkten auf Zypern!

Griechenland/Türkei-Kommission

Wachsender faschistischer Terror und Repression

Türkei: Mit der lapidaren Feststellung, es habe wieder *„Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Studenten gegeben"* werden die terroristischen Übergriffe der „Grauen Wölfe" an den Hochschulen von der bürgerlichen Presse kommentiert.

Nachdem schon einmal in diesem Jahr der Lehrbetrieb unterbrochen wurde, haben nach Beginn des neuen Semesters an den Hochschulen der Türkei seit Ende Oktober die Überfälle der Faschisten 6 Tote und 284 Verletzte gefordert. Die Universität Istanbul wurde wieder geschlossen.

In der Universität Ankara wurde der Lehrbetrieb in einigen Zweigen ausgesetzt. Die rechtsradikale Regierung Demirel duldet in aller Offenheit den Terror, indem sie den Faschisten freie Hand läßt. Während Hunderte von Linken und fortschrittlichen Studenten festgenommen wurden, die zum Teil noch heute festsitzen, sind die wenigen festgenommenen Faschisten nach kurzer Zeit wieder freigelassen worden.

685 Mitglieder des Lehrkörpers der Universität Istanbul haben in einer schüchternen Erklärung „die Atmosphäre der Unsicherheit in der sie arbeiten müssen" verurteilt. Hierbei werden auch die Politiker kritisiert, „die mit ihren Erklärungen eine Gruppe auch noch moralisch unterstützen". Damit sind die faschistischen Kommandos gemeint.

Ähnlich äußerte sich auch der Senat der Universität Ankara.

Neben der offenen Verfolgung der Linken durch die faschistischen Kommandos wird die Repression seitens des Staates durch repressive Aufnahmeprüfungen verschärft.

An den Pädagogischen Hochschulen (Ausbildung zum Volksschullehrer) wurden mehr als 25000 Kandidaten, zumeist erklärte Antifaschisten, von den „Aufnahmekommissionen" zurückgewiesen. Die Kommissionen bestanden in ihrer Mehrzahl aus Mitgliedern der Nationalen Aktion.

Ziel ist es, einen faschistischen Lehrkörper herauszubilden, da die Lehrer bisher gerade in ländlichen Gebieten eine fortschrittliche Rolle in der Aufklärung der Bevölkerung spielten und manche Protestaktion bis hin zu Besetzungen von Großgrundbesitzen anleiteten.

Erfolgreicher Kampf gegen die Schließung des TÖB–DER

Im Zusammenhang mit der faschistischen Ausrichtung der Lehrer ist auch die Schließung der TÖB-DER (Vereinigungs- und Solidaritätsverein aller Lehrer in der Türkei) zu sehen.

Die Schließung wurde auf Antrag des Gouverneurs von Ankara vollzogen. Er begründete diese Anordnung damit, daß TÖB–DER Aktivitäten durchgeführt habe, die „gegen die Ziele des Vereins verstoßen". Anlaß war u.a. eine Demonstration, zu der die TÖB–DER Ortsorganisation in Ankara aufgerufen hatte, um ihre Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter und Studenten gegen die faschistischen Staatssicherheitsgerichte zu demonstrieren und gegen die Zwangsversetzung von Lehrern und gegen die faschistische Ausbildung in den Schulen zu protestieren.

Diese Demonstration, so der Gouverneur, verstoße gegen den Artikel 45 des Vereinsgesetzes. Dieser Artikel verbietet den Vereinen „Aktivitäten mit politischen Zielen". Das Vereinsgesetz stammt aus der Zeit der faschistischen Militärdiktatur.

Durch die Schließung der TÖB–DER Büros in der ganzen Türkei, von der 130. 000 Mitglieder betroffen sind, ist den Lehrern jegliche Möglichkeit der Organisierung genommen worden. Der TÖB–DER wurde am 3. September 1971 gegründet, nachdem die Lehrergewerkschaft TÖS nach dem faschistischen Putsch vom 12. März 1971 verboten worden war. Die TÖB–DER war seit ihrer Gründung den Repressionen des Staates sowie faschistischer Terrororganisationen ausgesetzt. Seit der Regierungsübernahme von Demirel sind sechs Mitglieder der TÖB–DER kaltblütig ermordet worden. Tausende von Lehrern wurden zwangsversetzt.

Gegen mehr als 500 Lehrer wurden Prozesse vor den SS-Gerichten geführt.

Durch das Verbot der TÖB–DER wird von Seiten des Staates versucht, die fortschrittlichen und militanten Teile der Lehrer einzuschüchtern und die Organisation zu spalten.

So bestehen zwischen großen Teilen der Mitglieder und der Führung Widersprüche in der Frage wie der Kampf gegen die Faschisierung und das Verbot der Organisation zu führen ist.

Während des Kampfes gegen die SS-Gerichte wich die TÖB–DER Führung, die seit der letzten Vollversammlung Mitte Juli von Sozialdemokraten der CHP und der TIP (Arbeiterpartei der Türkei, Revisionisten) besetzt ist, zurück, als die Regierung drohte die Demonstration zu verhindern.

In einer Erklärung der Zeitung Cumhurryet veröffentlichte die Führung eine Erklärung, obwohl die revolutionäre Jugendorganisation der TÖB–DER und mehrere Ortsorganisationen schon zu der Kampagne aufgerufen hatten, in der sie sich von der Vorbereitung der Kampagne distanzierte und in typisch reformistischer Manier davor warnte, daß die Demonstration für die Reaktion ein Vorwand sein könnte, das Gesetz über die SS-Gerichte durchzusetzen und schneller zum Faschismus überzugehen.

Die dann am 18.9.76 von mehreren Tausend Menschen durchgeführte Demonstration zeigte deutlich, wie abwieglerisch und schädlich die Haltung der Führung war. Dieses Vorgehen hat die Proteste mehrerer Ortsorganisationen herbeigeführt. Selbst die Schließung der TÖB–DER am 1. Oktober konnte nicht verhindern, daß sich breite Teile der Lehrerschaft an der Massendemonstration am 2. Oktober gegen die SS-Gerichte beteiligten. Die Schließung der TÖB–DER hat die breite Solidarität linker Parteien, Volkhäuser und Frauenorganisationen hervorgerufen. In einer gemeinsamen Erklärung stellten sie die Schließung in den Zusammenhang mit der faschistischen Repression, der politischen Entlassungen und der Schließung anderer demokratischer Organisationen. Hervorzuheben ist hier die Erklärung des Frauenvereins in Ankara:

„Die Schließung der TÖB–DER, die Durchsuchung vieler demokratischer Organisationen und die Bekanntmachung ihrer Schließung zeigen offen die Politik der Kapitalisten und der Großgrundbesitzer. Wir als Frauen rufen alle Mütter, Patrioten und Revolutionäre und unser ganzes Volk auf, gegen die faschistische Repression, gegen die Entlassung der Arbeiter und gegen die Schließung der demokratischen Massenorganisationen den Kampf aufzunehmen" („Cumhuryet", 5.10.76).

Die TÖB–DER Führung hat bisher auf eine Mobilisierung gegen das Verbot verzichtet und hat beim Verwaltungsgerichtshof Klage eingereicht.

Der Verwaltungsgerichtshof gab einer Einstweiligen Verfügung statt, so daß nach 12tägiger Schließung der TÖB-DER die Aktivitäten wieder „legal" aufnehmen konnte. Diese Entscheidung ist auch auf den breiten Massenprotest, trotz der Demobilisierung der TÖB-DER-Führung zurückzuführen. Diese bedeutet aber nicht das Ende der Versuche seitens des Staates, die fortschrittlichen Massenorganisationen und linken Parteien zu zerschlagen. Nur die Weiterentwicklung der angewachsenen Massenbewegung ist in der Lage, den Faschisten und der Errichtung eines neuen Faschismus in der Türkei ein Ende zu bereiten. Dieses ist heute die Aufgabe der Linken, für die es notwendig ist, im antifaschistischen und antiimperialistischen Kampf die Kommunistische Partei der Völker der Türkei aufzubauen.

Griechenland/Türkei-Kommission

BRD-Imperialisten voll im Waffengeschäft mit der Türkei

Vertreter der westdeutschen Rüstungsmonopole hatten am Montag und Dienstag vergangener Woche wichtige Gespräche mit Vertretern der türkischen Finanz-, Verteidigungs- und Außenministerien.

Bei den Gesprächen handelte es sich um westdeutsche Waffenlieferungen und Investitionen zum Aufbau einer Rüstungsindustrie in der Türkei in Höhe von 1 Mrd. Mark. So soll in Zukunft in dem Instandsetzungswerk in Fayseri auch der Kampfpanzer „Leopard" gebaut werden („SZ", 24.11.76). Neben dem eigenen Rüstungsgeschäft unterstützen die BRD-Imperialisten eine Armee und Regierung, deren hauptsächlicher Auftrag es ist, im Innern mit Gewalt „Ruhe und Ordnung" herzustellen. Zum anderen wird eine Armee untersützt, die sich immer noch entgegen den UN-Beschlüssen auf Zypern aufhält und dort terroristisch gegen türkische wie auch griechische Zyprioten vorgeht.

Die BRD-Imperialisten erweisen sich in ihren Rüstungsgeschäften in aller Welt immer offener als Stützer von Unterdrückung und Terror gegen die Völker.

Griechenland/Türkei-Kommission



Westberlin: Die Streikbewegung an den Hochschulen weitet sich aus

Auf der seit Jahren bestbesuchten Vollversammlung an der „Freien" Universität (FU) stimmte die große Mehrheit der ca. 4000 Anwesenden für eine Ausweitung des militanten Streiks auf die ganze FU. In einer alternativen Abstimmung setzte sich der Vorschlag des Streikrats der Germanistikstudenten, die bereits seit über 2 Wochen ihr Institut erfolgreich bestreikt hatten, gegen die Resolution von UStA-Vorbereitungsgruppen (Initiative für den Aufbau einer zentralen Studentenvertretung an der FU; der AStA wurde 1969 abgeschafft), Jusos, SHB und ADSen (SEW-nahe) durch, die eine Ausweitung des militanten Streiks ablehnten und statt dessen vorschlugen, jeder Fachbereich sollte entsprechend den eigenen Bedingungen Aktionen unternehmen. Dieser Vorschlag lief auf die Vorstellungen vor allem der ADSen hinaus, an den weniger kampfstarken Fachbereichen lediglich „Aktionstage" (Diskussion in den Seminaren, kein Abriegeln) durchzuführen, nachdem die ADSen mit diesem Vorschlag an den kampfstärkeren Bereichen (vor allem Germanistik) schon badengegangen waren. Der angenommene Antrag der Germanisten fordert dagegen alle Fachbereiche auf, dem Vorbild der Germanisten zu folgen und an ihren Instituten den Lehrbetrieb vollständig lahmzulegen, um stattdessen in eigener Regie politische Veranstaltungen und Diskussionen zu organisieren.

Die „Konsolidierungspolitik" des Westberliner Senats

Die „Konsolidierungspolitik" des Westberliner Senats

Anlaß des Streiks ist eine Berufsverbotewelle bisher unbekannten Ausmaßes an der FU.

Der Senat scheint gewillt, voll „durchzuholzen", um auch personell die Hochschule gemäß dem Hochschulrahmengesetz auszurichten: als Stätte von Ordaninarienherrschaft, Staatsaufsicht und sturster Paukerei. Oder wie es ein Senatsvertreter ausdrückte: Die FU müsse wieder „konkurrenzfähig" mit bayrischen Universitäten werden!

Dazu wurden am FB Germanistik zwei fortschrittliche Assistenten entlassen und die Entlassung eines weiteren bereits angekündigt. Gegen zwei Professoren laufen Disziplinarverfahren, die Berufsverbote zur Folge haben können. Bei allen Genannten handelt es sich um „KPD"-Wahlaufrufunterzeichner. Ähnlich die Situation bei den Psychologen: 2 Assistenten und einem Assistenzprofessor wurde die anstehende Verlängerung ihres Vertrages verweigert – eindeutig aus politischen Gründen. In Senatsverhören wurden alle der SEW-Mitgliedschaft „verdächtigt". Darüberhinaus wurde die Einstellung eines Assistenten und eines Tutors vom Senat auf Eis gelegt, weil der eine in Marburg für den MSB Spartakus kandidiert, der andere in der ADS mitgearbeitet hat. Im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften wurde der Vertrag des fortschrittlichen Jura-Dozenten Moritz nicht verlängert – der letzte halbwegs fortschrittliche Dozent am Fachbereich. Die Studenten sollen damit gezwungen werden, sich von den reaktionären NOFU-Profs (Notgemeinschaft für eine Freie Univeristät" – Westberliner Ableger des „Bund Freiheit der Wissenschaften") vom Fachbereich 9 prüfen zu lassen.

Am Institut für Soziologie gibt es ein Berufsverbot für einen „KPD"-Wahlaufrufunterzeichner.

Ein anderer Dozent wurde nicht eingestellt mit der Begründung, der „Wissenschaftspluralismus" bliebe sonst nicht gewahrt. Bei 6 weiteren Bewerbern wird die Einstellung teilweise schon seit über einem Jahr verschleppt, da „Überprüfungsverfahren" gegen sie noch laufen.

Die Germanisten legen los

Die Studenten des am härtesten betroffenen Fachbereichs Germanistik beschlossen auf einer VV eine Urabstimmung, die in wenigen Tagen 1280 Stimmen für einen militanten Streik bei 97 Gegenstimmen erbrachte. Daraufhin traten sie in den Streik, der von einem aus Seminardelegierten gebildeten Streikrat organisiert wird. Mit zunehmender Dauer stieg die Streikbeteiligung der Kommilitonen noch weiter, so daß auf den beiden nächsten VVs jeweils mit großer Mehrheit der Streik um eine Woche verlängert wurde. (Die KB-Studenten hatten auf der 2. VV vorgeschlagen, den Streik um eine Woche auszusetzen, um dann uniweit loszuschlagen, dabei aber offenbar die mittlerweile erreichte Breite unterschätzt. Unsere Befürchtung, der Germanistenstreik könnte sich „totgelaufen" haben, bevor die anderen FBe der FU mitstreiken, drückte eine gewisse Zaghaftigkeit gegenüber den Aktionen aus.).

Gleich am ersten Streiktag wurde das Germanische Seminar in Peter-Paul-Zahl-Institut umbenannt (zur Solidarität mit dem aufgrund eines Terrorurteils im Knast sitzenden Schriftstellers P. P. Zahl) und ein Raum als Kommunikationszentrum besetzt und ausgeschmückt.

Die Durchführung der Seminare wurde verhindert, obwohl der Fach-

Die Durchführung der Seminare wurde verhindert, obwohl der Fach-

bereichsrat das Aufstellen von Streikposten verurteilte, der FU-Präsident deswegen Strafanzeigen erstattete und Senator Löffler höchstpersönlich mit 20 Zivilbullen im Gefolge die „Lage inspizierte". Am Punkt der Verhinderung der Seminare waren es die ADSen und Teile der Fachbereichsinitiative, die wiederholt versuchten, die Öffnung der Seminare durchzusetzen, um dort angeblich politisch zu diskutieren, und so faktisch den Streik aufzuweichen. Entsprechende Anträge stellten sie noch auf der ersten Streikvollversammlung nach (!) der Urabstimmung füreinen militanten Streik und im Streikrat, unterlagen aber deutlich. Frech und offen kündigte der ADS-Vertreter im Fachbereichsrat seine Zustimmung zu einer Resolution von Dozenten gegen die Berufsverbote, aber v. a. auch gegen den Streik und begründete, daß er nicht mit imperativen Mandat gewählt sei und sich deshalb auch nicht nach Vollversammlungsbeschlüssen zu richten brauche!

Erst in letzter Sekunde änderte er unter dem Druck zahlreich anwesender Studenten im Fachbereichsrat seine Meinung.

Gleichzeitig sprang der Funke auch auf andere Westberliner Hochschulen (TU, PH, FHSen) über. Auf einer Vollversammlung der Bereichsinitiativen (übernehmen z.T. die Funktion der 1969 ebenfalls abgeschafften Fachschaftsräte) am 18.11. wollten die KB-Studenten den Antrag einbringen, alle Bereichsinitiativen sollten bis zur eine Woche darauf stattfindenden FU-VV an ihren FBen den Streik durch VVs und Bildung von Streikräten nach Germanisten-Vorbild vorbereiten. Unser Vorschlag, den Streik als erstes und Wichtigstes zu diskutieren, wurde jedoch knapp abgelehnt, da die UStA-Initiative ihren Programmentwurf diskutieren wollte. Dieser Vorschlag wurde auch vom KSV unterstützt. Anstatt die Notwendigkeit einer FU-Interessenvertretung dadurch unter Beweis zu stellen, daß alle Kräfte auf die Organisierung eines erfolgreichen Streiks konzentriert werden, zogen die UStA-Strategen es vor, über ihr Programm zu diskutieren, was mit dem laufenden Streik nichts zu tun hatte. Offenbar hatten sich die UStA-Leute durch das Schreiben immer neuer und umfangreicherer Programme bereits so weit von der Basis entfernt, daß sie ihre Aufgaben nicht sahen. Vom UStA kamen bis zur VV keine Initiativen für eine erfolgreiche Streikfortführung! Die Initiativen-VV leerte sich erwartungsgemäß schnell.

Dennoch meldeten auf der FU-VV Vertreter von mehreren FBen erfolgreiche Streikvorbereitungen, seien es besser als je zuvor besuchte Bereichs-VVs, gut angelaufene oder bereits abgeschlossene Urabstimmungen. Beispielhaft das Ergebnis der an allen Universitäten als „lahm" oder gar reaktionär verschrien WiWis: nach nur 3 Tagen knapp 900 Stimmenfür Streik.

Eine kämpferische UNI-VV

Nicht nur von der Beteiligung her, sondern auch was die Stimmung und den Verlauf anging, war die FU-VV vom 24.11. die beste seit Jahren. Dazu trug sicher auch bei, daß die aus Vertretern der Streikräte und Bereichsinitiativen gebildete Versammlungsleitung jeden Versuch von ADSen, KSV und KHG, die FU-VV wie gewöhnlich zum Forum ihrer Selbstdarstellung und abstoßenden gegenseitigen Beschimpfungen über die Köpfe der Studenten hinweg zu machen, im Keim erstickte. Dabei übersehen wir allerdings nicht die Gefahr, daß in Westberlin bereits eine Stimmung geschaffen ist und von

Gefahr, daß in Westberlin bereits eine Stimmung geschaffen ist und von

einigen Ober-Spontis auch geschürt wird, jeden Beitrag einer politischen Organisation abzulehnen, und die politische Auseinandersetzung mit ADS/KHG/KSV durch reine Stimmungsmache gegen die Organisationen überhaupt zu ersetzen. Dies zeigte sich auch in dem Antrag eines UStA-Strategen, die Resolutionen einzeln abzustimmen, anstatt aus den einzelnen Resolutionen die Kernpunkte zusammenzufassen und die inhaltlichen Alternativen gegenüberzustellen. So entstand die widersinnige Situation, daß im ersten Abstimmungsgang zwei entgegengesetzte Resolutionen angenommen wurden, die dann im zweiten Gang alternativ gegeneinandergestellt wurden. Die Resolutionen der politischen Organisationen wurden dagegen jede für sich „abgebürstet", was wohl auch in der Absicht des Antragstellers lag (KHG: ca. 50, KSV ca. 70, KB ca. 100–150 Stimmen von 4000!).

Seitens der unerfahrenden KB-Studentenwurde allerdgings der Fehler gemacht, nicht zu versuchen, ihre Resolution mit der fast gleichen de Germanistik-Streitrats zusammenzufassen, wodurch der Eindruck entstehen mußte, wir würden des Prinzips wegen auf dieser Resolution beharren. „Schlimm" steht es allerdings um Organisationen wie dem KSV und der KHG. War noch vor ein paar Semestern die FU Hochburg des KSV, bekam er diesmal ganze 70 Stimmen, was einem Bruchteil dessen entspricht, was sie noch vor 3-4 Semestern organisiert hatten. Der KBW hat sich mit seiner „originellen" Orientierung auf das BaFöG gänzlich isoliert und wird nun wohl überlegen müssen, wie er von diesem Trip wieder runterkommt, will er nicht gänzlich zerschlagen am Ende des Wintersemester sein.

In den abschließenden Abstimmungen setzten sich beidemal die Vorstellungen des Germ-Streikrats durch, d.h. die FU-VV fordert alle FBe auf, ihrerseits einen militanten Streik zu organisieren, die Institute mit Streikposten abzuriegeln, politische Alternativveranstaltungen selbst durchzuführen und so einer Spaltung in „lernwillige" und streikende Studenten von vornherein das Wasser abzugraben. Der gemeinsame Antrag von UStA-Initiative, SEW, ADSen, SHB und Jusos sah dagegen eine Begrenzung des Streiks auf die schon kämpfenden Bereiche und die Organisierung von „Aktionstagen" an den anderen Bereichen vor, wenn auch der besseren Optik wegen diese „Aktionstage" „aktiver Streik" genannt wurden. Zwar mochten die UStA-Strategen dies nicht explizit formulieren, doch lief ihre Forderung, die Form des Streiks den einzelnen FBen zu überlassen und keine Aufforderung zum militanten Streik auszusprechen, darauf hinaus. Dies entsprach auch vollständig der abwartenden Haltung des UStA vor der FU-VV und seiner Ablehnung der Streikdiskussion auf der Initiativen-VV.

Auch in der Streikorganisierung setzten sich die Germanisten durch (deren Vorstellungen mit denen des KB in seiner Resolution fast identisch waren). Aus Vertretern der Streikräte, bzw. auf Bereichs-VVen gewählten Vertretern (zusätzlich aus nicht streikenden Bereichen je ein Initiativenvertreter) soll ein FU-Streikrat gebildet werden. Der UStA hatte stattdessen vorgeschlagen, sich selbst zum zentralen Streikrat zu wählen, was angesichts seiner Inaktivität vor der FU-VV eine Unverschämtheit war.

Die Bewegung weitet sich aus

Die Bewegung weitet sich aus

Mittlerweile sind mehrere Bereichsurabstimmungen erfolgreich abgeschlossen, aufgrund deren Ergebnis VVs den Streik ausrufen werden (bei Redaktionsschluß lag ein vollständiger Überblick noch nicht vor). Außerdem beschloß die VV der PH am Freitag, ebenfalls zu streiken. Die Technische FH und die FH Wirtschaft beschlossen ebenfalls zu streiken. An der evangelischen FHS läuft der Streik bereits, an der TU wird er an einigen FBen vorbereitet. Zusätzlich heizten der Westberliner Senator Löffler, der scheidende FU-Präsident Kreibich und einige reaktionäre Profs den Streik unfreiwillig mit „Erklärungen" an. Kreibich und die Vorsitzende des FBR Germanistik riefen Studenten und Dozenten zum „gewaltlosen Widerstand" auf, indem sie wieder Lehrveranstaltungen aufnehmen. Dies scheiterte kläglich.

In einem Brief an seine „lieben Kolleginnen und Kollegen" stellte der Oberreaktionär Prof. Dr. Nolte (Geschichte) betrübt fest: *„Seit geraumer Zeit ist die FU nicht mehr so „unruhig" gewesen wie im Augenblick"* und hetzt dann weiter: *„Wir haben es vielmehr anscheinend mit einem großangelegten Versuch der kommunistischen und anarchistischen Gruppen zu tun, der ‚Konsolidierungspolitik' des Politischen Senats eine Niederlage zu bereiten."*

Ziemlich treffend charakterisiert hier ein Gegner der Studentenbeweggung unseren Erfolg. Dieser wird nicht darin liegen, „solange zu streiken, bis alle Berufsverbote gefallen sind", wie dies KSV und KHG fordern. Dies ist angesichts des Kräfteverhältnisses eine völlige Fehleinschätzung der Möglichkeiten der Studentenbewegung heute. Der Erfolg muß u.E. darin gesehen und daran gemessen werden, ob und wie weit es gelingt, die „Konsolidierungspolitik" des Westberliner Senats zu durchkreuzen, d.h. in der Politisierung und Radikalisierung der Studentenbewegung. Denn es geht dem Senat nicht um diesen oder jenen Dozenten allein, sondern um die Einschüchterung des gesamten, an der FU relativ fortschrittlicheren Lehrkörpers und der Studentenbewegung. Durch ihren Streik und die Entschlossenheit, mit der er drurchgeführt wird, entwickelt sich die Westberliner Studentenbewegung genau in die entgegengesetzte Richtung, wie dies Löffler, Kreibich & Co. vorschwebt. Dies läßt sich aber nicht durch „Aktionstage" erreichen, wo dieses oder jenes Seminar für sich diskutiert oder auch nicht (wer will das schon kontrollieren),

diskutiert oder auch nicht (wer will das schon kontrollieren),

sondern nur durch die gemeinsame Lahmlegung des gesamten Uni-Betriebs durch alle fortschrittlichen Studenten. Der Kampf der Westberliner Studenten ist daher beispielhaft für alle westdeutschen Hochschulen, sich nicht auf „Aktionstage" zu beschränken, sondern mit schlagkräftigen Aktionen jegliche „Konsolidierungspolitik" zu durch zen.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg
nach Berichten der
FU-Gruppe KB/Westberlin

Erster Polizeieinsatz an der FU seit Streikbeginn

Erster Polizeieinsatz an der FU seit Streikbeginn

Um die am FB Wirtschaftswissenschaft laufende Abstimmung zu behindern, lagerte der WIWI-Reaktionär Bellinger seine Veranstaltung vom FB weg zum Henry-Ford-Bau hin. Gleichzeitig forderte er Bullen an, um jede „Störung" zu verhindern. So kam es, daß am Mittwochmorgen ca. 70 Bullen an der Uni aufzogen. In die Vorlesung wurden nur Studenten mit Einladungsschreiben gelassen, wobei noch zusätzlich eine Personalkontrolle vorgenommen wurde. Als Seminardelegierte mit der Urne in den Hörsaal hinein wollten, um die Urabstimmung weiterzuführen, wurde ihnen der Einlaß verwehrt.

Daraufhin wurde versucht durch Klopfen an die Scheiben die Veranstaltung zu unterbrechen.

Dabei stellte sich heraus, daß in dem Saal auch Zivilbullen waren, die dann nämlich ihre Kameras hervorholten und fleißig zu fotografieren begannen.

Gleichzeitig begannen die Bullen draußen die Studenten von den Fenstern abzudrängen.

Unter diesen Umständen war ein Teil der anwesenden Studenten nicht mehr bereit die Veranstaltung mitzumachen und verließen den Saal.

Trotz dieser Störversuche, die sicher nur der Anfang sein werden, haben die WIWIs ihre Urabstimmung erfolgreich beendet.

KHG erneut auf Provokationskurs

Dem KBW reichte dieser Anlaß um eine neue Provokation loszulassen. So wurde anläßlich des Bulleneinsatzes von diesen Vögeln an mehreren FBs das Gerücht verbreitet, daß der Streikrat der Germanisten ein „Go in" beim Präsidialamt beschlossen hätte.

Als kurz vor dem Präsidialamt die getäuschten „Massen" (es waren ca. 50) und die „Führung" (KHG & KSV, ca. 30) zusammentrafen, wurden die KHGler zur Rede gestellt. Frech gaben sie zu, gelogen bzw. Unwahrheiten erzählt zu haben und wollten uns jederzeit „morgen" Rede und Antwort stehen, jetzt sollte man aber erstmal die Aktion beenden. Als ihnen klar wurde, daß keiner mehr mitwollte, zogen sie ab, natürlich nicht ohne vorher die Anwesenden als Spalter beschimpft zu haben.

FU-Gruppe, KB/Gruppe Westberlin

Streik gegen Rektorultimatum

Bochum. Am 22.11. hat die größte Uni-Vollversammlung (UVV) der letzten Semester (über 2.000 Studenten) einen einwöchigen Streik beschlossen. Die Studenten protestieren damit gegen den Eingriff des Rektors Meyer-Dohm (SPD) in die Belange der Verfaßten Studentenschaft (VS). Meyer-Dohm hatte allen Fachschaftsräten (FSR, Vertretungsorgane in den Fachbereichen) bis zum 15. November ein Ultimatum gestellt, Neuwahlen nach „rechtsstaatlichen Grundsätzen" durchzuführen. Demnach sollen die FSR nicht mehr wie bisher, direkt auf Vollversammlungen (VVs) gewählt und kontrolliert werden. Stattdessen soll es eine zweitägige, geheime Urnenwahl geben. Die FSR-Mitglieder sollen namentlich beim Rektor gemeldet, die Stimmberechtigung einzeln überprüft werden. Er erklärte das bisherige Wahlverfahren für „rechtswidrig", da es keine genehmigte Satzung der Studentenschaft Bochum gäbe.

Mobilisierung gegen „Bewegung 15. November"

Auftakt der Aktivitäten war eine feierliche Vereidigung aller FSRs und des AStA auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" in „Meiers Dom", ein Sketch der Fachschaftsliste (FSL, Sieger der letzten SP-Wahlen, Spontis, linke Unorganisierte), der zur ersten UVV am 15.11. mobilisierte. Auf dieser wurde mit 1.500 Anwesenden eine Aktionswoche beschlossen, die einen Streik (Vorlesungsboykott) ab 22.11. vorbereiten sollte. Anschließend zogen fast alle vor's Rektorat, wo allerdings Meyer-Dohm nicht anzutreffen war.

Am Tag darauf forderten dann nochmals 400 Studenten die Zurücknahme des Ultimatums. Er bekräftigte jedoch sein Vorhaben und drohte allen AStA-Mitgliedern mit einer Klage, falls sie an irgendeinen „rechtswidrigen" FSR Geld auszahlen würden.

Meyer-Dohms Drohungen gaben der Mobilisierung nur noch Pfeffer, so daß der Streik schon am Morgen des 22.11., im wesentlichen in den Gebäuden der „Geisteswissenschaft", stand! Die große Empörung und Streikbereitschaft vieler Studenten, die sich sehr schnell und spontan entwickelte, war von den Linken an der Ruhr-Universität-Bochum (RUB) einerseits vorher nicht in dem Maße erwartet, andererseits im üblichen Maße reichlich überschätzt werden.

Die KBW-Studenten (KHI), die Anfang dieses Semesters in ihrer „KHZ" vom 4.10. verlauten ließen: *„Die Aufgabe ist im kommenden Semester, im Kampf gegen den imperialistischen Staatsapparat einen Durchbruch zu erreichen und den Kampf zur Entscheidung (!) zu bringen und zwar dort, wo sich gegenwärtig entscheidet, ob sich die Studentenbewegung der Bourgeoisie unterwirft oder nicht, an der Frage der m a t e r i e l l e n Versorgung"*, hatten ja nun etwas anderes im Kopf und konnten sich auch nicht so recht gegen die Rektorsache engagieren.

Dennoch zogen sie flugs ihren Vorschlag aus der Tasche: *„Unbefristeter Streik, bis die Forderungen durchgesetzt sind!"* Natürlich stets redlich bemüht, zu allem die Kurve zum Bafög – der „eigentlichen Misere" – zu kratzen. Doch auch in Bochum ist es so weit: Die KHI, bis vor kurzem die stärkste linke Organisation an der RUB, hat es geschafft, kaum noch Einfluß zu besitzen. Für ihre Anträge auf der Uni-VV konnten sich gerade noch die eigenen Mitglieder erwärmen.

Die Fachschaftsliste begab sich anfangs in eine „Lauerstellung", sie wollte nicht gegen *„ein schlaffes Papier-Ultimatum"* streiken. D.h., warten, bis ein konkreter Hammer kommt, z.B. Gelder-, Raumsperrung o.ä. und dann unbefristet streiken.

Die KB-Studenten schlugen anfangs einen eintägigen Warnstreik gegen das Ultimatum vor. Was die Länge des Streiks betrifft, ist dies sicher etwas zu zaghaft gewesen. Auf der zweiten UVV, am 22.11., unterstützten wir den neuen Vorschlag der FSL, eine Woche Streik, dann eine neue UVV, auf der über weitere Schritte beschlossen wird. Ebenso die Durchführung einer Demonstration. Dies wurde mit Mehrheit beschlossen sowie der Auftrag für den AStA zu fortschrittlichen, gewerkschaftsoppositionellen Kollegen (GOG) Kontakt aufzunehmen, und nicht mit d e n Gewerkschaften, wie es der MSB vorgeschlagen hatte. Letzterer war ein wenig hin und her gerissen. Einerseits hatte die FSL durch ihren ersten Vorschlag „Lauerstellung" quasi seine beliebten vds-Aktionstage (Aktiönchen, viele Worte – wenig Taten) vorbereitet, auf der anderen Seite radikalisierte sich das Ganze sehr schnell, so daß der MSB nicht gegen einen Streik stimmen konnte. Im nachhinein erwies sich dies aber gleich wieder als taktisches Manöver, denn die Bereiche, in denen der MSB den FSR stellt, fielen für den Streik fast flach.

Streikbrecher, Spitzel und Provokateure am Werk!

Welcher Streik ist bisher ohne sie abgelaufen. Besonders der Burschenschaftler Buyken (Jura) und seine Truppe sind nicht nur auf der VV unangenehm aufgefallen, sondern sie haben mehrere gewaltsame Provokationen gegen die Streikposten gestartet. Auch Professoren taten sich durch Rempeleien hervor. Prof. Menne griff Streikposten hinterrücks an, warf sich über die Barrikade, schmetterte in seinem Eifer noch einen Tisch in die Glastür. Wer ist hier radikal?!

Auch die unauffälligen Herren in grünem Parker, mit wachsamen Augen und Ohren, sind jetzt überall zu sehen, wo was los ist! Ebenso gibt es eine zentrale „Hausmeister"-Truppe – ein Erbe des Ex-Rektors Biedenkopf – die über das Hausrecht des Rektors verfügt, somit über Bulleneinsätze entscheiden kann.

Auch die Feuerpolizei bemühte sich am 24.11. an die Uni. Ihre Sorge waren die Barrikaden, die die „Fluchtwege" versperren. Wenn diese nicht verschwänden, würde die Polizei auf der Matte stehen! So einfach ist es, einen Bulleneinsatz zu erreichen! Kurz darauf brannte plötzlich (?) in einem Raum ein Sofa. Zufall?

Bislang konnten weder die Provokationen, noch fehlende „Präsenz" der Jusos u.a. den Streik verhindern. Doch trotz guter Alternativ-Veranstaltungen zu Brokdorf, zur Antirepression mit dem Anwalt Croissant, einer mit Opel-Betriebsräten, auch einer kleinen Veranstaltung der KB-Frauen zu A. Schwarzer etc., ist die Streikfront schon etwas durchlässiger geworden.

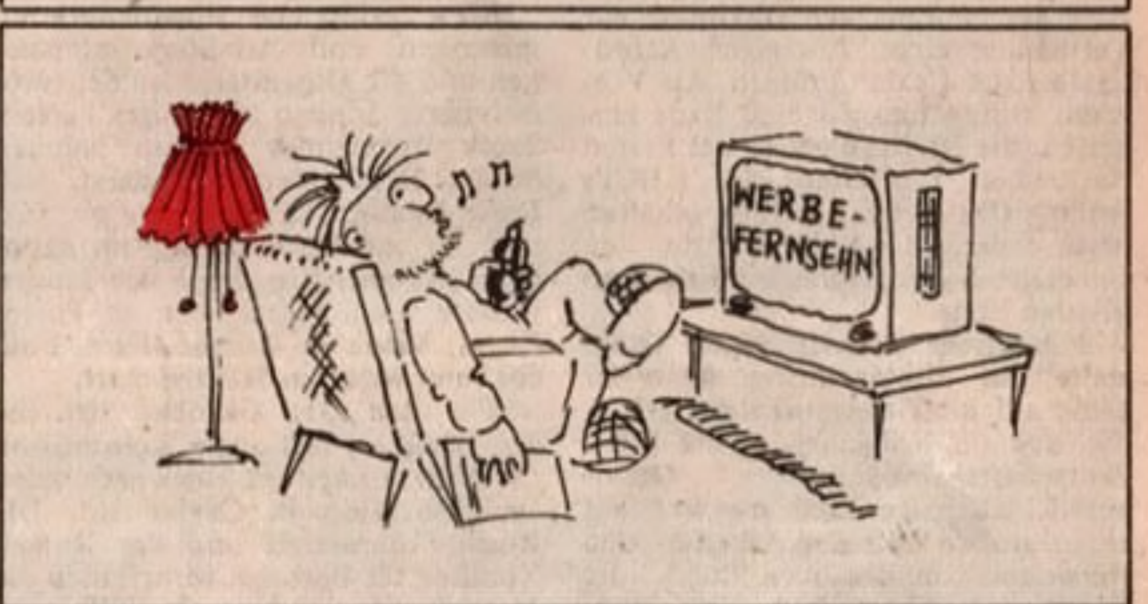
Die nächste VV am 29.11. wird weitere Schritte beschließen, ob der Streik ausgesetzt wird oder andere Mittel ergriffen werden.

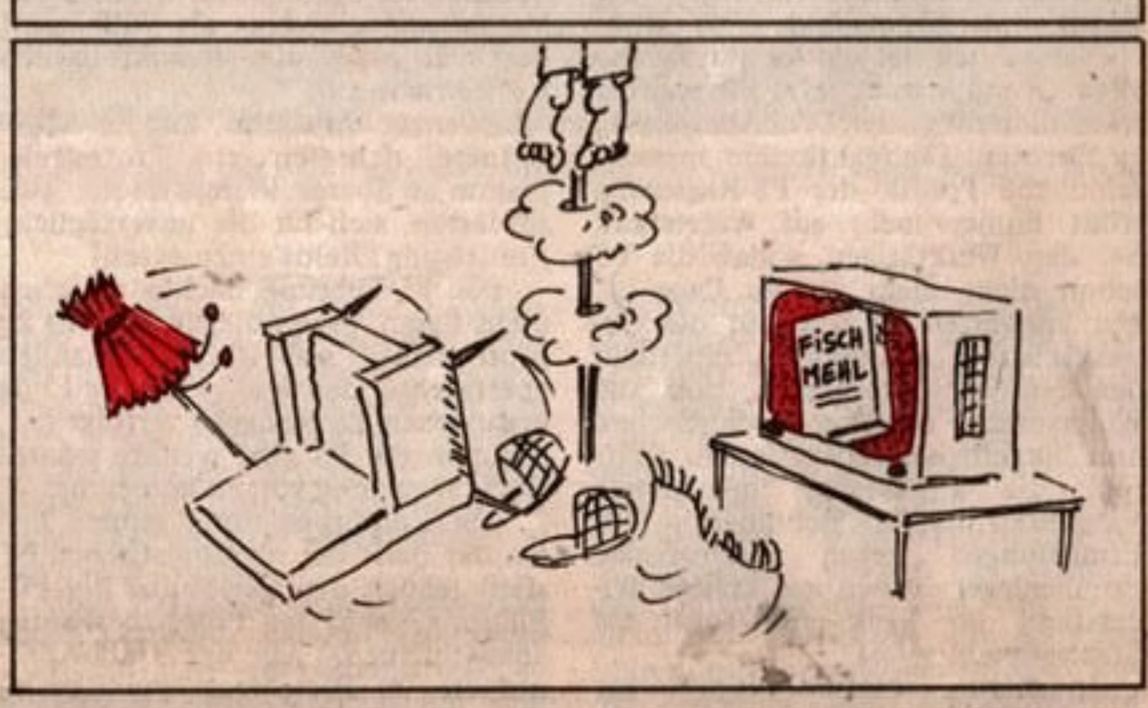
Auf jeden Fall geht's weiter, *„denn wir brauchen Fachschaftsräte, die wir wählen, wie wir wolln und die nicht dauernd kuschen, wenn Staatsvertreter groll'n!"* (Refrain des oft gesungenen Fachschaftsliedes).

Studenten des KB/Gruppe Bochum

Maße reichlich überschätzt werden. gegen einen Streik stimmen konnte. KB/Gruppe Bochum

KBW führt seine Schlägermethoden auf der Uni-VV ein





Frankfurt. Am 15.11. sollte an der Frankfurter Uni eine Vollversammlung zum Thema Bafög stattfinden. Zur Diskussion kam es nicht mehr. Der MSB-Spartakus, der sich an den Frauen-AStA (siehe AK Nr. 93) anzubiedern versucht, hatte sich deshalb zum Thema Bafög auch mal „neue Formen" einfallen lassen. In Form eines Sketches trug er seinen Beitrag vor (wobei das einzige Lustige war, daß offenbar die MSBler in sowas recht ungeübt sind). Und irgendwo, irgendwie fiel das Wort „Fischmehl" ... Das wirkte wie ein Signal: die KSBler sprangen über die Bänke, krempelten sich die Ärmel hoch, die paar KSVler, die es überhaupt noch an der Frankfurter Uni gibt, folgten sogleich, und eine wüste Schlägerei entstand auf dem Podium. Dann mischten auch andere Genossen kräftig mit, ohne daß allerdings später ein eindeutiger Sieger festgestellt werden konnte. Die Uni-VV wurde abgebrochen. Der KBW dürfte sich die letzten Sympathien, soweit er überhaupt noch welche besaß, verscherzt haben.

Die einzige „Selbstkritik", die der KSB nach der „Aktion" leistete, war, daß sie viel zu langsam rangegangen seien, und das nächste Mal „besser üben" müßten (Zitat von einem KSB-Führer).

Inzwischen hat der KSB seine Version des Geschehens veröffentlicht: die Frauen vom AStA und der MSB hätten die Uni-VV sabotiert. In den zwei Flugblättern, die sie danach rausbrachten, ist kein Wort über ihren Prügeleinsatz zu finden.

halb zum Thema Bafög auch mal „neue Formen" einfallen lassen. In Form eines Sketches trug er sei- zwei Flugblättern, die sie danach rausbrachten, ist kein Wort über ihren Prügeleinsatz zu finden.

Was den MSB betrifft, so spielt er sich jetzt in der Rolle des Verteidigers der Demokratie auf. So heißt die Überschrift seines Flugblatts nach der Uni-VV: „Knüppel aus dem Sack gegenüber Linken". Das ist schon ziemlich dreist, wenn man weiß, wie die DKP oder der MSB ansonsten gegen die sogenannten „Chaoten" vorgehen: vom Denunzieren bis hin zum ebenso militanten Schläger-Einsatz gegen Linke.

Für den KBW jedenfalls scheint zu gelten, daß er sich umso verrückter aufführt, je mehr er an Anklang bei den Studenten verliert. Diese Eigenart allerdings sollte nicht hingenommen werden, wie dies – augenzwinkernd über die Verrückheit – in anderen Fällen geschehen ist.

Unigruppe, KB/Gruppe Frankfurt

Mit Polizei und Aussperrung gegen Klausurenboykott

Heidelberg: Die Institutsleitung des germanistischen Seminars der Uni Heidelberg hatte die Rechnung ohne die Studenten gemacht, als sie vor vier Monaten Klausuren in den Mittelhochdeutschseminaren einführte: Auf einer Vollversammlung wurde beschlossen, die Klausuren zu boykottieren.

„Das Rektorat und die Institutsleitung reagierten mit Hausverboten und der Einleitung von Relegationsverfahren gegen einzelne Kommilitonen. Daraufhin beschlossen die Germanistikstudenten eine Urabstimmung für einen Streik am gesamten Germanistischen Seminar durchzuführen." (Flugblatt Juso HSG). Nach erfolgreich angelaufener Urabstimmung (80% der abgegebenen Stimmen waren für Streik) wurde das Institut für einige Tage von der Verwaltung geschlossen und neue Ordnungsverfahren eingeleitet. Als die Studenten versuchten, diese Aussperrung zu durchbrechen, antwortete das Rektorat mit einem brutalen Polizeieinsatz.

„Ein Student wurde in einer Seminarveranstaltung festgenommen, mehrere Leute erkennungsdienstlich behandelt; zuletzt räumten 60 Polizisten das Seminar und prügelten auch noch Studenten, die vor dem Seminar standen, die Straße runter bis zur nächsten Ecke. Dann war das Institut wieder geschlossen". (Asta-Sonderinfo).

Die Betroffenen reagierten mit einer spontanen Demonstration. Auf einer Germanisten-Vollversammlung am 12.11. wurde dann ein befristeter Boykott des Instituts beschlossen. Auf der Uni-VV, die vier Tage später stattfand, wurden weitere Schritte gegen die Polizei-Uni diskutiert.

Der Widerstand soll durch Diskussionen in den Seminaren verbreitet werden, damit die Boykottfront am Ende des Semesters steht, wenn die Klausuren geschrieben werden sollen.

Die Uni-Verwaltung wird's schwer haben.......

Genossin des SSB, Hamburg

Linke Liste im Fachschaftsrat

Nürnberg: Trotz Verbots der verfaßten Studentenschaft in Bayern, beteiligten sich an den Fachschaftsratswahlen des Fachbereichs Sozialwesen 41% der Studenten. Zwei Listen standen zur Wahl:

- die „Liste Demokratisches Bündnis", ein Zusammenschluß der „gewerkschaftlich Orientierten" (MSB, SHB, Jusos) und der „Demokratischen Studentengruppe" (eine Basisgruppe in der u.a. auch KB-Studenten mitarbeiten)
- und eine Liste des KSV, die noch von der KPD/ML unterstützt wurde.

Das Ergebnis war eine klare Sache: 89,81% für das „Demokratische Bündnis" und 10,19% für den KSV (was eigentlich immer noch zuviel ist).

Nach festgelegtem Wahlmodus bedeutet dies, daß sich der neue FSR aus sechs Studenten des „Demokratischen Bündnis" und einem KSV'ler zusammensetzt.

Da gleichzeitig mit der Listenwahl auch noch innerhalb der einzelnen Listen die Kandidaten gewählt wurden und hierbei die Kandidaten der „Demokratischen Studentengruppe" (s.o.) auf der „Liste Demokratisches Bündnis" die ersten sechs Plätze belegten, hatten die „gewerkschaftlich Orientierten" keinerlei Anspruch auf einen Sitz im FSR. Diese Wahl wollten sie allerdings nicht anerkennen und moralisierten, daß ihnen die DSG *„schon als Geste des Anstands und guten Willens wenigstens einen Sitz abtreten sollte"*. Dies wurde im „Demokratischen Bündnis" abgestimmt, wobei allein der KHB (Studenten des „Arbeiterbundes zum Wiederaufbau der KPD") sie unterstützten. Wie gut daran getan wurde, sich auf keinerlei Kompromisse mit diesen Leuten einzulassen, zeigte sich wenig später an der Diskussion über einen geplanten Streik. Während der gesamte FSR den Vorschlag der VDS, einen Streik an allen Fachhochschulen beschränkt auf die materielle Misere durchzuführen, ablehnte und einen eigenen Aufruf herausbringen wollte (in dem sich insbesondere gegen die politische Repression gewandt wird), sabotierte der MSB dies, indem er beim Layout nur noch den VDS-Aufruf klebte! Trotz alledem entschieden sich in einer Urabstimmung 85,8% der Studenten für einen Streik und zwar für einen bei dem der gesamte Lehrbetrieb boykottiert wird.

Nach einem Bericht der Studenten des KB/Gruppe Nürnberg

Strafanzeigen gegen AStA-Mitglieder

Marburg: Uni-Präsident Zingel (SPD) will gegen die ASTA-Vorstandsmitglieder Rudi D., Michael v.T. und Mixk P. Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch stellen, da der ASTA mit verschiedenen anderen linken Gruppen und einigen demokratischen Professoren sowie Uni-Angestellten zu einer Südafrika-Solidaritätsveranstaltung am 28.10.76 im Audi-max der Uni aufgerufen hatte. Für diese Veranstaltung hatte Zingel ein Raumverbot verhängt, da diese *„außerhalb des Bereichs der Aufgaben, die der verfaßten Studentenschaft durch Gesetzgebung und Rechtssprechung zugewiesen sind"* (Zingel-Brief an d. ASTA, 26.10) läge. Trotzdem fand die Veranstaltung mit etwa 1.000 Kommilitonen und je einem Vertreter des ANC Zimbabwe und Azania im Foyer des Hörsaalgebäudes statt, da das Audi-max den ganzen Tag über verriegelt und verrammelt gehalten wurde. Während der Veranstaltung unternahm die Uni-Bürokratie nichts. Aber offensichtlich will Zingel dem ASTA einen Maulkorb verpassen und eine Verzichtserklärung erzwingen. Dabei geht er nicht wie im WS 75/76 mit dem Mittel der ASTA-Amtsenthebung vor, obwohl er dazu mittlerweile auch eine gerichtliche Grundlage hätte. Vielmehr greift er jetzt verstärkt zum brutalen Mittel der Kriminalisierung von ASTA-Mitgliedern und sogenannten „Rädelsführern". Ca. 35 Anzeigen gegen Kommilitonen, die sich gegen den Abbau der demokratischen Rechte an der Uni (ASTA-Amtsenthebung WS 75/76, Diskussionsverbote in den Seminaren, Büchertischverbote...) gewehrt haben, sind bisher gestellt worden.

Ein Genosse der Sympathisanten des KB/Marburg

Portugal: Der „25. April" auf der Straße

Die Volksbewegung antwortet auf die Verhaftung Otelos

Zum zweiten Mal seit dem Rechtsputsch vom 25.November 75 ließ die portugiesische Regierung den General Otelo de Carvalho verhaften.

Das erste Mal geschah es, um den Rechtsputsch abzusichern und Otelo, als den populärsten Vertreter der militärischen Linken zu isolieren. Damals gebrauchte Staatspräsident Eanes den Vorwand einer angeblichen Verwicklung Otelos in den erfundenen linken Putschversuch.

Am 26. Oktober '76 schlug Eanes erneut zu: Diesmal ließ er Otelo, der seit seiner ersten Verhaftung „in eingeschränkter Freiheit" lebt und vom Dienst beurlaubt ist, „wegen Verletzung der militärischen Disziplin" zur Verbüßung einer 20-tägigen Arreststrafe nach Caxias bringen. Als Vorwand mußte diesmal eine Rede herhalten, die Otelo anläßlich der Ersten Nationalen Konferenz der GDUPs Anfang Oktober in Lissabon gehalten hatte und für die er nicht vorher den Generalstab des Heeres um Erlaubnis gebeten hatte.

Mit ihrem Angriff gegen Otelo zielte die Militärführung in erster Linie auf die Bewegung der GDUPs, die sich im Frühjahr um die Präsidentschaftskandidatur Otelos entwickelt hatte, und die sich auf einen großen Teil der Arbeiter- und Einwohnerkommissionen und der Landkooperativen stützt.

Tatsächlich hat die Militärführung allen Grund, gerade jetzt die weitere Konsolidierung der Volksbewegung zu fürchten: Die reaktionäre, massenfeindliche Politik der PS-Regierung stößt immer mehr auf Widerstand bei den Werktätigen, sodaß die PS schon nicht mehr in der Lage ist, nennenswerten Einfluß auf die Gewerkschaften zu nehmen, innerhalb des Militärs verschärfen sich die Widersprüche zwischen faschistischen und bürgerlich-demokratischen Kräften, die Freilassung inhaftierter Faschisten und die Behinderung der Ermittlungen gegen faschistische Bombenleger stoßen auf breiten Widerstand im Volk und sogar im Staatsapparat selbst.

In dieser Situation, unmittelbar vor dem äußerst wichtigen Gewerkschaftskongreß und einige Wochen vor den Kommunalwahlen, setzt die Reaktion alles daran, die Bewegung der Volkseinheit zu schwächen, wo immer sie es kann.

Es ist allgemein bekannt, daß es in den GDUPs, den Initiativkomitees der MUP (Bewegung der Volkseinheit) scharfe Widersprüche zwischen den beteiligten politischen Organisationen gibt, und daß der Weg zur gemeinsamen Aktion zwischen so verschiedenen politischen Gruppierungen wie insbesondere PRP, UDP und MES, sowie den verschiedensten unorganisierten Strömungen der Linken jeweils sehr hart erkämpft werden muß. In dieser Situation kommt der Person Otelos als überparteilichem Führer mit größtem Ansehen eine gewaltige Bedeutung zu.

Ein Ausdruck davon ist die Tatsache, daß die Provisorische Nationale Kommission der Volkseinheit den Nationalen Kongreß der GDUPs, der vom 5. bis 7. November stattfinden sollte (nachdem er bereits um fünf Wochen verschoben worden war), nach Otelos Verhaftung nochmals um weitere zwei Wochen verschob.

Volksmobilisierung gegen die Verhaftung Otelos

Bereits einen Tag nach Otelos Verhaftung fand in Lissabon eine Massendemonstration statt, zu der die GDUPs, zahlreiche Einwohnerkommissionen und Arbeiterkommissionen und die Organisationen der revolutionären Linken aufgerufen hatten. Trotz strömenden Regens nahmen etwa 12.000 Menschen daran teil. Diese Demonstration diente als Auftakt für die Mobilisierung im nationalen Rahmen. In der Folge fanden weitere Demonstrationen in Porto, Evora, Viana do Castelo, Faro, Funchal und weiteren Städten statt.

Für den 31. Oktober rief die Provisorische Nationale Kommission der Volkseinheit zu einer nationalen Demonstration in Caxias auf. Die Russel-Foundation und das Russel-Komitee für Portugal verurteilten die Verhaftung ebenfalls als Willkürakt, der sich gegen alle demokratischen Kräfte richtet.

Zwanzig britische Labour-Abgeordnete richteten ein Protesttelegramm an Soares, in dem sie ihn aufforderten, sich für die unverzügliche Freilassung Otelos einzusetzen!

Die PS-Führung dachte natürlich nicht daran, gegen die Verhaftung zu protestieren, was auch niemanden überraschte, der den gerade zu Ende gegangenen PS-Kongreß verfolgt hat, bei dem die PS eine weitere scharfe Rechtswendung vorgenommen hat.

Auf Empörung unter großen Teilen der Basis der revisionistischen PC stieß jedoch die Ablehnung der PC-Führung, sich der Protestbewegung anzuschließen. Als der UDP-Abgeordnete im Parlament eine Resolution vorlegte, in der die Verhaftung verurteilt wurde, stimmte die gesamte Fraktion der PC (Kommunistische Partei) dagegen! (Wie übrigens der Rest der Abgeordneten auch). Freilich kann diese Abneigung der PC, sich für Otelo einzusetzen, niemanden verwundern, hatte doch die PC bereits seine Kandidatur vor der Präsidentschaftswahl zum Anlaß genommen, Otelo als „Abenteurer, Spalter und verantwortungsloses Element" zu diffamieren.

Kampf dem Sektierertum in den GDUPs

Die Demonstration vom 31.10. in Caxias war mit etwa 35-40.000 Teilnehmern aus ganz Portugal die bei weitem stärkste Demonstration seit dem 25. November, und ist durchaus mit der Stärke der Demonstrationen der revolutionären Linken vor dem 25. November zu vergleichen.

Sie hatten drei Ziele:
Erstens sollte sie die Entschlossenheit des Volkes zur Befreiung Otelos demonstrieren, zweitens die tiefe Solidarität mit dem "Mann des 25.April" zeigen und drittens den Protest gegen die Freilassung fast sämtlicher Faschisten und Terroristen demonstrieren.

Gleichzeitig brachte die Demonstration innerhalb der GDUP's einige Widersprüche zum Vorschein:

Die UDP brachte drei Tage vor der Demonstration ein Kommunique heraus, in dem sie die Demonstration kritisierte und „zu bedenken" gab, daß es äußerst gefährlich sei, in Caxias zu demonstrieren, da man Provokationen nicht verhindern könne und die reaktionären Militärs nur auf die Gelegenheit warteten, über die Demonstration herzufallen. Vor dieser Kritik der UDP hatte die Provisorische Nationale Kommission der Volkseinheit, in der die UDP als zahlenmäßig stärkste Organisation der revolutionären Linken reichlich vertreten ist, den Beschluß zur Durchführung der Demonstration mehrheitlich gefaßt.

Damit sabotierte die UDP faktisch einen Kampftag, den sie selbst mitbeschlossen hatte. Dieses Vorgehen hat nichts mit dem Recht auf Kritik zu tun, sondern ist eine spalterische Aktion der UDP. Tatsächlich hatte die UDP auch keineswegs Angst vor Provokateuren. Diese Frage war in der Nationalen Kommission ausführlich behandelt worden und es waren entsprechende Vorkehrungen in Bezug auf den Ordnerdienst getroffen worden. Im übrigen ist die portugiesische Linke bisher immer mit Provokateuren „aus den eigenen Reihen" fertiggeworden. Der Ablauf der Demonstration bestätigte dies.

In Wirklichkeit ging es der UDP offensichtlich um eine Machtprobe, in der sie ihren eigenen Einfluß innerhalb der GDUPs, diesmal in Form der Demobilisierung und des Boykotts, unter Beweis stellen wollte.

Dieses Vorgehen wurde von allen anderen politischen Kräften innerhalb der Volkseinheit kritisiert. Nach Aussagen portugiesischer Genossen versucht die UDP seit geraumer Zeit, mit putschistischen und sektiererischen Mitteln die GDUPs zu instrumentalisieren.

Es liegt auf der Hand, daß ein derartiges Vorgehen schädliche Folgen für die Gewinnung von parteilosen Aktivisten für die GDUPs hat.

Die besondere Ironie liegt darin, daß die Rede von Otelo auf der Nationalen Konferenz der GDUPs, die Eanes zum Vorwand für die Verhaftung nahm, fast ausschließlich gegen das Sektierertum der UDP und die Versuche der PCP (R) gerichtet war, sich als „einzige Partei der Arbeiterklasse" aufzuspielen.

Wegen ihrer aufgeblasenen und sektiererischen Praxis ist die UDP schon seit einiger Zeit das Ziel von – berechtigten, aber z.T. auch überspitzten oder demagogischen – Angriffen aus den Reihen der Volksbewegung.

Von dieser Situation versuchte sofort die spontaneistische bis anarchistische PRP zu profitieren, die tatsächlich bei der Demonstration in Caxias eine Auseinandersetzung mit den Bullen zu suchen schien, jedoch vom Ordnerdienst unter Kontrolle gehalten wurde. Die PRP versuchte ebenfalls, den Beschluß der Nationalen Kommission, an dem auch sie selbst mitgewirkt hatte, zu verletzen, indem sie alle Anstrengungen unternahm, die Demonstration über den geplanten (und angemeldeten) Weg hinaus bis direkt vor das Gefängnis zu führen.

Dies hätte den Bullen den zweifellos erwünschten Vorwand zum Überfall geliefert. In übler Weise versuchte die PRP anschließend, der Demonstrationsleitung anzulasten, sie habe sich von der UDP kontrollieren lassen. Dieser Versuch mißlang jedoch ebenso wie der Versuch der Provokation selbst.

Diese Vorfälle zeigen deutlich, an welchen ideologischen Fronten der Kampf innerhalb der Bewegung vorrangig geführt werden muß. Diese Auseinandersetzung, die bisher kaum geführt wurde, scheint jetzt in Gang zu kommen. Sie ist unerläßlich, und muß in aller Öffentlichkeit geführt werden, wenn die Bewegung der Volkseinheit eine Zukunft haben soll.

Innerhalb der GDUPs hat sie bereits zu handfesten Ergebnissen geführt, die zu Lasten des Einflusses der UDP gingen. (Der Einfluß des organisierten Spontaneismus ist ohnehin immer sehr gering gewesen.)

Eine besondere Rolle spielen dabei die parteilosen Aktivisten, die stark in der Nationalen Kommission durch Delegierte vertreten sind. Ihr politisches Sprachrohr ist die überparteiliche Zeitung „Gazeta da Semana", die in ihren politischen Positionen dem MES am nächsten steht.

Portugal-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg



Leute, muß das denn zu meinem Abschied sein? Es hatte sich doch alles so schön beruhigt

Das Linksbündnis stimmt der Nuklearaufrüstung zu

Das Linksbündnis stimmt der Nuklearaufrüstung zu

Frankreich: Vor rund zwei Wochen ist erneut das französische Militärbudget aufgestockt worden: um 1,9 Milliarden Francs für das Jahr 1976, um 1,3 Mrd. Francs für das Jahr 1977. Dabei sind 55 Millionen für die „Verbesserung" der Lebensbedingungen der Soldaten gedacht: statt 7 Francs pro Tag sollen sie jetzt 8 Francs pro Tag bekommen (knapp 4 DM). Ansonsten sind die bewilligten Gelder ausschließlich für den Kauf neuer Panzer und für die Modernisierung der Waffensysteme gedacht. Parallel dazu haben die beiden Parteien des Linksbündnisses (PS und PCF) ihren „Verteidigungswillen" wiederholt beteuert. Hieß es noch im „Gemeinsamen Regierungsprogramm" (Programme Commun): *„Die Regierung der Linken wird ihre Verteidigungspolitik auf folgendes Prinzip stützen: Ablehnung jeder strategischen Nuklearmacht, welcher Art auch immer"*, folgten in den letzten Wochen Erklärungen auf Erklärungen – wie z.B. die vom „Leitenden Komitee" der PS am 7. November: *„Unser Ziel ist die Aufrechterhaltung der freien Entscheidungs- und Aktionsmöglichkeit der Linken innerhalb eines unabhängigen Frankreichs"*. Charles Hernu, der Spezialist der PS für Militärfragen, erklärte dazu: Es ginge nicht darum, die Nuklearwaffen bloß beizubehalten, sondern vielmehr sie „weiterzuentwickeln". Marchais erklärte seinerseits: *„Die Nuklearmacht, in dem Maße wie sie heute existiert, ist für Frankreich notwendig. Das Land braucht eine Verteidigung, die national und modern ist."* („Liberation", 12.11.76).

Diese Bekenntnisse sind bei den sogenannten „Linksgaullisten" (Führer: Leo Hamon) auf viel Sympathien gestoßen.

Die „Linksgaullisten" erklärten: *„Wir können nicht wirksam arbeiten, wenn wir nicht das Verständnis mit den Kräften der Linken suchen... Es ist falsch, von vornherein die Mitarbeit der Kommunisten abzulehnen, sie haben eine große Disziplinfähigkeit"* („Liberation", 12.11.76).

Marchais, Generalsekretär der PCF, meinte dazu nach einer Sitzung des Zentralkomitees der PCF: *„Wenn einige mit den Kommunisten zusammenarbeiten wollen: unsere Türen sind weit offen... Wir sehen absolut kein Hindernis, falls sich innerhalb des Linksbündnisses noch eine vierte Komponente, die Linksgaullisten, herausbilden sollte."* (Das Linksbündnis umfaßt die PS, die PCF und die „Radicaux de Gauche" = links-radikale, reformistisch - demokratische Kraft).

Zum Schluß wird bei den kommenden französischen Präsidentschaftswahlen vom „Gemeinsamen Regierungsprogramm" wohl überhaupt nichts mehr übrig bleiben. Je näher die Wahlen kommen, desto mehr Abstriche werden gemacht, alles mit dem Ziel, einen „französischen Kompromiß" zu erreichen.

Frankreich-Kommission
KB / Gruppe Frankfurt

Ägäis-Konflikt ausgeräumt?

Nach einem monatelangen „Nervenkrieg" zwischen der Türkei und Griechenland, dessen Höhepunkt die Kriegsdrohungen beider Seiten im Zusammenhang mit der Erkundung und Ausbeutung der Bodenschätze in der Ägäis waren, (so sollte das türkische Forschungsschiff „Sismik" nach Meinung einiger griechischer Scharfmacher versenkt werden), fanden vom 2. bis 11. November Verhandlungen der beiden Länder in Bern und Paris statt. Verhandelt wurde in Paris über die Fragen der Lufthoheit und des Flugverkehrs über der Ägäis.

Die Verhandlungen in Bern hatten die im Zusammenhang mit der Ausbeutung der Ägäis von beiden Seiten erhobenen Ansprüche zum Gegenstand. So beansprucht Griechenland unter Berufung auf die Genfer Konvention von 1958 ca. 97 % des Festlandsockels in der Ägäis, während die Türkei ihrerseits etwa 90% des Festlandsockels Kleinasiens für sich ausnutzen will. Vor diesen Verhandlungen hatten beide Seiten versucht, durch Waffengeklirr, Anrufung des Internationalen Gerichtshofes und des UN-Sicherheitsrates eine Entscheidung herbeizuführen, die den jeweiligen Interessen entsprach.

Diese Auseinandersetzungen müssen auch vor dem Hintergrund gesehen werden, daß dadurch von Plänen abgelenkt werden konnte, die eine weitere Anlehnung der beiden Regierungen an die imperialistischen Bestrebungen der EG und USA (Beitrittsverhandlungen mit der EG bzw. Aufnahmeanträge, Waffenlieferungen durch die USA und die BRD) zum Ziel haben. Da diese Politik auf starken Widerstand der Bevölkerung vor allem in Griechenland aber auch in der Türkei stößt, sollte das Säbelrasseln die eigene Stärke demonstrieren. Wie jetzt nach den Verhandlungen von beiden Seiten erklärt wurde, waren sie erfolgreich und man konnte sich auf das weitere Verfahren einigen. Wenn man dabei bedenkt, wie „verhärtet" noch vor einigen Monaten die Fronten waren, ist das erstaunlich.

Es ist aber nicht mehr so unerklärlich, wenn die „Bemühungen" z.B. von Schmidt, die Reisen der beiden Außenminister in die USA, die Bedingungen für den EG-Beitritt, die Forderungen im Zusammenhang mit den Waffenlieferungen usw. gesehen werden. Die Imperialisten dulden kein „Ausbrechen" und so sind beide Länder dazu verdonnert worden, gefälligst eine Regelung zu finden, die den Imperialisten entspricht: Ruhe herzustellen, wo sie sowieso das Sagen haben und die drohenden Gefahren aus zunehmenden sozialen Unruhen, die u.a. auch durch die kolossalen Aufrüstungsbestrebungen beider Länder bedingt sind, einzudämmen.

Griechenland/Türkei-Kommission

·Rassismus in Frankreich

„Les pieds noirs" werden die schwarzen Ausländer und Gastarbeiter in Frankreich genannt. Sie kommen z.B. aus Algerien, Marokko oder Tunesien. Sie müssen in Frankreich die schmutzigsten Arbeiten verrichten, sind meist kaum gewerkschaftlich organisiert, miserabel bezahlt und müssen sich auch die übelsten Beleidigungen und Bedrohungen gefallen lassen.

Oft werden sie zusammengeschlagen. In bestimmte Lokale, Restaurants oder Läden dürfen sie nicht rein, wenn es der Besitzer nicht will. Am 4. März kamen gegen Abend vier Nordafrikaner in die „Bar de Flers" in Orne. Die Bar war „geschlossen", denn „ich bin hier nur mit Freunden", sagte der Besitzer und verweigerte die Bedienung. Dieses Argument wird sehr oft gebraucht, um die „lästigen" „pieds noirs" einfach loszuwerden. Heftige Diskussion, Durcheinander und handfeste Auseinandersetzungen – die Nordafrikaner zogen sich zurück.

Zehn Minuten später verließen die vier „Freunde" die Bar. Im Freien kam es zu weiteren Auseinandersetzungen. *„Ich werde sie verjagen"*, so M.C. Duchemin, 24, der mit einem seiner Freunde nach Hause ging, um seinen langläufigen Karabiner 22 zu holen. Er kam zurück und schoß viermal auf die Nordafrikaner. Das Rückenmark von M. Boumedienne Boufeldja, 29, wurde von einer Kugel durchtrennt, er wird sein ganzes Leben gelähmt bleiben. Der Nordafrikaner M. Seghiouar Ben Mathallah, 20, wurde von zwei Kugeln in den Bauch und Oberschenkel getroffen.

Um solche Vorkommnisse zu vermeiden, schlägt die Polizei des Ortes, für die *„die Algerier ein Problem darstellen"*, vor, den ausländischen Kollegen abends nichts mehr zu trinken auszuschenken (!), was der rassistischen Hetze gegen die „pieds noirs" die Spitze aufsetzt.

Im Prozeß versuchte der Verteidiger den Mordanschlag seines Klienten so zu rechtfertigen: *„Die Algerier haben die Messer in Flers locker sitzen. Die Frauen trauen sich abends nicht mehr, auf die Straße zu gehen."* („Le Monde", 18.11.76). Diese faschistische Argumentation ist uns bestens bekannt, als 1933 alles „undeutsche" zum Freiwild erklärt wurde und zu Tausenden in den Hitler-KZ's umkam!

Ein Genosse aus Hamburg-Eimsbüttel

Spanien

Faschistische Internationale – Treffpunkt Spanien ②

In den letzten Wochen haben liberale spanische Zeitungen interessante Enthüllungen über die Umtriebe internationaler faschistischer Gruppen in Spanien sowie den fortschreitenden Aufbau einer „Schwarzen Faschistischen Internationale" gebracht. Die Redaktionen waren aus diesen Gründen mehrfach Opfer von Mord- und Bombendrohungen faschistischer spanischer Gruppen. Bei den zum Teil erstaunlich minutiös zusammengetragenen Informationen (immerhin wird Spanien noch von Faschisten regiert), die mit entlarvendem Bildmaterial belegt sind, spielt auch die BRD als Faschisten-Treffpunkt und insbesondere die CSU des Franz Josef Strauß eine herausragende Rolle.

Der Todesschütze Martin Garcia Verde. Die Pistole in seiner Hand ist deutlich zu sehen.



Auch die Carlisten (links) weichen der Konfrontation mit den Faschisten nicht aus. Im weißen Mantel: Martin Garcia Verde – im Begriff zu schießen

„Alianza Popular" ist ein Zusammenschluß mehrerer politischer Assoziationen, die aus Francos „Nationaler Bewegung" hervorgegangen sind. Am 21. Oktober gab diese Vereinigung ihre Gründung bekannt. Ihr Ziel ist es, für die Faschisten bei kommenden Wahlen auf Stimmenfang zu gehen. Sie verstehen sich als der „parlamentarische Arm" des „Bunker", der äußersten Rechten in Spanien. Sechs ehemalige Minister aus Franco-Regierungen sind in ihr führend: **Fraga Iribarne** („Reform"-Minister), **Fernandez de la Mora** und **Cruz Martinez Esteruelas**, um nur die wichtigsten zu nennen.

Fernandez de la Mora und die **„Union Nacional Española"** – eine der Mitgliedsorganisationen der „AP" – gehören mit zu den Hauptbeteiligten an der bewaffneten Provokation auf dem Montejurra („cam-

„AP" – gehören mit zu den Hauptbeteiligten an der bewaffneten Pro-

vokation auf dem Montejurra („cambio 16", 24.5.76). Auf dem Berg Montejurra war im Mai dieses Jahres eine Carlisten-Demonstration von international zusammengezogenen Faschistengruppen beschossen worden: zwei Arbeiter starben!

Die „Alianza Popular" bemüht sich um finanzielle Unterstützung durch die europäischen Christdemokraten. Ein führendes Mitglied der „AP", **Silva Muñoz**, ist sich seit langem der Unterstützung der bayrischen CSU sicher.

„Der internationale Beitrag für die Alianza Popular, der ökonomisch oder andersgeartet sein kann, wird aus Deutschland (gemeint ist die BRD –AK) *kommen und wird der Tradition der Unterstützung der spanischen Rechten folgen, die gefördert wird von (. . .) Franz Josef Strauß, Vorsitzender der CSU (Bayern), die als ultrakonservativ bekannt ist und vom Erzherzog Otto von Habsburg"* („cambio 16", 8.11.76).

Otto von Habsburg ist Präsident des „Centro de Estudios Internacionales" (Zentrum für Internationale Studien – CEDI) in Madrid. Der Vizepräsident ist **Georg von Gaupp**, der als *„Mann der bayrischen Christdemokraten in Spanien"* gilt. Das „Zentrum" ist die *„Schlüsselinstitution zur Unterstützung der konservativen europäischen Bewegung für die Alianza Popular"* („cambio 16", ebenda).

Daß das CEDI seine Aktivitäten nicht bei „Studien" bewenden läßt, drückte Otto von Habsburg 1971 aus: *„Die Idee ist nützlich nur insoweit sie Vorspiel zur Aktion ist. CEDI stellt ein riesiges Kapital an geistigen Werten dar und ein politisches Potential, das von dauerhaftem Nutzen sein wird, wenn man sich zum Handeln entschließt und es in Spanien verwirklicht. Denn es ist die unmittelbare politische Aktion (!), die zählt"* („cambio 16", 8.11.76).

Der Verlag der faschistischen Einheitsbewegung Spaniens (!), Editora Nacional, hat ein Buch mit der Ideologie der CEDI veröffentlicht (1971, „Als wär's ein Stück von mir . . ."). Auf den Kongressen, die CEDI seit ihrer Gründung 1952 abhält, ist fast die gesamte spanische Rechte vertreten gewesen: von Fernandez de la Mora über Fraga Iribarne bis zu Carrero Blanco („14 Meter hoch").

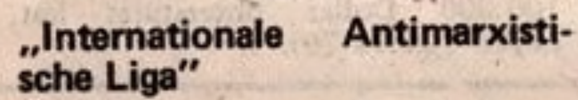
1966 wurden Vertreter der CEDI von Franco empfangen, 1959 hielt sie ihren Kongress im Valle de los Caídos ab (Grabstätte der im spanischen Bürgerkrieg gefallenen Faschisten), dem Wallfahrtsort der spanischen Faschisten.

1963 stellte der Prinz von Liechtenstein, Franz Joseph II., sein Schloß in Vaduz dafür zu Verfügung. Prominentester Gast aus Portugal bei den Kongressen war bisher Faschistenpräsident Marcelo Caetano.

Dies sollte zur Charakterisierung der CEDI und damit der CSU genügen.

Die Grenzen zwischen diesen ultrarechten und den offen terroristischen Faschistengruppen ist fließend. Nicht zuletzt die Ereignisse auf dem Montejurra (s.u.), die wohl als eine Generalprobe der „Faschistischen Internationale" anzusehen sind, zeigen, daß eine Trennung in „zivile Rechte" und „offene terroristische Faschisten" in keiner Weise zutrifft. Vielmehr muß hier ein Spiel mit verteilten Rollen gesehen werden; die einen nutzen die Legalität der bürgerlichen Demokratie, kassieren Steuergelder als honette demokratische Parteien, die sie den zum Teil im Untergrund arbeitenden Terrorgruppen zukommen lassen.

arbeitenden Terrorgruppen zukommen lassen.



„Internationale Antimarxistische Liga"

„Es gibt keinen Zweifel daran, daß die Faschistische Internationale in Spanien am stärksten ist, von wo aus sie Geld und Waffen bezieht" („ Cuadernos para el diálogo", 23.10.76).

Daß Spanien ideale Bedingungen für den internationalen Faschismus liefert, liegt auf der Hand.

Nach Informationen des italienischen Innenministeriums befinden sich die Hauptkerne der Organisation (in diesem Wort dürckt sich der fortgeschrittene Entwicklungsstand aus) in der Bundesrepublik (!) und in Spanien.

Bei der „Schwarzen Faschistischen Internationale" handelt es sich um *„eine Integrationsbewegung von Grüppchen verschiedener Herkunft und verschiedenen Ursprungs, die etwas vorbereiten, aber gegenwärtig noch nicht über die nötigen Mittel verfügen* („Cuadernos . . " 23.1o.76).

Hauptsächlich arbeiten die internationalen Faschisten konspirativ am Aufbau ihres organisatorischen und politischen Zusammenhangs.

Dazu dienten geheime Treffen 1975 in Lyon, im März 1976 in Barcelona und Iscar, im September 1976 in Hamburg, München und Würzburg, sowie am 3. Oktober in Rom. Der Name, den sich die internationalen Faschisten anscheinend zugelegt haben, ist „Internationale Antimarxistische Liga". Dies geht jedenfalls aus Informationen hervor, die ein italienischer Journalist von einem gewissen L.M.G.M. – angeblich ehemaliger Agent eines spanischen Geheimdienstes – erhalten hat. Der „Ex-Agent" hat Fotokopien von Dokumenten vorgelegt, in denen die Rede ist von einer „Iberischen Antikommunistischen Vereinigung" (AAI). Deren Verbindungsmänner zur Internationalen (der Faschisten) sollen sein:

Alberto Royuela,
Wolfgang Ziegeler (Deutscher, Besitzer einer Import-Export-Firma; eine perfekte Tarnung für internationale Kontakte!),
Rapazote, einer der Hauptagenten der ehemaligen portugiesischen politischen Polizei PIDE und
Luis Garcia Rodriguez (seine Söhne heißen Adolfo und Benito) (Angaben nach „Cuadernos . . ." ebenda).

Die spanische Filiale der „Internationalen Antimarxistischen Liga", die „Iberische Antikommunistische Vereinigung", soll den Dokumenten zufolge Ende 1975 im Schloß „El Escorial" gegründet worden sein. Das Leitende Komitee besteht angeblich aus 14 Spaniern und einem Portugiesen (Rapazote) und hat seinen Sitz in Madrid und München (!!!).

Die internationale Faschistenvereinigung hat Gliederungen in siebzehn lateinamerikanischen Ländern, vier in Nordafrika und acht in Europa. Militärische Trainingslager sind von mehreren Zeitschriften nachgewiesen worden. „Le Nouvel Observateur" entdeckte des von Iscar (Valladolid), „cambio 16" (1.11.76) brachte einen ausführlichen Bericht über das Militärlager von Mairena del Alcor (Sevilla), und darüberhinaus veröffentlichte „Cuadernos.." die Namen weiterer spanischer Orte mit Trainingsstätten der Faschisten: Piedralaves, Vall de Uxò, Logroño und Conil de la Frontera (Cadiz) – möglicherweise auf dem Landsitz eines deutschen Barons, wo lange Zeit der „Schwarze Prinz", Valerio Borghese aus Italien gehaust hat und auch Marco Pozzan wohnte, der u.a. in den Bombenanschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbank von 1969 verwickelt ist, der vielen Menschen das Leben kostete.

Über das Lager von Mairena del Alcor schreibt „cambio 16" (vom 1.11.76), daß das Grundstück im Katasteramt von Mairena auf den Namen des verstorbenen José Maria Garcia-Verde eingetragen ist, einen Onkel von José Mariá Marin Garcia-Verde (der durch Pressefotos als einer der Schützen auf dem Montejurra entlarvt wurde, s. Foto). Gegenwärtiger Besitzer durch Erbschaft: Hermenegildo Garcia Llorente (ebenfalls als Schläger auf dem Montejurra aktiv und Faschist mit internationalen Beziehungen). Der Zeitschrift liegen Beweise vor, daß auf dem Grundstück Schießübungen veranstaltet worden sind: Auf die Wände verschiedener Gebäude sind Zielscheiben gemalt und Einschüsse beweisen, daß sie nicht nur zur Zierde dienen.

Ein Landarbeiter aus der Nachbarschaft berichtete, daß mit dem Besitzer häufig Spanier und Italiener zu dem abgelegenen und gut gesicherten Gelände kommen. Lebensmittelreste, leere Schachteln ausländischer Zigaretten und Asche von Lagerfeuern sind die Überbleibsel der dort abgehaltenen Lager.

„Planspiel" Montejurra

Ihren ersten spektakulären gemeinsamen „Auftritt" hatte die Faschistische Internationale am 9. Mai dieses Jahres in Spanien. Auf dem Berg Montejurra führten sie eine bewaffnete Provokation gegen eine friedliche „Wallfahrt" der liberal demokratischen Monarchisten von der Carlistischen Partei durch. Dabei erschossen sie zwei Arbeiter. Es ist nachgewiesen, daß an der Planung und Durchführung dieses Anschlages nicht nur Faschisten aus Spanien, Italien und Argentinien beteiligt waren, sondern auch „hochgestellte Persönlichkeiten" der spanischen Politik, wie beispielsweise der Provinzgouverneur des Baskenlandes Araluce – inzwischen von ETA hingerichtet – oder die Bankiersfamilie Oriol, u.a. im spanischen Kronrat vertreten (siehe dazu ARBEITERKAMPF Nr. 89).

Unter Berufung auf italienische und schweizer Quellen berichtete die Wochenzeitschrift „Cuadernos para el dialogo" in ihrer Ausgabe vom 23. Oktober über ein europäisches Nazi-Treffen im Hotel Savoy in Rom am 3. Oktober. Hier die Liste der spanischen Teilnehmer am römischen Treffen, die zugleich eine Liste der Montejurra-Verschwörung ist:

Antonio Gutierrez, Antonio Caceres, Ramon Bau, Hermenegildo Garcia Llorente, Felipe Llopis de la Torre, Carlos Ferrando Sales, Alberto Royuela und Pablo Villamar.

Die ersten drei, **Antonio Gutierrez, Antonio Caceres** und **Ramon Bau** sind anscheinend auch Mitglieder der faschistischen **CEDADE** (Spanischer Kreis der Freunde Europas – eine Organisation, deren Aufgabe es ist, Kontakt zu den ausländischen Gesinnungsfreunden zu unterhalten); **Garcia Llorente**, der durch Einheirat ohne weiteres ein honettes Leben als



die italienische „Unterstützung" bei der Montejurra-Provokation: 1: Augusto Cauchi – einer der Attentäter auf den Bologna-Expreß; 2: Stefano dell Chiaie – Freund von Borghese und Attentäter in der Mailänder Bank; 3: ebenfalls Italiener, wurde in Tolosa bei einer Carlisten-Veranstaltung angetroffen; 4: „Der Schakal" -- Verbindung zur argentinischen AAA; 5: unbekannt

Herzog von Osuna hätte führen können, zog es jedoch vor, „bevollmächtigter Minister" des faschistischen Untergrunds in Spanien zu werden, jedenfalls, was dessen „Auswärtige Beziehungen" angeht. Sein Vermögen beläuft sich auf viele Millionen Peseten.

Garcia Llorente hat mehrere Jahre in Argentinien gelebt, und es werden ihm Kontakte zur AAA nachgesagt, die für hunderte von Morden an fortschrittlichen Menschen in Argentinien verantwortlich ist. Er soll auch dafür verantwortlich sein, daß auf dem Montejurra ein Argentinier sein Unwesen trieb, den man „El Chacal" (Schakal) nennt.

H. Garcia Llorente ist der Vetter von **Marin Garcia-Verde**, der sich zur Zeit in Haft befindet als Mörder von Aniano Jimenez (Teilnehmer an der Carlisten-Demonstration). **Felipe Llopis de la Torre** ist Sekretär und Leibwächter von **Pepe Arturo Marquez de Prado**, einem ebenfalls wegen der Mordanschläge auf dem Montejurra Verhafteten. Wenn „Fuerza Nueva" (eine der wichtigsten militanten Faschistentruppen) öffentlich auftritt, ist er immer dabei; leicht zu identifizieren, da er über zwei Meter groß ist und über 100 Kilo wiegt. Er prahlt damit, Waffen zu besitzen.

Carlos Ferrando Sales ist ein religiöser Fanatiker aus Valencia, von dem Fotos existieren, die ihn auf dem Montejurra zeigen, wie er einen Gummiknüppel zieht.

Alberto Royuela, eine „Schlüsselfigur des spanischen Faschismus", der seine Anwesenheit bei dem Faschistentreffen in Italien abstreitet, gilt als der erste Kontaktmann für italienische Faschisten, die aus ihrem Land nach Spanien „fliehen". Er selbst hat bestätigt, seit mehr als eineinhalb Jahren **Stefano delle Chiaie** zu kennen – einen italienischen Faschisten, der zur Zeit in Madrid lebt, da er wegen seiner Beteiligung an dem versuchten Staatsstreich des „Schwarzen Prinzen" Valerio Borghese (ebenfalls nach Spanien geflüchtet und dort glücklicherweise schon gestorben) von der italienischen Polizei gesucht wird. Das italienische Innenministerium verlangt seine Auslieferung, doch die spanischen Behörden reagieren überhaupt nicht auf dieses Ersuchen. Gleich und gleich gesellt sich eben gern ...

Die wichtigsten Köpfe der sehr zahlreichen italienischen Neofaschisten-Kolonie in Spanien – neben delle Chiaie sind: **Salvatore Francia, Massagrande, Salcioli, Rognoni, Rosa Pozza** (Informationen über delle Chiaie und Kumpane aus: „cambio 16", 25.10.76).

Delle Chiaie führte auf dem Montejurra eine sehr zahlreiche Gruppe italienischer Schwarzhemden an; mindestens ein Bus voll war anwesend. Der zweite Italiener, der außer ihm identifiziert werden konnte, ist **Augusto Cauchi**, der der Gruppe von **Mario Tuti** angehört, die in Italien für zweifachen Polizistenmord und den Anschlag auf den Zug von Bologna (15 Tote !!) verantwortlich ist. Ein dritter Italiener vom Montejurra wurde später in der Stadt Tolosa wiedergesehen, als er eine Versammlung der Carlistischen Partei störte.

Unter den spanischen Teilnehmern an dem Überfall auf die Carlisten vom Montejurra ragen bekannte Faschisten aus der Stadt Santander hervor, die – angeführt von **José Luis Pachco Perez** – gleich in drei Autobussen anrückten. Pacheco Perez läuft immer mit einer Pistole bewaffnet herum und ist offensichtlich u.a. in ein Attentat junger Nazis gegen das Restaurant „Villa de Madrid" von Torrelavega verwickelt, in dem am folgenden Tag eine demokratische Veranstaltung stattfinden sollte. Auch bei dem Begräbnis des von ETA hingerichteten hochgestellten Staatsfunktionärs Araluce in San Sebastian war er mit einer Gruppe von zwölf Personen zugegen und offensichtlich auch an dem Vandalismus der rechtsextremen Banden (zerstörte Bars, Geschäfte, Autos etc. Schlägereien mit Passanten) in der Stadt beteiligt. Unter den Faschisten von Santander war auf dem Montejurra auch José Antonio Mazarrasa, genannt „Toñon" und Angehöriger der Großbourgeoisie von Santander. Er ist Enkel der Grafen de las Forjas de Bueina, denen die Aktiengesellschaft „Nueva Montaña y quijano" gehört.

Zur Gruppe Pachecos gehörte ebenfalls Cabredo Abascal, Sohn eines bekannten Faschisten.

Weitere Spanier, die auf dem Montejurra identifiziert werden konnten: Roberto Bayod Pallares, Schatzmeister der Provinzialdelegation des Finanzministeriums (!) in Zaragoza. Ihm werden glänzende Beziehungen zu allen Faschistengruppen der Provinz Aragon nachgesagt.

Andres Gambra, Lehrer in Hernani und Sohn des Philosophieprofessors Rafael Gambra. Von der Universität kennt man ihn wegen seiner gewaltsamen Übergriffe auf fortschrittliche Studenten. Auf dem Montejurra trug er eine paramilitärische Uniform.

Saxi Arrizabalaga, Bruder des Bürgermeisters von Ondarroa, von dem Verbindungen zur Gruppe von Pacheco angenommen werden.

(„Cuadernos para el dialogo", 23.10.76).

Als ersten wichtigen Schritt, um dem Treiben der „Schwarzen Internationale" und ihre Anhänger entgegenzuwirken, gilt es, auch in der BRD möglichst viele Menschen mit dem Treiben dieser Mörderbande und ihrer „anständigen" Hintermänner bekannt zu machen.

Kampf dem Faschismus!

Spanien-Kommission

20. November: Faschistenaufmarsch

Zum ersten Todestag Francos, am 20. November, demonstrierten in Madrid mit Genehmigung der Suarez-Regierung zwischen 50.000 und 100.000 Faschisten.

Die Kundgebung war vom Verband der Bürgerkriegsveteranen organisiert und praktisch von allen ultrarechten Organisationen und Gruppen in Spanien unterstützt worden. Es traten auf: „Fuerza Nueva", verschiedene „Comandos Adolfo Hitler", die „*mit Pistolen bewaffneten und Hakenkreuzen beklebten Christkönigskrieger*" („FAZ", 22.11.76), die CEDADE (Spanische Zirkel der Freunde Europas), die PENS (Spanische Nationalsozialistische Partei), die UNE (Nationale Union Spaniens, Mitglied der „Volksallianz" Frage Iribarnes), usw. – alles militante Gruppen, die die jetzige Regierung, den König und die Cortes-Abgeordneten, die für die „Parlamentsreform" stimmten, als Verräter am Frankismus bezeichnen und einen „*neuen Franco*" fordern.

Interesse verdient vor allem das internationale Aufgebot an Faschisten. Aus Italien kamen zwei Charterflugzeuge (!) von „Ordine Nuovo", aus Frankreich Mitglieder ihrer Bruderorganisation „Ordre Nouveau". Argentinier, die Hochrufe auf die Antikommunistische Argentinische Allianz (AAA) anstimmten, Chilenen gleicher Gesinnung („La Region", 22.-24.11.76), sowie einige Deutsche („FAZ", 22.11.76) machten die Versammlung der internationalen Faschisten komplett. Sie alle zogen nach der Kundgebung mit ihren spanischen Kumpanen durch die Madrider Altstadt und machten durch ihre Rufparolen deutlich, daß ihr heutiges Idol Pinochet ist. (Von der chilenischen Botschaft munkelt man übrigens, daß sie die Kundgebung durch eine Spende von 100.000 Dollar unterstützt hat, „FAZ", 22.11.76).

Während die spanische Polizei weiterhin wild gegen die Linke schlägt (im Kloster Aranzazu im Baskenland wurden etwa hundert führende Mitglieder der trotzkistischen „Revolutionären Kommunistischen Liga" – LCR-ETA VI. – verhaftet; in Bilbao beim Bauarbeiterstreik ca. 70 Streikposten – „FAZ", 22.11. und 10.11.76), erfreuen sich die Rechten ihrer freundlichen Unterstützung: Die Christkönigskrieger überfielen zum wiederholten Mal das Café Gijón, doch die Polizei brauchte mehr als eine halbe Stunde, bis sie endlich anrückte, um Gäste und Personal zu „schützen", obwohl ihr Quartier nur 500 Meter entfernt liegt („FAZ", 22.11.76).

Ein kleiner Vorgeschmack auf die „Demokratie", die da auf die Spanier zukommt ... ?

Spanien-Kommission

Kampf um Comisiones Obreras

Der spanische Faschismus, 1939 nach blutigem Bürgerkrieg an die Macht gelangt, verbot vierzig Jahre lang den freien Zusammenschluß der Arbeiter zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen. Zur Unterdrückung des Klassenkampfes wurde die nationalsyndikalistische „Organizacion Sindical" (OS) errichtet, der Arbeiter und Unternehmer angehörten. Doch außerhalb dieser Zwangs„gewerkschaft" kämpften die spanischen Arbeiter für ihre ökonomischen und zunehmend auch für ihre politischen Rechte. Der Inbegriff dieses jahrzehntelangen Freiheitskampfes der spanischen Arbeiterklasse sind die „Comisiones Obreras", die auf betrieblichen Versammlungen gewählten und jederzeit abwählbaren Arbeitervertreter. Die „Comisiones Obreras" waren nie eine Organisation im formalen Sinne, die „Comisiones" – das waren die Militanten, die Aktiven, das war der Kampf selber, der im Wesen spontan und häufig unkoordiniert, aber immer „bis zum Letzten", d.h. in der Regel bis zur physischen und finanziellen Erschöpfung geführt wurde. Die spanische Arbeiterbewegung unter dem Faschismus ist reich an Beispielen übergreifender Solidarität, an einer fast einmaligen Sensibilisierung gegenüber staatlicher Repression: so wurde in vielen Fällen die Wiedereinstellung von aus politischen Gründen vor 10, 20 und mehr Jahren entlassener Arbeiter gefordert! Die Unbrauchbarkeit der nationalsyndikalistischen OS zur wirksamen Kontrolle dieser Kämpfe und die im Zuge der „Demokratisierung" in Spanien für die Oligarchie anstehende Aufgabe der Bildung einer nicht-faschistischen Gewerkschaftsorganisation führen zu allseitigen Angriffen gegen das Herz und das Rückgrat der spanischen Gewerkschaftsbewegung, gegen die „Comisiones Obreras". Ihre Umwandlung in eine brave, respektvolle, reformistische und patriotische Gewerkschaft bei gleichzeitiger Aufwertung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsgruppen ist das zentrale Anliegen der spanischen Oligarchie. Die revisionistische PCE hofft sich größere politische Bewegungsfreiheit zu erkaufen, indem sie diesen Plan nach Kräften unterstützt. Wegen ihres großen Einflusses und Ansehens innerhalb der „Comisiones Obreras" spielt sie daher bei der Verhinderung der Gewerkschaftseinheit in Spanien eine Schlüsselrolle.

Die Juan-Carlos-Regierung hat Anfang November ein Gesetz zur „Regulierung des Koalitionsrechts" an die noch aus Francos Zeiten stammenden Cortes (Ständeparlament) geleitet. Darin wird lediglich die Freiheit berufsmäßiger Zusammenschlüsse – also die niedrigste und quasi-ständische Form des Zusammenschlusses zugestanden. Alle „gewerkschaftlichen Einheiten" müssen sich demnach unter Vorlage ihrer Statuten in ein Register eintragen lassen und dürfen dann auf ihre Zulassung – oder nicht – warten. Schließlich gelten nach wie vor alle faschistischen Grundgesetze. Diese „Gewerkschaftsfreiheit" ist heute für alle in der Arbeiterbewegung auch nur ansatzweise verankerten Kräfte unannehmbar. Stattdessen wird von Reformisten wie von Revisionisten auf einen „konstituierenden Gewerkschaftskongreß" orieniert, der unter den Bedingungen der politischen Freiheiten (also in einer nicht näher definierten Zukunft) einberufen werden soll und an dem sich alle gewerkschaftlichen Strömungen beteiligen sollen. Unter „gewerkschaftlichen Strömungen" werden heute die „Comisiones Obreras", die sozialdemokratische UGT (Allgemeine Arbeiter-Union) und die ebenfalls sozialdemokratisch orientierte USO (Gewerkschaftliche Arbeiter-Union) verstanden. Diese drei haben sich Anfang September offiziell in einer gemeinsamen Koordination der COS (Koordination der Arbeiterorganisationen) zusammengetan. Die Gründung der COS bedeutete bereits ein grenzenloses „Entgegenkommen" seitens der revisionistischen Führer der Arbeiterkommissionen gegenüber den fast bedeutungslosen beiden anderen Gewerkschaftsgruppen, die den Faschismus nur als kleine sektiererische Vereine überstanden haben. So hatte die UGT – nach eigenen Angaben – auf ihrem ersten erlaubten Kongreß Anfang '76 nicht mehr als 12.000 Mitglieder, davon noch ein Drittel im Ausland befindlich. Die COS wurde und wird in der Propaganda der revisionistischen PCE als ein unübertrefflicher Erfolg bereits erreichter Gewerkschaftseinheit bejubelt, während es in Wirklichkeit nicht mehr ist, als eine unbezahlbare Gelegenheit für die beiden sozialdemokratischen Gruppierungen, sich am Feuer der „Comisiones Obreras" die Hände zu wärmen, ihr Ansehen zu vermehren, sich auf Kosten der „Comisiones" zu mästen, endlich teilzuhaben am großen Arbeitergeschehen.

Eine einmalige Gelegenheit war es für UGT und USO zum nationalen Streik gegen das ökonomische Sparprogramm der Juan-Carlos-Regierung am 12. November als COS aufrufen zu können, als gleichberechtigte Partner der „Comisiones Obreras". So kommt man ins Geschäft, so wird man wer, so kann man nachher, auf einem konstituierenden Kongreß mit „Fug und Recht" seine Spalterbedingungen stellen.

Vetter: Zeit für Einheitsgewerkschaft noch nicht gekommen

Wenn wir sagen, daß UGT und USO nichts wären, wenn sie sich nicht am Ansehen der „Comisiones Obreras" mästen könnten, so muß hinzugefügt werden, daß sie sich wohl kaum so erfolgreich als Parasiten andienen könnten, wenn hinter ihnen nicht die vereinigte Internationale der europäischen Sozialdemokratischen Gewerkschaften stände. Wir haben in einem früheren AK nachgewiesen, wie die Finanz- und Ideologiequellen zwischen den beiden spanischen Splitter-Gewerkschaften und den internationalen bzw. europäischen' Gewerkschaftsverbänden laufen (AK Nr. 85). Wie anderswo spielt auch hier mal wieder der westdeutsche DGB eine Vorreiterrolle beim Vermitteln von Geld und Erfahrungen, wie man die Einheit aller Arbeiter hintertreibt und die Kommunisten „ausschaltet".

DGB-Chef Vetter (und andere „führende deutsche Gewerkschafter"), die sich Ende Oktober bei der UGT in Madrid eingeladen hatten, verkündeten siegessicher, der UGT würde sich in Zukunft die Mehrheit der spanischen Arbeiter anschließen. „*Vetter zeigte sich beeindruckt von den großen organisatorischen Fortschritten der UGT ...*" „*Nach Angaben des Generalsekretärs der UGT, Nicolas Redondo, hat die Mitgliederzahl (...) sich in einigen Teilen des Landes um 300 oder 400 Prozent vermehrt. Absolute Mitgliederzahlen könne man derzeit nicht angeben, weil man gerade dabei sei, Mitgliederausweise auszustellen und die Mitglieder zu zählen.*" Daß jedoch selbst Steigerungen von 400 Prozent noch nicht sehr ins Gewicht fallen (schließlich macht eine Steigerung von einem auf fünf Mitglieder 400 %) wird daran deutlich, daß Vetter und seine Freunde noch Zeit fordern: „*Der DGB-Vorsitzende meinte, daß die Zeit für Einheitsgewerkschaften in Spanien noch nicht gekommen sei. Zunächst müsse im freien Spiel der Kräfte einmal die Stärke der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen festgestellt werden*" („Frankfurter Allgmeine Zeitung", 27.10.76).

Die sozialdemokratische Gewerkschaft UGT würde bei einem unmittelbaren Vereinigungsprozeß mit den „Comisiones Obreras" vielleicht drei Prozent aller Mitglieder einbringen können und hoffnungslos untergehen. Sie, die in 40 Jahren Faschismus untergegangen sind und den antifaschistischen Kampf den Arbeitern und Kommunisten überließ, wittert nun, bei den ersten Rissen im spanischen Faschismus Morgenluft. Sie schmeißt sich heute dem nach wie vor faschistischen Staat an den Hals, weil sie genau weiß, daß dieser an der Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses im Sinne der Schwächung des revolutionären und revisionistischen Einflusses in der Arbeiterbewegung stark interessiert ist. Sie darf so als einzige „Gewerkschaft" legale Kongresse, etc. abhalten. Eine Hand wäscht die andere...

Die spanischen Revisionisten ihrerseits – in ihrem fast grenzenlosen Opportunismus – machen das Tauschgeschäft: sie sind bereit einen Teil ihres Einflusses in der Arbeiterbewegung zu opfern, indem sie die offensichtlichen Spaltungsabsichten der sozialdemokratischen UGT fördern und stützen, um sich ein Quentchen bürgerlicher Legalität und Respektierlichkeit einzuhandeln. Andererseits bekämpfen sie mit allen Mitteln und Tricks die revolutionäre Linke, indem sie Bedingungen für den Gewerkschaftsaufbau stellen, die von einem nicht einmal so kleinen Teil der spanischen Arbeiter nicht akzeptierbar sind.

Die „Gewerkschaft neuen Typs"

Auf dem ersten nationalen Kongreß der „Comisiones Obreras" in Barcelona war von der Mehrheit der Delegierten beschlossen worden, die organisatorischen Strukturen der „Comisiones" zu verstärken und aus der „Comisiones"-Bewegung eine „*einheitliche, aber nicht die einzige Gewerkschaft*" aufzubauen. Gleichzeitig sollte eine massive Mitglieder-Werbungskampagne eingeleitet werden, die durch die Ausgabe von Gutscheinen (bonos) zum Preis von 25 pts. gestützt wurde. Diese Gutscheine wurden auf dem Kongreß als „precarnets" (vorläufiger Mitgliedsausweis) bezeichnet.

Die Ablehnung des Aufbaus einer einzigen Gewerkschaft ab sofort (und damit Verhinderung von politischen Richtungsgewerkschaften) wurde von dem bekannten PCE-„Comisiones"-Führer Camacho mit dem „überzeugenden" Argument abgelehnt, daß dies „*ein Sprung ins Leere (sei), der uns nur eine Abkürzung mehr beschert*" („Mundo Obrero", 14.7.76).

Nachdem die Werbungskampagne recht erfolgreich gelaufen war, – es sollen zwei Mio. „bonos" verkauft worden sein! – haben die revisionistischen Führer nun den formalen Gründungsakt der „Gewerkschaft neuen Typs" vollzogen. Am 17. Oktober trafen sich in Madrid 150 Delegierte der Arbeiterkommissionen, die diesen Akt vollzogen. Der neue Name ist: **„Gewerkschaftsbund Comisiones Obreras"**, Mitgliedsausweise werden ab sofort ausgegeben, der monatliche Beitrag soll etwa 50 Peseten (weniger als zwei DM) betragen. Der Gründungsakt wurde mit 105 Stimmen, gegen 22, bei 12 Enthaltungen und 11 abwesenden Delegierten vollzogen.

Offenbar als Reaktion auf bestimmte Kritiken an diesem Vorgehen, beeilten sich führende Redner der PCE zu versichern, „*Wir geben nichts auf, von dem, was wir gewesen sind*" (Julian Ariza). „Mundo Obrero" (Zentralorgan der PCE) kommentiert dazu: „*Es wird keine Unterschiede geben zwischen den Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes Comisiones Obreras und den Nicht-Mitgliedern. Wir wollen in kei-*



so sieht die Mitgliedskarte des „Gewerkschaftsbundes Comisiones Obreras" aus.

nem Fall die Basis der Arbeiterversammlungen verlassen, sondern ganz im Gegenteil die Kämpfe der neuen Gewerkschaft darauf aufbauen. Die neue Gewerkschaft wird von den Versammlungen ausgehen und einen einheitlichen und demokratischen Charakter haben, alle werden die gleichen Rechte in ihr haben."

Und Camacho brachte es auf die an alle Arbeiter gerichtete Formel: *„Wir werden es so wie immer machen: wenn ein Arbeiter vor einigen Jahren zu einer Versammlung der Comisiones kam, dann konnte er genau wie die anderen seine Meinung sagen, Vorschläge machen und mitentscheiden. Wir denken nicht daran, auf diese Parxis zu verzichten."* („Mundo Obrero", 20.10.76).

Ganz im Gegensatz zu diesen demokratischen Beteuerungen steht die Praxis der revisionistischen Führer, alle diejenigen an die Wand zu drängen und aus den Entscheidungsinstanzen per Mehrheitsbeschluß auszuschließen, die mit der Konzeption der PCE nicht einverstanden sind, sondern den Aufbau einer Einheitsgewerkschaft unter klarer Dominanz der im antifaschistischen Kampf gestählten Militanten der „Comisiones Obreras" hier und heute betreiben wollen.

Die Position der Linken

„Die einzige Sorge von UGT und USO ist, die Anzahl ihrer Mitglieder zu vergrößern (...). Weder die Organisierung des ökonomischen Kampfes noch die Herstellung der Einheit sind Komponenten ihrer Politik (...). Beide Gewerkschaften merken ihre Schwäche und ihren Mangel an Verankerung und sind daher zu jedem Manöver bereit, wenn sie dadurch den Teil der Arbeiterbewegung vergrößern können, den sie kontrollieren möchten. Diese Haltung ist vollkommen logisch bei diesen reformistischen Gewerkschaften, die im Dienst einer bürgerlichen Politik stehen. Sie sind ein Instrument und ein Faktor zur Spaltung und Schwä-

Dienst einer bürgerlichen Politik stehen. Sie sind ein Instrument und ein Faktor zur Spaltung und Schwä-

chung der Gewerkschaftsbewegung, der Arbeiterklasse. In dem Maße wie ihre Kraft und Einfluß zunehmen, wächst die Notwendigkeit sie zu bekämpfen, aber im Augenblick sind sie nicht und können sie nicht die hauptsächlichen Hindernisse sein bei der Organisierung und gewerkschaftlichen Vereinheitlichung der Arbeitermassen" (ORT, „Über unsere gewerkschaftliche Taktik" – Sonderdruck, 20.8.76).

Als hautpsächliche Kraft, die in Spanien derzeit die Gewerkschaftseinheit sabotiert, bezeichnet ORT (wie übrigens auch PT) die revisionistische PCE.

Hier die Einschätzung der ORT: *„Die Comisiones Obreras sind die einzige Organisation, die aus sich heraus die Fähigkeit hat, einen konstituierenden Prozeß einer Einheits- und Klassengewerkschaft von den Betrieben her in Gang zu setzen. In diesen Prozeß könnte die übergroße Mehrheit der organisierbaren Arbeiter einbezogen werden, und er könnte sogar die anderen gewerkschaftlichen Organisationen mit sich reißen.*

Mit jedem Tag, der vergeht, wird es schwieriger, diese Möglichkeit auszunutzen.

Die Comisiones Obreras verlieren unter revisionistischer Führung mit wachsender Geschwindigkeit diese Fähigkeit und ihre Rolle bei der Organisierung und gewerkschaftlichen Vereinheitlichung, wird in dem Maße unmöglich, wie sie sich nicht aus der revisionistischen Kontrolle befreien. (...) Die Revisionisten haben den Comisiones Obreras diese Initiative abgeschnitten, weil diese im Widerspruch zu ihren reaktionären Bündnissen mit den bürgerlich-demokratischen Parteien steht und weil sie Angst haben, daß wir Marxisten-Leninisten in einem solchen Prozeß unseren Einfluß und unsere Verankerung unter den breiten Massen vergrößern könnten." (ORT, „Über unsere gewerkschaftliche Taktik").

ORT führt an anderen Stellen dieser Stellungnahme aus, daß es nicht ihr Ziel ist, kleine, auf ORT-Linie liegende Parzellen der Arbeiterklasse zu organisieren, daß jedes sektiererische Vorgehen zu vermeiden ist und alle gewerkschaftlichen Kräfte, die an diesem Prozeß mitarbeiten wollen, im Sinne einer größtmöglichen Einheit einbezogen werden müssen.

Zum Verhältnis zur „Comisiones-Obreras"-Gewerkschaft schreibt ORT, daß sie in den Betrieben mit der Forderung an diese herantreten werden, den Einheitsprozeß zu unterstützen und versuchen werden, einzelne betriebliche Arbeiterkommissionen auf ihre Seite zu ziehen.

Ein solches Vorgehen sei die einzige Möglichkeit, die „Comisiones Obreras" im Sinne der Arbeiterklasse zu stärken, *„eine Organisation, die wir weiterhin als einen wertvollen Schatz unserer Arbeiterklasse und als Instrument ihrer Kämpfe und Siege betrachten"* (ORT, „Über unsere gewerkschaftliche Taktik").

Diese Position von ORT (sowie PT und unseres Wissens auch der MC) in der Gewerkschaftsfrage ist unseres Erachtens sehr richtig und entspricht den Aufgaben, die die Kommunisten in diesem Zusammenhang haben, selbst wenn sie dabei in einer Minderheitsposition sind.

den Aufgaben, die die Kommunisten in diesem Zusammenhang haben, selbst wenn sie dabei in einer Minderheitsposition sind.

Wir können derzeit natürlich nicht abschätzen, in welchem Umfang die Linken sich mit ihrer Einheitstaktik in der spanischen Arbeiterbewegung durchsetzen können. ORT selbst schätzte die Möglichkeit der Verwirklichung dieser Taktik umso schwieriger ein, je mehr sich die Arbeiterkommissionen als revisionistisch beeinflußte Gewerkschaft konsolidieren (s.o.).

Erfolge der Minderheitstendenz

Anfang November brachte die westdeutsche bürgerliche Presse die Meldung über die vollzogene Spaltung zwischen einer „kommunistisch-revolutionären Minderheit" und der „von der Kommunistischen Partei gelenkten Mehrheit" („Süddeutsche Zeitung", 10.11.76).

Daß die Spalter eindeutig bei den Revisionisten zu suchen sind, und daß diese dabei mit allen undemokratischen Tricks arbeiten, wurde z.B. bei einer Versammlung der Metallarbeiter von Katalonien am 30. Oktober deutlich. Das Sekretariat der „Nationalen Arbeiterkommission von Katalonien" (CONC), von dessen 27 Mitgliedern 20 der katalonischen PC (PSUC) angehören, hatte ohne Konsultation der Basis die sofortige Gewerkschaftsgründung beschlossen und versuchte nun auf der Metallerversammlung diese Linie durchzusetzen.

Über den Verlauf dieser Versammlung gab ein Mitglied der PT folgende Erklärung ab: *„Von den 500 Delegierten, die an dieser Versammlung teilnehmen sollten, waren nur etwa 280 da. Wir kamen hin und stellten fest, daß nicht einmal die Tagesordnung bekannt war. Die Mehrheit der anwesenden Delegierten war nicht auf demokratischem Wege gewählt worden und um diese Tatsache zu vervollständigen, verlegten sich Mitglieder der PSUC darauf, den Leuten von Seat und Pegaso den Eintritt zu verweigern. Als man sah, wie die Sachen sich entwickelten, beschloß man, eine Abstimmung zu machen, bei der dann diesen Arbeitern der Zutritt verboten wurde. In diesem Moment griff ein Mitglied der PSUC, ein Seat-Arbeiter, Francisco Javier Marin an, der bei Macosa arbeitet und haute ihm mit der Faust die Brille in die Augen. Zu etwa hundert Leuten beschlossen wir, den Saal zu verlassen. Wir wollen jetzt einige Versammlungen abhalten, um unsere Haltung festzulegen, aber das Wahrscheinlichste ist, daß wir die CONC verlassen"* („Cambio"16, 15.11.76).

Dies undemokratische und spalterische Verhalten der spanischen Revisionisten hat sich seit dem nationalen Kongreß der Arbeiterkommissionen in Barcelona im Juli 76 erheblich verschärft. Auf diesem Kongreß, auf dem durch Einladungstricks die Linke bereits unterrepräsentiert war, hatten sich 600 Delegierte (gegen 65 Stimmen der Linken) für die sofortige Gründung einer Gewerkschaft ausgesprochen.

Spätestens seit diesem Kongreß haben sich die revolutionären Organisationen (insbesondere ORT und PT) mit voller Kraft bemüht, in ihren traditionellen Einflußgebieten mit sofortigen - zunächst betrieblichen – Gründungen von Organen der Einheitsgewerkschaft zu beginnen, bzw. bestehende Ansätze auszubauen.

Die Linken gingen folgendermaßen vor: Auf Versammlungen aller Arbeiter eines Betriebes wird die Frage der „einzigen Gewerkschaft aller Arbeiter" diskutiert und in der Regel mit übergroßer Mehrheit ihr sofortiger Aufbau beschlossen. Verschiedene Arbeitskommissionen werden gegründet, in der Regel die Herausgabe einer betrieblichen Zeitung beschlossen, sowie eine Streikkasse eingerichtet. Die Arbeiter erhalten Mitgliedsausweise. Bei Seat, Navarra haben sich innerhalb eines Tages von insgesamt 1.500 Arbeitern etwa ein Drittel diesem Einheitsorgan angeschlossen („En lucha", 7.8.76).

Ähnliche Beschlüsse des sofortigen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses aller Arbeiter – unabhängig von ihrer politischen Orientierung – konnten in Navarra bei den Betrieben Koxka, Torfinasa, Imenasa erreicht werden („En lucha", 11.9.76). In Vizcaya sind es die Arbeiter der Hochöfen-Betriebe, die sich ebenfalls zum Aufbau einer einzigen Gewerkschaft entschlossen haben („En lucha", 18.9.76).
In Galizien und Kastilien haben vor allem die Bauarbeiter von La Coruña, El Ferrol, Burgos und León mit dem Aufbau der Bauarbeiter-Gewerkschaft begonnen („En lucha", 2. 10. 76).

In Madrid haben sich die Arbeiter der Betriebe Hutchinson, Chrysler, Standard (140 Vertrauensleute) und von Cristaleria Española für diese Konzeption entschieden. Außerdem sprachen sich die Arbeiter der städtischen Verkehrsbetriebe für die sofortige Gründung einer Einheitsgewerkschaft aus („En lucha", 18. 9. 76). Auch die Taxifahrer von Madrid wurden gewonnen („En lucha", 25. 9. 76).

In Barcelona waren es die SEAT-Arbeiter *„einer Werkstatt"*, die eine Streikkasse gründeten, bei Rank-Xerox hat die Mehrheit der Arbeiter ebenfalls begonnen, Mitglieder zu werben. *„Bei der Metro hat eine Gruppe von Arbeitern beschlossen, die neue Gewerkschaft aufzubauen"* („En lucha, 4. 9. 76).

Weiterhin werden von ORT die Postarbeiter von Madrid, Valladolid, Avila, Segovia, Palencia, Salamanca und Lérida erwähnt.

Zweifellos werden die Kollegen und revolutionären Genossen, die für die einheitliche Klassengewerkschaft kämpfen, keinen leichten Stand haben und die Revisionisten und Reformisten werden alles daran setzen sie zu isolieren.

Doch der Kampf um die Gewerkschaften als Kampforganisationen der ganzen Arbeiterklasse ist im Kapitalismus immer ein langfristiger, und es wäre daher falsch, nur auf kurzfristige spektakuläre Erfolge zu orientieren Der Kampf um die Arbeitereinheit in den Gewerkschaften ist ein Kampf um das Bewußtsein der Masse der Arbeiter, gegen die reformistischen und revisionistischen Illusionen. Unter der Bedingung, daß die revisionistische PCE in 40 Jahren Faschismus die wichtigste antifaschistische Kraft gewesen ist ist es immerhin schon erstaunlich, daß eine relativ große Minderheit der Arbeiterbewegung ein Bewußtsein von der Notwendigkeit der Einheit auch mit revolutionären Arbeitern und Genossen entwickelt hat und sich gegen die Spaltungspolitik der Revisionisten anstemmt.

Spanien-Kommission

Kritik/Selbstkritik zum Artikel „Generalstreik vom 12, November"

Kritik/Selbstkritik zum Artikel „Generalstreik vom 12, November"

Wir hatten vorgehabt zu unserem Artikel über den Generalstreik vom 12. November eine selbstkritische Berichtigung zu veröffentlichen. Wir hatten sozusagen „auf **dem allerletzten Drücker" (der AK war schon halbwegs im Druck) die Informationen der bürgerlichen Presse über die Streikbeteiligung übernommen. Das war, wie sich kurz darauf durch authentisches Zahlenmaterial zeigte, ein grober Fehler.**

Nun hat eine derzeit in Spanien lebende SSB-Genossin eine Kritik an diesem Artikel geschrieben, die wir wegen ihres unmittelbaren Informationsgehaltes hier leicht gekürzt stattdessen abdrucken möchten:

Leserbrief

Liebe Genossen,

Eurer groben Einschätzung „Der wochenlang angekündigte Streik scheint nicht ganz den erwarteten Erfolg gehabt zu haben", ist zwar allgemein zuzustimmen, denn die Mobilisierung, zumindest in den Klein- und Mittelbetrieben war äußerst schlecht organisiert und stand, wie von Euch angegeben, voll im Zeichen der refomistischen Beschwichtigungspolitik. Allerdings stimmt der Tenor des gesamten Artikels und vor allem die Fakten nicht mit der Realität überein.

Ihr schreibt von einer Streikbeteiligung laut Innenministerium, die sich auf 200.000 beläuft, und seid dann der Meinung, dies getrost mit zwei malnehmen zu können. Nein, liebe Genossen, Eure niedrige Zahl kann man nicht nur, sondern muß man mit 10 (zehn) multiplizieren, um dem realen Ausmaß des Streiks nahe zu kommen (offizielle Zahl der COS: 2 Mio!). Ebenso hauen auch Eure Verhaftungsangaben nicht hin: Ihr schreibt von 120, offiziell waren es 247 und laut COS über 400.

Die von mir aufgeführten Zahlen waren hier in Barcelona in fast allen halbwegs seriösen Publikationen der spanischen Presse zu finden und demgemäß handelt es sich, national betrachtet, immerhin um eine Streikbeteiligung, die bei 25 % der arbeitenden Bevölkerung Spaniens liegt.

Auch wenn die Bezeichnung Generalstreik einige Nummern zu groß ist, kann diese Aktion nicht als ziemlicher Mißerfolg abgetan werden (den Eindruck habe ich zumindest aus Eurer Berichterstattung gewonnen), sondern muß als eine Aktion gewertet werden, die nochmals die Kampfkraft breiter Teile der spanischen Arbeiterklasse unter Beweis gestellt hat, auch wenn sie, und das nicht zuletzt aufgrund des führenden Einflusses revisionistischer und reformistischer Kräfte, die Grundfesten des faschistischen Regimes nicht erschüttert hat.

Angesichts der Tatsache, daß bei häufigerem Gebrauch des Begriffs „nationaler Generalstreik" (und in Spanien liegen genügend schlechte Erfahrungen vor) dieser inhaltlich ausgehöhlt ist, sprach man die letzten zwei Wochen vor dem Streik in der Regel vom „Kampftag 12. November" und bei allen berechtigten Abstrichen, Kritik und Mängeln: ein solcher war es bestimmt! Ein Kampftag, der die Tage vorher, ob in der Metro, in der Uni, beim Bäcker, in der Bar oder sonstwo in aller Munde war; auch wenn man am 12. selbst dann in der Innenstadt außer einem erdrückenden Polizeiaufgebot nicht viel mitbekam, war doch in den Arbeitervierteln die Hälfte der Läden und Bars geschlossen (...)

Zum Abschluß noch eine Zahl aus den baskischen Provinzen, wo angeblich kaum der Streikaufruf befolgt wurde: laut „Correo Catalán" waren immerhin 300.000 im Ausstand. Das entspricht genau der Hälfte des größten Generalstreiks in Euskadi vor mehreren Wochen.

Da wir innerhalb der westdeutschen Linken zu den wenigen gehören, die regelmäßig über Verlauf und Entwicklung der spanischen Arbeiterbewegung berichten, bitte ich Euch, diese notwendigen Korrekturen so bald wie möglich zu veröffentlichen.

Rot Front. D.

Spanische Trotzkisten: Zwischen den Stühlen

Wir möchten von der Haltung von zwei spanischen trotzkistischen Gruppen in der Gewerkschaftsfrage berichten. Zwei Gruppen, die wenigstens dem Namen nach in Spanien bekannt sind, obwohl auch sie über kaum nennenswerten Einfluß in der spanischen Arbeiterbewegung verfügen: die rechts-trotzkistische LC (Kommunistische Liga) hat sich vollständig den Sozialdemokraten von der UGT an den Hals geworfen, während die offizielle Vertreterin der „4. Internationale", LCR/ETA VI (Revolutionäre Kommunistische Liga/ETA VI – eine rechtsopportunistische Abspaltung der revolutionären ETA) das Kunststück wagt, sowohl den revisionistischen Standpunkt als auch die revolutionäre Sicht der Gewerkschaftsfrage zu „vereinen".

Die Mitglieder von LC sind geschlossen dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsembryo UGT beigetreten. Es soll sich dabei um 680 Trotzkisten gehandelt haben. Ihre Begründung lautet, die „Comisiones Obreras" (CCOO) seien nicht in eine Gewerkschaft umzuwandeln (?): *„Die von den Kommunisten (gemeint sind die Revisionisten - AK) durchgesetzte vorherrschende Linie und die übertriebene Bürokratisierung der CCOO verhindern das. Wir gehen zur UGT über, weil wir der Ansicht sind, daß von dieser Zentrale aus besser die Gewerkschaftseinheit angegangen werden kann und weil sie ihren Einheitswillen gezeigt hat"* („Opinión", 16. 10. 76 – zitiert nach „Spanien aktuell", Nr. 6). Die UGT-Sozialdemokraten sind jedoch offenbar nicht ganz so begeistert von ihren neuen Freunden. Sie haben den Eintritt 'en bloc' verweigert und prüfen jeden Einzelfall. Wahrscheinlich müssen die LC-Trotzkisten eine sechsmonatige „Probezeit" durchlaufen, was gegenüber sonstigen Eintrittswilligen bisher nie praktiziert wurde („Mundo Diario" – zit. nach „Spanien aktuell", Nr. 6). Ob die LC-Mitglieder immer noch so begeistert vom „Einheitswillen"der UGT sind?!

Die andere trotzkistische Gruppe LCR/ETA VI (Mitglied der IV. Internationale), hat diesen Schritt des Eintritts in die UGT nicht vollzogen. Sie unterstützen die Umwandlung der CCOO in eine Gewerkschaft, also die von den Revisionisten vertretene Linie. Ihre Begründung dafür ist allerdings sehr bezeichnend. Mit einer formellen Gewerkschaftsgründung und der Ausgabe von Mitgliedsausweisen würde der *„desorganisierte Zustand"* (?) innerhalb der CCOO ein Ende finden und vor allem würde dadurch *„die Demokratie bei der Wahl der Delegierten"* garantiert, weil dann keine Manipulationen mehr möglich seien. Auf die spalterische Funktion dieser Gewerkschaftsgründung wird mit keinem Wort eingegangen („Combate", 2. Oktoberhälfte 76).

Gleichzeitig sprechen sich LCR/ETA VI dafür aus, daß die Position der ORT und PT als eine Strömung innerhalb der Gewerkschaftsdiskussion von der revisionistischen Mehrheitsströmung akzeptiert werden sollte und sie auf dem zukünftigen konstituierenden Kongreß diese Position vertreten können. LCR/ETA VI sind auch für die betriebliche Vollversammlung *„als höchstes Entscheidungsorgan aller Arbeiter über jeder gewerkschaftlichen Organisation"* und halten die von ORT und PT vorangetriebenen Einheitsorgane an der Basis für vollkommen vereinbar mit der Gewerkschaftsgründung der CCOO, wobei sie allerdings feststellen müssen, daß die Mehrheitslinie das anders sieht.

„Wir vertreten, daß die gewerkschaftliche Organisierung der CCOO eine Bedingung für die Einheit ist. Aber wir haben gesagt, daß man zur einzigen Gewerkschaft auf zwei Füßen gehen muß. Und der andere Fuß ist eben die Konsolidierung der Einheitsstrukturen, die auf zwischenbetrieblicher Ebene so breit wie möglich koordiniert werden müssen" („Combate" – Organ der LCR, 2. Oktoberhälfte 76).

Doch ganz offensichtlich ist LCR/ETA VI bis vor kurzem nur auf einem Fuß marschiert. So berichtet die Zeitung der GIM (ebenfalls IV. Internationale), „Was tun", über ihre Freunde von der LCR:

„Eine Ausrufung der CCOO zu einer Gewerkschaft jetzt würde die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung zementieren. Das ist auch die Position der LCR/ETA VI: '... würde der Prozeß der Herausbildung von einheitlichen Organen mit den verschiedenen Strömungen nicht fördern, sondern im Gegenteil bedeuten, daß man den Kampf faktisch nicht aufnimmt und sich mit der Spaltung der Arbeiterklasse abfindet' " („Was tun", Nr. 125, 23.9.76).

Hat sich LCR nun „abgefunden" mit der Spaltung oder nicht? Die Antwort kann nur lauten: Sie hat sich abgefunden und sie hat sich nicht abgefunden. Als Trotzkist hat man eben den einmaligen Vorteil, sich nicht festlegen zu müssen.

Das wird auch an der Kritik der GIM deutlich, die in „Was tun" gegen den KB in dieser Frage vorgebracht wird. Der KB wird kritisiert, weil *„er kritiklos die Position der ORT"* unterstützt, also die Position des Aufbaus der Einheitsgewerkschaft von unten. Der KB vergißt, laut GIM, daß die kämpferischen UGT- und USO-Kollegen *„nicht einfach zu den CCOO überlaufen werden, nur wenn diese sich als Konkurrenzgewerkschaft proklamieren"* („Was tun", Nr. 125).

Nochmal ganz langsam für die Genossen der GIM: Wir unterstützen die Positionen der ORT gerade aus dem Grund, weil sie eben k e i n e „Konkurrenzgewerkschaft" zu UGT und USO anstreben (das ist bei dem Gewicht von UGT und USO schon ein Witz an sich), sondern weil sie die gewerkschaftliche Einheit unter Einbeziehung auch der sozialdemokratischen Kollegen vorantreiben wollen – und die „UGT- und USO-Kollegen", die da nicht mitmachen, die interessieren die Arbeiterbewegung herzlich wenig.

Die GIM kritisiert den KB ebenfalls, weil er die Politik der spanischen Revisionisten als eine bürgerliche Konzessionspolitik bezeichnet hat: *„Die KB-Definition der KP (PCE)-Linie (...) wird deren Komplexität nicht gerecht"* („Was tun", Nr. 125). Denn man höre und staune: *„Sie (die PCE – AK) ist bereit, Konzessionen an linke Strömungen und Organisationen zu machen, um diese in ihr Projekt zu integrieren und gegenüber den bürgerlichen und sozialdemokratischen Kräften auszuspielen"* („Was tun", Nr. 125). Nun, dazu erübrigt sich wohl ein Kommentar, nach der knackharten Ausschlußpolitik gegen ORT- und PT-Anhänger.

Die Aufgaben der „Revolutionären Marxisten" in Spanien (gemeint sind die Trotzkisten) definiert die GIM dann in unfreiwilliger Komik so, daß diese *„etwas Unvereinbares vereinen"* müssen, nämlich den – angeblich – *„arbeiterdemokratischen Anspruch der KP-Führung in der Arbeiterbewegung auszunutzen, sie beim Wort nehmen, den Prozeß in diese Richtung weiterzutreiben"* („Was tun", Nr.125). Einen „Prozeß weitertreiben", der etwas „Unvereinbares in sich vereint", das ist und bleibt wohl die Spezialität der Trotzkisten.

Spanien-Kommission

Krankenhausstreik in der Lombardei und in Neapel



Die Situation der Arbeiter und Angestellten in den Kliniken in Italien ist seit langem äußerst schlecht. Die Mehrzahl der Kollegen muß Aufgaben erfüllen, für die sie weder ausgebildet sind noch bezahlt werden. So ist es z. B. gang und gebe, daß Kollegen, die für Reinigungsarbeiten angestellt sind und bezahlt werden, als
ben erfüllen, für die sie weder ausgebildet sind noch bezahlt werden. So ist es z. B. gang und gebe, daß Kollegen, die für Reinigungsarbeiten angestellt sind und bezahlt werden, als
Köche, als Pfleger, als Röntgen-Techniker usw. usw. beschäftigt werden.

Für die Krankenhausverwaltungen ergibt sich daraus die Möglichkeit, gleich drei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Sie halten auf diese Weise die Kosten niedrig, werden mit dem katastrophalen Personalmangel fertig und können außerdem die Kollegen mit einem raffinierten System von gewährten und nicht gewährten Privilegien spalten und unter Kontrolle halten.

Eine der Errungenschaften des letzten nationalen Arbeitsvertrages war es nun, daß wenigstens ein Teil der Kollegen in entsprechende Gehaltsgruppen eingereiht werden sollte. Freilich blieb dieser Vertrag, der bereits 1974 beschlossen worden war, im Großen und Ganzen ein Stück Papier und nicht mehr.

Nur dort, wo – nicht zuletzt unter dem Einfluß von Genossen der revolutionären Linken – es gelang, eine
war, im Großen und Ganzen ein Stück Papier und nicht mehr.
Nur dort, wo – nicht zuletzt unter dem Einfluß von Genossen der revolutionären Linken – es gelang, eine
größere Mobilisierung der Kollegen selbst herbeizuführen, wurde wenigstens ein Teil des Vertrages in Vereinbarungen mit den Krankenhausverwaltungen umgesetzt. Von Seiten der Führung der zuständigen Krankenhaus-Gewerkschaft FLO (Federazione Lavoratori Ospedalieri) war jedenfalls keine nennenswerte Aktivität in dieser Richtung zu sehen.

In Mailand gelang es den Kollegen der vier größten Krankenhäuser (8.500 Beschäftigte), eine dem Vertrag von 1974 entsprechende Eingruppierung bei der Verwaltung durchzusetzen, die insbesondere die ungefähr 2.000 besonders benachteiligten und überarbeiteten Hilfskräfte betraf. Diese Übereinkunft wurde aber zunichte gemacht durch einen staatlich verordneten Planstellen- und Einstellungsstopp und durch eine Begrenzung der Haushaltsmittel. Entsprechend zog die zuständige Regionalbehörde Anfang September
staatlich verordneten Planstellen- und Einstellungsstopp und durch eine Begrenzung der Haushaltsmittel. Entsprechend zog die zuständige Regionalbehörde Anfang September
ihre Zustimmung zu der bereits getroffenen Vereinbarung mit der Krankenhausverwaltung zurück.

Daraufhin platzte den Kollegen verständlicherweise der Kragen. Sie erzwangen zunächst einen vierundzwanzigstündigen Streik und gingen dann am 18. September zu einem rigorosen „Dienst nach Vorschrift" über, der prompt einige Abteilungen der vier größten Mailänder Krankenhäuser völlig lahmlegte.

In der bürgerlichen Presse wurden diese Aktivitäten mit einem wilden Hetzgeschrei über die Situation der „armen Kranken" kommentiert, das eine unverkennbare Ähnlichkeit mit dem Vorgehen der Massenmedien in der BRD anläßlich des Fluglotsenstreiks hatte. Nichtsdestotrotz gelang es den Kollegen in einigen Kliniken, wenigstens eine teilweise Solidarisierung der Kranken zu erreichen. Dabei spielt eine große Rolle die Tatsache, daß es bei dieser Auseinandersetzung nicht allein um bessere Bezahlung und angemessene Eingruppierung der Kollegen selbst geht, sondern insgesamt um die Forderung nach einer längst fälligen erheblichen Aufstockung des Personalbestandes (Lotta Continua spricht von 15.000 bis 16.000 erforderlichen neuen Planstellen) und um eine Verbesserung der beruflichen Ausbildung. Also um Forderungen, die angesichts der extrem schlechten Krankenversorgung auch von den Patienten nur begrüßt werden konnten!

Auf Wunsch der Krankenhausverwaltung wurde schließlich in zwei der vier betroffenen Krankenhäuser Militär als Streikbrecher eingesetzt – ein Vorgang, der in Mailand in den letzten dreißig Jahren einmalig ist.

Von der Gewerkschaftsführung kam in dieser Situation wenig Hilfe für die Kollegen. Sie beklagte vor allem, daß ihr der Streik außer Kontrolle geraten sei und auf die Initiative kleiner Extremistengruppen zurückgehe, und bezeichnete die Aktionen der Kollegen als „leichtsinnig".

Der Generalsekretär der größten italienischen Gewerkschaft, der CGIL, die von der PCI dominiert wird, verstieg sich sogar dazu, im Fernsehen zu erklären, es sei „*nicht erlaubt, daß, um die Rechte der Arbeiter durchzusetzen, Werte wie das Leben, die Gesundheit oder andere, die von Natur aus Vorrang haben müssen, in Gefahr gebracht werden. Daher sind wir nicht nur nicht einverstanden mit dieser Art Streik, sondern verurteilen ihn auch uneingeschränkt und entschieden*" („Corriere della Sera", 24.9.76).

Mit der Selbstverpflichtung, die „Ruhe und Ordnung" in den Krankenhäusern wiederherzustellen, erreichte die Gewerkschaftsführung schließlich den Abzug der Soldaten. Für die Kollegen war das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regionalverwaltung, Krankenhaus-Leitung und Gewerkschaftsführung äußerst vage: Im wesentlichen wurde zugesichert, daß die Stellenpläne in den nächsten Tagen erweitert würden, daß durch ein regionales Gesetz neue Lehrgänge für das Krankenhauspersonal eingerichtet werden und darüber hinaus die Arbeitsplätze der Beschäftigten in Privatkliniken gesichert werden sollen. Alles dies zunächst einmal Zukunftsmusik.

Die Kollegen setzten deshalb ihre Aktionen fürs erste fort, unter anderem mit einer Blockade des Verwaltungsgebäudes der Ca' Granda (Oberbegriff der vier größten Mailänder Kliniken), mit einem „Sit-in" auf dem Corso Sempione, wodurch der Verkehr lahmgelegt wurde, und durch Fortsetzung des Dienstes nach Vorschrift.

Auch in verschiedenen anderen Krankenhäusern der Lombardei, aber auch in Neapel ist inzwischen gestreikt worden. Das Besondere an all
Vorschrift.
Auch in verschiedenen anderen Krankenhäusern der Lombardei, aber auch in Neapel ist inzwischen gestreikt worden. Das Besondere an all
diesen Aktivitäten ist, daß ein Bereich, in dem Streiks bisher wenig üblich waren, eine derart langandauernde und breite Kampfkraft gewonnen hat. Dabei haben die Kollegen nicht nur neue Kampfformen entwickelt wie selbständige Einteilung des Dienstplanes, strikter Dienst nach Vorschrift, Bürobesetzungen, kostenlose Bereitstellung der Ambulatorien für das Publikum, permanente Betriebsversammlungen etc., sondern sie haben auch eine relativ weitgehende Selbständigkeit gegenüber den Direktiven der Gewerkschaftsführung bewiesen.

Es sieht allerdings nicht so aus, als sei die FLO bereit, die neue Kampfkraft der Krankenhausarbeiter und -angestellten in den jetzt anstehenden neuen Tarifverhandlungen einzusetzen. Zu dem kürzlich abgehaltenen National-Kongreß der FLO hat die Gewerkschaftsführung nach Meldung von „Lotta Continua" (LC) eine Plattform vorgelegt, die noch hinter die Tarifvereinbarungen von 1974 zurückfällt, deren Nichteinhaltung ja die Streiks ausgelöst hatte (LC vom 13.11.76). Man darf hoffen, daß die Kollegen sich dies nicht werden gefallen lassen.

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kekkonen zwingt streikende Eisenbahner zur Aufgabe!

Finnland. Der ca. zwei Wochen dauernde Streik der finnischen Eisenbahnbeamten wurde durch das Eingreifen von Staatspräsident Kekkonen beendet. Die Forderung der Streikenden auf Herabsetzung des Pensionsalters von 63 auf 58 wurde nicht erfüllt. Von Anfang an versuchten Regierung und der finnische Staatspräsident Kekkonen den Streik, der den gesamten Bahnverkehr lahmlegte, zu verhindern.

So plante die Regierung Miettunen ein gesetzliches Verbot dieses Streiks, („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 11.11.). Dies scheiterte jedoch am Widerstand der Sozialdemokraten und Revisionisten, die zu Recht in dieser Maßnahme eine Verschärfung des finnischen Arbeitsrechts sahen. Trotz dieser Einschätzung erklärten sie sich nicht bereit, die Forderungen der Streikenden anzuerkennen. Im Gegenteil: Alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der Revisionisten (!), verurteilten diesen Streik.

In dieser Situation erklärte Kekkonen provokativ in einer Radio- und Fernsehrede, er werde „*kein Gesetz oder eine Verordnung, die die Wünsche der Streikenden erfüllen würden*",unterzeichnen („Neue Zürcher Zeitung", 16.11.). Damit wurde die Verabschiedung eines Gesetzes, das die Forderungen der Streikenden enthält, verschoben. Hinzu kommt, daß der Streik der Eisenbahner nicht einmal von der Gewerkschaft unterstützt wurde.

Auf diese Weise in die Resignation getrieben, wurde der Streik vorerst abgebrochen. Spätestens Anfang des nächsten Jahres werden die Forderungen der Eisenbahnbeamten wieder auf dem Tisch liegen anläßlich der ausstehenden Tarifrunden. Es ist zu hoffen, daß es dann der finnischen Regierung nicht gelingen wird, den Streik zu zerschlagen!

Skandinavienkommission

BRD-Rüffel für Dänemark

BRD-Rüffel für Dänemark

Einigen Ärger und Kopfzerbrechen bereitet der dänischen Regierung die Zustimmung ihrer UNO-Delegation zu verschiedenen Resolutionen der UNO-Vollversammlung die gegen Südafrika gerichtet waren. Besonders die Zustimmung zu einer Resolution, in der die „EG-Partner" BRD, Frankreich und Großbritannien, sowie die USA, Japan und Israel als Waffenlieferanten Südafrikas gebrandmarkt werden.

Diese „progressive" Außenpolitik, die meist in Absprache mit den Aussenministern der anderen skandinavischen Länder stattfindet (auch dieses Mal wurde sie bei einem Treffen der nordischen Außenminister im August in Kopenhagen beschlossen), brachte das EG-Land Dänemark natürlich in direkten Konflikt mit den namentlich genannten imperialistischen Staaten, vor allem dem imperialistischen „EG-Bruder" BRD. „*Der Bonner Außenminister Genscher wandte sich direkt an Jörgensen* (dänischer Ministerpräsident, d.Red.) *und gab seiner Bestürzung über das dänische Stimmverhalten Ausdruck*", („Neue Zürcher Zeitung" v. 12.11.76). „*Bonn wertet das Verhalten Dänemarks bei den Abstimmungen der UNO-Vollversammlung über die Apartheid-Resolutionen als unverständliches Zeichen mangelnder Solidarität gegenüber der Gemeinschaft. Der Sprecher des Auswärigen Amtes, Terfloth, bezeichnete die Stimmabgabe Dänemarks um so unverständlicher, als die Bundesrepublik ausdrücklich betont habe, daß sie kein Waffenlieferant Südafrikas sei. Der Vorwurf, so betonte Terfloth vor der Presse, sei eindeutig ohne Grundlage. Die Bundesregierung hat keine Waffen an Südafrika geliefert und wird keine liefern* " („NZZ" v. 12.11.).

Nach diesem scharfen Rüffel des „großen EG-Bruders" blieb Ministerpräsident Jörgensen wohl nichts anderes übrig als zu kuschen und so distanzierte er sich in einer Erläuterung zu der Stimmabgabe auch umgehend von der indirekten Kritik an den erwähnten Staaten (leider!).

Und wieder einmal soll die „Wahrheit" gesiegt haben. Die BRD hat also angeblich niemals Waffen an Südafrika geliefert und wird auch keine liefern. Wer das glauben soll? ...

Skandinavienkommission

Westdeutsche Bullen in Italien aktiv

Die Auswirkungen und die Anwendung des internationalen „Antiterrorismus-Abkommens" werden an der Verfolgung Susanne Mordhorsts in Mailand deutlich. Susanne wird von den westdeutschen Bullen im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung in Westberlin über Interpol verfolgt. Sie ist Mitglied eines internationalen Komitees zur Verteidigung der Rechte politischer Gefangener und hat durch zahlreiche Publikationen in italienischen Zeitungen und Zeitschriften eine Enthüllungskampagne über die Isolationsfolter und die Behandlung der politischen Gefangenen in der BRD in Gang gebracht. Seit über zwei Monaten ist deshalb ein Spezialkommando der westdeutschen politischen Polizei nach Mailand abgeordert worden, um weitere Enthüllungen und Anklagen gegen die BRD zu verhindern. In der fortgeschrittenen Manier der „Terroristenjagd" haben sie sich als wirkungsvolle Lehrmeister der italienischen Carabinieri erwiesen, mit denen gemeinsam eine – sonst nur in zwei Fällen der Verfolgung von Mitgliedern der „brigate rosse" bekannten Art und Weise – Aktion gestartet wurde. Systematisch wurde Susanne offen bewacht und bespitzelt, um die Mitbewohner des Häuserviertels und die Sympathisanten des Komitees zu verunsichern. Beim Einkaufen und bei Fahrten in die Stadt wurde sie von mehreren Polizeiautos der Carabinieris verfolgt, nächtliche Wohnungsdurchsuchungen und Razzien waren an der Tagesordnung. Ein Klima wurde verbreitet, auch mit Unterstützung der rechten Presse, das Susanne Mordhorst als „Staatsfeind Nr. 1" isolieren sollte. Mit völlig aus der Luft gegriffenen Unterstellungen und unbewiesenen Anschuldigungen wurde sie schließlich in einer groß angelegten Aktion von den italienischen Bullen auf offener Straße verhaftet und sofort zum Verhör mit westdeutschen Bullen in Einzelhaft verlegt.

Offen wurde ihr angedroht, sie sofort in die BRD auszuweisen, obwohl Susanne nach italienischem Gesetz nicht ausgewiesen werden kann, da sie seit fünf Wochen mit einem Italiener verheiratet ist und damit die italienische Staatsbürgerschaft besitzt.

Dieser Plan der Bullen wurde aber durch eine Beschwerde beim Jusitzminister Bonifacio vereitelt, der nach Einsicht in die Heiratsurkunde eine Auslieferung verweigerte.

Die besondere Beachtung, die die Festnahme Susannes fand, ist jedoch in erster Linie auf die Initiative des Komitees und der Linken zurückzuführen, die an diesem Fall eine breite Enthüllungskampagne gegen das „Antiterrorismusabkommen" führten. In mehreren Resolutionen wurde die Regierung zur Rücknahme ihrer Unterschrift unter dieses Abkommen aufgefordert. Auch in der liberalen Presse wurde die Aktion nach „westdeutscher Bullenmanier" als „Import polizeistaatlicher Methoden" verurteilt. Susanne mußte inzwischen freigelassen werden.
Kampf dem „Antiterror"-Abkommen!

Italienkommission
KB/Gruppe Hamburg

DC – „Partei der toten Seelen"

Daß ein System bürgerlicher Parteien mit einer wirklichen Demokratie im allgemeinen recht wenig zu tun hat, ist landläufig bekannt. Den Vogel an unverfrorener Schwindelei schießt zur Zeit die DC ab, die immerhin Regierungspartei in Italien ist: Rund die Hälfte aller Mitgliederausweise und -karteien ist gefälscht. Man nimmt an, daß die DC in Wirklichkeit nicht 1,8 Mio. Mitglieder hat (das entspricht etwa der Stärke der PCI), sondern nur etwa die Hälfte. Der Hauptgrund für die Fälschungen liegt jedoch in der Struktur der DC, die in verschiedene „correnti" (Strömungen, Flügel) aufgeteilt ist. Durch die Aufteilung der falschen Mitgliedsausweise auf die „correnti" bzw. einige von ihnen ließen sich natürlich ganz ausgezeichnet Parteitage beeinflussen. Über Jahre hinweg haben vor allem die beiden ganz rechten „correnti" um Rumor („Dorotei") und Fanfani („Fanfaniani") davon profitiert, insbesondere im Mezzogiorno (Süditalien). Heute hat es aber offensichtlich die gesamte DC gelernt, mit dieser Methode umzugehen. Man kann natürlich nicht nur Geister aufnehmen, sondern muß, damit das Kräfteverhältnis im Lot bleibt, im Endeffekt auch mal echte Eintritte verhindern oder verschleppen. Eine von der ganzen Schiebung getriebene Blüte: „*Auch Ministerpräsident Andreotti und dem Vizesekretär der Partei, Galloni, sei es nicht gelungen, den Parteiausweis für dieses oder das letzte Jahr zu erhalten*" („Neue Zürcher Zeitung", 9.11.76).

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Österreich / Schweiz

Zunehmende Einschränkung demokratischer Rechte

Schweiz. Auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei hielt der der SPS angehörende Schriftsteller Max Frisch eine Rede, in der er vor dem zunehmenden Abbau demokratischer Rechte warnt:

„Ein Journalist, der unter anderem untersucht und beschrieben hat, wie ein kleiner Landesverräter (zur Hitler-Zeit) zum Tode verurteilt worden ist, damit gegen andere Zeitgenossen und wichtigere, solche in der Generalität, keinerlei Zweifel aufkommt – dieser bekannte Journalist, der auch noch anderes vor die Öffentlichkeit bringt, was ihm ungerecht erscheint und aufschlußreich, ist nicht vor den Richter gestellt worden; denn es stimmt halt, was er geschrieben hat. Hingegen ist er entlassen worden, als er über den Fürsten von Liechtenstein meinte Witze machen zu dürfen. Um genau zu sein: entlassen nicht von der Redaktion, sondern vom Zeitungsverleger gegen den Willen der Redaktion. Im übrigen ist dieser Mann durchaus frei. Das Recht auf freie Meinungsäußerung, ein Grundsatz unserer Verfassung, bleibt unangetastet: nur wird die öffentliche Plattform dafür immer schmaler und schmaler. Ob der Film über die Erschießung des Landesverräters Ernst S., in Mannheim ausgezeichnet als bester Dokumentar-Film, im Schweizer Fernsehen gezeigt wird, oder lieber nicht (1), darüber befindet nicht der Hofer-Club (2), der Geld von der Industrie bekommt, sondern ein Gremium, ein unabhängiges, so hören wir. Ein anderer Dokumentarfilm über die schweizerischen Spanien-Kämpfer wurde im Schweizer Fernsehen gezeigt; ohne den Schluß; das Demokratie-Verständnis dieser alten Spanien-Kämpfer mißfiel dem Gremium... Das Redeverbot für Ausländer, wir wissen es, hatte einmal einen guten Grund: es richtete sich gegen die Nazi-Redner, die uns gegen Juden und Demokratie aufhetzen wollten. Dieses Redeverbot für Ausländer, heute noch in Kraft, hat sich wie eine Windfahne lautlos gedreht; Ernest Mandel, der marxistische Wissenschaftler, darf nicht einreisen; man traut den Eidgenossen nicht zu, daß sie kritisch zuhören können; Herr Löwenthal hingegen, der im Zweiten Deutschen Fernsehen für Franz Josef Strauß wirbt, ist eingereist und hat gesprochen...

Wir sind, so sagt der Bundesrat Furgler (3), kein Polizeistaat; deswegen wurde das Telefon von General Spinola nicht abgehört. So war es denn ein deutscher Journalist, der die Tätigkeit von General Spinola hier am Genfersee, Putsch gegen die Demokratie in Portugal, hat aufdecken müssen. Was Bundesrat Furgler sagt, beruhigt uns; auch wenn es im Telefon knackt, so wissen wir: In der Schweiz wird das Telefon nicht abgehört, es sei denn, jemand gehöre zu einem Komitee für demokratische Rechte in der Armee..." (Auszug aus der Rede, nach „Zeitdienst". 5.11.).

(1) Der Film „Die Erschießung des Landesverräters S." wurde nicht gesendet.
(2) Walther Hofer, Freund von Strauß und Löwenthal, ist Mitgründer einer von den Kapitalisten finanzierten Rundfunk- und Fernsehüberwachungsvereinigung, die „linke Umtriebe" in den Medien verfolgt.
(3) Bundesrat Furgler ist bekannt für seine Kontakte zu den Faschisten der MSI in Italien.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Baseler Zeitungsfusion – Abbau der Informationsfreiheit

Schweiz. Die beiden größten Tageszeitungen Basels, die „National-Zeitung" und die „Basler Nachrichten" wollen fusionieren. Durch diesen Entschluß sind die Beschäftigten ohne vorherige Kenntnis der Verhandlungen vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Die Fusion wird die Entlassung von etwa 100 Kollegen bedeuten.

Mit der Fusion ist ein weiterer Angriff auf die Meinungs- und Informationsfreiheit erfolgt, nachdem Ende September der Versuch, über eine Volksabstimmung Rundfunk und Fernsehen reaktionär auszurichten, gescheitert war (vergl. AK 92). Sie macht auch deutlich, wem die bürgerliche „Pressefreiheit" nützt:

– Als die größere der beiden Zeitungen, die „National-Zeitung" (Auflage: 95.000), Ende der sechziger Jahre einen vom Großkapital unabhängigeren, linksliberalen Kurs steuerte, zog sie sich dessen Mißfallen zu. Insbesondere der Chemie-Gigant Hoffmann-Laroche versuchte seine Macht gegen die „NZ" auszuspielen und setzte Inseraten-Boykott durch. Eine Folge des zunehmenden wirtschaftlichen Drucks und ein Entgegenkommen gegenüber den Kapitalisten war 1975 die Entlassung von sieben Redakteuren, die diesen linksliberalen Kurs wesentlich mittrugen.

– Zur gleichen Zeit wurden die „Basler Nachrichten" (Auflage: 36.000) durch Hoffmann-Laroche und den Schweizerischen Bankenverein für ihren kapitalfreundlichen Kurs fürstlich entlohnt und mit Subventionen massiv gestützt. Erst als durch die Säuberung bei der „NZ" für das Großkapital der Kurs abgesichert war, flossen bei den kleineren „BN" die Subventionen dünner, die Bedingungen für den Zusammenschluß der beiden Zeitungen auf einem kapitalistenfreundlichem Kurs waren geschaffen.

In einer gemeinsamen Resolution protestieren die Gewerkschaften der Typographia und Lithographia, der Buchbinder und Kartonager-Verband, die Schweizerische Journalisten-Union und die Schweizerische Graphische Gewerkschaft gegen das Vorgehen bei der Fusion:

„Aufs schärfste verurteilen die fünf Gewerkschaften das brutale Vorgehen der beiden Verwaltungsräte: Die Belegschaften wurden über Nacht vor vollendete Tatsachen gestellt. Die in Gesamtarbeitsverträgen und Redaktionsstatuten vorgeschriebene Informationspflicht wurde damit grob verletzt. Einmal mehr wurden damit die Interessen des Kapitals über die Interessen der Arbeiter gestellt, auf deren Buckel ein Basler Presseriese geschaffen werden soll. Auf die Pressesituation in der Nordwestschweiz hat der Fusionsbeschluß fatale Auswirkungen.

Die Monopolisierung der Tageszeitungen hat damit ihren bisherigen Höhepunkt in der Schweiz erreicht. Einmal mehr wird klar, daß Pressefreiheit im ‚freien Markt' bloße Verlegerfreiheit ist" („NZZ", 19.11.).

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Minderheitenfeststellung:

Beweis für Rassismus und deutsch-nationale Hetze

Österreich: Am 14. November wurde die Minderheitenfeststellung durchgeführt. Mit dieser Zählung sollte die Grundlage für die Schaffung gesetzlich abgesicherter Minderheitenrechte nach dem neuen „Volksgruppengesetz" für Slowenen und Kroaten in Kärnten und im Burgenland geschaffen werden (siehe AK 92).

Diese Zählung hatte von vornherein den Zweck, die offizielle Zahl der slowenischen und kroatischen Volksgruppe auf ein Mindestmaß herabzudrücken, damit ihnen dementsprechend wenig Rechte eingeräumt werden müssen. Denn erstens kennt der Staat die Stärke der Minderheit aus früheren Zählungen genau und zweitens gibt es seit mehr als 20 Jahren einen Staatsvertrag zum Schutz der Minderheiten – allerdings nur auf dem Papier, denn seit ebenso langer Zeit haben die Reaktionäre aller Schattierungen mit aktiver Unterstützung der Regierung und bürgerlicher Parteien die Anwendung des Vertrages verhindert. Ganz in diesem Sinne entfalteten Reaktionäre und Faschisten zur „Vorbereitung" dieser Zählung eine gegenüber den vergangenen Jahren noch gesteigerte Hetzkampagne: In Kärnten wurden Bombenanschläge verübt; die „Deutsch-Nationalen" drohten: Jeder Slowene, der sich auch als solcher bezeichne, stehe „nicht auf Kärntens Seite", sei also Kommunist und Verräter am „Heimatland" (Presse, 15.11.). Im Burgenland forderte selbst die kroatische Bürgermeisterkonferenz auf, als Muttersprache „Deutsch" anzugeben, weil „sozialer Aufstieg" nur „über die deutsche Sprache möglich sei" („Neue Züricher Zeitung", 14.11.).

Demgegenüber hatten die Vertreter der slowenischen Volksgruppe und die Linken in Kärnten zum Abstimmungsboykott aufgerufen, um die Zählung zur Farce zu machen.

Bei der Abstimmung kam es zu einigen kleinen Zwischenfällen. Von der bürgerlichen Presse wurden sie ungeheuer aufgeputzt, um zu zeigen, daß alle Gegner der Abstimmung „Antidemokraten" oder sogar „Terroristen" seien.

In Zell-Pfarre klauten zwei mutige Slowenen die Wahlurne samt Stimmzettel und verbrannten sie öffentlich auf der Straße; in Klagenfurt verbrannten Slowenen lieber ihre Stimmzettel, als sie in die Urne zu werfen. Bei der Gelegenheit wanderten gleich auch Plakate und Flugblätter des reaktionären „Kärntner Heimatdienstes" ins Feuer (*„Kärntner, entscheide am Sonntag nur so: deutsch, wenn du nicht Slowene sein willst!"*, Presse, 15.11.).

Die bisher vorliegenden Ergebnisse in Kärnten zeigen nur zum Teil einen Erfolg des Boykottaufrufes: An der Abstimmung beteiligten sich in Kärnten 86,3%; immerhin aber liegt der Anteil der ungültigen Stimmen in einigen gemischtsprachigen Gemeinden bei 5-20% („AZ", 21.11.)!

Trotz der relativ hohen Wahlbeteiligung wird die österreichische Regierung einige Mühe haben, das Abstimmungsergebnis tatsächlich wie geplant zur Grundlage ihres „Minderheitenschutzes" zu machen: Denn insgesamt haben in Kärnten lediglich 2.600 Menschen slowenisch als Muttersprache angekreuzt! Bei der letzten Volkszählung 1971 hatten sich trotz intensiver Hetze immerhin noch 20.000 Menschen zur slowenischen Volksgruppe bekannt. In Gemeinden, in denen bekannt war, daß über 70% der Bevölkerung slowenisch sind, kreuzten diesmal nur höchstens 5% slowenisch an! Der Rest trug sich unter „deutsch" ein („AZ", 21.11.).

Dieses Ergebnis zeigt die rassistische und antikommunistische Hetzkampagne gegen die Slowenen überdeutlich auf. (Zum Vergleich: selbst 1939, als die Hitlerfaschisten alles daran setzten, die Slowenen auszurotten, ergab die Volkszählung noch 10,3% Slowenen in Gesamt-Kärnten, im gemischtsprachigen Südkärnten sogar 22,9% („Neues Forum" 4/76, S. 18).

Inzwischen hat Jugoslawien bereits bei den Staaten, die die Erfüllung der Minderheitenrechte nach dem Vertrag von 1955 garantieren sollen (Sowjetunion, USA, England und Frankreich), gegen diese offensichtliche Unterdrückung der slowenischen Bevölkerung protestiert (Presse, 22.11.).

Die Internationalisierung der österreichischen Minderheitenpolitik zwingt die „sozialistische" Regierung unter Kreisky dazu, ein bißchen vorsichtiger aufzutreten.

Innenminister Rösch erklärt jetzt plötzlich, *„die 25%-Hürde sei sicherlich zu hoch angenommen worden, als man davon die Anbringung von zweisprachigen Ortstafeln abhängig gemacht habe"* (Presse, 22.11.). Im übrigen sei die Abstimmung ja nur als „Orientierungshilfe" gedacht („AZ", 21.11.).

Österreich-Kommission
KB / Gruppe Bremen

SMUV-Kongreß: Bekenntnis zum „Arbeitsfrieden"

Die größte Gewerkschaft der Schweiz, der „Schweizerische Metall- und Uhrenarbeitnehmerverband" (SMUV), hielt am 12. und 13.11. ihren Kongreß ab. Der SMUV wird beherrscht von sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern, die vollends und offen die Linie der „Sozialpartnerschaft" vertreten. Deutlich wurde dies auch an der Abstimmung über die POCH-Initiative zur Einführung der 40-Stunden-Woche: mit 249 gegen 48 Stimmen wurde die Unterstützung dieser Initiative bei der Volksabstimmung am 5.12. abgelehnt. Grund hierfür: die SMUV möchte die Kapitalisten nicht durch eine gesetzliche Verpflichtung unter Druck setzen, innerhalb eines Jahres die 40-Stunden-Woche einzuführen, sie setzt lieber auf vertragliche Verhandlungen und eine langfristig angelegte Arbeitszeitverkürzung.

Hintergrund der Auffassung, *„daß Verständigung weiterhin die bessere Politik sei als Konfrontation"* (SMUV-Ex-Präsident Mischler, nach „Neue Züricher Zeitung", „NZZ", 13.11.), ist das „Friedensabkommen" in der schweizerischen Metallindustrie. Dieses Abkommen wurde 1937 unter dem Druck nationalsozialistischer Bedrohung quasi als „Burgfrieden" zwischen Gewerkschaftsführern und Metall-Kapitalisten geschlossen (und nie aufgekündigt!) und verpflichtet zu „absoluter Friedenspflicht" gegenüber den abgeschlossenen „Gesamtarbeitsverträgen". Es verlangt praktisch von den Gewerkschaften die totale Stillhaltepolitik. Unter dem Eindruck harter Streikaktionen bei Matisa und Dubied ist die Diskussion um dies Abkommen in der Schweiz verstärkt aufgekommen. Das spiegelte sich sogar ansatzweise auf dem SMUV-Kongreß wieder. Zwar wurde das Abkommen nicht in Frage gestellt, aber es wurden Anträge behandelt, die es relativieren wollen. Durchsetzen konnten sich allerdings die SMUV-Führer, die sich den Auftrag geben ließen, einen Passus für das Abkommen zu formulieren, *„wonach absolute Friedenspflicht gilt, solange der Vertrag von der Arbeitgeberseite eingehalten wird, hingegen ein Streikrecht als Kampfmittel zur Wiederherstellung der Vertragsbindungen besteht, wenn diese verletzt worden sind"* („NZZ", 13.11.).

Doch selbst bei dieser opportunistischen Formulierung fürchtete SMUV-Präsident Tschumi noch Mißverständnisse und stellte klar, daß von ihm ein „Solidaritätsstreik ausdrücklich als Arbeitsfriedensbruch" betrachtet werde.

Bemerkenswert ist aber, daß diese Diskussion Ausdruck eines in Keimformen erwachenden Kampfbewußtseins der Schweizer Arbeiterbewegung ist, nach fast 40 Jahren „Arbeitsfrieden". Beim Dubied-Streik standen die Gewerkschaftsführer vor der Tatsache, daß die Arbeiter ihnen die Gefolgschaft verweigerten (vergl. AK 91). Schreibt doch der Metall-Kapitalistenverband ASM besorgt: *„Wir mußten und müssen zur Kenntnis nehmen, daß Kreise, denen aus ideologischen und politischen Gründen eine intakte Sozialpartnerschaft ein Dorn im Auge ist, da und dort Fuß fassen konnten und wirtschaftliche Schwierigkeiten für ihre Zwecke ausnutzten."* („Weltwoche", 10.11.).

Auch in der Schweiz wird's langsam heißer!

Schweiz-Kommission
KB / Gruppe Bremen

Das absolute „Friedensabkommen" von 1937

Artikel 2:

„Die Vertragsparteien verpflichten sich, für die ganze Dauer des Vertrages unbedingt den Arbeitsfrieden zu wahren und zu dessen Einhaltung auf ihre Mitglieder einzuwirken. Infolgedessen ist jede Kampfmaßnahme wie Sperre, Streik oder Aussperrung ausgeschlossen, und zwar auch bei allfälligen Streitigkeiten über Fragen, die durch diese Vereinbarung nicht berührt werden. Diese unbedingte Friedenspflicht gilt auch für die einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer..."

Aus Artikel 6:

„Bedarf während der Vertragsdauer nach Meinung einer Partei eine wichtige Frage des Arbeitsverhältnisses der Abklärung, einer Abänderung oder Ergänzung der Vereinbarung oder einer Verabredung, so verpflichten sich beide Parteien, solche Fragen zu besprechen und sich nach Treu und Glauben um eine Lösung zu bemühen..." („Weltwoche", 10.11.76).

Sprachenerhebung: 2 Millionen

WIEN (apa). Eine halbe Woche nach der geheimen Sprachenerhebung vom 14. November liegt nun das Endergebnis der Beteiligung vor. Fast 2 Millionen Österreicher, das ist etwas mehr als ein Viertel der Teilnahmeberechtigten, sind zu den Urnen gegangen. Hier das Ergebnis, nach Bundesländern geordnet:

	Teilnahmeberechtigte	Beteiligung	
Burgenland	263.472	72.676	(27,6 Prozent)
Kärnten	523.216	451.682	(86,3 Prozent)
Niederösterreich	1,389.800	347.450	(25,0 Prozent)
Oberösterreich	1,197.274	244.663	(20,4 Prozent)
Salzburg	417.011	75.281	(18,1 Prozent)
Steiermark	1,182.292	304.217	(25,7 Prozent)
Tirol	553.300	68.250	(12,3 Prozent)
Vorarlberg	260.954	13.191	(5,5 Prozent)
Wien	1,474.819	379.657	(25,7 Prozent)
Österreich	7,262.138	1,957.067	(26,9 Prozent)

aus: "Arbeiterzeitung" 19.11.76

40-Stundenwoche

Am 5. Dezember wird in der Schweiz die Volksabstimmung zur Einführung der 40-Stunden-Woche durchgeführt. Diese Forderung aufgrund einer Initiative der „Progressiven Schweizer Organisationen" (POCH) wird von nahezu der gesamten Linken, großen Teilen der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften unterstützt (siehe AK 92 und 93). Am 20.11. beschloß in Olten auch die Delegiertenversammlung der Gewerkschaft Erziehung die Unterstützung.

Die bürgerliche Gegenpropaganda, unterstützt von der Gewerkschaftsführung des SGB, versucht massiv querzuschießen und malt in grellen Farben den entstehenden „Schaden für die Wirtschaft". Untersuchungen haben dabei z.B. ergeben, daß in der Industrie wöchentlich 43, im Baugewerbe 47 und in der Landwirtschaft sogar 60 Stunden durchschnittlich gearbeitet werden („Neue Zürcher Zeitung", 19.11.). Als Gegenpropaganda wird eine Umfrage der Wochenzeitung „Weltwoche" (17.11.) eingesetzt, nach der nur 6 % der Schweizer für die 40-Stunden-Woche sind. Die untersuchenden Bourgeoisideologen machten dabei folgendes: sie stellten vier Forderungen auf und baten die Befragten, sie nach ihrer Wichtigkeit (nicht etwa: Richtigkeit) einzustufen: Arbeitsplatzsicherung (61 %), Bekämpfung der Teuerung (31 %), Arbeitszeitverkürzung (6 %), mehr Lohn (2 %). Schon war das gewünschte Ergebnis perfekt. Als Ergebnis tauchen nur 6 % Schweizer zustimmend auf. Die Unsinnigkeit dieser „Untersuchung" wird schon daran deutlich, daß somit nur 2 % der Schweizer mehr Lohn w o l l e n ! So manipuliert man!

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Auch nach der Präsidentschaftswahl:

US-Imperialismus bleibt Hauptfeind der Menschheit!

Nun ist auch in den USA der teuerste und dümmste Wahlkampf aller Zeiten abgeschlossen und der Tausendsassa Jimmy Carter hat diesmal das Rennen gemacht. Selbst bürgerliche Journalisten kritisierten Stil und Inhalt dieses Wahlkampfes schonungslos: „Ein Wahlkampf zum Abgewöhnen" („Washington Post") in dem „Ford und Carter zurückgekehrt sind zu einer Politik der schmierigsten und erniedrigendsten Art" („Newsweek"). Und James Reston – Altmeister der bürgerlichen Kommentatoren – spottete bissig: „Für viele ist dies eine Wahl zwischen dem Teufel, den sie kennen, und dem Teufel, den sie nicht kennen!"

Parlamentarismus in Fäulnis

„Vietnam" und „Watergate" als Spitze vom Eisberg der imperialistischen US-„Demokratie" haben dazu beigetragen, daß sich noch weniger Menschen für den Wahlrummel interessierten: von den 147 Millionen Wahlberechtigten US-Bürgern ließen sich schon nur 93 Millionen in den Wählerlisten registrieren; doch den Stimmzettel gaben schließlich nur 75 Millionen ab. Diese Wahlbeteiligung von ca. 55 % ist die niedrigste seit langem und setzt den Abwärtstrend in den vergangenen Wahlen fort. Noch deutlicher ist dies in den Vorwahlen geworden: Den Bundesstaat New York kostete die „Primary" über zwei Millionen Dollar – die Wahlbeteiligung betrug 20 % („New York Post", 7.4.76).

Wahlk(r)ampf um die Pfründe

Mit einem Spektakel, wie sonst nur zu Olympiaden, überzogen die beiden großen Parteien die gesamten Vereinigten Staaten. Wesentlicher Werbeträger war das Fernsehen, insbesondere mit drei sogenannten „Debatten" vor 600 geladenen Gästen (davon 300 Reportern). Diese „Debatten" waren schon von der Form her die reinste Farce, denn die Kandidaten wechselten nicht ein Wort – drei ausgewählte Journalisten durften den auf einer Bühne schauturnenden Ford und Carter Fragen stellen. Das lief dann so ab: *„Welche Opfer erwarten Sie in den nächsten vier Jahren vom amerikanischen Volk?"* Ford: *„Ich werde die Steuern senken."* Carter: *„Ich verlange weniger Opfer als bisher"* (Dritte Debatte in Williamsburg, 22.10.76). Schmus dieser Sorte brachten die beiden Kandidaten zu fast allen Bereichen der Politik und „des Lebens".

Konkrete Zahlen und Fakten gibt es dagegen immerhin über das, was den kommenden und den scheidenden Präsidenten erwartet: 200 000 Dollar „Taschengeld" erhält der neugewählte US-Präsident pro Jahr und auch „Pensionär" Ford wird nicht darben: Außer einer Million Dollar einmaliger Spesen für die „Auflösungsgeschäfte" erhält er zukünftig 100.000 Dollar jährlich Pension und zusätzlich 96.000 Dollar für Angestellte.

Wer wollte Carter?

„Carter ist weitgehend unabhängig von Interessengruppen ins Weiße Haus gelangt" faselt der „Spiegel" (8.11.76) wider besseres Wissen in seiner Wahl„analyse" und die „Bild"-Zeitung jubelt: *„Er ist eben ehrlich"* (4.11.76).

Was es mit Carters „Unabhängigkeit" auf sich hat, wird klar, wenn man sich seine Beziehungen zum Big Business und den kapitalistenfreundlichen Gewerkschaftszentralen ansieht: *„Carter ist gut für den Profit"* (P.A. Samuelson in „Newsweek"), deshalb hatte er von Anfang an die Unterstützung der beiden Super-Clans Morgan (IBM, U.S. Steel, Coca Cola, General Electric) und Rockefeller (Standard Oil, Westinghouse, American Express, Chase *Manhattan Bank). Darüberhinaus* verstand er sich ebenfalls gut mit den Bossen der US-Gewerkschaften (23,4 Millionen Mitglieder). Allein der Gewerkschaftsbund AFL/CIO (14,2 Millionen Mitglieder) mit seinem erzreaktionären Chef George Meany war dabei schon von wahlentscheidender Bedeutung. Die Ideologiemaschine Meanys, das 1955 gegründete antikommunistische COPE (Komitee für politische Erziehung), verteilte schon 1968 durch 25.000 „Freiwillige" 55 Millionen Flugblätter und Broschüren (weitere 60 Millionen über die Einzelgewerkschaften).

In diesem Jahr wird der Einsatz der Gewerkschaftsapparate mit rund 10 Mio. Dollar veranschlagt – hinzu gerechnet werden muß der nicht abschätzbare Wert der gewerkschaftseigenen Computer für Wahlregistrierungslisten und Mitgliederlisten zur Aufforderung an Millionen Bürger zu wählen („Welt", 21.10.).

„I am the Greatest"

„Ich werde der größte Präsident werden, den dieses Land gehabt hat", sagte Carter im Juni.

Was das für die innenpolitische Entwicklung der USA bedeuten soll, haben wir bereits in AK 89 aufgezeigt. Daß der „größte" US-Päsident auch außenpolitisch den bisherigen reaktionären, aggressiven Kurs fortzusetzen gedenkt, hat er in mehreren Fragen unmißverständlich klargemacht:

Die sogenannte „Entspannungspolitik" (die bekanntlich das Potential atomarer und konventioneller Vernichtungswaffen – vor allem in den USA selbst – ins Unermeßliche gesteigert hat) müsse „überdacht" werden, da die US-Imperialisten der Sowjetunion angeblich *„zuviel Zugeständnisse bei zuwenig Gegenleistungen gemacht"* haben. In Carters Augen sei es ein Fehler gewesen, daß *„wir überhaupt in die Konferenz von Helsinki verwickelt wurden"* (lt. „Playboy"). Als ein deutliches Zeichen für die Schritte der neuen Regierung auf diesem Gebiet kann die Entscheidung der US-Administration gewertet werden, den Bau einer neuen Raketengeneration freizugeben (Trägerwaffen also mit noch mörderischerer Zerstörungskraft und Zielgenauigkeit).

Auch zukünftig wird die Großmacht Nr. 1 in der Welt andere, vornehmlich kleinere Länder der „3. Welt", mit ihrer Militärmaschinerie überfallen, wenn *„unsere eigene Sicherheit ... auf dem Spiel (stünde)"* (so Carter laut „Morgenpost", 18.10.).

Im Nahen Osten werde der US-Imperialismus auch weiterhin für die militärische und wirtschaftliche Stärkung des Zionistenregimes eintreten (lt. „International Press", 21.6.76). Und wie Carter die Palästinenser-Frage „lösen" will?„*Nach meiner Meinung sollten sie Teil Jordaniens* (!) *sein und von Jordanien verwaltet werden*(!)" („Boston Sunday Herald Advertiser", lt. „SZ" vom 27.7.76).

Bleibt noch anzumerken, daß Carter den bisherigen Außenminister Kissinger als seinen Sonderbotschafter in den Nahen Osten zu schicken beabsichtigt ...

Panama, daß von den US-Imperialisten besetzt gehaltene mittelamerikanische Land, werde – wenn es nach Carter ginge – i m m e r unter „vollständiger oder praktischer Kontrolle" der USA bleiben.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß die hier und da an den Präsidentenwechsel in den USA geknüpften Hoffnungen auf einen Wandel zu mehr „Friedfertigkeit", „Entgegenkommen", „Kooperationsbereitschaft" etc. absolut unsinnige Spekulationen sind.

Auch die von Carter ausgewählten außenpolitischen Berater unterstreichen die Absicht des neuen Präsidenten, seine Politik voll in den Dienst des profitsüchtigen und aggressiven US-Großkapitals zu stellen.

Eine Schlüsselrolle wird künftig offenbar (ggf. sogar als US-Außenminister) Zbigniew Brzezinski, ein gebürtiger Pole, spielen. Dieser Mann ist bei uns zur Zeit wohl nur deshalb weniger bekannt als Kissinger, weil er im Gegensatz zu diesem „Karrierediplomaten" bisher vor allem an der ideologischen Ausrichtung des US-Imperialismus gearbeitet hat.

1956 schrieb er als Professor der Columbia Universität sein Buch „Der permanente Umsturz – Politik im sowjetischen Totalitarismus". Die Grundlagen der imperialistischen Konvergenztheorie („Brückenschlag der Systeme", friedliche Verflechtung) legte er Anfang der sechziger Jahre als Berater von Kennedy und Johnson. Später war er bei der Rand Corp.: dieser Waffenkonzern, bezahlt von der Luftwaffe, trieb Ende der 60er Jahre wesentlich die amerikanische Aggression in Vietnam voran. Gemeinsam mit David Rockefeller gründete er vor drei Jahren die „Trilaterale Kommission", deren geschäftsführender Präsident er heute ist. Zu den 60 Mitgliedern – Experten aus aller Welt – gehören auch die Aufsichtsratsvorsitzenden von Chase Manhattan Bank, Morgan Guaranty Trust und Bank of America („rote Blätter", 10/76). Sie soll als Schaltzentrale des Imperialismus gegen den „Kommunismus" und die Unabhängigkeitsbestrebungen der Länder der „Dritten Welt" dienen („Stern", 28.10.76).

Ein weiterer „Berater" Carters ist der ehemalige Vizeverteidigungsminister Cyrus R. Vance, der etliche Aufsichtsratsposten „bekleidet", u. a. bei PanAm, IBM, Lehman Broth. (Bankengruppe) („Newsweek").

USA-Kommission

Privatleben und „Bürgerwehren"

Privatleben und „Bürgerwehren"

In den USA nimmt das „Schutzbedürfnis" der Kapitalisten ständig zu. Ausdruck davon ist das Anwachsen von Privatpolizei und „Bürgerwehren". Ausgerüstet ist die Privatpolizei mit Revolvern, Pistolen und Schlagstöcken. Diese Sorte Bullen sind angeheuert als Leibwächter oder Objektschützer (Fabriken, Geschäfte, Appartements). Den Kapitalisten steckt noch die Angst der großen Unruhen Ende der sechziger Jahre, die hauptsächlich von der farbigen Bevölkerung getragen wurden, im Nacken.

Alleine in Detroit gibt es über 100 Leibwächter-Agenturen. Die Armee der Mietbullen hat in dieser Stadt die Zahl der „normalen" Bullen von 5.000 schon übertroffen.

Die privaten Bullen beherrschen heute mehr das Straßenbild als die „legale Ordnungsmacht". Die meisten Bullen werden aus den Ghettos rekrutiert, in denen große Arbeitslosigkeit herrscht. Eine massive Werbeaktion mit Rundfunk- und Fernsehspots in vorwiegend die schwarze Bevölkerung ansprechenden Anstalten und verlockende Angebote in den staatlichen Vermittlungsstellen für Arbeitslose haben viele Schwarze dazu bewogen, sich gegen ihre eigenen Klassengenossen zu verkaufen.

„Bürgerwehren" – faschistische Stoßtrupps

In den USA haben „Bürgerwehren" eine lange Tradition. Am bekanntesten wurde die rassistische Mordbande „Ku Klux Klan". Heute macht auch eine andere nationale Organisation mit dem Namen „Bürgerwehr" mit rund 10.000 Mitgliedern von sich reden. Diese „Bürgerwehr" wird zusehends militanter und ist ein Sammelbecken für reaktionäre Elemente aller Schattierungen.

„Unsere Gruppe", sagte Terry Oaks, Oberhaupt der Los Angeles-Gruppe, **„ist niemand anders als der** Bürger. Nicht der Supreme Court ist der höchste Gerichtshof des Landes – das oberste Recht kann nur die Bürgerwehr sprechen. Hier herrscht das Volk."

Als Mitgliedszeichen trägt diese Bande einen goldenen Henkersknoten am Jackett. Dazu gehören Ausweise, Uniformen und Blechsterne, die denen der „legalen" Bullen täuschend ähnlich sehen.

Im September hatten sieben dieser Bullen in Oregon bei einem Streit um ein Stück Land eine Kartoffel-Speditions-Firma besetzt und 15 Arbeiter gefangengehalten. Als sie verhaftet werden sollten, versuchten sie selber, den Sheriff und den Distriktrichter zu verhaften.

In Stockton (Kalifornien) griffen Männer mit dem Henkersknoten Farmarbeiter an, drei Tage nachdem sie auf einer Plantage erschienen waren und damit gedroht hatten, jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter rauszuschmeißen.

Im Norden Kaliforniens hat die „Bürgerwehr" riesige Flächen Land gekauft: *„Wenn sich unsere Leute da oben niederlassen"*, verkündete Oaks, *„dann wählen wir unseren eigenen Sheriff und bestimmen auch den Gemeinderat selbst. Dann kriegen wir, was wir wollen: Kanonen, Maschinengewehre – alles. Und Gott helfe dem Regierungsbeamten, der dort unsere Bürgerrechte verletzt. Er könnte den Rest seines Lebens damit verbringen, die Abfälle am Highway aufzusammeln."*

Bürgerwehren sind nichts anderes als faschistische Terrorgruppen. Dies müssen wir uns vor Augen halten, wenn hier in der BRD Politiker sowas fordern.

Ein Lübecker Metallgenosse



„Bürgerwehr" in Boston in Aktion: hier wird ein fortschrittlicher schwarzer Anwalt „nur mal so" auf offener Straße zusammengeschlagen und getreten.

Dahinter stehen „Millionen"

Zehn Millionen Dollar kostete 1968 schon der verlorene Wahlkampf des Kandidaten der Demokraten, McGovern. Kein Kandidat kann derartige Summen allein aufbringen. Wie sehr hier die „Spenden" der großen Industrie eingreifen, zeigte sich nach der Aufdeckung der Wahlkampffinanzierung Nixons von 1972. Damals wurden 24 der größten Konzerne der USA wegen illegaler Wahlspenden verurteilt. So gab z.B. der Verband der Milchwirtschaft eine kräftige Millionenspritze in Nixons Kasse, um den damaligen Preis-Stopp umgehen zu dürfen.

wirtschaft eine kräftige Millionenspritze in Nixons Kasse, um den damaligen Preis-Stopp umgehen zu dürfen.

Derartige Praktiken sind natürlich keine Einzelfälle oder Ausrutscher, sondern gehören zum bürgerlichen Parlamentarismus wie das Gelbe zum Ei.

Um diese Tatsache zu verschleiern und das Vertrauen der Wähler in das bestehende Regime wiederherzustellen, brachte der Kongreß 1974 nach der Untersuchung der „ungewöhnlichen" Finanzierungsweise bei der Wiederwahl Nixons ein Gesetz heraus, das die Beschränkung und Offenlegung der Wahlkampfmittel bestimmte. Schon vorher wurde für den Wahlkampf '76 erstmals eine staatliche Parteienfinanzierung (ähnlich wie in der BRD) mit 15 Cent pro Wähler beschlossen. Allein dadurch sind den beiden Spitzenkandidaten je 21,8 Mio. Dollar zugeflossen („Welt", 21.10.76).

Doch keine Not ohne Ausweg, kein Gesetz ohne Lücken: „Political Action Comitees" (PAC) wurden gegründet: Im April '76 gab es bereits über 750 PACs, die Gelder für den Wahlkampf sammelten. Von den 250 Neugründungen dieses Frühjahres kamen allein 75 % von Unternehmen oder Verbänden. Gerade die 24 verurteilten Konzerne (u. a. Gulf Oil, Goodyear, 3M, Dow) machten von der Möglichkeit Gebrauch, PACs ihrer Belegschaften zu initiieren, in die jeder Beschäftigte bis zu 25.000 Dollar freiwillig einzahlen konnte (Grenze für individuelle Direktspenden: 1.000 Dollar). Daß damit nicht die Arbeiter und „einfachen" Angestellten angesprochen waren, erklärte die Pacific Lighting Corp., die in persönlichen Briefen *„das mittlere Management und die Direktionsetage mit Gehältern über 20.000 Dollar (pro Jahr) um freiwillige Spenden bittet."*

Welche Bedeutung diese PACs haben, zeigt sich, wenn bereits im Januar '76 folgende Startziffern vorlagen: Verband der Milchwirtschaft – 1,8 Mio. Dollar, Ärzteverband – 1,6 Mio. Dollar, Zahnärzteverband – 0,6 Mio. Dollar.

Diese Gelder kommen auch sehr direkt zum Einsatz: Der Rechtsanwaltsverband zahlte 500.000 Dollar Schmiergelder an Kongreßabgeordnete, um sie davon zu „überzeugen", daß etwas gegen die „Versicherung gegen Produktionsfehler an Autos" (ganze Serien wurden in letzter Zeit zurückgerufen) getan werden muß, weil sie dem Anwaltsgeschäft schade (alle Angaben zu den PACs nach „Los Angeles Times", 11.4.76).

Daneben wurden bei 500 Großbetrieben und tausenden kleineren Unternehmen „Public Affairs Programme" geschaffen, die den Beschäftigten die

Großbetrieben und tausenden kleineren Unternehmen „Public Affairs Programme" geschaffen, die den Beschäftigten die

Teilnahme an der Wahl schmackhaft zu machen und sie zur aktiven Beteiligung im Wahlkampf motivieren sollten. Dazu wurden Werkszeitschriften, Aushänge und Betriebsversammlungen genutzt; außerdem vermittelte ein „Public Affairs Council" von 250 Großunternehmen Seminare und Tagungen zur ideologischen Aufrüstung (U.S. Information Service).

Weitere beliebte Geldquellen waren Parties, wo z. B. Rührei mit Schinken für 250 Dollar pro Frühstücksgedeck oder abends bis zu 1.000 Dollar pro Essen reichlich Geld locker machten. Bei derartigen „Geselligkeiten" konnte Jimmy Carter die Spitzen von Ford, Chrysler, Morris, American Express, Morgan Guaranty, Mellon Bank, Merrill-Lynch, U.S. Steel, National Steel, Bethlehem Steel, Coca Cola, Seagram, Pabst Bier, Xerox, Westinghouse, usw. usf. („Intercontinental Press", 21.6.76 – „Newsweek", 26.7.76) dankbar begrüßen.

Die Motive des Gastgebers liegen im Kampf um die Pfründe des bürgerlichen Staates. Wie teuer dieser Kampf inzwischen ist, mögen ein pear Beispiele zeigen:

– 800.000 Dollar gab Jimmy Carter innerhalb von zwei Wochen im Mai '76 nur für Radio- und Fernsehwerbung aus („New York Times", 5.6.76);
– 1.000.000 Dollar kostete Henry Jackson der Vorwahl-Sieg in den Bundesstaaten New York und Massachusetts („Intercontinental Press", 21.6.76);
– 50.000 Dollar pro Woche kostete Ronald Reagan das Chartern einer Boeing 727 („Weltwoche", 4.8.76);
– 350.000 Dollar bezahlte Carter für Omnibusse, die seine Delegierten zum Parteitag brachten („die tat", 30.7.76);
– 290.000 Dollar kosteten Ford und auch Carter die letzten Fernsehminuten vor der Wahl („Hamburger Morgenpost", 27.10.76)...

USA-Kommission



afrika aktuell

Die Zukunft Angolas braucht eine proletarische Avantgarde!

Bei den Feiern des 1. Jahrestages der Unabhängigkeit der VR-Angola, am 11. November, war der von den angolanischen Massen am begeistertsten begrüßte Gast der mosambikanische Präsident Samora Machel.

Kernpunkt seiner Rede war die Notwendigkeit der Verschärfung des Klassenkampfes als einziges Mittel, ein wirklich freies Angola zu errichten.

„Aber nach all diesen Siegen sahen wir uns Problemen gegenüber. Unsere Aufgabe war es gewesen, zu kämpfen und die Unabhängigkeit zu gewinnen. Sie bestand darin, den Kolonialismus in Mosambik und Angola, auf den Cap-Verden, in Guinea, Sao Tomé, Principe und Ost-Timor zu besiegen. Jetzt stehen wir vor einer anderen Art von Kampf: Dem Kampf in Mosambik und dem Kampf in Angola.

Entwickelt und intensiviert den Kampf, den Klassenkampf, den Kampf gegen Reaktionäre, den Kampf gegen die innere Bourgeoisie, Vertreter und Agenten und Lakaien des Imperialismus, den Kampf gegen die neuen Ausbeuter, die an die Stelle der alten Kolonialisten treten wollen. Der Kampf muß jetzt gegen Opportunisten gerichtet sein, Opportunisten, die sagen, daß sie links stehen. Die „Linken", die sich mobilisieren wollen, um Unruhen im Volk, in unserem Volk, zu stiften und das Volk dazu zu bringen, die wahre Linke zu beseitigen, die wir geschaffen haben." (Radio Luanda vom 11.11. laut „Monitor-Dienst" vom 16.11.).

Lucio Lara, Sekretär des Politischen Büros der MPLA geht im folgenden Interview mit „Afrique-Asie" auf diese Frage – des Aufbaus des Sozialismus in Angola – ein. („A-A", 15.11.76).

Lucio Lara stellt die Notwendigkeit dar, eine proletarische Klassenpartei aufzubauen. Er entwickelt in diesem Zusammenhang die Dialektik zwischen antiimperialistischer Einheit aller Patrioten („unabhängig" ihrer Klassenlage) im Kampf gegen den Imperialismus einerseits und der Bekämpfung einer sich herausbildenden privilegierten Klasse durch das Proletariat im Bündnis mit den besitzlosen Bauern andererseits.

Afrika-Kommission

Af-As: Zwischen dem zweiten Befreiungskrieg und dem Kampf für wirtschaftliche Unabhängigkeit ist Angola in eine Phase der Umstrukturierung eingetreten. Wie würden Sie diese charakterisieren?

L.L.: *Das ist schwer zu sagen. Wir können eigentlich nur sagen, daß wir die Unabhängigkeit erlangt haben und daß sie sich in Übereinstimmung befindet mit allen Programmen, die wir seit Gründung der MPLA in Angriff genommen haben.*

Af-As: Welches sind diese Übereinstimmungen im Einzelnen?

L.L.: *Auf dem politischen Sektor haben wir gemerkt, daß es nötig ist, eine Partei als Avant-garde zu gründen, eine Partei, die auf der Ideologie der Arbeiterklasse basiert, auf dem Marxismus-Leninismus. Außerdem hat uns die Flucht der Kolonisten erlaubt – bzw. sogar gezwungen – zahlreiche Unternehmungen gezielt anzupacken. Das heißt, einen großen Wirtschaftssektor unter Staatskontrolle zu stellen, sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie. Diese beiden Faktoren, eine Partei als Avant-garde und Unternehmen als Eigentum des Staates bzw. des Volkes sind bestimmend für unsere spezifische Situation.*

Wenn man sieht, daß wir alle Bedingungen geschaffen haben, um öffentlich und frei die sozialistische Wahl der MPLA zu verkünden (Wahl im Sinne von ‚den sozialistischen Weg einschlagen', Anm. d. Übers.) *wir gleichzeitig das Ziel präzisieren können, das wir uns gesetzt haben: Zu einer Volksdemokratie zu kommen, wir können heute behaupten, daß wir über das Stadium der nationalen Demokratie hinaus sind.*

Wir glauben fest, daß wir wirklich zum Sozialismus schreiten, geführt durch die proletarische Theorie, und daß, ganz klar, wir große Verantwortung in bezug auf ganz Südafrika auf uns genommen haben.

Um zusammenfassend diese Phase unserer Revolution zu charakterisieren, können wir sagen, daß es eine Phase des Übergangs zur Volksdemokratie ist, mit allen Aussichten darauf, die Bildung der Partei als möglich anzusehen.

Af-As: Es scheint also heute die Definition der Partei im Mittelpunkt aller Probleme in Angola zu stehen ...?

L.L.: *Das Problem der Überführung der MPLA in eine Partei muß tatsächlich gründlich durchdacht werden. Die Überführung der MPLA in eine Partei bedeutet die Auflö-*

rung der MPLA in eine Partei muß tatsächlich gründlich durchdacht werden. Die Überführung der MPLA in eine Partei bedeutet die Auflö-

sung der MPLA. Die Frage lautet also konkret, ob im heutigen Angola, in der Volksrepublik, alle Bedingungen geschaffen sind, die einer Partei als Avant-garde erlaubt, all die vielfältigen Aufgaben zu lösen, denn das Problem der Klassen in Angola ist noch nicht ganz klar.

Vielleicht würde es genügen zu sagen, daß wir ein Angola geerbt haben, das aus einer Reihe von Bevölkerungsschichten zusammengesetzt ist, die heute deutliche Klassenmerkmale besitzen. Es ist zum Beispiel Fakt, daß einige Elemente, die die Lebens- und Denkweise der Kolonialherren total angenommen hatten, doch wieder Angolaner wurden, indem sie unser Experiment selbst miterlebten. Wenn man die klassenmäßige Zusammensetzung unserer Gesellschaft gründlich untersuchen will, müssen wir über diesen Vorgang nachdenken.

Es ist auch eine Tatsache, daß viele Bauern, die sich am nationalen Befreiungskampf beteiligt hatten, sich dennoch nicht als Klasse organisieren konnten, das heißt, sich ein tiefer gehendes Klassenbewußtsein nicht aneignen konnten.

Was die zahlenmäßig kleine Arbeiterklasse angeht, die sich nicht am Kampf für die nationale Befreiung beteiligen konnte, so hat sie erst seit kurzem am Klassenkampf teilgenommen, im Laufe des zweiten Befreiungskrieges.

Die bürgerlichen Schichten schließlich sind sehr verschieden, je nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten jeder Gruppe.

Alle diese Faktoren machen die Beschäftigung mit dem Problem der Klassen in unserem Land sehr komplex. Auf keinen Fall darf man, wenn man von der Bildung der Partei spricht, die angolanische Realität von heute aus den Augen verlieren; wir sind immer noch im Kampf, nicht nur für die Festigung der Unabhängigkeit, den nationalen Wiederaufbau, die Bildung der Partei, sondern auch gegen Provokationen, Infiltrationen und gegen die Komplicen der Marionetten, die hier geblieben sind und unser Handeln behindern wollen; besonders wichtig um der MPLA willen ist es, nicht zu vergessen, daß in ihr verschiedene Klassen zusammengeschlossen sind.

Af-As: Folge der Notwendigkeit, während der beiden Kriege eine starke nationale Einheit aufzubauen ...

L.L.: *Das ist genau der Kernpunkt der Frage. Wenn man eine Klassenpartei gründet – und wenn wir hier von der Gründung einer Partei reden, handelt es sich notwendigerweise um eine Partei der Arbeiterklasse mit marxistisch-leninistischer Theorie, ohne daß natürlich die Beteiligung der Bauern, Intellektuellen und revolutionärer Kleinbürger ausgeschlossen wäre – stellt sich die Frage, ob man die nationale Einheit aller anti-imperialistischen angolanischen Gesellschaftsschichten zerbrechen wird. Die Partei muß diesen qualitativen Schritt machen, muß die Militanten herausfiltern, um eine Partei der Avantgarde zu sein. Heute spielt die MPLA diese Rolle, und es gibt keine andere politische Organisation, die diese qualitativen Schritte vorbereiten könnte. Nun ist es aber riskant, sich gewisse Schichten zum Feind zu machen, und deshalb glaube ich, daß die MPLA noch lange existieren wird.*



Lucio Lara; Sekretär des Politischen Büros der MPLA

Lucio Lara; Sekretär des Politischen Büros der MPLA

Af-As: Aber die Bildung einer Partei bedeutet nicht, sich systematisch bestimmte Klassen zum Feind zu machen ...

L.L.: *Nicht notwendigerweise, besonders die, die noch eine Rolle in der patriotischen Bewegung spielen. Aber es steht fest, daß einige Patrioten, die heute noch in der MPLA kämpfen, nicht in einer Partei kämpfen könnten. Aber wir können es uns angesichts der aktuellen Bedingungen nicht leisten, auf die Anstrengungen aller Patrioten beim Wiederaufbau und bei der Verteidigung unserer Aufgaben, zu verzichten. Angola ist ein Land vom Imperialismus bedroht und umgeben, Objekt vielfältiger Komplotte. Die Mobilisierung auf nationaler Ebene ist notwendig. Es ist nötig, daß dem gesamten Volk die Notwendigkeit klar wird, das, was mit soviel Anstrengung und Opfern erreicht worden ist, zu verteidigen. Deshalb ist es nicht möglich, nur an eine Klassenpartei zu denken. Man muß nämlich diejenigen Menschen irgendwie miteinbeziehen, die bis heute in der MPLA kämpfen, an die MPLA glauben, die im ganzen Land mit der MPLA zittern. Menschen, wovon einige aufgrund ihrer Bildung und ihrer Glaubensrichtungen keinen Platz in einer Arbeiterpartei hätten, die aber einen Platz haben in der MPLA.*

(...)

Af-As: Welche Beziehungen wird es in dieser Übergangsperiode zwischen der Partei, der MPLA und dem Staat geben?

L.L.: *Die Partei wird den Staat kontrollieren, wie es heute die MPLA macht, die genau wie eine Partei, die den Staat kontrolliert, funktioniert. Es ist sozusagen eine Diktatur des Proletariats, aber die des Volkes, vermittels der MPLA.*

Sobald es eine Partei geben wird, die fähig ist, den Staat zu kontrollieren, wird die MPLA den zweiten Platz einnehmen und eine unterstützende Rolle spielen. Es wird also faktisch eine Übergangsperiode geben, in der Partei und MPLA nebeneinander bestehen werden. Die Partei wird nicht nur eine Kaderpartei sein, sondern eine Partei der bewußten Kämpfer (militants conscients).

(...)

Af-As: 90 % der Betriebsleiter haben Angola verlassen, das heißt, fast die gesamte Klasse, denen die Produktionsmittel gehörte. Kann man angesichts dieser Tatsache überhaupt noch von Klassenkampf sprechen?

L.L.: *Wenn auch 90 % der politischen Kräfte, denen die Produktionsmittel gehörten, Angola verlassen haben, ist es nicht zu leugnen, daß immer noch der Klassenkampf stattfindet. Am Anfang fand er zwischen den Kolonialisten und den anderen sozialen Schichten statt, die sich in einer gemeinsamen Front zusammengeschlossen hatten gegen die Kolonialbourgeoisie. Als die Kolonialbourgeoisie weg war – und die, die noch hier sind, verfügen über keine Macht mehr – ging der Klassenkampf weiter, unter uns, den Angolesen. Es ist offensichtlich, daß es hier ein Kleinbürgertum gibt – nicht eine nationale Bourgeoisie, wie in anderen afrikanischen Ländern existiert, die im größeren Maße Anteil an den Produktionsmitteln haben – und eine bürokratische Bourgeoisie, die sich gewisse Privilegien aus der kolonialen Zeit erhalten haben. Das ist der Fakt bei einigen Leuten, die eine technische Bildung haben, oder Intellektuellen, die versuchen, einige Dinge in die Hand zu nehmen. Als die MPLA an die Macht kam, haben diese Leute ihre Kenntnisse dazu benutzt, sich sofort gewisser Privilegien zu bemächtigen. Es ist heute gefährlich, diese Tendenz sich weiter entwickeln zu lassen, wenn wir nicht riskieren, daß sich der Kapitalismus wieder entwickelt.*

Af-As: Haben diese Unterschiede der Lebensbedingungen wirklich diese Ausmaße?

L.L.: *Ich kann nicht verstehen, daß es immer noch Monatsgehälter von 100.000 Escudos gibt. Das muß korrigiert werden. Das Kleinbürgertum rechnet damit. daß nur sie die*

100.000 Escudos gibt. Das muß korrigiert werden. Das Kleinbürgertum rechnet damit, daß nur sie die

führenden Leute stellen können, und daß sie deshalb auch eine Rolle spielen können. Genau aus diesem Grund muß der Klassenkampf gut gelenkt werden, und muß nicht nur weitergehen, sondern sich noch verstärken.

Af-As: Ist die angolanische Arbeiterklasse schon geeignet, den Kern der Partei zu bilden? Hat sie diese Forderung schon aufgestellt?

L.L.: *Das ist eine andere Frage. Aber ich möchte noch einmal sagen, daß, als ich sagte, daß die angolanische Arbeiterklasse nicht am Befreiungskampf teilgenommen hat, das bedeutete, daß sie gar nicht in dem Maße wie die Bauern teilnehmen konnte. Man muß noch einmal unterstreichen, daß die Gründung der MPLA aus der Arbeiterklasse heraus erfolgte, und daß, beispielsweise während des Befreiungskrieges zahlreiche militante Arbeiter, die Mitglieder geheimer Zellen waren, in den Dörfern festgenommen wurden. Arbeiter stellten einen Teil der Gruppe, die im Februar 1961 den bewaffneten Kampf ausriefen.*

VR Angola ist UNO-Mitglied

Nachdem die USA sich – wohl mehr im Rahmen des Wahlkampfes – bisher einer Aufnahme der VR Angola in die UNO widersetzt hat, wurde die VR Angola nun doch Mitglied dieser Organisation.

Bisher hatten die US-Imperialisten immer die Anwesenheit cubanischer Soldaten in Angola angeführt, um zu „begründen", daß es sich hier „nicht um einen unabhängigen Staat handelt".

Nachdem nun Benin, Libyen und Tansania wieder einen Aufnahmean-

„nicht um einen unabhängigen Staat handelt".

Nachdem nun Benin, Libyen und Tansania wieder einen Aufnahmean-

trag gestellt hatten, stimmte der Sicherheitsrat, bei Stimmenthaltung der USA, der Aufnahme zu.

Die USA hatten allerdings – wie schon zuvor – einen würdigen Vertreter ihrer Sicht der Dinge gefunden. Die VR China beteiligte sich – *„da sich noch immer cubanische Truppen in Angola befinden"* – nicht an der Abstimmung!

Afrika-Kommission

Burundi – Alter Wein in neuen Schläuchen

Im zentralafrikanischen Staat Burundi ergriffen am 1.11.76 Teile des Militärs unter Führung von Oberst Bagaza durch einen Putsch die Macht. Inzwischen liegen eine Reihe offizieller Regierungserklärungen des Obersten Revolutionsrates vor, die erste Rückschlüsse auf die künftige Marschrichtung des Bagaza-Regimes zulassen. So berichtet beispielsweise „Radio Bujumbura" vom 12.11. laut „Monitor-Dienst" vom 16.11.: *„Die Träume vom Sozialismus sollten deshalb nicht mehr mit der Infragestellung unserer fundamentalen Freiheiten – der Meinungsäußerung und des Unternehmertums – gleichgesetzt werden..."*

Auch diverse Stellungnahmen zur künftigen Außenpolitik Burundis machen deutlich, daß – abgesehen von wortradikalen Beteuerungen – offensichtlich keine politische Wende stattgefunden hat.

So betonte Oberst Bagaza anläßlich des Empfangs des zairischen Botschafters am 5.11. (also bereits vier Tage nach dem Putsch!), daß die *„brüderlichen"* Beziehungen zwischen beiden Staaten *„verstärkt"* und *„positiver"* gestaltet werden sollen. (Radio Bujumbura vom 5.11. laut „MD" vom 9.11.).

Es scheint sich also zu bestätigen, daß durch den Putsch am 1. November (wie auch schon in AK 93 vermutet) lediglich ein Austausch der Kompradoren stattgefunden hat.

Afrika-Kommission



„Terroristenjagd" auf Polisario-Vertreter

Bonn: Am 18. November unternahmen politische Polizei und Ausländeramt in Bonn eine Aktion gegen die offiziellen Vertreter der Frente POLISARIO in der BRD. Im Informationsbüro der POLISARIO erschienen der Chef des Ausländeramtes, Hans Moll, mit drei Zivilbullen, um die Genossen Mohammed Salem und Mohammed L. Machum zur „Personenüberprüfung" abzuholen.

Als die POLISARIO-Repräsentanten das Haus des Deutsch-Afrikanisch-Arabischen Büros, wo sie ihre Informationsstelle betreiben, verließen, wurden sie von acht uniformierten Polizeibeamten wie Schwerverbrecher umstellt und nach Waffen abgetastet.

Anschließend wurden sie nicht – wie angekündigt – zur Ausländerbehörde, sondern ins Polizeipräsidium abgeführt, wo sie einem Verhör durch Angehörige des 14. Kommissariats (Politische Polizei) unterworfen wurden. Aus der Fragestellung der Beamten ging hervor, daß die POLISARIO-Vertreter offenbar ständig observiert werden. Die beiden wurden schließlich wieder freigelassen, ohne eine hinreichende Erklärung für diese Behandlung erhalten zu haben.

Zweck dieser skandalösen Aktion dürfte ein Einschüchterungsversuch gegen die „Informationsstelle Freie Sahara" sein, die in ihrer Arbeit nicht nur über den Kampf des sahaurischen Volkes regelmäßig berichtet, sondern auch die Komplizenschaft des BRD-Imperialismus mit den marokkanischen Invasoren der ehemaligen „Spanisch-Sahara" offenlegt.

In jedem Fall dürfte die Aktion den Beifall der marokkanischen Botschaft in Bonn finden, die dem Deutsch-Afrikanisch-Arabischen Büro (DAAB) vor Etablierung der „Informationsstelle Freie Sahara" ein finanzielles Angebot für den Fall eines „neutralen Wohlverhaltens" gemacht hatte. Das DAAB hatte diese Offerte entschieden zurückgewiesen.

Dem BRD-Imperialismus ist die Freundschaft mit dem faschistischen „Geschäftsfreund" Hassan in Marokko mehr wert als das Selbstbestimmungsrecht der Sahauris – das mußte allerdings nicht erst durch diese Aktion bewiesen werden.



(Nach „Extra-Dienst", 23.11. und Pressemitteilung der DAAB)

Afrika-Kommission

Mosambik:

Schulen für eine neue Gesellschaft

In den meisten Ländern Afrikas gelang es den Kolonialherren während der Jahrhunderte ihrer Herrschaft, das einheimische Schulwesen fast gänzlich zu zerschlagen. Nur ein winziger Bruchteil der Bevölkerung erhielt die Möglichkeit, „Bildung" zu erwerben. Diese Wenigen stammten zudem aus Familien, die es sich leisten konnten, das Kind nicht arbeiten zu lassen und zur Schule zu schicken. Diese Schulen – oft von Missionaren betrieben – wurden nicht aus Menschenfreundlichkeit errichtet, sondern um den Kolonialherren Nachwuchs für die unteren Dienststellen ihrer Kolonialbürokratie zu liefern.

Für dieses bißchen „Bildung" mußten die afrikanischen Völker einen hohen Preis zahlen: Die Schüler wurden Afrika und dem eigenen Volk systematisch entfremdet, z.B. lernten sie nichts über die Geschichte und Geographie ihrer Heimat, mußten stattdessen aber sämtliche Könige, Dichter, Gebirge usw. des ihnen völlig fernliegenden europäischen Herkunftslandes der Kolonialherren einpauken. Man flößte ihnen aber vor allem die kolonialistische Verachtung gegen die „dummen" Afrikaner ein und die jeweils in Europa gängigen Bildungsideale. Nicht zuletzt durch dieses Bildungssystem wurde der Boden bereitet für die afrikanischen Kompradoren, die heute in vielen nur scheinbar unabhängigen afrikanischen Ländern als herrschende Klasse die weitere Ausbeutung durch die Imperialisten aufrecht erhalten.

Deshalb mußte auch im befreiten Mozambik das Schulwesen völlig neu aufgebaut werden.

Vor der Gründung der FRELIMO 1962 gab es in den Grundschulen Mozambiks nicht einmal 5.000 farbige Schüler. Überall in den befreiten Gebieten richtete die FRELIMO jedoch Schulen ein, und schon 1970 gab es über 200.000 Schüler in diesen Schulen.

1962 studierten weniger als zehn (!) mozambikische Studenten in Portugal, während der gesamten Zeit der Kolonialherrschaft haben keine zehn Mozambikianer die Qualifikation des höheren Lehramts erreicht – und wenn, dann nur als *„Assimilados"* (d.h. dem europäischen Kolonialherren-Ideal Angepaßte), darauf ausgerichtet, den portugiesischen Imperialismus zu verteidigen.

Besonders wichtig für das befreite Mozambik sind die *„Pilot"*-Schulen,

Besonders wichtig für das befreite Mozambik sind die *„Pilot"*-Schulen, in denen junge Kämpfer auf ihre zukünftige Aufgabe als Kader der neuen Gesellschaft vorbereitet werden. So z.B. die Schule von Tete, die nahe dem Cabora-Bassa-Staudamm mitten im Busch liegt, nur 70 km von der rhodesischen Grenze entfernt. (Nach einem Bericht in „Afrique-Asie" Nr. 120).

Tete wurde bereits 1972 gegründet. In den blitzsauberen, unter hohen Bäumen errichteten Wohnhäusern und Klassenräumen aus Holz und Stroh leben ca. 400 Schüler und zwölf Lehrer. Sie haben Portugiesisch, Mathematik, Geschichte, Geographie, Politik, Zeichnen und Sport. Lehrmittel fehlen noch weitgehend, man richtet sich nach einem neuen Programm des Erziehungsministeriums.

Was unterscheidet diese Schule von anderen ? Dazu der Direktor Chahona: *„Alles hier ist anders, weil alles gemeinsam gemacht wird, von der Erbauung der Klassenräume und Wohnhäuser bis zum Unterricht und der Arbeit auf den Feldern. Alle Probleme werden gemeinsam entschieden. Wenn unter den Schülern einer Klasse ein Widerspruch auftaucht, sind es in allererster Linie die Schüler selbst, die die Sache regeln. Nur wenn sie es allein nicht schaffen, greifen die Lehrer ein, und nur als letzte Möglichkeit wird die Schulleitung eingeschaltet. Aber, wie auch immer, auf jeder Ebene wird alles gemeinsam beschlossen, durch Diskussion. Auf diese Art lernen es die Kinder von Beginn an immer mehr, sich selbständig zu leiten und ihre eigenen Probleme selbst zu entscheiden."*

Im Mittelpunkt steht Lernen und den bewaffneten Kampf führen! Nicht nur der Kolonialismus muß überwunden werden, sondern auch Unwissenheit, Aberglauben, Tribalismus (d.h. Stammesegoismus).

Chahona: *„Unsere Schüler lernen sehr gewissenhaft, aber nicht deshalb, weil sie sich einen „Platz an der Sonne" verschaffen wollen und um ihren persönlichen Interessen zu dienen. So war das in der Vergangenheit bei jedem, der genügend privilegiert und „wohlerzogen" war, um etwas zu lernen. Unsere Schüler lernen besonders gewissenhaft, um besser gerüstet zu sein, den Interessen der Volksmassen zu dienen. Die Schüler der Schule von Tete sind es gewohnt, füreinander und gemeinsam zu arbeiten, für die Zukunft der sozialistischen Gesellschaft."*

Daß diese vom Direktor benannte Zielsetzung kein hohles Geschwätz ist, haben die meisten der Schüler bereits mit Gefahr für Leib und Leben praktisch bewiesen!

So z.B. Macude Ali, 18 Jahre alt. Seit dem Alter von 13 Jahren ist er Mitglied der revolutionären Befreiungsarmee, und vorher unterstützte er die Armee bereits als Träger von Waffen.

Oder: Ofélia Jorge, ein 15jähriges Mädchen. Auch sie ist Waffenträgerin gewesen – wie alle anderen trug sie die Waffen in einem Korb auf dem Kopf.

Macude möchte später Polit-Kommissar in der Armee werden, Ofélia Krankenschwester. Am wichtigsten ist aber für beide, daß sie, egal wie und wo, ihrem Volk dienen möchten.

Nach drei Jahren Unterricht in diesen „Pilot"-Schulen wie Tete, werden die Jugendlichen auf besondere weiterführende Schulen der FRELIMO geschickt, wo sie sich für besondere Kaderaufgaben des jungen sozialistischen Staates qualifizieren können. Sie sind die *„Continuadores"* – diejenigen, die die Revolution fortsetzen werden.

Afrika-Kommission



Marokkanische „KP": Hofnarren haben das Wort

Die französische Zeitung „Le Monde" brachte in ihrer Ausgabe vom 10.11. 1976 ein Interview mit Ali Yata, dem Führer der ehemals revisionistischen „Partei des Fortschritts und des Sozialismus" (PPS), die sich kommunistisch nennt. Die PPS gehört zur sogenannten legalen Opposition, die sich bei den jetzigen Kommunalwahlen das erste Mal seit 1963 zur Wahl aufgestellt hat.

Das Interview verdeutlicht, welche „Entwicklungsmöglichkeiten" eine revisionistische Partei in sich birgt. Die marokkanische „KP" ist zum Hofnarren des Königs degeneriert, die alle für „Verräter" hält, die in wirklicher Opposition zum neokolonialistischen Regime in Marokko stehen!

Ali Yata: *„Wir werfen den westlichen Demokraten und besonders den französischen Kommunisten etwas vor: Unter dem Vorwand, daß Marokko eine Monarchie ist, haben sie dieses System immer als reaktionär und sogar als ultrareaktionär qualifiziert".* Auf die Feststellung eingehend, daß seine Partei, die frühere KP, verboten wurde, meint er: *„Das ist wahr, zweimal: 1960 und 1969. Ich selber habe das Gefängnis kennengelernt. Aber diese Maßnahmen haben nie zu einer vollständigen Liquidation geführt. Das gilt auch für die UNFP, die trotz der Repression ihre Aktivitäten fortführen konnte ... In diesem Land konnte die nationale Bewegung dank ihrer Opfer die wesentlichen Freiheiten – Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit – erhalten...* (!) *Persönlich finde ich den König ebenso demokratisch und liberal wie Giscard d' Estaing."* Daß noch Kämpfer der USFP im Gefängnis sitzen, wird gerechtfertigt: *„Sie wurden bewaffnet-gefangengenommen im März 1973, anläßlich eines Aufstandes, der vom Ausland organisiert und von Khadafi und Boumedienne bezahlt wurde. In einigen Ländern wären sie sofort erschossen worden."* Den Exilierten verböte auch keiner die Rückkehr, ebenso wenig wie den Marxisten-Leninisten, die noch in den Gefängnissen sitzen. *„Was die noch Inhaftierten betrifft, muß man glauben, daß sie nicht gehen wollen. Die Auslandsvertreter von einigen unter ihnen* (ILAL AMAM – AK) *haben einen echten Verrat geübt, indem sie an einem Kongreß der Frente Polisario teilnahmen. Sie haben ihre Heimat beleidigt."* Und deshalb sind natürlich sie und nicht das Regime für die Gefangenen verantwortlich.

Amnesty International gab vor kurzem bekannt, daß Marokko zu den 16 Ländern gehöre, die Gewerkschafter ohne reguläre Anklage oder Gerichtsverfahren in Haft halten und dies unter unmenschlichen Bedingungen („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 16.11.76).

Anläßlich des Staatsbesuches von Hassan in Frankreich forderte Amnesty Giscard auf, zugunsten einer allgemeinen Amnestie für die politischen Gefangenen in Marokko zu intervenieren. In Marokko seien *„Folterungen, Entführungen, willkürliche Haft und unmenschliche Haftbedingungen für politische Gefangene an der Tagesordnung"* („SZ", 24.11.76). Die USFP gab bekannt, daß noch bis zu 200 ihrer Mitglieder in Gefängnissen sitzen. 241 Mitglieder und Sympathisanten von „Ilal Amam", „23. März" und „Dritte Tendenz" (die marokkanischen marxistischen Organisationen) warten auf ihr Urteil und sind teilweise seit mehr als zwei Jahren im Gefängnis. Die Dunkelziffer ist sicher noch um einiges größer. Als erfreulich ist anzusehen, daß sich scheinbar viele „Bruderparteien" von der marokkanischen reaktionären (ehemals revisionistischen) PPS distanzieren.

Nahost-Kommission

Algerien gegen imperialistische Erpressung

Die algerische staatliche Gesellschaft für Erdöl und Erdgas SONATRACH hat angekündigt, sich an die Internationale Handelskammer als Schiedsgericht zu wenden, weil ihre Schadenersatzforderungen für ein geplatztes Gasgeschäft von der europäischen Gaseinkaufsgesellschaft SAGAPE zurückgewiesen wurden. Der imperialistische Konzern SAGAPE, dem die belgische Distrigaz, Gaz de France, Austria-Ferngas, Swissgas und die BRD-Firmen Bayerngas-AG, Gasversorgung Süddeutschland GmbH und Saarferngas angehören, hatte die Kreditvereinbarungen im Rahmen des Gasgeschäftes mit Algerien nicht erfüllt. Durch die *„hinhaltende Behandlungsweise"* durch SAGAPE sei die algerische Erdgasproduktion erheblich verzögert worden; außerdem müsse Algerien zwei bestellte französische Tanker bezahlen, erklärte ein SONATRACH-Sprecher.

Das Erdgasabkommen mit Algerien war von den imperialistischen Konzernen als „Jahrhundertvereinbarung" bezeichnet worden: jährlich ab 1977/78 – und das über 20 Jahre – sollte 15,5 Mrd. cbm verflüssigtes Erdgas an die Gesellschaften geliefert werden. Dafür wollte SAGAPE einen Kredit von 1,5 Mrd. Dollar für die notwendigen Gasverflüssigungsanlagen bereitstellen („SZ", 4.11.76). Die Bedeutung dieses Vertrages wird deutlich, wenn man sich vorstellt, daß 1 Mrd. cbm jährlich der Energie von zwei Kernkraftwerken mit 800 Megawatt entsprechen (lt. Keesing's Archiv der Gegenwart 1974).

Weil SONATRACH die Übernahme zusätzlich entstehender Kosten durch SAGAPE forderte und nicht bereit war, diese auf die jeweiligen Gaspreise anzurechnen, scheiterte der Vertrag. Die Bundesregierung, die die Bürgschaft für den deutschen Kreditanteil übernommen hatte, sah die *„Wirtschaftlichkeit des Gesamtprojekts nicht gewährleistet"* („SZ", 12.8.76).

Der Hauptgrund für das Scheitern des Vertrages ist aber wohl darin zu sehen, daß einem Land der Dritten Welt eine Abfuhr erteilt werden soll, das sich erdreistet, Forderungen zu stellen und Preise festzusetzen, was bisher imperialistischen und kapitalistischen Staaten und Konzernen vorbehalten war. Ähnlich läuft ja auch der Rummel um die Ölpreise.

In dieser Beziehung ist Algerien sicher ein unbequemer Wirtschaftspartner. Schon 1965 wurde in Algerien die Erdgasproduktion verstaatlicht. Statt ausländische Gesellschaften dort selbst fördern zu lassen, werden langfristige Lieferverträge mit ihnen abgeschlossen. Dabei ist gesichert, daß die Gewinne in Algerien wieder investiert werden können und nicht aus dem Land abgezogen werden. (Während in Saudi-Arabien z.B. nur 25 % der Gewinne im Land investiert werden müssen, sind es in Algerien 90 %!) Ausländische Firmen werden bei Investitionen in Algerien dazu verpflichtet, genügend algerisches Personal auszubilden, das das jeweilige Werk anschließend selbst führen kann. Es wird eine Industrialisierung vorangetrieben, die sich auf eine Verarbeitung der Bodenschätze im Land selbst stützt. Ein Motto der algerischen Regierung in der Wirtschaftspolitik ist: *„Wir diktieren den Preis für die Rohstoffe und diskutieren den Preis für die Industriegüter".* Diese Art der wirtschaftlichen Unabhängigkeit propagiert Algerien als einer der Sprecher der Dritten Welt z.B. im „Nord-Süd-Dialog".

Doch trotz der angestrebten wirtschaftlichen Unabhängigkeit ist Algerien auf den Absatz seiner Rohstoffe angewiesen. Dies versuchen die kapitalistischen Staaten natürlich für sich auszuschlachten. Die westeuropäischen Länder und die USA sind die Hauptabnehmer für algerisches Erdgas. Von daher ist Algerien schon zu gewissen Zugeständnissen gezwungen. Umso erfreulicher ist es, wenn die SONATRACH in diesem Fall ihre Forderungen nicht zurückschraubt, sondern stattdessen versucht, ihre Forderungen vor der Internationalen Handelskammer einzuklagen.

Nahost-Kommission

RSA/BRD-Kirchenfürsten

„Den Schwarzen ist der Widerstand leider nicht auszureden"



Der Kampf geht weiter – Soweto '76

Einige christliche Gruppen in der BRD haben eine – sicherlich nicht unwichtige – Solidaritätsarbeit für den Widerstand im südlichen Afrika geleistet (Namibia-Wochen, Spenden-Kampagnen für SWAPO und ANC etc.). Diese gute Arbeit wird von den Kirchenfürsten oftmals auf ihre „offiziellen Mühlen" gelenkt, wenn es um die Frage geht, wie die BRD-Kirchen zu dem Rassistenregime in der RSA stehen.

Anläßlich einer Resolution auf einer Christentagung, in der die *„Bundesregierung aufgefordert wird ... auf jegliche nukleare Aktivität in Südafrika zu verzichten"*, bekannten die Kirchenfürsten nun Farbe.

Aus Protest gegen diese „Einmischung" der Christen in „privatwirtschaftliche Erwägungen" der Kraftwerkunion mehrere KKW's an die RSA zu liefern, schrieb deren Vorstandmitglied:

„ ... inwieweit sich die Kirche (mit ihren zum großen Teil inkompetenten Angriffen) in dieses Thema einlassen sollte, sei dahingestellt ... (denn) Südafrika verfügt bereits jetzt über die Möglichkeit nukleare Waffen herzustellen."

Fazit der KWU: Die Resolution richtet sich gegen die Privatwirtschaft im allgemeinen und gegen wirtschaftliche Beziehungen mit der RSA im Besonderen.

In seiner Antwort erwiderte Bischof Claß – Boß der evangelischen Kirche in der BRD – der KWU, daß *„sich der Rat der evangelischen Kirche in keinem Punkt im Gegensatz zur Argumentation der KWU befindet." ... „Unsere fachliche Sicht deckt sich völlig mit ihrer Beschreibung."*

Und dann das „Bekenntnis" des Bischofs:

Der Widerstand der Schwarzen ist im wesentlichen *„politisch-psychologisch"* begründet ... „(denn sie) ... *verbinden den Bau des Atomkraftwerkes auf das engste mit dem Vorhaben einer atomaren Waffenproduktion. Diese Sicht der Dinge war ihnen nicht auszureden."* (!!) *„ ... Der Vorschlag an die Bundesrepublik, ihrerseits auf die Lieferung nuklearer Technologie an die RSA gegenwärtig zu verzichten ... hat nichts mit der Fehlbeurteilung nuklearer Technik und nichts mit der allgemeinen Empfehlung eines Handelsembargos zu tun. Vielmehr steht hier für uns das politisch-psychologische Element im Vordergrund."*

Fazit: Volles Einverständnis der Kirchenfürsten mit der atomaren Aufrüstung der Rassisten. Da die Christen nun aber ab und zu auch mal den Humanitären raushängen lassen müssen, zeigt man natürlich auch „Verständnis" für den Widerstand der Schwarzen, der – immerhin – politisch und – noch mehr – psychologisch begründet ist! Nicht das erste Mal in der Geschichte beweisen damit die Krichenfürsten, daß sie zu den engsten Freunden der Rassisten gehören! (nach „ED", 89/X vom 12.11.1976).

Afrika-Kommission

einer Christentagung, in der die „Bundesregierung aufgefordert wird ... auf jegliche nukleare Aktivität in Südafrika zu verzichten", bekannten die Kirchenfürsten nun Farbe. Aus Protest gegen diese „Einmischung" der Christen in „privatwirtschaftliche Erwägungen" der Kraftwerkunion mehrere KKW's an die RSA zu liefern, schrieb deren Vorstandmitglied: „ ... inwieweit sich die Kirche (mit ihren zum großen Teil inkompetenten Angriffen) in dieses
che in keinem Punkt im Gegensatz zur Argumentation der KWU befindet." ... „Unsere fachliche Sicht deckt sich völlig mit ihrer Beschreibung." Und dann das „Bekenntnis" des Bischofs: Der Widerstand der Schwarzen ist im wesentlichen „politisch-psychologisch" begründet ... „(denn sie) ... verbinden den Bau des Atomkraftwerkes auf das engste mit dem Vorhaben einer atomaren Waffenproduktion. Diese Sicht der Dinge war ihnen
sten nun aber ab und zu auch mal den Humanitären raushängen lassen müssen, zeigt man natürlich auch „Verständnis" für den Widerstand der Schwarzen, der – immerhin – politisch und – noch mehr – psychologisch begründet ist! Nicht das erste Mal in der Geschichte beweisen damit die Krichenfürsten, daß sie zu den engsten Freunden der Rassisten gehören! (nach „ED", 89/X vom 12.11.1976).
Afrika-Kommission

Trotz Verhandlungen – Faschisten morden weiter

Zimbabwe. Während in Genf über den „friedlichen Übergang" zu einer schwarzen Mehrheitsregierung gesprochen wird, bauen die Rassisten in Rhodesien (Zimbabwe) ihre Terrorherrschaft aus:

– Am 6.11. begannen die Umsiedlungen von mehr als 17.000 Schwarzen aus Salisbury in Wehrdörfer ausserhalb der Stadt. Das ist „der Beginn" einer „Umsiedlungsaktion", nach der die Mehrheit der Schwarzzen aus Salisbury in Wehrdörfer (KZ's) getrieben werden sollen. Die Behörden *„wollen einem breiten Agitationsfeld in der Stadt vorbeugen"* (nach „Le Monde", 9.11.76).

– Ein Schwarzer wurde zu 75 Tagen Haft und einer hohen Geldstrafe verurteilt, weil er einer weißen Frau einen „Handkuß" gegeben hatte („Süddeutsche Zeitung", 24.11.76)!

Allein in den letzten drei Jahren verfrachteten die Rassisten mehr als 200.000 Schwarze in die KZ-Wehrdörfer. Im gleichen Zeitraum kam es zu massenhaften Zwangrekrutierungen von Schwarzen in die Rassistenarmee.

Während sich so der Druck im Inneren verschärft, haben die Rassisten ihre Überfälle auf Mosambik, seit Beginn der Genfer Gespräche kontinuierlich gesteigert:

– So gab es allein seit Anfang November mehr als zehn Grenzzwischenfälle. In einem Fall griffen die Rassisten mit 28 (!) Flugzeugen einen Stützpunkt der mosambikanischen Volksarmee an. Das Lager wurde bombardiert. Luftlandetruppen zerstörten den Rest („SZ", 18.11.76).

– Neben diesen „größeren Grenzübertritten" der Rassisten, gibt es täglich bis zu 20 Grenzverletzungen mit Bodentruppen, Hubschraubern, Panzern und Raketen. Auf diese Weise werden täglich Morde an der mosambikanischen Bevölkerung begangen. Aufgrund dieser Aggressionen *„kann man von einem de-facto Kriegszustand zwischen Rhodesien und Mosambik reden"* („New York Times" 19.11.76).

Eine besondere Variante der Rassisten ist es, daß sie von *„schwarzen Widerstandsgruppen gegen die Mosambik-Regierung"* reden, wenn es um ihre mörderischen Aggressionen geht („SZ", 23.11.76)!

Um den Krieg gegen die Befreiungskämpfer der ZIPA und gegen Mosambik führen zu können, werden die rhodesischen Faschisten – trotz gegenteiliger Bekundungen – reichlich mit Waffen aus der RSA versorgt.

„Wir können mit einem längeren Guerilla-Krieg fertig werden ... Gegenwärtig beziehen wir genügend Waffen aus Südafrika ... Sollten wir gezwungen sein zu fliehen, so werden wir zur Methode der verbrannten Erde greifen" (RassistenChef Smith nach „SZ", 16.11.76).

Die Waffen wiederum bezieht die RSA von den imperialistischen Staaten. Klar wird, daß trotz allem Gerede vom „friedlichen Übergang" die Imperialisten und Rassisten im südlichen Afrika Hand in Hand gegen die schwarze Mehrheit und die demokratischen, fortschrittlichen Staaten arbeiten.

Afrika-Kommission

Genfer Konferenz – England setzt sich durch . . .
„Genfer Engaß beendet", „Stillstand in der Datumsfrage durchbrochen"
von Zimbabwe zu diktieren, welches politische System es wünscht.

Genfer Konferenz – England setzt sich durch . . .

„Genfer Engaß beendet", „Stillstand in der Datumsfrage durchbrochen" lauten die Schlagzeilen der englischen Wochenendpresse vom 27. Nov. 76. Die „Patriotische Front", bestehend aus dem ZANU-Generalsekretär Mugabe und dem opportunistischen Vertreter des ANC-Inland (ZAPU), Nkomo, haben nach vierwöchigen Verhandlungen dem englischen Kompromißvorschlag in der „Datumsfrage" (Zeitpunkt der Regierungs-Übergabe an eine „schwarze Mehrheit") zugestimmt. Dieser Kompromiß sieht eine fünfzehnmonatige Übergangsregierung vor, erst am 1. März '78 also wird Zimbabwe seine formelle Unabhängigkeit erhalten. Die rhodesischen Kolonialfaschisten hatten eine zweijährige „Vorbereitungszeit" für die Unabhängigkeit gefordert, die sie wegen der totalen Wirklichkeitsfremdheit zugleich aber als „verhandlungsfähig" bezeichnen mußten. Der ZANU-Generalsekretär Mugabe hatte demgegenüber mehrfach „mit aller Entschiedenheit" erklärt, daß für seine Delegation keine längere Frist als zwölf Monate in Frage kommt, so z.B. gegenüber der „KVZ" des KBW vom 25. Nov. (die sich noch im Verkauf befand, als Mugabe und Nkomo bereits dem Kompromiß zugestimmt hatten:

Wir wollen,
„daß die Übergangsperiode zur Unabhängigkeit so kurz wie möglich ist. Die britische Regierung behauptet jedoch weiterhin, sie könne einer kürzeren Periode als 15 Monate nicht zustimmen. In dieser Frage gibt es einen toten Punkt. Wir haben nicht die Absicht, auch nur einen Zentimeter über diese Frist hinauszugehen. Wir haben von unseren Organen, eingeschlossen die Armee, den Auftrag, an dieser Periode von höchstens 12 Monaten festzuhalten, und wir können deshalb den britischen Vorschlägen für eine längere Übergangsperiode als 12 Monate nicht zustimmen.

Dieser Kompromiß ist zugleich mit der „Zusicherung" Englands verbunden, daß es seine „Verantwortung" für Zimbabwe wahrnehmen werde. Auf diese Zusicherung hatte die „Patriotische Front" stets größten Wert gelegt. Die englischen Imperialisten haben auch gleich gesagt, wie sie sich den Übergang zur Unabhängigkeit vorstellen: mittels Wahlen.

„Es ist nicht das Vorrecht der weißen Minderheit oder eines Führers einer Befreiungsbewegung, dem Volk von Zimbabwe zu diktieren, welches politische System es wünscht. Es muß entscheiden – durch die beste Methode, mit der es seinen Willen ausdrücken kann – durch Wahlen" so Staatssekretär Rowlands (nach „Times", 27.11.76).

Die erfahrene Kolonialmacht weiß eben, wie man dem bewaffneten Kampf entgegenarbeitet und Kollaborateure in eine Unabhängigkeitsregierung einschleust. Offenbar ist geplant, derartige „Wahlen" unter Kontrolle der Kolonialisten und Rassisten stattfinden zu lassen. Es sei an dieser Stelle kurz auf die Erfahrungen im Kongo hingewiesen, wo die 1960 durch „freie Wahlen" in die Regierung eingeschleusten Kompradoren später den Bürgerkrieg gegen die Antiimperialisten (Lumumba) entfachten und ihn mit Hilfe der Imperialisten auch gewannen. In diesem Zusammenhang ist es recht bezeichnend, daß Nkomo sich bislang f ü r Wahlen ausgesprochen hat, Mugabe diese aber stets abgelehnt hat.

Diese Widersprüche deuten bereits darauf hin, daß nun der schwierigste und langwierigste Teil der Verhandlungen in Genf beginnt: Die Festlegung der Modalitäten und der Struktur der Übergangsregierung. Es wird dabei sicher zu einem Wettrennen der opportunistischen Vertreter wie Muzorewa, Sithole und Nkomo „um die besten Plätze" kommen; vor allem die Besetzung der Position des schwarzen Ministerpräsidenten in der Übergangsregierung dürfte zu heißen Debatten führen...

Der Verlauf der Genfer Konferenz deutet darauf hin, daß der Kissinger-Plan einer „friedlichen", d.h. neokolonialen Lösung für Zimbabwe in G e n f bislang alle Hürden genommen hat. Weder hielt der progressivste Teil – die ZANU – an den sechs Vorbedingungen für die Konferenz fest (Freilassung aller politischen Gefangenen etc.) noch ist die Ein-Jahres-Frist (s.o.) eingehalten worden. Was von Mugabes Position *„die Mehrheitsregierung und die Unabhängigkeit sind kein Gegenstand für Verhandlungen"* („KVZ", 7.10.) erhalten bleibt, muß der weitere Verlauf der Konferenz in Genf zeigen.

Welchen Fortgang aber diese Konferenz auch nehmen wird, der bewaffnete Kampf in Zimbabwe durch die ZIPA (zimbabwesche Befreiungsarmee) wird fortgesetzt werden.

Afrika-Kommission

Die ersten Taten nach der „Unabhängigkeit"

Nachdem am 1.11. die Transkei zum „unabhängigen" Bantustan der RSA-Rassisten erklärt wurde, um der Welt den „Erfolg der Rassentrennung" zu präsentieren, zeigen die ersten Taten der Transkei-Vasallen, was davon zu halten ist.

So wird in der Transkei jegliche Oppositon verboten.

- Kurz vor der „Unabhängigkeit" wurden zwei Oppositonsparteien verboten.
- Kurz nach der „Unabhängigkeit" wurden die Mitglieder dieser Parteien in den Knast geschickt.

Seitdem werden sie ohne Anklage und Urteil gefangen gehalten. Grundlage hierfür sind die von der RSA übernommenen Gesetze gegen „kommunistische Umtriebe" (Reuter, 10.11.76; nach Monitor-Dienst, 12.11.76).

Anscheinend um auch weiterhin oppositionelle „Umtriebe" ausmachen zu können, ist der südafrikanische Geheimdienst BOSS in der Transkei stark vertreten. Er arbeitet dort „auf eigene Rechnung", um Oppositionelle den RSA-Folterern auszuliefern. Ebenso haben seine Mitglieder die Aufgabe, die Geheimpolizei des „unabhängigen" Staates aufzubauen (AFP, 11.11.76; nach Monitor-Dienst , 15.11.1976).

Wo derartige „Freiheiten" herrschen, kann natürlich die USA nicht fern sein. Trotz aller Beteuerungen, den Vasallenstaat „zu ächten", besucht gerade eine offizielle Delegation von Senatoren und Kongreßabgeordneten die Transkei. Sie wollen sich über den „Staatsaufbau" informieren. Zu diesem Zweck treffen sie mit dem Minister für Innere Sicherheit zusammen. Es ist sicherlich keine Spekulation, wenn man annimmt, daß hier so mancher Ratschlag zur Unterdrückung von Demokraten und Widerstandskämpfern über den Tisch gehen wird.

Die US-Delegation kommt direkt aus der RSA, von wo sie sicherlich eine Menge Lehren mitgebracht haben. Dieser Besuch – es ist der erste offizielle seit der „Unabhängigkeit" – wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die zukünftige Politik des US-Imperialismus: Die Delegation setzt sich zusammen aus engen Mitarbeitern des neugewählten Präsidenten Carter!

(Radio Johannesburg, 12.11.76; nach Monitor-Dienst, 16.11.76).

Von diesem Besuch bis zur offiziellen Anerkennung und damit des Versuches, die Apartheidpolitik der Rassiten offen hoffähig zu machen, wird es nur ein kleiner Schritt sein. Es wird von den Imperialisten somit wieder ein Beweis erbracht, was sie meinen, wenn sie von schwarzen Mehrheitsregierungen sprechen.

Afrika-Kommission

Freundschaft nicht zu vertuschen

Während der BRD-UNO-Botschafter noch immer „Lüge und Verleumdung" wittert, wenn es um die engen Beziehungen zwischen der BRD und der RSA geht, sprechen die Tatsachen eine andere Sprache (In der UNO wurde u. a. die BRD wegen ihrer engen Beziehungen zur RSA verurteilt, siehe AK 93).

So meinte etwa der RSA-Außenminister nach einem Besuch in der BRD, *„er habe in der BRD Gespräche mit Politikern, Bankiers und Geschäftsleuten geführt und festgestellt, daß es keine allgemeine Einstellung gegen Investitionen in der RSA gibt."* Im Gegenteil, *„nirgendwo hat man die Hoffnungen und den Glauben an Südafrika verloren"* (Informationsamt der RSA-Regierung; nach „Monitor-Dienst", 9.11.76).

Einer der Gründe für diese „gute Stimmung" bei den Rassiten dürfte sein, daß die BRD – allen anderen Sprüchen zum Trotz – einer der größten Waffenlieferanten der RSA ist.

- Ende 76 werden von Frankreich aus 4 militärische Airbus-Flugzeuge geliefert. Die BRD ist zu 45 % an der Erstellung der Flugzeuge beteiligt.
- In Spanien werden z. Zt. 4 Korvetten für die RSA gebaut. Die Konstruktionspläne stammen von Blohm & Voss. Die Bootsraketen – Typ Exocet – werden u. a. von Messerschmidt-Bölko-Blohm (MBB) gebaut. Die Bundeswehr versieht alle Teile der Boote mit NATO-Nummern.
- Die Fa. Rheinstahl entwickelt z. Zt. einen Panzer für die Rassisten.
- Auch Milan-Panzerabwehrraketen für die RSA werden u. a. von MBB geliefert.
- Der Militärstützpunkt „Drumpel" in Namibia wurde von der AEG elektronisch ausgerüstet. Auch hier lieferte die Bundeswehr die NATO-Kodifizierung.
- Die gesamte RSA-Armee ist mit Mercedes Unimogs ausgerüstet. Darüberhinaus gibt es einen ständigen Austausch zwischen dem BRD-Kriegsministerium und den Firmen AEG, MBB, Siemens etc. auf der einen und RSA-Kriegswissenschaftlern auf der anderen Seite.

Ein besonderer Hammer ist jedoch die – zumindest in einem Fall – bekanntgewordene Vermittlertätigkeit des BRD-Kriegsministeriums an die Rassistenarmee. So wurde z.B. der Luftwaffen-Obergefreite Wahl unter Mitwirkung des Ministeriums an die RSA-Mörderbanden „weitergereicht"! (Angaben nach Pressemitteilung der AAB vom 12.11.76).

Angesichts dieser Tatsachen mutet es beinahe lächerlich an, (wenn es nicht so zynisch wäre), daß der SPD-Vorstand beteuert: *„Die SPD steht an der Seite derer, die in Afrika um die Erringung der Menschen- und Bürgerrechte kämpfen ... (und) ... lehnt daher die Lieferung von Waffen nach Südafrika strikt ab"* („FR", 24.11.76).

Es ist klar, wer hier lügt!

Afrika-Kommission



naher osten

Libanon: Syrische Invasoren im Gewande der „Friedenstruppen"

Mit dem Einmarsch syrischer Truppen in die libanesischen Städte Tripoli und Sidon, beides Hochburgen der Linken, ist die Besetzung des Libanon praktisch abgeschlossen. Die syrischen Truppen vollzogen ihre Besetzung offiziell im Namen der Arabischen Liga. Mit den hastig in weisser „Friedensfarbe" übertünchten Panzerkolonnen („Monitor-Dienst", Nov. 76) gelang dem syrischen Präsidenten Assad damit, was er in offener Feldschlacht trotz der militärischen Übermacht seiner Verbände wegen der politischen Folgen nicht gewagt hatte: die Eroberung und Kontrolle der Großstädte mit ihren Massen.

Daß die „arabische Friedenstruppe" nichts weiter ist als syrische Invasion mit einem neuen Namen, wird unter anderem daran deutlich, daß die Truppenverbände der übrigen Araberstaaten für die „Friedenstruppe" zahlenmäßig klein sind und selbst der bürgerlichen Presse nach nur die Rolle eines *„Feigenblattes"* für Syrien erfüllen („Süddeutsche Zeitung" = „SZ", 6.11.76).

Ein libanesischer Major, der zu dem vom libanesischen Staatspräsidenten Sarkis nach Absprache mit Assad eingesetzten Oberkommando der „Friedenstruppe" gehört, kennzeichnete den syrischen Vormarsch wie folgt: *„Es gibt keine Probleme. Wir gehen langsam voran, Schritt um Schritt, im Stile des Herrn Kissinger"* (zit. nach „Welt", 22.11.76). Mit 400 syrischen Panzern und 6.000 Soldaten wurde zunächst Beirut besetzt („Frankfurter Rundschau" = „FR", 16.11.), während weitere setzt („Frankfurter Rundschau" = „FR", 16.11.), während weitere 12.000 Syrer einen Ring um die Hauptstadt bildeten („SZ", 16.11.). Vorsorglich setzte Assad zur Unterstützung dieser „Friedensmission" seine gesamte Luftwaffe in Alarmbereitschaft („Welt", 12.11.). Ihr Einsatz wäre natürlich ein klarer Bruch des Abkommens von Riad gewesen, und schon ihre Mobilisierung zeigt, daß sich die Reaktionäre keineswegs an dieses Abkommen halten werden, wenn es ihren Zwecken entgegensteht. Ähnliches wurde auch bei der Ernennung des Libanesen Hamad Al-Hadsch zum formalen Oberkommandierenden der „Friedenstruppe" durch Sarkis deutlich: Das Abkommen von Riad sah einen Nicht-Libanesen als Oberbefehlshaber vor, und dementsprechend protestierten Dschumblatt und die PLO-Führung gegen die *„flagrante Verletzung"* des Abkommens und forderten die Einberufung einer arabischen Konferenz, ohne daß sich irgendjemand um diesen Protest scherte. Der Grund: Radio Damaskus hatte inzwischen bereits die Ernennung von Hadsch *„mit warmen Worten begrüßt: Hadsch sei . . . ein fähiger, patriotischer Mann mit weißer Weste"* („SZ", 6.11.). Dies zeigt deutlich, wer der neue Herr im Libanon ist.

Nach der Einnahme Beiruts formierten die Syrer fünf Panzerkolonnen, die im wesentlichen zur Besetzung der linken Hochburgen (Tripoli im Norden, Gebiete südlich Beiruts bis nach Sidon) dienten („Neue Zürcher Zeitung" = „NZZ", 17.11.). Zu diesem Zweck verlegte Syrien zwei weitere Brigaden in den Libanon („Welt", 22.11.). Um das Gesicht zu wahren, wurden kleinere Syrerkontingente in die Gebiete der mit Syrien verbündeten Faschisten entsandt.

Rückzug und Entwaffnung der PLO-Verbände

Der syrische Vormarsch wurde vom Rückzug der Palästinenser und verbündeter Linkskräfte begleitet. Die PLO-Führung sicherte Sarkis *„ehrliche Zusammenarbeit im Bemühen um die Beendigung des Bürgerkrieges"* („SZ", 9.11.76) zu, und Arafat ging sogar soweit, den Revolutionären zu drohen, er werde sie mit Gewalt entwaffnen lassen, wenn sie sich nicht an den Waffenstillstand hielten („SZ", 13.11.). Widerstandslos zogen die PLO-Verbände sich vor dem syrischen Nachrücken aus ihren Stellungen im Berggebiet östlich Beiruts und um Sidon zurück. Die PLO-Führung verpflichtete sie, in Lager um Beirut und in Sidon und im Süden des Landes entsprechend dem Diktatfrieden von Riad zurückzukehren, ohne daß andererseits die faschistischen Verbände auch nur einen Quadratmeter der von ihnen eroberten Lager und Armenviertel wie z.B. dratmeter der von ihnen eroberten Lager und Armenviertel wie z.B. Tell Zaatar oder Nabaa herausgerückt haben!

Unter diesen Vorzeichen kann man davon ausgehen, daß die angebliche „Gleichbehandlung" der bisherigen Verbündeten Syriens, der faschistischen Milizien und übrigen Rechtskräfte einerseits und der fortschrittlichen libanesischen Verbände um Dschumblatt und Palästinenser andererseits, nichts weiter ist als schöner Schein zum Betrügen der Massen: Die nächsten Schritte der Invasoren nach dem Rückzug der Linken – von einem Rückzug faschistischer Verbände war sowieso nichts zu hören – wie vor allem die Entwaffnung der Kämpfer werden sich gegen die Linken richten. Arafat hat durch seine Drohungen erklärt, daß er zu diesem Spiel bereit ist und zur Abgabe der Waffen, dem Abkommen nach bis hin zum Maschinengewehr, aufgerufen. Auf der anderen Seite haben die Faschisten bei den nur symbolisch zu verstehenden „Friedenstruppen"-Kontingenten in den von ihnen kontrollierten Gebieten faktisch weiter alle Macht in den Händen und genügend Möglichkeiten, ihre Militärausrüstung zu verstecken, weiter Söldner auszubilden und die militärische Atempause für eine „Endlösung" zu nutzen. Beschir Gemayel, der Sohn des Faschistenführers, Pierre Gemayels, hat dies Mitte November in einem Interview mit Springers „Welt" (16.11.) offen ausgedrückt. Auf die Frage, ob sich reaktionäre Verbände aus eroberten Gebieten wie z.B. Tell Zaatar zurückziehen werden, antwortete er:

„Nein. Es gibt keine von uns besetzten, sondern nur von den Palästinensern und der internationalen Linken (!!) befreite Gebiete" (Anm. AK: Tell Zaatar ist nach dem Kairoer Abkommen von 1969 anerkanntes autonomes Palästinenserlager!). *„Wir weichen nicht einen Schritt zurück, wir lassen uns nicht um die Erfolge eines neunzehnmonatigen harten Kampf betrügen."* Auf die weitere Frage, ob die Waffen abgegeben würden, erklärt Gemayel jun., die faschistischen Milizen würden mit den Syrern gemeinsame Kontrollposten und Patrouillen einrichten und solange die Waffen behalten, wenn auch nicht mehr so offen tragen. Die „Welt" daraufhin: *„Die Waffen werden also versteckt?"* Antwort: *„Wir haben unsere Depots".* Im weiteren Teil des Interviews erklärt dieser Faschist offen, die PLO-Führung müsse einsehen, daß es keine Rückkehr zum Kairoer Abkommen gebe (das den Palästinensern eine gewisse Autonomie in den Lagern und im Süden des Landes gewährte) und man sie notfalls zwingen werde, das Land zu verlassen. Bezeichnend sind nicht diese wilden Drohungen, sondern, daß Gemayel diese Aussagen anscheinend keineswegs im Widerspruch zum Vorrücken der „Friedenstruppen" sieht, deren Einmarsch derspruch zum Vorrücken der „Friedenstruppen" sieht, deren Einmarsch er so begrüßt: *„Ja, wir sehen in ihnen (den Syrern) unsere Freunde und Brüder. In den letzten Monaten haben wir gut zusammengearbeitet . . ."* Gleich noch einen Schritt weiter ging Abou Arz, der Führer der auf dem rechtesten Flügel der Faschisten angesiedelten „Wächter der Zedern". Er zog sich mit seinen Truppen in Gebiete zurück, die anscheinend noch nicht einmal symbolisch von „Friedenstruppen" kontrolliert werden und kündigte bewaffneten Widerstand an, bis *„das letzte palästinensische Kind von unserem Boden entfernt worden ist"* (nach „SZ", 18.11.). Der Libanon sei nie arabisch gewesen, und es seien viele Kämpfer der Falangisten und der PNL (Schamouns „Tiger") zu seinen Verbänden gestoßen, da sie sich nicht durch die „Friedenstruppen" kontrollieren lassen wollten („Le Monde", 18.11.).

An den Aussagen Gemayels und der Tatsache, daß sich die „Wächter der Zedern" und zahlreiche weitere Faschisten verstärkt unkontrolliert militärisch reorganisieren können, wird jetzt schon deutlich, daß es kein „neutrales Vermitteln" und „Entwaffnen" nach dem Abkommen von Riad gibt und die Kräfte der Ablehnungsfront völlig zu Recht den Verrat der PLO-Führung verurteilt haben, der eben überhaupt kein Kompromiß ist, wie Arafat es behauptet.

Dieser Verrat hat letztlich nur dies zur Folge: Durch die immer wieder beteuerten Zustimmungen der opportunistischen Führer der fortschrittlichen Kräfte zum Abkommen von Riad (PLO-Chef Arafat sichert Sarkis „ehrliche Zusammenarbeit" zu, „SZ", 9.11.; Dschumblatt fordert seine Verbände auf, die panarabische Friedenstruppe bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu unterstützen, „NZZ", 11.11.; Leutnant Khatib der „Libanesisch-arabischen Armee" bekundet Übereinstimmung mit Sarkis, „NZZ", 10.11.) sollen diejenigen, die das Abkommen verurteilen, vor den kriegsmüden Massen als „Friedensstörer" hingestellt werden und ihnen die Basis für den bewaffneten Volkskrieg gegen die Invasoren und Faschisten genommen werden. Die ganze Verlogenheit des Abkommens von Riad wird sich den Massen allerdings später zeigen, wenn z.B. die Räumung der durch die Faschisten eingenommenen Lager ansteht, die versprochenen Reformen des Staates eingeleitet werden müßten usw. Bis dahin ist viel Zeit vergangen, und während die syrischen Verbände Jagd auf die Waffen der linken Milizen machen, können sich die faschistischen Verbände erholen und aufrüsten. Die Revolutionäre müssen diese Zeit nutzen, den bewaffneten Volkskrieg vorzubereiten.

Israel und Südlibanon

Israel und Südlibanon

Das Abkommen von Riad sieht vor, daß der Süden den Palästinensern als Aufmarschgebiet gegen Isreal wieder zur Verfügung steht. Dieses Recht war den Palästinensern schon im Kairoer Abkommen von 1960 garantiert und mußte im Hinblick auf die arabischen Massen in den neuen Vertrag ausdrücklich aufgenommen werden, die den Kampf gegen die zionistischen Aggressoren fordern. Demagogisch verkündete Arafat denn auch, das Abkommen von Riad ermögliche, vom „schädlichen Bruderkampf" wegzukommen und sich wieder voll den Zionisten widmen zu können.

Allerdings sind dadurch den Syrern und den Opportunisten einige Probleme aufgeworfen:

Faktisch hält Israel einen weiten Grenzstreifen im Süden besetzt, und der „Offene Zaun" hatte sich längst als quasi „innerisraelische Grenze" entlarvt. Gleichzeitig hat Israel im Süden seit Anfang Herbst dieses Jahres eine neue faschistische Miliz ausgerüstet, die sogenannte „Armee zur Befreiung des Südens". Mit massiver Unterstützung der israelischen Armee war es dieser „Befreiungsarmee" gelungen, einige Gebiete (um die Stadt Ein Ebel) zu erobern, wie erst kürzlich das Dorf Kala, in dem der faschistische Angriff durch *„intensives Artilleriefeuer von Israel aus"* („SZ", 19.11.) unterstützt wurde. Starke Stellungen der Linken, auch der PFLP, liegen im Gebiet um die Provinzhauptstadt Bent Dschebeil (vgl. hierzu auch den fotografischen Beleg aus dem Schweizer „Tages-Anzeiger" v. 8.11.).

Ein Einmarsch der syrischen Verbände in den Südlibanon müßte, wenn das Abkommen von Riad nicht gleich als völlig unglaubwürdig darstehen soll, die Entwaffnung der Faschisten und Bewegungsfreiheit für die Palästinenser gegen Israel zur Folge haben. Dies allerdings würde einen Zusammenstoß mit Israel bedeuten, das die Anwesenheit syrischer Truppen im Süden nur dulden will, wenn gleichzeitig Ruhe vor den Palästinensern durch die Syrer garantiert wird, und diese Rolle, die Palästinenser im Süden vom Kampf gegen Israel abzuhalten, kann Assad gegenüber den arabischen Massen nicht vertreten. Syrien entzog sich bislang diesem Konflikt dadurch, den Vormarsch fast 50 km nördlich der israelischen Grenze zu stoppen („Neue Hann. Presse", 25.11.76) – abgesehen von den 20 km entfernten Küstenstädten Tyrus und Nabatije, Hochburgen der Palästinenser, in die syrische Verbände einzogen („NHP", 24.11.76).

Im Süden werden die Revolutionäre ihre Aktionen gegen Israel verstärken und diesen Widerspruch verschärfen: Dann fordern entweder die Imperialisten offen von Syrien, auch in diesem Gebiet gegen die pa- die Imperialisten offen von Syrien, auch in diesem Gebiet gegen die pa- lästinensischen Widerstandskämpfer vorzugehen, oder Israel ist gezwungen, noch offener den Süden zu besetzen und damit mit den syrischen Invasoren zusammenzustoßen.

Wieweit das militärische Eingreifen Israels im Libanon-Krieg geht, wird von der BRD-Presse weitgehend verschwiegen. So griffen am 6.11. mehrere israelische Schiffe den Hafen Sidon an und wurden von den Linkskräften zurückgeschlagen. Drei weitere israelische Schiffe näherten sich den Ölraffinierien in der Nähe von Zahram bei Sidon („El Moudjahid"= „EM", 7.11.). In der „Welt" wurde berichtet, daß die israelische Marine nach eigener Darstellung außerhalb der israelischen Hoheitsgewässer – also mit offener Verletzung des Völkerrechtes – zwei palästinesische Boote aufgebracht und eines versenkt habe (8.11.). Sechs israelische Panzer überschritten am 9.11. die Grenze zum Libanon und lieferten sich mit Einheiten der „Libanesich-arabischen Armee" eine fünfstündige Schlacht („EM", 11.11.). Abermals versuchten am 14.11. acht israelische Schnellboote einen Angriff auf den Hafen von Sidon („EM", 16.11.). In einem ausführlichen Korrespondenten-Bericht widmete sich der Schweizer „Tages-Anzeiger" (8.11.) der Behauptung des israelischen Kriegsminister Peres, es gäbe keine Unterstützung für die Faschisten im Südlibanon. Ihr Korrespondent, der das Gebiet besuchte, stellte fest, daß die faschistischen Milizen über Israel in den Südlibanon eingeschleust worden waren, mit israelischen Sherman-Panzern, Feldgeschützen und Maschinenwaffen ausgerüstet waren, von israelischer Seite aus Feuerschutz schwerer Artillerie erhielten und durch israelische Jagdbomber als Luftaufklärer unterstützt wurden!

Nahost-Kommission





Photographische Belege, daß die libanesischen Christen im Südlibanon im Kampf gegen die Palästinenser von Israel unterstützt wurden: Ein israelischer Soldat (linkes Bild, links) diskutiert mit einem christlichen libanesischen Phalangisten, der soeben an der israelischen Grenze eine neue Uniform gefaßt hat. - Ein Kämpfer der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) mit israelischen Waffen, die bei der Einnahme des maronitischen Grenzdorfes Aichiyah gefallenen Mitgliedern der christlichen Phalange abgenommen wurden. („Tages-Anzeiger", 8.11.)

Südjemen:

Iranisches Jagdflugzeug abgeschossen

Wiederholt haben iranische Militärflugzeuge, die in Oman auf Seiten des Reaktionärs Qabus gegen die PFLO kämpfen, die jemenitische Lufthoheit verletzt und jemenitische Siedlungen bombardiert. Die Streitkräfte der Demokratischen Volkrepublik (Süd)-Jemen haben am 24.11.76 ein iranisches Jagdflugzeug abgeschossen. (nach „Frankfurter Rundschau", 26.11.76)

Nahost-Kommission

Scheinwahlen in Ägypten

Am 28.10. fanden in Ägypten „Wahlen" für eine neue Nationalversammlung statt. Die bürgerliche Presse bejubelt dies als einen Schritt zu „Mehr Demokratie", als „erste freie Wahlen seit 24 Jahren", Abkehr vom „Einparteienstaat" und vom „Trauma des nasseristischen Polizeistaates". Tatsächlich dienen diese „Wahlen" jedoch nur dazu, Ägypten ein demokratisches Image zu geben und dem Versuch, die sozialen Unruhen mittels parlamentarischer Scheindemokratie zu kanalisieren.

Wie auf Grund der Wahlmanipulationen (s. dazu weiter unten) zu erwarten war, gewann die die Politik Sadats unterstützende „mittlere" Parteigruppierung die Wahlen haushoch. Das sogenannte „Zentrum" erhielt 273 der 350 Parlamentssitze, die „Links"gruppierung zwei und die „Rechts"gruppierung 13 Sitze, die „Unabhängigen" 49 Sitze, 13 weitere kann Sadat nach seinem Belieben verteilen („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 9.11.76).

Sadats Herrschaft war allerdings zu keiner Zeit gefährdet. Mitte September hatte er sich von 9,2 Millionen Wahlberechtigten (das ist nicht einmal ein Viertel der Bevölkerung) mit 99,939 % als Präsident wiederwählen lassen. Unter den Wahlberechtigten waren damals nur 1,5 Millionen Frauen, vor allem organisierte Beamtinnen, Lehrerinnen und Arbeiterinnen, was auf die Zusammensetzung der Wahlberechtigten insgesamt schließen läßt („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 18.9. und 19./20.9.76).

Die gleichen Wahlberechtigten durften diesmal unter drei „Partei"-gruppierungen der Einheitspartei „Arabische Sozialistische Union" (ASU) sowie unter Unabhängigen Kandidaten „wählen". Schon bei der Wahlpropaganda wurden die Kandidaten der ASU bevorzugt: während jeder dieser Kandidaten aus der Staatskasse 10.000 ägyptische Pfund erhielt, mußten die Unabhängigen ihren Wahlkampf selbst bestreiten („NZZ", 30.10.76).

Die von der ASU „abhängigen" Kandidaten wurden außerdem durch die ägyptischen Zeitungen begünstigt, die sich im Besitz der ASU befinden. Von Anfang an wurde die Parlaments„wahl" als „Experiment in parlamentarischer Demokratie" dargestellt. Damit sicherte sich Sadat von vorneherein gegen einen ihm mißliebigen „Wahl"ausgang ab. Schon vor zwei Jahren waren innerhalb der ASU auf Betreiben Sadats drei sogenannte „Plattformen" entstanden, nach denen sich heute eine sogenannte „linke" Gruppierung („Nationalistisch-progressive Sammlungsbewegung", geführt von Khaled Mohieddin), eine „mittlere" Gruppierung („Sozialistische Organisation des Arabischen Ägytens", geführt vom bisherigen und neuem Ministerpräsidenten Mamduh Salem) und eine „rechte" Plattform („Freie Sozialistische Plattform", geführt von Lamel Mustapha Murad) gebildet haben („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 29.11.76).

Die „Partei"gruppierungen unterscheiden sich erwartungsgemäß geringfügig. Während die „Linke" vor allem die wirtschaftlichen „Liberalisierungstendenzen", d.h. die Abkehr von der von Nasser in großen Bereichen eingeführten staatlichen Planwirtschaft und die Öffnung nach Westen kritisiert, weil es nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute komme und illegale Bereicherung und Korruption fördere, und für das Streikrecht eintritt (bis heute sind Streiks in Ägypten verboten!), verlangen die „Rechten" eine völlige Liberalisierung der Wirtschaft. Die „Mitte" vertritt die Regierungspolitik und unterstützt Sadat voll und ganz.

Unruhen während der Wahl

Während der Parlamentswahlen kam es in der Stadt Hihia, die 70 Kilometer von Kairo entfernt liegt, zu schweren Auseinandersetzungen. Die Bevölkerung hatte mehrere Regierungsgebäude niedergebrannt – in dieser Weise hat die Bevölkerung in Ägypten ihren Ärger über die Regierungspolitik und ihre wirtschaftliche Notlage schon häufig zum Ausdruck gebracht. (Der durchschnittliche Monatslohn soll nach „Le Monde" (21.9.76) etwa 100 Francs betragen, während ein Kilo Fleisch mehr als 10 Francs kostet). Bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei wurden 13 Menschen und 5 Bullen verletzt. 60 Personen wurden festgenommen. Anschließend wurde über die Stadt eine Ausgangssperre verhängt, was darauf hinweist, daß die militanten Aktionen von einem großen Teil der Bevölkerung getragen wurden.

Daß die Stimmung in der Bevölkerung nicht so Sadat-freundlich ist, wie das „Wahl"ergebnis beweisen soll, wird auch daran deutlich, daß sich während des Wahlkampfs die Frage des Streikrechts zu einem Haupstreitpunkt zwischen den drei „Partei"gruppierungen entwickelte. In diesem Zusammenhang wurde besonders das harte Vorgehen von Polizei, Militär und Regierung gegen den „illegalen" Busfahrerstreik im September diskutiert, das die Bevölkerung in erhebliche Unruhe versetzt hatte. Der ägyptische Innenminister („Zentrum") verfügte nämlich – sozusagen zur „Beruhigung" – die Freilasssung von rund zwei Dritteln der damals etwa 100 inhaftierten Arbeiter! („NZZ", 30.10.76).

Am Tag nach der Wiederwahl Sadats traten 6.000 Busfahrer in den Streik, an dem sich schließlich insgesamt 30.000 Arbeiter und Fahrer beteiligten. Unter anderem wurde eine 10%ige Lohnerhöhung, die Auflösung des von der Regierung beherrschten Exekutivrates der Transportarbeitergewerkschaft und Neuwahlen gefordert. Der Streik wurde außerordentlich militant geführt, Polizei und Militär gingen mit äußerster Brutalität gegen die Streikenden vor, es gab mehrere Tote unter den Streikenden und Polizisten und viele Verletzte („Le Monde", 21.9.76 und „Monitor-Dienst" – „MD", 23.9.76).

Diese beiden Beispiele zeigen, vor allem ,wenn man bedenkt, daß in der ägyptischen Presse Unruhen und Streiks verschwiegen bzw. total entstellt dargestellt werden, daß das „Wahl"ergebnis keineswegs die Stimmung im Volk wiederspiegelt.

Die „Wahlen" sind schon durch die Auswahl der Wahlberechtigten ganz erheblich manipuliert, möglicherweise sogar verfälscht. In einem Wahlkreis mußte wegen vorgekommener Fälschungen die „Wahl" wiederholt werden („Frankfurter Rundschau" – „FR", 24.11.76), wobei natürlich offenbleibt, ob das ein richtiges Ergebnis war, das nachträglich gefälscht werden mußte oder...

Sadat bucht die Wahlen als Erfolg

Aufgrund des – in seinem Sinne – so „gelungenen" demokratischen Experiments hat Sadat nun die drei „Partei"gruppierungen zu „eigenständigen" Parteien gemacht. Sie unterstehen „nur" noch der ASU – die jetzt als Dachverband der „Allianz der werktätigen Kräfte" fungiert –. Die ASU bleibt „nur" noch Besitzerin aller ägyptischen Zeitungen und kann damit die gesamte Presse kontrollieren. Außerdem wird sie die Finanzen der drei Parteien kontrollieren („SZ", 13.11.76). Ein besseres Gängelband für die „selbstständigen" Parteien kann man sich kaum vorstellen.

Nahost-Kommission

Terrorurteile in Ägypten

Am 11. Oktober wurde in Kairo der Ägypter Rafik von einem Militärgericht zum Tode verurteilt, ein weiterer wurde zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt, während die beiden anderen Angeklagten freigelassen wurden. Alle vier Angeklagten waren beschuldigt worden, im Auftrag des libyschen Geheimdienstes (!) Bombenanschläge auf Verwaltungsgebäude in Kairo verübt zu haben („Le Monde", 13.10.76).

Ein paar Tage danach wurden in Alexandria zwei Ägypter zum Tode verurteilt, denen der Sprengstoffanschlag auf einen Zug in Alexandria zur Last gelegt worden war. Diese Anschläge sollen ebenfalls im Auftrag des libyschen Geheimdienstes gemacht worden sein. Wieder wurden zwei weitere Angeklagte, ein Ägypter und ein Libyer freigesprochen („Welt", 21.10.76).

Abgesehen davon, daß die „Aufträge" des libyschen Geheimdienstes eine Propagandalüge der ägyptischen Regierung sind, mit der sie den Unwillen der Bevölkerung über die wirtschaftliche Misere und die politische Rechtlosigkeit „nach außen" lenken will, lassen die Urteile – höchste Strafen für einen Teil der Angeklagten, Freispruch für den anderen – vermuten, daß die Todesurteile reine Willkürurteile zur „Abschreckung" sind, d.h. auf keinerlei wirklichen Beweisen beruhen.

Es besteht darüberhinaus die Möglichkeit, daß die Anschläge von der ägyptischen Regierung selbst inszeniert waren, die nun einige ihrer eigenen Handlanger über die Klinge springen läßt.

In einem Kairoer Gefängnis sind ein Palästinenser und ein Ägypter hingerichtet worden, die im April 74 einen Angriff auf die Technische Militärschule in Kairo angeführt haben sollen. Sie wollten Sadat damit angeblich zwingen, zurückzutreten. Bei dem Angriff wurden damals 11 Menschen getötet und 27 verletzt.

89 weitere Angeklagte sind zu Strafen von einem bis zu drei Jahren verurteilt worden („NZZ", 12.11.76 und „Le Monde", 11.11.76).

Ein weiterer Palästinenser ist von einem ägyptischen Militärgericht zum Tode verurteilt worden. Er hatte im August versucht, den früheren südjemenitischen Regierungschef Haytham, einen Erzreaktionär, zu erschießen („NZZ", 13.11.76).

„Wilde" Streiks in Israel

Anfang November wuchsen die Streiks im öffentlichen Dienst Israels enorm an. Insgesamt waren 115.000 Beschäftigte im Ausstand oder drohten Sanktionen an, das sind rund 30% der öffentlichen Bediensteten oder zehn Prozent der gesamten Arbeiter und Angestellten („Monitor-Dienst" = „MD", 9.11.76), „Harburger Allgemeine Nachrichten" = „HAN", 12.11.76). Gleichzeitig streikten einige Großbetriebe , u.a. die Pottasche-Werke am Toten Meer („Frankfurter Rundschau" =„FR", 22.11.76).

Ursache für die ständigen Streiks im öffentlichen Dienst, die nicht von der „Gewerkschaft" Histadrut „genehmigt" sind, sind die enorm steigenden Lebenshaltungskosten. Anlaß der jüngsten Streiks war der Beschluß der Regierung, wiederum – wie im November 74 und März 76 – die Subvention für Grundnahrungsmittel zu kürzen. Diesmal wurden sie um 400 Millionen israelische Pfund gesenkt, was eine Preissteigerung für Produkte wie Butter, Brot, Milch, Fleisch, Eier, Margarine usw. von 20% (!) zur Folge hat („Neue Zürcher Zeitung" = „NZZ", 4.11.76). Bei der Teuerungswelle im März stiegen die Preise schon einmal um 25% („Frankfurter Allgemeine Zeitung" = „FAZ", 5.11.76). Die etwa zweimonatlichen Abwertungen des israelischen Pfundes summieren sich inzwischen auf 24% in diesem Jahr.

Die staatlichen Angestellten – Krankenschwestern, Röntenlaboranten, Schiffsoffiziere, Verwaltungsarbeiter, Ingenieure usw. – sind von diesen Teuerungswellen besonders hart betroffen. Sie sind durch kollektive Tarifverträge gebunden, die die Löhne möglichst vieler Berufsgruppen gleich niedrig halten sollen.

Erfolgreiche Streiks einzelner Berufsgruppen, wie z.B. die der Angestellten der Zivilluftfahrt zugestandene Lohnerhöhung von 350 Pfund pro Monat, haben in der Regel Steiks verwandter Berufsgruppen zur Folge.

Trotz der ständig steigenden Zahl der Streiks darf man nicht vergessen, daß sie nur rein ökonomischen Charakter haben und die Widersprüchlichkeit des zionistischen Systems widerspiegeln; sie sind keinesfalls gegen das System gerichtet. Im Gegenteil. Im Augenblick profitieren die Rechten von der wirtschaftlichen Krise.

Darüber dürfen auch die „Auseinandersetzungen" der „Gewerkschaft" Histadrut mit der Regierung nicht hinwegtäuschen. Die Histadrut hatte demonstrativ der Streichung der Subventionen nicht zugestimmt. In der Regierung wie in der Histadrut stellt die Arbeiterpartei (Golda Meir usw.) die Mehrheit. Die plötzliche radikale Wendung der Histadrut ist notwendig geworden, um die Kontrolle über die Mitglieder bei so offen arbeiterfeindlichen Beschlüssen zu behalten. Außerdem stehen noch vor den Knesset-Wahlen im nächsten November Gewerkschaftswahlen an. Die Arbeiterpartei muß – angesichts der unbewältigten Wirtschaftskrise – damit rechnen, von rechts überholt zu werden.

Die Regierung wird demnächst noch schärfer gegen die Streikenden vorgehen. Schon heute kann sie mit den noch aus der britischen Mandatszeit bestehenden Notstandsgesetzen die Streikenden jederzeit mit Arbeitsbefehlen zwingen, wie sie es auch jetzt bei 16.000 streikenden Technikern im öffentlichen Dienst gemacht hat („HAN", 12.11.76). Darüber hinaus wurde am 16.11. in der Knesset eine Ergänzung zum Gesetz für die Beilegung von Arbeitskonflikten verabschiedet, das die Arbeitsgerichte bevollmächtigt, den Arbeitgebern zu gestatten, 50% des Gehaltes einzubehalten, wenn ein Arbeitnehmer ohne Genehmigung der Gewerkschaft streikt! Das Gesetz wurde nur unterstützt von den meisten Arbeiterparteimitgliedern und dem rechten Likud-Block („NZZ", 19.11.76).

Daß in den nächsten Jahren eine noch schärfere Gangart gegenüber der arbeitenden Bevölkerung eingeschlagen werden soll, wird an dem Vorschlag deutlich, den die Regierung der Histadrut als Verhandlungsgrundlage machte. Die Regierung „verspricht" darin, die Verbraucherpreise im nächsten Jahr nicht mehr als 20 bis 22% steigen zu lassen und das Pfund nur um 20% abzuwerten. Dazu soll die Histadrut einer Lohnsenkung zustimmen und auch noch auf die geplanten lächerlichen zwei bis 2,5% Lohnerhöhung verzichten !! („NZZ", 19.11.76). So ein Vorschlag, der die Realeinkommen auf dem Papier schon um 20% sinken läßt, in Wirklichkeit werden es weit mehr sein, ist eine glatte Provokation!

Nahost-Kommission

Satre nimmt Ehrendoktorwürde der Hebräischen Universität Jerusalem an

Jean-Paul Satre hat die Ehrendoktorwürde der Hebräischen Universität angenommen, die im übrigen schon vor ihm Axel Springer erhalten hat.

Dies ist für viele Linke erstaunlich, hat Satre doch in der Vergangenheit wiederholt bewiesen, z.B. mit seinem Eintreten für die Sache des vietnamesischen Volkes, durch die Herausgabe verschiedener fortschrittlicher Zeitungen, daß er ein aufrechter Demokrat ist.

Satre, der nie irgendeine Auszeichnung angenommen hat und auch 1964 den Literaturnobelpreis abgelehnt hat, erklärte, die Annahme der Ehrendoktorwürde habe „*politische Bedeutung*". „*Darin kommt die Freundschaft zum Ausdruck, die ich für Israel seit dessen Staatswerdung empfinde, sowie mein Wunsch, diesen Staat in Frieden und Sicherheit gedeihen zu sehen.*"

„*Für mich kann dieser Frieden nur bestehen, wenn die Israelis mit den Palästinensern Gespräche anfangen. Denn ich mache mir auch Gedanken über das Los des palästinensischen Volkes. Ich fühle mich desto propalästinensischer, desto proisraelischer ich bin und umgekehrt.*" Weil er glaube , daß die Friedenskräfte stärker werden und Gespräche geführt werden können, die einzige Möglichkeit zu einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten, nehme er die Doktorwürde an („Neue Zürcher Zeitung", 7./8.11.76 und „Le Monde" 9.11.76).

Satre, der sich schon 1945 mit dem Antisemitismus auseinandergesetzt hat, hat den Juden von Anfang an zwei Existensmöglichkeiten eingeräumt, die der Integration und die der Gründung eines eigenen Staates, aus dem Gedanken heraus, daß der Antisemitismus erst in einer neuen Gesellschaft überwunden werden könne.

Diese Gedanken führt er selbst auf sein „emotionales Engagement" als „ein allgemeines Ergebnis historischer und völlig objektiver Umstände" zurück, auf die persönliche Betroffenheit über die systematische Vernichtung der Juden durch den Nationalsozialismus – in Frankreich im Verein mit den französischen Kollaborateuren der deutschen Faschisten.

Leider ist ihm in diesem Falle, ebenso wie vielen Linken, durch die Verbrechen *an* den Juden der Blick für die Verbrecher *der* Zionisten getrübt. Er fragt nicht nach dem Aggressor, sondern hat nur Sorge, die Juden könnten ein erneutes Martyrium erleiden.

So kann Satre in dem prozionistischen Buch von Ernst Vogt „Israel – Kritik von links", Wuppertal 1976, daß die „Entfremdung" der Linken von der Solidarität mit Israel bis zur „*interlektuellen Teilhabe*" an der „*Vernichtungsdrohung der arabischen Staaten gegenüber Israel*" historisch nachweisen will, als Vertreter für die einzig angemessene „*linke und humanitäre Haltung*" eingesetzt werden, die über einen Dialog zwischen Israelis und Palästinensern zu einem Ausgleich im Nahen Osten kommen will.

Satre hat leider nicht zur Kenntnis genommen, daß die PLO nach Ablösung des rechtsradikalen Nationalisten Schukeiri, die doch für jeden nichtzionistischen Juden diskussionswürdige Forderung nach einem säkularisierten, demokratischen Staat in ganz Palästina erhoben hat, in dem Juden, Christen und Moslems friedlich nebeneinander leben könnten.

Er hat weiter nicht zur Kenntnis genommen, daß es auch innerhalb Israels eine kleine, aber doch namhafte Opposition gibt, die sich, wie z.B. die Israelische Liga für Menschenrechte (Israel Shahak), für die Verwirklichung der Menschenrechte in Israel und insbesondere in den besetzten Gebieten einsetzt.Bekanntlich werden die Menschenrechte und die UN-Charta von den Zionisten ständig verletzt, Landraub, widerrechtliche Besiedlung besetzten Gebietes, Häusersprengungen, Kollektivstrafen, Ausgangssprerren sind an der Tagesordnung.

Wer heute Israel unterstützt, unterstützt nicht die Juden, sondern den Zionismus und seinen Staat, der sich zum größten Statthalter des Imperialismus im Nahen Osten entwickelt hat,den Zionismus, der zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft und zur Durchsetzung seiner Expansionspläne die Araber rassistisch aufs Schärftste unterdrückt. Das sollte Satre endlich zur Kenntnis nehmen.

Nahost-Kommission

Besetzte Gebiete

Im Westjordanland finden ständig Massenverhaftungen statt. Nachdem Ende Oktober insgesamt 40 Araber verhaftet worden waren („Le Monde", 3.11.76), wurde von der israelischen Armee am 15. November die Verhaftung von weiteren 37 Arabern bekannt gegeben. Die Verhafteten werden beschuldigt, im Gebiet von Bethlehem Mitglieder der Al-Fatah gewesen zu sein. Außerdem sollen sie Waffen und Sprengstoff besessen haben („Neue Zürcher Zeitung", 17.11.76).

•

Die israelische Militärregierung verhängte in den beiden Ortschaften Marsam und Al Majd in der Nähe von Hebron Ausgangssperren, weil die Bevölkerung ihre Mitarbeit zur Bekämpfung des arabischen Widerstandes verweigert hatte! ("Welt", 22.11. 76).

•

Die israelischen Besatzer habe in der Nähe von Hebron einen Führer des palästinensischen Widerstandes, Khalil Abdallah Moustapha Awad, erschossen, nach dem die Besatzer seit Jahren im Westjordanland gefahndet hatten („Le Monde", 10. 11.76).

Französische Polizei unterstützt SAVAK

Am 2.11. 76 wurden durch die französische Polizei 15 iranische Antifaschisten festgenommen, wie bereits im letzten AK berichtet.

Vorrausgegangen war den Verhaftungen ein Attentat auf einen Savak-Agenten, Kulturattaché der iranischen Botschaft in Paris.

Neun der Verhafteten wurden noch am gleichen Abend freigelassen. Zwei Antifaschisten werden noch immer im Gefängnis festgehalten.

Vier der Verhafteten wurden sofort nach Schweden ausgewiesen, ohne die Möglichkeit zu erhalten, vorher mit einem Anwalt zu sprechen. Sie wurden von der schwedischen Regierung freigelassen und können sich vorläufig in Schweden aufhalten.

Die CISNU protestiert gegen das Vorgehen der französischen Polizei und fordert die sofortige Freilassung der beiden Verhafteten und die Rücknahme der Ausweisungsverfügung gegen die nach Schweden Ausgewiesenen.

(inf. nach Pressekommunique der CISNU, 6 Frankfurt 16, Postfach 16247).

Nahost-Kommission



lateinamerika aktuell

Alles beim Alten nach den Kommunalwahlen vom 15. November

Am 15. November fanden in Brasilien Gemeinderatswahlen in rund 4.000 Gemeinden statt. Endgültige Ergebnisse liegen bisher nicht vor, es sind aber bereits 19 von insgesamt 40 Millionen Stimmen ausgezählt. Dabei hat die ARENA (Nationale Erneuerungsbewegung) mit 10,4 Millionen Stimmen einen deutlichen Vorsprung vor dem MDB (Demokratische Bewegung Brasiliens) mit 8,6 Millionen Stimmen.

Bei der Wahl der Bürgermeister, die getrennt von der der Gemeinderäte abläuft, ist der ARENA-Vorsprung noch erheblich deutlicher, weil der MDB überhaupt nur in 400 der 4.000 Gemeinden Kandidaten aufgestellt hatte.

Die ARENA hat ihre meisten Stimmen im Nordosten, d.h. von der völlig verelendeten ländlichen Bevölkerung bekommen. Der MDB hat dagegen in allen großen Städten gewonnen. In 41 Groß- und Landeshauptstädten erhielt der MDB 4,1 Millionen, die ARENA dagegen nur 2,7 Millionen Stimmen. Oder noch eindeutiger in Sao Paulo, wo der MDB 13, die Arena nur 8 Stadträte stellt (bisher ARENA: 14 und MDB: 7!) („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 20.11.76).

Die Wahlen in Brasilien wurden, trotz ihrer relativen Bedeutungslosigkeit von der bürgerlichen Presse ebenso wie von der brasilianischen Regierung selber reichlich hochgespielt. Diese Gemeinderatswahlen sind relativ bedeutungslos, weil die Gemeinderäte kaum über eigene Kompetenzen verfügen und weil es in Brasilien nur die zwei von der Junta geschaffenen Parteien gibt: die ARENA (Nationale Erneuerungsbewegung), die als offizielle Regierungspartei der Militärdiktatur einen demokratischen Anschein geben soll, und den MDB (Demokratische Bewegung Brasiliens), der Kritik aus dem bürgerlichen Lager auffangen und mokratischen Anschein geben soll, und den MDB (Demokratische Bewegung Brasiliens), der Kritik aus dem bürgerlichen Lager auffangen und allein durch seine Existenz als Oppositionspartei eine formale Demokratie vorgaukeln soll. Allerdings gibt es im MDB einen linken Flügel, die Autenticos, die z.B. während des Wahlkampfs versucht haben, das Wahlspektakel zu entlarven. Sie haben zur Wahl einzelner antifaschistischer Kandidaten und nicht zur Wahl des MDB als Block aufgerufen (vergleiche AK 92).

Trotz dieser Bedeutungslosigkeit der Wahlen wurden sie von der brasilianischen Regierung und der bürgerlichen Presse reichlich hochgespielt. Präsident Geisel sprach von den Wahlen als einer *„Volksabstimmung"* und wertete die bis jetzt bekannten Teilergebnisse als einen *„großen Sieg"* der ARENA und als Zustimmung des Volkes zur Regierungspolitik („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 11.11.76).

Auf dieser Welle zieht die bürgerliche Presse voll mit: In *„freien und geheimen Wahlen"* sei bewiesen worden, daß die Befürchtungen über *„explosive Stimmungen"* in Brasilien gegenstandslos seien, die Regierung sitze keineswegs auf einem *„Pulverfaß"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 22.11.76).

Vorausgegangen waren den Wahlen eine Menge Spekulationen in Bezug auf die zunehmenden Massenproteste gegen die Unterdrückungspolitik der Regierung. Man befürchtete zu große Stimmengewinne für den MDB, was dann die Genräle der „harten Linie" zu einem stärkeren Eingreifen provozieren und die vielbeschworenen Liberalisierungstendenzen von Präsident Geisel zunichte machen könnte („NZZ", 31.8.76 und 15.9.76). Dahinter steckt die Sorge, daß das wohlausgeklügelte Parteiensystem, nämlich ARENA als Regierungs- und MDB als Oppositionspartei, durch einen Wahlsieg des MDB ins Wanken geraten und damit der letzte Anschein von demokratischer Fassade in Brasilien zerstört werden könnte, weil die Generäle keinen Parteienwechsel zulassen würden.

Tatsächlich hatte der MDB bei den Kongreßwahlen 1974 eine überwältigende Stimmenmehrheit gegenüber der ARENA erhalten (MDB: 13,1 Millionen, ARENA: 7,5 Millionen Stimmen). Eine Mehrheit, die eindeutig als Massenprotest gegen die Regierungspolitik gewertet werden mußte. Aber schon damals hatten die Generäle ihr Wahlspektakel völlig abgesichert: Es stand überhaupt nur ein Drittel der Kongreßsitze zur Wahl, die Kongreßmehrheit der ARENA als Regierungspartei konnte dadurch gar nicht in Gefahr geraten.

In entsprechender Weise wurden die Gemeinderatswahlen auch diesmal vorbereitet:

- Schon Anfang des Jahres wurde eine massive Säuberungskampagne gegen den MDB durchgeführt, zahlreiche Mitglieder wurden verhaftet und gefoltert.
- Dem MDB wurde praktisch jeder Wahlkampf verboten. Die Kandidaten durften im Fernsehen nur Angaben zur Person, aber keine politischen Aussagen machen. Wahlveranstaltungen des MDB wurden von faschistischen Trupps gestört und verhindert („FR", 5.11. und „NZZ", 15.9.76).

Dies alles, obwohl der MDB im wesentlichen eine gemäßigte bürgerliche Opposition darstellt und auch von den Generälen zu diesem Zweck eingerichtet und zugelassen wurde. (Der linke Flügel des MDB hat während des Wahlkampfs versucht, das Wahltheater der Regierung zu entlarven und nicht zur Wahl des MDB als Block, sondern zur Wahl einzelner linker Kandidaten aufgerufen, Wahltheater der Regierung zu entlarven und nicht zur Wahl des MDB als Block, sondern zur Wahl einzelner linker Kandidaten aufgerufen, vergleiche AK 92).

Über die massive Wahlkampfbehinderung hinaus wurden die Wahlen durch zunehmenden Terror während der letzten Monate „vorbereitet".

- Drei Geistliche wurden in den letzten Wochen ermordet, weil sie sich auf die Seite der armen Landbevölkerung und Indianer gestellt hatten (siehe u.a. AK 90).
- Ein Priester wurde in Rio auf offener Straße entführt.
- Es gab zahlreiche Bombenanschläge und Drohungen unter anderem gegen den Sitz der brasilianischen Bischofskonferenz, die Anwaltskammer und den Journalistenverband.
- Seit 1964 sind nach Zahlen von Amnesty International 300 Menschen in brasilianischen Gefängnissen zu Tode gefoltert worden – 300 Fälle, die öffentlich bekannt wurden. 230 brasilianische Folterer sind ebenfalls durch Amnesty International bekannt.

Diese wenigen Beispiele beweisen, daß die Repression in Brasilien in unverminderter Weise durchgeführt wird, auch und gerade durch Präsident Geisel. Alle Spekulationen in der Presse über eine angebliche demokratische Öffnung und Liberalisierungstendenzen haben nur den Zweck, Brasilien in einem möglichst demokratischen Licht erscheinen zu lassen.

Selbst die katholische Kirche Brasiliens, die sich bislang – von einzelnen Persönlichkeiten abgesehen – nicht gerade durch einen konsequenten Widerstand gegen den Faschismus hervorgetan hat, hat kürzlich in einem Hirtenbrief gegen die Morde an Priestern, die zunehmende Verelendung der Landarbeiter und Bauern im Nordosten und gegen Folter und Unterdrückung protestiert. 15 namhafte Wissenschaftler und Schriftsteller der BRD (Grass, Böll, Lenz usw.) haben in einem Brief an Präsident Geisel die Bestrafung bekannter Folterer und Aufklärung über das Schicksal von 44 „vermißten" Häftlingen gefordert.

Erheblich militanter brachten die Bewohner eines Dorfes im Nordosten ihren Protest zum Ausdruck: Sie stürmten das Gefängnis, in dem ein Jesuitenpater von einem Polizisten erschossen worden war, als er gegen Verhaftung und Folter von drei Siedlerfrauen protestierte. Das Gefängnis wurde besetzt, und die Polizeikräfte mußten vorübergehend das Dorf verlassen.

Lateinamerika-Kommission



Putschversuch auf Barbados gescheitert!

Der Ministerpräsident der karibischen Insel Barbados, Tom Adams, hat zwei US-Provokateure aus dem Land gewiesen. Die beiden US-Provokateure hatten auf ihrer Jacht zahlreiche moderne Schnellfeuergewehre bei sich und wollten ein Flugzeug kapern. Adams bezeichnete die Provokation als „Teil eines Komplotts zum Sturz der neuen Regierung von Barbados". Die neue Regierung unter Adams hatte die bisherige US-hörige Partei bei den Wahlen abgelöst und propagierte einen eher reformistischen, zum Teil gegen die Interessen der USA gerichteten Kurs.

Lateinamerikakommission

Peruanische Fischer

Peruanische Fischer wehren sich gegen Reprivatisierung

Von 1968 bis 1970 wurde die peruanische Fischereiwirtschaft zu 100% verstaatlicht, zuvor war sie ausschließlich in privater Hand. Man erhoffte sich durch die Verstaatlichung d.h. vor allem durch eine einheitliche Führung und staatliche Investitionen, den Anteil der peruanischen Fischmehlproduktion auf dem Weltmarkt zu erhöhen und noch konkurrenzfähiger zu werden.

Das Fischereigeschäft wurde für den Staat jedoch ein Zuschußgeschäft, weil die Anchovis-Fischschwärme vor der peruanischen Küste jahrelang ausblieben und die Fischmehlproduktion erheblich sank („Frankf. Allg.Ztg." – „FAZ" – 7.7.76).

Rationalisierungen im Fischereigeschäft waren kaum möglich, weil Entlassungen per Gesetz verhindert oder zumindest eingeschränkt waren. Dieses Arbeitsschutzgesetz wurde jetzt vor wenigen Wochen abgeschafft!

Die Krise in der Fischereiwirtschaft nutzten die Militärs – ebenso wie in anderen Branchen – um in demagogischer Weise gegen die verstaatlichten Betriebe insgesamt vorzugehen. Staatliche Betriebe seien unrentabel und es gelte wieder, den privaten Sektor stärker zu fördern. Im Zuge dieser Ausrichtung wurde die Reprivatisierung der Fischereiflotte von der Militärregierung beschlossen. Die 530 Kutter der staatlichen Gesellschaft „Pesca Peru" sollen an kleinere Privatbetriebe verkauft werden („FAZ", 2.11.76).

Dieser Plan führte dazu, daß die Arbeiter der Fischkutter den Generalstreik ausriefen. Der größte Teil der Kutter lief nicht aus. In den beiden Hafenstädten Huacho und Chimbote demonstrierten rund 9000 Fischereiarbeiter gegen die Reprivatisierung, nicht zuletzt, weil dadurch Rationalisierung und umfangreiche Entlassungen zu erwarten sind. Bei diesen Streiks kam es zu militanten Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und Bullen. Der Staat antwortete mit noch schärferer Repression. Die bereits seit Juni in Lima bestehende Ausgangssperre wurde auf Huacho und Chimbote ausgedehnt. Das bedeutet, daß auf jeden, der zwischen 22.oo und 5.oo Uhr auf der Straße angetroffen wird, das Feuer eröffnet werden kann („FAZ", 2.11.76 und „VWD", Fischerei-Informationen Frankfurt, 28.10. und 21.10.76).

Lateinamerika-Kommission

Sowjetunion an der Seite der Reaktion in Lateinamerika!

Die sowjetische Außenpolitik gegenüber den lateinamerikanischen Staaten ist alles andere als mit den Zielen des proletarischen Internationalismus vereinbar. Dies soll an zwei aktuellen Beispielen verdeutlicht werden.

1. Am 1.11.1976 wurde ein Abkommen über technische Zusammenarbeit sowie über die Lieferung sowjetischer Maschinen geschlossen („Monitordienst", 16.11.76). Das zu einer Zeit, in der die peruanischen Militärs deutlich nach rechts gegangen sind und seit Juni sämtliche bürgerlich-demokratischen Rechte außer Kraft gesetzt haben! Demgegenüber fordert die peruanische „KP" zur „Mitarbeit" und „Unterstützung" der Junta auf und die internationale revisionistische Presse hat bisher kein Wort über die politische Entwicklung in Peru verloren!
2. Die gleiche Haltung legen die Revisionisten gegenüber dem faschistischen Argentinien an den Tag. Am 2.11.76 wurden sieben sowjetische Techniker des Landes verwiesen, weil sie gegen Bestimmungen, die vorher mit der sowjetischen Botschaft vereinbart wurden, verstoßen haben sollen („Monitordienst", 8.11.76).

Hieran wird deutlich, daß die Sowjetrevisionisten nach wie vor eng mit den argentinischen Faschisten zusammenarbeiten und den März-Putsch völlig unter den Tisch fallen lassen.

Lateinamerikakommission

Gewerkschaft und VW in Brasilien

Der Internationale Metallarbeiterbund (IMB) hat in einer Meldung berichtet, daß sich in Brasilien durchschnittlich 6.000 Arbeitsunfälle pro Tag (!!) ereignen. Jährlich gibt es in Brasilien rund 3.800 tödliche Arbeitsunfälle und 65.000 Unfälle, die zur Invalidität führen. Als Ursachen werden mangelnde Ausbildung, Erschöpfung, niedrige Löhne und Unterernährung (!!) angegeben („Frankfurter Rundschau" – „FR", 11.10.76).

Auf seinem Kongreß in Stockholm 1974 hat der IMB bereits in einer Resolution über die Länder der Dritten Welt *„die Art und Weise verurteilt, wie die Versuche der arbeitenden Bevölkerung um Anerkennung ihrer politischen Rechte, menschliche Lebensbedingungen und soziale Gerechtigkeit durch feudalistische und oligarchische Strukturen, unterstützt vom industriellen Großkapital brutal unterdrückt werden"* („Chilenachrichten", Nr. 41).

Dem Internationalen Metallarbeiterbund gehört auch die IG Metall an, Präsident des IMB ist der IG Metall-Chef Eugen Loderer.

Wer nun meint, eine DGB-Gewerkschaft hätte nun endlich einmal eine ansatzweise fortschrittliche Initiative, wie die Entlarvung der Arbeitsunfallzahlen in Brasilien oder der IMB-Resolution mitgetragen, der sitzt allerdings nur der beispiellosen Demagogie und Doppelzüngigkeit der DGB-Bosse auf. Loderer hat keine Skrupel, in der IMB-Resolution die *„brutale Unterdrückung durch das industrielle Großkapital"* zu verurteilen, gleichzeitig aber ist er als DGB-Boß Träger der imperialistischen Politik der DGB-eigenen Großkonzerne, wie z.B. das Engagement der „Neuen Heimat" in der faschistisch regierten Türkei, in Mexiko oder – noch schlimmer – die Unterstützung von Bauvorhaben im vom Israel widerechtlich besetzten Gaza-Streifen (vergleiche AK 30).

Darüberhinaus sitzt Loderer im Aufsichtsrat der VW-Werke – nicht nur als Schmiergeldempfänger, sondern als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender. Dabei ist gerade VW mit seinen Zweigwerken in Brasilien und Südafrika ein Musterbeipiel dafür, wie die *„brutale Unterdrückung durch das industrielle Großkapital"* funktioniert.

Einige Beispiele für das Vorgehen von VW in Brasilien

VW hat in Brasilien einen Anteil am Fahrzeugbau von 54%. 1975 stellte VW do Brasil mehr Autos her, als Mexiko und Argentinien zusammen. Nach Angaben des Unternehmens hängen 700.000 Menschen in Brasilien direkt und indirekt ökonomisch von VW ab.

In einer Werbebroschüre („VW in Brasilien", 1972) erläutert der Konzern dazu: VW leiste in Brasilien *„Entwicklungspolitik im besten Sinne"* und *„das Engagement von VW"* in Brasilien sei *„beispielhaft für eine glückliche Symbiose"* (Verbindung) *„zwischen Industrialisierung und Wahrung nationaler Belange"*.

Tatsächlich geht es dem brasilianischen Arbeiter, der bei VW Arbeit bekommen hat, besser als dem Riesenheer von Arbeitslosen in den Elendsvierteln der großen Städte. Ebenso ist es aber Tatsache, daß – nach Angaben der Gewerkschaft – VW um 20 bis 25% niedrigere Löhne zahlt als zum Beispiel Ford in Brasilien. Der brasilianische VW-Arbeiter erhält einen 3 - 5 mal niedrigeren Lohn als sein westdeutscher Kollege – und dies bei etwa gleich hohen Lebenshaltungskosten. Bekannt ist außerdem, daß das sogenannte brasilianische „Wirtschaftswunder" nur durch die brutalste Auspressung der Arbeiter möglich wurde. Hier macht VW ebensowenig eine Ausnahme wie die anderen in Brasilien investierenden Imperialisten.

Das gewerkschaftliche Forschungsinstitut DIEESE hat errechnet, daß eine vierköpfige Familie das fünffache des gesetzlich festgelegten Mindestlohns zum Leben brauchen würde – VW zahlt nach Gewerkschaftsangaben gerade das Dreifache. Ebenfalls nach DIEESE muß ein brasilianischer Arbeiter heute doppelt solange für die lebensnotwendigen Grundnahrungsmittel arbeiten wie 1965.

Seit einiger Zeit bemühen sich die Imperialisten mit ihren Produkten auch in die „weniger kaufkräftigen Schichten einzudringen", um so ihren Markt auszudehnen. Dies geschieht durch breite Werbekampagnen und sogenannte Finanzierungsangebote. Ergebnis ist, daß von dem ohnehin knappen Geld immer weniger für Grundnahrungsmittel und verhältnismäßig mehr für „Luxus"gegenstände ausgegeben wird.

1970 wurden 77% aller Konsumentenkredite für Autos ausgegeben hältnismäßig mehr für „Luxus"gegenstände ausgegeben wird. 1970 wurden 77% aller Konsumentenkredite für Autos ausgegeben (laut Statistik der Banco do Brasil, nach „Brasilien", Berlin, März 76).

Ergebnis dieser „Käuferwerbung" der Imperialisten in Brasilien ist die immer weiter zunehmende Unterernährung und als Folge Krankheit und Tod. Allein in neun Monaten gab es in Brasilien 20 000 Fälle von Menigitis, das ist Hirnhautentzündung, die unter anderem als Folge von Unterernährung auftritt. 14 000 Fälle davon waren tödlich. Im September 74 starben nur in Sao Paulo 455 Menschen daran. „DIEESE" schreibt dazu: Die multinationalen Konzerne haben ein Kreditsystem hervorgebracht, mit dem es heute leichter ist, ein Auto zu kaufen als ein Paar Schuhe („Chilenachrichten", Nr. 41).

Darüberhinaus ist VW längst in das „Amazonasgeschäft" eingestiegen. VW hat – unterstützt durch enorme Steuervorteile durch den brasilianischen Staat – ein 140 000 ha großes Gebiet im Amazonas-Urwald gekauft. Ziel ist, dort ein gigantisches Viehzuchtunternehmen für den Export aufzubauen. Dieses Ziel erfordert die Vertreibung der bereits dort angesiedelten Kleinbauern und der Indianer. Außerdem setzte VW Maßstäbe für die Imperialisten durch eine neue und besonders billige und schnelle Umwandlung des Urwalds in Weideland: VW hat begonnen, den Urwald ohne Rücksicht auf die dort lebenden Indianer und ohne Rücksicht auf mögliche gefährliche Klimaveränderungen den Urwald durch riesige Waldbrände zu roden. Dieses Vorgehen war selbst den brasilianischen Behörden zu riskant und dem VW-Konzern wurde eine Strafe angedroht die aber wohl nie durchgesetzt wird. („Neue Züricher Zeitung", = „NZZ", 3.8.76 und „FR", 27.9.76).

Vertreibung und Ermordung von kleinen Siedlern und Indianern, Tausende von Menschen, die durch Unterernährung und Krankheit zugrunde gehen, 6000 Arbeitsunfälle pro Tag und darüber hinaus Tausende von politischen Gefangenen und brutalste Folter – das ist *„Entwicklungspolitik im besten Sinne"* von VW, die Gewerkschaftsboß Loderer eifrig mit unterstützt.

Lateinamerika-Kommission



Chile: Unterernährung an der Tagesordnung

Wir wollen im folgenden noch einmal die wirtschaftliche Situation Chiles und besonders die Elendssituation des chilenischen Volkes darstellen. Vorweg muß gesagt werden, daß die Zahlen im Artikel aus Angaben in der „Neuen Zürcher Zeitung' („NZZ") vom 5.11.76 stammen, d.h. daß dies offizielle chilenische Zahlen sind, die noch stark untertrieben sind.

Das „Wirtschaftswunder" Chiles

Die chilenischen Faschisten sprechen ständig von Erfolgen, die sie auf wirtschaftlichen Gebiet erzielen konnten. Die Lage der Bevölkerung spricht allerdings eine andere Sprache. Insgesamt kann man sagen, daß die chilenischen Faschisten das Land in die größte Wirtschaftskrise geführt haben und das Volk in Hunger und Elend. Die Arbeitslosenrate liegt nach wie vor bei rund 30% und ist in der Tendenz eher weiter ansteigend.

– Ein Teil der Nichtarbeitslosen ist in Arbeitsbeschaffungsprogramme gesteckt worden. Für 177000 Menschen bedeutet das befristete Anstellung und einen Hungerlohn von 505 Peso. Dazu kommt, daß dieses Notprogramm für Arbeitslose mit kinderreichen Familien gedacht ist, der Lohn also für besonders viele Menschen reichen muß.

– Doch auch den Chilenen, die noch eine Arbeit besitzen, geht es absolut nicht besser. Sie erhalten den staatlich verordneten Mindestlohn von 600 Peso und kommen selbst mit Familienzuschlägen höchstens auf 1000 Peso im Monat. Allerdings hat das Nationale Statistische Institut eine Rechnung aufgestellt, die beweist, daß das zuviel zum Sterben und zuwenig zum Überleben ist. Sie hat den Preis eines Grundwarenkorbes einer Standardfamilie mit zwei Erwachsenen und drei Kindern berechnet und kommt auf 1260 Peso. Berechnet man noch die sonstigen Ausgaben, stellt man fest, daß eine Familie ihren Nahrungsbedarf nur zu 60% decken kann.

Bereits Ende Mai hatten 10 Gewerkschaftsführer in einem Brief an Pinochet festgestellt, daß die reale Kaufkraft seit dem faschistischen Putsch 1973 im Durchschnitt um 55% gefallen und daß 50% der Lohnabhängigen nicht mehr als den Mindestlohn verdienen.

Die Kinder sind besonders betroffen!

Seit dem Beginn der faschistischen Herrschaft sind die Kinder am stärksten von der Hungerpolitik betroffen. So wurden die täglichen Milchrationen abgeschafft. Zwar gibt es teilweise kirchliche , aber auch einige staatliche „Volksküchen", die – bei weitem nicht an alle hungernden Kinder – fünf warme Mittagessen wöchentlich ausgibt. Doch auch dieser Tropfen auf den heißen Stein ist für dieses Jahr um 50% gekürzt worden.

Ergebnis dieser Situation ist eine ständig steigende Zahl an unterernährten Kindern. Offizielle Zahlen sprachen schon vor 1 1/2 Jahren von 18% der unter Sechsjährigen, die unterernährt seien. Nach neueren Angaben beträgt die Zahl in städtischen Gegenden 22% und in ländlichen 40%! Das kirchliche „Solidaritätsvikariat" stellte bei der Untersuchung von 9649 Kindern von Arbeitslosen fest, daß 66,4% klinisch unterernährt waren!

Ein weiteres Indiz für den Hunger ist der Konsumrückgang. Der Verbrauch von Öl sank 1973 bis 1975 um 33%, der von Weizen um 20% und der von Reis um 13%.

Diese Zahlen mögen das Ausmaß des Hungers deutlich machen.

Folge dieses ganzen Elends sind dann eine alarmierende Zunahme an Prostitution und Trinksucht und – trotz Verbots – steigende Zahlen der Abtreibungen.

Die Menschenfeindlichkeit der chilenischen Faschisten ist auf allen Gebieten wohl kaum noch zu überbieten.

Lateinamerika-Kommission

BRD – Chile

Good-Will Veranstaltung für die Junta in Hamburg

Am 7. Oktober fand in Hamburg eine Veranstaltung über *„die wirtschaftliche Lage in Chile unter besonderer Berücksichtigung der Zusammnenarbeit mit deutschen Unternehmen"* statt. Eingeladen hatten die Handelskammer Hamburg und der Ibero-Amerika Verein. Die Veranstaltung fand im intimen Kreis von 20 - 25 Kapitalistenvertretern statt, das Referat hielt der Präsident des Dachverbandes der Industrie und Handelskammern und Wirtschaftsverbände Chiles, Manuel Valdés, sozusagen der chilenische Gesamtkapitalist in einer Person.

Hier ein paar Kotzproben aus seinem Referat:

Nach der Phase des Chaos (gemeint ist die Regierungszeit der Unidad Popular), sei eine tiefgreifende Veränderung, auch eine neue Mentalität notwendig gewesen, in deren Rahmen Führerschaft, Eigeninitiative und kreative Fähigkeit überwögen. Die verstaatlichte Wirtschaft müsse erneut in den privaten Sektor überführt werden.

Chile habe erhebliche wirtschaftliche Probleme, z. B. eine Inflationsrate von 220 %, dies sei nicht zuletzt eine Folge der politischen Isolation der Junta, das „schlechte Image" Chiles. In diesem Zusammenhang bedankte sich Valdés, besonders bei der D e u t s c h e n B a n k, deren Tochtergesellschaft, die Deutsch-Südamerikanische Bank, als erste mit einem Unterstützungskredit geholfen habe. Otto Wolf von Amerongen bezeichnete er als‚großen Freund von ihm'.

Darauf versprach er den anwesenden Kapitalisten in Chile paradiesische Zustände:

Das Land solle für das Auslandskapital weit geöffnet werden, deshalb auch keine weitere Mitarbeit im Andenpakt. Die Bildung von Verkaufskartellen mit dem Ziel, höhere Peise für Rohstoffe zu erzielen sei ein Fehler, Verkaufsrückgang wäre die Folge. Statt mit den Andenpakt-Staaten arbeite man jetzt eng mit Brasilien und Argentinien zusammen. Ansonsten versprach er der Privatinitiative der Kapitalisten volle Freiheit, denn durch staatliche Eingriffe gingen nun mal sämtliche private Freiheiten kaputt. Man wolle jetzt keinen demagogischen „Populismus" mehr, es gebe ihn jetzt auch nicht mehr.

Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmern sah Valdés im Bereich des großen Bergbaus, wo viel Kapital benötigt werde, ferner bei der Erschließung der Meere als Quelle der Ernährung und in der Agrarindustrie. Bei der Agrarindustrie fehle vor allem das technische „Know How" für den Export des empfindlichen Gemüses.

Aufhorchen sollte man bei dem Lob, das Valdés für die deutsche Lehrlingsausbildung übrig hatte: In Deutschland gebe es eine betriebliche Lehrlingsausbildung, bei der den Lehrlingen neben dem fachlichen Können noch der Wert der Arbeit, eine Arbeitsmoral beigebracht werde. So etwas habe Chile auch sehr nötig.

Nach allgemeinem Applaus wurde noch kurz diskutiert. Den Tourismus als Devisenbringer zu fördern wurde vorgeschlagen. Auf die Frage, warum der Belagerungszustand immer noch nicht aufgehoben sei, ob das Auslandskapital nicht vielleicht deshalb noch vorsichtig mit Investitionen sei, weil sich die Junta offensichtlich nur mit äußerster Repression an der Macht halten könne, versuchte Valdés zu beschwichtigen: Er beschwerte sich über die unrichtige und verleumderische Berichterstattung über Chile. Es gebe gar keine politischen Gefangenen, es handele sich vielmehr um Terroristen, oder um Leute, die sich vor Gericht für ihre Taten während der chaotischen Zeit in Chile verantworten müßten. Bezüglich des Ausnahmezustandes könne man durchaus sagen, daß die Frauen dafür dankbar seien, da jetzt ihre Männer mehr zu Hause seien! Bei allem Respekt vor der Demokratie in der Bundesrepublik müsse er doch sagen, daß er hier während seines Aufenthaltes mehr Uniformierte gesehen habe als in Chile.

Lateinamerika-Kommission

Neues UP-Dokument veröffentlicht

Schon seit längerem planten die Revisionisten eine Wiederbelebung der Unidad Popular. Ein Programmentwurf für eine gemeinsame Arbeit wurde dazu bereits im Juli '75 veröffentlicht. Nun ist am 11. September eine Plattform der UP-Parteien (PC, MAPU, IC, PS) erschienen, die zur Bündnispolitik gegenüber den Christdemokraten und auf der anderen Seite dem MIR Stellung nimmt. Außerdem geht das Dokument auf Fragen der Ausrichtung einer zukünftigen Nachfolgeregierung, auf die institutionellen Grundlagen eines neuen chilenischen Staates und auf Fragen der Wirtschaftspolitik und des Internationalismus ein.

Insgesamt ist festzustellen, daß dieses Papier in der allgemeinen Aussage Zugeständnisse gegenüber dem MIR enthält. Im Gegensatz zu dem letzten Pamphlet der revisionistischen Partei („Der Linksradikalis-

MIR enthält. Im Gegensatz zu dem letzten Pamphlet der revisionistischen Partei („Der Linksradikalis-

mus, das trojanische Pferd des Imperialismus"), in dem der MIR wegen seiner illegalen Arbeit als Abenteurer angegriffen wird, wird hier keine Kritik am MIR geübt. Teilweise werden Thesen des MIR, die allgemein genug sind, um sie später abschwächen zu können, sogar übernommen.

Neue Erkenntnisse über die Christdemokraten ??

Die UP-Parteien, besonders die Revisionisten, hatten, trotz der Mittäterschaft der Christdemokratischen Partei am Faschismus, sich bisher nicht gescheut, ihre Bündnisangebote an diese Banditen immer neu aufzuwärmen, ohne daß die PDC sich bisher genötigt gesehen hat, darauf in irgendeiner Form einzugehen. In der neuen Plattform klingt (!) es nun erstmal ganz anders:

„Mit der Krise des Faschismus sind verschiedene Nachfolge-Alternativen aufgetaucht und werden weiterhin auftauchen, die einen versöhnlichen Kurs mit dem Faschismus steuern, mit dem Imperialismus unter einer Decke stecken und sich gegen den Volkswiderstand richten. Wie das Scheitern des Vorstoßes von Frei bewies, haben Vorhaben keinen Wert und keine Zukunft, die sich gegen die Einheit richten, eine ‚eingeschränkte Demokratie' vorsehen und an sich schon antidemokratisch und unannehmbar (!) sind".

Ferner wird in dem Dokument anerkannt, daß es *„innerhalb der christdemokratischen Partei verschiedene Denkrichtungen gibt und ein Teil ihrer Führung den Putsch unterstützte"*.

In der konkreten Bündnispolitik wird diese neue Erkenntnis allerdings allzu schnell wieder vergessen:

„ ... *schlagen wir d e n Christdemokraten und allen bewußten Antifaschisten gemeinsame Aktionen gegen die Diktatur auf den verschiedensten Gebieten vor"*. Vor 2 1/2 Jahren hat man sich da noch klarer geäußert: „ ... *wir wünschen, daß sich die Gesamtheit der Christdemokraten in den Widerstand und die antifaschistische Front integriert"* (Plattform der UP-Parteien zum 1. Mai 1974).

Die Widersprüche in dieser Frage sind das Haupthindernis für das Zustandekommen einer Einheit der linken Parteien und antidiktatorischen Kräfte. Die neuen Aussagen tragen der Tatsache Rechnung, daß das Bemühen um ein Bündnis mit der gesamten PDC total gescheitert und bei MAPU und IC zunehmend auf Kritik gestoßen sind.

Ein ähnliches Zugeständnis wird in der Frage des bewaffneten Kampfes gemacht. Hieß es in dem Pamphlet „der Linksradikalismus, das trojanische Pferd des Imperialismus" noch, die militärische Linie des MIR sei Abenteurertum, Terrorismus, usw., wurde hier der MIR wegen seiner illegalen Arbeit kritisiert, so wird in dem neuen Dokument zum bewaffneten Kampf gar nicht ausdrück-

ner illegalen Arbeit kritisiert, so wird in dem neuen Dokument zum bewaffneten Kampf gar nicht ausdrück-

lich Stellung genommen. Es heißt hier lediglich:

„Die schöpferische Verbindung von legalen, halblegalen, und illegalen Formen der Massenaktion und das Vorantreiben ihrer Kämpfe ist Schlüsselbedingung für den Sieg ... die Volksbewegung wird zur Niederwerfung des Faschismus im Laufe ihrer Aktionen alle notwendigen Kampfformen entwickeln und keine a priori ausschließen."

Ähnlich allgemein wird auch zu den anderen Fragen Stellung genommen. Die Konzeption der „KP" Chiles wird deutlich an den Vorstellungen, die die UP über die Zeit nach der Junta hat. Aus der Tatsache, daß *„die herrschende Institutionalität, die rechtsprechende Gewalt, insbesondere der oberste Gerichtshof, die Rechnungsbehörden und die Streitkräfte im Putsch ihren Klassencharakter geoffenbart ..."* haben, wird nicht etwa gefordert, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen. Stattdessen ist es notwendig, für die Streitkräfte *„einen umfassenden und ehrgeizigen (!) Plan zur radikalen Umwandlung ihrer Ideologie und der sie heute beherrschenden Wertvorstellungen in Angriff zu nehmen und neue organische Strukturen zu schaffen, die nicht die Disziplin ablehnen, sondern sie auf fortschrittliche Grundlagen verpflichtet werden, durch die enge Verbindung* (der Streitkräfte – Anm. d. Red.) *mit den Organisationen des Volkes und die Demokratisierung des Rekrutierungssystems der Kader"*.

Das sind die alten Illusionen der Reformierbarkeit der bürgerlichen Armee, der Verpflichtung der Militärs auf fortschrittliche Inhalte. Angesichts dieser Aussagen und den blutigen Erfahrung mit der Politik der UP sind Ankündigungen, *„den Faschismus und die Grundlagen seiner Macht ... für immer zu vernichten"* kaum glaubhaft.

Ansonsten macht die *„Unidad Popular keinen Hehl daraus, daß sie eine sozialistische Perspektive verfolgt"*, ein, wenn auch ziemlich verwaschenes, antifaschistisches und antiimperialistisches Programm, das *„die von der Junta bis aufs Äußerste verstärkten Fesseln der Abhängigkeit des Landes abschütteln und das extreme Elend ... bekämpfen"* will.

Dieses Dokument ist in den Chile-Nachrichten vom 30.10.76 abgedruckt und es ist zu erwarten, daß es in Teilen der Linken starke Verwirrung stiften wird, da die Mitunterzeichner, MAPU, Christliche Linke (IC) und PS erst vor zwei Monaten eine gemeinsame Erklärung mit dem MIR herausgegeben haben. In dieser Erklärung beziehen die linken Organisationen allerdings einen wesentlich klareren Standpunkt zu den brennenden Fragen, wie die Bündnispolitik mit der Christdemokratischen Partei oder die Frage des bewaffneten Kampfes.

ten Kampfes.
„.. .. So ist eine Taktik falsch, die vorschlägt, sich mit der christdemo-

„.. .. So ist eine Taktik falsch, die vorschlägt, sich mit der christdemokratischen Partei in ihrer Gesamtheit zu verbünden und eine Front mit ihr zu bilden .." (Erklärung von MIR, MAPU, PS und IC vom September '76 in Frankfurt).

Das Dokument der UP-Parteien, in dem der MIR ausdrücklich als ein Teil der antifaschistischen Front bezeichnet wird, stellt insofern die Tatsache in Rechnung, daß die Rolle und Bedeutung des MIR im chilenischen Widerstand so bedeutend ist, daß die Erklärung der Auslands-UP ihn nicht einfach ausklammern kann.

Insbesondere der MAPU dürfte wohl auf die Einbeziehung des MIR bestanden haben. Die klaren Aussagen, die g e s a m t e PDC in die antifaschistische Front mit einzubeziehen, tragen den Stempel der Revisionisten und der im Ausland stark vertretenen rechten Strömung der Sozialistischen Partei (PS).

Insgesamt handelt es sich um einen weiteren vergeblichen Versuch der „KP" Chiles, das UP-Bündnis zu reorganisieren. Die Erklärung und damit das Bündnis stehen selbst im Ausland auf sehr wackligen Beinen. Zur Aufrechterhaltung mußten die Revisionisten die Erklärung unterschreiben, daß der von ihnen bis aufs Messer bekämpfte MIR genannt und Kritiken am MIR nicht durchgesetzt werden konnten.

In Chile selbst spielt diese Erklärung keine Rolle. Dort gibt es weder eine reorganisierte UP noch ein Bündnis mit der Christdemokratie, sondern Teile der PS, der Christlichen Linken, des MAPU und auch Teile der Basis der „KP" arbeiten im Widerstand mit dem MIR zusammen. Das jetzige UP-Dokument zeigt nur, daß die revisionistischen Konzeptionen und das Bündnis mit den anderen Parteien immer deutlicher werdende Risse trägt. Der Zeitpunkt naht heran, wo eine klare Trennung zwischen den revolutionären und reformistischen Teilen und Kräften des chilenischen Widerstands vollzogen wird.

Lateinamerikakommission

Gladys Diaz weiter in Haft

Gladys Diaz weiter in Haft

Folterzentren sollen besser getarnt werden

Chile. Die Journalistin und Präsidentin der chilenischen Rundfunkgewerkschaft und MIR-Genossin Gladys Diaz ist immer noch in Haft. Bis vor kurzem wurde sie zusammen mit verschiedenen UP-Mitgliedern wieder im KZ ‚Tres Alamos' gefangen gehalten. Sie war während ihrer jetzt schon 1 1/2-jährigen Haftzeit diverse Male abgeholt und gefoltert worden.

Anläßlich der OAS-Tagung im Juni '76 gelang es der amerikanischen Journalistin Joanne Omang Gladys Diaz und andere Frauen im Lager zu sprechen. Gladys Diaz:

„Ich bin die einzige, die noch lebt von all den Leuten, mit denen ich zusammen inhaftiert worden bin, der Rest wurde in der Villa Grimaldi zu Tode gefoltert". Die Villa Grimaldi ist eine der Folterzentralen, die jetzt anläßlich der OAS-Tagung geschlossen wurde. Während dieser Zeit besuchte auch der OAS-Generalsekretär Alejandro Orfila das KZ ‚Tres Alamos'. Dieser saubere Herr äußerte sich später so:

„Das Wort acceptable (annehmbar) beschreibt am besten die Verhältnisse. Ich fragte nach den Gesundheitsverhältnissen und der Ernährung und bekam keine einzige negative Antwort."

Dies, obwohl ihn die Frauen – in Gegenwart der Folterknechte! – auf ihre katastrophale Situation ansprachen! Einige Frauen berichteten, daß sowohl die Ernährung als auch die sanitären Verhältnisse sich während der zweiwöchigen OAS-Tagung auffallend verbessert hätten. Sie fügten hinzu, daß viele Gefangene an Grippe oder anderen Atembeschwerden erkrankt seien und gaben den ungeheizten Gebäuden, in denen sie zu sechst in Räumen von 12 Fuß x 12 Fuß (= 3,60 x 3,60 m) leben, die Schuld.

Kurze Zeit später – sie hatte gerade ein Visum zur Ausreise nach Österreich erhalten – verschwand Gladys zum dritten Mal. Die DINA hatte sie in das ihr unterstellte Lager ‚Cuatro Alamos' gebracht. In diesem Lager hält die Junta die für sie besonders wichtigen Gefangenen und alle, die sie verschwinden lassen will, fest. Dem würde sehr wohl entsprechen, daß am 5. August '76 ein Vertreter der chilenischen Botschaft in der BRD erklärte, die Journalistin habe schon vor sechs Monaten das Land verlassen.

Die weltweiten Kampagnen gegen die chilenischen Konzentrationslager haben dazu geführt, daß einerseits noch bestehende Lager für den Besuch von Ausländern präpariert werden, andererseits die offiziellen Lager aufgelöst werden sollen. Damit haben sich die Gefahren für die politischen Gefangenen aber durchaus nicht verringert. Denn während Anfang des Jahres nur von fünf Prozent der politischen Gefangenen der Aufenthaltsort nicht bekannt war, habe sich diese Zahl auf 50 % bis heute erhöht, berichtete Pfarrer Werner auf einer Tagung der evangelischen Studentengemeinde Mitte Oktober in Essen.

Die BRD weigert sich weiterhin, verfolgte Linke aus Chile aufzunehmen. Ein letztes Indiz für die Haltung der BRD ist eine Liste, die im Auswärtigen Amt existiert, und die im Zusammenhang mit dem Besuch des Staatssekretärs Moersch Anfang Juli in Chile dem chilenischen Innenminister Benavides übergeben wurde („Mercurio", 6.7.76), mit der Bitte, die darauf genannten Personen freizulassen.

Auf der Liste sollen nur solche Personen gestanden haben, die ein deutsches Visum haben und noch gefangen gehalten werden. – Gladys Diaz stand nicht auf der Liste!

Lateinamerika-Kommission

Repression und Widerstand in Argentinien

Die Lage in Argentinien spitzt sich weiterhin zu. Die zahlreichen Streiks der Arbeiter zunächst in den Automobilwerken (ca. 70.000!), dann die Streiks in den Elektrizitätswerken in Buenos Aires (ca. 30.000 Kollegen) halten weiter an. Seit zwei Wochen befinden sich die Hafenarbeiter von Buenos Aires im Streik für höhere Löhne, in fast allen Bereichen der argentinischen Industrie finden Bummelstreiks, unter anderem auch wieder in der Automobilindustrie, statt.

Die faschistische Junta unter General Videla hat Streiks zwar verboten und hohe Gefängnisstrafen verordnet, allerdings ist es noch nicht zur offenen Konfrontation zwischen den Arbeitern und der Junta gekommen („Neue Zürcher Zeitung", 13. 11.76).

Die Militärs konnten die Arbeiter in manchen Betrieben nur mit dem Gewehr zur Arbeit zwingen. Wurden die Streikführer verhaftet, solidarisierten sich die Arbeiter und setzten ihre Demonstrationen fort. Die Junta mußte im Falle des Streiks der Elektrizitätsarbeiter alle festgenommenen Arbeiter wieder entlassen und sie gingen wieder zur Arbeit („Chile-Nachrichten", 30.10.76).

Aber die Lage des Widerstandes ist nicht nur durch die Massenstreiks gekennzeichnet. Die Genossen der PRT/ERP und die linken Montoneros konzentrieren sich in ihrer Arbeit im Widerstand auf diese Massenbewegung und propagieren den bewaffneten Widerstand selbst durch zahlreiche Guerilla-Aktionen.

Anfang November explodierte in der Stadt La Plata eine Bombe im Polizeihauptquartier, wobei elf Bullen verletzt und dem kommandierenden General ein Arm abgerissen wurde. In Buenos Aires wurde der ehemalige Luftwaffengeneral Valis, Direktor einer Metallfabrik, ebenfalls durch eine Bombe getötet. In einem Vorort von Buenos Aires wurde ein Personalchef einer Textilfabrik erschossen usw. („Süddeutsche Zeitung", 11.11. und „Neue Zürcher Zeitung", 18.11.76).

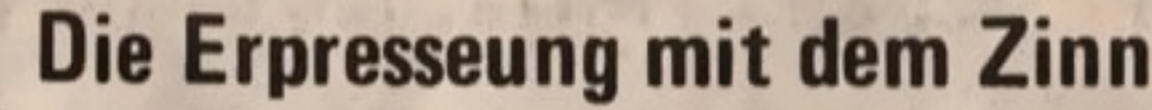
Der bewaffnete Widerstand richtet sich fast ausschließlich gegen höhere Offiziere und Bullen und vor allen Dingen gegen Direktoren und leitende Angestellte von Fabriken. Ziel ist es dabei – neben dem Aspekt, daß diese Aktionen dem Widerstand einen gewissen Auftrieb geben – die Rechten einzuschüchtern und die Ziele General Videlas und seines Wirtschaftsministers de Hoz nach „nationaler Sicherheit" zu durchkreuzen. Nach den offiziell vorliegenden Zahlen der Toten in den ersten zehn Monaten dieses Jahres entfallen dabei 27% auf die Faschisten, 10% auf die Bullen, 3% auf die Militärs und 2,5% auf Betriebsdirektoren und leitende Angestellte. Zweifellos stimmen diese Zahlenangaben nicht, da der Anteil der ermordeten Arbeiter, der Flüchtlinge aus anderen lateinamerikanischen Ländern und der Guerillas extrem höher liegt, dennoch wird daraus ersichtlich, daß es der Junta nicht gelungen ist, das „Chaos" zu beseitigen.

Das größte Kopfzerbrechen machen der Junta die Arbeiter. Über den weiter einzuschlagenden Kurs gibt es innerhalb der Junta erhebliche Differenzen. Auf der einen Seite stehen die sogenannten „Pinochetisten", die einen harten Kurs a la Chile ansteuern. Diese Kräfte sind in den Kommandostäben der Luftwaffe und Marine zu finden. Diesen Faschisten ist es gelungen, in den Provinzen Argentiniens Parallelkommandos aufzubauen, um eine weitere Ausrichtung nach rechts vorzubereiten („Neue Zürcher Zeitung", 13.11. 76).

Auf der anderen Seite meldete sich auch eine rechts-bürgerliche Strömung innerhalb der Armee zu Wort. Ihre Führer, die Generäle Bussi und Diaz-Bessone, kritisierten offen die „Sparpolitik" der jetzigen Regierung und setzten sich während der Arbeiterstreiks für Zugeständnisse in Fragen der Lohnerhöhungen ein. General Bussi, Provinzgouverneur von Tucuman, kritisierte die jetzige Wirtschaftspolitik mit den Worten: *„Wenn ich hier zehn Guerilleros liquidiere, schicken Sie mir mit Ihrer Wirtschaftspolitik zwanzig neue"* („Neue Zürcher Zeitung", 13.11.76).

Fest steht jedenfalls, daß die geplante „Einfrierung der Löhne" seitens der Junta von den Massenstreiks durchbrochen worden ist. Nach den Gesetzen des US-Imperialismus ist eher mit einer schärferen Gangart zu rechnen.

Lateinamerika-Kommission



Die Erpresseung mit dem Zinn

Die Erklärung des Militärausschusses des Repräsentantenhauses der USA, einen Teil ihrer riesigen Zinnreserven zu verkaufen, trifft Bolivien, und vor allem die Arbeiterklasse, sehr hart. Bolivien bestreitet 70 % seiner Deviseneinnahmen aus dem Verkauf von Zinn und die wirtschaftlichen Folgen werden nicht ausbleiben. Die Zinnverkäufe der USA in Höhe von 746 Millionen Dollar führten an den Börsen zu starken Kurseinbrüchen, die sich wiederum auf die Deviseneinnahmen Boliviens auswirken. Damit bauen die US-Imperialisten einen Teil ihrer 200.000 to Reserven ab – das ist der Weltverbrauch eines ganzen Jahres! Diese Maßnahme der USA zielt darauf ab, mit wirtschaftlicher Erpressung gegen Bolivien vorzugehen. Die USA erklärten sich dann auch bereit, Bolivien als „Ausgleich" einen 25-Mio.-Dollar-Kredit einzuräumen. Die Zinnverträge zwischen den USA und Bolivien sind nach dem Kriege von den USA zu einem niedrigen Kurswert diktiert worden und bis 1970 gleich geblieben.

Mit dieser wirtschaftlichen Maßnahme wollen die USA die Entwicklung Boliviens stärker in den Griff bekommen als bisher („Chile-Nachrichten", 30.10.76).

Lateinamerika-Kommission

Einheit im Volkswiderstand

„...Die politische Macht durch den bewaffneten Kampf erreichen..."



Thailand. Wie wir bereits berichteten, reagierte die Sozialistische Partei Thailands (SPT) auf den faschistischen Putsch mit einer beispielhaften Änderung ihrer bisherigen Politik – sie rief zum bewaffneten Kampf gegen die Faschisten auf.

In ihrer Erklärung zogen führende Mitglieder der SPT die Lehren aus dem Putsch:

„Die blutigen Vorfälle am 6. Oktober haben uns – Mitglieder der SPT – zu der Entscheidung gebracht, daß der Kampf der patriotischen und demokratischen Menschen für nationale Unabhängigkeit, Volksdemokratie und wirklichen Wohlstand des Landes n i c h t auf dem parlamentarischen Weg geführt werden kann. Die reaktionäre herrschende Klasse war niemals ehrlich gegenüber dem Volk und hat niemals gute Absichten gegenüber dem Land gehabt.

Die sogenannte Demokratie, die die herrschende Klasse dem Volk gibt, ist nur ein zuckerumhülltes Gift zur Täuschung der Menschen. Tatsache ist, sie akzeptieren nicht nur nicht Demokratie, selbst ihr eigenes sogenanntes Demokratiesystem ist der herrschenden Klasse schon zu viel, darum haben sie es zerstört und das grausame Gesetz der faschistischen Diktatur an seine Stelle gesetzt. Wie oft haben die thailändischen Menschen, die patriotisch sind und Demokratie lieben, ihnen eine Chance gegeben? Wie lange haben die Menschen Unterdrückung und Ausbeutung ertragen. Was sie zurückbekamen, war der Verlust von Blut und hunderten und tausenden Menschen. (...)

Die blutigen Opfer der tapferen Helden des 6. Oktober markieren das Ende des Kampfes mit parlamentarischen Mitteln. Sie machten uns sehr deutlich, daß die Menschen Unabhängigkeit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit nie erreichen werden durch Betteln um Entgegenkommen und Gnade von irgendeiner Person oder Institution. Die Menschen müssen ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen!"

Auf dieser Grundlage erklärte die SPT ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum Bündnis mit jeder patriotischen und demokratischen Kraft, gerade auch mit der Kommunistischen Partei Thailands, die den Widerstand organisiert.

„Um unsere edlen Aufgaben besser zu verwirklichen, haben wir beschlossen, uns mit Entschlossenheit am bewaffneten Kampf der Menschen zu beteiligen, solange bis der wirkliche Sieg dem Volk gehört."

Diese klaren Lehren aus dem Putsch, die klare Konsequenz des bewaffneten Kampfes, die die SPT zog, sucht in der Tat heute ihresgleichen. Man denke hierbei nur an die KP Chiles, die auch nach dem faschistischen Blutbad in Chile an ihren schädlichen Positionen des friedlichen Weges zum Sozialismus festhält.

Über die Auswirkungen des SPT-Aufrufes berichtet die fortschrittliche Zeitung „New Asia News", am 29.10.: *„Die SP-KP Allianz wird mit Sicherheit die Moral der Linken im allgemeinen stärken. Es gibt alle Anzeichen dafür, daß auch andere Gruppen – unter Umständen auch der Nationale Studentenverband – dieser neuen Allianz beitreten werden."*

Daß eine solche Entwicklung ermöglicht wurde, daß sich heute ganz offensichtlich entscheidende Sektoren des Widerstandes einigen auf die Strategie des bewaffneten Kampfes, liegt vor allem an zwei Faktoren. Zum einen an der langfristigen Propagandaarbeit und den konkreten Aktionen durch die Kräfte der KP Thailands. Die KP hat ständig über ihren Radiosender, über direkte Agitation und ihre konkreten Aktionen eine Alternative zum parlamentarischen Kampf aufgebaut. Diese langfristige Klein- und Vorarbeit der KP ist mit Sicherheit eine Grundlage für die sich heute entwickelnde Einheit des Widerstandes. Ein weitere Faktor sind die Erfolge in Indochina – in den chinesischen Ländern war es ja gerade die Politik des Volkskriegs, die Politik der antifaschistischen und antiimperialistischen Einheitsfront, die den Sieg brachte!

Mittlerweile gibt es Belege für die Beteiligung von weiteren Kräften am bewaffneten Kampf. So berichtet die „New Asia News" am 29.10. davon, daß am Morgen nach dem Putsch *„mehr als 100 Studenten der Kohn Kaen Universität drei Busse kaperten und mit ihnen in die Guerilla-Gebiete im Phupan-Gebirge fuhren."*

Ganze Klassen von Medizinstudenten der Chiangmai und Mahidol-Universität sind ebenfalls zu den Befreiungskräften geflüchtet. „New Asia News" schätzt die Zahl der Flüchtlinge insgesamt auf 30.000 – wovon Teile Kontakt zu den Befreiungskräften suchen oder die Grenze nach Laos überschreiten. So berichtete Radio Hanoi am 18.10. von mehreren Hundert Studenten, Journalisten und anderen, die nach Laos flüchteten.

Die ersten Aktionen des Widerstandes werden inzwischen auch bekannt. So wurde in Bangkok eine Gruppe Wachsoldaten von vier Kämpfern erschossen. Auf eine amerikanische Radarstation im Norden des Landes wurde ein Anschlag versucht. Zwei Studenten versuchten die Station mit einem LKW – beladen mit 184 Stangen TNT (Sprengstoff) – in die Luft zu jagen („New Asia News" – „NAN", 29.10.).

In mehreren Landesteilen wurden Polizeistationen und Militärpatrouillen angegriffen.

Es ist also keineswegs ruhig im Land, der Widerstand ist keineswegs geschlagen. Im Gegenteil, **„alle Fakten zeigen – der Kampf in Thailand fängt erst an!"**, wie die „New Asia News" schreibt. In der Tat!

Anm.: Text der Erklärung der SPT aus „Summary of World-Broadcast/BBC" vom 25.10.76.

Asien-Kommission



asien aktuell

Südkorea: Aufrüstung, Ausbeutung, Unterdrückung

In der „Nach-Vietnam-Politik" des US-Imperialismus nimmt die koreanische Halbinsel eine zentrale Stellung ein. Korea grenzt an die UdSSR und an die VR China, sowie (nur durch die „Straße von Korea" getrennt) auch an Japan. Seit Jahrzenten haben die US-Imperialisten das von ihnen besetzte Südkorea zu einer waffenstarrenden Festung ausgebaut.

Nach wie vor befinden sich 40.000 Mann US-Truppen in Südkorea und die gesamte südkoreanische Armee wird von den USA kontrolliert.

Ständig finden gemeinsame Manöver der US- und der südkoreanischen Armee statt.

6. – 31.1.76: Zielschießen der US- und südkoreanischen Marine südlich der Koje-do Insel.

Februar 76: *„gemeinsame Übung in größtem Maßstab" unter dem Namen ‚Operation Krokodil' mit der Mobilisierung von Kampfbombern, Kriegsschiffen, Polizeitruppen, ‚Reservearmee' und ‚Zivilem Verteidigungskorps' "* (nach der südkoreanischen Zeitung „Choson Ilbo", 26.2.76)

5. März 76: Die USA führen „gemeinsame US-südkoreanische Luftangriff- und Sturzflug-Operationen" durch, um „Ziele auf dem Boden" zu zerstören und die Erde zu verbrennen. Dazu gehörten Ausfälle von „F-111"-Kampfbombern der US-Luftwaffe, der Abschuß von Raketen von „Cobra"-Hubschraubern aus, der Transport von Panzerabwehrgeschossen „TOW" und 105mm-Haubitzen durch „Henewgo"-Hubschrauber und der Abwurf von Napalm-Bomben durch „F-4-D Phantoms" (nach „Choson Ilbo", 6.3.76).

Diese Liste könnte noch weiter fortgesetzt werden.

Gleichzeitig mit der militärischen Aufrüstung läuft die Ausrichtung der ganzen südkoreanischen Gesellschaft auf den Krieg gegen die „Koreanische Volksdemokratische Republik" (Nordkorea).

Das Land steht unter Kriegsgesetzen. *„Die gesamte männliche Bevölkerung von 17 bis 50 Jahre ist dienstverpflichtet im sogenannten Zivilverteidigungskorps, das neben einer millionenstarken Armee besteht und selbst 4,5 Millionen zählt"* („TASS", 1.10.76; zitiert nach „Monitor-Dienst" 5.10.76).

Besonders unter der studentischen Jugend, von wo stets der größte Widerstand gegen das faschistische Regime kam, versucht die Park Chung Hi Clique Kanonenfutter für ihre Pläne zu rekrutieren. Da gibt es das *„studentische Verteidigungskorps, in dem die 190.000 Mitglieder außer Waffendrill auch die richtige Art des Beifallklatschens üben. Oberschüler, die zur schwarzen Schülermütze den gefleckten Tarnanzug des Verteidigungskorps tragen, gehören zum Stadtbild der südkoreanischen Hauptstadt"* („Weser-Kurier", 22.10.76).

„Mindestens vier Stunden pro Woche werden sie militärisch gedrillt, zwei Stunden büffeln sie das Pflichtfach ‚Militärwissenschaft' " („Spiegel" 25.10.76).

Die Militarisierung der südkoreanischen Gesellschaft dient neben der Aggression nach außen auch der Absicherung eines Profitparadieses im Inneren. Das meiste Kapital hat der japanische Imperialismus investiert, aber auch die USA und die BRD mischen kräftig mit.

Und das Angebot ist auch verlokkend: Die ersten 5 Jahre sind abgabenfrei, das Arbeitslosenheer von 1 Million (mehr als 7% der Bevölkerung) und das Streikverbot sichern den „Betriebsfrieden", die Löhne sind selbst für Ostasien sehr niedrig. So verdienen 400 Mädchen, die für einen westdeutschen Kapitalisten Hosen schneidern, 130 DM im Monat. Dafür arbeiten sie *„zehn Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Nur jeder zweite Sonntag ist frei, Urlaub gibt es überhaupt nicht"* („Spiegel", 25.10.76)

Wer aufmuckt, wird verhaftet, entführt, gefoltert, ermordet

Gegner des faschistischen Regimes sind selbst im Ausland nicht vor den Bluthunden des Geheimdienstes KCIA sicher. 1967 wurden mindestens 17 oppositionelle Südkoreaner aus der BRD verschleppt. 1973 holten die KCIA-Agenten – die oft mit dem Botschaftspersonal identisch sind – den Oppositionsführer Kim Dae Jung aus dem japanischen Exil. Die japanischen Behörden sahen zumindest stillschweigend zu.

Weltweiten Protest rief das Todesurteil gegen den berühmten Dichter Kim Chi Ha hervor. Die Strafe wurde in lebenslänglich umgewandelt – doch schon droht ihm ein neuer Prozeß. Vorgeworfen wird ihm, dem linken Katholiken, Kommunist zu sein. Und



das bedeutet in Südkorea Gefängnis, Folter und eventuell den Tod. Zum Beispiel gibt es das „Gesetz gegen den Kommunismus". Das bedeutet, wenn sich irgendjemand einer fortschrittlichen Partei oder Organisation anschließt und aktiv darin arbeitet oder damit sypathisiert, drohen ihm schwere Strafen (von 7 Jahren Gefängnis bis zur Todesstrafe). Wenn er sich mit einem Freund oder Verwandten eines Mitglieds einer solchen Organisation trifft, drohen ihm sieben Jahre Gefängnis. Jedes Jahr werden in sogenannten „Sammelprozessen" über eine Million Menschen verurteilt.

Doch trotz dieser brutalen Unterdrückung gelingt es dem faschistischen Regime nicht, Demonstrationen und Streiks unter den Studenten und Arbeitern zu verhindern.

Im September forderten Arbeiter auf einer Großkundgebung in Seoul die Freilassung eines Gewerkschaftsführers, der sie bei einem „illegalen" Streik unterstützt hatte. *„Augenzeugenberichten zufolge griffen die Demonstranten mit ‚äußerster Härte' die Polizei an"* („Frankfurter Rundschau", 20.9.76).

Kim Chi Ha schrieb in seinem Gedicht „Stimme des Volkes":

„Erhebt euch als einer, Arbeiter,
fünf Millionen!
Es geht allein ums Überleben.
Körper erschöpft, Heim bringt keine Ruhe –
nur die Plage, durchhalten zu müssen.
Vereinigt! Vertreibt die Ausbeuter,
Und sichert euch das Recht zu leben"
(Spiegel", 25.10.76).

Asien-Kommission

„ML"er und Trotzkisten gegen VR Angola

Wilde Hetze und stümperhafte Fälschungen

Die Hetze gegen die Volksrepublik Angola, die sich ihre Unabhängigkeit und sozialistische Perspektive unter so schweren Opfern erkämpft hat, wie keine der anderen ehemaligen portugiesischen Kolonien, gehört mittlerweile zur „normalen" Berichterstattung eines Teils der westdeutschen „Linken". Eine systematische Verleumdungskampagne wird von Gruppen wie der „KPD" und dem KBW angeführt, deren Auslassungen über die Volksrepublik Angola nunmehr durchgängig faschistische Dimensionen erreicht haben.

Unter der demagogischen Parole der „Fortsetzung des Befreiungskampfes des angolanischen Volkes" (KBW) werden die Reste der CIA-Marionetten FNLA/UNITA als die wahren Vertreter des angolanischen Volkes unterstützt und die Liquidierung der MPLA als „sozialfaschistische Marionettenclique Moskaus" („KPD") propagiert!

Für einen nicht unerheblichen Teil der westdeutschen Linken ist diese wilde Hetze von KBW und „KPD", die vor allem der militanten Ausrichtung der verbliebenen Mitglieder dieser Gruppen gegen den „Sozialimperialismus" dient, zwar ein zu starker „Tobak" und unglaubwürdig, aber dennoch nicht wirkungslos geblieben. An diese Kreise wenden sich KAB"D" und vor allem die trotzkistischen Organisationen GIM und Spartacusbund, die – profitierend von dieser Vergiftung der Solidarität mit der MPLA – eine geschicktere und subtilere Diskreditierung der angolanischen Revolution betreiben. Sie erfinden entweder „neokolonialistische" (KAB„D") oder „stalinistische" Tendenzen (Trotzkisten) in der MPLA und beklagen alle laut eine angebliche Repression gegen eine – von ihnen eigens erfundene – „angolanische Linke"!

Insgesamt ist die Verleumdungskampagne gegen die VR Angola das logische und „notwendige" Resultat der proimperialistischen Propaganda der westdeutschen Nachbeter der chinesischen Außenpolitik, wie sie während der imperialistischen Aggression gegen die VR Angola 1975 – 76 von diesen Kreisen betrieben wurde. Sie propagierten bekanntlich scheinheilig die „Einheit" der revolutionären MPLA mit den faschistischen Banden der FNLA/UNITA, was damals die aktuelle Parole des Imperialismus und der afrikanischen Reaktion gegen die MPLA war.

Ihre düsteren Prophezeiungen, daß bei einem Sieg der MPLA die „Knute des Sozialimperialismus" (KBW) regieren werde, müssen nun durch die schauerlichsten Gruselstories „bewiesen" werden. Auch die Trotzkisten hatten mit ihrer damaligen Position: „Militärische (?) Unterstützung und politische Bekämpfung (!) der MPLA" ihre heutigen Schilderungen der „bürokratischen Entartung" der MPLA gut vorbereitet.

Der politische Gleichschritt der ansonsten eher spinnefeindlichen Brüder aus der trotzkistischen und „ML"-Szene und die Maßlosigkeit ihrer Hetze und Schmähungen gegen ein revolutionär-demokratisches Land wie die VR Angola, diese willkommene Unterstützung imperialistischer Propaganda, ist eine neue Erscheinung in der westdeutschen antiimperialistischen Bewegung! Es ist nicht zu verkennen, daß selbst bei aufrechten Antiimperialisten, die die Positionen der „ML"er und Trotzkisten ablehnen, etwas davon verfangen hat und „hängengeblieben" ist. Wir haben uns deswegen die Mühe gemacht, sowohl das Ausmaß der – bei KBW und „KPD" eindeutig faschistischen Provokationen in einer kompakten Darstellung zu verdeutlichen, wie auch die „Details", die als „Belege" geliefert werden, zu analysieren und als Lügenmärchen zu entlarven.

Dabei wird u. a. deutlich, daß der blinde Haß gegen die MPLA und die VR Angola zu äußerst stümperhaften Fälschungen geführt hat, wenn beispielsweise verschiedene angolanische Organisationen und „Oppositionsgruppen", die sich gegenseitig (zumindest in Worten) entschieden als „Agenten des Imperialismus" bekämpfen, für die gleiche Sache („Kampf gegen den Sozialimperialismus" etc.) in Beschlag genommen werden.

Wir wollen mit diesem Artikel dazu beitragen, daß die Solidarität der westdeutschen antiimperialistischen Linken mit der VR Angola und der MPLA wieder angekurbelt und verstärkt fortgesetzt wird.

stischen Linken mit der VR Angola und der MPLA wieder angekurbelt und verstärkt fortgesetzt wird.

KBW und „KPD": Angola, ein „faschistisches System des Neokolonialismus"

Dieses Zitat aus der „Roten Fahne" (17.11.) könnte als Hauptüberschrift über dem wüsten Horrorbild stehen, daß „KPD" und KBW von der *„Aggression des sowjetischen Sozialimperialismus gegen das angolanische Volk"* (KBW) malen. Demnach besorgen *„die russischen Experten und die von ihnen ins Land geschickten kubanischen und DDR-Vasallen den größten Teil der faschistischen (!) militärischen und außermilitärischen Unterdrückung des Volkes und die Ausbeutung der Arbeiterklasse"* („Rote Fahne", („RF"), s. o.). Ins gleiche Horn stößt der KBW: *„Die kubanischen Söldnertruppen sind nicht als Befreier, sondern als Aggressoren ins Land gekommen"*, sie *„halten das Land besetzt"*, denn *„die Sowjetunion will Angola vollständig unter Kontrolle bekommen"* (alle Zitate aus der „KVZ" v. 18. November, der Ausgabe zum 1. Jahrestag der VR Angola ...). Wie diese „Kontrolle" konkret aussieht, weiß die „Rote Fahne" (s. o.) präzise zu berichten: *„Experten des Staatssicherheitsdienstes der DDR bauen den angolanischen Geheimdienst DISA auf, der (...) vor allem die faschistische (!) Kontrolle in den Gewerkschaften, Massenmedien und den Massenorganisationen ausübt"*, *„FDGB-Experten"* wurden zur *„sozialfaschistischen Gängelung der Arbeiterklasse"* eingesetzt. Die *„Henkersarbeit (!) für die Sozialimperialisten"* besorgen die *„Fremdenlegionäre der Sowjetunion"* (die kubanischen Genossen), ihre besondere Aufgabe ist es, die *„MPLA-Armee (...) zu einer „faschistischen Elitearmee"* zu verwandeln, *„in der nur noch die verhetzten Elemente sind"*. Um dies zu realisieren, seien *„immer neue blutige Säuberungsaktionen notwendig"*. Da die *„nationale und soziale Demagogie der MPLA-Führung immer brüchiger (wird)"*, *„greift sie immer mehr zu faschistischem Terror gegen die Arbeiterklasse"*: *„Wer morgens einige Minuten zu spät zur Arbeit kommt, erhält für den ganzen Tag keinen Lohn. Wer einen Tag krank ist, bekommt drei Tage Lohnabzug"* (alle Zitate „RF", s. o.).

Es versteht sich, daß weder die „Rotzfahne" der „KPD", noch irgendein anderes Organ der internationalen „ML"-Familie für die ganzen „detaillierten Informationen" über „Experten des Staatssicherheitsdienstes", „FDGB -Experten", „Henkersarbeit für die Sozialimperialisten", „faschistische Elitearmee", „blutige Säuberungsaktionen", „drei Tage Lohnabzug" bei Zuspätkommen usw. usf. auch nur den Schatten eines Belegs, die dürftgiste Quelle vorlegen. Es ist – gelinde gesagt – schlicht und einfach ausgedacht und zusammengeträumt, Träume perverser Hirne.

Es versteht sich von selbst, daß nach diesen ekelerregenden Lügengeschichten „zwangsläufig" eine Beschreibung des „Widerstands des Volkes" folgen muß:

„Gegen die Besatzermacht wird gekämpft", *„es handelt sich ... um die Fortsetzung des Befreiungskampfes des angolanischen Volkes" („KVZ", s. o.)*, denn *„das angolanische Volk (findet sich nicht damit ab), daß ... die Reichtümer von den neuen Kolonialisten davongeschleppt werden. ... Diesem Kampf muß unsere Unterstützung dienen"* (Flugblatt der KBW-Spalter des Heidelberger „Komitee südliches Afrika" vom 2.11.76). Was hier vom KBW propagiert wird, ist die ausschließliche Unterstützung der versprengten Reste der Konterrevolution, der Banden der FNLA/UNITA. Die westdeutschen Nachbeter der chinesischen Außenpolitik haben ihre niemals ernst gemeinte „Regierung der nationalen Einheit", jetzt auch öffentlich zu Grabe getragen, jetzt sind es **allein** die CIA-Agenturen, die die „wirklichen Gefühle der angolanischen Massen" mit der Waffe in der Hand" zum Ausdruck bringen: *„Die Kubaner, die sich als Kolonisatoren des Landes betätigen, treffen sowohl auf die Ablehnung der Massen wie auch auf den Widerstand von UNITA/FNLA"* („KVZ" v. 10.6.76).

Der Logik dieser „Argumentation" entspräche durchaus eine Spendenkampagne für FNLA/UNITA, zumal sich ihre erfundenen „Erfolge" durchaus sehen lassen können:

„Die Regierung der MPLA hält mit Hilfe der Kubaner nicht mehr als die großen Küstenstädte und einen schmalen Streifen, der die Eisenbahnlinie von Luanda nach Malaga im Zentrum des Landes umgibt" (FNLA-Statement, zustimmend zitiert in „KVZ" v. 18.11.76) und die „KPD" weiß gar zu berichten: *„Ins Landesinnere können sie* (die „sozialimperialistischen Söldner" – Red.) *sich kaum wagen. In einigen Städten Südangolas* (wie präzise) *erschallte auf Massendemonstrationen (!) der Ruf: ‚Sowjetische Herrschaft – Nie!'"* („Internationale Solidarität", Sept. 76, Zeitschrift der „KPD-Massenorganisation" "Liga gegen (?) den Imperialismus").

Gegen diesen „Widerstand des Volkes" führt die MPLA einen *„Ausrottungsfeldzug"* („RF"): *„Die Lage in Angola muß bereinigt werden. Jeder Widerstand soll zerschlagen werden"* („KVZ", 18.11.).

Die „Rote Fahne" weiß hier wieder einmal die in der „KVZ" (noch) fehlenden Einzelheiten nachzutragen: *„Ehe die Truppen vorrücken, werden die Gebiete zu ‚Feuer-Frei'-Zonen erklärt, die von Jagdbombern mit russischen und kubanischen Piloten massiv mit Bomben belegt werden. Es wird auf alles (!) geschossen, was sich bewegt."*

Diese Stellungnahmen sollen genügen, um zu veranschaulichen, daß die Vaterlandsverteidiger und der KBW in der jüngsten Zeit noch verstärkt die faschistische Lösung für Angola propagieren. Denn die Machtübernahme durch FNLA/UNITA ist bekanntlich gleichbedeutend mit der Machtübernahme Angolas durch die faschistsche „Republik" Südafrika, die den CIA-Agenturen UNITA/FNLA bis heute ungebrochen jede Unterstützung gewährt und die letzten Reste der UNITA von Namibia aus operieren läßt, sofern sie nicht direkt gegen die Befreiungsbewegung Namibias, SWAPO, eingesetzt werden.

Der angolanische Informationsdirektor de Almeida dementierte die angeblichen heftigen Kämpfe im Süden Angolas (die auch von der „KVZ" genüßlich kolportiert wurden, 18.10.) und sprach von einer *„Vergiftungskampagne"* der RSA zum ersten Geburtstag der Unabhängigkeit Angolas (vergl. auch AK 93, S. 34: „Lügenpropaganda über angebliche UNITA-Offensive").

Diese Darstellung des angolanischen Informations-Ministeriums wird von allen halbwegs seriösen Nachrichten-Quellen – auch bürgerlichen (wie z. B. Schweizer Fernsehteams, französischen, britischen und amerikanischen Journalisten, die das Land bereisen) – bestätigt. Um nicht falsch verstanden zu werden: Wir wollen nicht die mögliche Existenz kleiner, versprengter Reste der alten konterrevolutionären Armeen FNLA und UNITA im Land selbst rundheraus bestreiten, die ein rechtzeitiges Absetzen über die Nord- oder Südgrenze nicht mehr schafften oder es vorziehen, raubend und plündernd durchs Land zu vagabundieren. Daß eine solche Situation nichts mit einer „Fortführung des Befreiungskampfes" zu tun hat, dürfte auch den größten Blindmännern einigermaßen klar sein. Vergleicht man nüchtern Meldungen in der bürgerlichen Presse über „ein Wiederaufflackern der Kämpfe" etc. z. B. mit der Lage in Vietnam oder Kampuchea nach dem Sieg der dortigen Befreiungskräfte, so wird man ohne weiteres feststellen können, daß in Angola vergleichweise wenig zu berichten war. Und es war eigentlich schon seit Vietnam klar, daß 80 % derartiger Meldungen der imperialistischen Presse bloße Erfindungen und Fälschungen reaktionärer Nachbarstaaten oder imperialistischer Geheimdienste waren.

Wer „raubt den Kaffee"?

Im Stil des primitivsten Antikommunismus charakterisieren die Nachbeter der chinesischen Außenpolitik den „Würgegriff des Sozialimperialismus" um Angola: *„Breschnews Ziel ist es, Angola mit Hilfe der Besatzungstruppen auszuplündern "* (. . .) („Internationale Solidarität", s.o.). Der KBW bleibt nicht dahinter zurück: *„Angola (wird) zu einem Rohstofflieferanten des Sozialimperialismus"* (KSA-Spalter-Flugblatt, s.o.), während der schwäbische KAB"D" messerscharf analysiert: *„Wie zielgerichtet die Kremlführung (!) dabei vorgeht, Angola in ihren Machtbereich hereinzuholen, das zeigt sich z. B. schon an der Teilnahme Angolas als ‚Beobachter' an der letzten Sitzung des ‚Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe' (RGW) im Juni dieses Jahres in Ostberlin"* („Rote Fahne", 22/76 v. 4.11.76).

Für ihren Haßgesang können die Streiter wider den „Sozialimperialismus" scheinbar sogar Belege bringen:

Die „KVZ" des KBW behauptet

mus" scheinbar sogar Belege bringen:
Die „KVZ" des KBW behauptet

mangels Phantasie gleich in insgesamt vier (!!) Ausgaben, daß die UdSSR dabei ist, *„sich die Kaffe-Ernte Angolas, die vor allem im Norden produziert wird, unter den Nagel zu reißen. Von den Bauern wird der Kaffee zu um 20 % des Weltmarktpreises verkauft, an die MPLA-Regierung zahlt die Sowjetunion 38 % des Weltmarktpreises"* („KVZ", 10.6.76, ähnlich auch in den Ausgaben vom 20.5., 21.10. und 18.11.76).

Während der KAB"D" (s. o.) sich „nur" zu einer allgemein gehaltenen *„Ausbeutung des ungeheuren Reichtums Angolas an Rohstoffen – wie Öl, Eisenerz, Kaffee, Diamanten"* durch die *„Moskauer Führer"* aufraffen kann, weiß es die „Liga" (s.o.) wiederum ähnlich dem KBW genauer: *„Schon in diesem Jahr mußte der größte Teil der angolanischen Kaffee-Ernte zu einem Drittel des* Weltmarktpreises an *Kuba* (?) *verkauft werden. Und das ist erst der Anfang"* („Intern. Solidarität", Nov. 1976). Im September schrieb dieselbe Zeitschrift allerdings: *„Die Sowjetunion* (!) *raubte die letzte Kaffeernte für nur ein Drittel des Weltmarktpreises"*. **Ein wirklich buntes Bild: Mal raubt Kuba, mal die Sowjetunion, mal ist es die gesamte Kaffeernte, mal „nur" der größte Teil.**

Erstunken und erlogen ist das eine wie das andere!

Erfinder und Erst-Verbreiter der „Kaffee-Legende" ist die portugiesische Zeitung „Bandeira Vermelha" (22.4.76) der „ML"-Partei PCP(r) (Bruderpartei der hiesigen „KPD/ML", aber auch Bezugspunkt des KBW), die vorübergehend in Luanda eine kleine Provokateurs-Filiale namens „Kommunistische Organisation Angolas" (OCA) unterhalten hatte (zur weiteren „Geschichte" der OCA: siehe weiter hinten).

Die Kaffee-Story der OCA nun ist sogar der militant antikommunistischen Presse der BRD zu heiß gewesen und so können KBW und „KPD" das Verdienst für sich verbuchen, als einzige dieses Weihnachtsmärchen aufgeführt zu haben. Bleibt noch anzumerken, daß selbst die PCP (r) in der „Bandeira Vermelha" (22.4.76) nur von 5.000 t Kaffee spricht, die der „Russe" geraubt haben soll, das wären bei einer Kaffeernte von 1,2 Millionen Sack („Foreign agriculture circular", 1/76) ganze 6,9% der angolanischen Kaffeernte. Fakt ist weiterhin, daß Brasilien wegen seiner Mißernte dieses Jahr mindestens 42% der angolanischen Kaffeeernte aufgekauft hat („Marches Tropicaux", 23.4.76), andere Quellen sprechen gar von bis zu 67% („Foreign agriculture circular", Juni 76).

KBW und „KPD" – Prozentrechnen schwach, Antikommunismus sehr gut!

Kuranow Todor, der „russische Schatten"...

Naturgemäß ist die „russische Besetzung" Angolas ein Terrain, auf dem sich die Provokateure mit besonderem Behagen tummeln. In intimer Detailkenntnis wissen sie sich gegenseitig in ihren Schauermärchen zu übertreffen und beschreiben haarklein die „Arbeitsteilung" zwischen „russischen Beratern", „kubanischen Söldnern" und „DDR-Vasallen", die sich aus „Geheimdienst-Experten" und „FDGB-Experten" zusammensetzen (siehe oben).

Der KAB„D" war offenbar mit dem sowjetischen Generalstab in Angola unterwegs:

„Doch die entscheidende Kraft für die Einverleibung Angolas in den Hegemoniebereich der Sowjetunion sind die in Angola stationierten Truppen. Ihre Zahl wird zur Zeit auf 20.000 (!) Mann geschätzt. ... Geführt von einem sowjetischen Generalstab, ***der bezeichnenderweise nicht der angolesischen Regierung untersteht,*** *(!) kontrollieren sie das ganze Land"* („Rote Fahne", 22/76). Die „Afrika-Zeitung" der KBW-Spalter des KSA Heidelberg weiß allerdings mehr. Sie kann den sowjetischen Generalstab in persona präsentieren:

„Kuranow Todor, russischer Schatten von Ika Carreira, Staatssekretär im Ministerium für Verteidigung der VR Angola ist ein Beweis (?), daß die Entscheidungsmacht des Militärs nicht der FAPLA (militärischer Flügel der MPLA) sondern den Sowjets und den Kubanern gehört". Das leuchtet ein! (Wir wollen aber nicht verschweigen, daß wir selbst eher auf Iwan Rebroff getippt hatten – so kann man sich täuschen, auch wenn es sich in beiden Fällen

hatten – so kann man sich täuschen,
auch wenn es sich in beiden Fällen

gleichermaßen um entfernte Nachkommen von Iwan „dem Schrecklichen" handelt.) Überzeugend auch die „KVZ", die in ihrer wissenschaftlichen Methodik zu folgender Schlußfolgerung gelangt:

„Wer in dieser (angolanischen) *Armee den Befehlsstab schwingen soll und wessen Zwecken sie dienen soll, ersieht man daran, daß am Jahrestag ein russischer Zerstörer in Luanda einlaufen sollte"* („KVZ", 18.11.).

Überhaupt bemüht sich die „KVZ" unter ihrem neuen Chefredakteuer Hager (er ist berüchtigt für seine Geschichtsfälschungen bezüglich Angola) hinter der „KPD" nicht zurückzustehen: Die „KVZ" gibt in ihrer Ausgabe vom 18.11. die Zahl der kubanischen Soldaten mit 30.000 an, was den absoluten „ML-Rekord" bedeutet. Der KAB„D" bringt es „nur" auf 20.000 („RF", s.o.), die PCP (r) in ihrer „Bandeira Vermelha" auf 15.000 und die „KPD" verniedlicht geradezu die „sozialimperialistische Gefahr" mit ganzen *„12.000 kubanischen Besatzern"* („RF", s.o.), sie kann allerdings noch zusätzlich auf *„tausende russische Militärberater"* zurückgreifen („Intern. Solid.", Spt. 76).

Fassen wir zusammen:

Unabhängig davon, daß man sich über die Zahl der Kubaner nicht einigen kann und hier einen regelrechten Wettkampf austrägt, ist man sich doch darüber einig, daß Angola „besetzt" ist.

Mal ist es ein „russischer Schatten" im Verteidigungsministerium, mal ein völlig unkontrolliert operierender russischer Generalstab und mal ein einsamer Zerstörer in der Bucht von Luanda, die die „Besetzung beweisen" (welch eine infantile Verballhornung wirklicher machtpolitischer Mechanismen!).

Tatsächlich hat die MPLA-Regierung vom Recht Gebrauch gemacht, internationale Hilfe für die Befreiung vom Imperialismus und nationalen Wiederaufbau in Anspruch zu nehmen. Ein Recht, das bisher jedes revolutionäre Land der Dritten Welt in unterschiedlichem Maß beansprucht!

Daß diese Hilfe bedingungslos gewährt werden mußte und der personelle Einsatz unter dem Kommando der VR Angola stand und steht,

Fortsetzung auf Seite 42

hat auch die MPLA zig mal betont und es ist nicht ein einziger Gegenbeweis bis heute geliefert worden. Allein die Tatsache, daß in Angola verfassungsmäßig verankert ist, keine fremden militärischen Stützpunkte zu erlauben, hebt die nationale Souveränität Angolas gegenüber sehr zahlreichen Staaten der Dritten Welt hervor, die eigenständige imperialistische Militärbasen auf ihrem Territorium dulden.

Die Verträge

Der Freundschaftsvertrag der VR Angola mit der Sowjetunion ist für die westdeutschen Nachbeter der chinesischen Außenpolitik der endgültige Beweis für das *„Streben der sozialimperialistischen Supermacht nach Weltherrschaft"* („KVZ" v. 21.10.). Das umfangreiche Vertragswerk sieht eine Zusammenarbeit der Sowjetunion und Angola bezüglich der Beseitigung von Kriegsschäden vor und erstreckt sich auf Gebiete wie die Seeschiffahrt, Industrie, Transportwesen, Ackerbau, Viehzucht, Fischereiwirtschaft, Militärwesen und Außenpolitik. Völlig einig sind sich „KPD", KBW und KAB„D" (bei unterschiedlichen Formulierungen), daß der Vertrag *„Angola in einen Satelliten der sozialimperialistischen Supermacht und in einen Stützpunkt gegen das Unabhängigkeitsstreben der anderen Völker und Länder verwandeln soll"* („KVZ", 21.10.). Ein feiner Unterschied besteht nur in der Beurteilung der Haltung der MPLA zu diesen Verträgen. Der KBW behauptet: *„Neto mußte (!) unterschreiben"* (a.a.O.) um damit die *„Knute der Sozialimperialisten"* besonders herauszustellen. Die „KPD" zieht es vor, die MPLA-Führung als *„Marionettenclique Moskaus"* erscheinen zu lassen, die eigenhändig von Breschnew *„zusammengesetzt"* wurde, *„um seine Weltherrschaftspläne voranzutreiben"*.

In der „Analyse" des Freundschaftsvertrages schießt KBW-Hager eindeutig den Vogel ab. Er erklärt seinen Lesern allen Ernstes, daß jede Formulierung des Vertrages „eigentlich" ihr Gegenteil bedeutet:

Da im Artikel drei und vier des Vertrages von „Weltfrieden" etc. die Rede ist, wird das flugs im Fettdruck enttarnt als *„Sprich vom Frieden, wenn du den Krieg vorbereitest"*. Wirtschaftliche Zusammenarbeit wird entlarvt als *„Sprich von Zusammenarbeit, wenn du deinen Einfluß ausweiten willst"* und der Abschnitt entlarvt als *„Sprich von Zusammenarbeit, wenn du deinen Einfluß ausweiten willst"* und der Abschnitt über Konsultationen im Bereich der Außenpolitik ist überschrieben: *„Sprich von Freundschaft, wenn du deinen Vertragspartner an die Kandare nimmst"* („KVZ", v. 21.10.).

Diese „Enthüllungsmethode" ist wohl mehr ein Fall für die psychiatrische Couch – sonst könnten wir alle Abkommen über Raumfahrt als geschickt getarnte Tiefseeforschung „entlarven".

Der KAB„D" versteigt sich zu der Formulierung *„ähnliche Verträge hat die Sowjetunion bisher nur mit ihren Satelliten in Osteuropa abgeschlossen, in der Dritten Welt ist ihr das bisher wohl nur mit Indien gelungen"* („RF", 22/76). Unbewußt (?) legt hier der KAB„D" den Finger auf die Wunde: Wenn die Vaterlandsverteidiger konsequent wären, müßten sie alle Staaten der Dritten Welt kübelweise mit ihrem faschistischen Dreck überschütten, die ähnliche Verträge mit der UdSSR haben wie die VR Angola. Da ist es doch günstiger, nach außen so zu tun, als wären die Beziehungen SU – VR Angola ein nahezu einmaliges Vorkommnis in der Dritten Welt.

Es ist jedoch im Gegenteil so, daß die Sowjetunion mit mindestens 30 (!) Staaten der Dritten Welt ähnliche Verträge abgeschlossen hat, darunter auch solche, die in den Kreisen der Vaterlandsverteidiger (noch) über jeden Verdacht erhaben sind, eine wie auch immer geartete *„Neokolonie des Sozialimperialismus" („KPD")* zu sein: z.B. Vietnam, Guinea-Bissau und Mosambik.

In der sowjetisch-vietnamesischen Deklaration heißt es u.a.: *„Beide Staaten hoben die völlige Übereinstimmung der Standpunkte zu allen erörterten Fragen hervor. ... Beide werden auch in Zukunft die brüderlichen Beziehungen vertiefen."* Vereinbart wurden u.a. *„Erfahrungsaustausch über den sozialistischen und kommunistischen Aufbau"*, *„Erfahrungsaustausch zu Fragen der bilateralen Beziehungen und zu internationalen Problemen"*, *„Koordinierung der Volkswirtschaftspläne"*, *„Entsendung hochqualifizierter Spezialisten sowie Ausbildung nationaler Kader für die verschiedenen Zweige der Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur Vietnams."* Weiter hieß es u.a.: *„Die Erweiterung der sowjetisch-vietnamesischen Beziehungen im Bereich Wissenschaft, Kunst, Kultur, Bildungs- und Gesundheitswesen, Presse, Rundfunk und Fernsehen ... soll in jeder Weise gefördert werden."* Was der KBW gegenüber Angola unter dem Motto zusammenfaßt: „Sprich vom Frieden, wenn du den Krieg vorbereitest", ist genauso in den Beziehungen der DR Vietnam und der Sowjetunion enthalten:

„Die Partei der Werktätigen Vietnams und die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam erklären ihre Unterstützung für die außenpolitische Tätigkeit des Zentralkomitees der KPdSU und der sowjetischen Regierung, die ... die allseitige Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ... zum Ziele hat" (alle Zitate aus „Horizont", 47/75). Unterzeichnet ist die viele hundert Zeilen umfassende Deklaration von Breschnew und dem Ersten Sekretär des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams, dem Genossen Le Duan.

Mosambik handelte im Februar '76 in Moskau ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit aus. Relativ gute Beziehungen der FRELIMO zur KPdSU dokumentieren die Anfang Mai '76 zwischen beiden Parteien geführten Gespräche, die im Rahmen des Abkommens über Zusammenarbeit zwischen der FRELIMO und der KPdSU stattfanden und das Thema behandelten: *„Entwurf einer gemeinsamen Strategie im Kampf gegen den Imperialismus im gegenwärtigen Stadium des Kampfes der unterdrückten Völker um die Beendigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen"* (Radio Maputo nach „Monatsberichte", 5/76).

„Sprich vom Frieden, wenn du den Krieg willst" auch gegenüber der PAIGC in Guinea-Bissau. In einem Kommunique eines am 25.2.76 beendeten Besuchs der PAIGC und der Regierung von Guinea-Bissau in Moskau heißt es z.B.: Die beiden Unterzeichner haben ihren Willen bekundet, *„danach zu streben, daß die Entspannung einen unumkehrbaren Charakter annimmt und sich auf alle Teile der Welt ausdehnt"*. Es wurden Abkommen über wirtschaftliche, technische, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit, ein Handels- und ein Luftverkehrsabkommen unterzeichnet (nach „Sowjetunion heute", 1.4.76).

Diese wahllos herausgegriffenen Deklarationen und Verträge sollen genügen, um den Aberwitz von der Gleichsetzung „Freundschaftsvertrag = Unterdrückung durch die SU" offenzulegen. Die politischen Floskeln dieser Verträge haben doch keine fenzulegen. Die politischen Floskeln dieser Verträge haben doch keine Auswirkungen auf Innen- und Aussenpolitik revolutionärer Staaten, Staaten und Befreiungsbewegungen sind doch nicht per Vertragswerk an die SU zu fesseln. **Vielmehr ist es gerade so, daß bisher die Revisionisten diese Verträge ellenlang hervorgekehrt (und bewußt überbewertet) haben, um die „enge Verbundenheit" z.B. Vietnams mit der Sowjetunion zu beweisen. Bisher haben die Revolutionäre die reale eigenständige Politik Vietnams, Mosambiks, Angolas etc. zum Maßstab ihrer Solidarität gemacht und die mehr oder minder belanglosen Vertragsformulierungen als „Pflichtübung" für Millionenunterstützung begriffen.**

Entweder man hält diese Betrachtung grundsätzlich durch (was eine konkrete Analyse gegebenenfalls erfolgreicher sowjetischer Machtpolitik und Einflußnahme nicht ausschließt!) – und dafür wären wir –, oder man nimmt diese Verträge und ihre Floskeln für bare Münze oder ihr direktes Gegenteil, wie KBW & Co. ... Dann müßten die „KVZ"-Provokateure aber auch endlich den traurigen Mut finden, über Vietnam, Nord-Korea, Mosambik genauso herzuziehen wie über Angola.

Die DR Vietnam wird heut noch vom KBW heuchlerisch wegen ihres *„wichtigen Beitrag(es) im Kampf gegen den Imperialismus und Hegemoniestreben der beiden Supermächte"* („KVZ", 20.4.). mächtig beklatscht.

Wie lange noch??

Die trotzkistische Version

Die „Unterdrückung der angolanischen Volksmassen" ist bei „KPD" und Konsorten Resultat der Herrschaft der „neuen Zaren" in Angola.

Nicht ganz so plump formulieren die Trotzkisten ihre demagogischen Anwürfe gegen die MPLA. Aufgrund der Tatsache, daß die MPLA in Angola zur Erringung der revolutionären Demokratie ein Bündnis der Arbeiter und Bauern unter Einschluß von progressiven Teilen der nationalen Bourgeoisie, sowie des städtischen Kleinbürgertums hergestellt hat, unterstellen sie der MPLA, sie sei eine „kleinbürgerliche" Organisation, die praktisch die Interessen der nationalen Bourgeoisie gegen die Arbeiter und Bauern mit repressiven Mitteln durchsetzt: *„Unterdrükkung linker Zeitungs- und Rundfunkpresse, Bücherverbrennungen, Verhaftungen und Aufforderung zur Denunziation bis hin zur Androhung der Exekution – das ist die Antwort der MPLA-Führung auf die wachsende Kritik (?), die aus den Reihen der angolanischen Arbeiter in den städtischen Zentren, vor allem in der Hauptstadt Luanda, ihr gegenüber laut wird"* („Was tun", Zeitung der GIM, 17.6.76).

Die Leser der trotzkistischen Presse haben sicher mit solchen Dingen gerechnet. Im Januar 1976 – anderthalb Jahre, nachdem die MPLA in Angola breit zur Bildung von Komitees als Organen der Volksmacht aufgerufen hatte und seitdem den erfolgreichen Bildungsprozeß der Volksmachtorgane in Stadt und Land in ihrer Presse kontinuierlich dokumentiert und propagiert hat – schrieb die trotzkistische „internationale Pressekorrespondenz": *„Der kleinbürgerlich-nationalistische Charakter der Führung der MPLA steht* *kleinbürgerlich-nationalistische Charakter der Führung der MPLA steht* *in direktem Gegensatz zur antikapitalistischen Entwicklung der Massenbewegung und zum Auftauchen (!) regelrechter Formen der Selbstorganisation."* Ein typisch-trotzkistischer Aberwitz.

Dem trotzkistischen „Spartacusbund" blieb es jedoch vorbehalten, die Geschichtsfälschungen und die Verleumdungen gegenüber der MPLA aus dem Lager der BRD-Trotzkisten auf die Spitze zu treiben. Im Zusammenhang mit den Massakern der FNLA in Luanda vor allem an Kadern der MPLA (April/Mai 75) druckte er in einer Broschüre die bemerkenswerte Behauptung ab, es sei eine Tatsache, *„daß die kleinbürgerliche MPLA-Führung mit diesen Maßnahmen übereinstimmte und sie auch stillschweigend unterstützte"* („MPLA und die revolutionäre Arbeiterbewegung in Angola", Sept. 1976).

Wie man sieht, können sich die Trotzkisten neben den „stalinistischen" Nachbetern der chinesischen Außenpolitik durchaus sehen lassen!

Nicht unähnlich der Propaganda der letztgenannten, die MPLA liefere Angola praktisch an den „Sozialimperialismus" aus, behaupten die Trotzkisten, die „MPLA" (GIM) bzw. das „neokolonialistische Kleinbürgertum um A. Neto" (Spartacusbund) wollten mit dem US-Imperialismus ins Geschäft kommen: *„ ... strebt die MPLA selbst einen Kompromiß mit dem Imperialismus an. Das zeigt deutlich ihr Verhalten gegenüber dem Öl-Konzern Gulf Oil Coperation ..."* („Was Tun", 95/76 und ähnlich vom 17.6.76). Umgekehrt würden die US-Ölgesellschaften ihrerseits auf den *„Charakter der kleinbürgerlichen MPLA-Führung* (setzen)" („Was Tun", 24.1.).

Hintergrund des Neokolonialismus-Vorwurfs gegenüber der MPLA ist die Tatsache, daß die VR Angola 51% des Kapitals von Gulf Oil übernommen hat und den Konzern vorerst unter ihrer Kontrolle weiterproduzieren (und damit auch weiterver- nommen hat und den Konzern vorerst unter ihrer Kontrolle weiterproduzieren (und damit auch weiterver- dienen) läßt, da sie zur Zeit nicht in der Lage ist, die Anlagen selbst zu betreiben und die Behebung der schwersten Kriegsschäden Vorrang hat, wofür die US-Devisen dringend benötigt werden.

Es geht den Trotzkisten aller Schattierungen offensichtlich nicht darum, konkrete Widersprüche der Bündnispolitik der MPLA zu untersuchen, sondern mit aller Gewalt „Beweise" für die „Bürokratisierung" und „Verbürgerlichung" der MPLA herbeizuschaffen. Für „Verbürgerlichung" und „Arbeiterfeindlichkeit" der MPLA müssen selbst ganz normale Aufrufe, die Arbeitseinsätze zur Beseitigung der Kriegsschäden zu erhöhen, herhalten (vgl. „W.T.", 17.6.). Nachdem solchermaßen „Mißstände" in Angola herausgepult worden sind, ist es für die Trotzkisten ein Leichtes, eine „angolanische Linke" aufzubauen, die diese *„sehr unpopulären Maßnahmen"* kritisiert. Dann ist man am Ziel und kann nach bewährten Strickmuster (wie für Vietnam, Cuba, Mosambik, Guinea-Bissau etc.) behaupten: *„MPLA verfolgt angolanische Linke"* (Artikelschlagzeile in „Was Tun", 17.6.76).

Diese Gruppen der „angolanischen Linken" werden in einem bunten Durcheinander sowohl als Kronzeugen von „KPD" und Konsorten für deren politische „Analyse" Angolas aufgefahren („Kolonie des russischen Sozialimperialismus") als auch von den Trotzkisten für sich vereinnahmt („bürokratisch erstarrte Neokolonie des US-Imperialismus"). Die ganze Sache wird nicht gerade vereinfacht, da die zitierten Gruppen sich gegenseitig scharf bekämpfen und in wesentlichen Aussagen in totalem Widerspruch zu ihren westdeutschen Freunden stehen. Wir wollen versuchen, einmal die Kronzeugen der „ML"er und Trotzkisten vorzustellen:

Die „Revolta Activa"

Die „Revolta Activa"

Zentraler „Beweis" für die Repression gegen die „Linke" in Angola gilt „KPD", KBW, KAB„D", GIM, Spartacusbund die „Verfolgung" der „Revolta Activa" („RA"), wobei der KBW sie nicht beim Namen nennt, sondern sich nur inhaltlich auf sie bezieht. „KPD" und (!) GIM malen in trauter Zweisamkeit die drohende Exekution der „Revolta Activa" an die Wand :*„Wegen ihres Widerstandes gegen die Sozialimperialisten* (!) *werden sie vor Gericht gestellt und sind mit dem Tode bedroht"* („Internationale Solidarität", s.o.). und die GIM bezieht die *„Androhung der Exekution"* offensichtlich ebenfalls auf die „Revolta Activa", *„die bekannteste und älteste oppositionelle Strömung"*, die den *„präsidentenhaften Führungsstil Netos"* kritisiert haben soll und angeblich *„gegen stammesorientierte und regionalistische Tendenzen in der MPLA"* aufgetreten ist („Was Tun", 17.6.76): Eine scheinbar doch ganz akzeptable Gruppe ... Doch gar so schlimm sieht's nicht aus: Der führende Kopf der „Revolta Activa", J.P. de Andrade, war nur vorübergehend festgenommen worden und befindet sich heute auf freiem Fuß. „Exekutionen" gibt's nicht!

Die politischen Hintergründe der Auseinandersetzung um die „Revolta Activa" bleiben in allen Anklagen der Trotzkisten und „ML"er völlig im Dunkeln. Sagen läßt sich nur, daß es sich um „Linke" (GIM) bzw. „Patrioten" („KPD") handelt.

Zu den Hintergründen der Sache gibt es einPapier des CIDAC (Centro der Informacao e Documentacao Anti-Colonial in Lissabon) vom Mai '76. Im CIDAC arbeiten u.a. Genossen des MES. Der MES hatte traditionell enge, auch persönliche, Beziehungen zu einigen Persönlichkeiten von „Revolta Activa" und hat sich daher sehr bemüht, Informationen über die Hintergründe der Auseinandersetzung zu sammeln. Daraus ergibt sich folgendes Bild: Die „RA" wurde am 11. Mai 1974 von 19 Militanten und Kadern der MPLA konstituiert. Sie kritisierte vor allem die Führung der MPLA duch A. Neto. Die „RA" paktierte dann mit Chipenda, der sich schließlich von der MPLA abspaltete und zur FNLA überlief. Heute ist erwiesen, daß Chipenda seit langem ein Agent der portugiesischen Faschisten und der PIDE (portugiesischer faschistischer Geheimdienst) war.

Man kann den führenden Persönlichkeiten der „RA", großenteils

Holden Roberto auf Einkaufstour

Während der Unabhängigkeitsfeiern in der VR Angola unternahm der CIA-Agent und angolanische Faschisten-Führer Holden Roberto (FNLA) einen Trip durch Europa, um Waffen zu besorgen („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 18.11.76). Er hatte seine Zelte zunächst in Brüssel (NATO-Nähe!) aufgeschlagen und traf dort u. a. mit dem berüchtigten portugiesischen Faschisten Canto e Castro, Mitglied des Konterrevolutionsrates, zusammen.

Trotz der Legitimation durch den KBW als „Führer einer Befreiungsbewegung" traf er in der BRD offenbar nicht mit KBW-Führern, sondern mit bewährteren alten (Waffen- und finanzkräftigen) Bekannten, nämlich u. a. mit Franz Josef StrauSS, Führer der profilierten bayrischen „Befreiungsbewegung" CSU, zusammen. Im ARD-Magazin „Weltspiegel" vom 21. November bezeichnete Roberto StrauSS als einen „persönlichen Freund", mit dem er zusammengetroffen sei zwecks Absprache konkreter Unterstützung.

In dieser Sendung geriet denn auch seine zur Europa-Tour gehörende Propagandashow zur peinlichen Farce. Roberto prahlte mit „großen befreiten Gebieten im Norden Angolas" und nannte sogar konkrete Ortschaften.

Ein Schweizer Fernsehteam, das in Dörfern Nord-Angolas, die von Roberto als „FNLA-Stützpunkte", „-Hochburgen" und „-Hauptquartiere" bezeichnet wurden, Aufnahmen gemacht hatte, berichtete in demselben ARD-Magazin, daß von der FNLA nichts zu sehen sei. Vielmehr hatten sie ein ehemaliges FNLA-Dorf gefilmt, in dem gerade große Massenkundgebungen für die MPLA stattfanden.

Roberto und seine Mordbanden bergen nicht die Gefahr einer reaktionären Machtergreifung Angolas, dazu fehlt ihnen jeder Masseneinfluß. Allerdings können gut ausgerüstete Killer, Agenten und Sabotagespezialisten großen wirtschaftlichen Schaden anrichten und Teile der Bevölkerung terrorisieren. Das ist heute Robertos Geschäft. Dafür wird er vom KBW gelobt und von der CSU finanziert!

Afrika-Kommission



Letzte Meldung: Nun ist es doch noch zu der schon lange erwarteten Begegnung zwischen den Führern der FNLA und des KBW, Roberto (l.) und Schmierer (r.) gekommen. Roberto nutzte seinen Freunschaftsbesuch bei StrauSS in den letzten Tagen zu einem Abstecher nach Mannheim/Heidelberg. Der KBW führte aus diesem hocherfreulichen Anlaß eine Veranstaltung durch, die unter dem Motto stand „Gegen die Besatzungsmacht wird gekämpft... Diesem Kampf muß unsere Unterstützung dienen!"

zweifelhafte Antifaschisten und Antiimperialisten, kaum ein b e w u ß t e s Bündnis mit den Feinden des angolanischen Volkes vorwerfen. Tatsache scheint aber zu sein, daß sie in den entscheidenden Momenten eine schwankende, versöhnlerische Haltung einnahmen. Das zeigte sich – laut Papier des CIDAC – noch deutlicher 1975, als die „RA“ eine versöhnlerische Haltung gegenüber der UNITA einnahm und sich in eine „Vermittler“-Rolle zwischen der MPLA einerseits und den proimperialistischen Banden der FNLA/UNITA andererseits drängen wollte.

Offenbar sah die MPLA unter den Bedingungen eines scharfen Kampfes auf Leben und Tod gegen die faschistischen Banden und dann zur Konsolidierung der jungen Volksrepublik diese opportunistische „Abweichung“ als so gefährlich an, daß sie zu einigen repressiven Maßnahmen griff. Wir können das nicht tadeln. In einer Situation des Kampfes stellt sich das Problem der Toleranz und Meinungsfreiheit gegenüber solchen opportunistischen Gruppen anders als in ruhigeren Zeiten.

Die „Revolta Activa“ ist also beileibe nicht der Linken zuzurechnen, sondern sie steht rechts von der MPLA. Das wissen auch die Trotzkisten, die das politische Ziel der „Revolta Activa“, die Installierung und Durchsetzung der Zusammenarbeit der MPLA mit der UNITA/FNLA, stets als „neokolonialistisches Manöver“ verurteilt haben. Sie haben im Grunde mit der „Revolta Activa“ politisch nicht das geringste gemein und verschweigen bewußt die neokolonialistischen und sozialdemokratischen Tendenzen dieser Gruppe, um sie als „verfolgte Linke“ präsentieren zu können ... !

Heute existiert „Revolta Activa“ nicht mehr. Die Gruppe hat sich aufgelöst. Der „RA“-Flügel um E. Santos hat eine Selbstkritik vorgelegt, in der von einer „spalterischen“ und „schädlichen“ Politik der „Revolta Activa“ die Rede ist. Die Kritik der MPLA an der „RA“ wurde ebenso wie die Selbstkritik der Santos-Gruppe in der angolanischen Presse dokumentiert und die Santos-Gruppe ist inzwischen vollständig wieder in die MPLA integriert. – Der Kopf von „RA“ – J.P. de Andrade – ist, wie schon erwähnt, auf freiem Fuß, wie uns persönliche Freunde von ihm in Lissabon versicherten. Im übrigen hat – nach derselben Quelle – Andrade während seiner Haft zwar Solidaritätsbekundungen des portugiesischen Sozialisten-Führers (PS) Soares gern in Anspruch genommen, jeden Solidarisierungsversuch seitens der portugiesischen „ML“er sich jedoch strikt verbeten. Das alles dürfte zumindest dem KBW bestens bekannt sein, da er einen eigenen „Korrespondenten“ in Lissabon unterhält.

Die OCA (Organizacao Comunista de Angola)

Die OCA (Organizacao Comunista de Angola)

Paradepferd der „KPD“ ist seit kurzem die OCA, die aber auch von der GIM und vom KAB„D“ schon wiederholt gewürdigt wurde. Die „KPD“ weiß zu berichten: *„Marxisten-Leninisten, die früher Mitglied der MPLA waren, haben sich zur OCA ... zusammengeschlosssen und führen einen entschlossenen Kampf gegen die Sozialimperialisten und ihre Lakaien.“* („Rote Fahne“ – „RF“, 17.11.76). Und außerdem: *„Im Kampf gegen den neuen imperialistischen Herren sind die OCA und die Revolta Activa entstanden“* („RF“, s.o.). Mit dem „neuen imperialistischen Herren“ ist zweifellos die Sowjetunion gemeint. Fakt ist freilich, daß sich die „Revolta Activa“ schon im Mai 1974 konstituiert hat, lange vor der „sozialimperialistischen Aggression“.

Und die OCA? Angeblich wurde sie Anfang 1975 gegründet. Sie blieb jedoch nach eigenen Angaben bis zum Oktober 1975 *„geheim“* – *„aus organisatorischen Gründen“*, wie es heißt. Im Oktober 1975 soll sie dann angeblich ihre „1. Konferenz“ abgehalten haben – „im Innern des Landes“. So steht es zu lesen in der Broschüre „Thesen und Resolutionen der 1. Konferenz“, die jedoch erst im April 1976 erschien – in Portugal.

Daß es so etwas wie eine OCA überhaupt gibt, erfuhr die staunende Weltöffentlichkeit – zumindest ausserhalb Angolas – erstmals andeutungsweise Anfang März 1976, als die portugiesische Zeitung „Bandeira Vermelha“ („Rote Fahne“) plötzlich Hochrufe auf die *„angolanischen Kommunisten“*, *„die einzige echte Avantgarde des angolanischen Volkes“* ausbrach, freilich noch ohne Namen zu nennen („Bandeira Vermelha“ – „BV“, 5.3.76). Der AK hatte schon damals die Nase vorn und witterte die historische Wende (siehe AK 76 vom 15.3.76, *„Ein neuer „ML“-Dreh zu Angola“*). Erst im April gab die „Bandeira Vermelha“ auch den Namen der neuen „Avantgarde“ preis („BV“, 22.4.76): OCA.

Die „Bandeira Vermelha“, das muß zum besseren Verständnis gesagt werden, ist das Zentralorgan der PCP (r), der offiziellen portugiesischen „Bruderpartei“ der „KPD/ML“. In der „Bandeira Vermelha“ vom 29.4.76 schließlich wurde mit den in „ML“Kreisen bei solchen Anlässen üblichen Pauken und Trompeten ein „Gemeinsames Kommunique“ von PCP (r) und OCA veröffentlicht, in dem sich „beide Seiten“ kräftig gegenseitig auf die Schultern schlugen: Die OCA sei *„die treue Bewahrerin der heroischen antikolonialistischen und antiimperialistischen Kämpfe ihres Volkes“* und vereinige in ihren Reihen *„die besten Söhne des angolanischen Volkes“*; die PCP (r) sei die *„konsequente revolutionäre Avantgarde des portugiesischen Proletariats“* und die *„lebende Verkörperung der schönsten Traditionen und der ruhmreichen Geschichte der alten PCP“* (siehe auch AK 80, „Ganz neue „ML“-Thesen zu Angola“).

Soweit zur Vorgeschichte. Es ist kein Geheimnis, daß die OCA ein Produkt der PCP (r) ist und selbst in ihren besten Zeiten im wesentlichen ein Grüppchen von P o r t u g i e s e n war, sofern man überhaupt von einem Grüppchen reden kann. Insgesamt hatte die OCA ungefähr denselben Realitätswert wie die „Sektion DDR der KPD/ML“.

Auffällig ist, daß die OCA praktisch erst 5 bis 6 Monate n a c h ihrer Vorstellung durch die PCP (r) Eingang in die westdeutsche „ML“-Presse fand. Und zwar zu einem Zeitpunkt, wo die PCP (r) schon seit längerem aufgehört hat, überhaupt noch die angebliche Existenz einer OCA zu erwähnen!

Der Grund für das Zögern der hiesigen „ML“er liegt auf der Hand:

haupt noch die angebliche Existenz einer OCA zu erwähnen!

Der Grund für das Zögern der hiesigen „ML“er liegt auf der Hand:

Während die „ML“er allesamt die UNITA und die FNLA als *„Befreiungsbewegungen“* anpriesen und von der MPLA deren Aufnahme in eine *„Regierung der nationalen Einheit“* verlangten, nannte die OCA sie *„Marionettenbewegungen“* und sprach von den *„Faschisten der FNLA und UNITA“* und von den *„angolanischen Lakaien des US-Imperialismus“*, *„terroristischen Marionetten“* etc. („Thesen und Resolutionen der 1. Konferenz“). Dies konnte freilich den „ML“ern alles ganz und gar nicht schmecken. Es stand auch total in Widerspruch zu der Haltung, die die PCP (r) s e l b s t bis dahin eingenommen hatte.

Der Hintergrund für das plötzliche Auftauchen der OCA im März/April 1976 liegt in einem Taktik-Wechsel der PCP (r) - Führung. Im Februar 1976 waren die Banden der FNLA und UNITA in ganz Angola weitgehend zerschlagen worden. Damit fehlte im Grunde für eine Fortsetzung der alten Linie („Gleichberechtigung der drei Befreiungsbewegungen“) jede Basis. J e t z t, wo es eh schon zu spät war, konnte man getrost die geschlagenen FNLA und UNITA als „Faschisten“ bezeichnen – bzw. m u ß t e es tun, wenn man für eine politische Arbeit in Angola (von der die PCP (r) - Führer offenbar träumten) überhaupt den Anschein der Glaubwürdigkeit erreichen wollte. Irgendwelche Konsequenzen hatte das sowieso nicht, da man ja nunmehr von einem „neuen Stadium des Befreiungskampfes“ ausging, wo die „Befreiung Angolas von den sozialimperialistischen Besatzern“ die Hauptaufgabe sei.

Wie verlogen diese ganze Konstruktion ist, läßt sich leicht daran erkennen, daß das Gebilde OCA sich ausgerechnet an die PCP (r) anlehnte, die bis dahin völlig die Politik der „Einheitsfront“ mit den – laut OCA faschistischen ! – „Befreiungsbewegungen“ FNLA und UNITA betrieben hatte und deswegen übrigens auch niemals die geringst Selbstkritik geübt hat. Ja, in den angeblichen „Dokumenten“ der OCA wurde der MPLA sogar der demagogische Vorwurf gemacht, sie habe nicht von Anfang an entschieden genug gegen die FNLA und UNITA gekämpft, habe sich auf Abkommen mit diesen eingelassen usw. („BV“, 22.4.76).

Also genau das Gegenteil von allem, was die „ML“er, im Einklang mit der chinesischen Außenpolitik, bis dahin behauptet hatten

Die einzige westdeutsche „ML“-Gruppe, die die OCA überhaupt etwas ausführlicher z i t i e r t, ist der schwäbische KAB„D“ (vgl. „RF“, 22/76), und zwar aus der schon erwähnten „gemeinsamen Erklärung von PCP (r) und OCA“ in „Bandeira Vermelha“ (22.4.76), wobei die OCA-Formulierung, daß der *„nordamerikanische und europäische Imperialismus (....) sich auf seine Agenten FNLA und UNITA stützen konnte“* durch einen kleinen Übersetzungsfehler in *„ ... Agenten i n FNLA und UNITA“* („RF“ des KAB„D“) umgefälscht wurde. Das entsprach dann auch der zuvor vom KAB„D“ ausgegebenen These, daß sich US-hörige Agenten in die FNLA und UNITA und umgekehrt SU-hörige Agenten in die MPLA „eingeschlichen“ hätten. Mit dieser These versuchte der KAB„D“ seinerseits seine frühere positive Haltung zur MPLA und die später aus Peking importierte „neue Linie“ zu „versöhnen“.

Die OCA hat übrigens auch nie die leiseste Kritik an der chinesischen Außenpolitik erhoben, sondern im Gegenteil diese in den Himmel gepriesen, wenn sie auch für Angola selbst geradewegs das Gegenteil propagierte. Das Projekt OCA war also von Anfang an nichts anderes als eine „links“ getarnte Provokation der PCP (r) - Führung, die ihre alte Taktik (Angriff gegen die MPLA von

von Anfang an nichts anderes als eine „links“ getarnte Provokation der PCP (r) - Führung, die ihre alte Taktik (Angriff gegen die MPLA von

r e c h t s, Predigt der „Einheit“ mit FNLA und UNITA) durch eine scheinbar gerissenere und zeitgemässere Taktik (Angriff gegen die MPLA von „ l i n k s “) zu ersetzen versuchte. Offenbar ohne Erfolg, denn die OCA taucht schon seit längerem in der „Bandeira Vermelha“ nicht mehr auf. Dafür wurde mit großem Juchei ein neues staunenswertes Projekt aus der Taufe gehoben: Eine „Union des Volkes von Dahomey“, was ein Ergebnis von außerordentlicher Bedeutung nicht nur für die Völker Afrikas, sondern des gesamten Erdballs sei („BV“).

Damit scheint der Name OCA zum herrenlosen Gut geworden zu sein, an dem sich auch die hartgesottensten Vaterlandsverteidiger jetzt gefahrlos vergreifen können – die peinlichen Verlautbarungen der OCA über die „faschistischen Marionetten“ FNLA und UNITA werden einfach unterschlagen und stattdessen wird die politische Scheiße von „KPD“ oder KBW (je nach Firma) in den leeren Schlauch gefüllt. Den meisten Anhängern von „KPD“ oder KBW dürfte das eh nicht auffallen, und da wahrscheinlich die OCA als Anhängsel der PCP (r) mausetot ist, braucht man mit peinlichen Überraschungen nicht zu rechnen. Man kann, mit anderen Worten, der OCA beliebig unterstellen, was man will. Vielleicht zaubert uns die „Rote Fahne“ der „KPD“ demnächst sogar ein Interview mit einem Generalsekretär der OCA aus dem Hut, wobei wenigstens gesichert wäre, daß alle Antworten völlig wunschgemäß ausfallen, was bei t a t s ä c h l i c h existierenden Personen mitunter ins Auge gehen kann (siehe das Interview mit dem Generalsekretär Mugabe von der ZANU) in der „RF“ vom 24.11.76).

Leider konnten es auch die GIM-Trotzkisten nicht lassen, auf den OCA-Trip einzusteigen : Die OCA sei zwar *„promaoistisch“* (wie schade!), aber würde immerhin den US-Imperialismus als Hauptfeind bekämpfen („Was tun“, 17.6.76). Schön wär's! Tatsächlich jedoch wurde von der OCA der Kampf gegen den „Sozialimperialismus“ als Hauptaufgabe propagiert. Wußten die GIM-Genossen das nicht oder wollten sie es nicht wissen?

Die trotzkistische „Gruppe Revolutionäre Sozialisten“ (GRS)

Nach eigener Darstellung hat auch diese Gruppe mit dem Befreiungskampf gegen den portugiesischen Kolonialfaschismus nichts zu tun gehabt.

Vielmehr bestand ihr Kern aus einigen trotzkistischen Studenten, die 1973/74 von Lissabon nach Luanda übergesiedelt waren und dort an der Universität eine „antiimperialistische Studiengruppe“ gebildet hatten.

Ein dreiviertel Jahr später bestand die Gruppe (immer nach eigenen Angaben) *„aus einigen Dutzend* (!) *Genossen mit einem bedeutenden* (!!) *Einfluß unter den Arbeitern vor allem in der Vorhut* (!!!) *dieser Arbeiterbewegung“* (Spartacusbund-Interview mit einem Mitglied der GRS, S. 38). Dies ist der Hintergrund für die „Einschätzung“ des „Spartacusbund“, *„die GRS ist unseres Wissens seit Jahrzehnten die erste trotzkistische Organisation mit führender Rolle in einem revolutionären Prozeß...“* (s.o. S.9.). Die erstaunliche Tatsache, daß die „Avantgarde der Arbeiterbewegung“ in Luanda heute von der Bildfläche verschwunden ist, wird von ihr mit den bösen „Stalinisten“ erklärt, denn *„heute ist der Repressionsapparat, der von größter Bedeutung ist, in Händen der Stalinisten* (s.o.S.22).

Das etwas mit der breit geschilderten „Massenverankerung“ der GRS nicht stimmen könnte und das die Massen lieber der MPLA vertrauten statt diesen politischen Vorhut-Trotzkisten, darauf deutet – unfreiwillig – die GIM hin: *„Die Tatsache, daß ihre Unterdrückung kaum eine Reaktion unter den Massen hervorrief, deutet darauf hin, daß diese immer kritikloser der MPLA folgen und damit ihre Klassenunabhängigkeit aufs Spiel setzen“* („die internationale“, theoretische Zeitschrift der GIM, Mai 76). Die „Massen“ sind aber auch manchmal zu undankbar. . .

Zusammengefaßt kann also festgestellt werden, daß die Kronzeugen der westdeutschen „ML“er und Trotzkisten („die angolanische Linke“) boße Hirngespinste sind und waren. Die einzige dieser Gruppen, die wirklich existierte und vorübergehend auch eine gewisse Rolle im anti-kolonialistischen Befreiungskampf spielte war „Revolta Aktiva“, die allerdings keine „linke Gruppe“ (links von der MPLA), sondern im Großen und Ganzen eher eine

die allerdings keine „linke Gruppe“ (links von der MPLA), sondern im Großen und Ganzen eher eine

sozialdemokratische und damit r e c h t e Gruppe war. Wenn wir sagen, daß „Revolta Aktiva“ die einzige wirklich existierende oppositionelle Gruppe war, wollen wir keineswegs bestreiten, daß sowohl die Trotzkisten, als auch die „ML“er ein paar Studenten von Lissabon nach Angola geschickt haben. Das wird sicherlich stimmen. Sie hatten allerdings bloß die Funktion, für ihre westeuropäischen Gevatterschaften etwas Munition zu liefern, die berühmte Stecknadel „der Wahrheit“ zu sein im riesigen Heuhaufen der Lügen, Verdrehungen, Beschimpfungen, der extremen Hetze gegen den Befreiungskampf eines afrikanischen Volkes. Eine Rolle in Angola selbst – weder positiv, noch negativ – haben sie nie gespielt. Nicht ohne Komik bleibt dabei das sicherlich unfreiwillige Eingeständnis der „Spartacus-Bund“-Trotzkisten, daß ihre GRS „unseres Wissens die erste trotzkistische Organisation....“ (s.o.) war..

Man kann es drehen und wenden wie man will . . .

Die in der westdeutschen Linken kursierenden Greuelstorys und Gerüchte über „Sozialfaschismus“ in Angola, Machtübernahme der „Stalinisten“ und „Repression gegen die Linke“ haben mit der Realität in Angola nicht das geringste gemein. Sie dienen keinem anderen Zweck, als die politischen Positionen ihrer Verbreiter einen Anschein von Konkretheit zu geben – und sei es nur auf dem Papier. Es handelt sich dabei überwiegend um Positionen, die wir bereits während der imperialistischen Aggression gegen die VR Angola als pro-imperialistisch bekämpft haben und die jetzt konsequenterweise auch auf die junge Volksrepublik ausgedehnt wurde, wobei die angola-feindliche Hetze – insbesondere bei KBW und „KPD“ – inzwischen alle wesentlichen Merkmale der Nazi-Hetze gegen die damalige junge Sowjet-Republik enthält, während bei den Trotzkisten vor allem Spleenigkeiten und politische Piraterie vorherrschen.

Politisch und klassenmäßig handelt es sich darum, daß sowohl „ML“er als auch Trotzkisten vollständig dem in der BRD herrschenden militanten Anit-Kommunismus, der extremen Hetze des BRD-Imperialismus erlegen sind.

Gleichzeitig dient das unmaterialistische Gezeter über den sowjetischen „Sozialimperialismus“ in Angola letzlich dem Revisionismus, der sich liebend gern einer Auseinandersetzung über die wirkliche sowjetische Machtpolitik entzieht und seine Reihen in der „Polemik“ gegen diese Provokateure zusammenschließt. Letztlich ist die Verweigerung der politischen und materiellen Solidarität mit der VR-Angola eine Zuarbeit für die Revisionisten, die mit einem relativen „Monopol“ auf Unterstützung ein ungleich besseres taktisches Instrumentarium an die Hand bekommen.

Der ehemalige Einfluß des KBW ist in der letzten Zeit – nicht zuletzt wegen seiner Angola-Politik – erfreulich zurückgegangen. Reste seines ideologischen Einflusses auf die antiimperialistische Bewegung müssen genauso liquidiert werden wie diese

ideologischen Einflusses auf die antiimperialistische Bewegung müssen genauso liquidiert werden wie diese

Provo-Organisation als Ganzes.

In diesem Sinne fordern wir die Antiimperialisten auf, die Solidarität mit dem angolanischen Volk und der MPLA wieder zu forcieren.

Denn hiergegen gibt es bislang keine Argumente!

Afrika-Kommission
und AK-Redaktion

Sehr rrrrevolutionär !

Am 28. Oktober fand in Darmstadt eine Veranstaltung des „Arbeitskreis 3.Welt“(AKDW) über die atomare Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika statt. Da es sich um eine vom KBW nicht kontrollierte Initiative handelt, war folglich zu erwarten, daß sich einige KBW-Ortsfürsten verpflichtet fühlen würden, um - wie es dann immer so schön heißt - *„bürgerlichen Auffassungen in der Solidaritätsbewegung entgegenzutreten“*.

Offenbar fiel es diesmal dem KBW aber selbst ziemlich schwer, das nötige Haar in der Suppe zu finden. Heraus kam schließlich folgendes Argument: Während der Veranstaltung sei nicht für die ZANU (Zimbabwe) gesammelt worden, sondern skandalöserweise für die südafrikanischen Organisationen ANC und PAC, *„die den bewaffneten Kampf noch nicht aufgenommen haben. Damit wurde von den Veranstaltern klar ausgedrückt, daß man nicht vorhat, den bewaffneten Befreiungskampf der Völker Afrikas gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus an der Hauptfront zu unterstützen, sondern die Solidaritätsbewegung auf eine Nebenfront ableiten will“* („KVZ“-Bezirksbeilage Darmstadt Nr.44/76).

Eine derart perverse Trennung in „Hauptfronten“ und „Nebenfronten“ würde den kämpfenden Völkern des südlichen Afrika niemals in den Sinn kommen. Sie entspringt dem Hirn romantischer Jünglinge und läuft auf Spaltung des Kampfes hinaus. Ob bewaffneter Guerilla-Kampf oder Massenkämpfe der südafrikanischen Arbeiter - die Völker des südlichen Afrika kämpfen an derselben Front. Das Beispiel zeigt, wie bunt es zugeht, wenn der KBW die Solidaritätsbewegung nach „bürgerlichen Auffassungen“ durchschnüffelt.

Ist der KBW verfault?

Leserbrief

„Liebe Genossen!
Im AK Nr. 91 (oder 92 ?) wurden die KBW-Genossen im Rahmen der China-Auseinandersetzung als ‚verfaultes Gesindel, das auch nicht davor zurückschrecken würde, den Genossen Mao-Tse-Tung zu verraten', bezeichnet.

Zu einer Polemik in dieser Form anderen linken Gruppen gegenüber haben wir die schärfsten Widersprüche!

Es war immer eine wesentliche Stärke des AK, daß die Auseinandersetzungen – insbesondere mit anderen linken Gruppen – in der Regel inhaltlich und nicht, wie von vielen anderen ‚Linken', emotional und unsachlich geführt wurden. Uns stellt sich deshalb die Frage: welchen Sinn hat es, anschließend an eine inhaltliche Auseinandersetzung einen solchen Spruch zu setzen?

Wir meinen, daß gerade dieser Spruch besonders übel ist, denn er entbehrt aber auch jeglichen Anspruchs einer solidarischen Auseinandersetzung zwischen kommunistischen Gruppen. Eine derartige Bezeichnung kann man für Faschisten benutzen, nicht aber für Leute, die zumindest noch irgendwo den Anspruch haben, für den Sozialismus zu kämpfen! Grundsätzlich haben wir überhaupt nichts gegen ein paar passende Sprüche über den KBW einzuwenden, hier aber seid ihr zu weit gegangen: Man hatte den Eindruck, hier wollte sich jemand seiner ‚Wut' gegenüber den KBW'lern mal Luft machen.

Leider haben wir immer wieder feststellen müssen, daß auch viele andere AK-Leser derartige Widersprüche, besonders KBW-Artikeln gegenüber, haben. Darüber hinaus wurde dieses Zitat im ‚Spiegel' benutzt, um aufzuzeigen, wie unsolidarisch die ‚Extremisten und Radikalen' sich untereinander schon verhalten. Warum gebt ihr der bürgerlichen Presse für ihre Hetze auch noch unnötiges Material?

Wir meinen, der AK hat es nicht nötig, in dieser Form gegen den KBW oder andere Gruppen vorzugehen, denn die schädliche ‚Politik' dieser Gruppe wird immer wieder gut herausgearbeitet und vor allem, inhaltlich belegt!

Wir bitten euch, unsere Kritik im AK abzudrucken, denn wir halten eine breite Auseinandersetzung um diese Frage für notwendig.

Es grüßen euch
5 Genossinnen und Sympathisanten aus dem Erzieherbereich".

Antwort der Redaktion

Auch wir halten eine breite Auseinandersetzung um diese Frage für notwendig und veröffentlichen darum als „Einstieg" diesen Brief.

Nach unserer ganzen bisherigen Erfahrung hat es immer wieder unter Genossinnen und Genossen einzelne Stimmen gegeben, 'man sei ja insgesamt mit unserer Kritik am KBW völlig einverstanden, aber die F o r m sei doch wohl mitunter gar zu „unsolidarisch". In früheren Zeiten kam es vor, daß schon ein Satz wie „Der KBW lügt" manchen Genossen als angeblich „unsolidarisch" auf den Magen schlug. Heute hingegen gehört diese Feststellung schon zur Allgemeinbildung jedes westdeutschen Kommunisten und Demokraten. Ähnliches gilt auch für eine Reihe weiterer Aussagen über den KBW, die anfänglich bei manchen Genossen auf Kritik und Unverständnis stießen, aber heute „durch das Leben selbst" mehr als bestätigt sind.

Allgemein gesprochen scheint uns ein grobes Mißverständnis vorzuliegen, wenn die Genossinnen aus dem Erzieherbereich davon ausgehen, es würde gegenüber dem KBW heute noch um eine **„solidarische Auseinandersetzung zwischen kommunistischen Gruppen"** gehen. Das ist absolut nicht der Fall! Mit KBW-Mitgliedern oder -Sympathisanten sind wir solidarisch, soweit sie von der Bourgeoisie angegriffen werden. Das ist aber nicht gleichbedeutend mit „solidarischer Auseinandersetzung", und speziell nicht zwischen kommunistischen Gruppen. Den Boden der solidarischen Auseinandersetzung – dazu gehören unserer Meinung nach nämlich immer z w e i ! – hat der KBW selbst vollständig verlassen. Darüberhinaus können wir den KBW auch beim besten Willen nicht mehr als eine kommunistische Gruppe betrachten. Speziell nach der Degeneration im Verlauf dieses Jahres („Kampf zweier Linien") hat der KBW sämtliche Aspekte eingebüßt, die es vielleicht noch erlaubt hätten, ihn im weiteren Sinn als kommunistische Gruppe einzustufen.

Und damit wären wir beim Kernpunkt, dem **„verfaulten Gesindel"**. Es liegt uns prinzipiell fern, inhaltlich nicht ausgewiesene Schimpfworte einzusetzen. Wenn wir also zugegebenermaßen harte Worte wie „verfaultes Gesindel" verwenden, dann gerade deshalb, weil uns diese zur korrekten Beschreibung eines politischen Sachverhalts unerläßlich scheinen. Die politisch-moralische Fäulnis ist ein Wesenszug des KBW im jetzigen Stadium. Es ist Ausdruck von Fäulnis, wenn der KBW sich total irrational als „die Volksmassen" bezeichnet und selbst nach zig Niederlagen offenbar nicht einmal ansatzweise zu einer kritischen Reflexion fähig ist. Es ist Ausdruck von Fäulnis, wenn KBW-Führer wie Hager oder Schmierer jetzt den „Befreiungskampf" der FNLA und UNITA in Angola loben, obwohl gerade sie ausgezeichnet darüber informiert sind, daß es sich dabei um die traditionellen Hilfstruppen des Imperialismus handelt. Und es ist ebenso Ausdruck von Fäulnis, wenn ohne den geringsten eigenen Gedanken die jeweils vorherrschende Linie der VR China nachgebetet wird. Und genau an d i e s e m Punkt scheint uns der Ausdruck „verfaultes Gesindel" nach wie vor angemessen.

Wir können einen gewissen Respekt für Leute aufbringen, die zwar völlig unsinnige, schädliche Ansichten z.B. über die Vorgänge in der VR China haben, aber immerhin noch einen Funken von Kritikfähigkeit und politischer Moral haben. Für sklavische Nachbeter und für bewußte, zynische Lügner und Provokateure wie die KBW-Führer jedoch kann man nur noch Verachtung haben. Wir meinen, daß man da nicht drumrum reden sollte, sondern daß es gelegentlich und an ganz konkreten Punkten auch schon mal nötig ist, solche Dinge knallhart beim richtigen Namen zu nennen.

Was im Übrigen das Argument angeht, wir würden damit „der bürgerlichen Presse für ihre Hetze auch noch unnötiges Material" geben, sei auf die entsprechenden Angriffe der DDR- und DKP-Presse gegen Biermann verwiesen. Kurz gesagt: Von d i e s e m Argument der Genossinnen halten wir überhaupt nichts! Wenn die Genossinnen aus dem Erzieher-Bereich ihr eigenes Argument konsequent zu Ende denken, müßten sie sich doch auch sagen, daß beispielsweise ihr Leserbrief dem KBW Material für seine Hetze gegen den KB geben wird. Hat ihnen d a s denn gar keine Sorge gemacht? W i r meinen jedenfalls, daß man sich solche Sorgen nicht machen sollte. Daher fordern wir dazu auf, die Diskussion um dieses Thema, auch öffentlich, fortzusetzen!



Womit beginnen?"
vorbeigehen kann.
Aber nicht das ist der eigentliche
kussion um dieses Thema, auch öffentlich, fortzusetzen!

„Womit beginnen?"...

Das ist der Name einer neuen *„marxistisch-leninistischen Zeitung"*, die im November erstmals erschien. Die Genossen Herausgeber sind offenbar der Meinung, daß angesichts des *„raschen Verfalls fast aller größeren Organisationen"* heute auch (oder gerade?) für kleine ‚Zirkel' die Möglichkeit besteht, gehört zu werden und Beiträge zur *„umfassenden und gründlichen Diskussion der anstehenden Fragen zur Bildung der kommunistischen Partei"* zu leisten.

Die Genossen sind dabei, soweit man nach der ersten Nummer ihrer Zeitung schließen kann, noch vorwiegend auf die sogenannten „Marxisten-Leninisten" fixiert, worunter sie der Einfachheit halber alle d i e j e n i g e n summieren, die sich selbst als solche definieren – einschließlich des „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD". Wie kurios es dabei zugeht, veranschaulicht die Behauptung der Genossen: **„Von diesen Organisationen ist die KPD/ML ideologisch die führende"** – obwohl sie der„KPD/ML"schon im nächsten Satz *„teilweise vollkommen hirnlose Standpunkte"* sowie *„zahllose Linienschwenks"* bescheinigen. Was dann noch so außerhalb der sogenannten „Marxisten-Leninisten" kreucht und fleucht, wird von den Genossen nur en passant kurz gestreift. So wird der KB mit den knappen Worten dem Publikum vorgestellt: **„Der KB und die SAG bilden einen Zusammenhang verschiedener revisionistischer Theorien"**. Darunter kann man sich viiiel vorstellen!

Der Beitrag der Genossen zu den Klassenkämpfen in China – der den Hauptteil der ersten Nummer von „Womit beginnen?" ausmacht – zeigt, daß die Genossen im Gegensatz zur gesamten „ML"-Szene und den bigotten Frömmlern von „KAB'D' " und „Arbeiterbund" zum politischen Denken fähig sind und sich nicht scheuen, „gegen die Strömung zu schwimmen". Logisch also, daß sie – soweit es China angeht – zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommen wie der KB. Das aber darf offenbar nicht sein, da der KB nun mal „einen Zusammenhang verschiedener revisionisitscher Theorien" vertritt. Also schlußfolgern die Genossen, es gehe dem KB *„jedoch keineswegs um eine tiefergehende Analyse der Vorgänge, sondern um die Untermauerung seiner These vom linken Lin-Biao"*– an dem der KB nämlich aus irgendwelchen Gründen schon seit langem einen Narren gefressen hat... Die Genossen sehen, wie sie schreiben, *„keinerlei Sinn darin, sich heute in derartigen Spekulationen zu ergehen"*. Mag sein. Für uns jedenfalls stellen die Klassenkämpfe der Großen Proletarischen Kulturrevolution und ebenso die „Affäre Lin-Biao" einen Punkt der Analyse dar, an dem man nicht vorbeigehen kann.

Aber nicht das ist der eigentliche Streitpunkt, sondern die sich daran anschließende Behauptung, der KB würde ja sowieso *„das wichtige Prinzip des Kampfes zweier Linien auch innerhalb einer KP und eines sozialistischen Landes immer ganz lässig als 'Krampf zweier Linien' abtun"*. D a s allerdings nehmen wir nicht hin, weil es nicht der Wahrheit entspricht! Als „K(r)ampf zweier Linien" haben wir zwar bestimmte parodistische Vorgänge speziell im KBW bezeichnet, aber es ist uns nie in den Sinn gekommen, den realen Kampf zweier Linien, zweier Klassen und zweier gesellschaftlicher Wege z.B. in einem sozialistischen Land wie der VR China zu leugnen! Ganz im Gegenteil! Haben die Genossen überhaupt die Artikel des „ARBEITERKAMPFs" speziell dieses Jahres, die sich mit den Vorgängen in China beschäftigen, gelesen? Sonst sollten sie es rasch nachholen!

Der Eindruck drängt sich auf, daß sich hier wieder einmal eine Gruppe, die teilweise schon mit der „ML"-Szene gebrochen hat, auf oberflächliche und demagogische Art und Weise vom KB „abzugrenzen" versucht, um damit ihre Existenzberechtigung nachzuweisen. Davon hat niemand Nutzen. Womit beginnen? Mit einer ehrlichen, sachlichen Auseinandersetzung um die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten!

Anschrift der Genossen: 43 Essen 1, Postlagerkarte Nr. 064 351 A. Die Zeitung kostet 1,50 DM und soll etwa alle zwei Monate erscheinen.

Galgenhumor?

In seinem „Theoretischen (?!) Organ" „Kommunismus und Klassenkampf" (November '76) zieht der KBW stolze Bilanz der Bundestagswahlen: **„Ein wenig komfortables Ergebnis für die Bourgeoisie"** habe es gegeben.

Und zugleich einen großen Erfolg des KBW. Denn man irrt, wenn man meinen sollte, der KBW hätte von den Wahlen m e h r erwartet als die rund 20.000 Stimmen, die er am Wahltag nach Hause bringen konnte. Im Gegenteil: *„Im großen und ganzen ... entsprach das Ergebnis dem, war wir in Anbetracht aller Umstände günstigstenfalls (!!) in diesem Wahlakt organisieren konnten"*.

Jawohl, genauso steht es da, denn der KBW hatte **„eigentlich erwartet, daß sich der Einfluß der Organisation im Stimmergebnis auf etwa 15.000 eingrenzen würde"**. Man sieht, die Herren sind bescheiden, zumindest n a c h den Wahlen! Wenn man zukünftig von den „Volksmassen" liest, bei denen der KBW auf „breite Zustimmung" stößt, so darf man für sich übersetzen: „ ... etwa 15.000" oder „günstigenfalls" 20.000! ...

Nein, da war als Verfasser anscheinend ein Provokateur am Werk, der auf die ironische Tour den KBW durch den Kakao ziehen wollte. An einer Stelle hat dieser Schelm es allerdings gar zu arg getrieben. Schreibt der Vogel doch tatsächlich: *„... Eine erfreuliche Randerscheinung: Die Gruppe Arbeiterkampf in Hamburg, die offiziell nicht, inoffiziell aber als GIM kandidierte, brachte es auf etwa die gleiche Stimmenzahl wie der Bezirksverband des KBW und kam in diesem Wahlkampf in solche ideologischen Probleme, daß sie ihre Beteiligung an den nächsten Bürgerschaftswahlen in Hamburg ankündigen mußte ...".*

Nein, nein, sooo verrückt ist kein echter KBW'ler! Der Verfasser dieser Persiflage, ein gewisser Martin Fuchtler oder so ähnlich, hat es garantiert faustdick hinter den Ohren. Wir möchten nicht in seiner Haut stecken, wenn der KBW ihm auf die Schliche kommt!...

„K(r)ampf zweier Linien" fordert weitere Opfer

Um den „Kampf zweier Linien" ist es derzeit im KBW leider etwas ruhiger geworden. Immerhin entbrennt er auch jetzt noch hier oder da zu lodernder Glut und fordert seine Opfer. So jüngst in Göttingen an der Uni: Am 24. Oktober wurden fünf von sechs Mitgliedern der Zelle Wirtschaftswissenschaften aus dem KSB (KBW-Studentengruppe) ausgeschlossen.

Die fünf quaken jetzt vor den verschlossenen Türen herum, daß sie eigentlich das Programm des KBW völlig „korrekt" finden und sogar dessen „konkrete Anwendung" ziemlich „korrekt" finden. Die Genossen fühlen sich durch ihren Ausschluß gründlichst mißverstanden, weil ihre Kritik wirklich gar nicht das W e s e n , sondern nur Details der KBW-politik berührt haben. Aber immerhin: *„Der Kampf gegen den rechten Opportunismus, der zweifelsohne eine wesentliche Gefahr innerhalb der Organisation darstellt, wird oft so geführt, daß die Position vermeintlicher ‚rechter Führer' fehlerhaft zugespitzt wird. Damit wird es der Organisation insgesamt verunmöglicht, zwischen richtig und falsch zu entscheiden, die eigenen Fehler richtig zu erkennen und zu beheben sowie sich durch einen korrekten Prozeß von Kritik und Selbstkritik auf revolutionärer Grundlage zu vereinheitlichen. Dies begünstigt die Tendenz, bei der Korrektur rechter Abweichungen in linke Fehler zu verfallen, die sektiererischen Verkrustungen nicht abzuwerfen, sondern zu verhärten, die Verbindung mit den Massen nicht zu schaffen, sondern zu verhindern ... Die linken Fehler, die in der Politik des KBW auftraten, waren keine zufälligen Entgleisungen, sondern bilden seit eingen Monaten eine wesentliche Gefahr für die Politik des KBW/KSB, die sich – wie zumindest an den Göttinger Hochschulen deutlich sichtbar – immer mehr von den Massen entfernt".*

Nun, den Genossen können wir bestätigen: das ist beileibe nicht bloß in Göttingen und nicht bloß an den Unis so! Das ist vielmehr derzeit beim KBW die „Haupttendenz". Und dagegen kämpft man nicht an, indem man den Blick nach r ü c k w ä r t s richtet !

KBWler propagieren offene Unterstützung der chilenischen Faschisten

Am Samstag, 6.11., diskutierte ich auf der Straße mit Mitgliedern des KBW, die bei der Straßenagitation waren. Hier ein Gedächtnisprotokoll des Gesprächs:

Ich: Findet ihr es richtig, daß die chinesische Führung noch zu Lebzeiten Mao's der chilenischen Junta einen 30-Millionen-DM-Kredit gegeben hat und daß Hua Kuo Feng die aussenpolitische Linie beibehält?

Antwort: Völlig richtig.

I: Warum?

A: Weil das den chilenischen Volksmassen zugute kommt. Im Vertrag, den Mao mit Pinochet abgeschlossen hat, wurde ja festgelegt, daß das Geld in für das Volk nützliche Dinge angelegt werden soll.

I: Du glaubt doch nicht etwa, daß ein Faschist sein Wort hält, außer dem, daß er permanent das Volk unterdrückt und ermorden läßt.

A: Du spinnst wohl!

I: In welche Projekte wird das Geld denn angelegt?

A: Das Geld wird zum größten Teil in die chilenische Wirtschaft gesteckt, um die Industrialisierung voranzutreiben. Aber auch für die Bildung und für die Landwirtschaft wird Geld angelegt.

I: Du glaubst doch wohl nicht im Ernst, daß der Faschist Pinochet auch nur einen Pfennig für das Volk opfert!

A: Er ist zwar ein Faschist und ausserdem ein Bourgeois, aber er braucht ja das Geld, um sich vom US-Imperialismus lostrennen zu können, der ihm aufgezwungen wurde.

I: Da kann ich nur lachen.

A: Findest du es denn nicht richtig, daß zwei Staaten der dritten Welt sich gegen den US-Imperialismus und den Sozialimperialismus zusammenschließen? Im übrigen ist Pinochet auf unserer Seite, weil er ja gegen den US-Imperialismus kämpft.

I: Ich glaube, du spinnst.

A: Ein Faschist wie Pinochet, der gegen den Imperialismus kämpft, ist uns zehnmal lieber als ein Imperialist Nixon. (Zu einem zweiten KBW"ler:) Komm, laß das Arschloch stehen, wir müssen uns um die Arbeiter kümmern.

(Anmerkung: Ich habe das Ganze „höflich" gehalten, weil ich den Verbalradikalismus des KBW nicht in den Mund nehmen oder aufs Blatt schreiben werde. Ich schließe mich trotz meiner anfänglichen Sprachlosigkeit den KB-Sätzen an: „Dieses verfaulte Gesindel würde sogar den Genossen Mao Tse-tung verraten, wenn es sein müßte".

Ein Sympathisant aus Münster

Erklärung eines aus dem KBW ausgetretenen Genossen

„Der Kampf zweier Linien innerhalb des KBW, der von der ‚KVZ' so oft beschworen worden ist, hat nicht stattgefunden. Es hat in der Auseinandersetzung keine fest formulierte Linie gegeben, die sich gegen die Gesamtpolitik des KBW gestellt hat, es hat auch keine ernstzunehmende Auseinandersetzung innerhalb des KBW zu Fragen der politischen Linie gegeben.

Daß es trotzdem zu einer ganzen Reihe von Austritten gekommen ist, zeigt, daß bei den Genossen des KBW Widersprüche zur Politik des Verbandes bestanden haben, und es zeigt, daß innerhalb des KBW diese Widersprüche nicht ausgetragen werden konnten und die Genossen sich einzeln – zum Teil mit persönlichen Gründen – zurückgezogen haben.

Es hat innerhalb des KBW tatsächlich zwei Linien gegeben, weil der Verband die ideologische Auseinandersetzung durch Pläneschmieden und Phrasendrescherei ersetzt hat; deshalb hat das nicht zu einer fruchtbaren Auseinandersetzung geführt. Beispielhaft hierfür ist die Umorganisierung der Ortsgruppen im Bezirksverband, die in Schleswig-Holstein über Nacht gekommen ist und durchgezogen wurde, ohne daß die bisherigen Ortsleitungen über ihre Arbeit Rechenschaft ablegen mußten, ohne daß die geleistete Arbeit und die organisierten Niederlagen untersucht wurden. Weiter geht es mit der Behandlung von Austritten, die nicht politisch behandelt werden, sondern die höchstens in Einzelfällen in der ‚KVZ' als Erfolg gefeiert werden. Austrittserklärungen wurden im Verband nicht behandelt und schon gar nicht öffentlich diskutiert.

Für die Ausgetretenen bedeutet das, daß sie sich jetzt entweder in aller Ruhe eine bürgerliche Existenz aufbauen oder sich aber mit der Politik des KBW auseinandersetzen, die sie selbst getragen haben, um auf der Grundlage dieser Kritik dann die nächsten Schritte festzulegen, zur sozialistischen Revolution und zum Aufbau der KP.

Ich meine, daß der KBW in seiner Politik vor allem zwei Fehler macht: Der erste Fehler ist eine falsche Einschätzung der Klassenkampfsituation. Wir haben auszugehen von einer Klassenkampfsituation, die sich verschärft hat und weiter verschärft. Die westdeutsche Kapitalistenklasse verschärft ihre wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Angriffe auf die Arbeiterklasse und das Volk. Die Arbeiterklasse und das Volk sind unzufrieden mit den Verhältnissen und wollen Veränderung. Sie setzen sich gegen die Verschlechterung ihrer Lage und die verschärfte Unterdrückung zur Wehr. Ein Neuaufschwung tritt der Kapitalistenklasse entgegen. Die Kämpfe, die die Arbeiterklasse und das Volk führen, sind Kämpfe gegen bestimmte Maßnahmen der Kapitalisten (Betriebsschließungen; Seibel Erwitte) oder des Staates (§ 218, KKW). Diese Kämpfe sind noch zersplittert und richten sich noch nicht gegen das kapitalistische System insgesamt. Deshalb wird von den Arbeitermassen und dem Volk auch nicht der Sozialismus als Ziel dieser Kämpfe angesehen, sondern eben die oder die Forderung an den Staat, deshalb hat der Neuaufschwung der Massenkämpfe eine Stärkung der kommunistischen Bewegung oder gar des KBW auch nicht automatisch zur Folge. Nicht selten gelingt es bürgerlichen Kräften, die Führung an sich zu reißen und die Kraft der Bewegung damit zu brechen (Offenbacher Erklärung in Whyl, Hinauswurf des KBW aus der BUU in Brokdorf).

Ganz anders sieht der KBW die Sache. Er geht davon aus, daß die Massen den Sozialismus wünschen und sich die Frage stellt, wie und unter welcher Führung er erreicht wird und ob der KBW diesen Aufgaben gerecht werden kann. Diese Einschätzung ist kein Ausrutscher einer Ortsleitung, sondern der KBW ist faktisch in der Wahlkampagne davon ausgegangen, daß der KBW sich im Wahlkampf eben als die führende Organisation der kommunistischen Bewegung erweisen würde. Das Wahlergebnis spricht aber eine deutliche Sprache, und es ist schwer geworden, über den Widerspruch von Einschätzung und Wirklichkeit hinwegzutäuschen. Wenn die ‚KVZ' schreibt, daß immer die ‚KPD' (fast) geschlagen wurde, dann ist das vielleicht der Trost des „kleinen Mannes", aber keine Stellungnahme einer kommunistischen Organisation. Wenn die Bezirksbeilage feststellt, daß auch die DKP abgeschifft ist, dann liegt das nicht an der Politik des KBW, sondern am Erfolg der offen bürgerlichen Parteien (CDU/SPD/FDP).

Die falsche Einschätzung der Klassenkampfsituation bringt den zweiten Fehler hervor. Ausgehend von seiner Einschätzung hat der KBW im Wahlkampf eine Politik betrieben, den Massen als Kommunisten gegenüberzutreten und ist dabei gelandet, den ganzen Verband auf Hausbesuche, Agitationszentren und Unterschriftensammlungen zu konzentrieren. Um die Arbeiterklasse und das Volk zusammenzuschließen, reicht es nicht aus, ihnen das Programm der Kommunisten entgegenzuhalten und den Sozialismus als Ziel der Arbeiterklasse zu propagieren; darüber hinaus ist es notwendig, in den Betrieben und Stadtteilen eine Politik der Aktionseinheit unter den Massen zu entwickeln, sie um einzelne Forderungen zusammenzuschließen und den Kampf zur Durchsetzung dieser Forderungen zu führen. Politik der Aktionseinheit heißt nicht nur, sich mit dieser oder jener Organisation zu bestimmten Kampagnen zu verabreden, sondern heißt auch und vor allem, unter den Massen Tagesforderungen zu verankern und die Aktionseinheitslosung auszugeben.

Daß die stattfindenden Kämpfe noch zersplittert sind, daß sie von bürgerlichen Kräften oft genug noch gebrochen werden können, ist auf die Schwäche der Kommunisten in dieser Bewegung zurückzuführen. Zum Schritt voran zur sozialistischen Revolution werden die begrenzten Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes, wenn sie erstens zum Erfolg geführt werden und zweitens miteinander verbunden werden und damit auch ihre Begrenztheit verlieren. Der KBW leistet beides nicht. Das jüngste Beispiel ist hier das Vorgehen des KBW in Brokdorf, wo er bei der ersten Demonstration und Platzbesetzung sozusagen von den Massen auf den Platz getragen werden mußte und sich dann wieder verabschiedete, wo er bei der zweiten Demonstration noch nicht einmal auf der alleruntersten Ebene (Bereitstellung technischer Mittel) in der Lage war, eine Platzbesetzung zu organisieren. Diese Unfähigkeit, die politische Führung in den Massenkämpfen zu ergreifen, zeigt sich aber auch und vor allem in den Betrieben, wo der KBW den Kampf um Tagesforderungen nur dann „zuläßt", wenn er „verbunden" wird mit einer Erklärung zur Politik der westdeutschen Finanzbourgeoisie und zur sozialistischen Revolution. So ist eine Unterschriftensammlung für eine Betriebsversammlung bei Anschütz als rechte sozialdemokratische Politik beschimpft worden, weil sie lediglich eine Betriebsversammlung fordert zu einer Fusion, nicht aber über die weiterreichenden Pläne des westdeutschen Finanzkapitals aufklärt. Wer unfähig ist, eine Bewegung für ein begrenztes Ziel mit dem Mittel der Aktionseinheit zu führen, der wird schon gar nicht die Arbeiterklasse und das Volk zusammenschließen können im Kampf für die sozialistische Revolution. Vielmehr wird er vor, hinter oder neben der Bewegung der Arbeiterklasse und des Volkes herumtönen und als Schwätzer beiseite geschoben. Diesen Weg, den Weg des Sektierertums geht der KBW.

PS: Hinweis für die Leitungsorgane des KBW: Diese Stellungnahme sollte in den Zellen möglichst nicht behandelt werden. Wenn sich das aber nicht verhindern läßt, ist darauf hinzuweisen, daß der ‚KB Nord' der eigentliche Drahtzieher dieser Stellungnahme ist.

Kiel, 21.11.76".

Anmerkung der Redaktion

Es ist zwar eigentlich eine Selbstverständlichkeit, sei aber trotzdem angemerkt, daß wir uns mit dieser und anderen von uns abgedruckten Stellungnahmen nicht unbedingt in jedem Punkt identifizieren. In diesem Fall halten wir insbesondere die Kritik am Verhalten des KBW zu Brokdorf für falsch, soweit der Genosse dort die Frage der p o l i t i s c h e n Führung im Kampf mit den technischen Vorbereitungen auf eine (unrealistische!) Platzbesetzung verwechselt. Unsere Kritik am KBW in dieser Sache ist nicht, daß er technisch nicht darauf vorbereitet war, die „Massen" zum Sturm auf den Bauplatz zu „führen", sondern ist vielmehr seine demagogische Großmäuligkeit v o r der ersten und zweiten Demonstration und in d i e s e m Zusammenhang sein spalterisches Verhalten „vor Ort".

KBW fordert: „Waffen für die Junta" !

Schon seit längerem strampelt der KBW gegen die Forderungen der Chile-Solidarität an: „Keine Kredite für die Junta!", „Boykott der Junta!". Und da man es beim KBW gewohnt ist, daß jede Dummheit bis zum bitteren Ende gegangen wird, sind weitere Steigerungen nicht ausgeblieben. Den bisher schärfsten Beitrag auf diesem Gebiet leistete sich ein gewisser Ulrich Dressel, seines Zeichens Vertreter eines KBW-„Chile-Komitees" in Bochum. In einem Leserbrief an die „blätter des iz3w" (‚Informationszentrum Dritte Welt') vom November 1976 fordert er beispielsweise die faschistische Junta Chiles auf, sie solle von den Imperialisten eine „völlige Schuldenstreichung" fordern, denn dies sei *„eine der Forderungen, an der das chilenische Volk die Junta-Regierung politisch messen und angreifen kann"*. Anscheinend muß man in den Augen des KBW derartige „Forderungen" aufstellen, um die blutbefleckte Mörderbande in Santiago „politisch messen" zu können ...

Weiter meint dieser Mensch, es sei „triefender Ökonomismus", sich über die wirtschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen des Imperialismus zu den Diktaturen der Dritten Welt auch nur den leisesten Gedanken zu machen. *„Im Kampf gegen die US-Aggression in Indochina ist man ohne ähnliche Forderungen ausgekommen. Selbst nach der der Fabrik, die in der BRD Stacheldraht für die Zäune der Thieu-Wehrdörfer geliefert hat, hat man nicht besonders geschaut – weil jeder wußte, daß Thieu seinen Draht auch woanders besorgen konnte"* ... Abgesehen von den makabren Konsequenzen derartiger Thesen hat dieser Mensch damit noch nicht einmal Recht, denn man hat sich sehr wohl darum gekümmert, welche Firmen z.B. das Napalm produzierten oder welche Firmen der BRD am Vietnam-Krieg verdienten. Und selbst einem politisch Einäugigen ist z.B. klar, welcher Zusammenhang besteht zwischen der Tatsache, daß eine Firma in Seveso (Italien) Giftgas für den Vietnam-Krieg produzierte bzw. heute für die Nato produziert, und der Vergiftung eines weiten Landstrichs durch dieses Werk vor einigen Monaten. – Der KBW-Mensch argumentiert im Grunde genauso wie ein x-beliebiger Kapitalist: „Was tue ich schon Schlimmes, wenn ich Cyclon B für die Gaskammern liefere – sonst würde Hitler es sich eben woanders besorgen! ...".– Man weiß aber auch, welche politische Funktion es hatte und hat, den Produzenten von Stacheldraht etc. für die Thieu's, Vorster's usw. auf die Finger zu schauen, um den Volksmassen anschaulich zu zeigen, daß der antiimperialistische Kampf keine „exotische" Angeglegenheit ist, sondern direkt und durch tausend Fäden mit unserem eigenen Kampf gegen unsere Ausbeuter zu tun hat.

Der KBW-Mensch schreibt weiter, daß es eine ausgezeichnete Sache ist, wenn die Imperialisten in den von ihnen ausgeplünderten Ländern und Kolonien recht viele Fabriken, Staudämme usw. anlegen, denn – man ahnt es schon! – bald werden ja die Völker frei sein, und dann, heissa, gehören all die schönen Dinge i h n e n ! Als Beispiel nennt der KBW-Mensch den Cabora-Bassa-Staudamm in Mosambik! Also, nur zur Erinnerung: Exakt so wie dieser KBW-Mensch argumentierten seinerzeit „linke" Sozialdemokraten, um den breiten Protesten in unserem Land gegen den Bau des Cabora-Bassa-Staudamms entgegenzutreten. Damals standen die heutigen KBW-Führer wie J. Schmierer mit an der Spitze dieses Kampfes gegen den Bau! Aber gewiss, die Herrschaften haben seither ja auf allen Gebieten viel „dazugelernt". Damals wußten sie z.B. auch noch, daß die UNITA und FNLA in Angola Hilfstruppen des Imperialismus sind, und keine „Befreiungsbewegungen"!

Der KBW-Mensch zieht dann zum Schluß seines Schreibens voll durch: Es sei ja eigentlich gar nicht so übel, wenn die faschistische Junta von den Imperialisten, beispielsweise auch vom BRD-Imperialismus, reichlich mit Waffen versorgt wird. Denn: „Im Falle Chiles, wo keinerlei offene Grenze für eine Waffeneinfuhr existiert unter den gegenwärtigen politischen Umständen in Lateinamerika, sind die deutschen Pistolen vom Typ Walter ‚PPK' die einzige Versorgung **des chilenischen Volkes mit Waffen**, sobald der Widerstand versteht, sie sich zu nehmen". Dieser schräge Vogel hat dabei allerdings selbst eine im Rahmen seiner eigenen makabren „Logik" und der von ihm behaupteten Voraussetzungen („keinerlei offene Grenze"...) eine wichtige Tatsache übersehen: Wenn es darum geht, daß das Volk sich Waffen von den Repressionstruppen der Junta „nimmt", so gibt es selbstverständlich auch heute schon Waffen genug zu „nehmen" (oder glaubt der KBW'ler, daß die Junta ihre Truppen bisher nur mit Wasserpistolen ausgerüstet hatte?) Wenn also die Junta von den Imperialisten jetzt noch zusätzliche und bessere Waffen erhält, dann zur Verstärkung der Repression – und es ist schierer Zynismus, dies zu begrüssen mit dem Argument, das sei für das chilenische Volk überhaupt der einzige Weg, um an Waffen zu kommen, da es sich ja die zusätzlichen Waffen „nehmen" könnte.

Der KBW sinkt tiefer und tiefer. Und wenn man meint, nun könnte es wirklich nicht mehr tiefer gehen, so fällt ihnen doch noch etwas Schauerlicheres ein. Insofern vertrauen wir darauf, daß auch der Schrieb an das „iz3w" noch nicht den endgültigen Tiefpunkt darstellt.

Drückeberger

Sie winden sich wie Aale, die leitenden Genossen des „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD", wenn's um konkrete Auseinandersetzungen geht. Sei es die Frage des Parteiaufbaus, sei es die Frage ihrer opportunistischen Taktiererei gegenüber der DKP, sei es die chinesische Innen- oder Außenpolitik - die Genossen lieben es nicht so konkret. Am ärgsten zappeln die Genossen, wenn es um ihr Verhalten zur DKP geht. Da hat unsere Kritik offensichtlich voll den wunden Punkt getroffen. Das merkt man schon daran, daß sie seit Monaten immer wieder s e i t e n w e i s e in ihrer Zeitung „KAZ" zu begründen versuchen, warum sie gerade über dieses Thema mit uns derzeit n i c h t zu debattieren wünschen. So erneut in der „KAZ" vom 14. November unter dem wohl selbstkritisch gemeinten Titel *„Kein Standpunkt ist auch ein Standpunkt"*.

Nicht etwa, daß die leitenden Genossen vom „Arbeiterbund" grundsätzlich eine Diskussion mit uns über dieses Thema ablehnen...O nein, nur gerade j e t z t wollen sie darüber um keinen Preis diskutieren. Denn es sei eben so, *„daß unsere Differenzen mit dem KB...keineswegs taktischer Natur sind und sich nur auf die Anwendung der politischen Linie in der Praxis beziehen. Es sind tiefe ideologische und programmatische Differenzen. Darüber muß zuallererst die öffentliche Auseinandersetzung geführt werden, bevor (!) über taktische Fragen gesprochen werden kann"* („KAZ", 14.11.76).

Eine total undialektische Auffassung, die der marxistichen Erkenntnis-Theorie zuwiderläuft und ein Schlag gegen die politische Vernunft ist. Ob die Genossen allen anderen Menschen, die mit ihnen über konkrete Meinungsverschiedenheiten diskutieren wollen, auch so eine verrückte Antwort geben? Dann wären sie wirklich vollständige Sektierer!

Die Genossen machen ein Ablenkungsmanöver nach dem anderen, weil sie über ihren konkreten Opportunismus, wo nämlich die Schädlichkeit ihrer Politik ganz handgreiflich und festmachbar wird, eben nicht reden wollen. Sie wünschen den Streit auf ein anderes Feld zu verlegen, wo es ihnen leichter fallen könnte sich im Nebel ihrer Phrasen und allgemeinen Unterstellungen davon zu stehlen. Irgendwann später, so stellen die Genossen unverbindlich in Aussicht, wollen sie dann vielleicht auch die Herablassung haben, mit uns über unsere Kritik an ihrer konkreten Politik der „Aktionseinheit" gegenüber der DKP zu reden. Nun, wir werden den Genossen nicht auf dieses Feld folgen, und wir werden ihnen auch kein Entkommen gestatten. „Hic Rhodos, hic salta!".

Wie es ausgehen würde, wenn wir uns von den leitenden Genossen des „Arbeiterbund" in die Nebelschwaden locken ließen, zeigt ihr Artikel in der „KAZ" vom 14. November höchst anschaulich. Da kann man z.B. mit Staunen lesen (wörtlich!): „ Die Aufgabe, die Massen an die Revolution heranzuführen, wird vom KB reduziert auf die Radikalisierung der Massen im Tageskampf". Oder: *„Das Verhältnis des KB zur proletarischen Revolution und daraus abgeleitet seine Einschätzung und Behandlung der Sozialdemokratie, ist letzten Endes radikalsyndikalistisch"*. *„Der KB sieht nicht, daß die Einheit der Arbeiterklasse unabdingbare Voraussetzung für die proletarische Revolution, ja für jeden umfassenden Kampf gegen den deutschen Imperialismus ist"*. Und als quasi Höhepunkt, als Kirsche auf dem Sahnehaufen: Der KB würde den Revisionismus „einfach mit den Faschisten gleichsetzen"!

Klar: über solchen Stuß könnten wir mit den Genossen lange streiten, und unsere bisherige Erfahrung aus vielen versuchten Auseinandersetzungen zeigt, daß sie unsere Argumente und unsere Zurückweisung ihrer närrischen Unterstellungen nicht einmal zur Kenntnis nehmen würden! Die leitenden Genosssen vom „Arbeiterbund" werden sich noch daran gewöhnen müssen, daß wir auf diesen Unfug nicht einsteigen, und daß sie doch noch irgendwann ganz konkret und ganz direkt Farbe bekennen müssen . Damit wollen wir wohlbemerkt gar nicht bestreiten, daß es a u c h grundsätzliche, und nicht bloß taktische Meinungsverschiedenheiten über das Herangehen an die DKP geben könnte. Über diese Frage werden wir diskutieren in Z u s a m m e n h a n g mit den taktischen Meinungsverschiedenheiten und nicht losgelöst davon. Wir warten.

Da schmunzelt der Kommunist



Original-Kopf der „KAZ" des „Arbeiterbund" vom 14.11.76

KBW'ler belästigt AK-Verkäuferinnen

Offenbar animiert vom „K(r)ampf zweier Linien" im KBW suchte ein KBW-ler am Samstag, 20. November, auf der Hamburger Straße Schulterblatt den „Zusammenstoß mit den bürgerlichen Auffassungen des KB Nord": Er belästigte eine dort stehende Genossin beim AK-Verkauf, schrie wild herum (*„Die Massen müssen gehindert werden, eure Zeitung zu lesen. Es muß verhindert werden, daß diese schädliche Zeitung verkauft wird"*) und forderte sie schließlich – ganz „Mann" – auf, *„endlich hier aus dem Bezirk zu verschwinden"*. dasselbe versuchte der im heiligen Zorn Eifernde dann noch bei einer anderen, ein Stück weiter stehenden Genossin. Ohne Erfolg.

Am Samstag, den 27. November, gab es dann nochmals „Kampf": Eine der belästigten Genossinnen forderte den erneut auftauchenden KBWler auf, sich von seinem Verhalten am letzten Sonnabend zu distanzieren. Als er sich ganz und gar verstockt zeigte, langte die Genossin herzhaft zu. Es gab ein Handgemenge, in das sich auch weitere Genossen aus dem Bezirk einmischten. In der darauf folgenden Debatte distanzierten sich die anderen auf dem Schulterblatt stehenden „KVZ"-Verkäufer von dem Eiferer. **Die Meinungsfreiheit und der ungehinderte Verkauf der Zeitung müßten schon respektiert werden**, meinten die KBWler.

Der KBWler, der unsere Genossinnen belästigt hat, ist offensichtlich ein Opfer der beim KBW herrschenden erhitzten Gemütsverfassung geworden, wonach man Meinungen, die man für falsch hält, nicht erst mit Argumenten entgegentritt, sondern gleich ihre Verbreitung „verhindert".

Selbstkritisch müssen wir zu dem Vorfall sagen, daß er sich nur auf dem Boden der von uns bisher geübten unmäßigen Geduld und Toleranz gegenüber derartigen Provokationen ereignen konnte. Anders ist es nicht zu erklären, daß ausgerechnet in H a m b u r g sich ein KBWler so sehr vergißt, daß er uns vorzuschreiben versucht, aus welchen Bezirken wir gefälligst zu „verschwinden" hätten, und daß er allen Ernstes meint, den Verkauf des AK „verhindern" zu müssen. Aber wenn wir schon den Anfängen nicht genügend gewehrt haben – von jetzt an wehren wir uns. Der KBW wäre gut beraten, sich möglichst schnell öffentlich von dem Verhalten des wildgewordenen Eiferers zu distanzieren.

„Un congresso che solo Lotta Continua poteva fare"!

Anfang November fand in Rimini der 2. Nationale Kongreß der revolutionären italienischen Organisation Lotta Continua (LC) statt, an dem u.a. auch Vertreter des KBW und des Kommunistischen Bundes als Gäste teilnahmen. Die Genossen von LC gaben eine außerordentlich enthusiastische Selbsteinschätzung ihres Kongresses: *„Un congresso che solo Lotta Continua poteva fare"* (Ein Kongreß, wie ihn nur LC machen konnte); *„Un congresso senza precedenti sui grandi problemi della rivoluzione e della vita"* (Ein beispielloser Kongreß über die großen Probleme der Revolution und des Lebens); *„Una straordinaria esperienza politica e umana"* (Eine außerordentliche politische und menschliche Erfahrung). *„Ein höchst schwieriger und höchst begeisternder Kongreß wurde abgeschlossen. Alle Genossinnen und Genossen, die daran teilgenommen haben, haben ihn erlebt als eine intensive Erfahrung für ihr persönliches Leben und für das Leben von Lotta Continua"* (Zitate aus „Lotta Continua" vom 5. und 6. November).

Etwas weniger überschwenglich sahen es die Genossen einer anderen revolutionären Organisation, Avanguardia Operaia, die in ihrer Zeitung trocken kommentierten, Lotta Continua übernehme den *„in der Tat etwas pathetischen Versuch, die paradoxesten Aspekte ihres jüngsten Kongresses zu ideologisieren"*, und davor warnten, *„die Krise von LC mit einer Krise der italienischen revolutionären Linken zu verwechseln"* („quotidiano dei lavoratori", 11.11.).

Was war geschehen? **Der Kongreß von Lotta Continua hatte sich als weitgehend u n f ä h i g erwiesen, eine Antwort auf die drängenden Fragen des Moments in den Klassenkämpfen zu geben; stattdessen war er untergegangen in den innerorganisatorischen und „menschlichen" Problemen von LC, die dort mit der Wucht eines „E r d b e b e n s" (dieser Vergleich wurde von führenden LC-Genossen selbst so gebraucht) ausgebrochen waren.** Das freilich wäre noch nicht einmal das schlimmste, wenn sich die Genossen von LC dies offen eingestehen würden und sich baldmöglichst um die Durchführung eines neuen Kongresses bemühen würden, auf dem nun wirklich die großen Probleme des italienischen Proletariats auf der Tagesordnung stehen könnten. Das genaue Gegenteil ist aber der Fall: Das Kongreß-Fiasko wird – teilweise im Stil eines „Lore-Romans" – als ganz neue „menschliche Erfahrung" und neue Qualität des politischen Kampfes bejubelt und tollkühn wird die Parole erhoben: **„Eröffnen wir überall die Widersprüche. Tragen wir überall hin den Reichtum (?!!) unseres zweiten Nationalkongresses"** (Schlagzeile von „Lotta Continua" am 6.11.). Das italienische Proletariat, konfrontiert mit einer Verschärfung der imperialistischen „Sparpolitik", mit einer Wiederbelebung des faschistischen Terrors und desorientiert angesichts des Pakts der PCI mit der Bourgeoisie, wird sich für d i e s e Art von „Reichtum" ganz sicher bedanken! Ein derartiges Verhalten einer revolutionären Organisation angesichts brennender Fragen des Klassenkampfes ist in der Tat „senza precedenti" und gibt zu schlimmsten Befürchtungen für das weitere Schicksal dieser Organisation Anlaß.

„Wir müssen es lernen, mit dem Erdbeben zu leben!"

... so meinten ganz lässig führende Genossen von LC während des Kongresses. Das „Erdbeben", von dem hier die Rede ist, sind abwechselnd (oder auch mal zugleich, je nachdem) d i e Bereiche von LC, die sich in der bisherigen Arbeit vernachlässigt und unterdrückt fühlen. An erster Stelle, nicht ohne Grund, die **Genossinnen** von LC, die sich ihrer besonderen Unterdrückung als Frauen (auch in den revolutionären Organisationen) bewußt geworden sind. Dann wiederum die **Arbeitergenossen** von LC, insbesondere die Arbeiter aus den Großbetrieben (Fiat, Alfa Romeo), die bisher das gehätschelte Vorzeige-Objekt von LC waren, und die sich nun gegenüber den mit ihren Problemen vordrängenden Genossinnen zu kurz gekommen fühlen. Und schließlich die Jugendlichen in LC, die sich angesichts der um den Platz an der Sonne rangelnden Genossinnen und Arbeitergenossen total vergessen sehen. Kein Wunder also, wenn führende Genossen von LC meinten, das „nächste Erdbeben" würden wohl die jugendlichen Genossen sein. Möglich ist das, falls nicht die gleichfalls auf diesem Kongreß total zu kurz gekommenen Genossen, die im militanten antifaschistischen Kampf besonders engagiert sind, das „nächste Erdbeben" abgeben werden ...

Eine Betrachtungsweise, die wesentliche Teile der Organisation als „Erdbeben" ansieht, die halt irgendwann einmal „ausbrechen" (was die weitgehende Lähmung der politischen Arbeit zur Folge hat), ist reaktionär.

Reaktionär deshalb, weil hier nicht r e c h t z e i t i g die Diskussion und der Kampf geführt wird, um Widersprüche in der Organisation zu lösen, sondern weil die führenden Genossen von LC das im Grunde repressive Prinzip verfolgen, daß die „Erdbeben" sich ruhig „austoben" müßten. So verkündeten das Sekretariat von LC und sein Vorsitzender, Genosse Sofri, schon zu Beginn des Kongresses, sie hätten **„alles getan, damit dieser Kongreß k e i n Kongreß wird"**! Konkret bedeutet das zum einen, daß es kaum eine Vorbereitung des Kongresses noch eine politische Leitung seiner Durchführung gab. Zusätzlich gab die LC-Führung ihre Absicht bekannt, sie wolle auf diesem Kongreß nicht politisch in die Widersprüche eingreifen, um diese nicht „zu unterdrükken".



Beim 2. Nationalen Kongreß von Lotta Continua

Beim 2. Nationalen Kongreß von Lotta Continua

Freie Bahn dem Feminismus

Eine besondere Rolle spielten auf dem Kongreß die Genossinnen. Sie hatten sich erst kurz vor dem Kongreß überhaupt dazu „durchgerungen", daran teilzunehmen. Freilich ganz ausdrücklich nur als „Feministinnen"; daran hielten sich, bis auf ganz wenige Ausnahmen, alle weiblichen Delegierten.

Nachdem sie sich zwei Tage abgesondert hatten, beschlossen sie dann, „in die Diskussion einzugreifen". Zentraler Punkt war die sexuelle Unterdrückung der Frau und die Unterdrückung ihrer Persönlichkeit durch „die Männer" (= maschi; dieser Ausdruck wurde auf a l l e Genossen sowie gelegentlich auch auf nicht-feministische Genossinnen angewendet!). Vor allem kritisierten die LC-Feministinnen die von LC proklamierte „Arbeiter-Zentralität", die mit den Problemen der Frauen nichts zu tun habe: „Wir fordern die Frauen-Zentralität".

Nicht einmal eine Handvoll von Genossinnen nahm zu den Fragen der PCI-Regierungspolitik etc. Stellung. Hauptproblem war fast in allen Beiträgen die eigene persönliche Erfahrung: „Ich spreche jetzt hier nur als



„Was wollen wir in Lotta Continua?"–die weiblichen Delegierten diskutieren unter sich

Frau", „Ich möchte jetzt einmal die Unterdrückung durch die Männer aus meiner Perspektive darstellen" usw. usf.

Die materielle Basis dieser Vorgänge liegt zum einen in der besonders üblen Unterdrückung der Frau durch den Mann in Italien (auch in den fortschrittlichen Organisationen); zum anderen liegt sie in der Art und Weise, wie in LC dieser Widerspruch behandelt wurde, nachdem er einmal offen ausgebrochen war: Auf der einen Seite konnten die Genossinnen sich in der LC-Zeitung unwidersprochen in den größten kleinbürgerlichen Unfug hineinsteigern (à la Schwarzer, Firestone & Co.), ohne daß darüber eine Auseinandersetzung geführt wurde; andererseits änderte sich jedoch an der persönlichen Situation der Genossinnen offensichtlich nicht so besonders viel, zumal in LC kein organisierter Kampf gegen die „männlichen" Verhaltensweisen geführt wurde. So ließ man die Genossinnen sich ziemlich folgenlos „austoben", gegen eine Gummiwand anrennen.

Auf dem LC-Kongreß hielt eine Genossin eine Rede, in der sie sagte, daß heute in der Frauenbewegung kein Bedürfnis nach einer revolutionären Organisation bestünde. Sie könne es von daher nicht entscheiden, ob es überhaupt für sie heute richtig sei, in LC zu arbeiten. Sie könne das auch nicht propagieren.

Die Genossinnen Feministinnen lehnten es denn auch später ab, sich mit eigenen Kandidatinnen an der Wahl des Nationalkomitees (Leitungsgremium von LC) zu beteiligen, weil sie zumindest in nächster Zeit keinen Sinn in irgendwelchen Leitungsfunktionen in einer „Männer-Organisa-

sie zumindest in nächster Zeit keinen Sinn in irgendwelchen Leitungsfunktionen in einer „Männer-Organisa-tion" sehen würden. Genossinnen, die sich trotzdem für eine Beteiligung am NC aussprachen, wurden scharf angemacht, und die einzige Frau im NC – Lisa Foa, eine ältere, seit Jahren leitende Genossin auf dem Internationalismus-Sektor – wurde sogar bei der Wahl ausdrücklich von 40 Genossinnen wegen „besonderem Anti-Feminismus" abgelehnt.

Es fehlte fast völlig die Diskussion um die Inhalte der Politik der Genossinnen, kein Wort zu den Differenzen innerhalb der Frauenbewegung, kein Wort zur Organisierung der Frauen z.B. im antifaschistischen Kampf. Die Einheit der Feministinnen wurde beschworen. Die Frage, warum die Genossinnen eigentlich in LC sind, wurde nicht beantwortet. Alice S. hätte sicher ihre Freude gehabt ...

Zur Diskussion auf dem Kongreß

Daß die Frauen ihre besonderen Probleme auf dem Kongreß geltend zu machen versuchten, rief wiederum eine heftige Reaktion der Arbeiter-Genossen hervor, die – gleichfalls wiederum zu recht! – i h r e Probleme zu kurz kommen sahen. Einige Turiner Arbeiter-Genossen (speziell von Fiat) verstiegen sich gar zu der Forderung „Entweder die Frauen oder wir!". Für einige bange Stunden stand ein Austritt der Turiner Genossen aus LC als Schreckgespenst im Raum, was zweifellos an die „Substanz" von LC gegangen wäre.

Auf diesem Boden drohte der Kongreß dann für zwei Tage völlig auseinanderzufallen – die Arbeitergenossen berieten unter sich; die Femi-Genossinnen berieten unter sich; nebenbei fanden sich noch Arbeitsgruppen „Soldaten" und „soziale Kämpfe" zusammen. Einem Lehrer-Genossen platzte schließlich der Kragen: „Ich bin nicht Arbeiter, nicht Frau, nicht Soldat – soll ich jetzt vielleicht ins Kino gehen!?". Die Lehrer, die Studenten, die Jugendlichen u.a. liefen – ebenso wie die ausländischen Gäste – ratlos herum, da die Männer bei den Frauen rausgeschmissen wurden und auch bei den Arbeitern keiner sonst reinkam. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Einzelberatungen gab es nicht. Eine daraufhin einberufene Leitungs-Sitzung beschloß für die nächsten Tage „gemeinsame" Vollversammlungen.

versammlungen.

„Lachen, weinen ... und begreifen"?

Die zahllosen Redebeiträge zu den verschiedensten Themen machten die gemeinsame Diskussion und Festlegung der politischen Linien allerdings völlig unmöglich. Beispielsweise war es so, daß wechselseitig Genossinnen und Arbeiter-Genossen über „i h r e" besonderen Probleme sprachen, ohne überhaupt aufeinander einzugehen.

Einig war man sich lediglich darin, daß „LC bisher keine Massenpolitik gemacht hat". Darüber hinaus gab es kaum noch Übereinstimmungen.

Einen neuen hochdramatischen Moment gab es, als einige Jugendliche in einer Abstellkammer hinter dem Podium so lange mit allen greifbaren Geräten einen Riesenlärm veranstalteten, bis ihnen schließlich außerplanmäßig ein Fünf-Minuten-Beitrag zu den Problemen der Jugendlichen zugestanden wurde – der einzige Beitrag überhaupt zu diesem besonderen Problem ... Einen operettenhaften Höhepunkt schließlich stellten der Tränenausbruch einer Genossin (sie beklagte sich, im Nationalkomitee derart unterdrückt worden zu sein, daß sie dort während eines Jahres den Mund nicht aufbekommen habe) und die darauf folgende Reaktion eines LC-Führers dar, der gleichfalls in Tränen ausbrach.

Zuguterletzt trat auch noch rund die Hälfte des bisherigen Sekretariats von LC zurück. Begründung: „Wir haben es nicht verstanden, die neuen Elemente der Politik zu sehen und zu fördern", „Wir sind ein zu eingefahrenes Team". (Es wurden dann doch fast alle wiedergewählt!) LC-Vorsitzender Sofri sorgte für einen lyrischen Ausklang: Ein russischer Dichter habe gesagt: „Es kommt nicht darauf an, zu weinen und zu lachen, sondern zu begreifen". Zunächst sei er, Sofri, davon ganz begeistert gewesen. Aber jetzt fände er es doch falsch und meinte, es müßte vielmehr heißen: „Es kommt darauf an, zu weinen und zu lachen u n d zu begreifen".

Nun denn, das Begreifen kam offenbar auf diesem LC-Kongreß zu kurz. Gelacht und geweint wurd für umso mehr. Die brennender gen des Klassenkampfes wurd gestreift: Arbeit in den Gewerkschaften, Aufbau einer „neuen" Gewerkschaft, das Problem der „gelben" Standes-Gewerkschaften, der Kampf gegen den neuauflebenden faschistischen Terror, das Verhältnis PCI-Regierung und das Verhältnis der revolutionären Linken zur PCI, die

schistischen Terror, das Verhältnis PCI-Regierung und das Verhältnis der revolutionären Linken zur PCI, die

Einheit der revolutionären Linken u.a.m. Dies geschah in einer Situation, wo beispielsweise die Rechtswendung und Regierungs-Zusammenarbeit der PCI-Führung ganz neue Gefahren, aber auch ganz neue Kampfperspektiven eröffnet; wo zwischen der Avanguardia Operaia und der PdUP („il manifesto") die Frage eines Zusammenschlusses unter Ausklammerung (und mit der Gefahr einer Isolierung!) von Lotta Continua schon sehr konkret gestellt wird. Wird aus dem zutage getretenen Chaos menschlicher Widersprüche, Leidenschaften und Erfahrungen in LC durch einen spontanen, qualitativen Sprung der Organisation eine neue Kampfkraft erwachsen? Wir glauben nicht an Wunder, aber zu wünschen wäre es den Genossen schon! ...

Polen:
Angriff auf das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter"

Die vorübergehende Festnahme von 14 Mitgliedern des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" am 23./24. November war der jüngste Schlag der behördlichen und polizeilichen Schikanen gegen das Komitee. Nach einer „Personalienfeststellung" auf dem Warschauer Polizei-Komissariat wurden 11 Komitee-Mitglieder schnell wieder entlassen, während drei andere - darunter der bekannte Schriftsteller Jacek Kuron (u.a. Verfasser eines Offenen Briefes an PCI-Chef Berlinguer) - länger festgehalten wurden.

Schon vorher wurden mehrmals verschiedene Komitee-Mitglieder polizeilich vorgeladen, und es wurde ihnen gedroht, daß das Komitee „illegal" sei. Zwei Komitee-Mitglieder, Miroslaw Chojecki und Antoni Macierewicz, verloren ihre Arbeitsplätze am Institut für Atomforschung bzw. an der Universität Warschau.

Das Komitee wurde nach den teilweise militanten Demonstrationen vom Juni gegen die geplante Preiserhöhung gebildet: Es sammelt Aussagen und Dokumente über Demonstrationen und die folgenden Prozesse, verbreitet darüber Informationen, sammelt Geld für die Angehörigen der Inhaftierten usw. Kürzlich überwies der Schriftsteller Max Frisch dem Komitee 10.000 Mark, Heinrich Böll überwies 6.200 Mark.

Die Arbeit des Komitees, vor allem dessen Öffentlichkeitsarbeit, ist den polnischen Behörden ein Dorn im Auge. So wurde auch versucht, gefälschte 'Kommuniques' des Komitees in Umlauf zu setzen, auf denen die Selbstauflösung des Komitees verkündet wurde. Die Polizei und Behörden scheinen bisher von einem großen Schlag gegen das Komitee noch zurückzuschrecken und versuchen es mit einer Taktik ständiger Schikanen und Provokationen, das Komitee auszuschalten.

Nach Angaben des polnischen Generalstaatsanwalts sind derzeit in Polen noch 78 Teilnehmer der Demonstrationen inhaftiert. Einige Verurteilte wurden inzwischen unter dem Druck der Öffentlichkeit freigelassen. Nach Angaben des Komitees wurden bisher insgesamt 242 Personen wegen der Demonstrationen abgeurteilt.

In einer Petition haben 890 Arbeiter der Traktoren-Fabrik von Ursus (Vorort von Warschau) die Wiedereinstellung aller nach den Demonstrationen entlassenen Kollegen, bei vollem Lohnausgleich für die Zeit der Nichtbeschäftigung, gefordert. Nach Angaben des Komitees wurden inzwischen von 167 gesicherten Entlassungsfällen in Ursus 44 wiedereingestellt.

Etwas Bewegung in der „ML"-scene

Hufegetrampel und Waffengeklirr erfüllte kürzlich wieder die „ML"-Szene. Die „KPD/ML" ist zu einer Offensive von bisher nicht gekannter Schärfe gegen die vaterländische „KPD" angetreten, wobei erstmals herausgestellt wird, daß es sich dabei um eine „internationale Strömung" handelt, „**deren Kern vollkommen identisch ist mit der Linie des Konterrevolutionärs Deng Hsiao-ping, einer Linie der vollständigen Kapitulation gegenüber der Bourgeoisie und dem Imperialismus**" („Roter Morgen", 6.11.76). Die „KPD/ML" geht, wie es scheint, jetzt auf's Ganze.

So gibt sie denn auch ihre offene Kriegserklärung bekannt: „... *es gilt, den Kampf bis zur vollständigen Niederlage dieser Kapitulationslinie zu führen. Es ist eine Tatsache, daß diese Strömung noch über Einfluß auch im internationalen Maßstab verfügt...*" („RM", s.o.).

Dem Kenner und Liebhaber der Szene fällt freilich sofort ein kleiner „Schönheitsfehler" ins Auge: Die Zitate aus der „Roten Fahne" der „KPD", die in der Polemik des „Roten Morgen" angeführt werden, stammen durchweg aus dem Jahre 1975, teilweise aus dessen erster Hälfte; das jüngste Zitat ist vom Januar dieses Jahres! Es handelt sich also fast durchweg um Äußerungen, die aus einer Zeit stammen, als Ernst Aust (Vorsitzender der „KPD/ML") noch öffentlich davon sprach, die „KPD" stünde der „KPD/ML" am nächsten. Zudem sind es teilweise Äußerungen, von denen sich die „KPD" längst wieder „distanziert" hat bzw. die sie zumindest abgeschwächt hat – so etwa zur Frage der US-Besatzungstruppen in der BRD.

Tatsache ist, daß s o w o h l „KPD" wie auch „KPD/ML" unter dem Protest aus den eigenen Reihen und aufgrund der scharfen Kritik insbesondere auch durch den KB, Teile ihres vaterländischen Plunders über Bord werfen mußten, teilweise Äusserungen und Einschätzungen „korrigieren" mußten oder stillschweigend in der Versenkung verschwinden ließen. Für sich selbst will die „KPD/ML" das als ehrliche Selbstkritik (die sie in Wirklichkeit niemals vollzogen hat!) ausgeben, während es bei der „KPD" nur Lug und Trug ist. So einfach ist das alles ...

Die „KPD/ML" will sich mit aller Macht als die b e s s e r e „ML"-Partei profilieren. Sie kann es dabei jedoch nicht vermeiden, sich gefährlich auf's Glatteis zu begeben. So greift sie in besonders wütenden Tönen die „PCP/ML" an, die portugiesische „Bruderpartei" der „KPD": „*Sie verrichten ihre Arbeit im Dienst des US-Imperialismus und der einheimischen Monopolbourgeoisie und treiben zugleich direkt den Revisionismus die Hasen in die Küche*" („RM", 6.11.76). Aust behauptete gar in seiner berüchtigten „Bergwerks"-Rede am 2. Oktober, die „PCP/ML" werde „**gestützt und gefördert durch Agenten des CIA**" („RM", 9.10.76).

Mag sein oder auch nicht. **Beweisbar ist jedenfalls, daß die „PCP/ML" gestützt und gefördert wird durch die chinesische Führung!** So konnte die „PCP/ML" 1975 als e i n z i g e portugiesische Organisation, und gleich zweimal, Delegationen in die VR China schicken, und in diesem Jahr noch einmal. Im Gegensatz dazu wird die portugiesische „Bruderpartei" der „KPD/ML", die „PCP(r)", **von der chinesischen Führung vollständig ignoriert.**

Handeln die zuständigen chinesischen Funktionäre aus Unkenntnis der Positionen der „PCP/ML"? Will die „KPD/ML" das allen Ernstes behaupten? Und ist es etwa auch Unkenntnis, wenn gerade jetzt sich eine Delegation der „KPD" in der VR China aufhält? - Fakt ist, daß die Positionen der „PCP/ML" so ziemlich genau dem entsprechen, was die chinesische Führung s e l b s t zum Thema Portugal von sich gegeben hat!

Die „ML"-Szene ist in Bewegung geraten. So sehr, daß der „Rote Morgen" inzwischen sogar von einer „*unverschämten Provokation*" der „PCP/ML" gegen die VR Albanien berichten kann („RM", 19.11.76). Zur Vorgeschichte: In der reaktionären portugiesischen Illustrierten „Vida Mundial" war ein mit dem Pseudonym JN unterzeichneter Artikel über Albanien erschienen. Angeblich, so jedenfalls berichtet der „Rote Morgen", steckt hinter dem Pseudonym ein ZK-Mitglied der „PCP/ML". In diesem Artikel wurde Albanien kritisiert, daß es „**die Sowjetunion nicht als den gefährlichsten Feind des Friedens und der Unabhängigkeit der Länder und Nationen**" angreife. Dazu der Kommentar des „Roten Morgen": „*Nein, das tut die PAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze allerdings nicht. Denn sie hegt nicht wie die Vilar-Bande und ihre GRF-Kumpane die Absicht, die andere, genauso gefährliche und aggressive Supermacht, den US-Imperialismus, zu verharmlosen und zu beschönigen*" (Vilar: Vorsitzender der „PCP/ML": GRF: Gruppe Rote Fahne = „KPD").

Die „KPD/ML"-Führung ist damit ins Fettnäpfchen der chinesischen Außenpolitik getreten. Denn es ist ja kein Geheimnis, daß die chinesische Außenpolitik – im Gegensatz zur albanischen – sehr wohl davon ausgeht, daß die Sowjetunion „der gefährlichste Feind der Menschheit" und der Hauptkriegstreiber sei. Will die „KPD/ML" das etwa bestreiten? Sie k a n n es gar nicht! Aber zugleich scheut sie sich, die Sache offen beim Namen zu nennen – sie schlägt den „Provokateur Vilar" und meint in Wirklichkeit ganz offensichtlich die chinesische Führung! Würde sie dies allerdings zugeben, so würde sie sich insbesondere der Möglichkeit berauben, Kritik an der chinesischen Außenpolitik – wie sie an erster Stelle vom KB geübt worden ist – als „trotzkistisch" zu diffamieren. So trippelt die „KPD/ML"-Führung ziemlich auf der Stelle – ein halbes Schrittchen vor, zwei viertel Schrittchen zurück usw.

Dasselbe gilt zum Thema der chinesischen Innenpolitik. Abgesehen von den ersten zaghaften Andeutungen (im „Roten Morgen" vom 23. Oktober) herrscht seit über einem Monat im „RM" vollständige Sendestille zu den aktuellen Klassenkämpfen in der VR China, während die „ML"-Konkurrenz („KPD" und KBW) schon eifrig gegen die „Viererbande" trommelt. Die „KPD/ML" kann sich immer noch nicht entschließen, irgendeine Art von politisch begründeter Haltung einzunehmen. Das Anklage-Material der Hua-Gruppe gegen die „Vierer-Bande" scheint der „KPD/ML" offensichtlich nicht vertrauenswürdig genug, wozu aber wiederum nicht öffentlich Stellung genommen wird.

Die bisherige Erfahrung der diversen Waffengänge zwischen „KPD/ML" und „KPD" zeigt, daß die „KPD/ML" mit einer konsequenteren Kritik an der „KPD" jeweils nicht ganz unerhebliche Einbrüche in deren Organisation erzielen konnte. Andererseits schreckt die „KPD/ML"-Führung vor solcher Konsequenz aber auch zurück, weil sie ihnen letztlich s e l b s t an die antikommunistische Substanz gehen könnte.

Von der derzeitigen Situation profitiert jedenfalls sichtlich wieder die „KPD"-Führung, die es als einen erheblichen Pluspunkt für sich verbuchen kann, daß sie in tagespolitischen Fragen im Gegensatz zur „KPD/ML" nicht derart total von blindem Sektierertum und hirnlosem Rumgeholze (jüngstes Beispiel: Biermann; siehe dazu Artikel in diesem AK) bestimmt ist. Sicher ist: Die Szene wird in Bewegung bleiben und die Fans werden auf ihre Kosten kommen.

Solidarität mit der spanischen Arbeiterklasse

Spanien-Veranstaltungen finden in *Kiel* (3.12., 20 Uhr, Waidmannruh, Eckernförder Str. 309) und *Hamburg* (4.12., 18 Uhr, Uni/Mensa I, Schlüterstr.) statt, die von den Gruppen den KB unterstützt werden.

Als Gäste werden erwartet: Vertreter von vier Arbeiterkommissionen aus Madrid, Barcelona, Navarra und Baskenland, sowie ein Vertreter der Volksversammlung von Navarra. Es soll über den Fortschritt der Kämpfe gegen den Faschismus in Spanien berichtet werden. Die Vertreter der Arbeiterkommissionen vertreten im wesentlichen die politischen und gewerkschaftlichen Vorstellungen der sogenannten Minderheiten-Tendenz der Comissiones Obreras, die als Antwort der Linken auf die spalterische Tätigkeit der revisionistischen PCE entstanden ist (vergl. dazu ausführlichen Artikel im Spanien-Teil dieser Ausgabe).

Trotz bestimmter Vorbehalte und Kritiken gegenüber den politischen Organisationen (ORT und dem westdeutschen KBW), die die beiden Veranstaltungen im Rahmen einer insgesamt sechs westdeutsche Städte umfassenden Veranstaltungs-Reihe tragen, unterstützen wir die Veranstaltungen als Ausdruck unserer Solidarität mit den Kämpfen der spanischen Arbeiter und wünschen ein gutes Gelingen.

Spanien-Kommission

Libanon-Veranstaltung in München

Am 19.11. fand in München eine Libanon-Veranstaltung statt, die der KB zusammen mit der CISNU (iranische Studentenorganisation) durchführte. Die Veranstaltung begann mit einem gemeinsamen Referat von KB und CISNU, das die Gründe für den Klassenkrieg und die besondere Situation der Palästinenser im Libanon darstellte. In zwei Filmen wurde die Entwicklung des palästinensischen Widerstands gezeigt. Der KB setzte sich in einem längeren Beitrag mit dem zwischen PLO-Führer Arafat und arabischen Reaktionären abgeschlossenen Waffenstillstandsabkommen auseinander und legte die Perspektive der Politik der PFLP dar. Nach einer kurzen Diskussion trug ein Genosse antifaschistische Lieder vor. Eine Genossin behandelte in einem Diskussionsbeitrag die Situation und den Kampf der palästinensischen Frauen. Bei dieser ersten Veranstaltung des KB in München kamen ca. 50 Menschen. Gründe für diese geringe Teilnahme liegen sicherlich darin, daß zum einen erst zwei Tage vor der Veranstaltung moblisiert wurde und das am selben Tage noch andere Veranstaltungen in München stattfanden.

Münchner Veranstaltungs-Teilnehmer

Medikamente für F. Polisario

Der KB hat vom „Sahaurischen Roten Halbmond" eine Bestätigung über eine Medikamentenspende erhalten. Diese Spende enthielt wertvolle Medikamente wie verschiedene Antibiotika, Cortison, chirurgische Instrumente, usw.). Gewichtsmäßig betrug diese von vielen Genossen der Hamburger KB-Gruppe zusammengetragene Spende fast 200 kg.

„Algier, 17. November 1976

KB-Genossin R.

Wir möchten uns zunächst entschuldigen, weil wir nicht eher geschrieben haben und Euch den Erhalt der Medikamente bestätigt haben. Der Grund war Mangel an Zeit. Die Medikamente sind zu den Flüchtlingslagern weitergeleitet worden, wo sie verteilt werden.

Wir möchten Euch im Namen des sahaurischen Volkes und des Sahaurischen Roten Halbmonds für Eure Hilfe und Euer Interesse für unsere Sache danken.

Zusammen mit diesem Brief schikken wir Euch eine Liste von Medikamenten, die in den Lagern gebraucht werden, sowie eine Liste über andere lebensnotwendige und dringende Dinge, die wegen des bevorstehenden Winters gebraucht werden.

Wir möchten Euch bei dieser Gelegenheit grüßen und Euch nochmals danken für Euer Verständnis und Eure Hilfe für unsere Sache.

Ein revolutionärer Gruß von einem Volk, das in Flüchtlingslagern lebt.

Mit freundlichen Gruß

Der Sahaurische Rote Halbmond"

Die beiden genannten Listen (Medikamente und Kleidung sowie bestimmte konservierte Nahrungsmittel) werden vervielfältigt und können bei uns abgefordert werden.


MEDIA LUNA ROJA SAHARAUI
CROISSANT ROUGE SAHRAOUI

Weitere Stimmen zum Rechtsputsch in China

In AK 92 und 93 haben wir über die uns vorliegenden Stellungnahmen der westdeutschen und westeuropäischen Linken (im weiteren Sinn des Wortes) zu den aktuellen Vorgängen in der VR China berichtet. An diesen Vorgängen scheiden sich wieder einmal die Geister, werden Fronten klarer bzw. brechen neue auf, entwickeln sich Umgruppierungen. Wir wollen deshalb auch weiter über alle für uns erreichbaren Stellungnahmen berichten und fordern in diesem Sinn auch die Leser auf, ihnen vorliegende, aber im AK noch nicht berücksichtigte Stellungnahmen an uns weiterzuleiten.

AK-Redaktion

„Sosialistikji Poria" (Griechenland)

Die Zeitung „Sosialistikji Porla" – eine linke Abspaltung von der PASOK des Andreas Papandreou – schreibt in der Nr. 66 (30.10. bis 5.11.76): „*Eine erste Einschätzung zeigt, daß die heutige Führung der KPCh mit Hua Guo-feng an der Spitze sich zu einer konservativeren Politik hinwenden wird, sowohl bei den außenpolitischen Problemen als auch bei den innenpolitischen*". Die Zeitung kritisiert die Kampagne gegen die „Viererbande" als „*kindisch*" und nicht auf Beweise gestützt, fährt aber dann fort: „*Die Verantwortung jedoch für diesen Stil politischer Auseinandersetzungen lastet gleichermaßen auch auf dem linken Flügel, weil er selbst die Verdammung anstelle der Analyse eingeführt und angewendet hat. Es ist nicht zufällig, daß heute die „Vier" der Restauration des Kapitalismus angeklagt werden, sie selbst hatten mit der größten Leichtigkeit gegen den früheren Zweiten der KPCh, Lin Biao, dies benutzt. Heute ernten sie ihre eigenen Früchte . . .*".

„Problematisch ist auch die Haltung, die Albanien einnehmen wird. Seine Führung jedenfalls stimmte bis heute nicht mit dem Wunsch Chinas nach einer ‚starken Nato' als Wellenbrecher des ‚sozialimperialistischen Expansionismus' überein, und sah mit viel Mißtrauen die chinesische Unterstützung für die europäischen Rechten (Konsequenz dieser Unterstützung war das Auftreten ‚maoistischer' Gruppen, die die Rechte – z.B. in der BRD oder Portugal – beschuldigten, daß sie nicht streng genug nicht nur gegenüber den ‚sozialfaschistischen' KP's sei, sondern auch gegenüber deren ‚Mitläufern', d.h. den revolutionären Organisationen, die nicht ‚verstehen' wollen, daß der Hauptfeind nicht die Rechte im eigenen Land, sondern der ‚Sozialimperialismus' sei. Diesen Gruppen kann man gewiß nur als Muster politischer Psychopathologie entgegentreten) . . .".

PCE (i) (Spanien)

Einen sehr originellen Beitrag zur Diskussion leistete die „Kommunistische Partei Spaniens (international)": Als Extrablatt ihrer Zeitung „Linea Proletaria" veröffentlichte sie eine Erklärung ihres „ZK", dessen Titel „*Feuer gegen den chinesischen Chruschtschow (Hua Guo-feng) und sein bürgerliches Hauptquartier!*" schon sehr vielsagend ist. Es handle sich, so schreibt die PCE (i), um einen „*konterrevolutionären Putsch*" der „*Bourgeoisie innerhalb der KP Chinas*", der „*seit langem vorbereitet*" war. „*Was diese, den kapitalistischen Weg gehenden Führer wollen, ist, den Klassenkampf innerhalb der Partei zu negieren und zu ersticken, die Produktion befehlen zu lassen statt der Revolution, und die proletarisch-revolutionäre Linie des Präsidenten Mao und seiner festesten und treuesten Gefolgsleute zu liquidieren. Zu diesem Zweck hat diese Clique von Faschisten die festesten proletarischen Führer der KP Chinas verhaftet und ins Gefängnis gesperrt . . .*".

„Es hat eine neue historische Epoche des internationalen Klassenkampfes begonnen. Die Entwicklung und die Bedingungen für die Revolution sind im weltweiten Maßstab ausgezeichnet. Deshalb zetteln der Imperialismus, der Sozialimperialismus, die Bourgeoisie und die Reaktion jede Art von Putschen, Manövern und hinterlistigen Komplotten auf der ganzen Welt an. Aber ‚Der Osten ist rot', wie es in dem von den chinesischen Massen meistgesungenen Lied heißt, und er wird es weiterhin sein, so sehr auch die Revisionisten, Sozialfaschisten und chinesischen Sozialimperialisten von Hua Kruschtschow auf den Leichnam von Mao Tse-tung spucken, so viele der festesten Gefolgsleute des großen Führers sie auch einsperren oder sogar ermorden . . . – Wir haben volles Vertrauen, daß die revolutionären Massen Chinas mit ihrer eisernen proletarischen Faust den plumpen Versuch der bürgerlichen Elemente der Partei zerquetschen werden, jener Elemente, die beim Tod des Vorsitzenden Mao hysterisch und arrogant auf die politische Szene gesprungen sind, um Rache zu nehmen . . .–

Alles, wofür wir kämpfen, steht auf dem Spiel: Es gibt keine Mittelwege, es sind keine vorsichtigen oder zwiespältigen Positionen möglich! So oder so! Entweder mit dem revolutionären Proletariat oder mit der konterrevolutionären Bourgeoisie! Mit dem Marxismus-Leninismus-Maoismus oder mit dem Revisionismus und Sozialimperialismus. Wer in dieser Frage schweigt, der läßt gewähren . . .".

Spendenliste

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten ARBEITERKAMPF an.
Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.
Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.
Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für PFLP, Palästina

KB Gruppe Karlsruhe	50,00
KB Gruppe Köln, Sammlung Frauenveranstaltung	150,00
Wohngemeinschaft Uhlenhorst	197,10
Uni-Zelle/ÖTV-Bereich KB Gruppe Hamburg	23,00
Libanon-Veranstaltung, KB/CISNU, München	28,00
KB Gruppe Norderstedt, Libanonabend	53,00
BO Harburg, KB Gruppe Hamburg	200,00
Wohngemeinschaft Wedding, West-Berlin	78,50
KB Gruppe Emden	26,00
Wohngemeinschaft Rote Sophie und Fete, Bad Schwartau	97,64
M.L., Westberlin, Skatrunde	40,00
M.L., Westberlin	220,00
D.K., Düsseldorf, Sammlung	8,96
W.W., Westberlin	100,00
KB Gruppe Landshut	15,00
E.A., Hamburg	80,00
HDW-Zelle, KB Gruppe Kiel	80,00
KB Gruppe Emden	31,27
KB Gruppe Oldenburg	150,00
Sammeltopf Arbeiterbuch HH	367,00
PFLP-Streichholz-Schachtel-Verkauf eines Genossen	28,00
Genossen aus Hamburg Altona	7,00
Branchenzelle Nord, Chemie-Bereich, Hamburg	350,00
Schüler-SSB, Bezirk Hamburg-Ost	20,00
Schüler-SSB, Bezirk Hamburg Altona	20,00
Silberanhänger-Verkauf, Bremen	70,00
Solidaritäts-Verkäufe, KB Gruppe Bremen	30,50
T.S., Bremen	30,00
J., Bremen	10,00
L. und M., Bremerhaven	50,00
KB Gruppe Bremen	30,40
Erlöse aus PFLP-Anstecknadeln	420,00
BO Hamburg-Wandsbek	62,00
Betriebszelle HDW II, Hamburg	65,00
Betriebszelle Hoechst, Hamburg	11,00
Metallgenossen, KB Gruppe HH	590,00
KB Gruppe Kassel	20,00
Summe	3.809,37
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die PFLP auf	88.176,17

Für SWAPO, Namibia

N.-H. Sch., Hamburg	20,00
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die SWAPO auf	4.433,49

Für Frente Polisario, West-Sahara

K.M., Dortmund	200,00
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die Frente Polisario auf	21.403,10

Für EPLF, Eritrea

KB Köln, Sammlung Frauenveranstaltung	75,00
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die EPLF auf	8.248,00

Für ZIPA, Zimbabwe

G.T., Göttingen	200,00
M.L., Westberlin	100,00
D.K., Düsseldorf	5,00
KB Gruppe Kassel	75,00
Summe	380,00

Für PAIGC, Kapverden/Guinea-Bissau

BO Hamburg-Wilhelmsburg	100,00
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für PAIGC auf	8.751,35

Für EPRP, Äthiopien

KB Köln, Frauenveranstaltung/	75,00

Für MIR, Chile

KB Gruppe Landshut	5,00
SPD-Frau, Sammlung in Pforzheim	37,50
G.V. Butzbach	64,00
Summe	106,50
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den MIR auf	279.264,77

Bertolt Brecht: „Und ich verließ meine Klasse und gesellte mich zu den geringen Leuten"

1976 ist das 20. Todesjahr von Bertolt Brecht. Es ist notwendig, sich mit diesem bedeutendsten deutschen Dramatiker wegen seiner proletarischen, klassenkämpferischen Stücke auseinanderzusetzen.

In die Städte kam ich zur Zeit der Unordnung als der Hunger herrschte.

Brecht wurde als Sohn großbürgerlicher Eltern 1898 in Augsburg geboren. Er selbst sieht sich so: *„Ich bin aufgewachsen als Sohn wohlhabender Leute. Meine Eltern haben mir einen Kragen umgebunden und mich erzogen in den Gewohnheiten des Bedientwerdens. Aber als ich erwachsen war und um mich sah, gefielen mir die Leute meiner Klasse nicht, nicht das Befehlen und nicht das Bedientwerden. Und ich verließ meine Klasse und gesellte mich zu den geringen Leuten".*

In seiner Gymnasialzeit schreibt er Gedichte gegen den ersten imperialistischen Krieg und entlarvt besonders das klerikale Opium.

Die Legende vom Soldaten:

„Und weil der Soldat nach Verwesung stinkt
Drum hinkt ein Pfaffe voran
Der über ihn ein Weihrauchfaß schwingt
Daß er nicht stinken kann".

Es entstehen die Jugendstücke „Baal", „Im Dickicht der Städte" und „Trommeln in der Nacht" (wofür B.B. den Kleist-Preis erhält). In ihnen lehnen sich die Helden mit zunehmend mehr politischem Bewußtsein gegen die Herrschenden auf. Brecht wird Dramaturg an den sein gegen die Herrschenden auf. Brecht wird Dramaturg an den Münchner Kammerspielen. Schon 1923 beim Hitlerputsch (Marsch auf die Feldherrenhalle) steht er auf der Liste der zu Verhaftenden. 1924 zieht Brecht nach Berlin. Die Aufführung der „Dreigroschenoper" macht ihn einem breiten Publikum bekannt. Um die Klassengegensätze besser zu begreifen, die nun der Inhalt seiner Arbeit sind, nimmt B.B. an den Kursen der marxistischen Arbeiterschulung teil. Eine weitere Oper, „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny" entsteht und bewirkt bei der Leipziger Aufführung einen reaktionären Skandal. Helene Weigel, die hervorragende Schauspielerin seiner Stücke, wird Brechts zweite Frau. Anfang der 30-er Jahre schreibt er Beiträge für die „Rote Fahne", das Zentralorgan der KPD. Es entstehen weitere Stükke: „Die Heilige Johanna der Schlachthöfe" und sogenannte Lehrstücke für den Klassenkampf, wie „Der Brotladen", „Das Badener Lehrstück vom Einverständnis", „Der Jasager und der Neinsager", „Die Ausnahme und die Regel", „Die Maßnahme". In „Die Mutter" nach Gorki behandelt Brecht den revolutionären Kampf gegen den Zarismus. Der Arbeiterchor spricht:

„Als er zur Wand ging, um erschossen zu werden
Ging er zu einer Wand, die von seinesgleichen gemacht war.
Und die Gewehre, gerichtet auf seine Brust, und die Kugeln
Waren von seinesgleichen gemacht.
Nur fortgegangen
Waren sie also oder vertrieben, aber für ihn doch da
Und anwesend im Werk ihrer Hände, nicht einmal
Die auf ihn schossen, waren andere als er und nicht ewig auch unbelehrbar".

In den Berliner SPD-Polizeiakten wird „Die Mutter" als „kommunistisches Propagandastück für die legale und illegale Vorbereitung eines bewaffneten Aufstands" notiert.

Zur Zeit der Weltwirtschaftskrise (1932 über sechs Millionen Arbeitslose in Deutschland) tut sich B.B. mit Slatan Dudow (Regisseur), Hanns Eisler (Komponist), Ernst Busch (Schauspieler) und anderen zusammen, um unter den schwierigsten Bedingungen den Film „Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt" zu drehen. Der Film wird sogleich nach der Fertigstellung verboten. Der Inhalt geht von der Arbeitslosigkeit über den § 218 bis zum agitativen Arbeitersportfest. Für den Film schreibt Brecht das bekannte Solidaritätslied:

„Vorwärts und nicht vergessen
Worin unsere Stärke besteht
Beim Hungern und beim Essen
Vorwärts und nicht vergessen
Die Solidarität!"

(„Kuhle Wampe" wurde auch mal im Fernsehen der BRD gezeigt, selbstverständlich nachts, wenn die Lohnabhängigen schon im Bett liegen.)

Brecht schreibt auch ein Kinderbuch: „Die drei Soldaten". Georg Grosz illustriert es.

Geflüchtet unter das dänische Strohdach, Freunde Verfolge ich euren Kampf.

Am 28. Februar 1933, einen Tag nachdem Göring den Reichstag in Brand setzen läßt, flüchtet Brecht. Seine Bücher werden von den Nazis öffentlich verbrannt. Schließlich wird ein Ausbürgerungsantrag gestellt, Brecht darf kein Deutscher mehr sein. Über mehrere Stationen gelangt B.B. nach Dänemark, wo dänische Nazis sogleich seine Deportation verlangen. Brecht nimmt am antifaschistischen Kampf teil und schreibt für Emigrantenzeitungen. In dem Stück „Furcht und Elend des Dritten Reiches" beschreibt er in 24 Szenen den Alltag des Faschistenstaates. Unter Brechts Regie wird das Stück 1937 in Paris aufgeführt. Er hält Reden auf internationalen Schriftstellerkongressen. Ein weiteres Stück wird in Paris uraufgeführt, „Die Gewehre der Frau Carrar", ein kämpferisches Werk aus dem spanischen Bürgerkrieg. 1939 erscheinen die „Svendborger Gedichte" und „Das Verhör des Lukullus".

B.B. emigriert nach Schweden und schreibt eines seiner bekanntesten Werke „Mutter Courage und ihre



Kinder". Im Lied vom Weib und dem Soldaten heißt es dort:

„Ihr vergeht wie der Rauch! Und die Wärme geht auch
Und es wärmen nicht eure Taten!
Ach wie schnell geht der Rauch! Gott behüte ihn auch!
Sagte das Weib vom Soldaten".

1940 lebt B.B. in Finnland und schreibt das Volksstück „Herr Puntila und sein Knecht Matti". Es beschreibt einen Gutsherren, der besoffen rührend menschlich, nüchtern jedoch ein typischer Vertreter der Ausbeuterklasse ist.

1941 flieht Brecht über die Sowjetunion in die USA. Über Hollywood schreibt er: *„Jeden Morgen, mein Brot zu verdienen, gehe ich auf den Markt, wo die Lügen gekauft werden".*

In „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui" bringt er die Naziführer und ihre Wegbereiter in den Rollen von Chicagoer Gangstern auf die Bühne.

Er schreibt „Die Geschichte der Simone Marchard", ein Stück aus der französischen Resistance und stellt die Bearbeitung des „Schweyk im zweiten Weltkrieg" fertig. In einem weiteren Schauspiel, „Der gute Mensch von Sezuan" verarbeitet er eine chinesische Parabel. Das Stück „Leben des Gallilei", in dem der römische Klerus gegen die modernen Erkenntnisse der Wissenschaft hetzt, wird in den USA aufgeführt; Charles Laughton spielte den Galilei, Hanns Eisler schrieb die Musik. In einer Szene ruft der Schüler Andrea: *„Unglücklich das Land, das keine Helden hat!"* und Galilei antwortet: *„Nein. Unglücklich das Land, das Helden nötig hat!"*

Mit dem „Kaukasischen Kreidekreis" beendet Brecht ein weiteres Stück. 1947 ist in den USA die Mac Carthy-Ära, die Hexenjagd auf Kommunisten, auf ihrem Höhepunkt. Brecht wird zum Verhör vor den „Ausschuß für unamerikanische Tätigkeiten" geladen. Nach dem Verhör verläßt B.B. sofort die USA, um einer weiteren Bespitzelung und einem Berufsverbot zu entgehen.

In der Schweiz bringt er „Die Tage der Commune" heraus, ein Stück über den Aufstieg und Fall der 73 Tage dauernden Pariser Commune. Bekannt ist vor allem die Resolution aus diesem Stück:

„In Erwägung, daß wir der Regierung
Was sie immer auch verspricht, nicht traun
Haben wir beschlossen, unter eigner Führung
Uns nunmehr ein gutes Leben aufzubaun.
In Erwägung: Ihr hört auf Kanonen
Andre Sprache könnt ihr nicht verstehn
Müssen wir dann eben, ja, das wird sich lohnen!
Die Kanonen auf euch drehn".

Die Vaterstadt, wie find ich sie doch? Folgend den Bombenschwärmen komm ich nach Haus.

Die alliierten Behörden verweigern Brecht die Einreise nach Westdeutschland und so nimmt er 1949 das Angebot in die DDR zu kommen, an. Mit Helene Weigel baut er das „Berliner Ensemble" auf. Hier versucht er, seine Vorstellung vom Theater in Modellaufführungen auf die Bühne zu bringen. Das Romanfragment „Die Geschäfte des Herrn Julius Cäsar" erscheint, vor allem aber bringt B.B. in den frühen 50-er Jahren theoretisch-praktische Schriften heraus wie „Die Dialektik auf dem Theater".

Als Vorsitzender des PEN-Zentrums (internationaler Schriftstellerverband) tritt Brecht gegen die Wiederaufrüstung und die Restaurierung des Kapitalismus in Westdeutschland auf.

Zu den Ereignissen am 17. Juni 1953 in der DDR nimmt Brecht in einem Brief an Ulbricht Stellung. Als nur der letzte Satz, in dem Brecht sein grundsätzliches Einverständnis mit der Regierung aussprach, veröffentlicht wird, schickt er ein Telegramm, in dem es heißt:

„Ich habe am Morgen des 17. Juni, als es klar wurde, daß die Demonstrationen der Arbeiter zu kriegerischen Zwecken mißbraucht wurden, meine Verbundenheit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgedrückt. Ich hoffe jetzt, daß die Provokateure isoliert und ihre Verbindungsnetze zerstört werden, die Arbeiter aber, die in berechtigter Unzufriedenheit demonstriert haben, nicht mit den Provokateuren auf eine Stufe gestellt werden, damit nicht die so nötige große Aussprache über die allseitig gemachten Fehler von vornherein gestört wird".

Während in Westdeutschland unter Adenauer verboten wurde, die Werke Brechts zu verbreiten oder aufzuführen, erhält Brecht in der Sowjetunion den internationalen Stalin-Friedenspreis.

Am 14. August 1956, als er den „Galilei" probt, stirbt Brecht an einem Herzinfarkt. Kurz zuvor hat er geschrieben: „Ich benötige keinen Grabstein, aber wenn ihr einen für mich benötigt, wünsche ich, es stünde darauf: Er hat Vorschläge gemacht. Wir haben sie angenommen. Durch eine solche Inschrift wären wir alle geehrt".

Da sind die Unbedenklichen,
die niemals zweifeln.
Ihre Verdauung ist glänzend,
ihr Urteil unfehlbar.
Sie glauben nicht den Fakten,
sie glauben nur sich.
Im Notfall
müssen die Fakten
dran glauben ...

Wem „gehört" B.B.?

Am wenigsten wohl dem bürgerlichen Theater. Die Verfemungen und Verfälschungen Brechts in der BRD sind äußerst zahlreich: Angefangen vom Spielverbot 1953 bis zum Mauerbau 1961, wo zum zweiten Mal alle Brecht-Stücke von den Spielplänen abgesetzt wurden. In seiner Vaterstadt Augsburg wurden die Pläne, die Universität nach ihm zu benennen, abgelehnt. Die Feier zum 20. Todes- abgelehnt. Die Feier zum 20. Todestag mußte dort erst gerichtlich durchgesetzt werden. Erst seit 1970 trägt eine Straße seinen Namen.

Die kämpferischen Werke, wie „Die Mutter", „Die Gewehre der Frau Carrar", „Die Tage der Commune" oder die Lehrstücke fehlen auf den westdeutschen Bühnen. Häufig werden Inszenierungen ihres politischen Inhalts beraubt und in literarisch plumpe Komödien umgewandelt. Im Hamburger Schauspielhaus wurde vor einiger Zeit der „Aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui" gespielt. Bei der Faschisierung in der BRD sicherlich eine gute Sache. Leider ließ man den Schluß-Epilog weg.

„Ihr aber lernet, wie man sieht statt stiert
Und handelt, statt zu reden noch und noch.
So was hätt einmal fast die ganze Welt regiert!
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch
Daß keiner uns zu früh da triumphiert
– Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch".

„Gehört" Brecht der DDR, in der er zum Schluß lebte und arbeitete? Seine Haltung zum Revisionismus kommt in dem zitierten Telegramm recht gut heraus. Auch in der DDR werden die kämpferischen Stücke kaum aufgeführt (Aufstellung anläßlich der Brecht-Wochen 1973). Auch das zeigt sicherlich den ideologischen Verfall im ersten „Arbeiter- und Bauernstaat" auf deutschem Boden. Brecht „gehört" sicherlich auch nicht den vaterländischen Gruppen „KPD" und „KPD/ML", die ihn in ihren Parteiorganen zu einem der ihren machen wollen.

Wir meinen, Brecht „gehört" der Arbeiterklasse und den kritisch und selbständig denkenden Kommunisten. Das sind jene, die, wie er sagt: nicht nur sich selbst glauben, sondern zweifeln und die Fakten sehen.

Die Stahlarbeiter von Terni in Italien erprobten 1975 in ihrem gewerkschaflich erkämpften Bildungsurlaub das Lehrstück „Die Ausnahme und die Regel". Nach dem agitativen Erfolg des Stückes wird es jetzt in Stadt- und Landkooperativen eingesetzt. Ein gutes Beispiel gaben auch fortschrittliche norddeutsche Schauspieler, die in ihren Schauspielferien das Lehrstück „Der Brotladen" erarbeiteten und auf der Straße im Arbeiterviertel Kiel-Gaarden erfolgreich aufführten.

Wir sollten uns für die Verbreitung der Arbeiten B.B.s einsetzen. Literatur ist in den Arbeiterbuch-Läden umfangreich vorhanden. Machen wir davon Gebrauch!

Ein Chemie-Genosse
KB/Gruppe Hamburg

Schafft viele gute Agitpropgruppen!

Die „Ware Freiheit", das war der Wahlschlager der Saison 1976.

Wir, das „Eingreiftheater Hamburg", haben zu diesem Thema ein Stück gemacht, in dem die Verlogenheit Demagogie des bürgerlichen Parlamentarismus und die Vermarktung der „Freiheit" entlarvt wurden.

Eine wichtige Erfahrung für uns ist die überwiegend positive Reaktion der Zuschauer auf die Form der Agitation. Nahezu alle Passanten blieben 25 Minuten (so lange dauert das Stück) stehen und verfolgten konzentriert den Ablauf.

Nachfolgend die SCHLUSSREDE aus dem Stück, die Wahlempfehlung des „Eingreiftheaters":

Eingreiftheater Hamburg

Die große Warnung

Moritatensänger:
Hört ihr Leut und laßt Euch sagen
Geht nicht auf die Barikaden
wenn euch mal was nicht gefällt.
Es gibt schlimmeres auf der Welt!

Wenn du aus der Firma fliegst
und dann keinen Job mehr kriegst
mach dir keinerlei Gedanken
über böse Klassenschranken

Fordere die Kollegen nicht
auf zum Streik du böser Wicht
Wenn sie in der Halle schwitzen
darfst du in der Kneipe sitzen

Deine Feierschicht mein Sohn
senkt die Kosten für den Lohn.
Während du dich labst an Bieren
kann man rationalisieren.

Unser Sozialprodukt
wächst auch ohne dich genug.
Und dein Recht auf Arbeit ist
Ein Bedürfnis für Herrn Schmidt

Drum wähle treu und bieder
die drei kleinen Übel wieder
die drei kleinen Übel wieder

Frau Michel:
Aber wehe wehe wehe
Wenn ich auf das Ende sehe.
Ach das ist ein schlimmes Ding
Wie es diesen dreien erging!

Moritatensänger:
Eltern wartet noch ein Weilchen!
Bei der Bildung muß man streichen!
Und wir schützen Eure Kinder
vor den radikalen Sündern!

Die vergiften eure Brut
Kommunismus ist nicht gut.

Hängt dein Sohn auch mal am Baume
Weil die Schule wird zum Trauma.
Wäre es denn nicht viel schlimmer
Wenn ein Kommunist ihm immer
Das Gemüt vergiftet hätte?

Und auch eine Arbeitsstätte
Auf der Uni einen Platz
Eine Lehrstell' ohne Hatz
Hätt er sicher nicht bekommen.
Drum hat er den Strick genommen.

Ach ihr Eltern, lieber tot
solln die Kinder sein statt rot.

Drum wählet treu und bieder
die drei kleinen Übel wieder

Frau Michel:
Aber wehe wehe wehe
Wenn ich auf das Ende sehe!
Ach das war ein schlimmes Ding
Wie es diesen dreien erging!

Moritatensänger:
Wehe Leut laßt Euch warnen
denn die Kommunisten tarnen
ihren Angriff auf den Staat
Und das ist des Satans Saat.
Denn sie fordern freies Reden
Freie Presse, Recht für jeden
Auf die eigene Weltanschauung
Oh ich warn' euch vor den Klauen
Der Marxisten-Leninisten
Kommt zu Hauf aufrechte Christen.
Das Modell Demokratie
ist für uns und nicht für sie
Böse Zungen sagen laut:
– Zeit wird's, daß man sie verhaut –
Die Sozialen Demokraten
hätten Arbeiter verraten
seien für die Unternehmer
fügsam willig und bequemer
hätten einst schon Kommunisten
registriert auf schwarzen Listen
und so wurd' Kapitalismus
ohne Hemmung zum Faschismus

Wehe Leute, das ist Lug
Augenwischerei und Trug
Schützen wir uns vor Bedrängnis:
Demokraten ins Gefängnis!
Da ist kein Gesetz zu scharf
und wer schießen will der darf
Drum Ihr Bürger treu und bieder
Wählt das kleine Übel wieder!

Kampffront gegen KKW's

Zur Nachahmung empfohlen:

Anti-AKW-Veranstaltung in Norderstedt

In Norderstedt, einer Kleinstadt am Rande von Hamburg, machten wir mit ca. 15 Leuten eine Anti-Atomkraft-Aktion. Einige von uns hatten sich die Gesichter totenkopfähnlich geschminkt. Große Stelltafeln mit Schildern zu den Auswirkungen der radioaktiven Strahlung, dem AKW-Programm der Regierung; Todesanzeigen der Zukunft waren dabei und fanden recht lebhaftes Interesse. Zunächst hatten wir noch Stacheldraht ausgelegt mit dem bekannten Schild „Privateigentum..." dahinter und viele Bilder zu den Bulleneinsätzen. Immerhin wurden in 2 Stunden über 70 Unterschriften gegen den Bau von AKW's gesammelt. Mit einem Handzettel ist zu einer kleinen Veranstaltung am gleichen Abend eingeladen worden, wo wir weitere Aktionen besprechen wollten. Das ganze war zwar keine große Sache, aber schließlich kann man nicht jedes Wochenende an den dicken Mauern in Brokdorf knabbern.

Bezirksorganisation Norderstedt
KB / Gruppe Hamburg

„Feldgottesdienst" in Grohnde

Am „Buß- und Bettag" fand neben dem Bauplatz des KKW Grohnde ein Feldgottesdienst statt. Aufgerufen

dem Bauplatz des KKW Grohnde ein Feldgottesdienst statt. Aufgerufen

hatte die Bürgerinitiative Weserbergland, (in ihr sind 4 Bürgerinitiativen aus den umliegenden Orten zusammengeschlossen. Ca. 300 Menschen waren dem Aufruf trotz mangelhafter Mobilisierung gefolgt.

Den 4 Predigten wurde nicht gerade intensiv zugehört, die Pfarrer propagierten hauptsächlich die Gewaltlosigkeit bei den Auseinandersetzungen gegen KKWs. Brokdorf wurde auf der ganzen „Veranstaltung" nicht einmal erwähnt! Dem „mäßigendem" und abwiegelnden Ton der Pfarrer paßte sich die Rede des Vorsitzenden der BI Weserbergland an. Dieser Vorsitzende leitet gleichzeitig das Sekretariat des Landesverbandes des „Weltbundes zum Schutze des Lebens" in Niedersachsen. Er sprach von „unserem Landesvater (!) Albrecht, dem wir vertrauen, den wir aber warnen, unser Vertrauen zu mißbrauchen" und orientierte auf die laufenden gerichtlichen Auseinandersetzungen. Sein Appell, sich mit „den vernünftigen Polizisten zu solidarisieren" erschien makaber, angesichts der Vorkehrungen, die jetzt schon auf dem Bauplatz getroffen wurden.

Auch hier sind hohe Zäune mit Flutlichtmasten installiert. Der Werkschutz patroulliert mit scharfen Hunden. Nicht nur an diesem Tag wurden Autonummern der Besucher des „Gottesdienstes" notiert. In zwei, etwas weiter entfernt liegenden Dörfern (Kirchohsen und Afferde) standen mehrere Mannschaftswagen der Polizei einsatzbereit.

Der anschließend an den „Feldgottesdienst" geplante „Spaziergang" um das KKW-Gelände wurde zu guter letzt noch abgeblasen, angeblich, um das anliegende Weizenfeld eines Bauern nicht zu zertrampeln. Es führt aber ein ausreichend großer Weg um das KKW-Gelände.

Nach Beendigung der „Veranstaltung" fuhren die meisten Teilnehmer ratlos und desorientiert nach Hause.

KB-Sympathisanten aus Pad Pyrmont



Kiel: 5.000 demonstrierten: „Kein KKW in Brokdorf und anderswo!"

Über 5.000 KKW-Gegner demonstrierten am 23. November in Schleswig-Holsteins Landeshauptstadt Kiel gegen den Bau des KKW Brokdorf und die brutalen Polizeiüberfälle auf KKW-Gegner am 30.10. und 13.11. Aus Anlaß einer Sondersitzung des Landtags zu Brokdorf hatte eine Aktionseinheit von über 20 Initiativen, Schüler- und Jugendgruppen, Bürgerinitiativen, der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe mit sämtlichen Untergruppen, allen Kieler ASten, der ESG, fast der gesamten Kieler Linken und den Initiatoren der Aktionseinheit, dem Landesverband Umweltschutz Schleswig-Holstein, dem Arbeitskreis Umweltschutz an der Kieler Uni und der Bürgerinitiative „Kein KKW an der Eckernförder Bucht!" zu dieser machtvollen Demonstration aufgerufen. Nicht beteiligt hatte sich die DKP, die sich mit einer eigenen mickrigen Demonstration von etwa 120 DKP-Anhängern dann auch der Lächerlichkeit preisgab.

Die Demonstration

Die Demonstration

Begonnen wurde mit einer etwa einstündigen Großkundgebung in der Kieler Innenstadt, mit der Verlesung von Solidaritätsadressen und Liedern. Immer wieder wurde gerufen: **„Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und anderswo!"** und **„Einstellung aller Bauarbeiten und Räumung des Platzes – sofort!"** Wie schon in Brokdorf, so auch in Kiel: Während der anschließenden Demonstration zum Landeshaus wurde das „Brokdorf-Lied" gesungen **„Wehrt euch, leistet Widerstand gegen das Atomkraftwerk im Land, schließt euch fest zusammen ..."** Andere Parolen hießen: **„KKW nee, wi wüllt ne saubre See!"** oder **„KKW ist Kacke, haut Stoltenberg die Backe!"** Stürmisch und immer wieder hieß es auch **„Schmeißt Stoltenberg in sein Kernkraftwerk (und Schmidt gleich mit)!"** In Nähe des Landeshauses kam dann noch hinzu: **„Schnullermund wir kommen, jetzt wird was unternommen"** und beim Aufkreuzen der Bullen **„Deutsche Polizisten sind die Terroristen"** und **„Nieder mit dem Polizeiterror, in Brokdorf und anderswo!"** Und immer wieder sangen die Demonstranten das „Brokdorf-Lied" – eine eindrucksvolle Stimmung! Daran konnte auch ein wildgewordener „KPD/ML"-Ordner nichts ändern, der sich darüber beschwerte, daß die Demonstranten Parolen riefen, die gar nicht von der AE vorgeschlagen wären?!

Zur Schlußkundgebung am Landeshaus wurden die KKW-Gegner von mehreren Hundertschaften bewaffneter und zum Teil berittenen Bullen empfangen (s.u.). Nach provokativem Hinhalten der Bullen, wurde schließlich eine 20-köpfige Delegation der Demonstration in das Landeshaus und schließlich in den Landtag gelassen, um eine Resolution der Demonstrationsteilnehmer „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und anderswo" zu überbringen und die verantwortlichen Politiker aufzufordern, die sofortige Einstellung der Bauarbeiten in Brokdorf und die sofortige Räumung des KKW-Bauplatzes zu beschließen. Die Antwort des Landtages hieß natürlich „Pustekuchen" – dafür wußten die Delegationsteilnehmer allerdings von schikanösen Leibesvisitationen und Ausweiskontrollen zu berichten und, daß jeder Quadratmeter im Landeshaus mit bewaffneten Bullen besetzt war! Das

Quadratmeter im Landeshaus mit bewaffneten Bullen besetzt war! Das

nennt sich also „zu einer sachlichen Diskussion mit den KKW-Gegnern zurückzukommen", wie es alle bürgerlichen Parteien nennen (was selbstverständlich an der Durchsetzung des KKW Brokdorf nichts ändern soll!). Die Antwort der 5.000 KKW-Gegner: „Wir kommen wieder! Wir kommen wieder!" Mit weiteren Solidaritätsbekundungen und einer Rede der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe wurde die Demonstration dann mit Blickrichtung eines Aktionstages am 4. Dezember und einer Großveranstaltung in Kiel beendet.

Polizei-Provokation!

Wie das Baugelände in Brokdorf – so hatte die Polizei auch den Kieler Landtag in eine Festung verwandelt. Aus allen Teilen Schleswig-Holsteins waren über 1.000 Bullen zusammengezogen worden. Schon am Kundgebungsplatz zu Beginn der Demonstration war die Polizei mit einigen Hundertschaften und einem Wasserwerfer aufgezogen – sicherlich nicht, um den Verkehr zu regeln! Vor der Schlußkundgebung mußten die Demonstrationsteilnehmer dann an einer Polizeiwagen- und Bullenkette von etwa 500 Meter Länge (!) vorbeimarschieren („Spießrutenatmosphäre"!), die nach Durchzug der Demonstration anschließend den Rückweg abriegelte! Auch hier war bereits ein Wasserwerfer aufgefahren.

Das Landeshaus selber war mit „Hamburger Gittern" total dicht gemacht abgeriegelt, dahinter standen Bullenriegen, zwei Wasserwerfer und berittene Polizei. Die Bullen waren mit Knüppeln, Schildern und Tränengasbomben zur Hand aufgezogen. Im Hintergrund war provokativ ein Wagen mit Lichtmast aufgestellt, von dem aus die Bullen sämtliche Demonstrationsteilnehmer filmten und fotographierten, was mit „Schutz der Brokdorf-Debatte" wohl kaum zu rechtfertigen ist. Daß hier eine inszenierte Prügelei von Seiten der Bullen unter Umständen voll eingeplant war, zeigt nicht zuletzt, daß z.B. die Kieler Uni-Klinik vor der Demonstration die Anordnung erhielt, an diesem Tag keine „anderen" Neuzugänge in zwei Stationen aufzunehmen!

Die Spalter von der DKP

Der Einladung des Landesverban-

Der Einladung des Landesverban-

des Umweltschutz zu den Aktionseinheitsverhandlungen war die DKP nicht gefolgt. Stattdessen schickte sie Vertreter ihrerseits unter dem Deckmantel zweier Kieler Bürgerinitiativen: der Bürgerinitiative „Stadtsanierung Gaarden" und der „Bürgerinitiative Solidarität (?) mit Brokdorf", wobei letztere als Gallionsfigur der DKP-„Solidarität" nach der ersten Großdemonstration in Brokdorf von wenigen DKP-Mitgliedern aus dem Boden gestampft worden war. Diese erklärten, daß sie nicht mit „Chaoten" zusammenarbeiten und daß sie ohnehin schon zu einer Demonstration aufgerufen haben, wozu sie die Aktionseinheit herzlich „einladen". Trotz Aufforderung der an der AE teilnehmenden Gruppen, den Spalteraufruf zurückzuziehen und sich an der AE-Demonstration zu beteiligen, blieben die Revisionisten dummdreist (in der kühnen Hoffnung, die Linken ausschalten zu können?) und setzten schließlich die freche Lüge in die Welt, sie hätten Absprachen mit der BUU getroffen, die die DKP-Demonstration unterstützen würde. Dafür hat die DKP dann auch ihre Quittung mit 120 mickrigen Fackelträgern erhalten.

KB/Gruppe Kiel

500 demonstrierten gegen KKW in Brokdorf

Elmshorn: Für den 20.11. rief die BUU Elmshorn zu einer Kundgebung und anschließenden Demonstration auf. Aktueller Anlaß war die Diskussion im Stadtverordneten„kollegium" (CDU-Mehrheit) über eine mögliche Klage der Stadt Elmshorn gegen die 1. Teilgenehmigung für das KKW Brokdorf. Diesen Schritt haben bereits die Gemeinden Damfleth, Wewelsfleth, Blomesche Wildnis, Stördorf, Beidenfleth sowie zwei niedersächsische Gemeinden gemacht.

Am Samstag, den 20.11., folgten zeitweise bis zu 500 Menschen dem Aufruf der BUU. Eine 10. Realschulklasse kam geschlossen anmarschiert, Solidaritätsadressen von FZZA-Lehrlingen, einer Realschulklasse und der örtlichen Gewerkschaftsjugend wurden verlesen. Mit dieser Kundgebung unterstrich die BUU ihre Aufforderung an die Stadt Elmshorn, ihre Klage gegen das KKW einzureichen.

Die Elmshorner CDU hatte sich dagegen bereits am Montag festgelegt: *„Die CDU-Fraktion hält es momentan für unangemessen, daß auch die Stadt Elmshorn gegen den Bau des Atomkraftwerks Klage erhebt"* („Elmshorner Nachrichten", 16.11.). Damit wischt die CDU die Einwände der Stadt vom 18. September '74 glattweg vom Tisch, die in den folgenden Genehmigungsverfahren nicht berücksichtigt wurden:

1. das Fehlen eines gesamtökologischen Gutachtens für den gesamten Unterelberaum (mittlerweile besteht eines, das die CDU-Landesregierung der Öffentlichkeit aber nicht zugänglich macht).
2. die radioaktive Belastung der Umwelt ist nicht geklärt.
3. Brokdorf liegt in der geplanten Linienführung des Flughafens Kaltenkirchen.
4. Brokdorf liegt in der Tiefflugschneise (!) der Luftwaffe, auf die das Wehrbereichskommando nicht verzichten will.

Die Entscheidung über eine Klage ist für den 25.11. vorgesehen, praktisch ist sie schon gefallen... Es hat

ist für den 25.11. vorgesehen, praktisch ist sie schon gefallen... Es hat

sich damit bei einigen KKW-Gegnern die Illusion gelegt, mit sachlichen Argumenten und Aktionen, wie die vom Samstag, das Kräfteverhältnis im Stadtverordneten„kollegium" zugunsten einer Klage zu ändern. Im Gegenteil. Ein Gesprächsvorschlag an die Fraktionen schlug die CDU mit den Worten aus: *„Man kann über alles reden*(?!)*, aber mit Randalierern und Verleumdern setzen wir uns nicht an einen Tisch"* („EN", 22.11.).

Die CDU spielte damit auf die von allen Fraktionen abgebrochene Stadtverordnetenversammlung an, auf der KKW-Gegner ihrem Unmut über die provokatorischen Vorträge der CDU in Sachen Brokdorf Luft machten. Auf der anderen Seite liegt der Erfolg der Kundgebung und Demo in der erhöhten Mobilisierungskraft der BUU Elmshorn. Das verstärkte Auftreten a m Ort ist ein wertvoller Beitrag zum Kampf gegen das KKW in Brokdorf selbst.

Kein KKW in Brokdorf oder anderswo!

Sofortige Räumung des Baugeländes von NWK, HEW, Werkschutz und Polizei!

KB/Gruppe Krs. Steinburg/Pinneberg

Veranstaltung zu „Brokdorf" in Bad Pyrmont

Am 16.11. fand in Bad Pyrmont eine Veranstaltung zum Polizeiterror in Brokdorf statt. Unter der Parole „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht".

Der Veranstalter war die Redaktion der Jugenzeitung „Die Zwille". Ca. 50 Menschen waren anwesend, darunter einige Mitglieder der 4 Bürgerinitiativen des Umkreises gegen das KKW in Grohnde.

Außer Augenzeugenberichten über die Auseinandersetzungen in Brokdorf und ihren Hintergrund wurden Informationen gegeben. Danach berichteten die anwesenden BI's über die Situation in Grohnde, wo demnächst ein Kernkraftwerk gebaut werden soll.

Insgesamt zeigte sich, daß weitere Information dringend not tut, vor allem auch von den BIs über ihre Arbeit. Kaum einer der Anwesenden war informiert über die Auseinandersetzungen zum KKW Grohnde, das „um die Ecke liegt".

Insgesamt war die Veranstaltung ein gelungener Auftakt, um auch in Pyrmont zunächst einmal eine kontinuierlichere Informationsarbeit in Gang zu bringen.

KB-Sympathisanten aus Bad Pyrmont

700 demonstrierten gegen Kernkraftwerke

Flensburg: 700 Menschen beteiligten sich am 26.11. an einer Demonstration zur Solidarität mit dem Kampf der Bevölkerung gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf. Veranstalter war die „Solidaritätsaktion mit Brokdorf" aus Flensburg. Der KB hat die Demonstration unterstützt.

Neben den Veranstaltern sprachen auch Redner des „Arbeitskreises Umweltschutz gegen Kernkraftwerke im Wattenmeer" aus Niebüll und der „OOA" aus Kolding/Dänemark (Organisation zur Aufklärung über Atomkraft).

Vor dem Gebäude des reaktionären Hetzblattes „Flensburger Tageblatt" wurde eine Extra-Kundgebung abgehalten. Eine Rednerin griff die Hetztiraden der Zeitung gegen Gegner der KKWs an, die unter dem Tenor „Terroristen" und „Baader-Meinhof-Bande" abgehandelt werden. In einem symbolischen Akt wurde der Zeitung dafür „ehrenhalber" eine Ladung wohlriechenden Stallmists vor die Tür gekippt, wohlverdient.

Diese Aktion war eine der größten Flensburger Demonstrationen in den letzten Jahren.

KB/Gruppe Flensburg

Zunehmender Protest der Gewerkschaftsbasis gegen Atomkraftwerke

Im Gegensatz zur Haltung der Führer der BRD-Gewerkschaften mehren sich in gewerkschaftlichen Basisorganisationen die Stimmen gegen Atomkraftwerke. Und obwohl gerade die ÖTV-Führer dabei sind, eine üble rechte Hetze und Mobilisierung für Atomenergie und gegen KKW-Gegner zu entzünden, sind es Betriebsgruppen und Vertrauensleute der ÖTV, die sich in Resolutionen etc. anders entschieden haben.

Während der Hannoveranische ÖTV-Boß Kreiswanger auf einer Mitgliederversammlung des Krankenhauses Nordstadt wüst gegen die „Kommunistenschweine und Chaoten" pöbelte, die sich gegen KKW's wehren, verabschiedeten die Kollegen der ÖTV-Betriebsgruppe HIS-GmbH, Hannover, eine Solidaritätsresolution an die Protestkundgebung gegen KKW's am 11.11. in Hannover:

„Wir wissen noch vom Einsturz des Ronnenberger Salzbergwerks, wie ‚sicher' solche Ablagerungsstätten sind! Diese menschenfeindliche Planung ... verdient den entschiedenen Protest der Bevölkerung. ‚Lieber heute aktiv, als morgen radioaktiv' ".

Verurteilt wurde der Beschluß des ÖTV-Bezirksvorstandes Nordwest, den KKW-Bau in Brokdorf zu befürworten.

Die ÖTV-Vertrauensleuteleitung der Frankfurter Flughafen AG protestierte in einem Brief an die ÖTV-Bezirksleitung in Schleswig-Holstein gegen die brutalen Bulleneinsätze und Anwendung von bürgerkriegsähnlichen Methoden bei der „Verteidigung" des Bauplatzes in Brokdorf. Verurteilt wird die *„Verunglimpfung all derer, die sich wehren. Ob in Whyl, Brokdorf oder bei der Wahrnehmung von Grundrechten an anderer Stelle, immer mehr macht man sog. ‚Chaoten' für die Proteste verantwortlich, um so von der Berechtigung der Bürgerproteste und den wirklich Schuldigen abzulenken."*

Die Bezirksleitung wird aufgefordert zu erklären, *„wie es vor einigen Tagen zu einer ÖTV-Demonstration für die Erhaltung der Arbeitsplätze durch den Bau des Atomkraftwerkes kommen konnte"*, (alle Angaben nach ID 151 und FR v. 15.11. 76).

Protestresolutionen liegen ferner vom Vertrauenleutekörper der ÖTV Hamburg , der „Vereinigung der städtischen Kindertagesheime", dem VLK des kirchlichen Erziehungsheimes „Rauhes Haus" und dem Arbeitskreis „Kirche und Gewerkschaft" vor. Die Vertrauensleute und Kollegen grenzen sich entschieden ab von der *„Alternative Umweltschutz und Sicherung der Arbeitsplätze. Wir sind der Auffassung, ... daß diese Alternative nicht nur irreführend, sondern geradezu zynisch ist. Die Unternehmer werden mit der erzeugten Energie eines Atomkraftwerkes weitere Rationalisierungen, d.h. Vernichtung von Arbeitsplätzen, vornehmen".*

Mit Empörung wird festgestellt, daß die ÖTV-Führung mit keinem Wort die brutalen Methoden der Polizei angreift, der Arbeitskreis „Kirche und Gewerkschaft" weist zudem noch auf die Gefahr hin, daß durch atomare Abfälle Nuklearwaffen hergestellt werden können.

Auf der letzen großen Funktionärsversammlung der IG Metall in Hamburg kam es zu einer Kampfabstimmung zwischen einer Resolution der örtlichen IGM-Führer, die sich für „Versachlichung der Auseinandersetzungen", gegen ‚jegliche Gewaltanwendung" etc. aussprach und einem Antrag von Kollegen, in dem sowohl das brutale Vorgehen der Polizei als auch das Verhalten der ÖTV-Führer aufs schärfste verurteilt wurde. In Führermanier stellte der stellvertretende Vorsitzende der IGM-Hamburg Engelmann, bei der Abstimmung ohne Auszählung eine Mehrheit für seinen Antrag fest. Nach wütenden Protesten mußte dann noch zweimal abgestimmt und ausgezählt werden. Knapp kam die Resolution der IGM-Führer mit 121 gegen 105 Stimmen durch.

In einem Schreiben an die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe erklärten Betriebsratsmitglieder und Bergarbeiter der saarländischen Saargruben ihre Solidarität mit dem Kampf gegen das KKW-Brokdorf. In dieser Erklärung wird vor allem offengelegt, daß das Argument mit der „Sicherung der Arbeitsplätze" schlichtweg falsch ist: *„Wir solidarisieren uns mit Eurem gerechten Kampf auch deshalb, weil er uns hilft, unsere Forderungen nach dem Kohlekraftwerk Redel weiter durchzusetzen. Das bedeutet für uns konkret, Absatzsicherung unserer heimischen Steinkohle und damit Erhaltung der Arbeitsplätze einer Saargruppe "* (lt. UZ v. 19.11. 76).

Unter anderem verabschiedeten die GEW-Studentengruppen der Universität und der Pädagogischen Hochschule Kiel eine Solidaritätsadresse an die BUU, in der dagegen protestiert wird, daß trotz 20.000 Einwendungen der Bevölkerung,trotz Fehlens eines Belastungsplanes der Elbe etc., mit dem Bau des KKW begonnen wurde.

Auf der GEW-Betriebsgruppensitzung am 3.11. des Hauptseminars zehn der Referendare am Hamburger Studienseminar wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, worin alle Kollegen und Gremien der GEW und des DGB aufgerufen werden den Protest gegen den Polizeieinsatz in Brokdorf zu unterstützen.

Auf einer Mitgliederversammlung der Fachgruppe Versicherungen der Gewerkschaft HBV Anfang November wurde ein Antrag vorgelegt, der im wesentlichen den brutalen Polizeieinsatz verurteilte. Dieser Antrag kam nicht zur Abstimmung . Mit Hilfe der Geschäftsordnung, (Anträge müssen vor einer Versammlung eingereicht werden), kam der Antrag nicht zur Abstimmung, der Beifall der Kollegen während des Vortragens allerdings machte die positive Stimmung für den Antrag deutlich. Am 4.11. 76 beschloß der Fachgruppen-Vorstand der Fachgruppe Versicherungen einen Tendenzantrag, in dem zusätzlich noch das demagogische Verhalten der ÖTV-Führung verurteilt wird.

Eine Resolution gegen die bürgerkriegsähnlichen Zustände in Brokdorf etc. wurde auf der Betriebsgruppenmitgliederversammlung der Iduna-Versicherungen verabschiedet. Auseinandersetzungen gab es anfangs mit einigen SPD'lern, die alles vertagen wollten, dann mit einer DKP'lerin, die nur gegen KKW's in der BRD war, nicht aber den Satz „Kein Kern-Kraftwerk in Brokdorf oder anderswo" haben wollte.

Bereits am 1.11. 76 verabschiedete eine Berufsschulklasse der Buchhandelslehrlinge in Hamburg (Berufsschule Holzdamm) mit großer Mehrheit eine Protestresolution an die Landesregierung von Schleswig-Holstein gegen den brutalen Bulleneinsatz. Auf dieser Basis zog dann auch der Ortsverwaltungsvorstand der HBV-Hamburg ein Stückchen mit und veruteilte auf seiner Sitzung am 11.11. 76 ebenfalls die Vorgehensweise der Landesregierung in Schleswig-Holstein, verzichtete aber auf jegliche Stellungnahme zum Bau von KKW's insgesamt.

Diese Zusammenfassung von Erklärungen gewerkschaftlicher Basisgremien und -gruppen ist sicherlich unvollständig, zeigt aber, daß die schwankende Haltung, die bis zur Befürwortung von KKW's und den Bulleneinsätzen geht, nicht ohne weiteres geteilt wird.

An dieser Front sollten die gewerkschaftlich organisierten KKW-Gegner unbedingt weiterarbeiten und den Kampf gegen die auf Anpassung bedachten Gewerkschaftsführer fortsetzen.

Wieso duldet der WSL Faschisten in seinen Reihen?

An den Aktionen gegen das KKW in Brokdorf ist auch der „Weltbund zum Schutz des Lebnes" (WSL) beteiligt. Besonders der Landesverband Hamburg des WSL führte verschiedene eigene Veranstaltungen zur Vorbereitung des Protestes gegen das KKW durch und beteiligte sich mit Beitrag und Flugblatt an der Bürgerinitiative-Veranstaltung am 11.11. Er rief zu den Demonstrationen auf und organisierte Mitfahrmöglichkeiten zur Demonstration am 13.11. nach Brokdorf. Ein Hamburger WSL-Vorstandsmitglied hat Klage gegen den KKW-Bau eingereicht.

Auf der Grundlage umfangreicher Umwelt-Experten-Untersuchungen, Augenzeugenberichte u.a.m. betreibt der WSL seit längerem eine breite Flugblatt- und Zeitschriften-Propaganda gegen den Bau des KKW in Brokdorf – wie auch anderer KKWs. Der WSL ist eine der bekanntesten aktiven Umwelt-Schutz-Organisationen in der BRD, die in einer Front mit anderen KKW-Gegnern offen zum Kampf gegen das Atom-Programm der BRD-Imperialisten aufrufen.

Dieser unbestreitbar positiven Rolle des WSL in den Kämpfen um das KKW/Brockdorf steht die ebenso unbestreitbare Tatsache gegenüber, daß in führenden Positionen des WSL eine ganze Reihe von tiefstbraunen Faschisten tätig sind. Das haben wir in unserem „Antifaschistischen Steckbrief Nr. 3" eindeutig nachgewiesen. So beispielsweise der WSL-Gründer Schwab, der langjährige WSL-Vize in der BRD, Bruker, der niedersächsische WSL-Chef Cohrs (siehe „Steckbrief Nr. 3). Auch die Mitgliedschaft der nazi-rassistischen „Deutschen Gesellschaft für Erbgesundheitspflege" im WSL bedeutet, daß sich Neonazi-Sumpf unter den Mitgliedern des WSL aktiv betätigen darf. Der niedersächsische WSL scheut sich nicht einmal, offen Verbindungen zu unterhalten zu dem Chef der „Bürgerinitiative in der Lüneburger Heide e.V.", G.D.Meyer – einem Freund des berüchtigten Nazi-Militanten Roeder.

Im „Antifaschistischen Steckbrief Nr. 3" haben wir den WSL als „Braune Rattenfänger im Umweltschutzgewand" bezeichnet und die dazu im Widerspruch stehende konkrete Politik als geschickte Tarnung verstanden, bzw. zu sehr vernachlässigt und darüber kaum berichtet. Das hat dazu geführt, den WSL pauschal als „faschistisch" abzustempeln und bei den Brokdorf-Aktivitäten nach dem Motto vorzugehen: „Schlagt die WSL-ler, wo ihr sie trefft" – ohne das politisch verständlich machen zu können, im Gegenteil: verständlich war in Brokdorf zunächst nichts anderes als solidarisches Zusammengehen!

Allerdings bleibt die vom WSL bisher unbeantwortete Frage: Wieso können im WSL offene Faschisten Führungspositionen bekleiden? Wieso können offen faschistische Gruppen Mitglied sein? Wir fordern den WSL auf, diese Fragen zu beantworten. In Einzelgesprächen mit WSL-Mitgliedern sollte ebenfalls diese Frage gestellt werden.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Auch in der Frage der Atompolitik:

Auch in der Frage der Atompolitik:

DGB-Führer auf Seiten der Konzerne und ihres Staates!

Angesichts der breiten Protestbewegung gegen den Bau von Atomkraftwerken halten es die obersten Führer der Gewerkschaften nicht für zweckmäßig, sich stets offen auf die Seite der vorbehaltlosen Befürworter von Atomkraftwerken zu stellen.

Der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt, umreißt seine Position in einem Artikel der „Welt" vom 26. November wie folgt: *„Die IG Bergbau ignoriert ... nicht mögliche Sorgen in der Bevölkerung. Hier muß mehr als bisher eine umfassende Aufklärung geleistet werden. Wer aber unsere materiellen Lebensgrundlagen sichern will, darf den Neubau von Kernkraftwerken nicht von vornherein ablehnen. ... Wegen der besonderen Risiken der Kernenergie sind hier außerordentlich strenge Maßstäbe anzulegen. Wir wären aber schlecht beraten, wenn wir den Bau von Kernkraftwerken generell ablehnen."*

Regelrechte Anmachen verteilte der DGB-Chef Vetter auf dem vor kurzem beendeten Kongreß der IG-Bergbau. Er meinte, eine „Grenzlinie" sei „dann erreicht und überschritten, wenn Bürgerinitiativen ihren jeweils meist sehr begrenzten Interessenblickwinkel mit dem Gesamtinteresse der Bevölkerung" gleichsetzen (FR, 25.11. 76).

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) forderte den sofortigen Baustopp, verdrehte aber total die Schuldfrage beim brutalen Bulleneinsatz in Brokdorf. Die Demonstranten, so GdP-Chef Schirrmacher, hätten das Demonstrationsrecht *„brutal mißbraucht"*. Gegen diesen Mißbrauch hätte die Polizei dann eingreifen müssen.



„Wes Brot ich eß, des Lied ich sing..." Gewerkschaftsführer Schmidt und Ruhrkohle-Boß Bund (hier beide als Arbeiter verkleidet)

ÖTV-Gewerkschaftsführer: Wir sind für die Energie- und Atommachtpläne!

Deutlicher als die IG-Bergbau-Führung äußerten sich die ÖTV-Führer im DGB-Organ „Welt der Arbeit", vom 12.11.76. Der Bezirksleiter der ÖTV Rheinland-Pfalz, Hans Anders, stellt dort klar, daß die pro-KKW-Aktionen in Mühlheim und Brokdorf nicht das Werk einiger besonders korrumpierter Gewerkschaftsführer sind, sondern daß sie der offiziellen Linie der ÖTV entsprechen: *„Die ÖTV hat schon seit Jahren sehr eindeutig die Meinung vertreten, daß die Stromversorgung für die Zukunft ... nur durch Kernkraftwerksleistung gesichert werden kann."* Daß die ÖTV-Oberen dabei völlig mit der Regierung übereinstimmen, war schon auf dem Gewerkschaftstag im Juni dieses Jahres in einer „Entschließung zur Energiepolitik" festgehalten worden: *„Die Gewerkschaft ÖTV unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bemühen, das Energieprogramm und dessen Fortschreibung* (!) *zu realisieren."* Stolz wird angefügt, daß die Regierung „wesentliche Forderungen" von der ÖTV übernommen habe!

Ganz im Sinne der Autarkiebestrebungen der westdeutschen Imperialisten fordern die ÖTV-Führer, *„Maßnahmen zur Minderung der internationalen Rohstoffabhängigkeit einzuleiten."* Dabei kann es nicht schnell genug gehen, wie ÖTV-Chef Anders erläutert. Zwar habe in der Vergangenheit *„die deutsche* (!) *Energieversorgungswirtschaft ihre Aufgaben gegenüber anderen europäischen Ländern gut gemeistert".* Aber dennoch *„muß man wissen, daß ein verzögerter Ausbau der Kraftwerkskapazität die Entscheidungssituation* (?) *in der Bundesrepublik sehr nachteilig beeinflussen kann, die Wirtschaftsentwicklung erheblich stören und den Wettbewerb gegenüber den anderen europäischen Staaten verzögern würde."* Wohlgemerkt, das ganze stammt nicht aus dem „Handeslblatt", sondern aus der Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit"! Gefordert wird also nichts anderes als ein harter Kurs gegen die KKW-Gegner und die schnelle Durchführung der Großmachtpläne der BRD-Imperialisten!

Der schleswig-holsteinische ÖTV-Führer Schwalbach wurde in einer Presseerklärung anläßlich einer von ihm initiierten pro KKW-Demonstration noch deutlicher. Scharf kritisiert er dort alle Politiker, *„die im Bundestag für das Programm der Bundesregierung eingetreten sind, bzw. gestimmt haben und sich nunmehr scheuen, die Politik der Bundesregierung in die Tat umzusetzen."* Das ist präzise die Argumentation des CDU-Landeschefs Stoltenbergs, mit der er den von ihm und der SPD/FDP-Regierung veranstalteten Polizeiterror in Brokdorf zu rechtfertigen versucht. Dort ging es ja bekanntlich darum, ohne Verzögerung durch „gutgemeinte Diskussionen" die Politik der Regierung und der Atomkonzerne „in die Tat umzusetzen".

Alle Gewerkschafts- und besonders die ÖTV-Mitglieder sind aufgefordert, sich deutlich von den imperialistischen und menschenfeindlichen Ambitionen der Herrschenden und ihrer Agenten in der Gewerkschaftsführung abzusetzen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Todesfälle in englischer Wiederaufbereitungsanlage

Windscale/England: Drei Arbeiter, die mehrere Jahre in der englischen Wiederaufbereitungsanlage in Windscale gearbeitet haben, sind jetzt gestorben. Alle drei an Krankheiten, die möglicherweise durch Plutonium hervorgerufen wurden. Bei einem wurden bereits Plutoniumspuren gefunden. Die Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst will Anzeige erstatten.

Aufgrund zahlreicher Proteste ist inzwischen der geplante Ausbau der Wiederaufbereitungsanlage gestoppt worden („Frankfurter Rundschau", 28.11.76).

USA: Schwere „Panne" im Reaktor

Im Kernforschungszentrum Hanfort im US-Staat Washington sind innerhalb von vier Monaten zum zweiten Mal durch eine „Panne" Menschen in Gefahr geraten, radioaktiv verseucht zu werden. Ein Rohr des Kühlsystems platzte und 230.000 Liter verseuchten Kühlwassers liefen in den Columbia-Fluß.

Bereits im August dieses Jahres kam es zu einer Explosion in der Abteilung zur Aufarbeitung nuklearer Abfälle. Zehn Beschäftigte wurden radioaktiv verseucht, zwei davon schwer.

Zynisch erklärte der Direktor des Forschungsinstituts dieses Mal, daß aufgrund der „geringen" Radioaktivität des Kühlwassers weder für Menschen noch für Tiere im Fluß eine Gefahr bestehe (vergl. „Frankfurter Rundschau", 25.11.76).

BRD – Indonesien: Atomare Zusammenarbeit!

Zum 2. November '76 wurde zwischen Indonesien und der BRD ein Atomabkommen abgeschlossen. Nach der Zustimmung durch den Faschisten-Führer Suharto ist dieses Abkommen jetzt wirksam („FR", 9.11.76).

Das Abkommen sieht vor den

- *Austausch von Technologie*
- *Austausch von Experten*
- *gemeinsame Forschungsprogramme*
- *Exploration der Uranvorkommen in West-Sumatra, in dessen Rahmen die westdeutsche Seite die Ausbildung indonesischer Experten übernimmt und 90% der Kosten trägt, in Form eines verlorenen* (?) *Zuschusses der Bundesregierung*
- *die BGR (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe) stellt für das erste Forschungsjahr 2,08 Mill. DM zur Verfügung"* („3.Weltmagazin", 5-7/76).

Es geht hier selbstverständlich nicht um irgendeine „gemeinsame Forschung", sondern darum, daß Indonesien erhebliche Uranvorkommen hat und der BRD-Imperialismus sich diese Vorkommen sichern will. Indonesiens Außenminister Malik meinte denn auch *„daß die westdeutsche Seite in Zukunft an der Ausbeutung der Uranvorkommen teilhaben könne"* (ebenda).

Im Gegenzug wird Indonesien in die Lage versetzt, eine eigene Kernindustrie aufzubauen. „Experten" werden von der BRD ausgebildet, die gesamte Technologie der Kernenergie wird Indonesien übergeben. In diesem Rahmen ist es nicht verwunderlich, daß indonesische Militärs von der künftigen „Atommacht Indonesien" sprechen.

Damit hat der BRD-Imperialismus in seiner Gier nach Uran neben Brasilien, Südafrika und dem Iran ein weiteres faschistisches Regime in die Lage versetzt, Atomwaffen herzustellen – und ist gleichzeitig auf seinem Weg zu einer Atommacht einen Schritt vorangekommen.

Ein KWU-Kollege enthüllt, wie es zu der pro KKW-Demonstration von 5.500 Arbeitern in Mülheim kam

Mühlheim/Westberlin: Begierig wurde von der Rechtspresse in der BRD eine Demonstration von 5.500 Arbeitern der Kraftwerksunion (KWU) in Mühlheim für den Bau von Kernkraftwerken und gegen Protestmaßnahmen wie in Brokdorf aufgegriffen. Anhand eines Berichts eines KWU-Kollegen aus dem Werk in Westberlin wollen wir im weiteren die tatsächlichen Hintergründe und Geschehnisse beleuchten.

Die KWU wurde 1969 zu gleichen Teilen von Siemens und AEG gegründet. Alle Produktionsstätten wurden fortan ausschließlich auf Kernkraftwerksfertigung ausgerichtet: Mühlheim, Erlangen und seit ca. 1975 auch Westberlin.

Seit der hausgemachten „Ölkrise" wurde von der Bundesregierung untersagt, ölgefeuerte Kraftwerke zu bauen. Das Werk Westberlin, bis dahin auf diesen Zweig spezialisiert, mußte zwangsläufig auch umrüsten.

Noch Anfang 1976 gab es auch auf Seiten der Betriebsräte noch viele, die sich durchaus kritisch mit dem Bau von KKW's auseinandersetzten. Allerdings begannen hier die Kapitalisten bereits die Angst um die Arbeitsplätze zu schüren, indem sie den Widerstand der Bevölkerung dafür verantwortlich machten. Ein Ausspruch des Betriebsleiters der Werke Mühlheim und Westberlin, Ludewig, auf einer Betriebsräte-Vollkonferenz Anfang des Jahres 1976 zeigt dann, wie die Kapitalisten es gerne hätten: *„Den KKW-Gegnern sollte man mal eins auf's Maul hauen."* Ein Betriebsrat aus Mühlheim schlug vor, *„mal die 5.000 Arbeiter gegen die Chaoten marschieren zu lassen."*

Zu dieser Zeit wurde eine Pressestelle mit einem Dr.v.Rudloff eingesetzt, der planmäßig Bürgerinitiativen bereist und sich dort nach KWU-Kollegen umsieht, Tonbandprotokolle macht und überall Informationen sammelt. Nicht zuletzt rühmt er sich guter Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz. Die Kollegen wurden von seiner „Pressestelle" aufgefordert sich mit Hilfe einer Broschüre „Ausbruch aus dem Elfenbeinturm" offensiv in Erörterungsterminen und Versammlungen für Kernenergie stark zu machen.

Da Anfang 1976 in Mühlheim über Kurzarbeit verhandelt wurde, verfingen solche Propagandareden hier besonders und auf der letzten BR-Vollkonferenz verstummte dann jeder Widerspruch gegen KKW's.

Betriebsrat beschließt eine „spontane" Demonstration

Als Anlaß für die Demonstration diente eine „Panorama"-Sendung am 15.11., in der relativ objektiv über die polizeistaatliche Besetzung des Brokdorfer Baugeländes und dessen „Sicherung" durch Polizei, Bundesgrenzschutz und „Werkschutz"banden berichtet wurde. Am Tag drauf beschloß der Betriebsrat morgens, die Arbeiter noch am selben Vormittag auf die Straße zu holen. Um 9.30 sammelte man sich auf dem Werksgelände, um 10.00 ging's los. Betriebsratsvorsitzender Busch (Mitglied des Aufsichtsrates der KWU und Sozialdemokrat) hielt eine 20-minütige Abschlußrede vor der Mühlheimer Stadthalle. Es fielen Sprüche wie: *„Wer soll denn morgen unsere Renten zahlen? Studenten und Pastoren? Wenn ich vom Feldgottesdienst höre. Gegen wen wird denn in die Schlacht gezogen, gegen uns Arbeiter? Wer repräsentiert denn die Öffentlichkeit? Radikalinskis oder Hunderttausende von Arbeitnehmern?"* Nach dem Vorlesen von „Solidaritäts"bekundungen anderer KWU-Werke ging's zurück an die Arbeit. Die ausgefallene Arbeitszeit wurde selbstverständlich bezahlt, die Kapitalisten waren mit der Demonstration einverstanden. Betriebsrat und Geschäftsleitung vergnügten sich anschließend auf einer Pressekonferenz. Allein schon daran wird deutlich, daß der ganze Rummel von Kapitalisten und Betriebsrat nur aufgezogen wurde, um endlich mal „positive" Stimmen in der Presse über KKW's laut werden zu lassen (was vor allem die eingangs zitierten Rechtsblätter liebend gern aufgriffen).

Welcher Art die „Solidaritäts"bekundungen waren, zeigt das Zustandekommen einer Resolution von „Betriebsrat und Vertrauensleutekörper" des KWU-Werkes Westberlin. BR-Boß Teske gab sie telefonisch durch, der VK erfuhr von „seinem Beschluß" erst drei Tage später. Wie weit die Verhetzung durch rechte Betriebsräte geht, zeigen einige Ausschnitte aus der Resolution selbst: *„Es ist für uns alle unzumutbar und auch unerträglich, daß durch das völlig unbegründete Geschäft mit der Angst, politische Gegner unserer demokratischen Grundordnung, Teile der Bevölkerung für ihre staatszerstörenden Aktionen gewinnen.*

Alle Politiker werden aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen ihrer Verpflichtung nachzukommen, dem deutschen Volke zu dienen und dem Spuk von radikalen Minderheiten ein Ende zu setzen."

Knapp nur kam dieser Beschluß nachträglich auf einer VK-Leitungssitzung durch: Von den Vertauensleuten stimmten vier dafür (davon sind drei Betriebsräte!) und drei dagegen! In diesem Zusammenhang wurde Kollegen von einigen Betriebsräten gedroht: *„Wer gegen Kernenergie ist, aber gleichzeitig in der KWU arbeitet, der sollte sich mal lieber nach einem anderen Arbeitsplatz umsehen".*

Dieses Kampagne ging auf Initiative des rechten Betriebsrats aus Erlangen weiter, der eine Unterschriftenliste initiierte, die der Geschäftsleitung in Westberlin wiederum so gut gefiel, daß sie sie in die letzte BR-Sitzung einbrachte. Der BR übernahm sie als seine eigene. Folgende Zitate daraus sprechen für sich: *„Kraftwerke, die heute gebaut werden sichern die Arbeitsplätze der Zukunft für uns alle.*
Aber: Wir haben kein Verständnis für Leute, die als Berufsdemonstranten durch die Lande ziehen und rechtswidrig Bauplätze besetzen, während wir Arbeitnehmer unsere Pflicht tun. Kernkraftwerke sind die sichersten technischen Großanlagen unserer Zeit. Alles wird in staatlichen Genehmigungsverfahren sorgfältig und ernsthaft geprüft. Deshalb hat z.B. das Genehmigungsverfahren für Brokdorf 2 1/2 Jahre gedauert."

Mit dieser Resolution stießen die rechten allerdings auch nicht auf breite Zustimmung. Sehr viele Kollegen verweigerten ihre Unterschrift. Andere strichen das Wort „Kern-" durch.

Insgesamt gesehen ist also die Demonstration in Mühlheim weder „spontan" erfolgt, noch ist die Stimmung der Arbeiter bei der KWU ungeteilt gegen KKW-Gegner. Allerdings ist die schon seit Anfang 1976 laufende Verhetzung der Kollegen, die Einschüchterung und Bedrohung von KKW-Kritikern im Betrieb soweit gediehen, daß eine nicht zu unterschätzende Verwirrung und Spaltung der Kollegen eingetreten ist.

Nach einem Bericht eines Westberliner KWU-Kollegen

KBW sieht Gespenster

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet hat sich in der Nähe des norddeutschen Örtchens Brokdorf ein WUNDER zugetragen: „Tausende" – so behauptet jedenfalls der in Wundern einschlägig erfahrene KBW – hatten dort die Vision eines Menschen, der sich zur selben Zeit in Wirklichkeit hunderte Kilometer entfernt aufhielt. Ähnlich wie das französische Dörfchen Lourdes soll jetzt auch Brokdorf das Ziel von Pilgern aus dem In- und Ausland werden...

Zur Vorgeschichte: In der „KVZ"-Bezirksbeilage Hamburg-Unterelbe vom 18.11. ist zu lesen, daß der KB („Nord") sich bei der Demonstration gegen den Bau des KKW Brokdorf am 13.11. im Hintergrund gehalten habe. Namentlich werden als Beleg zwei angebliche „führende" Genossen des KB („Nord") genannt, die man – so der KBW – ganz unbedenklich nennen könne, da „Tausende" bezeugen könnten, daß die beiden nur herumgestanden und nirgendwo den Boden des Gesetzes verlassen hätten.

Der eine der beiden Genannten befand sich zu dieser Zeit in Frankfurt. Es wäre demnach für die Beurteilung des Wunders wichtig zu wissen, ob ihn wirklich Tausende in Brokdorf gesehen haben (bitte melden!), oder ob er nur für KBW'ler sichtbar war oder ob ihn – auch das könnte immerhin sein – nur der Verfasser des Artikels in der Bezirksbeilage gesehen hat. Vielleicht hat ihn aber nicht einmal dieser Verfasser gesehen, sondern hat sich den Namen einfach aus dem ARBEITERKAMPF herausgesucht – handelt es sich bei dem so wundersam Erschienen doch um J. Reents, auf dessen Namen der Verlag Arbeiterkampf läuft! Es wäre gut, wenn der KBW rasch seine „Tausende" von Zeugen, oder wenigstens ein paar, benennen würden, damit wir uns um die Heiligsprechung des Genossen Reents bemühen können...

Was den anderen in der Bezirksbeilage Genannten angeht: Er war leibhaftig in Brokdorf. Das besonders Infame an der versteckten Denunziation des Genossen durch den KBW besteht darin, daß man auf die Behauptung, der Genosse habe in keiner Weise den Boden der Gesetze verlassen, nur mit einer Selbstbezichtigung antworten könnte. Das wird nicht geschehen.

1.000 Verletzte – Ergebnis des Bulleneinsatzes von Brokdorf

Der bürgerkriegsmäßige Einsatz der Polizei und des Bundesgrenzschutzes hat zu hunderten Verletzungen, darunter einigen sehr schweren Verletzungen, auf seiten der Demonstranten geführt. Nur aufgrund der nengas, Nebelkerzen und die „chemische Keule" wurden wahllos und z.T. von Hubschraubern aus gegen Menschenansammlungen eingesetzt. Dies führte zu Augenverletzungen, Hautverätzungen sowie Atemnot und und unmittelbar durch die Polizei verursachten Verletzungen zählen: 3 Wirbelsäulenverletzungen, 3 Schädelfrakturen, 10 schwere Gehirnerschütterungen. 2 Verletzte schweben immer noch in Lebensgefahr in ver-

Brokdorf am 13.11. im Hintergrund gehalten habe. Namentlich werden als Beleg zwei angebliche „führende" Genossen des KB („Nord") genannt, die man – so der KBW – ganz unbedenklich nennen könne, da „Tausende" bezeugen könnten, daß die beiden nur herumgestanden und nirgendwo den Boden des Gesetzes verlassen hätten.

Der eine der beiden Genannten befand sich zu dieser Zeit in Frankfurt. Es wäre demnach

des Genossen Reents bemühen können...

Was den anderen in der Bezirksbeilage Genannten angeht: Er war leibhaftig in Brokdorf. Das besonders Infame an der versteckten Denunziation des Genossen durch den KBW besteht darin, daß man auf die Behauptung, der Genosse habe in keiner Weise den Boden der Gesetze verlassen, nur mit einer Selbstbezichtigung antworten könnte. Das wird nicht geschehen.

1.000 Verletzte – Ergebnis des Bulleneinsatzes von Brokdorf

Der bürgerkriegsmäßige Einsatz der Polizei und des Bundesgrenzschutzes hat zu hunderten Verletzungen, darunter einigen sehr schweren Verletzungen, auf seiten der Demonstranten geführt. Nur aufgrund der von der BUU organisierten minimalen medizinischen Versorgung konnten schlimmere Folgen der Verletzungen verhindert werden. Die BUU hat auf ihrer Pressekonferenz vom 20.11. eine erste Übersicht über Zahl und schwere der Verletzungen gegeben:

„Die Angaben sind Berichten des Krankenhauses in Wilster (Menckestift), der Notversorgungsstellen der BUU sowie einzelner fachkundiger Helfer entnommen.
– 500 Personen wurden z.T. erheblich durch den massiven Einsatz verschiedener Giftgase verletzt. Tränengas, Nebelkerzen und die „chemische Keule" wurden wahllos und z.T. von Hubschraubern aus gegen Menschenansammlungen eingesetzt. Dies führte zu Augenverletzungen, Hautverätzungen sowie Atemnot und bedrohlichen (etwa 50 Fälle) Kreislaufreaktionen, ferner zu Vergiftungserscheinungen, anhaltendem starkem Kopfschmerz und Übelkeit, in einem Fall zu einer lebensgefährlichen Lungenerkrankung (beginnendes Lungenödem).
– 50 Personen wurden durch Steinwürfe und Knüppelschläge verletzt (Kopfplatzwunden und Prellungen). Vor allem gegen Ende der Demonstration entstanden diese Verletzungen durch Steinwürfe und regelrechte Verfolgungsjagden der Polizei gegen friedlich und diszipliniert abziehende Demonstranten. Zu den schwersten und unmittelbar durch die Polizei verursachten Verletzungen zählen: 3 Wirbelsäulenverletzungen, 3 Schädelfrakturen, 10 schwere Gehirnerschütterungen. 2 Verletzte schweben immer noch in Lebensgefahr in verschiedenen Kliniken, einer davon ist der Kieler Betriebsrat B. Woitalla, der sich inzwischen einer Schädeloperation unterziehen mußte.

(Woitalla ist inzwischen auf dem Weg der Besserung, wird aber noch lange Zeit an der Wiederherstellung seiner gestörten Sprachfähigkeit arbeiten müssen, d.Red.)

– etwa 150 Personen erlitten Unterkühlungen infolge des Wasserwerfereinsatzes bei den herrschenden Außentemperaturen. Es ist zu betonen, daß die Verantwortlichen diese Art der Körperverletzung bewußt in Kauf genommen haben.
– Nicht zuletzt sind die zahlreichen Nevenzusammenbrüche zu erwähnen. Außerdem kam es bei 50 Leuten zu unterschiedlich schweren Schnittverletzungen.

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf bisher faßbaren Untersuchungen der BUU. Die Dunkelziffer der Unterkühlten und der von der Polizei Mißhandelten beträgt jedoch mit Sicherheit ein Vielfaches.

In verschiedenen Fällen hat die Polizei Hilfe für schwerverletzte Demonstranten unterlassen; besonders empörend ist die Tatsache, daß die Polizei die freie Fahrt der Notarztwagen des Roten Kreuzes selbst im Falle schwerster Verletzungen behindert und aufgehalten hat.

Die BUU stellt fest, daß sowohl Art und Weise des Vorgehens der Polizeikräfte als auch die Art und Anzahl der oben aufgeführten Verletzungen klar und eindeutig darauf hindeuten, daß die Landesregierung in diesem Bürgerkriegsmanöver schwere und lebensgefährliche Verletzungen bei einer großen Zahl von Demonstranten in der Planung mit in Kauf genommen hat."

Dieser Einschätzung ist kaum etwas hinzuzufügen.

Wir möchten noch einmal darum bitten, daß alle an den Demonstrationen in Brokdorf Beteiligten, die Opfer oder Zeugen von Bullenprügeleien etc. geworden sind, Berichte an das IKAH oder an die in dem nebenstehenden Aufruf der Bürgerinitiative angegebene Adresse schicken. (IKAH, 2 Hamburg 19, Methfesselstr. 41)

Initiativkommitee Arbeiterhilfe IKAH Hamburg



Brokdorf-Ermittlungen der Bürgerinitiativen

Wir drucken im folgenden einen Teil des Aufrufs der BUU – Gruppe Hamburg ab, in dem alle Teilnehmer der beiden Brokdorf-Demonstrationen aufgerufen werden, mit Berichten, Zeugenaussagen, Photos usw. dazu beizutragen, die Ereignisse genau zu rekonstruieren.

„Wir benötigen dringend von allen Festgenommenen, Verletzten und Augenzeugen Berichte: Wer hat besonders brutale Polizeieinsätze beobachtet und photographiert? Wer hat Bilder von den Panzerfahrzeugen des Bundesgrenzschutz, die speziell für den Einsatz gegen die Bevölkerung konstruiert sind? Wer ist von tieffliegenden Hubschraubern mit Tränengas besprüht worden? Wer ist bei der An- und Abfahrt schikaniert oder verprügelt worden? Wer hat steinwerfende Polizisten photographiert? usw.

Wir brauchen jeden Bericht, jede Einzelheit für ein möglichst genaues Bild. Gebt so präzise wie möglich an: den genauen Ablauf, Zeit, Ort, euren Namen, Zeugen. Wie seid ihr behandelt worden? Was wurde euch vorgeworfen? Welche Angaben habt ihr vor der Polizei gemacht? Habt ihr euch schon mit einem Anwalt in Verbindung gesetzt?

Laßt uns möglichst schnell euren Bericht zugehen. Sie werden gesammelt bei der untenstehenden Adresse. Sie persönlich abzugeben/abgeben zu lassen – etwa im Plenum der Bürgerinitiative, in den Stadtteilgruppen – ist sicherer als mit der Post!

Spendet reichlich für den Kampf gegen das Atomkraftwerk, für die Unterstützung der Verletzten und Festgenommenen!

Verantwortlich: Klaus Derikum, Eppendorfer Baum 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: 040-4807818
Konto: Vereins- und Westbank, Hamburg, Nr. 46/11612

Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe – Gruppe Hamburg

Vereint gegen KKWs

Niebüll. Im kleinen Nord-Schleswig-Holsteinischen Niebüll gab es am Sonnabend, 27.11., eine Kundgebung der örtlichen KKW-Gegner, zu der der Niebüller *„Arbeitskreis gegen Atomkraftwerke im Wattenmeer und auf dem Festland"* aufrief. Genossen unserer örtlichen Gruppe arbeiten in diesem „Arbeitskreis" mit. Das hervorragende Ergebnis der Veranstaltung: Etwa 200 Menschen beteiligten sich an der Kundgebung. An einer nachfolgenden spontanen Demonstration durch den Ort nahmen etwa 180 Leute teil.

Neben Berichten über die Gefahr von Atomkraftwerken, einer Theateraufführung, Solidaritätsadressen aus Eckernförde und Dänemark (AAO) und einer Rede des Vorsitzenden des Verbandes der Bürgerinitiativen in Schleswig-Holstein, berichtete auf der Kundgebung ein Vertreter der BUU über den brutalen Polizei-Einsatz in Brokdorf.

Am Nachmittag tagte in Niebüll die „Westküstenkonferenz" mit Vertretern von Anti-KKW-Bürgerinitiativen aus Heide, Flensburg, Eckernförde, Schleswig, Husum (zwei Initiativen), Niebüll, Amrum, Sylt, Itzehoe, Bredstedt und der Schutzstation Wattenmeer aus Rendsburg. Beschlossen wurde gemeinsame Arbeit und Aktionen gegen die KKW-Pläne von Staat und Regierung.

Nach Berichten der KB-Gruppe Niebüll

CDU, SPD und FDP in der Atompolitik

Spiel mit verteilten Rollen

„Nicht die von Tränengas rotgeränderten Augen, die verletzten Polizisten und Demonstranten, die zerstörten Weiden und Zäune" sind es, die jetzt die bürgerlichen Parteien besonders in Bewegung setzen. *„Das Fazit ist viel schlimmer"* schreibt die „Frankfurter Allgemeine" („FAZ", 16.11.76.).

„Konfrontation mit diesem – unserem – Staat" bei den Kernkraftwerksgegnern, das ist es, was die bürgerlichen Parteien hauptsächlich in Unruhe versetzt. Klassenkämpferische Positionen könnten unter den KKW-Gegnern an Boden gewinnen. Das Bild des Staates als *„repräsentative Verkörperung der Gemeinschaft"* sei in Gefahr.

Und angesichts der brutalen Polizeistaatsaktionen ist es tatsächlich schwierig geworden, ein Bild vom Staat aufrechtzuerhalten, der *„verantwortungsbewußt gegenüber Gesundheit und Leben der Bürger handeln würde"* alle Zitate aus („FAZ", s.o.). Das ist ein Betrugsversuch, der in der Tat nicht leicht fällt. Hier fühlen sich nun SPD und FDP aufgerufen, tätig zu werden.

Nachdem jahrelang lediglich von der Regierung und den Elektrizitätswerken nur eine seichte Werbekampagne für das Kernenergieprogramm gemacht wurde, fühlt man sich nun von einer sich stark verbreitenden Bewegung gegen die Kernkraftwerke „überrumpelt". Das Thema sei „zu leicht" genommen worden, Wyhl sei nur als „Lokalsensation" eingeschätzt worden, man habe die Entwicklung „unterschätzt", eine neue „außerparlamentarische Opposition" zeichne sich ab usw. usf. („FAZ", 20.11. und „Spiegel", 15.11.76).

Eine Konfrontation zeichnet sich ab, die die BRD in den letzten Jahren nicht erlebt hat: *„Auch die Befürworter der Kernenergie schreckt die Vorstellung einer Cabora-Bassa-Baustelle an der Unterelbe, wo – wie im ehemals portugiesischen Mozambiquie der Staudamm – ein Kernkraftwerk hinter einem undurchdringlichen Schutzwall von Polizei und Bundesgrenzschutz entstehen würde"* („FAZ", 16.11.76). Aber Brokdorf ist nur ein Atomkraftwerk von vielen: 8 Anlagen sind z.Z. im Bau oder Probebetrieb. Jetzt, nach Beendigung des Wahlkampfes, stehen zahlreiche Baubeginne und Genehmigungsverfahren unmittelbar an:

So in Vahnum am Niederrhein, Rehling bei Augsburg, Ludwigshafen, Wyhl, Block C in Biblis, Block II in Philippsburg, insgesamt 25 KKW sind für die nächste Zeit geplant. Hinzu kommen die Wiederaufbereitungsanlagen in Niedersachsen und eine Urananreicherungsanlage in Hermeskeil bei Trier.

Da droht gar ein *„Gruselkabinett, in dem von Nord bis Süd nur noch Polizeiknüppel und Maschinenpistolen regieren"* („FAZ", s.o.).

Alle bürgerlichen Parteien sind sich einerseits einig: die „ganze Hoffnung" wurde auf dem Energiesektor auf die Kernenergie gesetzt, sie soll zukünftig mehr und mehr Anteil des wachsenden Energiebedarfs abdecken und von der *„Gefahr der Erpreßbarkeit durch eine Handvoll Erdölstaaten befreien"*, wie es die „Welt" ausdrückte. Der Streit unter den Parteien und innerhalb der Parteien geht darum, wie auf die KKW-Gegner „eingegangen" werden sollte.

CDU/CSU verlangt noch härteres Vorgehen

Von der CDU/CSU wird ziemlich geschlossen gegen jede „Aufweichung" der Pläne zu Felde gezogen. In diesem Sinne prangerte Heinz Heck in der „Welt" das *„Versagen"* der Bundesregierung *„unter dem Brokdorfer Druck"* an. Sie müsse jetzt zu *„ihren Entscheidungen von gestern stehen"*, sonst müsse ja das Beispiel Brokdorf *„ganz einfach Schule machen"* („Welt", 26.11.76). In diesem Sinne forderte die CDU Schleswig-Holsteins die SPD auf, alle Parteimitglieder zur Räson zu rufen, die nicht den Polizeieinsatz in Brokdorf verteidigen würden. Heck warnte vor der *„Versuchung"*, sich *„an die Spitze solcher Bewegungen"* gegen KKW's zu setzen. Parlamente und Regierungen dürften sich durch BI's nicht *„ihr Rückgrat brechen und ihre Autorität kaputt machen lassen"* („Welt", s.o.).

In diesem Sinne beschimpfte Stoltenberg die Demonstranten in Brokdorf als *„Gewalttäter"* („Spiegel", 15.11.76). Wer die *„Strafgesetze verletzt"*, erklärte die CDU Landtagsfraktion, der müsse *„wie jeder andere Straftäter zur Verantwortung gezogen werden"*, sonst werde *„die Regierungsfähigkeit des demokratischen Gemeinwesens in Frage gestellt."* Die Polizei dürfe *„nicht auf die Anklagebank gesetzt"* werden, die sei *„bei der Räumung sachgemäß vorgegangen"*, Tränengas sei nur unter *„Beachtung aller Vorschriften eingesetzt"* worden, ja sogar *„besonnen, korrekt und pflichtgemäß"* hätten sich die Bullen verhalten, (nach „Kieler Nachrichten", 12.11.76). Für Stoltenberg war dieser noch „besonnene" Polizeieinsatz *„eine eindringliche Warnung"*. *„Man solle den ‚fanatischen Kräften' eine Absage erteilen"* („FAZ", 15.11.76). Gleichzeitig werden von den Reaktionären dieses Schlages aller Gegner von Atomkraftwerken unterstellt, sie würden *„unkontrollierbare Gefühle"* schüren, *„Urängste"* ausnützen. („FAZ", 15. 11.76). Das Wort „Atom" allein reize die Umweltschützer (nur in Anführungsstrichen gebraucht) zum kompromißlosen Nein – *„Selbst noch, wenn sie ohne Strom im Dunkeln frieren werden"*, dieser *„missionarische Eifer"* lasse sich auf *„keine Diskussion"* ein, schreibt die „Welt", allen *„Denkenden"*, die in Brokdorf eine Fahne getragen hätten, würde diese „erschlaffen", wenn man ihnen ausmalen würde, daß ohne Kernkraftwerke man *„die Russen und Perser"* und weitere bitten müsse, ihre Lieferungen in 13 Jahren zu verdoppeln. Die „Ölscheichs" müßten *„uns die Gnade erweisen"*, *„ihre Förderpumpen eifriger laufen zu lassen"*. Atomkraft muß sein, wenn *„diese Nation ihren Status behalten und ihre Bürger ihren Lebensstandard verteidigen wollen"*, so soll die Parole lauten (Baumann in der „Welt", 26.11.76).

SPD und FDP zeigen „Verständnis"?

SPD und FDP-Spitze dagegen sind sich weitgehend einig. Man müsse „Verständnis" für den „Unwillen aus der Bevölkerung" zeigen, erklärte der SPD-Vorstand (nach „FR", 24.11.76).

Bürgerinitiativen *„deuten fast immer auf Fehler im Umgang mit dem Bürger hin"*, erklärte FDP-Vorsitzender Genscher auf dem FDP-Parteitag.

Man müsse *„frühzeitig mit den Betroffenen sprechen und sich nicht von der Polizei vertreten lassen"*, so Genscher („FR", s.o.) – man erweise der Kernenergie *„einen schlechten Dienst, wenn man sie als eine Wohltat praktiziert, die nur mit Hubschraubereinsatz, chemischen Kampfstoffen und Stacheldrahtgräben durchgesetzt werden kann"*, meinte Matthöfer („Welt", 22.11.76). In diesem Sinne forderte er ein gesetzliches Mitspracherecht für Bürgerverbände („FR", 20.11.). Damit erhoffe man sich eine „Kanalisierung und Konzentrierung der vielfachen Einzeleinsprüche" so Staatssekretär Baum vom Innenministerium. FDP- und SPD-Spitze stehen damit vollkommen hinter der Konzeption des ‚Bürgerdialogs', wie er vom Batelle-Institut für Whyl entwickelt wurde und dort z.Z. (noch) praktiziert wird (s.Artikel in diesem AK).

Mit einigen kosmetischen Operationen hofft man tatsächlich größere Teile der Kernenergiegegner für dumm verkaufen zu können.

Etwas öffentliche Reduzierung des Energieprogramms im Kernenergiesektor (die ursprüngliche Planung verzögert sich ohnehin), ein bißchen ‚Gefühl der Mitbestimmung'. Matthöfer bietet sogar an, die Gerichtsentscheidung in erster Instanz abzuwarten, dann müssen die Bürger, die noch einen *„Nachholbedarf an Informationen und Aufklärung"* haben (Staatssekretär Baum), die „notwendigen Entscheidungen" (Genscher), den Bau der geplanten KKW's, eingesehen haben.

Diese ungemeine Verarschung der Protestbewegung zielt mehr darauf hin, eine gewisse Ruhepause nach Kampfaktionen einzulegen, um eine breitere Solidarisierung zu vermeiden. Gleichzeitig wird damit ein scheindemokratisches Mäntelchen für weitere zwangsläufige Polizeiaktionen geschaffen. *„Im Zusammenhang mit den Erfordernissen der Energiepolitik dürfte man sich nicht an einer klaren Aussage vorbeimogeln"* so Genscher auf dem Parteitag, es werde keinen Standort mehr ohne Bürgerproteste geben („FR", 20.11.76). Doch sowohl innerhalb der SPD als auch der FDP gibt es weitergehende Forderungen:

So sprach sich beispielsweise die Landtagsfraktion der SPD in Schleswig-Holstein für einen sofortigen Baustopp für alle Kernkraftwerke aus, eine Bundesfachkonferenz der Jusos forderte bei einer Gegenstimme eine „dreijährige Denkpause" („Welt", 22.11.76). Mit 140 zu 125 wurde auf dem FDP-Parteitag in Frankfurt ein Gegenantrag gegen den Vorstand durchgebracht.

Ab sofort sollen alle KKW-Genehmigungen verweigert werden, wenn nicht *„alle bisher ungelösten Probleme der Lagerung und der Wiederaufbereitung von radioaktiven Abfällen sowie des Katastrophenschutzes gelöst sind."* Bis Mitte 1977 soll die Bundesregierung dazu etwas vorlegen. Der Bau von Kernkraftwerken müsse ausgesetzt werden, *„bis die Gerichte über entsprechende Anträge entschieden haben"* („FR" und „Handelsblatt" (HB), 22.11.76). Begründet wurden diese Vorstellungen damit, daß das *„Vertrauen der Bürger zur rechtsstaatlichen Ordnung"* nicht „aufs Spiel" gesetzt werden (MoPo), 24.11.76). Für Wirtschaftsminister Friderichs ist der Beschluß des Parteitags zwar „auslegungsfähig", („HB", 22.11.76), streng genommen laufen die Forderungen aber auf einen Baustopp aller KKW's für eine unabsehbare Zeit hinaus.

Matthöfer erklärte dazu, *„man könne nicht einfach wirtschaftliche Produktionsprozesse unterbinden"*, und wörtlich: *„Das kann sich nur jemand leisten, der Massenarbeitslosigkeit als Mittel zum Umsturz von links in Kauf nimmt"* („Welt", 22.11.76), außerdem gebe es *„keine absolute Sicherheit"* („FAZ", 23.11.76). Während sowohl FDP- als auch SPD-Spitze scheinheilig gegenüber der CDU anführten, man dürfe Kommunisten und KKW-Gegner nicht einfach in einen Topf werfen, werden hier schon die viel zahmeren Vorstellungen innerhalb der eigenen Parteibasis als „umstürzlerisch" angeprangert. „Umstürzlerisch" deshalb, weil diese Vorstellungen nicht unmittelbar mit dem Energieprogramm des westdeutschen Großkapitals zu vereinen sind. Die Forderung ist aber notwendig, wenn man dem Anspruch gerecht werden will, *„zugunsten der Bürgerinitiativen angetreten zu sein"*, wie Helga Schuchardt von der FDP erklärte.

Hier werden auf einmal Positionen eingenommen, die einen Schritt in Richtung der Vorstellungen der Bürgerinitiativen machen. Damit werden erste, wenn auch zaghafte Schritte innerhalb von FDP und SPD unternommen, um sich bereitzuhalten, bei einer Verbreiterung der Bewegung ggf. die Spitze übernehmen zu können. Das haben die bürgerlichen Parteien immer bei breiteren Massenbewegungen versucht. Heute kann allerdings nicht davon gesprochen werden, daß zumindest Teile oder Fraktionen der bürgerlichen Parteien organisiert in der Anti-KKW-Bewegung arbeiten. Dennoch ist es so, daß dort sozialdemokratische Vorstellungen vorherrschend sind, die durch Baustopp und Verhandlungen mit der Regierung einen Ausgleich ihrer berechtigten Forderung für Umweltschutz und Sicherheit mit den Interessen des Großkapitals und dessen Energieprogramm herbeiführen möchten. Neben der Verbreiterung der Bewegung muß es unsere Hauptaufgabe sein, die Unversöhnlichkeit mit den Interessen des Großkapitals und seines Staates aufzuzeigen.

KKW-Kommission

Modell" Whyl

Nachdem die baden-württembergische Landesregierung ihr erklärtes Ziel, den Widerstand gegen das AKW in Wyhl mit dem Polizeiknüppel zu brechen, nicht erreicht hatte, ging sie Anfang des Jahres zu einer neuen „geschickteren", Taktik über. Handlungsanleitung hatte hier eine Studie des Batelle-Instituts in Frankfurt gegeben (die von der Bundesregierung für 227.000 DM bestellt worden war).

Diese Studie empfiehlt, Bürgerinitiativen nicht zu überfahren, sondern im Gegenteil frühzeitig in den „Entscheidungsprozeß" einzubeziehen. Dies müsse in der Weise geschehen, daß den Initiativvertretern ein *„G e f ü h l der Mitbestimmung"* vermittelt werde (Studie, S. 309).

So zu verfahren, sei deshalb notwendig, weil eine gewaltsame Durchsetzung der gesteckten Ziele (wie etwa jetzt in Brokdorf) *„Zweifel an der Funktionsfähigkeit der Demokratie"* und *„eine Reflexion der Ursachen und politischen Zusammenhänge bewirken"* könne (ebenda, S. 310). Und das soll natürlich vermieden werden...

Ohne auch nur in einem Fall ein AKW-Bauprojekt in Frage zu stellen, werden doch „Erörterungstermine" und „Dialoge" mit den betroffenen „Bürgern" befürwortet. In derartigen „demokratischen Einrichtungen" gelte es freilich immer zu beachten und klarzumachen, daß der Plan, ein AKW zu bauen, *„auf wirtschaftlich und politisch nur bedingt steuerungsfähigen Faktoren"* beruhe und so ein Projekt *„damit nur bedingt kompromißfähig"* sei (S. 319).

Konkret für die Auseinandersetzung um das geplante AKW in Wyhl schlägt das Batelle-Institut der CDU-Landesregierung folgende Taktik vor: „Die Landesregierung muß auf eine Situation hinwirken, daß nicht sie den Bau des KKW begründen, sondern die Bürgerinitiativen ihre Ablehnung beweisen und rechtfertigen müssen (!!!). Es sollte vorrangig über solche Fragen verhandelt werden, die den Bau des KKW's v o r a u s s e t z e n, um maßgebliche (Mitglieder?)der BI's in Interessenskonflikte zu bringen und ihre grundsätzliche Ablehnung aufzuweichen" (aus einem Vortrag in der VHS Wyhler Wald, nach WWW 10/76).

Mit anderen Worten: hier wird erst gar nicht mehr nach grundsätzlichen Erwägungen und Bedenken g e g e n AKW's gefragt, sondern deren Existenz wird „v o r a u s g e s e t z t".

Nachdem sich dann Anfang des Jahres Landesregierung und BI's in der sog. „Offenburger Vereinbarung" zu einer „sachlichen Klärung" des Streits bereit erklärt hatten (die Landesoberen „verzichteten" zunächst auf den sofortigen Baubeginn und die BI's gaben als Gegenleistung die Besetzung des Bauplatzes in Wyhl auf), ging alles den von den AKW-Betreibern gewünschten Gang.

Alle „unparteiischen Gutachter" befanden, daß von dem geplanten AKW in Wyhl keine Gefährdung für Menschen, Tiere und Umwelt ausgehen werde.

Der infame Trick bei dieser Sorte von „wissenschaftlicher Arbeit" besteht darin, daß die bestellten Gutachter von dem geplanten AKW als M o d e l l, d.h. als „normal" funktionierende Einrichtung, ausgehen, während heute bereits einer breiten, aufmerksam gewordenen Öffentlichkeit bekannt ist, daß die bestehenden AKW's sowohl in der BRD als auch im Ausland nach wie vor im „Versuchsstadium" sind und damit noch zahlreiche Gefahrenquellen tragen, die für neue Technologien charakteristisch sind. Was das im Falle von Kernreaktoren heißt, zeigen nicht nur die zahlreichen „Unfälle" in den letzten Jahren, sondern darüber hinaus die von namhaften Wissenschaftlern behauptete Möglichkeit von großen nuklearen Katastrophen (die im übrigen nicht einmal von den AKW-Befürwortern selbst geleugnet wird!).

Doch selbst bei der Begutachtung von möglichen Umweltfolgen bei dem frei erfundenen „Normalbetrieb" des AKW's Wyhl wurde noch reichlich geschummelt.

Dazu einige Beispiele:

– So wurden die Folgen des Abpumpens von Wasser durch das AKW untersucht und erklärt, der Grundwasserspiegel würde sich nur um einige (also unbedeutende) Zentimeter verändern.

Basis des Gutachtens war ein Versuch von 20 Tagen, wo die Hälfte der später vorgesehenen Rate abgepumpt wurde (9,6 Mio. Liter pro Jahr). Nicht berücksichtigt wurde, daß der Grundwasserspiegel sowieso schon gewaltig abgesunken ist und bereits beim ersten Pumpversuch ein „Trockenfallen" bei Brunnen auftrat, was verheerende Folgen für die Bauern haben könnte (laut Leserbrief in „BZ", 29.9.76).

– Alle Gutachten rechnen so, als ob nur der „direkte Einfluß" des Kernkraftwerkes zu berücksichtigen wäre. Ein Gutachter weigerte sich sogar ausdrücklich, die Folgen der Abwärme für die Umgebung am Ort Wyhl selbst zu begutachten. Von anderen Gutachtern wird immerhin zugegeben, daß es andernfalls dann kritisch werden „könnte".

Auch der später aus dem Kühlturm austretende Wasserdampf wird als „völlig ungefährlich" bezeichnet. Andererseits aber wird eingeräumt: *„Bei größerer Wasserdampfabgabe oder höherer Konzentration von Kraftwerken muß noch nach(!)geprüft werden, ob die örtlichen Verhältnisse es ermöglichen, weiterhin von unbedeutendem Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktion zu sprechen"* („BZ", 13./14.11.76).

Dieses ganze Wenn und Aber der Gutachter dient offenkundig nicht der Enthüllung möglicher Gefahrenherde, sondern deren Verschleierung. Zu diesen Ergebnissen m u ß kommen, wer die Existenz „normal" funktionierender AKWs „voraussetzt". Man fragt sich nur, warum dann überhaupt noch „untersucht" wird, was eh schon bekannt ist...?

Die Vertreter der Bürgerinitiativen jedenfalls sind von den Gutachten überhaupt nicht beeindruckt, geschweigedenn überzeugt: die „Fragen nach der Atommüllbeseitigung", nach „den Folgen der langfristigen Strahlenbelastung" und „der Sicherheit in Katastrophenfällen" seien nicht beantwortet worden – insgesamt, die Gutachten gehen „am Hauptanliegen der Bevölkerung am Kaiserstuhl vorbei" (so der Sprecher der BI's, Schött).

Da die Landesregierung nunmehr freie Hand hat, mit dem Bau des AKW in Wyhl zu beginnen, wird die Auseinandersetzung dort weitergeführt werden müssen, wo sie durch die „Offenburger Vereinbarung" Anfang des Jahres unterbrochen wurde. Die CDU-Reaktionäre und die Kapitalisten haben ihre Position mit Hilfe des geschilderten Manövers zweifellos verbessern können.

KKW-Kommission
KB / Gruppe Hamburg